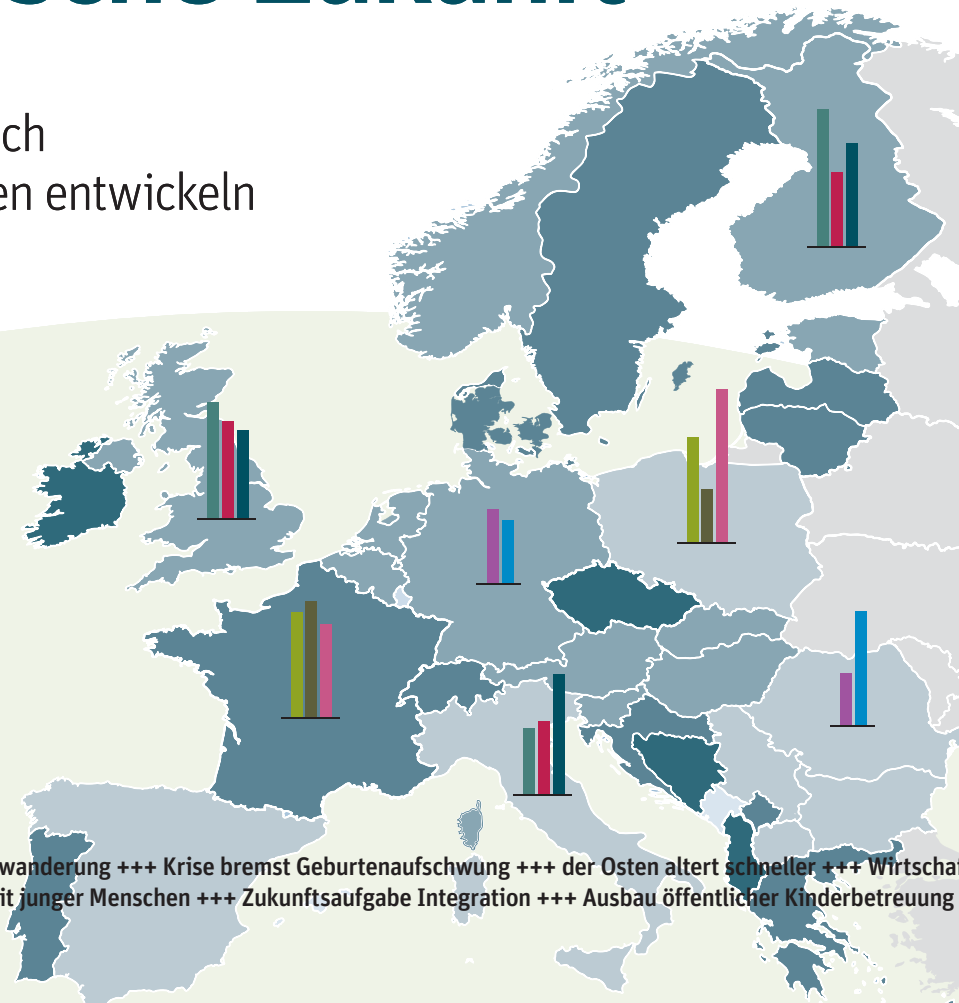
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

gefördert vom GfK Verein

Europas demografische Zukunft

Wie sich die Regionen nach einem Jahrzehnt der Krisen entwickeln



ideuropa +++ Ost-West-Wanderungen +++ Stabilität nur mit Zuwanderung +++ Krise bremst Geburtenaufschwung +++ der Osten altert schneller +++ Wirtschaf
er Wirtschaftskrise +++ Alterung allerorten +++ Arbeitslosigkeit junger Menschen +++ Zukunftsaufgabe Integration +++ Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

gefördert vom GfK Verein

Europas demografische Zukunft

Wie sich die Regionen nach einem Jahrzehnt der Krisen entwickeln

Impressum

Originalausgabe
Juli 2017

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Herausgegeben vom
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon: (030) 22 32 48 45
Telefax: (030) 22 32 48 46
E-Mail: info@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei Facebook und Twitter (@berlin_institut).

Autoren: Stephan Sievert, Nina Neubecker, Ruth Müller, Alisa Kaps, Susanne Dähner, Franziska Woellert, Sabine Sütterlin, Reiner Klingholz

Design: Jörg Scholz (www.traktorimnetz.de)
Layout und Grafiken: Christina Ohmann (www.christinaohmann.de)
Druck: Laserline Berlin

Einige thematische Landkarten wurden auf Grundlage des Programms EasyMap der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn, erstellt.

ISBN: 978-3-946332-94-7

Die Hauptautoren

Stephan Sievert, 1982, Masterstudium an der Universität Maastricht in International Economic Studies mit dem Schwerpunkt Social Economics. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Dr. Nina Neubecker, 1984, Promotion in Wirtschaftswissenschaft an der Universität Tübingen mit Schwerpunkt Migration. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Dr. Reiner Klingholz, 1953, Promotion im Fachbereich Chemie an der Universität Hamburg. Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Diese Studie wurde gefördert vom GfK Verein, einer Non-Profit-Organisation zur Förderung der Marktforschung. Des Weiteren dankt das Berlin-Institut der Kai Drabe Family Office Berlin für die Unterstützung des Projekts.

INHALT

Vorwort: Alt und kurz vor dem Schrumpfen – doch nicht zu unterschätzen 4
Gesamtüberblick 6
1 | Bevölkerungsentwicklung 12
2 | Kinder und Familie 16
3 | Binnenwanderung 20
4 | Außenwanderung 24
5 | Alterung und Sozialsysteme 28
6 | Wirtschaft 32
7 | Arbeitsmarkt 36
8 | Bildung 40
Irland 44
Vereinigtes Königreich 47
Dänemark 52
Norwegen 55
Schweden 59
Finnland 62
Estland 65
Lettland 67
Litauen 69
Frankreich 72
Niederlande 76
Belgien 79
Luxemburg 82
Deutschland 85
Schweiz 89
Österreich 92
Ungarn 96
Polen 99
Slowakei 102
Tschechien 105
Slowenien 108
Kroatien 110
Rumänien 113
Bulgarien 116
Portugal 119
Spanien 122
Italien 126
Malta 130
Griechenland 132
Zypern 135
Westbalkan 138
Indikatoren und Methode 143
Quellen 145

ALT UND KURZ VOR DEM SCHRUMPFEN – DOCH NICHT ZU UNTERSCHÄTZEN

Europa wird gerne als „Alte Welt“ tituliert, auch wenn mit diesem Begriff einst alle Gebiete und Länder gemeint waren, die vor der Entdeckung Amerikas 1492 bekannt waren, nämlich neben Europa auch weite Teile Asiens und Afrikas. Heute trifft die Bezeichnung aus einem ganz anderen Grund zu, denn demografisch betrachtet ist Europa durchaus der alte Kontinent: Hier ist der Wandel der Bevölkerungszusammensetzung am weitesten fortgeschritten. Die Kinderzahlen sind weltweit die niedrigsten und in keinem anderen Erdteil erwartet die Menschen ein längeres Leben. Die Generation der Babyboomer erreicht in den kommenden Jahren Zug um Zug das Alter, in dem sie sich in den Ruhestand verabschiedet, und die Nachwuchsjahrgänge für die Arbeitsmärkte werden merklich dünner. Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung sinkt kontinuierlich und scheinbar unaufhaltsam.

Die gealterte Bevölkerung muss mitunter als Erklärung für Europas aktuelle Krisen herhalten. Der Kontinent beharre auf seinen überlieferten Besitzständen, heißt es dann, er sei träge geworden in Sachen Reformen und könne wirtschaftlich nicht mit den jungen und dynamischen Gebieten anderswo auf der Welt mithalten. Ist der alte Kontinent ein Auslaufmodell?

Hausgemachte Krisen

Tatsächlich hat Europa im Allgemeinen und die Europäische Union im Speziellen eine Reihe von Problemen: Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in den meisten Ländern die Schulden explodiert, während weite Teile der jungen Bevölkerung noch immer ohne Arbeit sind. In Ländern wie Portugal oder Griechenland, selbst in Italien und Frankreich wächst eine Generation heran, die schon als „verlorene“ bezeichnet wird. Einige dieser Länder sowie weite Teile Osteuropas verlieren an Bevölkerung, weil viele, insbesondere junge Menschen abwandern oder aus wirtschaftlichen Gründen keine Familien gründen.

Das alles ist eine dürftige Bilanz angesichts der hochfliegenden Visionen der Lissabon-Strategie, welche die EU noch im Jahr 2000 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen wollte, mit Vollbeschäftigung, besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Ausgleich. Das erklärte Anliegen war damals die „Kohäsion“, die Annäherung der schwachen Regionen an die starken. De facto hat sich die Ungleichheit zwischen den Regionen seither nicht verringert. Unterm Strich wurden sämtliche Kernziele der Lissabon-Strategie um Längen verfehlt. Zudem zeigt die Union ernste Auflösungserscheinungen. Der angekündigte Austritt des Vereinigten Königreiches nimmt dem Bündnis eines seiner einwohner- und wirtschaftsstärksten Mitglieder. Würden die 15 kleinsten EU-Mitglieder die Union verlassen, hätte das einwohnermäßig ungefähr den gleichen Effekt.

Gleichzeitig hat das Vertrauen der Bürger in die Reformbereitschaft und die Lösungskompetenz der verantwortlichen EU-Politiker schwer gelitten. Bei der Schuldenpolitik gibt es ebenso wenig eine europäische Linie wie bei der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Zu der alten Europamüdigkeit wegen bürokratischer Überregulierung gesellt sich nun eine regelrechte Ablehnung, die sich in dem Erstarken populistischer, nationalistischer und antieuropäischer Parteien zeigt. Die EU hat mehr als nur eine Midlife crisis.

Die EU war nie gut darin, große neue Probleme zu lösen, denn in den Anfangsjahrzehnten gab es vergleichsweise wenige davon. Sie hat ein Land nach dem anderen in den Kreis der ihren aufgenommen und ist lange auf einer Welle des Erfolges geschwommen. Das Projekt Europa schien nicht aufzuhalten. Ob Moldawien, Ukraine, Georgien oder die Türkei, alle sollten langfristig auf dem Zug des Aufschwungs mitfahren und in einer Art Vereinigte Staaten von Europa eingemeindet werden. Aus heutiger Sicht war diese Vorstellung naiv.

Die EU ist ohne Alternative

Dennoch ist und bleibt die EU ein Erfolgsmodell. Sie hat die jahrhundertealten westeuropäischen Konflikte überwunden und später den Kalten Krieg und die Teilung Europas. Sie hat den Kontinent neu vereint. Fast alle Staaten, die der EU je beigetreten sind, haben massiv von ihr profitiert und jene, die sie verlassen, werden sich womöglich einmal wehmütig an ihre Mitgliedschaft zurückerinnern. Die EU ist besser als alles, was vor ihr war und auch besser als das, was ihr heute droht in einem Europa mit neuen Grenzen, mit Eigenbrötlerei und Abschottung.

Europa muss sich auf seine Kernthemen konzentrieren, allen voran den gemeinsamen Binnenmarkt, und mit neuem, nüchternen Blick das Mögliche realisieren. Aber es muss auch die Themen von globaler Tragweite angehen. Die EU ist von ihrer Bevölkerung her dreimal so groß wie Russland, mehr als anderthalbmal so groß wie die USA, aber sie ist kein wirklicher internationaler Player. Ihre Größe sollte der EU mehr Selbstbewusstsein geben. Die Krisen auf dem Kontinent sind nur gemeinsam zu lösen und den globalen Krisen,

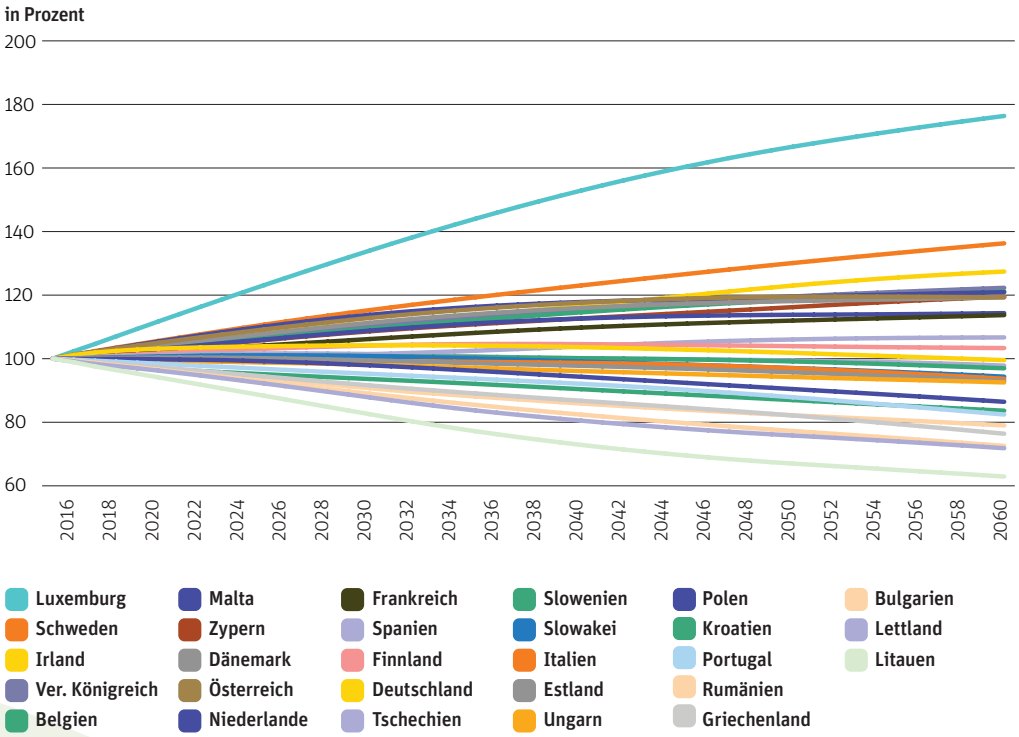
an denen es nicht mangelt, ist nur mit einer europäischen Außenpolitik zu begegnen, denn einzelne europäische Länder haben zu wenig Gewicht auf der Weltbühne. Große Projekte, die sich nicht auf der Ebene von Nationalstaaten regeln lassen, wie die Bekämpfung des Klimawandels, die Sicherheit in Zeiten von Terror und Flucht oder die Regulierung der Finanzmärkte brauchen große Entscheidungseinheiten. Europa muss sich hier mehr engagieren.

Auch wenn Europa demografisch hinter dem Rest der Welt zurückbleibt – es muss seine Innovationskraft erhalten. Dafür sind gemeinhin junge Menschen mit frischen Ideen notwendig. Ein Schrumpfen der Bevölkerung ist kein Problem, solange der Nachwuchs gut qualifiziert und mit guten Jobmöglichkeiten in die Zukunft schauen kann. Mögliche Lücken können mit Zuwanderern gefüllt werden. Allerdings müssen diese gut integriert werden. Das wird nur gelingen, wenn beide Seiten Regeln des Zusammenlebens respektieren, wenn die Zugewanderten ihre Chance auf Bildung und Beschäftigung bekommen und diese auch annehmen. Ein starkes Europa in einer globalisierten Welt muss ein offenes und internationales Europa sein, das seine gemeinsame Plattform aber erst noch finden muss. Die Alternative wäre ein schrumpfendes Altersheim, das irgendwann Geschichte wäre.

Europa könnte zum Vorbild für nachhaltige Entwicklung, für Frieden und für die Bewältigung des demografischen Wandels werden. All diese Aufgaben stellen sich auch den anderen Weltregionen, zum Teil schon heute, zum Teil erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten. Überall sind die Kinderzahlen gesunken und die Gesellschaften altern, in den Schwellenländern etwas später als in Europa, dafür aber umso schneller. Europas Sozialsysteme werden ihre Probleme erleben, doch sie sind bis dato besser aufgestellt als in den USA, in China oder Indien. Wenn die Europäer es schaffen, ihre eigenen Hausaufgaben ordentlich zu erledigen, können andere Weltregionen von diesen Erfahrungen profitieren. Allein das wäre Grund genug, als Europa zusammenzustehen und eine Blaupause für ein Zusammenleben der Gesellschaften im 21. Jahrhundert zu entwickeln.

Berlin, im Juli 2017

Reiner Klingholz
Direktor, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung



Diverses Europa

Alle europäischen Staaten altern, doch nicht alle schrumpfen. Länder wie Luxemburg, Schweden oder Irland dürften weiterhin wachsen. Selbst Deutschland könnte kurzfristig Einwohner gewinnen. Der Grund für künftiges Wachstum wird mehr und mehr in Zuwanderung liegen, da viele Länder schon heute Sterbeüberschüsse verzeichnen. Besonders stark schrumpfen dürften jene Länder, die unter Abwanderung leiden und wo vergleichsweise wenige Kinder geboren werden. Gerade Ost- und Südeuropa sind hiervon betroffen.

Projizierte Bevölkerungsentwicklung in EU-Ländern in Prozent, 2015-2060 (2015 = 100 Prozent)
(Datengrundlage: Eurostat[1])

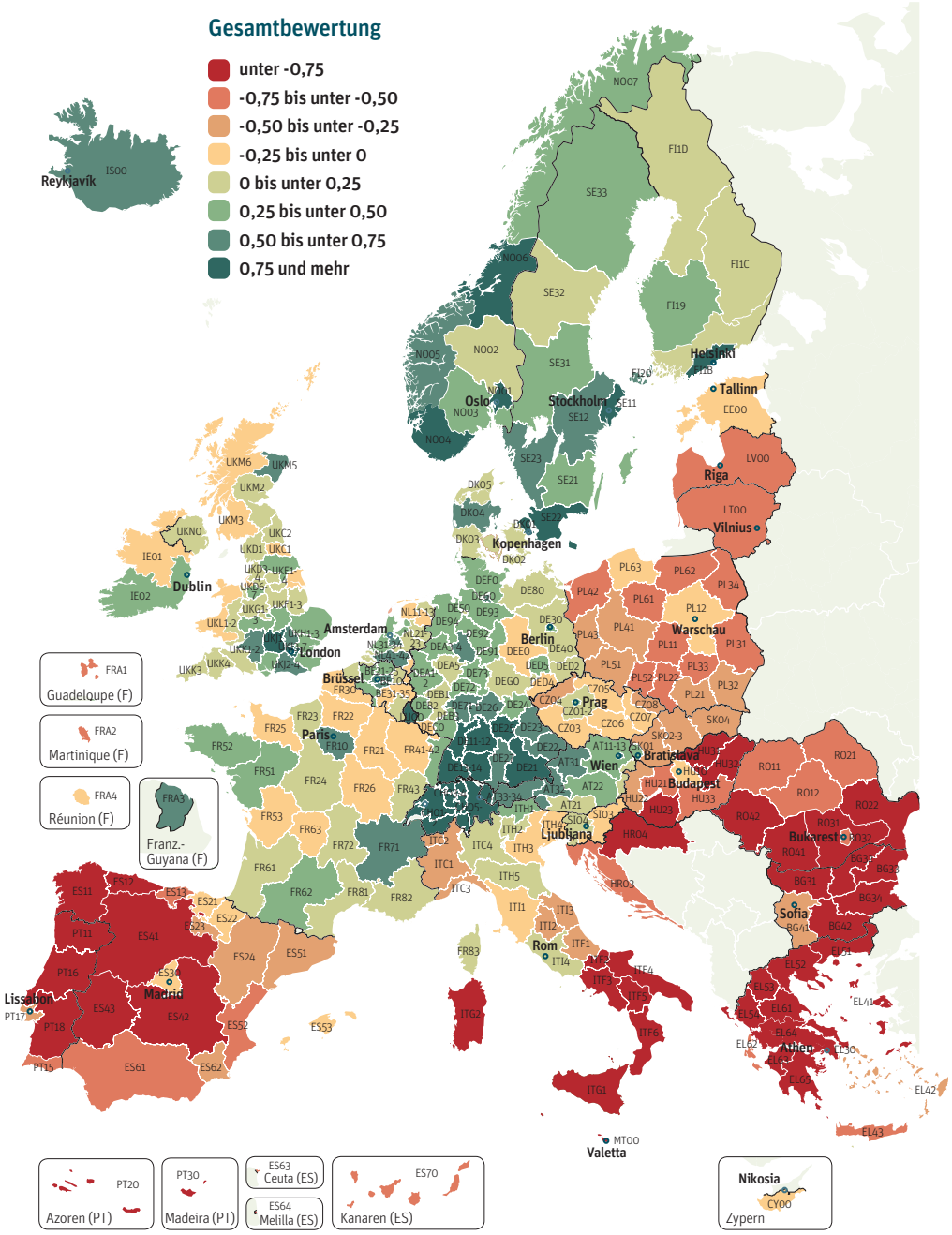
GESAMTÜBERBLICK

Norden und Zentrum vorn

In der Ökonomie des 21. Jahrhunderts sind nicht mehr große Industrieanlagen, Agrarland oder Bodenschätze die wichtigsten Ressourcen, sondern die Kenntnisse und Fähigkeiten von Menschen. Jene Länder und Regionen, die es schaffen, diese häufig als Humankapital oder Humanvermögen bezeichnete Summe von Fertigkeiten stetig auszubauen, dürfen auf wachsenden Wohlstand hoffen. Andere können schnell zu Verlierern in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft werden.

Europa steht dabei vor einem gravierenden Problem. Denn wegen der anhaltend niedrigen Kinderzahlen schrumpfen vielerorts die Bevölkerungen. Praktisch flächendeckend gehen immer mehr Menschen in Rente, während immer weniger von unten in den Arbeitsmarkt nachrücken. Unter diesen Bedingungen lässt sich der Wohlstand nur dann halten oder ausbauen, wenn die verbleibenden Arbeitskräfte produktiver werden – sprich in der gleichen Zeit mehr Waren und Dienstleistungen produzieren. Weil sie aber gleichzeitig immer mehr alte Menschen mitversorgen müssen, dürfte der demografische Wandel auch zu mehr Umverteilung führen. Für jeden einzelnen Beschäftigten bleibt also ein geringerer Anteil seines Einkommens übrig als vormals. Der größte Anpassungsbedarf besteht bei den gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungen, in die immer weniger Menschen einzahlen und gleichzeitig mehr Leistungen beansprucht werden.

Sich an die Alterung der Bevölkerung anzupassen, ohne dabei die Kraft zur wirtschaftlichen Erneuerung zu verlieren,



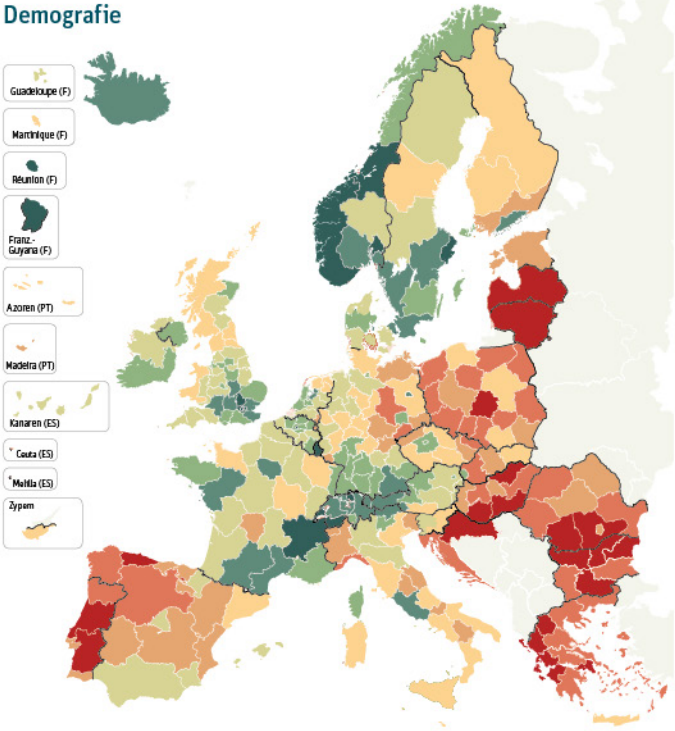
ist Aufgabe aller europäischen Länder. Doch sie können auch versuchen, die Folgen des demografischen Wandels an der Wurzel zu bekämpfen, also gegen die Verschiebung der Altersgruppen anzusteuern. Ein Mittel dazu ist Zuwanderung. Weil Zuwanderer im Schnitt jünger sind als die einheimische Bevölkerung, können sie – bei erfolgreicher Integration – den Folgen der Alterung entgegenwirken. Doch ihr Einfluss ist begrenzt. Um die Altersverhältnisse annähernd konstant zu halten, bräuchten europäische Länder Zuwanderung in unrealistisch hohem Ausmaß. Dies würde eine Integration unmöglich machen und unter den Bevölkerungen der Länder auf erhebliche Widerstände stoßen. Es sind also weitere Strategien gefragt. Zu ihnen zählt etwa, bislang auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen wie Frauen, Geringqualifizierte und bereits im Land befindliche Migranten besser einzubinden.

Eine geburtenfördernde Politik, etwa über eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die aus anderen Gründen geboten wäre, verspricht dagegen kurzfristig wenig Entlastung. Die Arbeitskräfte von morgen sind bereits geboren, und bis die heute geborenen Kinder zur Wirtschaftskraft beitragen können, ist ein Großteil der sogenannten Babyboomer-Generation bereits seit Längerem in Rente. Dies gilt umso mehr, als familienpolitische Maßnahmen ihre Wirkung in der Regel erst über einen längeren Zeitraum entfalten.

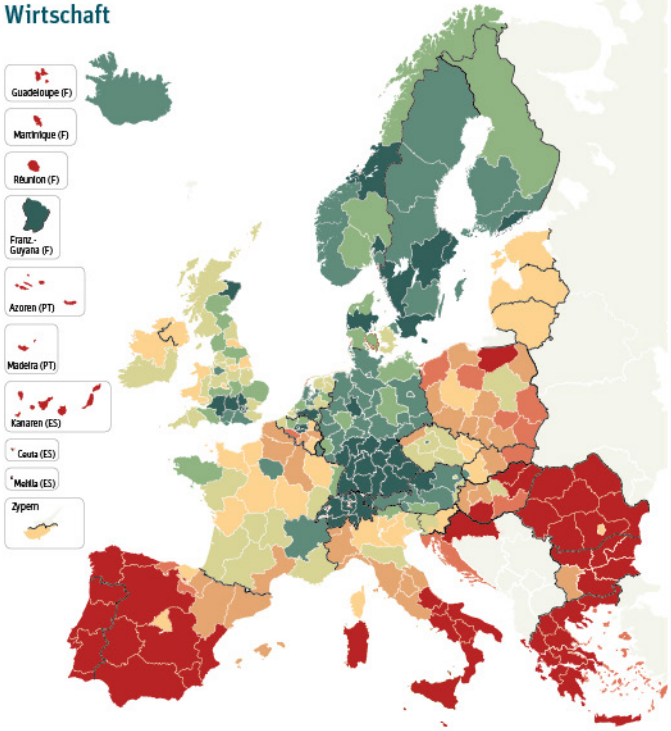
Wie gut es die europäischen Regionen schaffen, sich an die demografischen Veränderungen anzupassen, hat das Berlin-Institut bereits 2008 untersucht. Das Ergebnis damals: Vor allem der Norden und Westen des Kontinents bewältigen die Herausforderungen besser als der Süden und der Osten Europas. Ein knappes Jahrzehnt später bietet die vorliegende Studie eine dringend notwendige Neubewertung. Dringend notwendig, weil sich die Rahmenbedingungen für kontrollierte, weitsichtige Politik dramatisch verändert und in vielen Fällen verschlechtert haben: Zunächst brachte die globale Finanzkrise, die sich schnell zur veritablen Wirtschaftskrise auswuchs, diverse europäische Staaten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Im Schlepptau brachte sie Massenarbeitslosigkeit vorwiegend junger Menschen. Der Zuzug vieler Osteuropäer nach Deutschland, in das Vereinigte Königreich und andere westeuropäische Länder schürte Ängste vor einer Erosion des Wohlstands. Und zuletzt führte der Zustrom von mehr als einer Million Geflüchteter nach Europa zu einer Zerreißprobe der EU-Länder, die sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie auf die zahlreichen Krisen um Europa herum zu reagieren sei.

All diese Krisen und Verwerfungen haben direkte Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung: Die Zuwanderung der Asylbewerber hat Deutschland 2015 zu dem höchsten Bevölkerungsgewinn seit Jahrzehnten verholfen. Sie hat das Land aber auch vor eine enorme Aufgabe gestellt, nämlich die erfolgreiche Integration der Neuankömmlinge sicherzustellen. Die Wirtschaftskrise hat eine neue

Demografie



Wirtschaft



Süd-Nord-Wanderung innerhalb Europas ausgelöst, welche die Arbeitsmärkte im Mittelmeerraum kurzfristig entlastet, langfristig aber zum Problem für diese Länder werden könnte. Selbst die Geburtenziffern blieben nicht verschont. Sie waren in den 2000er Jahren in zahlreichen Regionen gestiegen, fielen aber in Folge der wirtschaftlichen Unsicherheit während der Rezession vielerorts schnell wieder. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass Bevölkerungsentwicklung nicht einzig in familien- und sozialpolitischen Maßnahmen gedacht werden kann, sondern Resultat ökonomischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist. Dies gilt umso stärker für ein Europa, in dem nationale Grenzen an Bedeutung verloren haben.

Bei vielen Herausforderungen sitzen die europäischen Nationen im gleichen Boot – etwa beim Umgang mit der Flüchtlings- und de facto auch mit der Schuldenkrise. Misserfolg ist hier für alle gleichermaßen gefährlich: In letzter Konsequenz steht das Scheitern des Euro oder gar der Europäischen Union zur Debatte. Bei anderen Themen sind sie dagegen Konkurrenten, etwa bei den Binnenwanderungen. Innerhalb Europas ist des einen Landes Gewinn des anderen Landes Verlust. Um in diesem Wettbewerb die Nase vorn zu haben, bedarf es eines attraktiven Umfeldes – vor allem in Bezug auf Jobchancen.

Gut gerüstete Schweiz

Wo also stehen die Regionen Europas anno 2017? Was hat sich im Vergleich zu 2008 verändert? Die Karte auf Seite 6 bietet eine Bestandsaufnahme, wer in den Bereichen Demografie und Wirtschaft wie abschneidet (siehe Kapitel Methode auf Seite 143). Untersucht wurden 290 Nuts-2-Regionen der Europäischen Union, Islands, Norwegens und der Schweiz. Für die anderen Länder Europas lagen keine vergleichbaren Daten vor. Je grüner eine Region, desto besser die Perspektiven.

Ganz vorne liegen Stockholm, die Nordwestschweiz und Zürich. Ähnlich gut schneiden das westliche, innere London, Oberbayern, Vorarlberg, die Zentralschweiz, Luxemburg und die Genferseeregion ab. Sie punkten vor allem mit ihrer Wirtschafts- und Innovationskraft, die zahlreiche Zuwanderer anzieht. Letztere wiederum bremsen die Alterung und sorgen dafür, dass diese Regionen trotz ihrer teils unterdurchschnittlichen Kinderzahlen sowie der recht hohen Lebenserwartung zu den jüngeren des Kontinents zählen. Doch auch die anderen Regionen der Schweiz sowie große Teile Süddeutschlands sind demografisch und wirtschaftlich gut aufgestellt.

Die Schweiz ist mit ihrer durchweg hervorragenden Lage eine Ausnahme. Überall sonst auf dem Kontinent lassen sich auch innerhalb der Länder Gefälle erkennen. So ist es zu erklären, dass in der Gruppe der besten Regionen insgesamt neun Nationen vertreten sind. Einzig Deutschland und das Vereinigte Königreich schaffen es neben der Schweiz mit mehr als drei Regionen in diesen Kreis. Dies spiegelt wider, dass gerade Deutschland es bislang vergleichsweise gut verstanden hat, die zahlreichen Krisen auf dem europäischen Kontinent zu meistern. Doch auch hierzulande ist weiterhin ein klares Süd-Nord-Gefälle sowie ein West-Ost-Gefälle zu beobachten. Letzteres ist allerdings mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung beileibe nicht mehr so ausgeprägt wie noch vor einigen Jahren. Das beste Zeichen hierfür ist, dass der Wanderungssaldo zwischen den „alten“ und „neuen“ Bundesländern im Jahr 2013 erstmals seit der Wiedervereinigung nahezu ausgeglichen war – nachdem der Osten zuvor per Saldo etwa zwei Millionen Menschen an den Westen verloren hatte.[1] Sinnbildlich für den Aufschwung des Ostens steht Leipzig. Unter allen deutschen Regionen verzeichnet die Stadt nach Berlin die zweithöchsten Wanderungsgewinne und ist – genau wie die Hauptstadt – einer der großen Aufsteiger im Vergleich zu 2008.

Gravierende Unterschiede zwischen Nord und Süd zeigen sich auch in anderen Ländern. In Italien hat die jahrzehntealte Spaltung zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden nichts an Aktualität eingebüßt. Ganz im Gegenteil: Die Regionen Süditaliens zählen europaweit zu jenen mit den geringsten Kinderzahlen und gleichzeitig den am wenigsten aufnahmefähigen Arbeitsmärkten. Weniger gravierend, aber doch auffällig sind die Nord-Süd-Unterschiede im Vereinigten Königreich sowie in Skandinavien und Finnland. Gerade im hohen Norden leiden viele Regionen unter Abwanderung gen Oslo, Stockholm oder auch Helsinki. In Schottland wiederum bekommen Frauen deutlich weniger Kinder als im Rest des Vereinigten Königreichs und auch die Lebenserwartung liegt hier niedriger.

In der Mitte des Tableaus finden sich zahlreiche französische Regionen, weite Teile Mittelitaliens, aber auch Gebiete der ehemals sozialistischen Staaten Tschechien und Slowenien. Tschechien war anno 2016 gar das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit Europas. Ein Grund hierfür ist die gut ausgebildete Bevölkerung, die fast komplett über eine abgeschlossene Berufsausbildung, Abitur oder einen Hochschulabschluss verfügt. Sie macht Tschechien zu einem interessanten Ziel für ausländische Investoren – gerade im starken Industriesektor. Der Hauptstadt Prag ist genau wie Bratislava, der Hauptstadt des Nachbarstaats Slowakei, längst der Anschluss an Westeuropa gelungen.

Schlechter sieht es in den weiter südöstlich gelegenen Ländern aus. Rumänien und Bulgarien sind nach wie vor die ärmsten Mitgliedstaaten der EU. Infolge des enormen Wohlstandsgefälles zu Westeuropa verzeichnen sie Jahr für Jahr hohe Wanderungsverluste. Ähnliches widerfährt den baltischen Staaten, obgleich diese sich jüngst wirtschaftlich enorm entwickelt haben und auch die Wirtschaftskrise nach einem zunächst dramatischen Einbruch einigermaßen überstanden haben. Dass es hier langsam wieder aufwärts geht, zeigt sich nicht zuletzt an den Kinderzahlen. Lettland verzeichnet seit 2000 den absolut höchsten Zuwachs bei der Geburtenziffer in Europa, während Litauen im Zeitraum seit 2008 ganz vorne liegt.

Von einem Ende der Wirtschaftskrise sind viele Regionen Südeuropas weit entfernt. In

Griechenland, Spanien und Süditalien liegt die Jugendarbeitslosigkeit vielfach weiter bei etwa 50 Prozent. Viele Jugendliche und junge Erwachsene haben weder einen Job, noch bilden sie sich weiter. Für diese sogenannten Neets (*Not in education, employment or training*) könnte die Wirtschaftskrise enorme negative Langzeitfolgen haben. Bereits heute bekommen Frauen in Südeuropa infolge der Wirtschaftskrise noch weniger Kinder als sie es ohnehin tun. So ist Portugal mit durchschnittlich 1,31 Kindern je Frau aktuell das EU-Land mit der niedrigsten Geburtenziffer. Und insgesamt liegen die elf kinderärmsten Regionen in Spanien, Italien und Portugal – „angeführt" vom nordspanischen Fürstentum Asturien mit lediglich 1,01 Kindern je Frau. Bis zur Mitte des Jahrhunderts dürfte diese Entwicklung dazu führen, dass die Gesellschaften Südeuropas die mit Abstand ältesten des Kontinents sind.

Demografie: Die Krise des Hinterlandes

Bislang haben wir die demografische Lage der Regionen Europas betrachtet, sowie ihre ökonomischen Potenziale, hiermit umzugehen. Betrachtet man einzig demografische Faktoren, verändert sich das Gesamtbild nur marginal. Dies zeigt, wie stark demografische und ökonomische Entwicklung in Europa Hand in Hand gehen. Wo Wirtschaft und Arbeitsmärkte stark sind, ziehen Menschen hin und genießen eine gute soziale Absicherung, wodurch sie auch lange leben. Bei gesicherter Zukunft ist es überdies weniger risikoreich, Kinder in die Welt zu setzen. Hinzu kommt vielerorts, dass gerade in prosperierenden, modernen Regionen die öffentliche Kinderbetreuung gut ausgebaut ist, wodurch Eltern Beruf und Familie leicht vereinbaren können.

So zeigt sich auch beim Thema Demografie das bekannte Bild mit vielen gut aufgestellten Regionen im Süden Deutschlands, der Schweiz, im Herzen des Vereinigten Königreichs sowie in Norwegen. Zurück bleiben weite Teile Portugals sowie Osteuropas. Der Osten des Kontinents leidet nicht nur unter

1	SE11	Stockholm
2	CH03	Nordwestschweiz
3	CH04	Zürich
4	UKI3	Inner London - West
5	DE21	Oberbayern
6	AT34	Vorarlberg
7	CH06	Zentralschweiz
8	LU00	Luxemburg
9	CH01	Genferseeregion
10	CH05	Ostschweiz
11	DE11	Stuttgart
12	NO01	Oslo und Akershus
13	FI1B	Helsinki-Uusimaa
14	UKI4	Inner London - Ost
15	CH02	Espace Mittelland
16	NO04	Agder und Rogaland
17	DE14	Tübingen
18	UKJ1	Berkshire, Buckinghamshire und Oxfordshire
19	SE22	Südschweden
20	DE25	Mittelfranken
21	UKI7	Outer London - West und Nordwest
22	NO06	Trøndelag
23	UKI6	Outer London - Süd
24	DE13	Freiburg
25	CH07	Tessin
26	DE12	Karlsruhe
27	DK01	Hauptstadt
28	NO05	Vestlandet
29	UKI5	Outer London – Ost und Nordost
30	UKH2	Bedfordshire und Hertfordshire
31	DE23	Oberpfalz
32	SE23	Westschweden
33	DE27	Schwaben
34	DE71	Darmstadt
35	NL41	Nord-Brabant
36	FR10	Île de France
37	DE60	Hamburg
38	FR71	Rhone-Alpen
39	IS00	Island
40	UKK1	Gloucestershire, Wiltshire und Bristol/Bath-Gebiet
41	SE12	Ost-Mellansverige
42	FRA3	Franz.-Guyana
43	AT31	Oberösterreich
44	UKM5	Nord-Ost-Schottland
45	AT33	Tirol
46	FI20	Ålandinseln
47	UKJ2	Surrey, Ost- und West-Sussex
48	BE24	Provinz Flämisch-Brabant
49	DK04	Mitteljütland
50	DE30	Berlin
51	BE31	Provinz Wallonisch-Brabant
52	AT32	Salzburg
53	NL31	Utrecht
54	DE26	Unterfranken
55	DE22	Niederbayern
56	AT13	Wien
57	DEA4	Detmold
58	DEB3	Rheinhessen-Pfalz
59	SE21	Småland mit Inseln
60	UKJ3	Hampshire und Isle of Wight
61	DEA2	Köln
62	UKH1	East Anglia
63	NO03	Süd-Østlandet
64	UKF2	Leicestershire, Rutland und Northamptonshire
65	NL32	Nordholland
66	DED5	Leipzig
67	SK01	Bratislavský kraj
68	ITH1	Provincia Autonoma di Bolzano/ Bozen
69	AT22	Steiermark
70	UKJ4	Kent
71	BE10	Region Brüssel-Hauptstadt
72	NO07	Nord-Norwegen
73	NL23	Flevoland
74	UKD6	Cheshire
75	AT12	Niederösterreich
76	FR51	Länder der Loire
77	FR62	Midi-Pyrénées
78	SE33	Ober-Norrland
79	IE02	Südostregion
80	BE21	Provinz Antwerpen
81	UKH3	Essex
82	DEB2	Trier
83	FI19	Westfinnland
84	DEA1	Düsseldorf
85	DE94	Weser-Ems
86	NL33	Südholland
87	DE72	Gießen
88	DEA3	Münster
89	CZ01	Prag
90	DE92	Hannover
91	SE31	Nord-Mellansverige
92	FR42	Elsass
93	UKE2	Nord-Yorkshire
94	DEF0	Schleswig-Holstein
95	DE93	Lüneburg
96	DE73	Kassel

vergleichsweise geringen Kinderzahlen sowie Abwanderung, sondern auch darunter, dass hier die Lebenserwartung noch immer deutlich unter dem Niveau West- und Südeuropas zurückbleibt.

Etwas überraschend schneiden viele Regionen des einstigen Demografie-Vorzeigelandes Frankreich nur mittelmäßig ab. Gerade im Landesinneren, im Limousin, in der Auvergne oder auch im Burgund, können die im kontinentalen Vergleich weiter hohen Kinderzahlen nicht mehr verschleiern, dass es demografische Herausforderungen gibt. So ist die Alterung hier bereits recht weit fortgeschritten – auch weil viele junge Menschen in die Küstenregionen des Südens und des Westens streben und Rentner aus Nachbarstaaten zuwandern. Den Verlust junger Menschen teilen weitere Regionen Frankreichs, etwa Lothringen oder die nordfranzösische Picardie, wo es infolge des Strukturwandels weg von der Schwerindustrie nur wenige Jobs gibt.

Fast überall schneiden die Hauptstädte besser ab als der Rest der Länder. Gerade periphere Regionen – häufig im Landesinnern ohne Küstennähe – kämpfen oft vergeblich gegen die Logik von Abwanderung junger Menschen und der sich daraus ergebenden Alterung. Dies ist unter anderem in Spanien der Fall, etwa in La Rioja, Aragonien sowie Kastilien und León. Anderswo, vor allem in Deutschland, überdeckt einzig die enorme Zuwanderung aus anderen Teilen Europas sowie dem Nahen Osten die Tatsache, dass ländlich geprägte Regionen wie Trier, Chemnitz oder Arnsberg junge Menschen an die Zentren verlieren.[2]

Etwas überraschend steht der Süden Italiens demografisch weniger schlecht dar als in der Gesamtbetrachtung. Dabei liegen hier einige der kinderärmsten Regionen des Kontinents. Aus diesem Grund ist das Bild auch etwas trügerisch. Denn die Regionen profitieren von einer hohen Lebenserwartung sowie starker Zuwanderung. Diese Zuwanderung ist allerdings nicht den starken Arbeitsmärkten zu verdanken, sondern der Tatsache, dass

97	FR52	Bretagne
98	DE91	Braunschweig
99	BE23	Provinz Ostflandern
100	DE24	Oberfranken
101	UKG1	Herefordshire, Worcestershire und Warwickshire
102	DE50	Bremen
103	DK03	Süddänemark
104	UKF1	Derbyshire und Nottinghamshire
105	SE32	Mittel-Norrland
106	UKK2	Dorset und Somerset
107	DED2	Dresden
108	FR61	Aquitanien
109	CZ02	Mittelböhmen
110	NO02	Hedmark und Oppland
111	DE40	Brandenburg
112	NL22	Gelderland
113	UKF3	Lincolnshire
114	UKK3	Cornwall und Scilly-Inseln
115	NL21	Overijssel
116	DEB1	Koblenz
117	SI04	Westliches Slowenien
118	UKD3	Großraum Manchester
119	UKK4	Devon
120	UKG3	West Midlands
121	BE34	Provinz Luxemburg
122	UKG2	Shropshire und Staffordshire
123	DK05	Nordjütland
124	UKE4	West-Yorkshire
125	DEA5	Arnsberg
126	UKM2	Ost-Schottland
127	AT21	Kärnten
128	UKL2	Ost-Wales
129	FR82	Provence-Alpes-Côte d'Azur
130	UKN0	Nordirland
131	FR43	Freigrafschaft Burgund
132	FI1C	Südfinnland
133	BE25	Provinz Westflandern
134	FI1D	Nord- und Ostfinnland
135	ITH2	Provincia Autonoma di Trento
136	DEG0	Thüringen
137	AT11	Burgenland
138	BE22	Provinz Limburg
139	DK02	Seeland
140	FR72	Auvergne
141	NL34	Seeland
142	ITH5	Emilia-Romagna
143	FR24	Zentralregion
144	UKD4	Lancashire
145	FR81	Languedoc-Roussillon
146	ITI4	Latium
147	UKD1	Cumbria
148	UKE3	Süd-Yorkshire
149	ITC4	Lombardei
150	FR23	Obernormandie
151	FR83	Korsika
152	NL11	Groningen
153	UKC2	Northumberland und Tyne and Wear
154	ES64	Autonome Stadt Melilla
155	DE80	Mecklenburg-Vorpommern
156	NL12	Friesland
157	CZ06	Südosten
158	NL42	Limburg
159	IE01	Grenzregion, Midland und Westregion
160	UKD7	Merseyside
161	DEC0	Saarland
162	UKE1	Ost-Yorkshire und Nord-Lincolnshire
163	DED4	Chemnitz
164	FR53	Poitou-Charentes
165	PL12	Masowien
166	ES30	Autonome Gemeinschaft Madrid
167	UKL1	West-Wales und The Valleys
168	CZ03	Südwesten
169	UKC1	Tees Valley und Durham
170	UKM6	Highlands und Inseln
171	UKM3	Süd-West-Schottland
172	FR26	Burgund
173	BE35	Provinz Namur
174	FR30	Nord-Pas-de-Calais
175	FR22	Picardie
176	NL13	Drenthe
177	CZ05	Nordosten
178	HU10	Mittelungarn
179	FR25	Niedernormandie
180	ES53	Balearen
181	ES22	Navarra
182	ITH4	Friaul-Julisch Venetien
183	FR63	Limousin
184	ITH3	Veneto
185	BE33	Provinz Lüttich
186	DEE0	Sachsen-Anhalt
187	FR41	Lothringen
188	SI03	Östliches Slowenien
189	FR21	Champagne-Ardenne
190	CZ07	Mittelmähren
191	FRA4	La Réunion
192	CY00	Zypern

hier ein Großteil der Flüchtlinge ankommt, die Europa über das Mittelmeer erreichen. Sie erfolgreich zu integrieren, wird eine der Hauptherausforderungen der Zukunft – und das nicht nur im Süden Italiens. Gerade die demografischen Boom-Regionen des Kontinents stehen in vielen Fällen vor dieser Aufgabe, die mit darüber entscheiden dürfte, wie harmonisch das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen künftig verläuft.

Wirtschaft: National sticht regional

Die Indikatoren im Bereich Wirtschaft drücken aus, über welches Humankapital die Regionen Europas verfügen, wie sie dieses nutzen und welchen Wohlstand sie damit erzielen. Demografische Herausforderungen wiegen dort besonders schwer, wo ein Großteil der Bevölkerung in Armut lebt, wo Arbeitslosigkeit die Anpassung an die Alterung erschwert und wo geringe Bildung die Zukunftsaussichten trübt. Während sich das große Bild mit Blick auf die Wirtschaft kaum von jenem der demografischen Lage unterscheidet – mit einem starken Norden, Westen und Zentrum sowie einem schwächeren Süden und Osten –, werden bei der Wirtschaftslage stärker als bei der Demografie nationale Grenzen sichtbar: Deutschland, Schweden oder auch Finnland schneiden mit allen Regionen überdurchschnittlich ab, während beispielsweise Spanien mit Ausnahme von Madrid fast flächendeckend vor großen Herausforderungen steht. Hauptgründe hierfür sind die geringe Erwerbstätigenquote sowie der vergleichsweise hohe Anteil Geringqualifizierter an der Bevölkerung im Erwerbsalter. Diese beiden Charakteristika teilt Spanien mit anderen Mittelmeeranrainern wie Griechenland, Süditalien oder auch mit dem Nachbarn Portugal. Immerhin gibt es in den jüngeren Generationen beim Bildungsstand einen Aufwärtstrend. Was fehlt, sind bislang die Jobs, die für einen reibungslosen Übergang vom Bildungs- ins Erwerbsleben sorgen könnten.

193	ES21	Baskenland
194	ITI1	Toskana
195	PL63	Pommern
196	EE00	Estland
197	PL21	Kleinpolen
198	PL41	Großpolen
199	RO32	Bukarest-Ilfov
200	ITC1	Piemont
201	ES51	Katalonien
202	ES63	Autonome Stadt Ceuta
203	BE32	Provinz Hennegau
204	SK02	Westliche Slowakei
205	MT00	Malta
206	CZ08	Mährisch-Schlesien
207	ITC2	Aostatal
208	CZ04	Nordwesten
209	HU22	Westtransdanubien
210	ITI3	Marken
211	ITI2	Umbrien
212	ES24	Aragonien
213	PL51	Niederschlesien
214	SK04	Östliche Slowakei
215	SK03	Zentrale Slowakei
216	PT17	Stadtregion Lissabon
217	PL32	Karpatenvorland
218	BG41	Südwestbulgarien
219	ITF1	Abruzzen
220	ITC3	Ligurien
221	PL43	Lebus
222	ES23	La Rioja
223	ES62	Region Murcia
224	EL42	Südliche Ägäis
225	ES70	Kanaren
226	PL22	Schlesien
227	PL61	Kujawien-Pommern
228	PL34	Podlachien
229	LT00	Litauen
230	PL11	Lodzkie
231	FRA2	Martinique
232	PL42	Westpommern
233	HU21	Mitteltransdanubien
234	EL43	Kreta
235	PL52	Oppeln
236	ES13	Kantabrien
237	LV00	Lettland
238	PL31	Lublin
239	ES52	Valencianische Gemeinschaft
240	FRA1	Guadeloupe
241	PL33	Heiligkreuz
242	PL62	Ermland-Masuren
243	HR03	Adriatisches Kroatien
244	RO21	Nordostrumänien
245	PT15	Algarve
246	RO12	Zentralrumänien
247	ES61	Andalusien
248	RO11	Nordwestrumänien
249	HU33	Südliche Große Tiefebene
250	EL62	Ionische Inseln
251	HU32	Nördliche Große Tiefebene
252	ES41	Kastilien und León
253	EL41	Nördliche Ägäis
254	HR04	Kontinentales Kroatien
255	EL30	Attika
256	ES42	Kastilien-La Mancha
257	ITF5	Basilikata
258	RO42	Westrumänien
259	ITF2	Molise
260	ES11	Galicien
261	BG34	Südostbulgarien
262	EL65	Peloponnes
263	ITG2	Sardinien
264	ITF3	Kampanien
265	ES12	Fürstentum Asturien
266	HU31	Nordungarn
267	HU23	Südtransdanubien
268	EL52	Zentralmakedonien
269	PT11	Nord
270	PT16	Mitte
271	RO31	Südrumänien (Muntenien)
272	ITF4	Apulien
273	ITG1	Sizilien
274	EL64	Mittelgriechenland
275	BG33	Nordostbulgarien
276	RO22	Südostrumänien
277	PT20	Autonome Region der Azoren
278	ITF6	Kalabrien
279	EL51	Ostmakedonien und Thrakien
280	BG42	Südzentralbulgarien
281	ES43	Extremadura
282	EL61	Thessalien
283	RO41	Südwestrumänien (Oltenien)
284	PT18	Alentejo
285	EL54	Epirus
286	EL63	Westgriechenland
287	EL53	Westmakedonien
288	PT30	Autonome Region Madeira
289	BG32	Nordzentralbulgarien
290	BG31	Nordwestbulgarien

1 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Stabilität nur mit Zuwanderung

Im Jahr 2015 starben in den 28 Ländern der EU erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs mehr Menschen als geboren wurden. Der Trend für die kommenden Jahrzehnte ist damit vorgegeben. Denn bis zum Ende der aktuellsten Vorausberechnungen im Jahr 2080 dürfte es kein einziges Jahr mehr geben, in dem die Nachwuchszahlen ausreichen, um die Zahl der Sterbefälle aufzuwiegen – obwohl Forscher mit langfristig steigenden Geburtenziffern rechnen.[1]

Trotzdem wird die EU aller Voraussicht nach vorerst weiter wachsen – von derzeit 510 Millionen Einwohner auf knapp 529 Millionen zur Mitte des Jahrhunderts. Erst dann wird ein leichter Rückgang erwartet. Dass dies so ist, liegt einzig und allein an Zuwanderung. Die Bevölkerungsforscher gehen nämlich davon aus, dass die EU langfristig Menschen aus anderen Weltregionen anziehen kann. Zur Mitte des Jahrhunderts rechnen sie damit, dass sowohl jeder der 28 EU-Staaten als auch Island, Norwegen und die Schweiz Wanderungsüberschüsse erzielen werden – dass also mehr Menschen zu- als abwandern.[2] Diese Zuwanderung wird notgedrungen aus Nicht-EU-Ländern und großteils aus nicht-europäischen Ländern kommen müssen. Denn innerhalb Europas ist des einen Landes Gewinn des anderen Landes Verlust.

Sollte die Zuwanderung geringer ausfallen als gedacht, dürfte die Wachstumsgeschichte Europas schon vor Mitte des Jahrhunderts enden. Neue Fragen, die sich zum Teil schon heute stellen, würden dadurch an Dringlichkeit gewinnen: Wie lassen sich Sozialsysteme in alternden und schrumpfenden Gesellschaften finanzieren? Und wie lässt sich die Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten sichern, die überproportional stark unter dem demografischen Wandel leiden?

Wie groß die Spannbreite demografischer Vorausschätzungen ist, verdeutlicht eine Modellrechnung ohne jegliche Zuwanderung aus dem Jahr 2013: In diesem – zugegeben extrem unwahrscheinlichen – Fall würde die Bevölkerungszahl der EU bis 2050 auf lediglich 466 Millionen sinken. Das wären 59 Millionen weniger als in der damaligen Hauptvariante und 44 Millionen Menschen weniger als heute.[3]

Wachsendes Migrationspotenzial

Für die Bevölkerungsentwicklung immer wichtiger wird daher nicht nur, was in Europa selbst geschieht, sondern auch was um uns herum abläuft. In einer zusammenwachsenden Welt können Krisen auf einem Kontinent schnell Folgekrisen auf anderen Kontinenten auslösen – wie die Flüchtlingskrise 2015 eindrucksvoll bewiesen hat. Gerade die Nachbarschaft Europas hat in den vergangenen Jahren viel von ihrer ehemaligen – und teilweise nur scheinbaren – Stabilität verloren. Dass Europa künftig mehr Zuwanderer empfangen wird, ist damit sehr wahrscheinlich. Vielleicht werden es sogar noch mehr als bislang angenommen.

In diesem Fall würden andere Fragen immer drängender: Welche Strategien zur Integration von Migranten sind besonders vielversprechend? Werden Zuwanderer zu einem immer stärkeren Städtewachstum führen oder können sie zu einer gleichmäßigeren Bevölkerungsentwicklung zwischen Stadt und Land beitragen? Und wie ließe sich der zunehmenden Polarisierung der Bevölkerung entgegenwirken zwischen jenen, die Einwanderung gegenüber aufgeschlossen sind und jenen, die Angst vor kultureller Vermischung haben?

EU-weite Bevölkerungszahlen und -vorausschätzungen überdecken erhebliche regionale Unterschiede. Denn schon heute schrumpfen insbesondere ländliche Regionen in Zentral-, Ost- und Südeuropa. Hier liegen die Kinderzahlen niedrig, die Menschen wandern ab und vielerorts ist die Restbevölkerung bereits deutlich gealtert. Im Gegensatz dazu finden sich die demografischen Boom-Regionen vor allem dort, wo die Geburtenziffern bei annähernd zwei Kindern je Frau liegen, also in Skandinavien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich oder Irland, sowie dort, wo Zuwanderung Sterbeüberschüsse ausgleicht – also vor allem in dicht besiedelten Metropolregionen. Aktuell deutet wenig darauf hin, dass sich die Schere zwischen demografischen Gewinner- und Verliererregionen künftig wieder schließen könnte.

Auf Babyboom folgt „Pillenknick“

Regionale Ungleichheiten sind keineswegs neu für Europa. Schon in den 1950er Jahren schrumpften weite Teile der ehemaligen DDR, da viele Menschen gen Westen strebten. Auch Iren suchten ihr Glück im Ausland, wodurch das Land flächendeckend an Bevölkerung verlor. Demgegenüber verzeichneten Polen und die ehemaligen Staaten Jugoslawien und Tschechoslowakei dank hoher Kinderzahlen deutliche Gewinne. Überhaupt stiegen in der Nachkriegszeit die Nachwuchszahlen in fast allen Regionen des großflächig zerstörten Kontinents. Dieser sogenannte Babyboom brachte bis Mitte der 1960er Jahre zahlenmäßig große Jahrgänge hervor, deren Angehörige heute die Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft einnehmen. Er fiel in eine Zeit, in der die Menschen wieder positiver in die Zukunft blickten, häufiger und jünger heirateten und die Wirtschaft vielerorts rapide wuchs.[4]

Zeitgleich zum Baby- und Wirtschaftsboom begann auch die Zeit der staatlich organisierten Arbeitskräfte-Anwerbung. Da gerade im geringqualifizierten Bereich auf den Baustellen, in der Landwirtschaft und in der Gastronomie vieler nord- und westeuropäischer Länder Arbeitskräfte fehlten, rekrutierten Staaten wie Deutschland, die Niederlande oder Belgien überwiegend junge, arbeitsfähige Männer in Südeuropa, der Türkei und Nordafrika. Gerade in ländlichen Gebieten herrschte dort ein Überschuss an Arbeitskräften, den die Regierungen der jeweiligen Staaten gerne an nördlichere Länder abgaben.[5] Die Folge hiervon war ein schnelles Bevölkerungswachstum nördlich der Alpen bei gleichzeitigen Verlusten in vielen Regionen Spaniens, Italiens oder Griechenlands.[6]

In den 1960er Jahren brachen dann gerade in Nord- und Westeuropa – und für viele völlig überraschend – die Kinderzahlen ein. Der Babyboom fand sein Ende in einem gesellschaftlichen Wandel, der vor allem die Rolle der Frau stärkte und eine Vielzahl unterschiedlicher Familien- und Lebensentwürfe hervorbrachte. So nahmen Frauen immer häufiger am Erwerbsleben teil und verzichteten dafür auf Kinder. Eine effektive Familienplanung erlaubte ihnen die im Jahr 1961 in Europa eingeführte Anti-Baby-Pille. In den Niederlanden wurden zwischen 1961 und 1977 aus durchschnittlich 3,22 Kindern je Frau nur noch 1,58; in Finnland fielen die Geburtenziffern im gleichen Zeitraum von 2,72 auf 1,68. In südeuropäischen Staaten wie Spanien oder Portugal, wo Diktaturen persönliche und wirtschaftliche Freiheiten einschränkten, wurde diese Entwicklung zunächst unterdrückt. Mit der politischen Öffnung ergriff der Wandel etwa ein Jahrzehnt später allerdings auch diese Länder.[7] Die Folge dieser Entwicklungen war ein immer langsameres Bevölkerungswachstum: Lag es in den Ländern der heutigen EU in den 1960er Jahren noch bei acht Prozent pro Jahr, fiel es in den 1970er Jahren auf fünf und in den 1980er Jahren auf nur noch drei Prozent. 2015 betrug es weniger als ein halbes Prozent.[8]

Osteuropäischer Exodus in den 1990er Jahren

In Osteuropa hatte sich die Bevölkerung lange Zeit relativ unabhängig von westeuropäischen Trends entwickelt. Durch die Planwirtschaft und aufgrund geschlossener Grenzen fand Migration nur in sehr geringem Ausmaß statt. Eine gut ausgebaute öffentliche Kinderbetreuung sowie mancherorts finanzielle Anreize zur Familiengründung sorgten außerdem dafür, dass die Nachwuchszahlen lange Zeit höher lagen als im Westen.[9] Mit Ausnahme von Slowenien und Kroatien konnten alle sozialistischen Länder kurz vor der Wende Geburtenziffern von mindestens 1,8 aufweisen.[10]

Doch sowohl das geringe Ausmaß internationaler Wanderungen als auch die hohen Kinderzahlen kehrten sich mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs schlagartig ins Gegenteil um. Millionen Menschen verließen ihre Heimat, weil das Wohlstandsniveau deutlich niedriger lag als in Westeuropa und zahlreiche Jobs im neuen marktwirtschaftlichen System verloren gingen.[11] Aus staatlich verordneter Vollbeschäftigung wurde mit dem Wegfall ganzer Industrien schnell Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Das zerfallende Jugoslawien mit seinen Unabhängigkeitskriegen befeuerte diesen Wanderungsstrom durch Flüchtlinge zusätzlich.

In Westeuropa verzeichneten einige Länder neue Zuwanderungsrekorde. Im Jahr 1992 kamen 782.000 Menschen mehr nach Deutschland als das Land verließen.[12] Unter ihnen waren Bürgerkriegsflüchtlinge vom Balkan, vor allem aber sogenannte (Spät-)Aussiedler, deren Vorfahren gen Osten ausgewandert waren und die nun die Möglichkeit hatten, nach Deutschland „zurückzukehren". Die traditionellen Auswanderungsländer Spanien und Portugal verzeichneten als Folge ihrer EU-Beitritte einen Wirtschaftsaufschwung und erstmals seit langer Zeit wieder nennenswerte Wanderungsüberschüsse.[13]

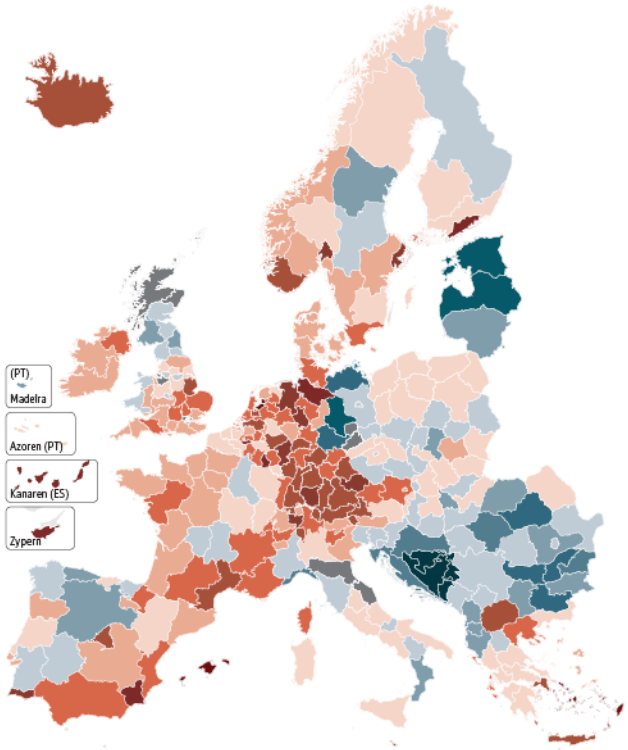
Für die postsozialistischen Staaten hatte der schmerzhafte Übergang in die Marktwirtschaft nicht nur zur Folge, dass die Menschen ihre Heimat verließen, sie bekamen auch schlagartig weniger Kinder – oder verschoben das Kinderkriegen auf später. In den baltischen Staaten sanken die Geburtenziffern zwischen 1990 und 2000 von etwa 2 auf 1,3 und niedriger.[14] Ostdeutschland verzeichnete 1993 und 1994 den Wert von 0,77 Kindern je Frau.[15] Die Folgen davon waren schnell zu spüren. Allein in den 1990er Jahren verloren die zehn postsozialistischen EU-Staaten im Schnitt etwa vier Prozent ihrer Bevölkerungen. Am stärksten betroffen war Estland mit einem Bevölkerungsschwund von knapp elf Prozent. Auch der Norden von Bulgarien verlor mehr als jeden zehnten Einwohner, einzig Polen und die Slowakei konnten in diesem Zeitraum leichte Gewinne verzeichnen.[16] Heute drohen weitere Verluste: Denn durch die Geburteneinbrüche fehlen potenzielle Eltern für die nächste Generation.

Ost nach West, Süd nach Nord

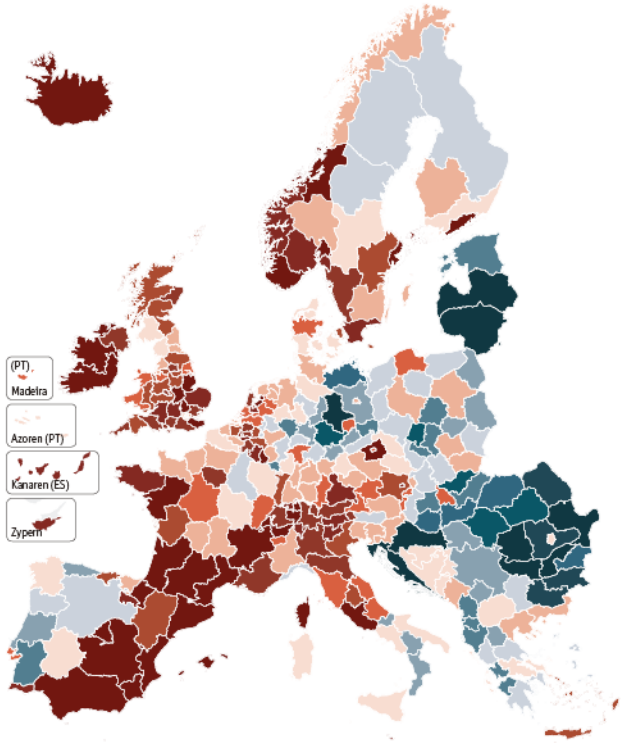
Mit der Jahrtausendwende begannen die Kinderzahlen vielerorts wieder leicht zu steigen, weil Paare das vormals verschobene Kinderkriegen nachholten. Die Ost-West-Wanderungen auf dem Kontinent hielten indes an und verstärkten sich sogar mit dem Beitritt vieler postsozialistischer Staaten zur EU im Jahr 2004. Gerade das Vereinigte Königreich, Irland und Schweden verzeichneten rekordverdächtige Wanderungsüberschüsse, da sie anders als die übrigen EU-Länder darauf verzichteten, die Freizügigkeit aus den neuen Mitgliedstaaten übergangsweise einzuschränken. Auch Spanien registrierte Jahr für Jahr Wanderungsüberschüsse, die bei mehr als eineinhalb Prozent der Gesamtbevölkerung lagen.[17] Hauptgrund war der Bauboom gerade in Küstennähe.

Auch als Ende der 2000er Jahre die Wirtschaftskrise über weite Teile Europas hereinbrach, hielten die Ost-West-Verschiebungen an. Neu hinzu kamen nun allerdings Süd-Nord-Wanderungen. In Griechenland

Bevölkerungsentwicklung 1990-2000 in Prozent*



Bevölkerungsentwicklung 2000-2016 in Prozent**



* Aufgrund von Gebietsänderungen und genereller Datenverfügbarkeit liegen nicht für alle Länder regionale Daten vor. Slowenien, Dänemark, Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien werden daher nur national betrachtet. In einigen Fällen liegen für 1990 keine Daten vor. Hier ist das Startjahr das erste verfügbare Jahr: Ostmakedonien und Thrakien, Zentralmakedonien, Westmakedonien, Epirus, Thessalien, Ionische Inseln, Westgriechenland, Mittelgriechenland, Peloponnes, Polen, Schweiz, Algarve, Azoren, Madeira (1991), Tschechien, Mitte, Stadtregion Lissabon, Alentejo, Cornwall und Scilly-Inseln, Devon, West-Wales und The Valleys, Ost-Wales (1992), Ost-Schottland, Süd-West-Schottland (1993), Dresden (1995), Slowakei (1996), Irland (1997).

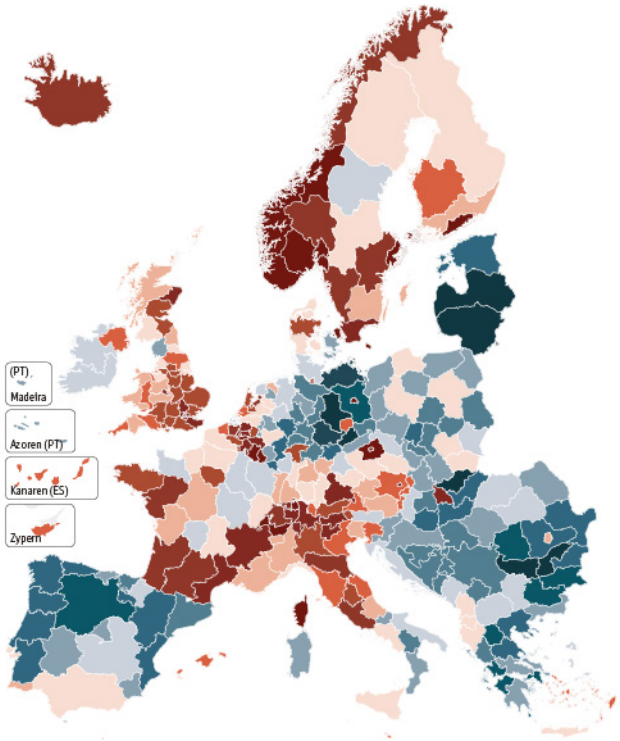
** Aufgrund von Gebietsänderungen und genereller Datenverfügbarkeit liegen nicht für alle Länder regionale Daten vor. Slowenien, Dänemark, Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina werden daher nur national betrachtet. In einigen Fällen liegen für 2000 keine Daten vor. Hier ist das Startjahr das erste verfügbare Jahr: Adriatisches & Kontinentales Kroatien, Emilia-Romagna, Marken, Cheshire, Merseyside (2001), Dresden, Leipzig, Guadeloupe, Mayotte, London (2014).

und Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit auf mehr als 50 Prozent stieg, kehrten gerade junge Erwachsene in Scharen ihrer Heimat den Rücken.[18] Ziel ihrer Wanderungen war in vielen Fällen Deutschland, was dadurch seine demografische Bilanz fürs Erste umdrehen konnte. Seit 2003 hatte dort vorübergehend das Schrumpfen begonnen, das sich nach damaligen Vorausberechnungen jedes Jahr hätte ausweiten sollen. Seit 2013 verzeichnet Deutschland allerdings wieder stärkeres Wachstum – mit ausgelöst von der Zuwanderung von etwa 1,5 Millionen Schutzsuchenden aus Syrien, Irak, Iran, Afghanistan und anderen Ländern.[19] Auch andere zentral- und nordeuropäische Länder wie Schweden, Dänemark, die Niederlande oder Österreich gewannen durch den Zuzug von Asylbewerbern gerade im Jahr 2015 unverhofft Einwohner dazu.[20]

Wettbewerb um Einwohner

Das Zusammenwachsen Europas hat dazu geführt, dass sich die Regionen in einem permanenten Wettbewerb um Einwohner befinden. Wer als Sieger und wer als Verlierer aus diesem Wettbewerb hervorgeht, hängt eng mit der jeweiligen Wirtschaftsentwicklung zusammen. Reichere Regionen haben hier einen langfristigen, kaum aufzuholenden Vorsprung. Sie befinden sich im Westen und im Norden des Kontinents und profitieren demografisch und wirtschaftlich von der Zuwanderung von Arbeitskräften. Die alte demografische Weisheit, nach der eine Geburtenziffer von 2,1 Kindern je Frau notwendig ist, um langfristig zahlenmäßig stabil zu bleiben, gilt für sie längst nicht mehr.

Projizierte Bevölkerungsveränderung 2015-2030 in Prozent



- unter -15
- -15 bis unter -12,5
- -12,5 bis unter -10
- -10 bis unter -7,5
- -7,5 bis unter -5
- -5 bis unter -2,5
- -2,5 bis unter 0
- 0 bis unter 2,5
- 2,5 bis unter 5
- 5 bis unter 7,5
- 7,5 bis unter 10
- 10 bis unter 12,5
- 12,5 bis unter 15
- 15 und mehr

(Datengrundlage: Eurostat, Vereinte Nationen[23])

Ganz anders sieht es in Abwanderungsregionen aus, die zudem oft auch durch Sterbeüberschüsse leiden. Sie liegen meist an den Rändern des Kontinents, in Portugal, Spanien, Süditalien, Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Polen und im Baltikum. In diesen Ländern können sich häufig einzig Metropol- und Hauptstadtregionen als Zentren der Wissensökonomie dem allgemeinen Trend der Abwanderung entziehen. Dass sich dies in Zukunft ändert, ist wegen der schlechten Infrastruktur und rückständigen Wirtschaft der entlegeneren Gebiete unwahrscheinlich. Zwar gibt es viele Rumänen, Bulgaren oder Polen, die bei einem Wirtschaftsaufschwung in ihre alte Heimat zurückkehren könnten. Doch würden sie höchstens ansatzweise die Lücken der Vergangenheit füllen. Um auch ausländische Zuwanderer anzuziehen, fehlt vielerorts nicht nur das wirtschaftliche Potenzial, sondern auch der politische Wille. Gerade Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten werden in vielen Ländern Osteuropas, die kaum Erfahrung mit Migranten aus anderen Kulturkreisen haben, sehr kritisch gesehen.

Es deutet also einiges darauf hin, dass sich Europa demografisch betrachtet weiter auseinander entwickelt: Auf der einen Seite der englischsprachige Raum, weite Teile Frankreichs, Teile der Benelux-Staaten sowie Skandinavien, wo sich Geburten und Sterbefälle ungefähr die Waage halten und Zuwanderung für Wachstum sorgt; und auf der anderen Seite die südlichen und östlichen Randgebiete die durch Sterbeüberschüsse und Abwanderung doppelt leiden. Am schlimmsten ist der Nordwesten Bulgariens betroffen, der bis 2050 fast die Hälfte seiner Einwohner verlieren könnte. Das größte Wachstum ist dagegen mit 67 Prozent in Luxemburg zu erwarten.[21, *] Der deutschsprachige Raum und Norditalien sind Sonderfälle, da hier alte Gesellschaften mit wenigen Kindern auf viele Zuwanderer treffen. Das sorgt kurzfristig für Wachstum, dürfte aber aufgrund der heute schon stark gealterten Bevölkerung langfristig ebenfalls zu Schrumpfung führen. So dürfte sich das Schrumpfen langsam auf immer größere Teile des Kontinents ausbreiten, etwa weitere Teile Westdeutschlands und periphere Gebiete Dänemarks und Finnlands – selbst der Nordosten Frankreichs könnte ab 2030 Einwohner verlieren.[22, **]

---

* Die spanische Exklave Mellila sowie Französisch-Guyana könnten noch stärker wachsen, sind aber hier nicht erwähnt, da sie zwar zu Europa gehören, aber auf anderen Kontinenten liegen.

** Die aktuellsten Vorausberechnungen auf Regionalebene von Eurostat stammen aus dem Jahr 2013. Die im Jahr 2017 veröffentlichten neuen Vorausschätzungen liegen nur auf nationaler Ebene vor.

2 KINDER UND FAMILIE
Europa zweigeteilt

In allen europäischen Ländern bekommen Frauen weniger Kinder als nötig wären, um die Bevölkerungszahlen langfristig und ohne Zuwanderung konstant zu halten.* Dafür bräuchte es Geburtenziffern von etwa 2,1 Kindern je Frau.** Der Schnitt der EU-28-Staaten liegt jedoch bei lediglich 1,58.[1] Und unter den 291 Nuts-2-Regionen der EU sowie Islands, Liechtensteins, Norwegens und der Schweiz gibt es nur fünf, welche die Marke von 2,1 übertreffen: die vier französischen Überseeregionen Mayotte, Guadeloupe, Französisch-Guyana und La Réunion sowie die spanische Exklave Melilla.[2] Bliebe es langfristig dabei, dass Frauen in Europa im Schnitt etwa 1,5 Kinder zur Welt bringen, dürfte sich die Bevölkerung der Alten Welt in nur 65 Jahren halbieren – sofern es keine Zuwanderung gibt und die Lebenserwartung unverändert bleibt.[3]

Da letztere Annahmen unrealistisch sind, betonen Demografen immer wieder, dass moderne Gesellschaften auch mit Geburtenziffern von 1,6 bis 1,8 ihre Bevölkerungen stabil halten können. Von diesen Werten ist Europa gar nicht so weit entfernt. Allerdings zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen dem vergleichsweise kinderreichen Norden und Westen Europas sowie den kinderarmen südlichen, zentralen und östlichen Gebieten. Frankreich führt die Länder der EU mit einer durchschnittlichen Kinderzahl je Frau von 1,96 an. Auch in Irland, Schweden, dem Vereinigten Königreich und Dänemark werden so viele Kinder geboren, dass die Bevölkerungen auf absehbare Zeit weiter wachsen dürften.

Ganz anders sieht es dagegen in Portugal, Spanien, Italien, Zypern und Griechenland aus, wo sich die europaweit niedrigsten Geburtenziffern von etwa 1,3 Kindern je Frau finden.[4] Diese Zweiteilung des Kontinents ist keine Momentaufnahme, sondern besteht relativ stabil seit knapp drei Jahrzehnten. Und sie dürfte auch nicht von heute auf morgen verschwinden. Denn viele Länder versuchen zwar, Anreize für mehr Kinder zu setzen. Doch die Vergangenheit zeigt, dass eine geburtenfördernde Politik, wenn überhaupt, dann mittel- bis langfristig wirkt.[5]

Dass ihre Bevölkerungen als Ganze schrumpfen, ist für viele Staaten nicht einmal das größte Problem, schließlich konnten sie auch früher mit weniger Einwohnern ihre Gesellschaften gut organisieren. Viel bedeutsamer ist die Alterung der Gesellschaften. Sie führt überall in Europa dazu, dass mehr Menschen die Arbeitsmärkte gen Ruhestand verlassen als junge von unten nachwachsen. In Ländern mit niedrigen Kinderzahlen vollzieht sich dieser Prozess schneller und abrupter als in anderen. Diese Gesellschaften müssen in kürzerer Zeit lernen, mit den negativen Begleiterscheinungen der Alterung umzugehen. Dazu zählt vor allem, dass der Wirtschaft weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und dass Sozialleistungen schwieriger zu finanzieren sind. Vor allem traditionell umlagefinanzierte Rentenversicherungen sind demografieanfällig. Auch die gesetzlichen Krankenversicherungen leiden unter immer mehr älteren Menschen, die im Schnitt deutlich höhere Kosten verursachen.

Der Zweite Demografische Übergang

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat Europa wie in vielen anderen Gesellschaftsbereichen auch beim Familienleben enorme Umwälzungen erlebt. Lagen die Kinderzahlen während des Krieges noch niedrig, löste der Frieden und der damit vielerorts verbundene Wirtschaftsaufschwung in den meisten Ländern einen „Babyboom“ aus. In Westdeutschland bekamen Frauen Mitte der 1960er Jahre im Schnitt mehr als 2,5 Kinder.[6] In den Niederlanden, Frankreich, Belgien oder auch Dänemark lagen die Zahlen noch geringfügig höher. Absoluter Spitzenreiter war das damals noch wirtschaftlich rückständige katholische Irland mit durchschnittlich vier Kindern je Frau.[7] Doch in den späten 1960er Jahren begannen die Kinderzahlen in Zentral- und Nordeuropa zu sinken. Bis zu Beginn des folgenden Jahrzehnts hatten die ersten Länder die Marke von zwei Kindern je Frau unterschritten. An der Spitze dieser Entwicklung stand Skandinavien: Schweden und Finnland waren die ersten Länder des Kontinents, in denen bei den Geburtenziffern eine 1 vor dem Komma stand. Deutschland folgte nur kurze Zeit später, und bis Mitte der 1970er Jahre bekamen auch Frauen in Belgien, den Niederlanden, Norwegen, Dänemark, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Österreich und der Schweiz im Schnitt weniger als zwei Kinder.[8]

* Für Kosovo liegen bei Eurostat keine Daten vor. Andere Quellen gehen von einer Geburtenziffer von 2,3 aus. (Population Reference Bureau (2016). 2016 World Population Data Sheet. Washington DC.)

** Die Zusammengefasste Geburtenziffer – hier auch Geburtenziffer – bezeichnet die Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erwarten kann, wenn sich die Wahrscheinlichkeit, in einem bestimmten Lebensjahr ein Kind zu bekommen, während ihres Lebens nicht verändert. Die Geburtenziffer ist somit ein hypothetisches Maß. Ein besseres Maß ist die Kohortenfertilität, also die tatsächlich im Schnitt erreichte Kinderzahl. Sie steht jedoch erst zur Verfügung, wenn Paare ihre Familienplanung abgeschlossen haben und ist daher für die Darstellung aktueller Trends nicht geeignet.

Doch was löste diese Entwicklung aus? Einen einzelnen Grund zu finden, ist nicht einfach. Die Einführung der Anti-Baby-Pille hätte keine Auswirkungen gehabt, hätte es unter Frauen (und ihren Partnern) keinen Wunsch nach mehr Familienplanung gegeben. Und den Wunsch nach mehr Familienplanung hätte es in geringerem Ausmaß gegeben, hätten Frauen nicht von immer besserer Bildung und Teilhabe am Erwerbsleben profitiert. Um dieses Geflecht an gesellschaftlichen Veränderungen einordnen zu können, haben Demografen den Begriff des „Zweiten Demografischen Übergangs" erfunden.[9] Er beschreibt einen tiefen gesellschaftlichen Wandel, an dessen Wurzel größere persönliche Freiheiten und damit mehr Möglichkeiten der individuellen Lebensplanung stehen. Die Symptome dieses Wandels sind vielfältig: Junge Paare leben ohne Trauschein zusammen und bekommen auch außerhalb der Ehe Kinder (oder eben nicht), Scheidungen werden häufiger und Kinderlosigkeit wird vielerorts gesellschaftlich akzeptiert. Dass dieser Wandel südeuropäische Länder wie Spanien oder Portugal erst Ende der 1970er Jahre und Osteuropa weitere zehn Jahre später erfasste, ist nicht verwunderlich: Erst mit der Öffnung der Politik hin zur Demokratie konnten sich die Gesellschaften freier und vielfältiger entwickeln.

Eine wichtige Folge der neugewonnenen Freiheiten war, dass sich immer mehr Menschen entschieden, erst später im Leben eine Familie zu gründen. Lag das durchschnittliche Alter von Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes beispielsweise in Dänemark 1960 noch bei 23,8 Jahren, war es bis 1985 auf 25,6 Jahre und bis 2015 auf 29,5 Jahre gestiegen. Italien ist heute das Land Europas mit dem höchsten „Erstgebäralter" von 30,8 Jahren.[10] Das Ende des „Geburtenverschiebens" ist damit noch nicht erreicht, obwohl es sich inzwischen – zumindest in Westeuropa – langsamer vollzieht als noch vor einigen Jahrzehnten.

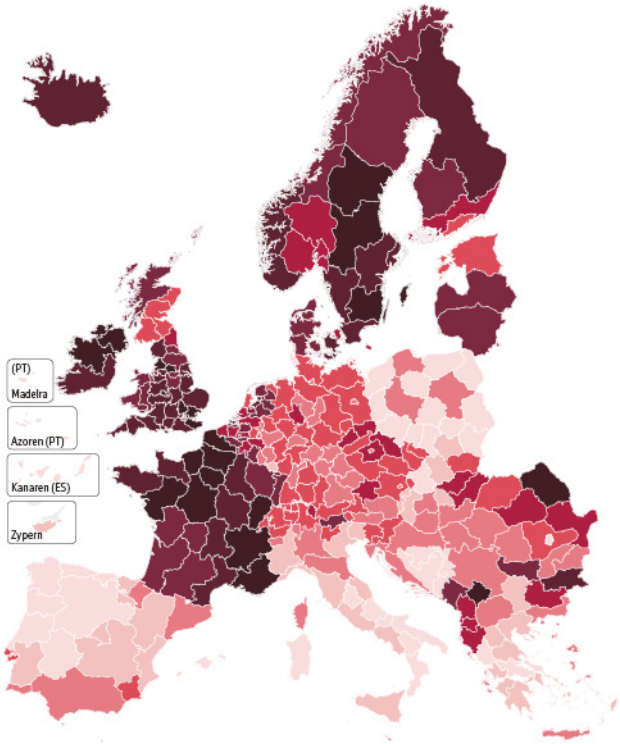
Kinderreichtum dank Geschlechtergleichheit

Die Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre hatten zur Folge, dass die Kinderzahlen vor allem dort niedrig lagen, wo sich moderne Lebensstile besonders schnell durchsetzten und Frauen gleichberechtigter wurden. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen umgekehrt: Gerade in Ländern mit starker Geschlechtergleichstellung und einer hohen Erwerbsquote von Frauen liegen die Geburtenziffern im 21. Jahrhundert am höchsten.[11] Beispiele hierfür sind Schweden, Dänemark und Norwegen sowie mit Abstrichen Frankreich. Diese Länder haben als erste das Dilemma erkannt, dem sich viele Frauen zunehmend ausgesetzt sahen, nämlich eine Entscheidung zu treffen zwischen Familie und Karriere. Als Antwort darauf investierten sie in den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. Gerade die skandinavischen Länder arbeiteten zusätzlich darauf hin, die

Kinderreicher Norden und Westen

Zwar bekommen Frauen in Europa nirgendwo genügend Kinder, um die Bevölkerungszahl langfristig und ohne Zuwanderung zu stabilisieren. Doch zeigen sich deutliche regionale Unterschiede: Der Norden und Westen ist relativ kinderreich, während in den deutschsprachigen Regionen sowie Süd- und Osteuropa die Geburtenziffern fast überall bei weniger als 1,6 Kindern je Frau liegen. Diese Unterschiede sind historisch bedingt: Gerade in Skandinavien und Frankreich erkannten Politiker früh die Notwendigkeit, Familiengründungen über Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Zusammengefasste Geburtenziffer in Nuts-2-Regionen Europas, 2015
*(Datengrundlage: Eurostat[24])**

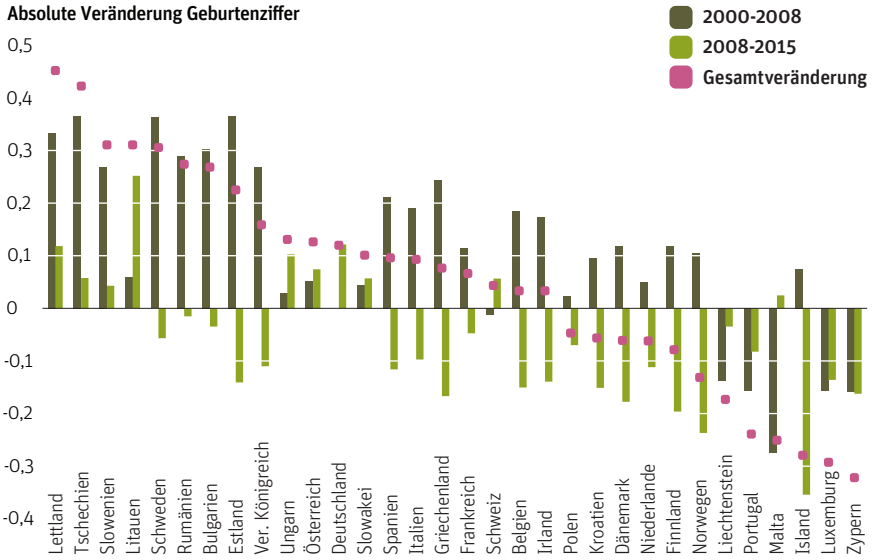


* Für Serbien, Bosnien-Herzegowina und Albanien stehen nur nationale Daten zur Verfügung. Die Daten für Bosnien-Herzegowina stammen von den Vereinen Nationen aus der World Population Prospects Database, the 2015 Revision. Die Daten für Kosovo stammen vom Population Reference Bureau (2016). 2016 World Population Data Sheet. Washington DC.

Krise bremst Geburtenaufschwung

Seit Beginn des neuen Jahrtausends werden vielerorts in Europa wieder mehr Kinder geboren. Vor allem in den frühen 2000er Jahren stiegen die Geburtenziffern fast flächendeckend. Der Aufschwung lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass Frauen seltener als zuvor das Kinderkriegen ins höhere Alter verschieben. Auch Zuwanderer haben in einigen Ländern für mehr Nachwuchs gesorgt. Für die Zukunft sind dies gute Aussichten – auch weil viele Länder inzwischen eine Familienpolitik verfolgen, die es Eltern einfacher machen soll, Beruf und Familie zu vereinbaren. Eine Garantie für langfristig höhere Kinderzahlen gibt es indes nicht. Dies hat nicht zuletzt die Wirtschaftskrise ab 2007 gezeigt, die in vielen Ländern die Zugewinne wieder teilweise oder sogar komplett zunichte gemacht hat.

Absolute Veränderung der Geburtenziffer in europäischen Ländern, 2000-2015
*(Datengrundlage: Eurostat[25])**



* Da für Kroatien keine Daten für das Jahr 2000 vorliegen, beginnt die Zeitperiode hier im Jahr 2001.

Aufgaben der Kinderbetreuung gleichmäßiger zwischen Frauen und Männern zu verteilen. Die Früchte in Form vergleichsweise hoher Geburtenziffern – gerade auch unter höher qualifizierten Frauen – ernten diese Länder bis heute.[12]

Andernorts, vor allem in den deutschsprachigen Ländern in der Mitte des Kontinents sowie in Südeuropa, blieb es meist Aufgabe der Frau, sich um den Nachwuchs zu kümmern. Da es außerdem kaum Möglichkeiten gab, Kinder vom Staat betreuen zu lassen und dies vielerorts auch gesellschaftlich verpönt war, pendelten sich die Geburtenziffern hier auf sehr niedrigem Niveau ein. Als Spanien und Italien zu Beginn der 1990er Jahre erstmals die Grenze von 1,3 Kindern je Frau unterschritten, prägten Demografen eigens für diese Länder den Begriff der „lowest-low fertility“, also der „niedrigsten Niedrigfertilität“.[13]

Die Grenzen der Politik

Wenn es aber so einfach ist, mit gezielter Politik für mehr Nachwuchs zu sorgen, warum folgen dann nicht alle Länder dem Beispiel Skandinaviens? Weil es nicht ganz so einfach ist, wie es klingt. Die Entscheidung, Kinder zu bekommen oder nicht, wird von vielen unterschiedlichen Faktoren beeinflusst und nicht alle haben mit der ökonomischen Situation der Eltern oder der Mutter zu tun. Viele Faktoren liegen in der Sozialisierung begründet und unterscheiden sich von Land zu Land. Das deutsche Bild der „Rabenmutter“, die ihre Kinder schon früh in die Obhut des Staates gibt, um sich selbst zu verwirklichen, hat sich noch bis ins 21. Jahrhundert hinein gehalten. Entsprechend hat die Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik mit öffentlicher Kinderbetreuung für alle und Anreizen auch für Besserverdienende eine Familie zu gründen, bislang nur kleine Erfolge hervorgebracht: Soziale Normen lassen sich nicht von heute auf morgen verändern.

Gleichzeitig zeigt die Tatsache, dass Fertilitätsunterschiede in Europa vor allem entlang nationaler Grenzen verlaufen, dass die nationale Politik einen Einfluss haben kann. Doch sie muss langfristig angelegt und vor allem kohärent sein.[14] So bringt es wenig, direkte finanzielle Anreize zum Kinderkriegen zu setzen, wenn gleichzeitig das Steuersystem Familien ohne Kinder stark bevorteilt. Grundsätzlich gilt: Regelungen, die das tägliche Leben mit Kindern erleichtern, wie bessere Bedingungen für Teilzeitarbeit, Elternschaftsurlaub und öffentliche Kinderbetreuung sind wirkungsvoller als „Geburtenprämien“ und andere allein finanzielle Anreize zur Familiengründung.[15] Ein gutes Beispiel hierfür ist das Vereinigte Königreich, in dem die Labour-Regierung Ende der 1990er Jahre eine Reihe von Politikmaßnahmen anstieß, welche vorrangig die Lebensqualität von Kindern verbessern sollten. Die Regierung setzte vor allem darauf, mehr Frauen das Erwerbsleben zu ermöglichen, um so gerade benachteiligten Kindern zu helfen. Im Endeffekt haben diese Maßnahmen allerdings auch dazu beigetragen, dass Britinnen wieder mehr Kinder bekommen.[16]

Dass sich derlei Programme trotzdem nicht immer eins zu eins auf andere Länder übertragen lassen, liegt an nationalen Besonderheiten. In Spanien ist es zum Beispiel nur wenigen jungen Paaren finanziell möglich,

vor ihrem 30. Lebensjahr eine Wohnung zu finden und einen eigenen Haushalt zu gründen. Die Familienplanung wird so quasi automatisch nach hinten verschoben. Und in Osteuropa hätte keine noch so gut abgestimmte Familienpolitik den Geburteneinbruch der 1990er Jahre verhindern können. Dort waren die Menschen durch die rapiden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und die neu aufkommende Arbeitslosigkeit so verunsichert, dass sie häufig auf das Kinderkriegen verzichteten – obwohl die öffentliche Betreuungsinfrastruktur vielerorts gut ausgebaut war.[17]

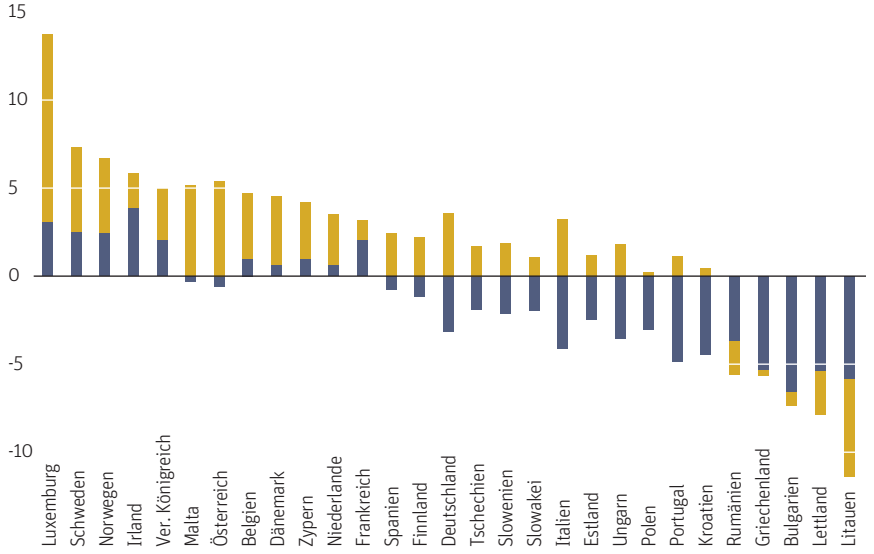
Ein neuer Babyboom?

Irgendetwas scheinen europäische Länder seit der Jahrtausendwende dennoch richtig zu machen: Lag die Geburtenziffer der EU-28-Staaten im Jahr 2001 noch bei 1,46, war sie bis 2008 auf 1,61 gestiegen.[18] Erst die Wirtschaftskrise und die mit ihr einhergehende Arbeitslosigkeit bereiteten dem Aufwärtstrend ein vorläufiges Ende, so dass der Wert bis 2015 wieder auf 1,58 gesunken war.[19] Insgesamt stiegen die Geburtenziffern während der ersten acht Jahre des neuen Jahrtausends in 24 der 28 EU-Länder. Einzig die Kleinstaaten Luxemburg, Malta und Zypern sowie das schon länger krisengebeutelte Portugal verzeichneten leichte Rückgänge.[20]

Wissenschaftler sind sich uneins darüber, inwieweit die Familienpolitik bei dieser Entwicklung eine Rolle gespielt hat. Wichtiger als die Politik scheint die Tatsache zu sein, dass mittlerweile immer weniger Frauen das Kinderkriegen ins höhere Alter verschieben. Dies trifft gerade auf jüngere Frauen unter 30 Jahren zu. Weil gleichzeitig Frauen über 30 das vormals aufgeschobene Kinderkriegen nachholen, steigen die Geburtenziffern.[21] In geringem Maße haben auch Zuwanderer zum Anstieg der Geburtenzahlen beigetragen – zumindest in einigen Ländern wie Griechenland, Italien oder gerade in jüngster Vergangenheit in Deutschland.[22] Zuwanderer erhöhen die Geburtenziffern, da sie in den meisten europäischen Ländern im Schnitt mehr Kinder bekommen als Einheimische. Wenn ihr Anteil in der Bevölkerung steigt, wie es während der 2000er Jahre der Fall gewesen ist, steigen auch die Geburtenziffern.* Die Zuwanderungszahlen in Europa sind allerdings nicht so hoch, dass Migranten einen entscheidenden Einfluss auf die Geburtenzahlen ihrer Zielländer ausüben. Zudem passen sie sich, je länger sie in der neuen Heimat sind, mehr und mehr den dortigen Verhaltensweisen an. Nach Schätzungen tragen sie weniger als 0,1 Punkte zu den nationalen Geburtenziffern bei.[23] Dies könnte sich in Zukunft ändern, wenn der Trend zu mehr Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern anhält.

Welche Entwicklungen dürfen wir also in Zukunft erwarten? Bedeuten die steigenden Geburtenziffern das Ende der „lowest-low fertility“, also von Geburtenziffern unter 1,3? Einiges deutet darauf hin – zumindest solange es keine neuen, langwierigen Wirtschaftskrisen gibt. Zudem haben die meisten europäischen Länder niedrige Geburtenzahlen als Problem erkannt und auf verschiedene Art und Weise Maßnahmen ergriffen, sie zu erhöhen. All dies wird nicht dazu führen, dass in Europa auf absehbare Zeit genug Kinder geboren werden, um die Bevölkerungen ohne Zuwanderung stabil zu halten. Doch selbst Geburtenziffern von 1,6 oder 1,7 anstelle von 1,3 oder 1,4 würden Politikern die Zukunftsplanung deutlich erleichtern.

* In Deutschland erhöhten Zuwanderer die Geburtenziffer nicht nur über ihren steigenden Anteil an der Gesamtbevölkerung, sondern auch, weil ausländische Frauen im Schnitt mehr Kinder bekamen als vormals. Die Geburtenziffer ausländischer Frauen stieg binnen eines Jahres von 1,86 auf 1,95. (Statistisches Bundesamt (2016). Geburtenziffer 2015: Erstmals seit 33 Jahren bei 1,50 Kindern je Frau. Pressemitteilung vom 17. Oktober 2016 – 373/16. Wiesbaden.



Die Folgen der niedrigen Kinderzahlen

Die Statistikbehörde Eurostat geht in ihren Bevölkerungsvorausberechnungen davon aus, dass in weniger als einem Drittel der EU-Staaten bis 2050 die Zahl der Geburten ausreichen dürfte, um jene der Sterbefälle zu kompensieren. Die Mehrzahl der EU-Staaten wird dagegen für demografische Stabilität auf Zuwanderung angewiesen sein. Diese wird vermehrt aus nicht-europäischen Ländern kommen müssen, da Migration innerhalb Europas ein Nullsummenspiel ist.

Angenommener jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner sowie Differenz aus Geburten und Sterbefällen je 1.000 Einwohner (natürlicher Saldo) in den EU-Staaten und Norwegen, 2015-2050
(Datengrundlage: Eurostat[26])

Natürlicher Saldo
Wanderungssaldo

3 BINNENWANDERUNG
Wenig mobile Europäer

Europäer schätzen die Freiheiten, die ihnen das Zusammenwachsen des Kontinents gebracht hat. Eine Eurobarometer-Umfrage ergab, dass EU-Bürger den freien Verkehr von Personen, Dienstleistungen und Waren nach Frieden als die zweitwichtigste Errungenschaft der Union ansehen.[1] Doch zumindest die Personenfreizügigkeit nutzen bislang nur vergleichsweise wenige aus. So lag die Zahl derjenigen, die in einem anderen EU-Land lebten als in jenem, in dem sie geboren wurden, Anfang 2016 bei 19,3 Millionen. Dies waren nur leicht mehr als halb so viele wie Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten. Letztere stellten zu diesem Zeitpunkt 6,9 Prozent der Einwohnerschaft der EU, die sogenannten Binnenmigranten hingegen nur 3,8 Prozent.[2] Auch im Vergleich mit anderen „gemeinsamen Wanderungsräumen" wie den USA gilt die Mobilität der Europäer als niedrig.[3]

Auf den ersten Blick verwundert dies. Immerhin ist es EU-Bürgern möglich, sich in einem anderen EU-Land niederzulassen, ohne vorher eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis beantragen zu müssen. Auch zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen können sie nicht verpflichtet werden. Einzige Bedingungen für einen Wohnsitz im Ausland sind eine Krankenversicherung sowie genügend Finanzmittel, um dem jeweils aufnehmenden Staat nicht zur Last zu fallen.[4] Erleichtert wird die Freizügigkeit durch das sogenannte Schengen-Abkommen, nach dem die meisten innereuropäischen Landesgrenzen ohne Kontrollen passiert werden können.

Seitens der EU ist es explizit erwünscht, dass sich die Menschen dorthin begeben, wo sie für sich die besten Zukunftsaussichten wähnen. Nur so kann der Europäische Binnenmarkt funktionieren. Ursprünglich war die Personenfreizügigkeit der EU sogar nur auf Arbeitnehmer, Selbständige und Unternehmer beschränkt und folgte damit ausschließlich einer ökonomischen Logik. Doch spätestens seit 1993 soll die allgemeine Freizügigkeit auch den Anspruch der EU widerspiegeln, mehr als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft zu sein.

Weiter viele Wanderungshürden

Dass die Europäer trotzdem weiterhin recht sesshaft sind, liegt auch an den zahlreichen „weichen" Wanderungshürden, die den Europäischen Wirtschaftsraum und die Schweiz von Staaten wie den USA unterscheiden. Zu ihnen zählt allen voran die Sprachenvielfalt. Auch unterschiedliche Bildungs- oder Arbeitsmarktregelungen sorgen dafür, dass es in der Praxis mitunter schwer ist, von einem europäischen Staat in einen anderen zu ziehen.[5]

Ganz so sesshaft, wie es die zitierten Zahlen suggerieren, sind die Europäer jedoch nicht. Denn der Vergleich zwischen der Zahl an EU-Migranten und Nicht-EU-Migranten hinkt etwas. So sind Wanderungen innerhalb der EU häufig zeitlich begrenzt für wenige Monate oder Jahre – etwa für ein einzelnes Projekt, für eine Saisontätigkeit oder für einen Studienabschnitt. Dass jemand in seinem Heimatland lebt, heißt also nicht zwangsläufig, dass er die Personenfreizügigkeit nicht nutzt. So befanden sich 2014 unter den insgesamt 2,2 Millionen EU-Binnenmigranten neben 1,3 Millionen Ausländern auch 870.000 Staatsangehörige der jeweiligen Zielländer. Sie kehrten aus dem Ausland in ihre Heimat zurück oder wurden gar im Ausland geboren.[6] Viele Europäer bewegen sich im Laufe ihres Lebens auch mehrfach zwischen unterschiedlichen Ländern hin und her.[7]

Auf der Suche nach einem besseren Leben

Als wichtigsten Wanderungsgrund geben Binnenmigranten in den meisten EU-Ländern an, dass sie anderswo eine Arbeit aufnehmen wollen. Dahinter, auf dem zweiten und dritten Rang, folgen familiäre Gründe sowie Bildung.[8] Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass innereuropäische Wanderungen häufig von ärmeren in reichere Länder erfolgen – und zwar überwiegend aus dem Osten des Kontinents gen Westen. Die mit Abstand größten (absoluten) Bevölkerungszuwächse verzeichneten hierdurch in den letzten Jahren Deutschland und das Vereinigte Königreich. Doch auch Frankreich, Österreich, Belgien, Schweden und die Niederlande profitieren von innereuropäischen Wanderungen. Große Verluste haben dagegen in jüngster Vergangenheit Rumänien, Polen und Spanien zu verzeichnen gehabt.[9]

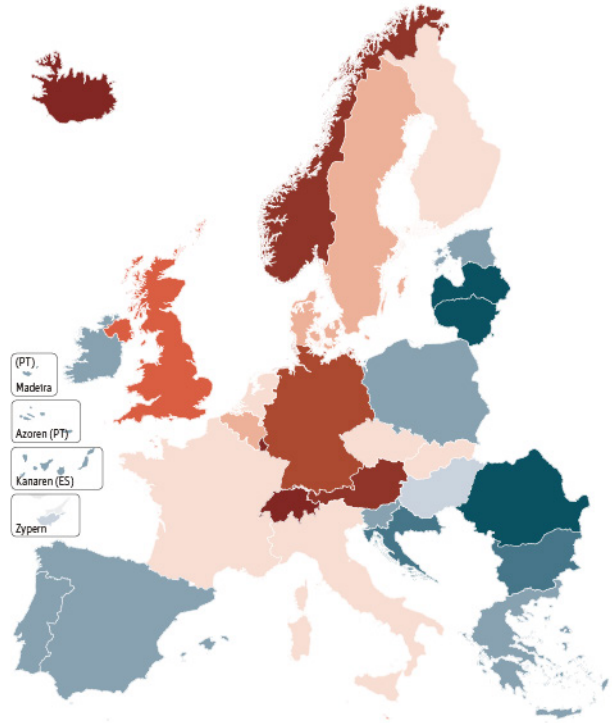
Dass Spanien unter den Wanderungsverlierern auftaucht, ist nicht immer so gewesen. Noch in den 2000er Jahren kamen mit dem Bauboom gerade Osteuropäer in Scharen auf die Iberische Halbinsel. Doch mit der Wirtschaftskrise brach die Massenarbeitslosigkeit über das Land herein und die Arbeitskräfte zogen weiter oder kehrten in ihre Heimatstaaten zurück.[10] Wie populär Spanien für Zuwanderer einst war, zeigt sich daran, dass das Land noch immer in der Liste jener Staaten zu finden ist, welche die meisten im EU-Ausland geborenen Einwohner beherbergen. Zu dieser Liste zählen außerdem Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien. In all diesen Ländern leben zwischen eineinhalb und vier Millionen EU-Binnenmigranten. Dies lässt sich allerdings nicht einzig mit der

Aus Südost nach Nordwest

Wanderungen innerhalb der EU gehen zu einem großen Teil von ärmeren in reichere Staaten. Der Osten – und seit der Wirtschaftskrise auch der Süden – des Kontinents verlieren daher an Bevölkerung, während der Norden und das Zentrum gewinnen. Besonders stark hat in jüngster Vergangenheit Deutschland profitiert. Hier zählen Statistiker in den letzten Jahren Überschüsse von knapp 300.000 Menschen pro Jahr. Das ist in etwa doppelt so viel wie in dem Land mit der zweithöchsten Zuwanderung, dem Vereinigten Königreich. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sind die Gewinne derweil in Luxemburg, der Schweiz und Island am höchsten.

Jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner von EU-Bürgern, deren letzter beziehungsweise nächster Wohnsitz in einem anderen EU- oder Efta-Land ist, Mittelwert 2013-2015
*(Datengrundlage: Eurostat[35])**

* Mangels Datenverfügbarkeit sind Wanderungen von Staatsangehörigen der Efta-Staaten Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein nicht in den Zahlen enthalten. Eigene Staatsangehörige sind ebenfalls nicht in den Zahlen enthalten.



Attraktivität dieser Länder erklären, sondern auch damit, dass diese fünf Länder die einwohnerstärksten der EU sind. Bezieht man die Zahl der EU-Zuwanderer auf die Gesamtbevölkerung, sind kleinere Länder populärer: Ganz vorne befindet sich Luxemburg, wo 34 Prozent der Bevölkerung Binnenmigranten sind. Dahinter folgen Zypern, Irland, Österreich und Belgien mit Anteilen von 7 bis 13 Prozent. Sehr beliebt sind unter EU-Bürgern auch die vier Efta-Staaten Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island. In der Schweiz ist etwa jeder sechste Einwohner in einem EU-Staat geboren.[11]

Wichtige Gründe dafür, die Heimat zu verlassen, sind geringer Wohlstand sowie fehlende Jobperspektiven. Wie aber lässt es sich erklären, dass sich unter den Quellländern von Migration auch Deutschland findet – einer der reichsten europäischen Staaten, noch dazu das Land mit der zweitgeringsten Arbeitslosigkeit? Die Antwort ist, dass sich Migration in Europa auch zwischen ähnlich reichen Ländern vollzieht. Gerade für Hochqualifizierte hat sich der Arbeitsmarkt bereits stark internationalisiert – etwa für deutsche Ärzte, die in der Schweiz gebraucht werden, für Banker, die es nach London zieht, oder für Wissenschaftler, die im Ausland lehren und forschen. Bei der Wahl ihres Ziellandes setzen Bürger der EU-15-Länder, also der „alten" überwiegend westeuropäischen Mitgliedstaaten, andere Prioritäten als jene der „neuen" Mitgliedstaaten. Während für Letztere die Jobperspektive über allen anderen Faktoren steht, geben Westeuropäer an, dass für sie Kultur und Lebensweise im favorisierten Zielland mit die wichtigsten Wanderungsmotive seien.[12] Dies kann etwa für die Wahl des Studienplatzes im Ausland eine Rolle spielen oder auch für den Alterssitz. Ein Beispiel hierfür sind Briten, die in großen Zahlen ihren Lebensabend in südlicheren Ländern verbringen.[13]

Osterweiterungen lösen Wanderungen aus

Über die Jahre hat sich die Migration innerhalb Europas stark gewandelt. Ein Rückblick in die Anfangszeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zeigt, dass die Mobilität während der sogenannten Gastarbeiterära der 1960er Jahre trotz anderer gesetzlicher Rahmenbedingungen ähnlich ausgeprägt war wie heute. Sie betraf vorrangig geringqualifizierte Arbeitskräfte, welche die nord- und zentraleuropäischen Staaten aktiv in Südeuropa anwarben. Unter den heutigen Binnenmigranten – insbesondere jenen aus den „alten" EU-Staaten – befinden sich dagegen viele qualifizierte Fachkräfte.[14]

Mit dem Anwerbestopp Anfang der 1970er Jahre im Zuge der ersten Ölkrise ging die (Gastarbeiter)-Migration in Europa rapide zurück und verharrte trotz immer liberalerer gesetzlicher Regelungen bis zur Jahrtausend-

wende auf niedrigem Niveau. Eine Ausnahme bildete der Krieg im zerfallenden Jugoslawien, der viele Flüchtlinge nach Westeuropa brachte. Ab Mitte der 2000er Jahre verstärkte sich die Migration in Europa dann wieder.[15] Dies lässt sich in erster Linie mit den beiden Osterweiterungen der EU erklären. So stieg allein die Mobilität von Erwerbspersonen in der EU zwischen 2007 und 2012 um ein Viertel. Das ist doppelt so stark wie im Zeitraum von 2000 bis 2006.[16] Vor allem aus Rumänien und Polen wanderten die Menschen in Scharen ab.[17] Rumänen suchten ihr Glück vornehmlich in Spanien und Italien, Polen eher in Irland und dem Vereinigten Königreich. Die beiden letztgenannten Länder waren deswegen so populär, weil sie anders als die Mehrheit der EU-Länder darauf verzichteten, die Freizügigkeit von Staatsangehörigen der neuen Mitgliedstaaten von 2004 übergangsweise zu beschränken.[18]

Mit Einsetzen der Wirtschaftskrise und den immer stärker auseinander klaffenden Arbeitslosenquoten veränderten sich die europäischen Wanderungsrouten abermals. Gerade Deutschland gewann so an Attraktivität – hauptsächlich zu Lasten von Spanien und Griechenland.[19] Seit einigen Jahren gewinnt Deutschland Jahr für Jahr per Saldo etwa 300.000 Einwohner allein aus anderen EU-Staaten – alles in allem inzwischen mehr als 1,5 Millionen Menschen.[20] Dass Deutschland sich gerade seit Anbruch der 2010er Jahre so großer Beliebtheit erfreut, lässt sich einerseits mit seiner starken Wirtschaft erklären, andererseits aber auch damit, dass im Jahr 2011 die Beschränkungen der Freizügigkeit für Staatsangehörige der 2004er-Erweiterungsrunde der EU weggefallen sind.[21] Und seit 2014 profitieren auch Bulgaren und Rumänen von der uneingeschränkten Mobilität innerhalb der EU.

Krise senkt Wanderungen

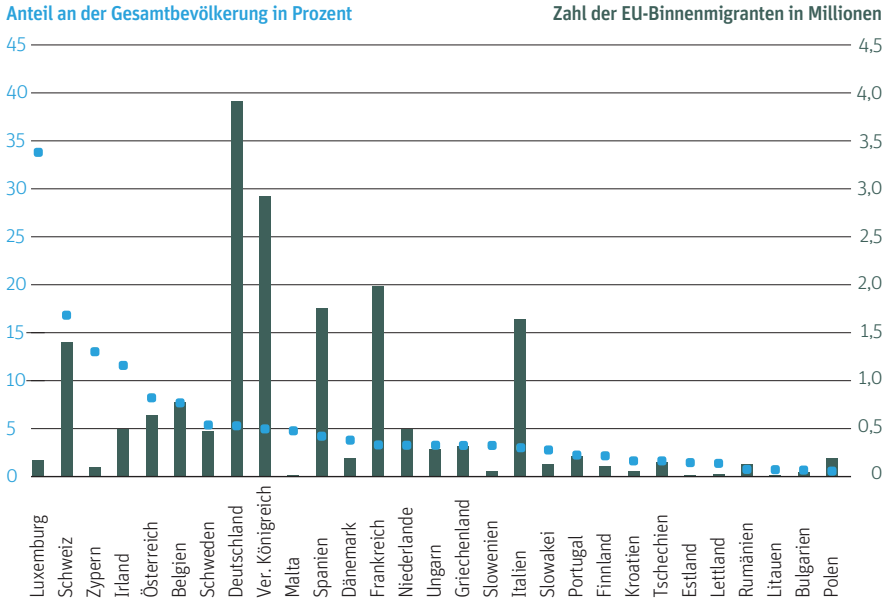
Die Abwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten hat die Arbeitsmärkte dieser Länder entlastet. Allerdings blieb das Ausmaß der Abwanderung hinter dem zurück, was viele Experten erwartet hatten. Denn viele Migranten blieben trotz der Krise in dem Land, in dem sie sich bereits befanden.[22] Während der Hochzeit der Krise zogen in absoluten Zahlen sogar weniger Menschen in ein anderes EU-Land als zuvor und danach.[23] Einer Schätzung der OECD zufolge konnten innereuropäische Wanderungen die Arbeitslosigkeit in den EU- und Efta-Staaten lediglich um maximal sechs Prozent senken.[24] Mehr Mobilität – gerade in Krisenzeiten – wäre aus ökonomischer Sicht wünschenswert.[25]

Wie aber ließe sich die Lust der Europäer darauf erhöhen, in anderen Ländern des Kontinents nach Arbeits- und Fortbildungsmöglichkeiten Ausschau zu halten? Zunächst einmal müssten rechtliche Schwierigkeiten bekämpft werden, etwa wenn es darum geht, ausländische Abschlüsse anerkennen zu lassen oder in verschiedenen Sozialsystemen erworbene Ansprüche über Landesgrenzen hinweg zu transportieren. Viele Hürden hat die EU bereits abgebaut, etwa durch den Bologna-Prozess im Hochschulwesen. Gleich-

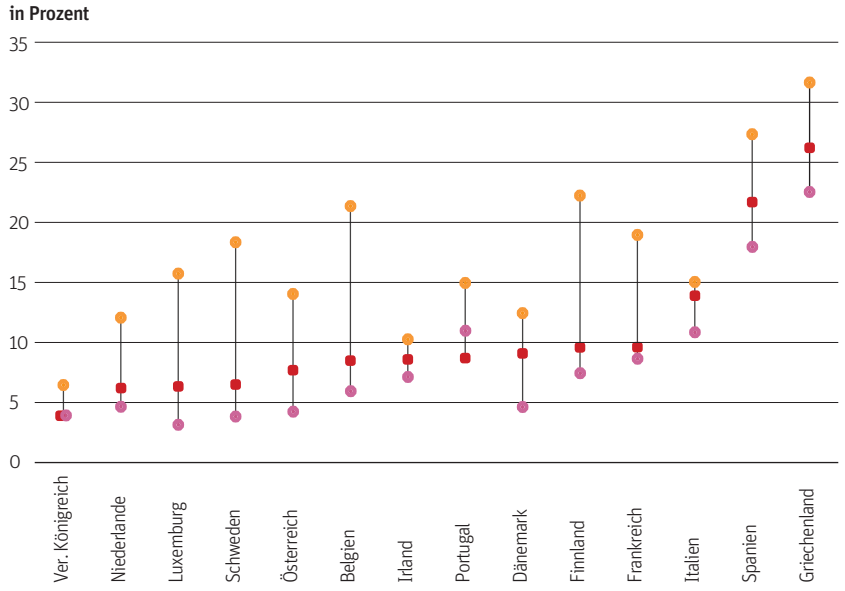
Viele Einwohner – viele Zuwanderer

Gemessen an der Bevölkerungszahl leben am meisten EU-Binnenmigranten in Luxemburg. Als internationales Finanzzentrum zieht der Stadtstaat Bürger aus allen Teilen der Union an. In absoluten Zahlen liegt die Zuwanderung hier aber naturgemäß deutlich niedriger als in den bevölkerungsreichen Ländern Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Spanien und Italien. Diese fünf Länder allein bieten 70 Prozent aller Binnenmigranten ein Zuhause.

Zahl der EU-Binnenmigranten in Millionen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent in den EU-28-Ländern und der Schweiz, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[34])



Anteil an der Gesamtbevölkerung
Zahl der EU-Binnenmigranten



EU-Migranten besser integriert

EU-Migranten schneiden auf den Arbeitsmärkten Westeuropas flächendeckend besser ab als andere Zuwanderer. In einigen Fällen sind sie sogar kaum häufiger oder sogar seltener arbeitslos als die einheimische Bevölkerung, etwa im Vereinigten Königreich, Portugal oder Frankreich. Anderswo ist das Missverhältnis deutlich größer, etwa in Luxemburg, Skandinavien, Spanien oder Griechenland. Doch selbst hier gleichen EU-Migranten überwiegend eher den Einheimischen als Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten.

Arbeitslosenquote von 20- bis 64-Jährigen in EU-15-Staaten nach Geburtsland, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[36])

- Nicht-EU-Land
- Inland
- anderes EU-Land

zeitig errichten die Mitgliedstaaten aber immer wieder neue Hindernisse, beispielsweise durch Mindestlöhne oder Begrenzungen der Zahl ausländischer Studierender.[26] Andere wichtige Hürden, allen voran die Sprachenvielfalt und kulturelle Unterschiede, lassen sich dagegen kaum politisch aus dem Weg räumen und dürften auch weiterhin dafür sorgen, dass Europa hinter anderen Wanderungsräumen wie den USA zurückbleibt.

Ob es gelingt, rechtliche Hürden wie unterschiedliche Steuer-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme zu vereinheitlichen, ist eng mit der Frage verknüpft, ob die Gesellschaften Europas dazu bereit sind, weitere Einbußen bei der nationalen Souveränität in Kauf zu nehmen und noch stärker zusammenzuwachsen. Während dies lange Zeit der Fall gewesen ist, mehren sich in den letzten Jahren die Anzeichen dafür, dass weitere Integration von vielen Europäern abgelehnt wird. Stattdessen finden nationalistische Parteien und Gruppierungen europaweit immer mehr Zuspruch. Der sogenannte Brexit ist das bislang sichtbarste Symptom dieses Trends.

Einer der Gründe für den geplanten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU hat direkt mit der europäischen Freizügigkeit zu tun. Denn viele Briten fürchteten, dass gerade Zuwanderer aus ärmeren Ländern als „Sozialtouristen“ ins Land kämen.[27] Auch in Deutschland hat es eine breite Diskussion über das Thema gegeben – hier unter dem Schlagwort Armutsmigration. Dabei ging es teilweise um die Angst, dass Zuwanderer aus ärmeren Ländern wie Rumänien oder Bulgarien – unter ihnen viele in der Heimat diskriminierte Roma – das Lohnniveau drücken oder einzig auf Sozialleistungen wie das Kindergeld spekulieren. Vor allem aber beschwerten sich Kommunen darüber, dass die Zuwanderung dieser Menschen mit erheblichen Mehrkosten und sozialen Spannungen verbunden sei, etwa durch Prostitution, Betteln und Diskriminierung.[28]

In der Realität ist das Ausmaß des „Sozialtourismus“ eher gering.[29] Wenn überhaupt, dürften die Herkunftsländer der Migranten, also Polen, Rumänien und Bulgarien, langfristig unter der Abwanderung leiden.[30] Denn sie verlieren nicht nur ungelernte Arbeitskräfte, sondern auch gut qualifizierte Personen, die wertvolle Dienste bei der Modernisierung der Gesellschaften leisten könnten. Das Ziel dieser Länder sollte es also sein, die Abwanderer durch attraktivere Rahmenbedingungen langfristig zu einer Heimkehr zu bewegen.

Für Europa als Ganzes versprechen Binnenwanderungen zusätzlichen Wohlstand und Staatseinnahmen. Zahlreiche Studien zum Thema haben nachgewiesen, dass EU-Migranten in den Zielländern im Saldo zusätzliche öffentliche Einnahmen generieren – dass sie also mehr Steuern und Abgaben zahlen als sie in Form von Transferleistungen erhalten.[31] Dies den Bürgern zu verdeutlichen, wird eine der politischen Hauptaufgaben in naher Zukunft. Einen Anknüpfungspunkt hierfür gibt es zweifelsohne: Denn die allermeisten Europäer sehen die Freizügigkeit als eine Errungenschaft an, die es zu verteidigen und auszubauen gilt.[32] Damit dies so bleibt, wird es nötig sein, klare Regeln zu schaffen, wer unter welchen Umständen Sozialleistungen erhält. Nur so lässt sich auch künftig Missbrauch verhindern. Deutschland hat hier jüngst einen Schritt getan, indem die Regierung ein Gesetz erließ, nach dem es EU-Bürgern, die in Deutschland nicht erwerbstätig sind oder waren, erst nach fünf Jahren Aufenthalt gestattet ist, Grundsicherung und Sozialhilfe zu beziehen.[33]

4 AUSSENWANDERUNG
Die große Unbekannte

Im Jahr 2015 erhielten 2,6 Millionen Menschen aus Nicht-EU-Staaten die Erlaubnis, ihren Wohnsitz nach Europa zu verlegen. Dies war der höchste Wert seit die europäische Statistikbehörde Eurostat im Jahr 2008 begann, vergleichbare Daten zugänglich zu machen. Dabei war ein Großteil der mehr als eine Million Asylbewerber, die im selben Jahr nach Europa kamen, noch nicht einmal mitgerechnet. Denn sie warteten seinerzeit noch auf ihren Asylbescheid – beziehungsweise die Möglichkeit, ihren Antrag abzugeben – und besaßen somit noch keine offizielle Aufenthaltserlaubnis.[1]

Die anhaltende Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern hat Folgen für die Bevölkerungszusammensetzung Europas. So sind inzwischen elf Prozent aller Einwohner der EU-Staaten sowie Islands, Liechtensteins, Norwegens und der Schweiz im Ausland geboren, etwa zwei Drittel davon haben sogar außerhalb der EU das Licht der Welt erblickt. Dabei verteilen sich die Zuwanderer höchst ungleichmäßig über das europäische Territorium. Am höchsten liegt ihr Anteil in dem kleinen Fürstentum Liechtenstein mit 64 Prozent. In Luxemburg stellen im Ausland Geborene fast die Hälfte der Bevölkerung. Unter den größeren Ländern liegt die Schweiz ganz vorne: Hier sind 28 Prozent der Einwohner zugewandert. Besonders wenige Zuwanderer leben vor allem in den zentral- und osteuropäischen Ländern wie Polen, Rumänien und Bulgarien oder auch in der Tschechischen Republik mit Anteilen von einem bis vier Prozent.[2]

Aus demografischer Sicht kann Zuwanderung einen Gewinn darstellen. Denn sie bremst die Alterung der Gesellschaft und die damit verbundenen Herausforderungen für Wirtschaft und Sozialsysteme. Doch damit Zuwanderer auch aus ökonomischer Sicht einen Gewinn darstellen, müssen sie Arbeit finden. Ihnen dabei behilflich zu sein, ist den europäischen Staaten in der Vergangenheit eher schlecht gelungen. So sind Zuwanderer überall häufiger arbeitslos als Einheimische. Am deutlichsten zeigt sich das Missverhältnis in Norwegen und Schweden, wo Migranten dreieinhalbmal so oft auf Jobsuche sind wie Einheimische. Generell liegen die Arbeitslosenquoten dort weit auseinander, wo seit Jahren viele Menschen hinwandern: In Belgien, Dänemark, Österreich, Luxemburg, der Schweiz sowie Finnland ist das Verhältnis jeweils bei mehr als zwei zu eins.[3]

Begrenzte Kontrolle

Integration ist gerade dann erfolgreich, wenn sie planbar ist. Doch Zuwanderung ist seit jeher der demografische Faktor, dessen Entwicklung sich am wenigsten präzise abschätzen lässt. Kaum ein Wissenschaftler oder Politiker in Deutschland hatte Anfang der 1980er Jahre den umfangreichen Zuzug sogenannter (Spät-)Aussiedler erwartet – also ethnischer Deutscher, deren Vorfahren vor Jahrhunderten in das damalige Russische Reich oder nach Osteuropa ausgewandert waren. Auch die Kriege im zerfallenden Jugoslawien und die von ihnen ausgelösten Flüchtlingsströme konnten Demografen nicht prognostizieren. Genauso verhält es sich mit der in den vergangenen Jahren deutlich angestiegenen Zuwanderung von Asylbewerbern.

Hauptziele der Schutzsuchenden sind die reichen Staaten im Herzen und im Norden des Kontinents gewesen, also Deutschland, Schweden und Österreich. Doch auch Italien, das viele Menschen über das Mittelmeer erreichen, sowie Griechenland und Ungarn, die ersten EU-Staaten auf der sogenannten Balkanroute, haben in den vergangenen Jahren rapide steigende Asylantragszahlen verzeichnet. Mit Abstand am meisten Asylanträge wurden jedoch in Deutschland gestellt. Hier erhielten die zuständigen Behörden 2015 und 2016 mehr als 1,2 Millionen Schutzgesuche. Das war fast die Hälfte aller in der EU in diesem Zeitraum gestellten Anträge. Auf die Einwohnerzahl gerechnet lag indes Ungarn vorn: Mehr als 10 Asylanträge gingen hier je 1.000 Einwohner ein. In Schweden waren es 9,8, in Deutschland und Österreich je 7,5.[4]

Dass in Ungarn so viele Asylanträge gestellt wurden, obwohl das Land keinesfalls zu den reichsten des Kontinents zählt, liegt an den sogenannten Dublin-Abkommen der EU. Sie besagen im Kern, dass immer der Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Antrags zuständig ist, den ein Asylbewerber zuerst betritt.[5] Stellt er seinen Asylantrag dennoch in einem anderen Land, können ihn die zuständigen Behörden zurück in das eigentlich zuständige Land schicken. In seiner derzeitigen Form ist dieses System jedoch nur bedingt praxistauglich. So schickten einige EU-Staaten schon ab 2011 keine Asylbewerber mehr nach Griechenland zurück, weil das dortige Asylsystem diverse Mindeststandards nicht einhielt.[6] Später gab es immer wieder Berichte, dass Italien Geflüchtete gen Norden weiterreisen ließ, weil es von der Zahl der Schutzsuchenden, die das Land von 2013 bis 2015 über das Mittelmeer erreichten, überfordert war.[7] Komplett zusammen brach das System Mitte 2015, als Hunderttausende auf dem Weg in die reichen nord- und mitteleuropäischen Staaten ungehindert mehrere Grenzen passieren konnten. Da es aber bis heute kein besseres System gibt, sind die EU-Staaten in jüngster Vergangenheit wieder zum Dublin-Verfahren zurückgekehrt.

Was aber gäbe es für Alternativen zu einem System, das die Länder an den EU-Außengrenzen über die Maßen belastet? Naheliegend erscheint ein Verteilungsschlüssel, der Asylbewerber nach bestimmten Kriterien über die Union verteilt. Innerhalb Deutschlands erfüllt der sogenannte Königsteiner Schlüssel diese Rolle. Er berücksichtigt neben der Bevölkerungszahl der verschiedenen Bundesländer auch deren Wirtschaftskraft – und damit deren Möglichkeiten, mit den Integrationsherausforderungen umzugehen. Auf EU-Ebene war ein vergleichbarer Mechanismus bisher nicht umsetzbar. Alle bisherigen Versuche, Flüchtlinge umzuverteilen, geschahen in Ausnahmesituationen, gegen erhebliche Widerstände und ohne Aussicht auf Verstetigung. So wurden zwischen 2011 und 2012 über die Pilotprojekte Eurema I und II rund 500 Flüchtlinge von Malta – damals das Land mit der höchsten Zahl an Asylgesuchen – in andere EU-Staaten gebracht. Im Jahr 2015 einigten sich die EU-Staaten dann per Mehrheitsentscheid darauf, insgesamt 160.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien umzuverteilen.[8] Doch die Umsetzung des Vorhabens läuft nur schleppend: Bis April 2017 hatten lediglich 16.340 Menschen von dem Programm Gebrauch machen können.[9] Erst jüngst leitete die EU-Kommission gegen Ungarn, Polen und Tschechien ein Verfahren ein, weil diese Länder sich weigern, sich an der beschlossenen Umverteilung zu beteiligen. Darüber hinaus gibt es Berichte, dass einige Staaten es bevorzugen junge und gut qualifizierte Menschen aufzunehmen, die vermeintlich leicht zu integrieren sind.[10]

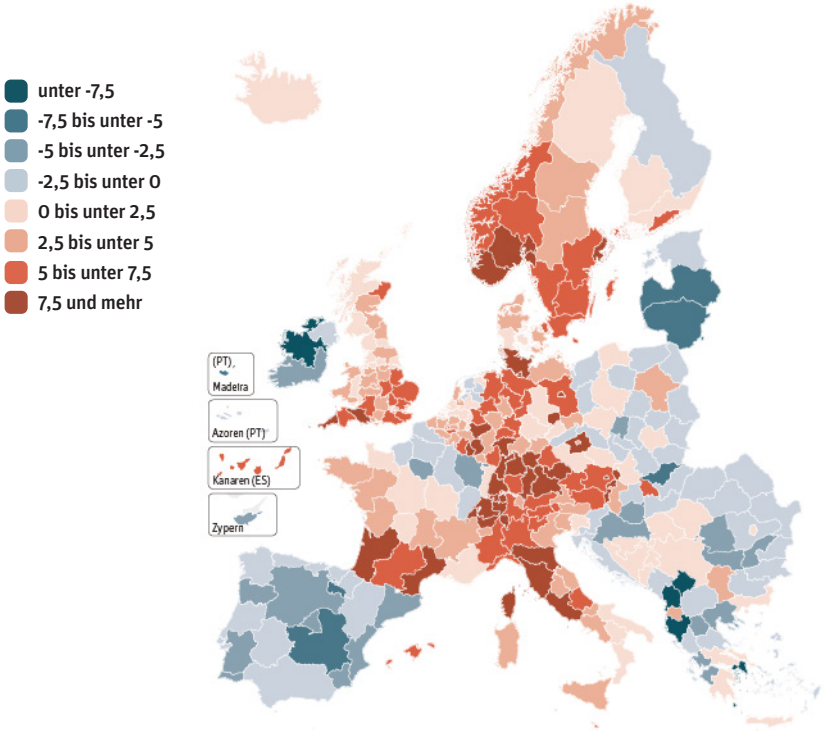
Öffentliche Meinung uneinheitlich

Dass sich die europäischen Staaten jenseits von Mindeststandards nicht auf mehr Koordination und Solidarität beim Umgang mit Asylbewerbern einigen können, hängt damit zusammen, dass die verschiedenen Bevölkerungen Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten sehr unterschiedlich offen gegenüber stehen. Im European Social Survey wurden Bürger verschiedener Staaten 2014 nach ihren Einstellungen zu Migration gefragt. Eine Frage zielte darauf ab, ob Europa viele, einige, wenige oder keine Zuwanderer aus ärmeren Staaten aufnehmen sollte. Unter allen befragten Nationalitäten zeigten sich die Einwohner Schwedens dazu am ehesten bereit: 39 Prozent gaben an, dass viele Zuwanderer aus ärmeren Staaten nach Europa kommen

Wanderungen spiegeln wirtschaftliche Lage wider

Die beliebtesten Migrationsziele in Europa lagen in den letzten Jahren im Alpenraum, im Zentrum Italiens sowie im Süden Frankreichs, Großbritanniens und Skandinaviens. Viele dieser Regionen zählen zu den reichsten des Kontinents. In den Abwanderungsregionen Süd- und Osteuropas können sich dagegen – wenn überhaupt – einzig die Hauptstadtregionen durch Migration stabilisieren. Dies liegt überwiegend an Binnenmigranten. Die starke Zuwanderung von Flüchtlingen hat allerdings einen entscheidenden Anteil daran gehabt, dass zwei Drittel aller europäischen Nuts-2-Regionen in den vergangenen fünf Jahren Migrationsgewinne verzeichnet haben.

Jährlicher Wanderungssaldo (Außenwanderung & Binnenwanderung) je 1.000 Einwohner nach Nuts-2-Regionen, Mittelwert 2011-2015*
(Datengrundlage: Eurostat[19])

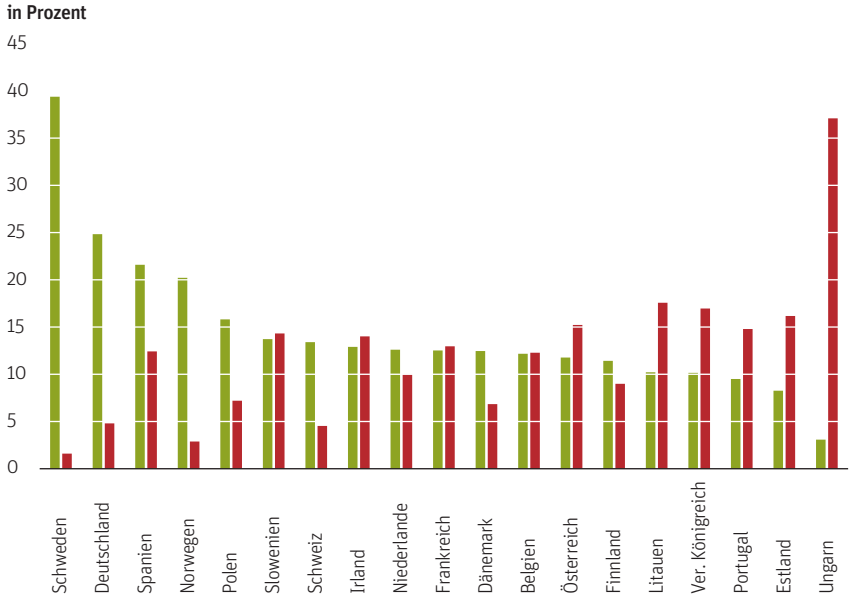


* In den Zahlen sind auch innereuropäische Wanderungen enthalten. Für Serbien und Bosnien-Herzegowina stehen nur nationale Daten zur Verfügung. Die Daten für Bosnien-Herzegowina beziehen sich auf die Jahre 2011-2014, für Albanien, Slowenien und Guadeloupe auf die Jahre 2013-2015, für Kosovo auf die Jahre 2011, 2012, 2014 und 2015 sowie für Martinique, Französisch-Guyana und La Réunion auf die Jahre 2012-2015.

Europa uneins über Migranten

Bei der Frage nach Zuwanderung aus sogenannten Drittstaaten – noch dazu häufig ärmeren Ländern – ist Europa gespalten. Im Schweden, Deutschland und Norwegen, aber auch in Spanien, sind die Menschen diesbezüglich recht offen. Viele sind dort der Meinung, ihre Länder sollten künftig eine größere Zahl von Menschen aus diesen Ländern aufnehmen. Anders sieht es in vielen post-sozialistischen Staaten aus: In Ungarn, dem Land mit der geringsten Zustimmung zu einer offenen Migrationspolitik, ist mehr als ein Drittel der Menschen der Meinung, das Land sollte keinerlei Zuwanderer aus ärmeren Ländern aufnehmen.

Prozentualer Anteil an Personen in europäischen Ländern, die auf die Frage, ob man viele oder wenige Zuwanderer aus ärmeren Ländern nach Europa lassen sollte, eine Extremantwort („viele" vs. „keine") gewählt haben. Andere Antwortmöglichkeiten waren „einige" sowie „wenige", 2014
(Datengrundlage: European Social Survey[20])



Viele Zuwanderer aus ärmeren Ländern hereinlassen
Keine Zuwanderer aus ärmeren Ländern hereinlassen

sollten, weitere 49 Prozent sprachen sich für einige Zuwanderer aus. Lediglich zwei Prozent der Schweden lehnte eine derartige Zuwanderung komplett ab. Ein ganz anderes Bild zeigte sich in Ungarn: Hier waren nur 3 Prozent für viele, aber 37 Prozent für keine Zuwanderer aus ärmeren Staaten.[11]

Minimalkonsens Grenzsicherung

Bei aller Kontroverse um die interne Verteilung von Asylbewerbern herrscht unter den EU-Staaten Einigkeit, dass die Außengrenzen der Union besser gesichert und die Zahl der Asylantragsteller gesenkt werden müssen. Durch eine stärkere Grenzsicherung wollen die EU-Staaten auch Schleuserbanden das Handwerk legen, die mit dem Schmuggel von Menschen riesige Summen verdienen. Sie wollen außerdem die Zahl jener senken, die bei den gefährlichen Überquerungen des Mittelmeers und der Ägäis ums Leben kommen.

Die bekannteste Initiative zum Schutz der EU-Außengrenzen ist das Abkommen mit der Türkei aus dem März 2016. Im Kern sieht es vor, dass die Türkei ihren Grenzschutz intensiviert und irreguläre Übertritte Richtung EU verhindert. Im Gegenzug erhält das Land von der EU Finanzhilfen. Flüchtlinge, die dennoch auf eine der griechischen Inseln gelangen und keinen Anspruch auf Schutz in der EU haben, sollen umgehend zurück in die Türkei geschickt werden. Die EU verpflichtet sich, für jeden zurückgeführten Flüchtling einen syrischen Schutzsuchenden aus der Türkei aufzunehmen. Die Bilanz des Abkommens fällt nach einem Jahr gemischt aus. Positiv ist, dass die Zahl der Grenzübertritte deutlich abgenommen hat.[12] Ob dies einzig an dem Abkommen liegt oder an anderen Faktoren, bleibt jedoch unklar. So haben diverse europäische Länder die Grenzkontrollen zu ihren Nachbarstaaten verstärkt und Zäune gebaut, um die Flüchtlingsrouten innerhalb der EU zu blockieren. Was schlecht funktioniert, ist eine schnelle Rückführung abgelehnter Asylbewerber von Griechenland in die Türkei. Trotz Unterstützung seitens der EU sind die griechischen Behörden mit der Vielzahl an Asylgesuchen personell überfordert, weswegen weiterhin viele Flüchtlinge zwischen Hoffen und Bangen auf den griechischen Inseln ausharren.[13]

Vorbild EU-Türkei-Abkommen

Trotzdem dürfte das EU-Türkei-Abkommen die Blaupause für weitere, ähnliche Vereinbarungen mit Staaten in der europäischen Nachbarschaft sein. Schon im Februar 2017 unterzeichnete Italien ein Abkommen mit Libyen, nach dem das nordafrikanische Land Flüchtlinge davon abhalten soll, über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen.

Die große, ungeklärte Frage bei immer dichteren Grenzen ist, wie diejenigen geschützt werden können, die Schutz benötigen, es aber nicht nach Europa schaffen. Die Vorschläge reichen von externen Asylzentren, etwa in Botschaften, bis hin zum Ausbau anderer, regulärer Zuwanderungsmöglichkeiten, etwa zum Zweck der Beschäftigung. Letzteres erscheint vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Europa sinnvoll. Doch es wird das Problem nicht in seiner Gänze lösen können. Denn bei Weitem nicht alle Geflüchteten kommen für andere Zuwanderungskanäle in Frage. Gerade die Alten und Schwachen fallen hierbei durchs Raster.

Realistisch betrachtet werden staatlich organisierte Aufnahmeprogramme weiter an Gewicht gewinnen. Hierbei erklären sich Länder bereit, bestimmte Kontingente an Flüchtlingen entweder temporär (humanitäre Aufnahmeprogramme) oder dauerhaft (Resettlement) aufzunehmen und diese direkt aus Flüchtlingslagern in Konfliktregionen einzufliegen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Zahl der Flüchtlinge lässt sich kontrollieren, Schleppern wird das Handwerk gelegt, Flüchtlinge umgehen die gefährliche Reise nach Europa und auch Schwache und Kranke können so in Sicherheit gebracht werden. Auf EU-Ebene existiert seit 2015 ein Resettlement-Programm, über das auch das EU-Türkei-Abkommen abgewickelt wird. Insgesamt hat es in den vergangenen zwei Jahren rund 15.000 Menschen nach Europa gebracht.[14] Darüber hinaus haben einige europäische Länder eigenständig humanitäre Aufnahmeprogramme aufgelegt. So hat die deutsche Regierung in den Jahren 2011 bis 2015 mindestens 150.000 syrische Schutzsuchende ins Land geholt.[15]

Die gesteuerte Zuwanderung

Mehr Handhabe über die Zahl der Zuwanderer als bei der humanitären Zuwanderung haben Staaten bei der Familienmigration, der Bildungswanderung und vor allem bei der Zuwanderung aus Erwerbsgründen. Hier können sie weitgehend unabhängig von Entwicklungen in anderen Weltregionen Kriterien definieren, nach denen sie bestimmen, wer ins Land kommen darf und wer nicht. Da Zuwanderungspolitik überwiegend Sache der EU-Mitgliedstaaten ist, gibt es eine Vielzahl verschiedener Kriterien. Dies zeigt sich vor allem bei der Erwerbsmigration – jener Form der Zuwanderung, die am unmittelbarsten die ökonomischen Folgen der Alterung abfedern kann.

In den allermeisten Fällen ist in Europa ein Jobangebot Voraussetzung für einen Aufenthaltstitel. Dies ist sinnvoll, da so ein zentraler Faktor für den Integrationserfolg, nämlich die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, gegeben ist. Der Nachteil ist, dass es schwierig sein kann, aus dem nicht-europäischen Ausland eine Anstellung in Europa zu finden. Aus diesem Grund gibt es beispielsweise in Deutschland oder Österreich für Hochschulabsolventen die Möglichkeit, eine zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis zur Jobsuche zu erhalten.

Traditionelle Einwanderungsländer wie Kanada gehen zum Teil noch einen Schritt weiter und geben auch das permanente Aufenthaltsrecht an Migranten ohne Job. Zur Auswahl der Zuwanderer nutzen sie sogenannte Punktesysteme. Diese Systeme honorieren Qualifikationen, Sprachkenntnisse und andere Fertigkeiten mit Punkten und bestimmen dann, wer einreisen darf und wer nicht. Dabei vertrauen die Länder darauf, dass jene Menschen, die über die gewünschten Eigenschaften verfügen, sich selbstständig zurechtfinden werden. Weil dies aber nicht immer zutrifft, ist Kanada von seinem Modell inzwischen etwas abgewichen und macht es Menschen ohne Jobangebot recht schwer, einen Aufenthaltstitel zu erlangen. Damit ist das Land in guter Gesellschaft vieler Industriestaaten, die Punktesysteme mit dem Kriterium eines Jobangebots kombinieren. In Europa unterhält beispielsweise das Vereinigte Königreich seit 2008 ein umfassendes Punktesystem, welches die gesamte Zuwanderung regelt – von Investoren bis hin zu Studenten.

Mischsysteme im Trend

Punktesysteme galten lange Zeit als besonders liberal. Dies hat sich zuletzt geändert. Indem sie sowohl ein Jobangebot als auch bestimmte Zusatzeigenschaften voraussetzen, können sie den Kreis der potenziellen Zuwanderer erheblich einengen. Als offen gilt im europäischen Vergleich heute eher das schwedische System, das ohne Punktevergabe auskommt. Es funktioniert allein über die Bedingung des Jobangebots. Wer also eine Beschäftigung in Schweden (und nach schwedischen Gehalts- und Sozialstandards) findet, darf kommen – unabhängig davon, was er für einen Bildungshintergrund besitzt.[16] Doch auch viele andere Länder haben ihre Grenzen in den letzten Jahren für ausländische Arbeitskräfte geöffnet. Eine Rolle hat hierbei die EU gespielt, etwa über die sogenannte Blue-Card-Richtlinie. Sie schrieb Mitgliedstaaten vor, einen Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte zu schaffen, die über ein Jobangebot verfügen und bestimmte Gehaltsgrenzen nicht unterschreiten.[17] Genutzt wird die Blaue Karte EU – wie sie auf Deutsch korrekt heißt – allerdings bislang überwiegend in Deutschland. So bewilligten die EU-Staaten 2015 insgesamt 17.106 Blaue Karten, von denen alleine 14.620 auf Deutschland entfielen.[18]

Inwiefern auch die eher einwanderungskritischen Mitgliedstaaten künftig die Möglichkeiten zur Erwerbsmigration ausbauen, dürfte eng damit zusammenhängen, wie sehr ihre Wirtschaft von demografisch bedingten Fachkräfteengpässen betroffen sein wird. Die rapide Alterung in vielen zentral- und osteuropäischen Staaten könnte hier langfristig zu einem Umdenken in der Zuwanderungspolitik führen.

5 ALTERUNG UND SOZIALSYSTEME
Die Kosten des demografischen Wandels

Die Bevölkerungen Europas werden immer älter. Im Jahr 1990 lag das Medianalter, das die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt, in der EU-27 noch bei gut 35 Jahren. Seitdem ist es auf knapp 43 Jahre angestiegen. Projektionen zufolge könnte es noch bis Anfang der 2040er Jahre weitersteigen und sich dann bei etwa 47 Jahren einpendeln.[1] Die gesellschaftliche Alterung, die in unterschiedlicher Stärke den gesamten Kontinent betrifft, lässt sich auf zwei verschiedene Entwicklungen zurückführen: Einerseits leben die Menschen immer länger. Und andererseits werden weniger Kinder geboren als ehemals.

Das immer längere Dasein lässt sich einfach an der Entwicklung der Lebenserwartung ablesen. Pro Jahrzehnt ist sie in der Vergangenheit in entwickelten Ländern um zwei bis drei Jahre gestiegen.[2] Per 2015 liegt sie im Schnitt der EU-Länder bei knapp 81 Jahren. Beeindruckend dabei: Erst im Jahr 2000 war die Schweiz das erste europäische Land, das eine zu erwartende Lebensspanne von 80 Jahren erreichte. Noch heute liegen die Eidgenossen im Kontinentalvergleich ganz vorne – mit inzwischen 83 Jahren. Gleichauf mit der Schweiz folgt Spanien, nur knapp dahinter Italien.[3] Die Wirtschaftskrise, die vor allem den südeuropäischen Ländern noch immer zu schaffen macht, hat hier nur minimale Spuren hinterlassen. Ob sie sich langfristig auswirkt, etwa, weil die Bürger weniger Geld für Prävention, gesunde Ernährung oder privat finanzierte Vorsorgeuntersuchungen haben, wird sich erst zeigen.

Dass Wirtschaftskrisen sich auch kurzfristig auf die Lebensdauer auswirken können, haben die Erfahrungen der osteuropäischen Transformationsstaaten in den 1990er Jahren gezeigt – vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. So verkürzte sich die Lebenserwartung in Estland zwischen 1990 und 1995 von etwa 70 auf weniger als 67 Jahre.[4] Schuld daran war der immer ungesündere Lebensstil der Menschen mit einem hohen Tabak- und vor allem Alkoholkonsum. Gerade Letzterer führt nicht nur über Langzeitschädigungen lebenswichtiger Organe zum Tod, sondern häufig auch durch akute Vergiftungen, Unfälle und Gewaltkriminalität.[5]

Die Kehrseite der Medaille

Das immer längere Leben ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit. Doch mit der Hochaltrigkeit wachsen auch die gesellschaftlichen Herausforderungen: Altersabhängige Krankheiten wie Demenz oder Diabetes verbreiten sich, gesellschaftliche Teilhabe mit eingeschränkter Mobilität wird zum Problem, und die finanzielle Absicherung für einen immer längeren Ruhestand stellt Rentensysteme vor neue Aufgaben. Das Gros dieser Herausforderungen betrifft direkt den Staat, da die Familie als Quell von Pflege, Betreuung und Absicherung überall an Bedeutung verliert. All dies zu organisieren, kostet Geld. Aus ökonomischer Perspektive entscheidender als allein die Zahl älterer Menschen ist daher deren Verhältnis zur Bevölkerung im Erwerbsalter – denn sie muss die Kosten der Versorgung erwirtschaften. Dieses Verhältnis liegt EU-weit derzeit bei 32 mindestens 65-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren – also bei etwa 1 zu 3. Weil aber ab Mitte der 2020er Jahre die sogenannten Babyboomer in Rente gehen, dürfte sich die Relation bis 2040 auf etwa 1 zu 2 verschlechtern.[6] Im Schnitt müssen dann zwei Menschen im Erwerbsalter einen älteren Menschen mitversorgen.

Doch auch beim Altenquotient gibt es große regionale Unterschiede. Während die Alterung in Italien mit einem Wert von 37 potenziellen Ruheständlern je 100 potenzielle Arbeitskräfte am weitesten fortgeschritten ist, verfügen Irland, Luxemburg und die Slowakei über die jüngsten EU-Bevölkerungen. Die älteste Region der EU ist das italienische Ligurien. Hier liegt das Verhältnis schon heute bei exakt 1 zu 2. Am anderen Ende der Skala, im Londoner Osten, ist es beinahe 1 zu 10.[7,*] Letzteres hängt damit zusammen, dass London mit seiner Wirtschaftskraft gerade junge Erwerbstätige anzieht.

Für die kommenden Jahrzehnte zeichnen sich weitere Verschiebungen ab. Denn die heute noch recht jungen Gesellschaften Osteuropas altern schneller als der Rest des Kontinents. Dies lässt sich einerseits mit der Abwanderung junger Menschen erklären, andererseits aber auch damit, dass die Staaten während der Transformationsphase der 1990er Jahre fast flächendeckend erhebliche Geburteneinbrüche hinnehmen mussten. Diese zahlenmäßig kleinen Jahrgänge wachsen langsam ins Erwerbs- und Familiengründungsalter und werden deutlich weniger Nachwuchs haben als die größeren Generationen vor ihnen. Im Jahr 2030 dürfte aus diesem Grund Litauen das schlechteste Verhältnis von Ruheständlern zu Erwerbstätigen aufweisen.[8]

[*] Noch weniger Alte als im Londoner Osten gibt es in den französischen Überseeregionen Guyana und Mayotte, wo auf 100 20-bis 64-Jährige lediglich 9 beziehungsweise 6 über 65-Jährige kommen.

Der Druck auf die öffentlichen Haushalte steigt

Neben der Aufgabe, die Alterung der Gesellschaft zu finanzieren, steht ein Großteil der europäischen Staaten vor der Herausforderung, die Finanzen zurück auf einen nachhaltigen Pfad lenken zu müssen. Denn die zurückliegenden Krisen und die damit einhergehende Wachstumsschwäche haben Folgen für die Staatsbilanzen gehabt. Die Schuldenlast ist in kürzester Zeit dramatisch angestiegen. Wiesen 2007 nur 9 der 28 EU-Staaten einen staatlichen Schuldenstand von über 60 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung aus und verfehlten damit eines der 1992 beschlossenen Maastricht-Kriterien, erhöhte sich ihre Zahl bis 2016 auf 16 Länder.[9] Zu den bereits aufgetürmten Verbindlichkeiten könnten durch das immer schlechter werdende Verhältnis von Leistungserbringern zu Leistungsempfängern in vielen Ländern nun weitere „ungedeckte" Ausgaben hinzukommen, etwa in der Gesundheitsversorgung oder bei den staatlichen Rentensystemen. Die Sozialsysteme können dadurch in eine Schieflage geraten.

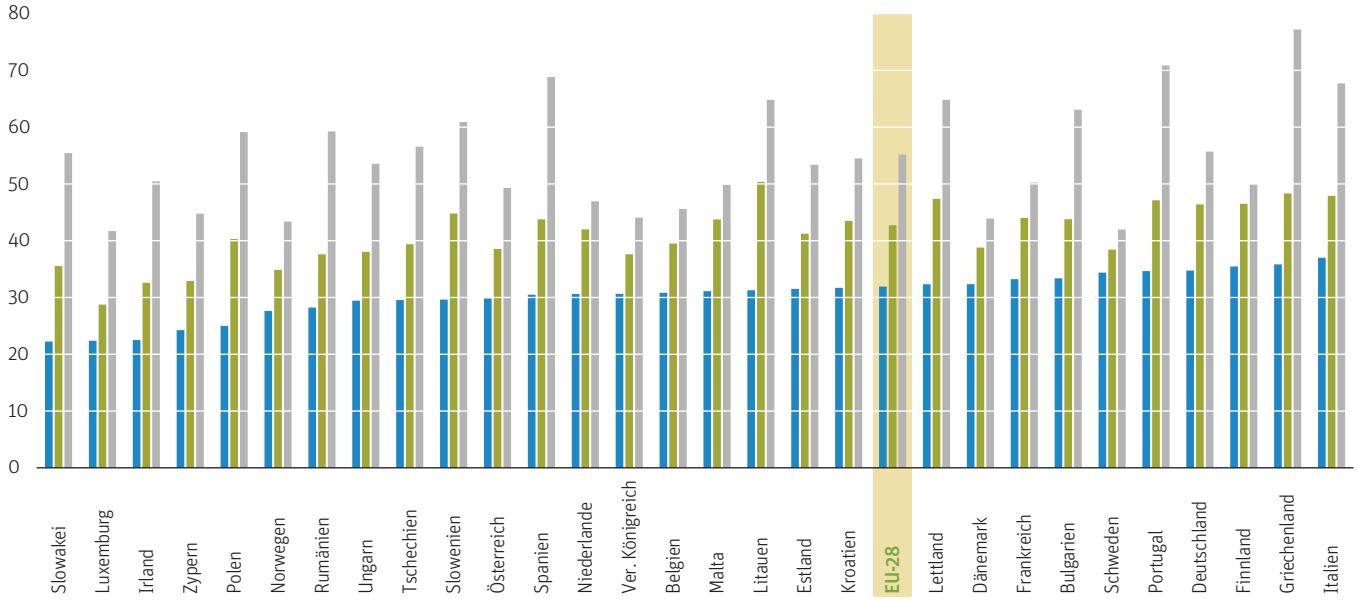
Doch wie hoch sind die finanziellen Lasten, die durch die Alterung der Bevölkerung entstehen? Ein ungefähres Bild darüber geben langfristige Berechnungen zu den Kostenentwicklungen in den Ausgabenbereichen, die stark auf demografische Veränderungen reagieren. Demnach müssen die EU-Staaten künftig einen größeren Teil ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung für Rente, Gesundheit, Pflege und Bildung ausgeben. Für alle 28 Länder zusammen ergibt sich zwischen 2013 und 2060 gemessen am Bruttoinlandsprodukt ein Anstieg von 1,8 Prozentpunkten. Zwischen den einzelnen Ländern zeigen sich jedoch große Unterschiede. Während 7 der 28 Länder bis 2060 sogar auf eine Entlastung hoffen können – darunter Dänemark, Zypern und Lettland – dürften die Kosten gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung in Deutschland, Belgien, Luxemburg, Malta und Slowenien im gleichen Zeitraum um fünf bis sieben Prozentpunkte ansteigen.[10]

Dass die finanziellen Lasten, die durch die Alterung der Gesellschaft entstehen, in einigen Ländern stark ansteigen, in anderen

Der Osten altert schneller

Überall in Europa verschiebt sich das Verhältnis von Erwerbsfähigen und Ruheständlern in Richtung Letzterer. Im Süden Europas, in Deutschland oder auch in Teilen Skandinaviens müssen schon heute statistisch weniger als drei Personen im Erwerbsalter einen über 64-Jährigen mitversorgen. Vergleichsweise jung sind dagegen die Gesellschaften Osteuropas. Dies hängt einerseits mit der geringeren Lebenserwartung zusammen, lässt sich andererseits aber auch darauf zurückführen, dass hier die Kinderzahlen bis zum Fall des Eisernen Vorhangs noch recht hoch lagen. Aufgrund des Geburteneinbruchs der 1990er Jahre dürften gerade osteuropäische Länder künftig eine rasante Alterung erleben. Zur Mitte des Jahrhunderts dürften einzig die südeuropäischen Staaten Griechenland, Portugal, Spanien und Italien noch anteilig mehr Ältere zählen als Lettland, Litauen, Bulgarien, Slowenien, Rumänien und Polen.

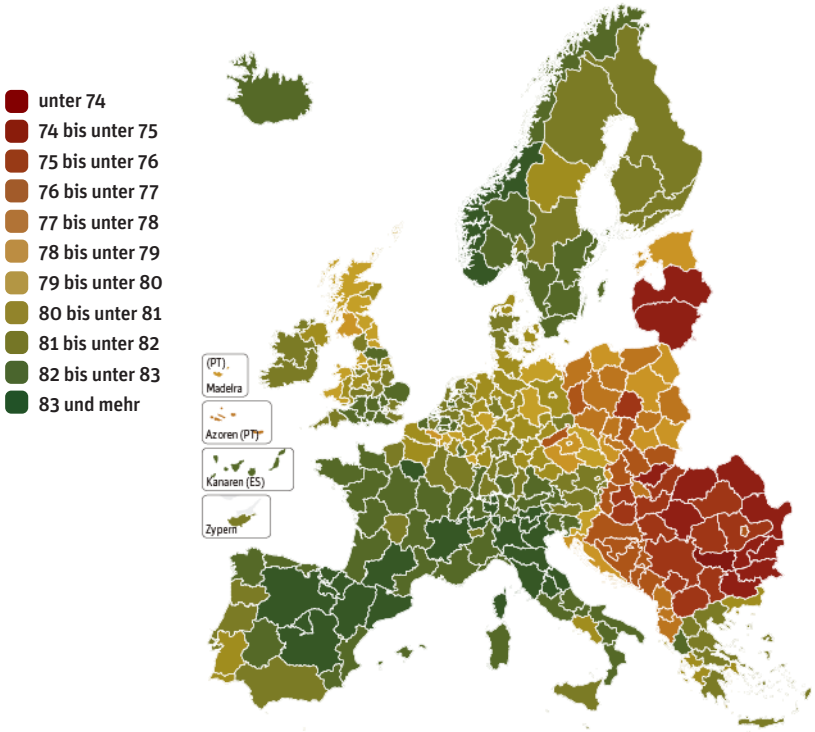
Zahl der mindestens 65-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren (Altenquotient) in Europa, 2016, 2030 und 2050
(Datengrundlage: Eurostat[20])



Langes Leben im Süden, kurzes in Osteuropa

Bei der Lebenserwartung zeigt sich in Europa ein deutliches West-Ost-Gefälle. Am ältesten werden die Menschen in Norditalien, Nordspanien, den Küstenregionen Frankreichs und der Schweiz – aber auch in einigen Teilen Norwegens –, am kürzesten währt ein Leben durchschnittlich in Litauen und Bulgarien. Dass die osteuropäischen Staaten hinter dem Westen liegen, ist ein Vermächtnis der sozialistischen Regime, die zwar viel Wert auf den Erhalt der Arbeitskraft legten, chronische Leiden und typische Alterserscheinungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen aber nicht adäquat bekämpften. In Deutschland ist die Angleichung der Lebenserwartung zwischen Ost und West recht gut gelungen und inzwischen zeigt sich eher ein Süd-Nord-Gefälle. Gleichwohl leben die Männer zwischen Rostock und dem Erzgebirge im Schnitt noch immer 1,3 Jahre kürzer als in den westlichen Bundesländern.

Lebenserwartung bei der Geburt in Nuts-2-Regionen in Europa, 2015*
(Datengrundlage: Eurostat[21])



* Für Serbien, Bosnien-Herzegowina und Albanien liegen nur nationale Daten vor. Für Kosovo liegen keine gesonderten Daten vor, so dass es hier als Teil Serbiens dargestellt ist.

jedoch nicht, hat eine Reihe von Gründen. Zum einen sind die Bevölkerungen in ihrer Alterung unterschiedlich weit fortgeschritten und die künftigen Veränderungen in der Altersstruktur daher verschieden groß. Zum anderen reagieren die Sozialsysteme unterschiedlich stark auf die Alterung – insbesondere die Rentenversicherungen. Hier haben einige Länder in der Vergangenheit bereits strukturelle Reformen durchgeführt, sie haben etwa das Renteneintrittsalter erhöht oder Leistungen reduziert. Eine Folge dieser Reformen ist, dass einzig in Luxemburg bis 2060 die Renten im Vergleich zu den Löhnen noch steigen dürften, während sie in allen übrigen EU-Ländern sinken. Besonders deutlich dürfte das Rentenniveau in Zypern, Portugal und Spanien zurückgehen. Hier könnten die durchschnittlichen Renten im Vergleich zu den durchschnittlichen Löhnen bis 2060 um etwa 20 Prozentpunkte fallen.[11]

Großbaustelle Rentensystem

Die Öffentlichkeit diskutiert häufig über die Finanzierbarkeit der öffentlichen Sicherungssysteme, insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung. Dies ist nachvollziehbar, da 40 Prozent aller Sozialausgaben in der EU im Rentenbereich anfallen und alle europäischen Staaten überwiegend auf umlagefinanzierte Versicherungen setzen, die direkt von der demografischen Entwicklung abhängen.[12]Die Diskussion ist aber nur bedingt richtig, da eine umlagefinanzierte Versicherung per Definition immer finanzierbar ist – offen bleibt dabei allerdings, wie viel am Ende für die Versicherten herauskommt und wie viel die Beitragszahler in das System einzahlen sollen.

Das fast flächendeckend sinkende Rentenniveau dürfte vielerorts die Gefahr von Altersarmut erhöhen. Sie zu vermeiden, wird zu einer elementaren Aufgabe für die Gesellschaften Europas. Die Regierungen sind sich der Problematik bewusst und versuchen, auf verschiedene Art und Weise gegenzusteuern. Kerngedanke ist dabei meist, durch eine höhere Beschäftigung die Einnahmen der Rentenversicherung zu stärken. Eine naheliegende Stellschraube ist, die Regelaltersgrenze zu erhöhen, also den Zeitpunkt, wann Menschen normalerweise ohne Abschläge in Rente gehen können. Mehr als die Hälfte der EU-Staaten hat dies im vergangenen Jahrzehnt getan.[13] In den meisten Ländern beträgt die Altersgrenze inzwischen 65 Jahre oder mehr. Etwas hinterher hinken – auch geschichtlich bedingt – die osteuropäischen Staaten. Unter ihnen legen einige weiterhin eine gesonderte, niedrigere Grenze für Frauen fest – häufig 60 Jahre. Doch auch hier haben viele Regierungen in den letzten Jahren Reformen auf den Weg gebracht, welche die Geschlechterungleichheit mittelfristig beseitigen dürften.[14]

Einige Staaten geben sich nicht damit zufrieden, die Altersgrenze zu erhöhen und führen weitreichendere Reformen durch.

Einen innovativen Weg hat dabei Dänemark eingeschlagen. Hier hängt das gesetzliche Renteneintrittsalter künftig direkt von der Zahl der Lebensjahre ab, welche die 60-Jährigen noch vor sich haben. Konkret verfolgt die Regierung das Ziel, dass die durchschnittliche Zeit im Ruhestand im Schnitt immer 14,5 Jahre betragen soll.[15] Das heißt, nur wenn die Restlebenserwartung der 60-Jährigen auf dem aktuellen Niveau verharrt, bleibt auch die derzeitige Altersgrenze von 67 Jahren bestehen. Steigt die Lebenserwartung hingegen, steigt auch das Renteneintrittsalter, sinkt sie, sinkt auch die Altersgrenze.

Warum aber brauchen wir überhaupt ein klar definiertes Rentenalter? Vor dem Hintergrund, dass es in fast allen Ländern ohnehin die Möglichkeit gibt, gegen Ab- oder Zuschläge früher oder später in Rente zu gehen, haben einige Staaten ihre starre Altersgrenze durch eine Zeitspanne ersetzt. So hat Finnland 2005 ein flexibles Renteneintrittsalter von 63 bis 68 Jahren eingeführt und auch Norwegen hat 2011 seine offizielle Altersgrenze abgeschafft und sie durch eine Altersspanne von 62 bis 75 Jahren ersetzt. Noch einen Schritt weiter ist das Vereinigte Königreich gegangen. Es schaffte das Renteneintrittsalter (*retirement age*) gänzlich ab und ersetzte es lediglich mit einer Untergrenze (*pension age*), die den frühestmöglichen Bezug einer Altersrente festlegt.[16]

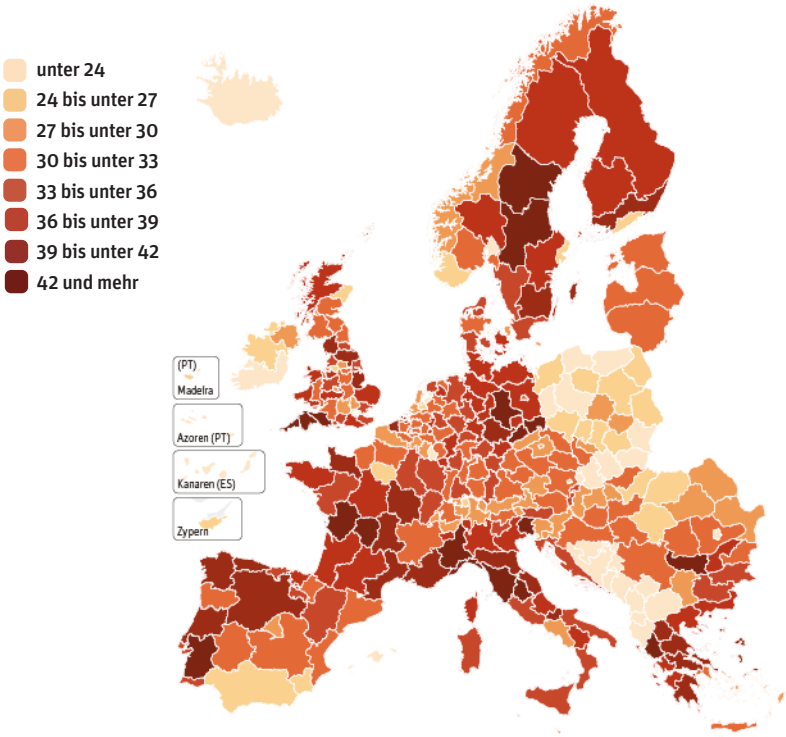
Wie lange ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt aktiv bleiben, hängt jedoch nicht nur von der Regelaltersgrenze ab. Vielerorts gibt es Regelungen zum Vorruhestand oder zur Altersteilzeit. Um zu ergründen, wo in Europa die Menschen verhältnismäßig früh in Rente gehen und wo sie dies eher spät tun, lohnt sich ein Blick auf Zahlen zum tatsächlichen „Erwerbsaustrittsalter". Besonders hoch liegt es in Island mit 69,4 Jahren bei Männern und 68,0 Jahren unter Frauen. Am Ende der Skala findet sich Frankreich, wo das Erwerbsleben sowohl für Männer als auch für Frauen im Schnitt schon vor Erreichen des 60. Geburtstags endet.[17]

Ein längeres Erwerbsleben kann wesentlich dazu beitragen, die Lasten der Rentenversicherung abzufedern. Allein wird es die Problematik jedoch nicht lösen. Vor diesem Hintergrund setzen die Staaten Europas verstärkt auf kapitalgedeckte Elemente bei der Altersvorsorge – wie die sogenannte Riester-Rente in Deutschland. Im Gegensatz zu umlagefinanzierten Systemen spart hier jeder Bürger – mit einer kleinen Unterstützung aus der Steuerkasse – für seinen eigenen Ruhestand. Das Risiko, durch demografische Veränderungen in Schieflage zu geraten, wird also ausgeschaltet – aber durch das Risiko geringer Erträge auf dem Kapitalmarkt ersetzt. Viele Staaten mischen die beiden Systeme, um die jeweiligen Risiken zu verteilen und allzu starke Schwankungen und Einbußen zu verhindern. Eine besonders große Rolle spielt die kapitalgedeckte Altersvorsorge in den Niederlanden. Hier stellt sie fast die Hälfte der Alterseinkünfte von Rentnern.[18]

Alt vs. jung

EU-weit kommen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren etwa 32 Menschen im Ruhestandsalter. Drei potenziell Erwerbstätige müssen also im Schnitt einen Rentner mitversorgen. Dabei offenbaren sich jedoch erhebliche regionale Unterschiede. In Ostdeutschland ist durch die niedrigen Kinderzahlen der 1990er Jahre und die erst jüngst gestoppte Abwanderung junger Erwerbsfähiger das Verhältnis bereits deutlich schlechter. Auch die entlegenen Gebiete Schwedens und Finnlands leiden unter Abwanderung junger Menschen, ebenso wie ganz Griechenland. Vergleichsweise viele ältere Menschen gibt es auch im Norden Italiens und Spaniens sowie in Portugal. Hier treffen geringe Kinderzahlen auf eine hohe Lebenserwartung.

Zahl der mindestens 65-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren (Altenquotient) in den Nuts-2-Regionen Europas, 2016*
(Datengrundlage: Eurostat[19])



* Für Serbien, Bosnien-Herzegowina und Albanien liegen nur nationale Daten vor. Die Datengrundlage für Bosnien-Herzegowina ist Vereinte Nationen (2015). World Population Prospects, the 2015 Revision. New York.

6 WIRTSCHAFT

Europas Maschinenraum liegt in der Mitte

Die Wirtschaftskrise hat Europa nachhaltig getroffen. In 9 der 28 EU-Staaten lag die Wirtschaftsleistung 2016 niedriger als 2007. Am schlimmsten hat die Krise die Staaten an Europas Südgrenze getroffen. Griechenland, Spanien, Italien, Kroatien, Portugal und Zypern zählen allesamt zu jenen Ländern, die heute schlechter dastehen als vor knapp einem Jahrzehnt. Besser sieht es im Osten aus: Die meisten postsozialistischen Länder haben ihren in den 1990er Jahren begonnenen Aufwärtstrend nach einem kurzen, heftigen Einbruch zu Beginn der Krise fortsetzen können.[1]

Ist das alte Europa also das schwache Europa und sind die neuen EU-Staaten die ökonomischen Überflieger? Mitnichten. Denn das Wachstum von Estland bis Bulgarien und von der Tschechischen Republik bis Rumänien kann die Tatsache nicht verdecken, dass die Menschen hier weiterhin mit deutlich weniger Wohlstand vorlieb nehmen müssen als im Rest Europas. Gerade einmal umgerechnet 6.600 Euro erwirtschaftet ein durchschnittlicher Bulgare pro Jahr. Das ist weniger als ein Viertel des EU-Schnitts. Selbst bei Berücksichtigung des in Bulgarien niedrigeren Preisniveaus, müssen die Bewohner mit weniger als der Hälfte des EU-Mittelwertes an Geld auskommen. Am anderen Ende der europäischen Wohlstandsskala finden sich Luxemburg, die Schweiz sowie Norwegen mit einem Bruttoinlandsprodukt von deutlich mehr als 50.000 Euro pro Jahr und Einwohner.[2]

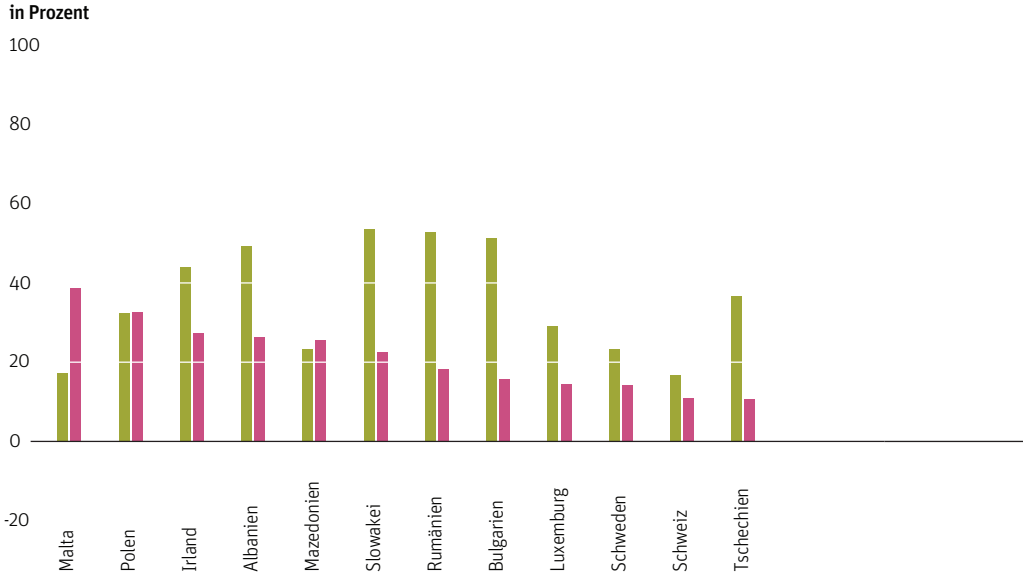
Auch wenn die gesamte Wirtschaftsleistung der EU heute höher liegt als vor der Krise, hat die Rezession Spuren hinterlassen, welche die Nationen Europas noch lange begleiten dürften. Die Arbeitslosigkeit – gerade unter Jugendlichen – ist weiterhin enorm hoch und die Krisenländer des Mittelmeerraums sind turmhoch verschuldet. Das „Maastricht-Kriterium“ eines staatlichen Schuldenstandes von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht nicht einmal die Hälfte der Unionsmitglieder. Griechenland, Italien, Zypern, Portugal und selbst Belgien haben inzwischen Werte von teils deutlich über 100 Prozent.[3] Das bedeutet, diese Länder könnten ihre Schulden nicht einmal mehr innerhalb eines Jahres zurückzahlen, wenn alles erwirtschaftete Geld direkt an die Gläubiger ginge.

All dies ist nicht nur für die betroffenen Länder eine Herausforderung, sondern auch für den Rest der Union – allen voran für die Länder der Eurozone. Durch den 2012 gegründeten Europäischen Stabilitätsmechanismus haften sie mit für überschuldete Euro-Staaten, denen sie im Fall der Zahlungsunfähigkeit Kredite und Bürgschaften zur Verfügung

Wo die Krise nachwirkt

Viele europäische Staaten produzieren noch heute weniger Güter und Dienstleistungen als vor Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2007. Vor allem Mittelmeer- und baltische Staaten sind hiervor betroffen – aber auch Finnland. Gerade die baltischen Staaten haben allerdings das Problem der Arbeitslosigkeit inzwischen wieder in den Griff bekommen. Außerdem waren sie vor der Krise besonders schnell gewachsen. In Portugal und Italien dagegen zieht sich die Depression inzwischen über mehr als eineinhalb Jahrzehnte hin. Am anderen Ende der Skala haben Länder wie Malta, Polen oder Irland ihren Aufwärtstrend nach einem kurzen Einbruch schnell fortsetzen können.

Prozentuale Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in europäischen Ländern, 2000-2007 & 2007-2016*
(Datengrundlage: Eurostat[24])



* Für Luxemburg beziehen sich die Daten auf den Zeitraum von 2001 bis 2015. Für Irland, Albanien, die Schweiz, Norwegen, Island und Finnland beziehen sich die Daten auf den Zeitraum von 2000 bis 2015.

stellen müssen. Das Ziel der sogenannten Lissabon-Strategie, nach der die EU bis 2010 der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensgestützte Wirtschaftsraum der Welt“ werden sollte, muss vor diesem Hintergrund als verfehlt angesehen werden. Auch der Erfolg der etwas zurückhaltender formulierten Nachfolgestrategie „Europa 2020“ scheint nach zwei Dritteln der Laufzeit fraglich.

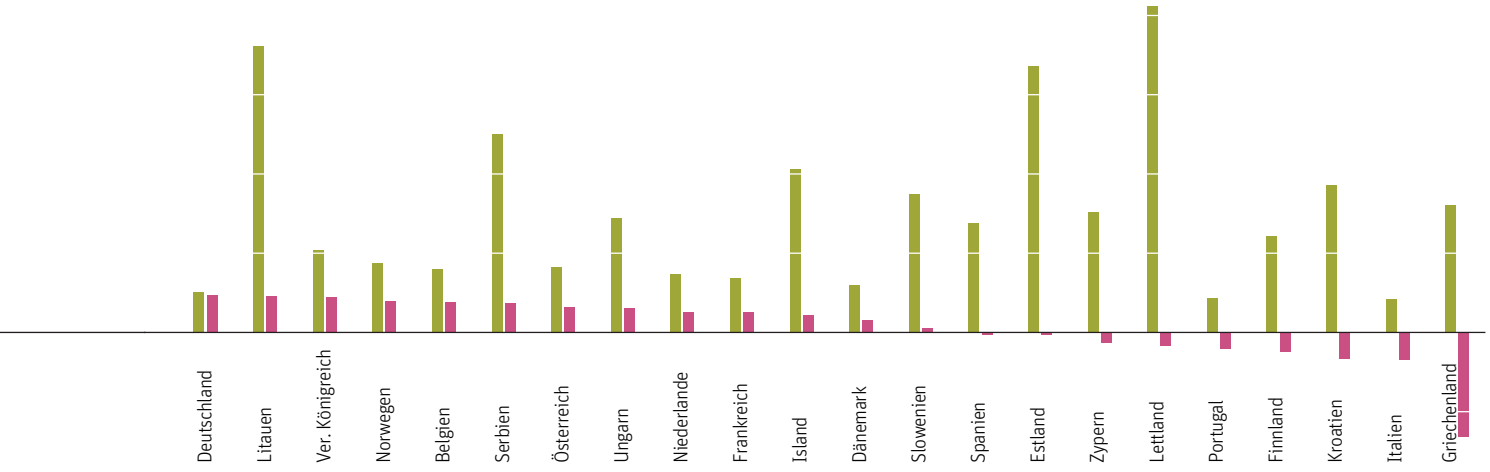
Die EU lohnt sich

Eine Mitgliedschaft in der EU hat für die Staaten Europas immer das Versprechen auf mehr Wohlstand und eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem Kontinent beinhaltet. Gerade für ärmere Staaten übt die Union so eine enorme Anziehungskraft aus. Die Logik dabei ist einfach. Durch den Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt erschließen sich den Ländern größere Absatzmärkte, vor allem aber werden sie für ausländische Kapitalgeber interessant. Dies könnte langfristig dazu führen, dass sie im kontinentalen Wohlstandsrennen aufholen, da sie nicht selbst teure und langwierige Innovationen hervorbringen müssen, sondern Technologien aus dem Ausland übernehmen können. Darüber hinaus bietet die EU mit ihrer Kohäsionspolitik direkte Strukturförderung für arme Regionen. Von 2014 bis 2020 will sie dafür Geldmittel von rund 450 Milliarden Euro bereitstellen.[4]

In letzter Zeit bröckelt die Unterstützung für die EU jedoch allerorten. Dies hat auch damit zu tun, dass die Union die gefühlte Zweiteilung des Kontinents in Gewinner und Verlierer nicht hat unterbinden können. Viele sehen in der europäischen Integration und vor allem im Euro sogar den Hauptgrund für die Krise. Doch entwickeln sich die Länder und Regionen Europas tatsächlich auseinander? Oder kann die EU ihrem Anspruch gerecht werden, zu mehr Gleichheit beizutragen? Lohnt sich eine EU-Mitgliedschaft überhaupt? Letztgenannte Frage bejahen die meisten Studien zum Thema.[5] Jüngste Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass das Bruttoinlandsprodukt in den Beitrittsländern seit 1973 im Schnitt um zwölf Prozent niedriger läge als ohne die EU. Dabei haben verschiedene Länder unterschiedlich stark profitiert. Griechenland zum Beispiel konnte aus seiner EU-Mitgliedschaft keinerlei Nutzen ziehen.[6]

Was die Frage nach dem ökonomischen Zusammenwachsen betrifft, ist die Antwort weniger eindeutig. Zwar haben ärmere Länder in der EU im Schnitt höhere Wachstumsraten als reichere.[7] Doch dies führt bislang nicht dazu, dass sich die absoluten Wohlstandsunterschiede verringern.[8] So entspricht ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent in Deutschland einem sehr viel höheren Euro-Betrag als ein Zuwachs von zwei Prozent in Rumänien. Selbst der Trend, dass ärmere Regionen zumindest relativ gesehen gegenüber reichen aufholen, hat sich während der Wirtschaftskrise abgeschwächt. Gerade im „alten“ Europa – also in den Ländern im Westen des Kontinents – hat der Einbruch dazu geführt, dass die Annäherung, die während der ersten Jahre des neuen Jahrtausends zu beobachten war, nicht nur gestoppt, sondern wieder ins Gegenteil verkehrt worden ist.[9]

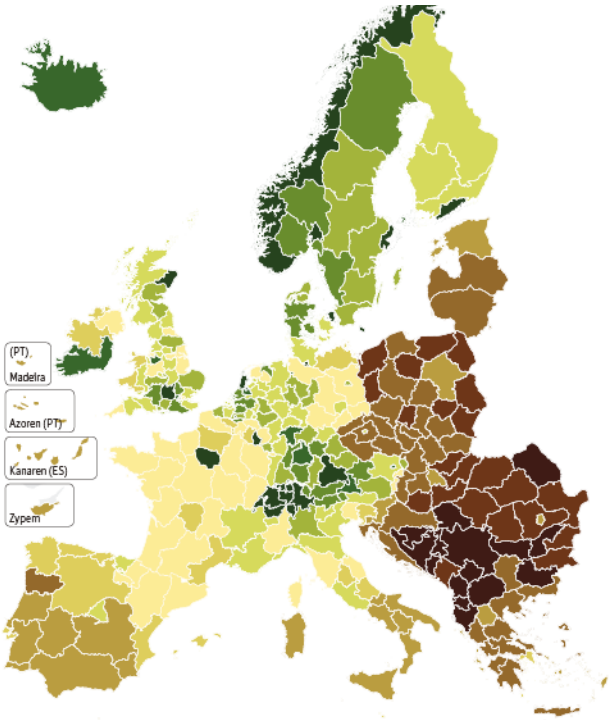
Dass sich Europa schwer damit tut, den Wohlstand gleichmäßig über den Kontinent zu verteilen, ist kein Zufall. Denn für ökonomisches Wachstum in den heutigen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaften sind andere Voraussetzungen notwendig, als es in der stark industriebasierten Wirtschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Fall gewesen ist. Immer wichtiger werden die Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen – gemeinhin als Humankapital bezeichnet – als Grundlagen für technischen Fortschritt. Sie



Ost-West-Teilung

Die reichsten Regionen Europas liegen im Herzen und im Norden des Kontinents. Hier treffen gewachsene Wirtschaftsstrukturen auf qualifizierte Arbeitskräfte und eine häufig gute Infrastruktur. An den Rändern des Kontinents liegt die Wirtschaftskraft dagegen niedriger. Gerade Osteuropa hinkt trotz vielerorts erfolgreicher Transformation von Plan- zu Marktwirtschaft deutlich hinter dem Rest des Kontinents her. Durch die Krise sind die Regionen zwischen Estland und Bulgarien indes schneller gekommen als die Mittelmeerstaaten, die noch heute unter hoher Arbeitslosigkeit und Schuldenlast leiden.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro nach Nuts-2-Regionen Europas, 2015*
(Datengrundlage: Eurostat[23])



* Die Daten für Irland und Albanien beziehen sich auf das Jahr 2014. Für Bosnien-Herzegowina und Serbien liegen nur nationale Daten vor. Serbien beinhaltet hier Kosovo. Datenquelle für Montenegro und Bosnien-Herzegowina ist der Internationale Währungsfonds (2017). World Economic Outlook Database April 2017. Washington DC. Die Werte dieser beiden Länder sind von US-Dollar in Euro umgerechnet.

bieten einen Nährboden für jene Kreativität, aus der die Ideen für neue Produkte und Dienstleitungen entstehen. Wo welche Fähigkeiten zu finden sind, ist keine Frage des Zufalls, sondern das Resultat einer Reihe von Standortfaktoren wie der Ausstattung einer Region mit Bildungseinrichtungen, Infrastruktur sowie Dienstleistern und Zulieferern. So können Wachstumscluster entstehen, die sich häufig stark von anderen Regionen innerhalb eines Landes unterscheiden. Dies ist ein Grund dafür, dass sich unter den reichsten Landstrichen Europas vor allem Metropolregionen finden. Unter den Top Ten liegen etwa West- und Ost-London, die Stadtstaaten Liechtenstein und Luxemburg sowie Zürich, Stockholm und Oslo. Dicht dahinter folgen Brüssel, Hamburg, der Großraum Kopenhagen sowie die Île de France mit Paris.[10]

Wirtschaftskraft im Herzen Europas

Abgesehen von den Hauptstadtregionen, dem skandinavischen Raum und den britischen Inseln liegt das Herz der europäischen Wirtschaft im Zentrum des Kontinents. Im Süden Deutschlands, in den Niederlanden, im Norden Italiens, in einigen Gebieten Frankreichs, vor allem aber in der Schweiz konzentrieren sich Wohlstand und Innovationskraft. Letzteres verdeutlicht die Zahl der angemeldeten Patente je 1.000 Einwohner, ein häufig genutzter Indikator für die Erneuerungskraft und Zukunftsfähigkeit regionaler Wirtschaftsstrukturen. Mit den Regionen Oberbayern, Stuttgart, Düsseldorf, Karlsruhe, Darmstadt und Köln liegen allein sechs der zehn innovativsten Gebiete in Deutschland. Hinzu kommen die französische Hauptstadtregion Île de France, die Region Rhône-Alpes, das niederländische Nordbrabant sowie die italienische Lombardei.[11]

Doch was ist das Erfolgsgeheimnis dieser Regionen? Und ließe es sich anderswo replizieren? Auf die Schnelle ist Letzteres sicher nicht möglich. Denn Europas Wirtschaftszentren profitieren häufig von gewachsenen Strukturen, in denen Großunternehmen auf Zulieferbetriebe und Anbieter unternehmensnaher Dienstleistungen treffen, so dass vor Ort integrierte Wertschöpfungsketten entstanden sind. Dies trifft beispielsweise auf München und Stuttgart zu mit seinen großen Automobilherstellern BMW sowie Daimler; in Nordbrabant mit der Großstadt Eindhoven hat der Elektronikriese Philips seinen Ursprung. Zwar ist die Firmenzentrale inzwischen in Amsterdam ansässig, doch hat die Firma der Region zahlreiche andere High-Tech-Firmen hinterlassen – etwa den Halbleiterhersteller ASML –, die auch wegen des Pioniers Philips diesen Standort gewählt haben.

Gewachsene Strukturen bieten vielen Regionen Wettbewerbsvorteile. Um zukunftsfähig zu bleiben, ist es aber ebenso wichtig, flexibel auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können. Dies haben viele Regionen im Nordosten Frankreichs, der belgischen Wallonie sowie Westdeutschlands schmerzhaft erfahren müssen, die den Niedergang des Kohlebergbaus und der Schwerindustrie bis heute nicht ausreichend

mit neuen Wirtschaftszweigen haben auffangen können. Einen rasanten Strukturwandel mussten auch die Regionen Osteuropas vollziehen, deren Betriebe mit dem Fall des Eisernen Vorhangs erstmals Marktkräften ausgesetzt waren, was gerade in der Industrie reihenweise zu Pleiten und Schließungen führte. In den drei baltischen Staaten ging die Industrieproduktion allein in der ersten Hälfte der 1990er Jahre um die Hälfte zurück. An ihre Stelle rückten einerseits andere Industrien, die privat organisiert und mit ausländischem Kapital ausgestattet den Marktkräften standhalten konnten, andererseits aber auch ein größer werdender Dienstleistungssektor. Besonders rapide vollzog sich der Strukturwandel auch in Bulgarien und Rumänien.[12]

Trotz ihres raschen Wandels weisen Bulgarien und Rumänien weiterhin einige Merkmale auf, die typisch sind für weniger entwickelte Länder. So liegen sie beim Anteil von Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei an der gesamten Wertschöpfung mit mehr als vier Prozent EU-weit vorn. Im Norden und Nordwesten Bulgariens sind diese Wirtschaftszweige sogar für deutlich mehr als ein Zehntel der Wertschöpfung verantwortlich und verdeutlichen, wie ländlich einige Landstriche hier noch geprägt sind. Dazu passend sind gerade wissenschaftliche und technische Dienstleistungen in den beiden Ländern nur in begrenztem Maße vorhanden. Im Schnitt aller EU-Länder ist jedoch gerade dieser Sektor der am schnellsten wachsende und macht inzwischen knapp ein Zehntel des Bruttoinlandprodukts aus. Ganz vorne liegen hier die Niederlande mit einem Anteil von 13,5 Prozent. Auch die Bereiche Information und Kommunikation werden als Wohlstandsgrundlage immer wichtiger. Dies alles geht zu Lasten der industriellen Fertigung: War sie 1995 im Schnitt der EU-Staaten noch für 21 Prozent der Wirtschaftskraft verantwortlich, machte sie 2016 nur noch 17 Prozent aus.[13]

Doch auch von diesem Trend gibt es Ausnahmen. In Tschechien und Ungarn hat die Industrie gegenüber Mitte der 1990er Jahre sogar an Bedeutung gewonnen.[14] Dies liegt einerseits daran, dass der Fertigungssektor zum Ausgangspunkt 1995 in Osteuropa vielerorts darnieder lag, andererseits aber auch daran, dass mit der Öffnung gen Westen frisches Kapital in diese Länder floss. So verzeichnet die VW-Tochter Skoda in Tschechien Jahr für Jahr neue Verkaufsrekorde, während Audi im ungarischen Györ seit 1993 etwa acht Milliarden Euro investiert und tausende Arbeitsplätze geschaffen hat.[15] Annähernd konstant ist die Bedeutung der Fertigungsindustrien auch in Deutschland geblieben.[16] Interessanterweise sind Tschechien und Deutschland in der EU die beiden Länder mit der geringsten Arbeitslosigkeit. Dies verdeutlicht, dass es trotz klarer Trends hin zu mehr Dienstleistungen auch im 21. Jahrhundert nicht nur einen Weg gibt, wie Länder am besten ihren Wohlstand erwirtschaften können.

Megatrend Digitalisierung

Alle Regionen Europas werden sich darauf einstellen müssen, dass künftig mehr Tätigkeiten von Maschinen erledigt werden können. Die Digitalisierung besitzt das Potenzial, das globale Wirtschaften nachhaltig zu verändern. Unter dem Schlagwort Industrie 4.0 diskutiert die Fachöffentlichkeit seit Längerem darüber, wie Produktionssysteme immer stärker vernetzt und von Computern gesteuert werden können. Häufig ist dies verbunden mit Ängsten darüber, dass es bald schon nicht mehr genug Arbeit für die Menschen geben könnte. Erstmals scheinen selbst Arbeitsplätze Hochqualifizierter davon bedroht, durch Maschinen überflüssig zu werden. Allein, ob es tatsächlich so kommt, bleibt völlig unklar.[17]

Absehbar ist dagegen, dass die Digitalisierung die generell rückläufigen Produktivitätszuwächse zumindest teilweise abbremsen kann. Schon der Aufschwung vor der Wirtschaftskrise ging zu etwa 25 Prozent auf das Konto einer stärkeren Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien.[18] Dies ist eine Chance, gilt doch gerade das schleppende Produktivitätswachstum als Hauptgrund dafür, dass Europa mit so vielen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat.[19]

Für die Umstellung auf eine digitale Ökonomie bedarf es jedoch weiterer Innovationen und damit auch Investitionen. Letztere werden auch benötigt, um den in vielen Bereichen veralteten Kapitalstock zu erneuern.[20] Wo aber sollen Investitionen in Europa herkommen? Die Staatskassen vieler Länder sind so tief im Minus, dass sich die Schulden schon heute ohne externe Geldgeber wie der EU, der Europäischen Zentralbank oder des Internationalen Währungsfonds nicht mehr bedienen lassen. Dennoch sind bestimmte Investitionen nur von Staaten zu leisten, etwa der Aufbau einer umfassenden Netz-Infrastruktur. Für vieles andere bräuchte es mehr Hilfe aus dem privaten Sektor. Die Mittel dafür wären zweifelsohne vorhanden, denn allein die Firmen des Euro-Raums erwirtschaften jährliche Leistungsbilanzüberschüsse von deutlich mehr als 100 Milliarden Euro, die für Investitionen genutzt werden könnten.[21] Die Gesamtersparnisse von Privathaushalten und Unternehmen liegen sogar noch höher. Wie aber ließen sich diese Geldmittel als Investitionen in den Wirtschaftskreislauf bringen? Dies ist die Frage, die viele Ökonomen beschäftigt und auf die es keine einfache Antwort gibt. Besserer Wettbewerb – etwa durch das Komplettieren des Gemeinsamen Binnenmarktes –, zusätzliche Steueranreize oder sogar ein EU-weiter Investitionsfonds, der gerade auf kleine und mittelständische Unternehmen abzielt, zählen zu den Vorschlägen für einen neuen Wachstumsschub.[22] Ausgang ungewiss.

7 ARBEITSMARKT
Was tun gegen Joblosigkeit?

Im Jahr 1997 führte die EU die Europäische Beschäftigungsstrategie ein. Sie sollte dazu beitragen, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Mittlerweile ist das Dokument in die Wachstumsstrategie „Europa 2020“ eingeflossen – und die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind eher größer als kleiner geworden.[1] In der Wachstumsstrategie formuliert die EU-Kommission das Ziel, bis zum Ende des Jahrzehnts 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen in Beschäftigung zu bringen.[2] Im Jahr 2016 lag die Quote bei 71 Prozent.[3]

Insgesamt sind in der EU rund 214 Millionen Menschen erwerbstätig. Dies sind in etwa so viele wie zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008. Etwas schlechter sieht es bei den Arbeitslosen aus: Die Quote der Jobsuchenden an allen Erwerbspersonen liegt bei 8,5 Prozent. Das sind knapp zweieinhalb Prozentpunkte weniger als zum Höhepunkt der Krise 2013, aber auch zwei Prozentpunkte mehr als 2008. Besonders gravierende Spuren hat die Wirtschaftskrise bei der Langzeitarbeitslosigkeit hinterlassen, also bei jenen Arbeitslosen, die seit mehr als 12 Monaten auf Jobsuche sind. Ihre Quote lag 2008 bei lediglich 2,8 Prozent, 2016 bei 4,0 Prozent.[4] Für die Betroffenen ist dies mit besonderen Gefahren verbunden. Denn die lange Zeit ohne Arbeit bringt nicht nur Einkommenseinbußen mit sich und erhöht das Armutsrisiko, sondern fordert auch andere Tribute: Wissen und Fertigkeiten gehen verloren und die seelische und physische Gesundheit wird beeinträchtigt.[5]

Hinter den aggregierten Arbeitsmarktzahlen verbergen sich große regionale Unterschiede. So liegt die Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik und in Deutschland mit etwa vier Prozent am niedrigsten, in Griechenland und Spanien ist sie dagegen rund fünfmal so hoch. Richtet man den Blick über die Grenzen der EU, sticht Island mit seiner Arbeitslosenquote von lediglich drei Prozent hervor.[6] Auch innerhalb der Länder gibt es teils erhebliche Unterschiede. So gibt es in Deutschland nach wie vor ein West-Ost- und in Italien ein Nord-Süd-Gefälle. Auch für die Hauptstadtregionen gibt es keinen einheitlichen Trend. In Prag oder Bratislava ist die Arbeitslosigkeit im Landesvergleich am niedrigsten, während sie in Berlin, Wien oder Brüssel landesweit am höchsten ist.[7]

Angesichts der vielerorts hohen Arbeitslosenzahlen mutet es paradox an, dass viele Firmen in der EU Stellen nicht besetzen können und über Fachkräftemangel klagen. Das liegt unter anderem daran, dass sich Fachkräfte nicht immer an dem Ort befinden, an dem sie am dringendsten benötigt werden. Zudem können fehlende Qualifikationen nicht von heute auf morgen erworben werden. Langfristig dürfte sich die Knappheit an Arbeitskräften noch stärker bemerkbar machen, da alle europäischen Länder von einer gesellschaftlichen Alterung betroffen sind.

Wirtschaftskrise verstärkt Ungleichheiten

Noch 2007 unterschieden sich die Länder Europas beim Thema Arbeitslosigkeit nur marginal. In lediglich einem Staat war mehr als jede zehnte auf dem Arbeitsmarkt aktive Person vergeblich auf Jobsuche – in der Slowakei. Alle anderen Staaten wiesen Quoten zwischen 3,9 Prozent (Zypern) und 9,9 Prozent (Kroatien) auf. Die in den folgenden zwei Jahren einsetzende Krise traf vor allem ost- und südeuropäische Staaten. In Estland, Lettland und Litauen verdreifachte sich die Quote der Arbeitslosen. Doch ähnlich schnell wie die Krise hier gekommen war, verschwand sie auch wieder. Im Süden Europas dagegen verschlechterten sich die Zukunftsperspektiven zusehends. In Griechenland waren 2013 knapp 28 Prozent der Erwerbspersonen auf Jobsuche, in Spanien 26, in Kroatien immerhin 17 und in Portugal sowie Zypern 16 Prozent.[8]

Die Wirtschaftskrise hat nicht nur einzelne Regionen besonders hart getroffen, sie hat auch Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen verstärkt. So tun sich Menschen mit geringen Qualifikationen oft schwer bei der Jobsuche. Unter jenen Erwerbspersonen, die über höchstens mittlere Reife verfügen, sind EU-weit mehr als 16 Prozent arbeitssuchend – unter Hochschulabsolventen dagegen lediglich fünf Prozent.[9] Beide Gruppen haben unter der Wirtschaftskrise gelitten, Erstere allerdings ungleich stärker.[10] Dass selbst der jüngste Aufschwung überproportional jene begünstigt, die über höhere Bildung verfügen, zeigt sich an den Wirtschaftssektoren, die derzeit neue Arbeitsplätze schaffen. Zu ihnen zählen vor allem der Dienstleistungssektor, aber auch die Bereiche öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit. In der Industrie stagniert die Zahl der Jobs dagegen weiterhin, in der Baubranche gehen europaweit sogar bis heute Arbeitsplätze verloren.[11]

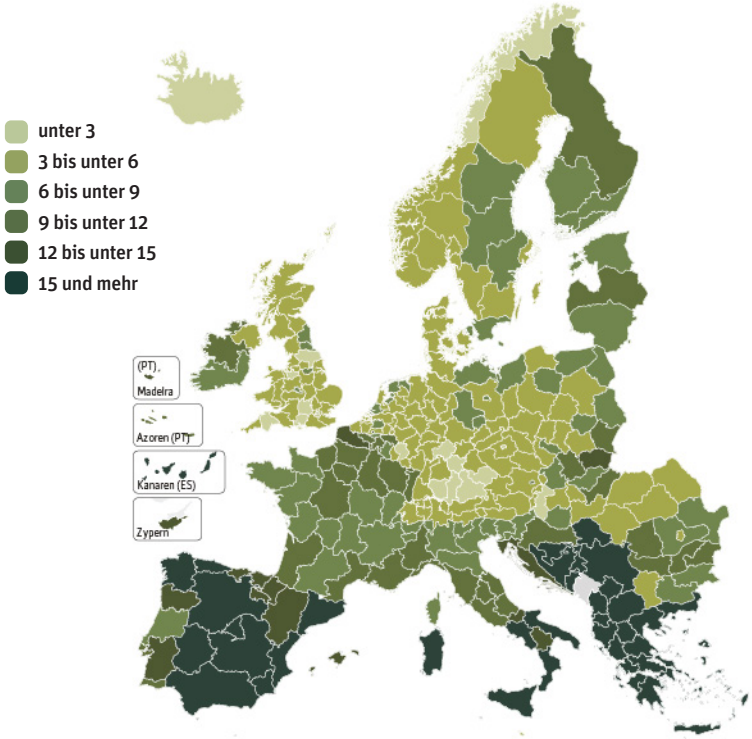
Junge Menschen benachteiligt

Am stärksten haben Jugendliche und junge Erwachsene unter der Krise gelitten. In Griechenland und Spanien findet nur knapp die Hälfte aller 15- bis 24-Jährigen, die auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind, tatsächlich einen

Arbeitslosigkeit: Im Süden am höchsten, im Herzen am niedrigsten

Arbeitslosigkeit konzentriert sich in Europa vor allem im Mittelmeerraum. Die höchsten Quoten registrieren Griechenland, Spanien, Italien und die Balkanstaaten. Starke Arbeitsmärkte finden sich dagegen in der Tschechischen Republik, Deutschland, Österreich, dem Vereinigten Königreich sowie in Norwegen und der Schweiz. Doch nicht alle Regionen fügen sich in dieses nationale Muster und so gibt es mitunter große Unterschiede innerhalb der Länder. Während die Arbeitslosenquote im Norden Italiens bei unter 10 Prozent liegt, überschreitet sie im Süden die 15-Prozentmarke. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit im Osten höher als im Westen und auch in Ungarn oder Rumänien gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen.

Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung im Alter zwischen 20 und 64 Jahren nach Nuts-2-Regionen, 2016*
(Datengrundlage: Eurostat[37])



* Für Montenegro liegen keine Daten vor. Für Serbien, Bosnien-Herzegowina und Albanien liegen lediglich nationale Daten vor. Der Wert für Serbien beinhaltet Kosovo. Für diese Länder ist die Datengrundlage Internationaler Währungsfonds (2017). World Economic Outlook Database April 2017. Washington D.C.

Job. Demgegenüber liegt die Arbeitslosigkeit in Deutschland auch unter Jobeinsteigern lediglich bei sieben Prozent. Landes- und europaweiter Spitzenreiter ist Niederbayern mit einer Quote von nur 2,1 Prozent.[12] Jugendliche sind also vor allem dort in Schwierigkeiten, wo es ohnehin wenige Jobs gibt. Im Vergleich zum Rest der Bevölkerung sind sie in Rumänien, Italien, Luxemburg und Polen besonders benachteiligt. Hier liegen ihre Arbeitslosenquoten rund dreimal so hoch wie unter anderen Erwerbspersonen.[13]

Ein aufschlussreicher Indikator für die beruflichen Perspektiven junger Menschen ist die sogenannte Neet-Quote.** Sie beschreibt den Anteil derjenigen 15- bis 24-Jährigen, die weder beschäftigt sind, noch an Bildung oder Weiterbildung teilnehmen – also keinerlei Fortschritt in ihrer Berufskarriere erzielen. Die Neet-Quote kann die Zukunftsperspektiven junger Menschen besser abbilden als die Arbeitslosigkeit oder Erwerbsbeteiligung, da sich in der EU rund zwei Drittel der 15- bis 24-Jährigen in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden – also gar nicht an einer „regulären" Beschäftigung interessiert sind.[14] Hier ergibt sich ein etwas anderes Bild: Am höchsten ist der Anteil der Personen mit schlechten Zukunftsperspektiven in Europa in Mazedonien, gefolgt von Italien und den Balkan-Staaten Bulgarien, Rumänien und Kroatien.[15]

** Die Abkürzung Neet steht für „Not in Education, Employment or Training".

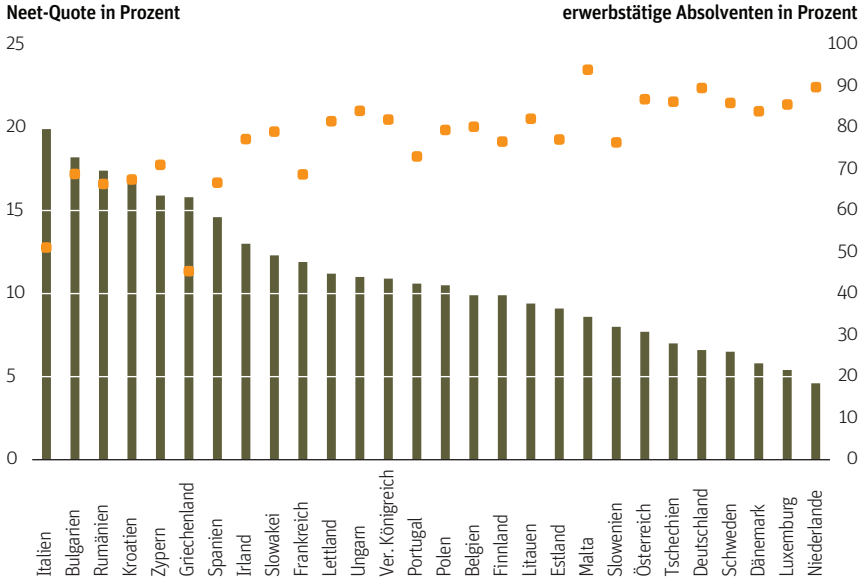
Erwerbslosigkeit in jungen Jahren ist deshalb so problematisch, weil sie die Arbeitsmarktchancen der Betroffenen langfristig verschlechtert und auch andere Lebensbereiche, beispielsweise die Familiengründung, negativ beeinflussen kann. Die Ursachen für die Probleme der jungen Generation sind schwer zu greifen. Experten weisen immer wieder darauf hin, dass Ausbildungen vielerorts nicht hinreichend auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts zugeschnitten sind oder strenge Kündigungsschutzregelungen dazu führen, dass junge Menschen vorrangig befristet eingestellt werden und Arbeitnehmer in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft aufgeteilt sind.[16]

Was aber ließe sich gegen dieses Problem tun? Die EU-Staaten haben 2013 die sogenannte Jugendgarantie beschlossen. Sie setzt sich zum Ziel, allen jungen Menschen unter 25 spätestens vier Monate nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine passende Arbeit, Ausbildung, ein Praktikum oder eine Fortbildung anzubieten.[17] Die EU-Staaten haben eine Vielzahl von Projekten gestartet, die gerade die sogenannten Neets näher an den Arbeitsmarkt heranführen sollen. Dabei geht es zunächst darum, die Garantie überhaupt bekannt zu machen und die jungen Menschen bei den lokalen Arbeitsagenturen zu registrieren. So hat Bulgarien das Programm „Activating the Inactive" gestartet, das jene ins Visier nimmt, die von ihrer Situation bereits entmutigt sind und Gefahr laufen, langfristig den Kontakt zum Arbeitsmarkt zu verlieren. Sie müssen dann in einem zweiten Schritt konkrete Angebote erhalten, die zum Beispiel dadurch entstehen sollen, dass Schulen, Arbeitsagenturen und Unternehmen besser miteinander vernetzt werden.[18] Insgesamt haben EU-weit bislang rund neun

Schwieriger Einstieg in die Arbeitswelt

Für junge Italiener stellen sich die Zukunftsaussichten in Europa am schwierigsten dar. Etwa jede(r) fünfte 15- bis 24-Jährige ist hier weder erwerbstätig noch in Bildung oder Weiterbildung. Dies birgt die Gefahr, langfristig den Anschluss an den regulären Arbeitsmarkt zu verlieren. Auffällig ist, dass es in Italien und Griechenland auch junge Menschen mit einer Berufsausbildung oder einem Hochschulabschluss deutlich schwerer als anderswo haben, sich eine eigene Existenz aufzubauen: Nur etwa die Hälfte aller Absolventen der letzten drei Jahre war in den beiden Mittelmeerstaaten im Jahr 2016 erwerbstätig. Am besten gelingt der Arbeitsmarkteinstieg jungen Menschen in Zentraleuropa und Nordeuropa.

Prozentualer Anteil unter den 15- bis 24-Jährigen, die weder erwerbstätig noch in Bildung oder Weiterbildung sind (Neets) sowie Anteil der erwerbstätigen Absolventen* an allen Absolventen im Alter zwischen 15 und 34 Jahren, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[38])



Neet-Quote
erwerbstätige Absolventen

* Als Absolvent gilt, wer in den letzten drei Jahren eine Berufsausbildung beendet oder eine Hochschulzugangsberechtigung erworben oder ein Studium oder eine Promotion abgeschlossen hat.

Millionen Menschen von der Jugendgarantie Gebrauch gemacht. Und seit 2013 ist die Zahl der arbeitslosen 15- bis 24-Jährigen um 1,3 Millionen zurückgegangen.[19] Inwiefern diese Verbesserung (auch) das Resultat der Jugendgarantie ist, ist allerdings unklar.

Vom schwierigen Leben in der Fremde

Eine weitere Gruppe, die besonders unter der Krise gelitten hat, ist jene der Zuwanderer. Die Erwerbstätigenquote von im Ausland geborenen Personen lag EU-weit 2007 noch bei 94 Prozent jener von Einheimischen, im Jahr 2016 aber nur noch bei rund 92 Prozent. Waren Zuwanderer 2007 nur zu einem Drittel häufiger arbeitslos als Einheimische, war es 2015 schon mehr als eineinhalb Mal so oft.[20] Auch hier hat sich eine bestehende Ungleichheit weiter vertieft. Eine Erklärung dafür liefert die Berufsstruktur der beiden Gruppen. Zuwanderer sind überproportional häufig in Berufen angestellt, die nur geringe Qualifikationen erfordern und besonders krisenanfällig sind, etwa im Bausektor.[21] Darüber hinaus konkurrieren Zuwanderer häufig mit neu ankommenden Migranten um eben diese Jobs.[22] Besonders eklatant ist das Missverhältnis zwischen Einheimischen und Migranten in Schweden, Norwegen, der Schweiz, Belgien und Luxemburg – allesamt Länder mit einer langen Einwanderungstradition.[23] Hier rächt sich die verpasste Integration der sogenannten Gastarbeiter in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Entscheidend ist jedoch auch, wer in die jeweiligen Länder kommt. So dürfte die Beschäftigung von Zuwanderern in Schweden auch deswegen so niedrig liegen, weil das Land in der Vergangenheit besonders viele Flüchtlinge aufgenommen hat, die es häufig schwerer als andere Migranten haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Die Frauen holen auf

Doch nicht alle Ungleichheiten haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt. So ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen geringer geworden: Gingen zu Beginn des Jahrtausends nur etwa 58 Prozent der Frauen im Erwerbsalter in den aktuellen Mitgliedstaaten der EU einer Beschäftigung nach, sind es inzwischen 65 Prozent. Die Quote unter Männern liegt mit 77 Prozent dagegen nur knapp über dem Wert von 2000. Spitze in Sachen Geschlechtergleichheit sind die Staaten im Norden des Kontinents. In Litauen, Lettland, Finnland, Schweden und Norwegen beträgt der Unterschied zwischen Frauen und Männern nur etwa fünf Prozent. Auch in Frankreich und Deutschland sind Frauen überproportional häufig erwerbstätig. Allerdings zeigen sich gerade in Frankreich große regionale Unterschiede. So gehören die Insel Korsika und die zentralfranzösischen Gebiete Limousin und Burgund europaweit zu den Regionen mit der größten Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Die Industrieregionen im Norden des Landes, etwa in der Picardie und der Normandie findet sich dagegen im unteren Mittelfeld wieder.[24]

Dass Frauen gerade in Skandinavien vergleichsweise häufig erwerbstätig sind, ist kein Zufall. Denn diese Länder verfolgen auf verschiedene Art und Weise eine Familienpolitik, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert und somit den Wiedereinstieg von Müttern ins Erwerbsleben erleichtert. Dass Frauen in den meisten Ländern im Vergleich zu Männern aufgeholt haben, hat allerdings noch einen anderen Grund: Die Wirtschaftskrise hat vielerorts vor allem Arbeitsplätze in typischen Männerdomänen vernichtet, etwa in der Industrie, der Finanz- oder der Bauwirtschaft.[25]

Zauberwort „Flexicurity“

Um Arbeitslose finanziell zu unterstützen, haben alle EU-Staaten Versicherungssysteme, die Anspruchsberechtigten Leistungen zahlen. Die Höhe der Leistungen dieser „passiven Arbeitsmarktpolitik“ schwankt jedoch stark; in den meisten Ländern hängt sie vom letzten Arbeitseinkommen ab. Je Arbeitssuchendem gibt Belgien EU-weit mit knapp 9.400 Euro jährlich am meisten und Rumänien mit 332 Euro am wenigsten dafür aus.[26] Diese Ungleichheiten lassen sich nur zum Teil mit dem ungleichen Lohnniveau innerhalb der EU erklären. Gemeinsam mit den großen Unterschieden beim Niveau der Arbeitslosigkeit haben sie dazu beigetragen, dass es in den letzten Jahren immer wieder Diskussionen darüber gegeben hat, ob zumindest ein Teil der Arbeitslosenversicherung auf die europäische Ebene „gehievt“ werden sollte.[27] Hiervon würden alle Länder mit hoher Arbeitslosigkeit profitieren, denn einen Teil der Gelder für die Jobsuchenden müssten andere Ländern übernehmen. Eine derartige Versicherung hätte das Potenzial, die Solidarität innerhalb Europas zu stärken – sie könnte jedoch bei falscher Ausgestaltung auch das Gegenteil bewirken.

Das Gegenstück zur passiven ist die aktive Arbeitsmarktpolitik. Sie umfasst vor allem Maßnahmen zur Wiedereingliederung Arbeitsloser in das Erwerbsleben – etwa durch Weiterbildung oder direkte Vermittlung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt legen Dänemark, Schweden und Finnland ein besonderes Augenmerk auf diese Art der Unterstützung.[28] In den meisten Fällen ist es jedoch eine Mischung aus passiver und aktiver Arbeitsmarktpolitik, welche Arbeitslosen am besten hilft. In diesem Zusammenhang ist das ursprünglich in Dänemark eingeführte „Flexicurity-Modell“ bekannt geworden. Es besagt, dass der Staat den Arbeitslosen über Arbeitslosengeld und Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Job einerseits Sicherheit (security) bietet, von ihnen andererseits aber Flexibilität (flexibility) erwartet, sich im Fall der Fälle kurzfristig umschulen oder weiterbilden zu lassen. Häufig beinhaltet eine derartige Politik recht arbeitgeberfreundliche Kündigungsschutzregelungen. Um der Krise an den europäischen Arbeitsmärkten Herr zu werden, strebt auch die Europäische Kommission die Einführung von „Flexicurity“-Elementen in den Mitgliedstaaten an.[29]

Mindestlöhne immer populärer

Allerdings garantiert auch eine Erwerbstätigkeit nicht immer ein auskömmliches Einkommen. In der EU-28 war 2015 etwas mehr als jeder zehnte Erwerbstätige über 18 Jahren von Armut bedroht. Zehn Jahre zuvor war es in der EU-27 nur etwa jeder zwölfte gewesen.[30] Diese Entwicklung hat mit dem Wachstum sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie Zeitarbeit oder Teilzeitarbeit zu tun. Gerade Letztere ist ein zweischneidiges Schwert: Sie kann Menschen dabei helfen, Familienleben und Beruf zu vereinbaren und so die Lebensqualität zu erhöhen. Sie kann aber auch unfreiwillig zustande kommen und ungewollte Gehaltseinbußen mit sich bringen. Während der Wirtschaftskrise war gerade Letzteres zu beobachten. So stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten zwischen 2007 und 2016 von 16,8 auf 18,9 Prozent. Gleichzeitig legte der Anteil derer, die diesen Zustand nicht freiwillig gewählt hatten, von 23,1 auf 28,5 Prozent zu. In einigen besonders hart von der Krise getroffenen Ländern wie Griechenland, Zypern, Italien oder Spanien sind mehr als die Hälfte der Teilzeitkräfte auf der Suche nach Vollzeitarbeit.[31]

Die Tatsache, dass eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern in Europa unterbeschäftigt ist, hat das Armutsrisiko für Teilzeitbeschäftigte in den meisten europäischen Ländern kräftig steigen lassen. In vielen Ländern macht es hinsichtlich des Armutsrisikos nicht einmal einen Unterschied, ob eine Person arbeitslos oder unfreiwillig teilzeitbeschäftigt ist.[32]

Um Erwerbsarmut zu verhindern, gibt es in den europäischen Staaten eine Reihe von politischen Maßnahmen. Dazu gehört beispielsweise das Aufstocken des Gehalts durch den Staat bis zu einer bestimmten Grenze. Das Hauptinstrument sind jedoch Mindestlöhne. Inzwischen haben 22 der 28 EU-Staaten eine derartige Lohnuntergrenze. Am höchsten war sie 2016 in Luxemburg (1.613 Euro), am niedrigsten in Bulgarien (460 Euro).* Lediglich Dänemark, Finnland, Italien, Österreich, Schweden und Zypern haben bisher noch keinen Mindestlohn eingeführt.[33] Die entscheidende Frage beim Thema Mindestlohn ist, ob dieser mit einem Jobabbau einhergeht. Dies ist vorstellbar, wenn Firmen, die vormals Gehälter unterhalb der Mindestgrenze gezahlt haben, Arbeitsplätze streichen müssen, weil sie die Mitarbeiter nicht mehr finanzieren können. Eine endgültige Antwort auf die Frage steht aus. Gerade für die am geringsten Qualifizierten gibt es aber vielerorts negative Effekte.[34] In Deutschland hat sich der 2015 eingeführte Mindestlohn hingegen bislang nicht negativ ausgewirkt. Im Gegenteil: Er hat dafür gesorgt, dass 2015 die Löhne von Geringverdienern stärker stiegen als der Durchschnitt.[35] Vom deutschen Beispiel unabhängig ist sicher, dass die Höhe des Mindestlohns über dessen Auswirkungen entscheidet. Gerade in osteuropäischen Staaten liegt die Lohnuntergrenze demnach so niedrig, dass keine Gefahr der Jobvernichtung besteht.[36]

* Die Zahlen beziehen sich auf den kaufkraftbereinigten monatlichen Mindestbruttolohn bei Vollzeittätigkeit.

8 BILDUNG
Lebenslanges Lernen

Wie viele Menschen in einem Land leben, ist für das Wohlergehen von Nationen weniger entscheidend, als was die Menschen zu leisten imstande sind, welche Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen sie mitbringen – kurz: wie gebildet sie sind. Bildung ist Grundvoraussetzung für die komplexe Organisation von Gesellschaften, sie schafft Wohlstand und dient der Freiheit und Gerechtigkeit. Für den Einzelnen fördert sie darüber hinaus die Gesundheit und verbessert die Karrierechancen.[1]

Der Trend hin zu immer höherer Bildung ist einer der Erfolgsfaktoren Europas. Im Jahr 2016 besaßen 31 Prozent aller 25- bis 64-Jährigen in der EU einen Hochschulabschluss – zu Beginn des Jahrtausends waren es nur rund 20 Prozent gewesen.[2] Zeitgleich ist der Anteil der Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss, also mit höchstens Sekundarbildung I (10. Schulklasse), von knapp 36 auf rund 23 Prozent zurückgegangen.[3]

Die Bildungsexpansion spiegelt den gestiegenen Bedarf von Unternehmen an hochqualifizierten Arbeitskräften in einer immer stärker wissensbasierten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wider. Hauptantrieb ist der technologische Fortschritt und die zunehmende Digitalisierung in nahezu allen Bereichen des Lebens. Auch die von der Globalisierung vorangetriebene internationale Arbeitsteilung trägt dazu bei, dass in Europa qualifizierte Tätigkeiten an Bedeutung gewinnen und Humankapital als wichtigste Ressource des Kontinents gilt.[4] Anders als früher endet der Erwerb von Wissen und Fähigkeiten heute nicht mehr mit dem Abschluss von Berufsausbildung oder Hochschule, sondern wird von einem lebenslangen Lernen abgelöst. Weil sich das für viele berufliche Tätigkeiten benötigte Wissen immer schneller ändert, müssen auch Erwachsene ihren Kenntnisstand fortlaufend erweitern – etwa durch Fortbildungen.

Von Kinderbetreuung zu frühkindlicher Bildung

Bildung beginnt heute auch in jüngeren Jahren als zu früheren Zeiten. Durch den Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote soll unter anderem der Grundstein für Bildung und Chancengleichheit von Kindern gelegt werden.[5] Studien zeigen, dass gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien hiervon profitieren können. Sie besuchen später höhere Schulformen und schreiben bessere Noten.[6] Darüber hinaus können es frühkindliche Betreuungsangebote gerade Frauen ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Aus diesem Grund gibt es vielerorts öffentliche Betreuungsangebote schon ab dem Moment, an dem Kinder das Säuglingsalter verlassen. In Deutschland existiert seit 2013 ein rechtlicher Anspruch auf einen öffentlichen Betreuungsplatz für alle über Einjährigen. Dennoch liegt die Betreuungsquote der unter Dreijährigen mit 26 Prozent weiter unter dem EU-Mittelwert von 30 Prozent. Spitzenreiter bei der öffentlichen Betreuung von Kleinkindern ist Dänemark mit einem Anteil von 77 Prozent. In der Slowakei dagegen wird nur ein Prozent der unter Dreijährigen zumindest zeitweise außer Haus betreut und gefördert.[7]

Der Europäische Rat hat sich 2002 Ziele für den Ausbau der Kinderbetreuung gesetzt. So sollten bis 2010 für mindestens 90 Prozent der Kinder über drei Jahre und 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.[8] Doch selbst im Jahr 2015 erfüllten nur 7 der 28 EU-Staaten diese Vorgaben. Gerade die Länder außerhalb der Eurozone, viele von ihnen in Osteuropa gelegen, verfehlen das Ziel weiterhin zum Teil deutlich.[9]

Wie effektiv öffentliche Kinderbetreuung ist, hängt sehr von der Qualität der Angebote ab.[10] Die mit frühkindlicher Bildung verbundenen Hoffnungen, die Quote der Schulabbrecher sowie die Armutsgefährdung zu reduzieren, lassen sich also nicht mit dem reinen Ausbau der Infrastruktur erreichen.[11] Vielmehr geht es darum, Kinder gemäß ihren individuellen Bedürfnissen zu fördern, etwa über kleinere Gruppen. Europas Spitzenreiter beim Verhältnis von Betreuern zu Kindern ist Schweden: Dort kümmerte sich im Jahr 2014 eine Erziehungsperson um durchschnittlich 5,8 Kinder im Alter zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt, während es im EU-Durchschnitt 13,7 Kinder waren.[12] Nicht zufällig gibt Schweden auch anteilig am Bruttoinlandsprodukt am meisten für Kindergartenbildung aus, nämlich 1,3 Prozent.[13]

Immer weniger Geringqualifizierte

Die meisten Kinder kommen in Europa mit sechs Jahren in die Grundschule, die in der Regel vier Jahre umfasst. Im Alter von sechzehn Jahren endet üblicherweise die Schulpflicht.[14] In Deutschland haben Jugendliche dann in der

Regel einen Haupt- oder Realschulabschluss in der Tasche beziehungsweise – je nach besuchter Schulart – die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Ähnlich differenzierte Bildungswege gibt es auch in Österreich, Luxemburg, den Niederlanden, Litauen und der Schweiz – und in etwas abgewandelter Form auch in einigen osteuropäischen EU-Ländern. In den übrigen Ländern der EU lernen die Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Schulpflicht gemeinsam.[15] Darüber, ob eines dieser Systeme dem anderen überlegen ist, streiten Wissenschaftler seit geraumer Zeit. Eine endgültige Antwort steht weiter aus – auch wenn es mehrere Studien gibt, die herausfinden, dass eine frühe Trennung von Schülern herkunftsbedingte Unterschiede verstärken kann.[16]

In den letzten Jahren ist der Anteil derer, die bereits nach Ablauf der Schulpflicht das Bildungssystem verlassen, fast flächendeckend gefallen. Dies ist gut, denn diese Gruppe ist besonders gefährdet, später arbeitslos zu werden.[17] 2015 erfüllten bereits 17 der 28 EU-Länder das in der Europa-2020-Strategie festgehaltene Ziel, den Anteil der nicht in Weiterbildung befindlichen 18- bis 24-Jährigen mit höchstens mittlerer Reife auf unter zehn Prozent zu senken.[18] Am weitesten davon entfernt waren Spanien, Malta und Rumänien, wo etwa 20 Prozent der jungen Erwachsenen in diese Kategorie fielen.[19] Malta ist gleichzeitig der EU-Staat, in dem auch die erwachsene Bevölkerung über den geringsten Bildungsstand verfügt: Mehr als die Hälfte der 25- bis 64-Jährigen hat hier lediglich die Mittelstufe besucht (Sekundarbereich I). Eine ähnlich hohe Zahl weist Portugal auf. Am anderen Ende der Skala stehen Litauen und die Tschechische Republik mit etwa sieben Prozent.[20] Grundsätzlich liegt der Anteil der Geringqualifizierten in jenen Ländern niedrig, in denen die berufliche Ausbildung eine große Rolle spielt – also in Deutschland oder Österreich, aber auch in Polen, der Slowakei und in Tschechien.[21]

Der erreichte Schulabschluss beschreibt den Bildungserfolg jedoch nur unvollständig. Wie unterschiedlich der tatsächlich erreichte Kenntnisstand von Schülern gleichen Alters ausfallen kann, zeigen die Ergebnisse der jüngsten Pisa-Vergleichsstudie aus dem Jahr 2015. In ihr wurden die Kompetenzen von 15-Jährigen in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Lesen erfasst. Die besten Ergebnisse der 22 teilnehmenden EU-Länder erzielten Schüler in Finnland und Estland, die schlechtesten Schüler in Griechenland und der Slowakei.[22, *]

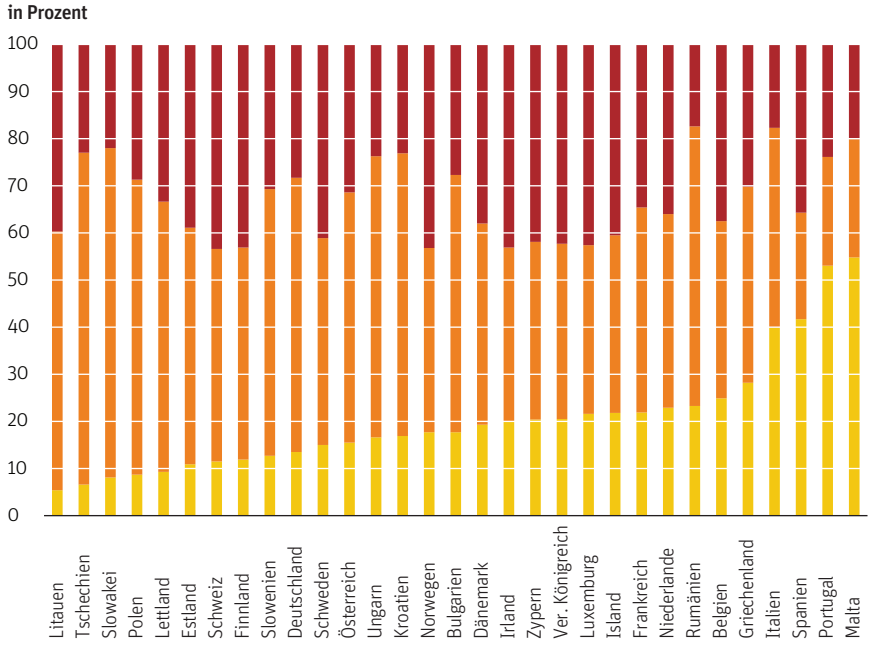
Womit aber lassen sich diese Unterschiede erklären? Untersuchungen zeigen, dass die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht unbedingt der entscheidende Faktor für gute Leistungen

* Jene EU-Länder, die nicht Teil der OECD sind, also Bulgarien, Kroatien, Litauen, Malta, Rumänien und Zypern, nahmen nicht an der Vergleichsuntersuchung teil.

Gut gebildete Ost- und Mitteleuropäer

In den meisten EU-Ländern verfügt weniger als ein Drittel der 25- bis 64-Jährigen über einen geringen Bildungsabschluss. Ausnahmen bilden die südeuropäischen Staaten Italien, Spanien, Portugal und Malta. In den beiden Letztgenannten gilt mehr als die Hälfte formell als geringgebildet. Ganz anders sieht es im Osten und im Zentrum des Kontinents aus. Hier hat fast jeder Abitur, eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen Hochschulabschluss. Gerade dort, wo die duale Berufsausbildung populär ist, sind die Menschen selten geringqualifiziert, etwa in Tschechien, der Slowakei oder auch Deutschland. Gleichzeitig gibt es hier nur wenig Hochqualifizierte, also Hochschulabsolventen. Deren Anteil an der Bevölkerung ist in angelsächsischen Ländern wie Irland oder dem Vereinigten Königreich, aber auch in Skandinavien, besonders hoch.

Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren nach ISCED-Bildungsabschluss, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[39])



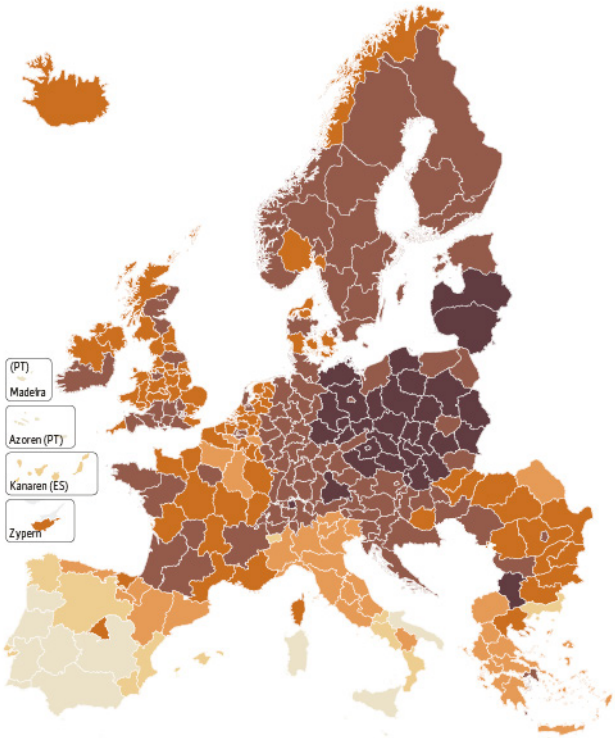
- niedrig (ISCED-Stufen 0-2)
- mittel (ISCED-Stufen 3-4)
- hoch (ISCED-Stufen 5-8)

Regionale Bildungsunterschiede

Nicht nur zwischen den europäischen Staaten gibt es große Unterschiede beim Bildungsstand, sondern auch innerhalb der Länder. So gibt es in Deutschland ein Ost-West-Gefälle, in Bulgarien und Rumänien ein West-Ost-Gefälle, in Frankreich ein Südwest-Nordost-Gefälle und in Spanien und Italien ein Nord-Süd-Gefälle. Am geringsten sind die Unterschiede in Schweden und Finnland, wo in allen Landesteilen 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung über zumindest ein mittleres Bildungsniveau verfügen.

Anteil der Personen mit Sekundarabschluss II oder höher (mindestens ISCED-3) an der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[40])

- unter 50
- 50 bis unter 60
- 60 bis unter 70
- 70 bis unter 80
- 80 bis unter 90
- 90 und mehr



sind; vielmehr spielt der Wettbewerb zwischen Schulen eine bedeutende Rolle und auch die Frage, wie eigenständig sie über ihren Unterrichtsbetrieb entscheiden können.[23] Ganz oben auf der Liste der Erfolgsfaktoren stehen allerdings das Lehrpersonal und die Unterrichtsgestaltung.[24] Was genau einen guten oder schlechten Lehrer ausmacht, bleibt indes umstritten. Einige Studien deuten darauf hin, dass für die reine Wissensvermittlung traditionelle Lehrmethoden wie Frontalunterricht effektiver sind als moderne, häufig gruppenbasierte Methoden. Letztere können jedoch andere wichtige Fähigkeiten fördern, etwa logisch zu argumentieren.[25]

Exportgut duale Ausbildung

Nach Abschluss der Schulpflicht können Jugendliche entweder auf eine gymnasiale Oberstufe wechseln oder eine berufsbildende Einrichtung besuchen. Abschlüsse dieser Institutionen gelten gemeinhin als „mittlere" Qualifikation. In der EU hat etwa die Hälfte der 25- bis 64-Jährigen einen derartigen Abschluss aber keine weiterführende Hochschulbildung. Vor allem die Staaten mit stark ausgebauten dualen Berufsbildungssystemen liegen hier vorne. So haben etwa in Tschechien 70 Prozent der Erwachsenen eine mittlere Bildung.[26]

Viele Länder, in denen das duale Ausbildungssystem eine große Rolle spielt, weisen geringe Arbeitslosenzahlen auf – gerade unter Jugendlichen. Dies wird häufig damit erklärt, dass Unternehmen über die duale Ausbildung sehr nah am Bildungssystem sind und so ihre Bedarfe und Anforderungen direkt kommunizieren und sogar in die Lehre einbringen können. Auch die Kombination von theoretischer Wissensvermittlung an Schulen und praktischer Fertigkeitsvermittlung in Betrieben gilt als erfolgreicher Wegbereiter in die Beschäftigung. Gerade das deutsche System gilt unter Experten inzwischen als Vorbild für eine erfolgreiche Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt.[27] So schloss das deutsche Bildungsministerium mit Vertretern aus Griechenland, Italien, Lettland, Portugal und der Slowakei im Jahr 2012 ein Memorandum zur Berufsbildungszusammenarbeit. Neben dem Austausch zielt das Abkommen auf Kooperationsmaßnahmen ab, welche die Berufsbildungssysteme der Partnerländer nach Vorbild des dualen Ausbildungsmodells modernisieren sollen.[28] Auf EU-Ebene findet bereits seit 2002 eine verstärkte Zusammenarbeit hinsichtlich der beruflichen Bildung statt, in deren Kern es um Transparenz und Anerkennung von Qualifikationen sowie Qualitätssicherung geht.[29]

Häufig tun sich andere Länder allerdings schwer damit, mit „importierten“ Ausbildungssystemen die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Einer der Gründe hierfür ist, dass nationale Gegebenheiten, kulturelle Unterschiede und Branchenstrukturen sich unterscheiden und sich ein Ausbildungssystem diesen Rahmenbedingungen anpassen muss – was häufig dauert.[30] Eine Blaupause für eine Bildung, die rasch ins Erwerbsleben führt, gibt es demnach nicht.

Hochschulbildung – Grundlage für Innovationen

Bei allen Vorteilen der beruflichen Bildung darf nicht vergessen werden, dass sie den Arbeitskräftebedarf bestehender Branchen und Unternehmen bedient. Um Innovationen zu generieren, neues Wissen in der Praxis umzusetzen und auch für bestehende, sehr komplexe Tätigkeiten bedarf es dagegen der Hochschulbildung. Hochschulabsolventen gelten als Hochqualifizierte – und ihre Erfolge auf dem Arbeitsmarkt bestätigen dies. Sie verdienen mehr als andere Qualifikationsgruppen und sind seltener arbeitslos.[31]

In Europa leben Hochschulabsolventen vor allem in Städten. Dies ist wenig verwunderlich, da sich hier einerseits die Universitäten befinden und andererseits auch die Mehrzahl der Jobs. Spitzenreiter ist London, wo mehr als die Hälfte der Einwohner zwischen 25 und 64 Jahren einen Hochschulabschluss besitzt. Dahinter folgen mit Oslo und Zürich weitere urbane Metropolregionen. Am anderen Ende der Skala finden sich der Nordosten sowie der Südosten Rumäniens, aber auch die beiden süditalienischen Regionen Sizilien und Apulien. Hier haben nur etwas mehr als zehn Prozent der 25- bis 64-Jährigen eine Universität oder Fachhochschule abgeschlossen.[32]

Unabhängig davon wie hoch der absolute Anteil von Hochschulabsolventen an der Bevölkerung ist, sind es vermehrt Frauen, die in den Genuss höherer Bildung kommen. Im Schnitt der EU- und Efta-Länder liegt der Anteil Hochqualifizierter unter 30- bis 34-jährigen Frauen um 12 Prozentpunkte höher als jener der Männer.[33]

Mit dem 1999 begonnenen Bologna-Reformprozess versuchen die EU-Staaten, ihre Hochschulsysteme zu vereinheitlichen und damit dem Anspruch des gemeinsamen Arbeitsmarktes gerecht zu werden. So gibt es inzwischen in allen Mitgliedstaaten ein dreistufiges System bestehend aus Bachelor, Master und Promotion. Ganz am Ziel sind die Länder allerdings nicht: Denn eine automatische Anerkennung und Gleichwertigkeit der Abschlüsse aus anderen EU-Ländern ist trotz des vermeintlich einheitlichen Systems nicht gegeben.[34] Dies wäre allerdings dringend nötig, um die selbst gesteckten Ziele einer weiter steigenden Mobilität innerhalb Europas zu erreichen.[35] Nur so kann es gelingen, dass Studierende nicht nur das überaus erfolgreiche Erasmus-Programm nutzen, das vorübergehend ein Studium im Ausland ermöglicht (2,7 Millionen Studierende in den ersten 25 Jahren seit 1987), sondern sich auch bei der Wahl des Hauptstudienplatzes sowie des späteren Arbeitsplatzes vermehrt europaweit orientieren.[36]

Erwachsenenbildung noch ausbaufähig

Früher bedeutete der Hochschulabschluss das Ende der Bildungskarriere. Inzwischen erfordern der immer schnellere digitale Wandel sowie die Verlängerung des Erwerbslebens, dass Menschen auch im Erwachsenenalter ihre Fähigkeiten und Kenntnisse erneuern und erweitern. Das sogenannte lebenslange Lernen zählt daher zu den Kernthemen der EU-Bildungspolitik.[37] Wie stark aber wird es genutzt? Um dies herauszufinden, werden Teilnehmer der EU-Arbeitskräfteerhebung danach gefragt, ob sie in den vergangenen vier Wochen an einer Maßnahme teilgenommen haben, die zum Ziel hatte, ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen zu steigern. Dies traf 2016 auf 10,8 Prozent aller 25- bis 64-jährigen EU-Bürger zu. Dabei offenbarten sich jedoch erhebliche regionale Unterschiede. Den Topwert der EU-Staaten verzeichnete Schweden mit 29,6 Prozent. Im Nicht-EU-Land Schweiz waren es sogar 32,9 Prozent. Dagegen nahmen in Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Polen, Griechenland und der Slowakei weniger als fünf Prozent der Befragten an Fortbildungen teil.

Eine mit dem lebenslangen Lernen verbundene Hoffnung ist, dass es zu einer größeren Gleichheit in der Bevölkerung beiträgt, indem sich vormals Geringqualifizierte auch im Erwachsenenalter weiterbilden und damit ihre Zukunftsperspektiven verbessern. In der Realität ist allerdings das Gegenteil der Fall: Je besser der Bildungsabschluss, desto höher die Wahrscheinlichkeit, auch im Erwachsenenalter noch dazuzulernen.[38] Die Problematik in den Griff zu bekommen, dass Bildungsunterschiede, die mit den Qualifikationen der Eltern beginnen und sich im Laufe der Bildungskarriere häufig potenzieren, bleibt für die Länder Europas die größte Herausforderung auf dem Weg zur gewünschten Chancengleichheit.

IRLAND

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	4,7	Medianalter (2016)	36,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	5,1	Lebenserwartung (2015)	81,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	5,7	BIP/Einwohner in Euro (2016)	56.800
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,92	BIP/Einwohner in KKS (2016)	51.300
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-2,1	Arbeitslosenquote (2016)	7,9

Der Wachstums-Europameister

In keinem europäischen Land übersteigen die Geburtenzahlen die Sterbefälle so stark wie in Irland. Und nirgendwo in Europa wächst die Wirtschaft schneller als auf der „Grünen Insel". Die Bevölkerung Irlands legt jedes Jahr nur durch Geburtenüberschüsse um etwa ein Prozent zu – das ist mehr als zehnmal so viel wie im EU-Durchschnitt. Die Wirtschaftskraft des Landes erhöhte sich allein 2015 um mehr als ein Viertel.[1] Zwar ist dieser Wert mit Vorsicht zu genießen, da er damit zusammenhängt, dass ausländische Firmen ihren Sitz nach Irland verlegt haben, um von der geringen Besteuerung zu profitieren. Aber selbst ohne diesen Sondereffekt lag das Wachstum in Irland auch 2014 und 2016 höher als in allen anderen EU-Staaten.[2,*]

Das hohe Bevölkerungswachstum erklärt sich vor allem damit, dass die Bevölkerung des Landes im Schnitt noch sehr jung ist: Das Medianalter der Bevölkerung, welches die Einwohnerschaft in zwei Hälften teilt, liegt bei gerade einmal 36,6 Jahren und damit EU-weit am niedrigsten.[3] So gibt es in Irland einerseits viele junge Menschen, die sich im Familiengründungsalter befinden und andererseits vergleichsweise wenige Menschen im Rentenalter. Dies alles ist eine Folge davon, dass die Geburtenziffer am westlichen Rand des Kontinents noch bis in die 1970er Jahre bei knapp vier Kindern je Frau und damit deutlich höher als überall sonst in der westlichen Welt lag.[4] Diese geburtenstarken Jahrgänge sind heute im besten Erwerbsalter und tragen zur wirtschaftlichen Prosperität bei. Nach den 1970ern sank die Geburtenziffer zwar, aber nie deutlich unter die „magische" Grenze von 2,1, die eine Bevölkerung ohne Zuwanderung mittelfristig stabil hält. Aktuell bekommen in der EU einzig Frauen in Frankreich geringfügig mehr Nachwuchs als jene in Irland mit ihren 1,92 Kindern.[5]

Worin aber liegt das Geheimnis des irischen Kinderreichtums? Historisch betrachtet sorgte die starke katholische Prägung des Landes dafür, dass die traditionelle Großfamilie länger Bestand hatte als anderswo. Sie konnte die Tatsache ausgleichen, dass vergleichsweise wenige Menschen überhaupt die Möglichkeit hatten zu heiraten – auch, weil viele Frauen aus dem armen Land auswanderten.[6] Wenn aber eine Ehe zustande kam, so war sie häufig mit vielen Kindern verbunden. Offen bleibt, ob dies immer den Wünschen der Eltern entsprach. Denn bis heute dürfen Frauen, die ungewollt schwanger werden, in Irland nur dann abtreiben, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist.[7] Ein Massenphänomen wurde die Ehe in Irland erst, als sie in anderen Ländern Europas an Attraktivität verlor. Gleichzeitig näherte sich Irland erst mit etwa 60-jähriger Verspätung gegenüber anderen westeuropäischen Staaten dem Ideal der Zwei-Kind-Familie an.[8]

Vom Aus- zum Einwanderungsland

Trotz hoher Nachwuchszahlen wuchs die Bevölkerung des Landes über Jahrzehnte kaum. Dies lag an der Perspektivlosigkeit im ehemaligen „Armenhaus Europas", die dazu führte, dass die Menschen während des 19. und 20. Jahrhunderts massenhaft ihr Glück im Ausland suchten – insbesondere in den USA und später im Vereinigten Königreich. Erst mit Anbruch der 1960er Jahre begann sich dies langsam zu verändern und Schritt für Schritt entwickelte sich Irland zu einem Land, das je nach Konjunktur Zuwanderung oder Abwanderung verzeichnete.[9] In den 1990er Jahren stieg Irland dann endgültig in den Kreis der Einwanderungsländer auf, als ein wirtschaftlicher Aufschwung mit nie dagewesenen Wachstumsraten die Ära des „Keltischen Tigers" einläutete.[10] Trotz der zusätzlichen Arbeitskräfte, die ins Land strömten, herrschte im Jahr 2001 bei einer Arbeitslosenquote von 3,9 Prozent quasi Vollbeschäftigung.[11] Grund für den Boom war, dass Irland sich zu einem beliebten Ziel aus-

[*] Im Jahr 2016 verzeichnete das Nicht-EU-Land Island mit 7,2 Prozent ein leicht höheres Wachstum als Irland mit 5,2 Prozent.

ländischer Investoren, häufig multinationaler Unternehmen, entwickelt hatte. Sie fanden hier gut ausgebildete englischsprachige Arbeitskräfte sowie eine adäquate Infrastruktur und profitierten von der EU-weit niedrigsten Körperschaftssteuer. Seither ist die Wirtschaftskraft Irlands eng mit seiner Rolle als Exportnation verbunden.[12]

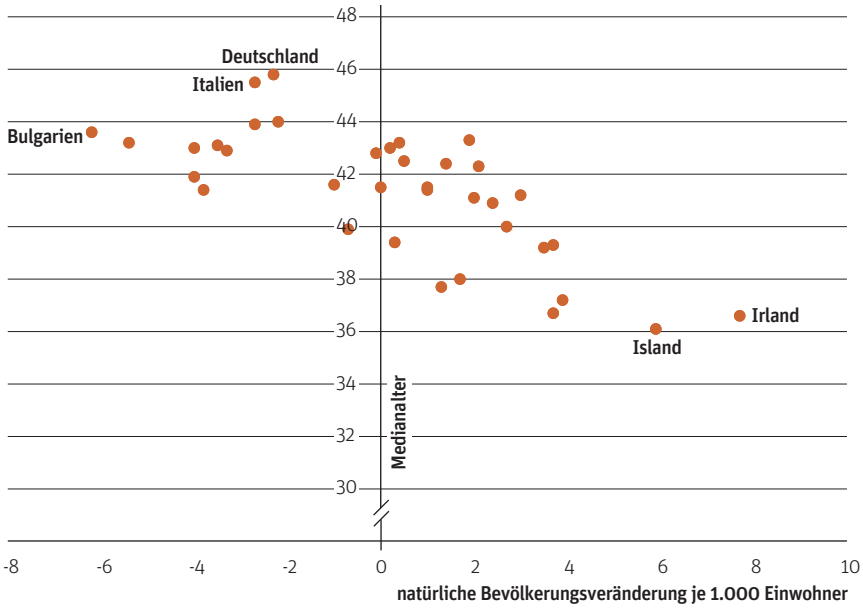
Mitte der 2000er Jahre schnellte die Zuwanderung abermals in die Höhe. Ursache dafür war die Osterweiterung der EU sowie die Tatsache, dass Irland seinen Arbeitsmarkt unmittelbar für Staatsangehörige der neuen Mitgliedstaaten öffnete. Außer Irland wagten lediglich das Vereinigte Königreich sowie Schweden diesen Schritt. Im Jahr 2006 gipfelte die Zuwanderung im Saldo bei rund 95.000 Personen oder 22 Zuwanderern je 1.000 Einwohner.[13] Um die gleiche Quote zu erreichen, müsste Deutschland in einem Jahr etwa 1,7 Millionen Menschen aufnehmen.

Im September 2008 rutschte Irland als erstes EU-Land nach der Finanzkrise in eine Rezession. Dies lag hauptsächlich daran, dass während des Booms ein überdimensionierter Bau- und Bankensektor entstanden und der Immobilienmarkt schon lange überhitzt gewesen war.[14] Der Einbruch war so stark, dass das Land 2010 Zuflucht unter dem Rettungsschirm von EU und IWF suchen musste und sich so zur Gruppe der Krisenstaaten um Griechenland, Zypern, Spanien und Portugal gesellte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt verfünffachte sich die Staatsverschuldung zwischen 2007 und 2012 von 25 auf annähernd 120 Prozent.[15] Aus Zuwanderung wurde massenhafte Abwanderung – sowohl von Iren als auch von ehemals Zugezogenen.[16] Langfristig besonders schmerzhaft für das Land könnte es sein, dass in den Folgejahren der Krise vermehrt Hochqualifizierte das Land verließen.[17]

„Kobold-Ökonomie“

Anders als viele südeuropäische Staaten befreite sich Irland dennoch recht schnell aus der Krise. Dies lag einerseits an der beherzten Konsolidierungspolitik der irischen Regierung, die zwar Ausgaben für Gehälter und Investitionen kürzte, jene für soziale Sicherung aber kaum antastete.[18] Andererseits aber auch daran, dass jene Faktoren, die Irland in den 1990ern attraktiv für Investoren gemacht hatten, nicht einfach verschwunden waren – etwa der hohe Bildungsstand. So verzeichnet Irland EU-weit gemeinsam mit Luxemburg mit 43 Prozent die höchste Akademikerquote unter der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren.[19] Auch das Steuerniveau lag weiterhin niedrig und die Arbeitskräfte waren durch die Krise sogar noch günstiger geworden. So stiegen die Exporte schnell wieder an.[20] Noch mehr: Seit 2014 verzeichnet Irland das höchste Wirtschaftswachstum der Union – eine Entwicklung, die in den kaum fassbaren 26 Prozent Zuwachs 2015 ihren Höhepunkt gefunden hat.[21]

Angesichts derartiger wirtschaftlicher Schwankungen werden auch kritische Stimmen am irischen Wohlstandsmodell laut. Der Nobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete die wundersame Wohlstandsmehrung gar als „Kobold-Ökonomie“.[22] In der Tat drückt sie nicht aus, was in dem Land tatsächlich vor sich geht. Denn Irland lockt mit seinen geringen Steuern weiter Konzerne ins Land, die zwar häufig ihren Firmensitz hierher verlagern, nicht aber ihre Aktivitäten. Ein beliebtes Modell ist es, eine viel kleinere irische Firma zu kaufen und so de facto irisch zu werden. So verlegte etwa das Medizintechnik-Unternehmen Medtronic, der weltweit größte Hersteller von Herzschrittmachern, 2015 seinen Sitz von Minneapolis nach Dublin.[23]



Kinderreiches, junges Irland

Nirgendwo in der EU übersteigt die Zahl der Neugeborenen jene der Todesfälle so stark wie in Irland. Um knapp ein Prozent legt die Einwohnerschaft des Inselstaats so jedes Jahr zu. Dies lässt sich einerseits auf die vergleichsweise hohe Geburtenziffer (1,92) zurückführen, andererseits aber auch darauf, dass die irische Bevölkerung noch sehr jung ist. Das Medianalter, das die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt, liegt nur bei 36,6 Jahren. Niedriger ist es EU-weit nirgends und in Europa einzig in Island.

Medianalter (2016) sowie Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen (natürliche Bevölkerungsveränderung) je 1.000 Einwohner (2015) in den EU-28-Staaten, Efta-Staaten sowie Montenegro, Mazedonien, Albanien und Serbien, 2015/2016
(Datengrundlage: Eurostat[31])

Inwiefern sich Irland mit dieser Politik einen Gefallen tut, bleibt abzuwarten. Denn einerseits lenken die hohen Wachstumszahlen den Blick der Öffentlichkeit auf das vielfach kritisierte irische Steuermodell, andererseits kann die in den Büchern höhere Wirtschaftsleistung auch zu konkreten Mehrausgaben führen, etwa beim Beitrag zum EU-Budget.

Dass sich Irland nach der tiefen Rezession wieder auf der wirtschaftlichen Überholspur befindet, ist indes unumstritten. Dies zeigt die fallende Arbeitslosigkeit genauso wie die wiedererworbene Attraktivität bei Zuwanderern. Auch die Staatsschulden sind auf weniger als 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gefallen.[24] Bei seinem Aufschwung profitiert die exportorientierte Volkswirtschaft ähnlich wie Deutschland vom weiterhin schwachen Euro. Gemessen an der Wirtschaftsleistung hatte in den vergangenen Jahren EU-weit nur Luxemburg einen höheren Exportüberschuss vorzuweisen.[25] Gerade in den Bereichen Kommunikation, Software sowie Pharma und Medizin gehört die irische Exportindustrie zur internationalen Spitze.[26]

Dennoch sind die Aussichten für Irland nicht ungetrübt. Neue Herausforderungen formieren sich bereits – allen voran der anstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Irlands Wirtschaft ist eng mit dem östlichen Nachbarn verflochten und neue Handelsschranken könnten dem Inselstaat empfindlich zusetzen. Das drohende Scheitern der Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP ist ebenfalls kaum im Interesse Irlands. Die Hälfte der irischen Exporte in Länder außerhalb der EU gehen in die Vereinigten Staaten und ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen im Land kommen von der anderen Seite des Atlantiks.[27] Ein erfolgreiches Abkommen würde diese Bindungen weiter stärken.

Auch innenpolitisch sieht sich das Land mit neuen Aufgaben konfrontiert. So hat die Zuwanderung die Zusammensetzung der irischen Bevölkerung nachhaltig verändert. Der Anteil der im Ausland geborenen Menschen ist seit 2000 von 7 auf 17 Prozent gestiegen – den fünfthöchsten Wert in der EU.[28] Immer wichtiger wird daher die Integrationspolitik, die allerdings noch Luft nach oben aufweist. Denn im Vergleich westeuropäischer Länder schneidet Irland hier eher schlecht ab. Gerade für Nicht-EU-Zuwanderer ist es sehr schwer, eine langfristige Bleibeperspektive zu erhalten sowie Familienmitglieder aus der Heimat nach Irland zu holen.[29]

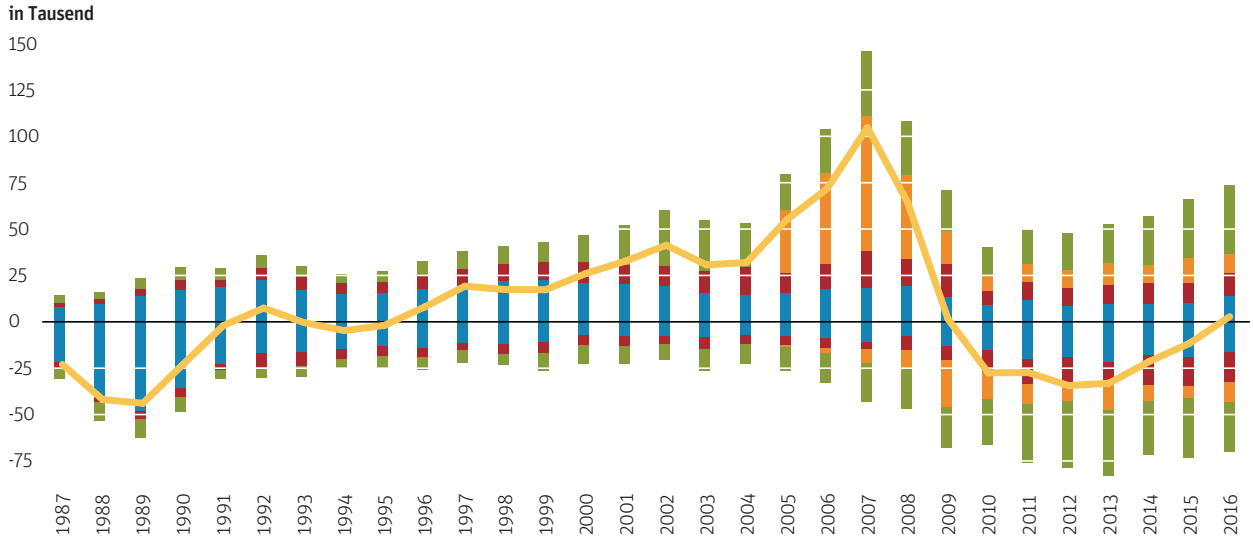
Migration im Wandel der Zeit

Irland war lange ein klassisches Auswanderungsland. Das änderte sich erst Anfang der 1990er Jahre, als die Zahl der Zuziehenden allmählich stieg. Die meisten Neuankömmlinge kamen aus Großbritannien. Mit den Osterweiterungen der EU zogen ab 2005 vermehrt Menschen aus ost- und mitteleuropäischen Ländern nach Irland, das seinen Arbeitsmarkt ohne Verzögerung für alle neuen EU-Mitglieder geöffnet hatte. Dieser Zuzug brach erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ein, während gleichzeitig wieder mehr Menschen – unter ihnen viele ehemalige Zuwanderer – das Land verließen. Es folgte eine Phase der Netto-Abwanderung, bevor das Land jüngst wieder Wanderungsgewinne verzeichnen konnte.

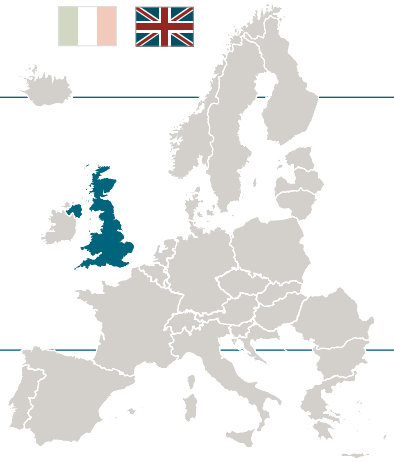
Zu- und Abwanderung in Irland nach Herkunfts- und Zielregion sowie Wanderungssaldo mit dem Ausland, 1987-2016*
(Datengrundlage: Central Statistics Office Ireland[30])

- **Vereinigtes Königreich**
- **EU-15 ohne Irland und Vereinigtes Königreich**
- **EU-13**
- **andere**
- **Wanderungssaldo**

* Die Zahlen beruhen jeweils auf dem Zeitraum von Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres. EU-15 bezieht sich auf die EU in ihrer Zusammensetzung vor der ersten Osterweiterung 2004. EU-13 umfasst die Beitrittsländer der Osterweiterungen I und II der Jahre 2004 und 2007 sowie Kroatien, das 2013 aufgenommen wurde. Bis 2005 sind die Zahlen für die EU-13-Staaten in der Kategorie „andere" enthalten.



VEREINIGTES KÖNIGREICH



Einwohnerzahl in Mio. (2016)	65,4	Medianalter (2016)	40,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	71,6	Lebenserwartung (2015)	81,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	77,6	BIP/Einwohner in Euro (2016)	36.100
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,80	BIP/Einwohner in KKS (2016)	31.200
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	4,0	Arbeitslosenquote (2016)	4,8

Ungewisse Zukunft

Im Sommer 2016 stimmte die britische und nordirische Bevölkerung mit einer knappen Mehrheit für einen Austritt des Vereinigten Königreichs* aus der EU. Weniger als ein Jahr später startete Premierministerin Theresa May dann auch formal den sogenannten Brexit, indem sie den Austrittsantrag in Brüssel einreichte. Zuvor hatte die britische Regierung einen Katalog mit insgesamt zwölf Prinzipien vorgelegt, die richtungsweisend für den Austritt sein sollen. Darin ist unter anderem festgehalten, dass London den Einfluss des Europäischen Gerichtshofs beenden, die Zahl der EU-Binnenmigranten kontrollieren und die bisherige Mitgliedschaft in Binnenmarkt und Zollunion durch eine strategische Partnerschaft mit der EU ersetzen möchte.[1] Zwei Jahre hat das Land jetzt Zeit, die europäische Staatengemeinschaft zu verlassen. In dieser Zeit werden alle Einzelheiten der Trennung, die Kosten, aber auch die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU verhandelt.[2] Dieser Prozess wird sicher kein einfacher, nicht nur, weil er bisher einmalig ist, sondern auch, weil die restlichen EU-Mitgliedstaaten nicht besonders erfreut über diese Trennung sind. Mit dem Vereinigten Königreich verlässt die zweitgrößte Volkswirtschaft und mit reichlich 65 Millionen der nach Einwohnern drittgrößte Staat die Union.[3]

Doch bereits vor dem Brexit-Votum hatte das Vereinigte Königreich eine Sonderrolle in der EU eingenommen. Seit dem Eintritt in die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1973 hatte sich die Londoner Regierung vor allem für die wirtschaftlichen Vorteile eingesetzt, wie den gemeinsamen Binnenmarkt und Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Bei anderen Themen hatte das Land auf seiner nationalen Souveränität beharrt und die meisten Sonderregelungen aller Mitglieder ausgehandelt. So hielt das Vereinigte Königreich zum Beispiel standhaft an seiner eigenen Währung fest und hat sich auch nicht dem Schengen-Raum angeschlossen.

Wenig Chancen auf Asyl

Um die Jahrtausendwende war das Königreich das beliebteste Zielland von Asylsuchenden in der EU. Der Höhepunkt einer stetig wachsenden Zuwanderung von Flüchtlingen war im Jahr 2002 erreicht, als mehr als 100.000 Menschen einen Asylantrag stellten.[4] Doch die Menschen wurden kaum mit offenen Armen empfangen, vielmehr bestimmte von Anfang an die Sorge vor den „schmarotzenden" Asylbewerbern die Berichterstattung einiger Medien.[5] Die Londoner Regierung nahm den öffentlichen Druck auf und reagierte mit zahlreichen Maßnahmen, um potenzielle Asylbewerber abzuschrecken. Sie kürzte Sozialleistungen, beschleunigte Asylverfahren, um unbegründete Anträge schnell ablehnen und die Antragsteller damit ausweisen zu können. Sie erklärte gar Flughäfen zu internationalen Zonen, wodurch Ankommende dort nicht mehr um Asyl bitten konnten.[6] Die Antragszahlen gingen tatsächlich schnell zurück, nicht einmal 30.000 Menschen stellten 2007 noch einen Asylantrag.[7]

Auch in den vergangenen Jahren landeten vergleichsweise wenige Flüchtlinge im Vereinigten Königreich. Im Jahr 2015 beantragten im Vereinigten Königreich lediglich 40.000 Menschen Asyl. Das entsprach 0,6 Anträgen je 1.000 Einwohner – der Durchschnitt aller EU-Staaten lag bei 2,6 Anträgen.[8]

Arbeitsmarkt lockt andere Europäer

Während die Einwanderung für Flüchtlinge immer schwieriger wurde, kamen in den 2000er und 2010er Jahren vor allem Menschen aus anderen europäischen Ländern auf die Insel.[9] Im Jahr 2015 wanderten per Saldo über 330.000 Menschen in das Vereinigte Königreich ein, der bisherige Spitzenwert in der Migrationsgeschichte des Landes.[10] Von allen Zugewanderten hat inzwischen die Hälfte den Pass eines anderen EU-Mitgliedstaates.[11]

* Hierzu zählen die vier Landesteile England, Wales, Schottland und Nordirland.

Vor allem die Erweiterung der EU gen Osten hat den Wanderungen auf die Insel einen Schub gegeben. Während andere EU-Staaten in den ersten Jahren den Arbeitsmarktzugang für die neuen EU-Bürger aus den mittel- und osteuropäischen Staaten noch beschränkten, gewährte das Vereinigte Königreich von Anfang an die volle Personenfreizügigkeit. Vor allem Polen nutzten die neuen Möglichkeiten und zogen für einen Job in das Vereinigte Königreich. Heute stellen sie mit fast zehn Prozent aller im Ausland geborenen Einwohner die größte Zuwanderungsgruppe.[12] Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung schränkte das Vereinigte Königreich die Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren ein, als diese 2007 der Union beitraten. Doch mit Auslaufen der Übergangsfrist 2014 verdoppelte sich innerhalb eines Jahres die Zahl der Rumänen und Bulgaren, die ihren Wohnsitz auf eine der britischen Inseln verlagerten.[13]

Die wachsende Zuwanderung und das Gefühl vieler, dass das Land aufgrund seiner EU-Mitgliedschaft die Kontrolle über seine Grenzen verloren hat, gelten als ein Hauptmotiv für die positive „Brexit"-Abstimmung. Folgerichtig will die konservative Partei, die den Austritt aktuell vorantreibt, die Zuwanderung deutlich einschränken und auch die Personenfreizügigkeit für EU-Bürger aufheben.[14] Was mit den geschätzten 3,2 Millionen Binnenmigranten aus anderen EU-Staaten, die bereits im Vereinigten Königreich leben, nach dem Austritt aus der Staatengemeinschaft passiert, ist aktuell ungewiss.[15]

Für Neuzuwanderer ist denkbar, dass die Regierung ihr seit 2008 für Nicht-EU-Bürger geltendes Punktesystem künftig auf alle Einwanderer ausweitet, also auch auf EU-Bürger.[16] Menschen, die in das Vereinigte Königreich einwandern möchten, erhalten aufgrund ihrer Qualifikation und dem Bedarf am Arbeitsmarkt eine bestimmte Anzahl an Punkten. Zuwandern darf vor allem, wer besonders gut qualifiziert ist oder einer bestimmten Berufsgruppe angehört, für die ein Bedarf auf der Insel besteht, wie Pfleger, Lehrer oder auch Ingenieure. Ein weiterer Zuwanderungsweg ist die Aufnahme eines Studiums.[17] Dies ist auch der häufigste Einwanderungsgrund von Nicht-EU-Bürgern; 2015 zogen über 110.000 neue Studenten auf die Insel. Doch seit 2012 die Möglichkeiten, im Anschluss an ein Studium eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen, erschwert wurden, kommen Jahr für Jahr weniger internationale Studenten ins Land.[18]

Bevölkerung wächst und bleibt jung

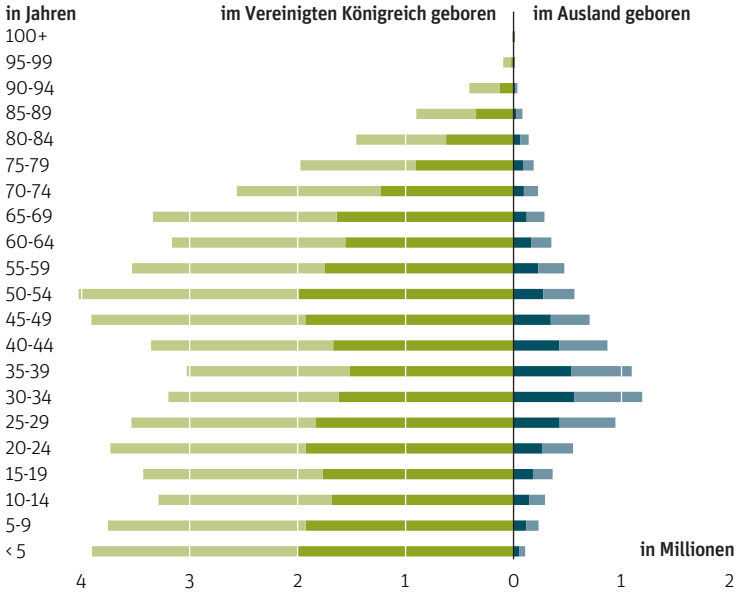
Das Vereinigte Königreich zählt nach Einwohnerzahlen zu den am schnellsten wachsenden Ländern der EU. Zwischen 2006 und 2016 erhöhte sich die Bevölkerungszahl um 7,9 Prozent auf 65,4 Millionen. Lediglich in Luxemburg, Zypern, Irland und Schweden nahm die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum noch stärker zu.[19] Ein Ende des Wachstums ist vorerst nicht in Sicht. Jüngsten Vorausberechnungen zufolge könnte die Bevölkerung bis 2030 auf 72 Millionen ansteigen, bis 2060 gar auf fast 80 Millionen. Dann könnte das Vereinigte Königreich Frankreich als

Zuwanderer verjüngen die Inselbevölkerung

Die Zuwanderung der letzten Jahre hat die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs erheblich verjüngt. Die zahlenmäßig größten Bevölkerungskohorten, die im Ausland geboren wurden, sind heute zwischen 30 und 40 Jahre alt. Bei den im Inland Geborenen sind es hingegen die Kohorten der 45- bis 54-Jährigen. Etwa jedes vierte Kind auf den Inseln wird heute von einer Mutter geboren, die selbst im Ausland zur Welt gekommen ist.[45]

Bevölkerung des Vereinigten Königreichs nach Alter, Geschlecht und Geburtsland, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[44])

- **Männer, im Vereinigten Königreich geboren**
- **Frauen, im Vereinigten Königreich geboren**
- **Männer, im Ausland geboren**
- **Frauen, im Ausland geboren**

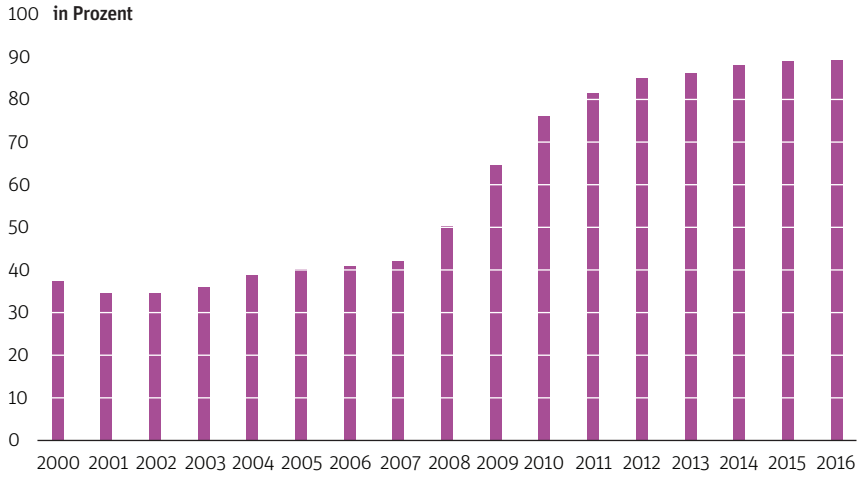


Krise hinterlässt Schuldenberg

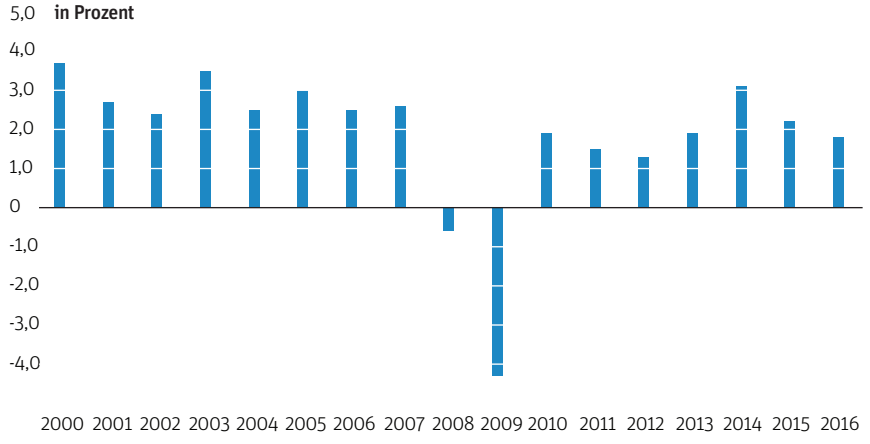
Das Vereinigte Königreich startete mit einer florierenden Wirtschaft ins neue Jahrtausend. Das Bruttoinlandsprodukt legte jährlich um etwa 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, die Staatsverschuldung lag deutlich unter 60 Prozent und die Beschäftigtenzahlen stiegen kontinuierlich. Unter dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise kam es nach 2007 zu einer tiefgreifenden Zäsur. Seit 2010 wachsen Wirtschaftsleistung und Beschäftigung auf den Inseln wieder. Bei der Staatsverschuldung steht ein Richtungswechsel jedoch noch aus.

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und Wachstumsrate des BIP in Prozent zum Vorjahreswert im Vereinigten Königreich, 2000-2016
(Datengrundlage: Eurostat[46])

Bruttoschuldenstand des Staates



Wachstumsrate des BIP



zweitgrößte Nation Europas ablösen.[20] Ein Nebeneffekt des Bevölkerungswachstums ist, dass die Einwohnerschaft hier weniger schnell altert als anderswo. Derzeit liegt das Medianalter bei 40 Jahren – im Durchschnitt der EU-28 sind es bereits 42,6 Jahre.[21] Im Vereinigten Königreich finden sich sogar einige der jüngsten Regionen Europas. Von EU-weit 24 Regionen mit einem Medianalter unter 35 Jahren, finden sich allein 18 in Großbritannien und Nordirland.[22]

Das Bevölkerungswachstum fußt einerseits auf der gestiegenen Zuwanderung. Andererseits weist das Vereinigte Königreich aber auch eine im europäischen Vergleich hohe Geburtenziffer von 1,80 Kindern je Frau auf. Nur Frankreich, Irland und Schweden verzeichnen aktuell höhere Werte.[23] Doch es gibt regionale Unterschiede. Während in den Landesteilen England, Wales und Nordirland relativ viele Kinder geboren werden, bringen Frauen in Schottland im Schnitt nur 1,56 Kinder zur Welt.[24]

Vor allem in den 2000er Jahren stieg die Geburtenziffer im Vereinigten Königreich kräftig an und erreichte 2010 den Spitzenwert von 1,92. Einen Grund hierfür sehen Beobachter in den Maßnahmen der „New Labour"-Regierung von Tony Blair, die 1997 die Regierungsgeschäfte übernahm. Die Einführung einer negativen Einkommenssteuer für Familien mit geringen Einkommen hatte zum Ziel, die Kinderarmut zu verringern und die Lebensumstände der Familien zu verbessern. Quasi unabsichtlich führte diese finanzielle Unterstützung auch zu steigenden Kinderzahlen.[25] Objektiv betrachtet ist das Vereinigte Königreich ansonsten ein nicht besonders attraktives Land zur Familiengründung. Zwar wächst das Angebot an Kinderbetreuung. Doch während der Besuch von Kindergärten und Krippen beispielsweise in Skandinavien zum Großteil vom Staat finanziert wird, müssen britische Eltern einen erheblichen Anteil der Kosten selbst tragen.[26]

Dienstleistungen statt Industrie

Einst Mutterland der Industrialisierung, spielt der produzierende und industrielle Sektor heute nur noch eine Nebenrolle im Vereinigten Königreich: Industrie sowie die

Herstellung und Verarbeitung von Produkten erwirtschaften zusammen lediglich ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts – im Durchschnitt aller EU-Staaten ist es fast ein Drittel.[27] Entsprechend größer ist die Bedeutung von Dienstleistungen, insbesondere im Finanzbereich. London stellt den nach New York zweitbedeutendsten Finanzplatz der Welt. Dies lockt junges und hochqualifiziertes Personal aus aller Welt an. In der britischen Hauptstadt leben europaweit die meisten Menschen mit einem Hochschulabschluss.[28] Mit einem Anteil von 6,4 Prozent an der Wirtschaftsleistung und einem enormen Beitrag zum Steueraufkommen nehmen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen eine beachtliche Rolle innerhalb der britischen Volkswirtschaft ein.[29]

Dieser vermeintliche Trumpf wurde dem Land während der globalen Wirtschaftskrise allerdings zum Verhängnis und führte zur schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.[30] Im Jahr 2008 ging die Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent zurück, 2009 schrumpfte sie dann um 4,3 Prozent.[31] Die Notlage der britischen Banken machte eine Rettung durch den Staat erforderlich, die mehrere hundert Milliarden Euro Steuergelder verschlang.[32] Allein zwischen 2007 und 2011 verdoppelte sich der öffentliche Schuldenstand annähernd von 42 auf 82 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.[33] Um Schlimmeres zu verhindern, legte die 2010 gewählte Regierung unter Premierminister David Cameron ein umfangreiches und schmerzvolles Sparprogramm auf. Dieses wurde von vielen gelobt. Kritische Stimmen befürchteten jedoch, dass der Sparkurs die wirtschaftliche Erholung gefährden könnte.[34]

Schnelle Erholung vom großen Crash

Letztlich haben sich die Befürchtungen bislang nicht bewahrheitet. Nach nur zwei Rezessionsjahren verzeichnet das Vereinigte Königreich seit 2010 wieder positive Wachstumsraten von durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr. Im Jahr 2013 waren auch die Verluste der Krise wieder vollständig wettgemacht.[35] Das Ziel, das jährliche öffentliche Finanzierungsdefizit unter ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu drücken, hat die Regierung dagegen verfehlt. Im Jahr 2016 lag es immer noch bei drei Prozent.[36]

Auch für den Arbeitsmarkt haben sich die Bedenken, die mit dem Sparprogramm einhergingen, nicht bestätigt. Ein gewichtiger Teil des Sparkurses sollten Kostensenkungen im öffentlichen Sektor sein, darunter der Abbau von bis zu einer halben Million Arbeitsplätzen.[37] Die Arbeitslosenquote, die

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
IRLAND									
IE01	Grenzregion, Midland und Westregion	2,12	-9,3	25,2	81,6	24.600	67,9	123,5	75,7
IE02	Südostregion	1,87	-3,0	21,6	81,5	48.100	71,1	108,8	81,6
VEREINIGTES KÖNIGREICH									
UKC1	Tees Valley und Durham	1,79	1,3	33,3	79,6	27.000	72,4	76,3	75,5
UKC2	Northumberland und Tyne and Wear	1,64	2,8	32,5	79,9	31.200	74,0	118,9	76,3
UKD1	Cumbria	1,86	0,2	41,7	81,4	34.800	79,6	70,3	79,2
UKD3	Großraum Manchester	1,87	1,9	26,5	79,5	33.500	74,7	73,4	76,9
UKD4	Lancashire	1,90	1,1	34,3	79,8	30.400	77,0	44,8	79,0
UKD6	Cheshire	1,88	2,6	36,4	81,5	46.600	79,8	117,1	84,0
UKD7	Merseyside	1,76	1,5	31,5	79,4	29.900	74,1	102,7	74,6
UKE1	Ost-Yorkshire und Nord-Lincolnshire	1,85	1,2	35,4	80,4	29.800	75,5	34,2	74,6
UKE2	Nord-Yorkshire	1,73	3,8	39,1	82,4	35.600	82,7	104,0	82,0
UKE3	Süd-Yorkshire	1,74	3,3	30,2	80,0	27.400	72,1	55,9	77,6
UKE4	West-Yorkshire	1,90	1,3	27,7	80,0	33.200	75,2	82,2	73,4
UKF1	Derbyshire und Nottinghamshire	1,79	3,8	32,2	80,6	31.600	78,0	134,0	78,4
UKF2	Leicestershire, Rutland und Northamptonshire	1,89	5,3	30,0	81,4	34.700	78,8	109,8	79,2
UKF3	Lincolnshire	1,89	7,1	41,3	81,2	29.100	78,0	138,3	77,4
UKG1	Herefordshire, Worcestershire und Warwickshire	1,85	3,6	38,1	81,8	36.100	80,0	115,5	78,4
UKG2	Shropshire und Staffordshire	1,82	2,7	35,7	80,8	28.700	80,7	96,7	79,1
UKG3	West Midlands	1,94	2,9	27,0	80,1	32.400	70,6	136,4	70,3
UKH1	East Anglia	1,89	5,5	37,7	82,3	37.400	80,2	249,0	77,4
UKH2	Bedfordshire und Hertfordshire	1,94	6,5	27,8	82,3	40.700	81,3	167,4	81,3
UKH3	Essex	1,94	5,6	34,5	81,6	33.000	79,5	73,1	75,5

in den ersten Nachkrisenjahren auf 7 Prozent angestiegen war, ist aber seit 2016 mit nur 4,3 Prozent zurück auf einem ähnlich niedrigen Stand wie vor der Krise. Europaweit sind nur in Island, Tschechien und Deutschland anteilig weniger Menschen zwischen 20 und 64 Jahren ohne Job.[38] Besonders positiv: Vom Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt haben vor allem ärmere Haushalte profitieren können.[39]

Parallel zur sinkenden Arbeitslosigkeit stieg die Erwerbstätigenquote und erreichte 2016 ihren bisherigen Höchststand von 77,6 Prozent – in der EU gingen im gleichen Jahr nur in Schweden und Deutschland anteilig mehr Menschen einer Beschäftigung nach.[40] Auch die im Ausland geborenen Inselbewohner waren zu einem ähnlich hohen Anteil erwerbstätig. Unter den EU-Binnenmigranten sind die Erwerbstätigenquoten sogar höher als unter den im Inland Geborenen. Schätzungen der OECD zufolge sind Zuwanderer etwa für die Hälfte des Wirtschaftswachstums seit 2005 verantwortlich. Sie besetzen 2,2 der 2,5 Millionen im letzten Jahrzehnt neu entstandenen Jobs. Wenngleich die Binnenmigranten auch Leistungen des Sozialsystems in Anspruch nehmen, haben sie bisher in der Summe einen positiven Betrag zum britischen Staatshaushalt beigesteuert.[41]

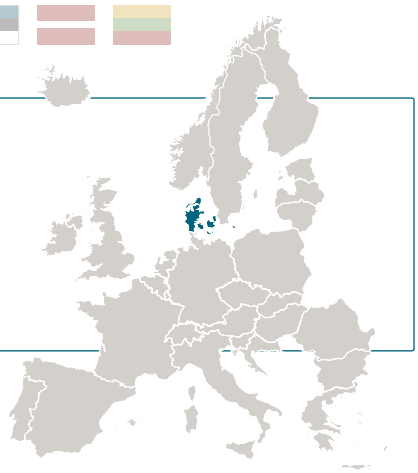
Ausgang offen

Wie es nach dem EU-Austritt für das Vereinigte Königreich weitergeht, kann aktuell nur vermutet werden. Vieles hängt davon ab, welche Bedingungen für Handel, Migration und Kapitalflüsse mit der EU ausgehandelt werden. Auch die Handelsbedingungen mit 53 Nicht-EU-Ländern müssen neu geregelt werden. Dies alles wird weitreichende Folgen für die britische Wirtschaft haben und auch die anderen EU-Länder mit unterschiedlicher Intensität treffen.

Es ist möglich, dass kurz- bis mittelfristig die mit dem Brexit verbundene Unsicherheit die Investitionstätigkeit und Beschäftigung auf den Inseln dämpfen und die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen, Haushalten und Staat verschlechtern könnte. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge könnte die britische Wirtschaftsleistung aufgrund der Brexit-Entscheidung bis etwa 2020 um 1,3 bis 5,5 Prozent geringer ausfallen als in einem Vergleichsszenario ohne Brexit. Langfristig könnten der britische Handel mit der EU, die ausländischen Direktinvestitionen sowie die Zuwanderung ins Vereinigte Königreich merklich zurückgehen. Dies dürfte sowohl die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials als auch der Produktivität beeinträchtigen. Das resultierende geringere Wirtschaftswachstum könnte schwerer wiegen als die fiskalische Entlastung aufgrund der wegfallenden Beiträge zum EU-Budget.[42] Um die negativen Folgen einzudämmen, fasst die britische Regierung Infrastrukturprojekte, Investitionen in Forschung, Entwicklung und Zukunftsindustrien, eine Abwertung des Pfunds sowie eine gelockerte Haushaltsdisziplin ins Auge.[43]

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-Jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
UKI3	Inner London - West	1,30	3,9	16,4	83,2	212.800	78,8		91,0
UKI4	Inner London - Ost	1,58	6,1	11,5	80,8	64.300	74,4		85,0
UKI5	Outer London - Ost und Nordost	2,02	3,5	21,4	81,6	28.600	77,5		80,8
UKI6	Outer London - Süd	1,89	2,6	23,8	82,8	34.500	80,9		86,2
UKI7	Outer London - West und Nordwest	1,86	2,0	20,9	82,8	46.300	77,1		85,1
UKJ1	Berkshire, Buckinghamshire und Oxfordshire	1,89	3,6	27,7	82,8	55.000	83,4	294,9	85,0
UKJ2	Surrey, Ost- und West-Sussex	1,81	6,8	36,1	82,5	42.200	81,0	246,6	83,9
UKJ3	Hampshire und Isle of Wight	1,81	4,4	34,1	82,5	39.800	80,7	180,5	81,1
UKJ4	Kent	1,91	7,2	33,8	81,4	32.500	79,8	58,1	78,2
UKK1	Gloucestershire, Wiltshire und Bristol/Bath-Gebiet	1,82	5,9	32,1	82,0	41.300	81,9	316,7	83,6
UKK2	Dorset und Somerset	1,85	7,6	44,1	82,2	33.000	78,3	91,6	80,5
UKK3	Cornwall und Scilly-Inseln	1,89	8,1	44,4	81,6	27.800	80,5	64,9	79,9
UKK4	Devon	1,80	7,3	42,0	81,8	30.600	78,4	46,5	81,1
UKL1	West-Wales und The Valleys	1,77	2,5	37,7	79,9	24.900	75,9	69,3	77,1
UKL2	Ost-Wales	1,74	2,1	32,5	80,9	33.000	76,4	80,4	79,4
UKM2	Ost-Schottland	1,51	4,7	30,7	79,8	35.900	76,1	108,6	82,9
UKM3	Süd-West-Schottland	1,58	1,4	30,2	78,3	33.700	75,7	47,0	77,6
UKM5	Nord-Ost-Schottland	1,56	6,6	26,6	80,0	56.900	81,8	290,6	82,9
UKM6	Highlands und Inseln	1,74	2,4	38,4	79,9	33.700	74,6	55,0	76,3
UKN0	Nordirland	1,96	-0,1	27,4	80,5	28.800	73,5	80,4	73,8

DÄNEMARK



Einwohnerzahl in Mio. (2016)	5,7	Medianalter (2016)	41,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	6,3	Lebenserwartung (2015)	80,8
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	6,7	BIP/Einwohner in Euro (2016)	48.300
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,71	BIP/Einwohner in KKS (2016)	36.400
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	4,3	Arbeitslosenquote (2016)	6,2

Verteidigung des Wohlfahrtsstaats

Dänemark ist weit entfernt von den europäischen Außengrenzen im Mittelmeerraum. Dennoch nahmen viele Schutzsuchende aus dem Bürgerkriegsland Syrien im Jahr 2015 den weiten Weg in den Norden des Kontinents auf sich. Das verwundert nicht, da Dänemark mit seinem hohen Lebensstandard und gut ausgebauten Sozialsystem bessere Lebensbedingungen verspricht als viele andere Länder. Insgesamt suchten 2015 knapp 21.000 Menschen Zuflucht und Schutz in dem kleinen Land mit insgesamt rund 5,7 Millionen Einwohnern. Dies waren anteilmäßig deutlich mehr als im Durchschnitt aller EU-Länder – aber weniger als in den Nachbarstaaten Schweden und Deutschland.[1]

Viele Dänen empfanden diese Zahlen dennoch als zu hoch. Schon im Juni 2015 drängte ein Mitte-Rechts-Bündnis mit knapper Mehrheit die vormalige rot-grün-sozialliberale Koalition aus der Regierungsverantwortung. Kaum im Amt, ergriff die neue Regierung unter dem Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen Maßnahmen, den anhaltenden Flüchtlingsstrom zu begrenzen. Sie halbierte die Sozialleistungen für Neuzuwanderer und verlängerte die Wartezeit, um Familienangehörige nachzuholen, auf drei Jahre. Auch verpflichtete sie Flüchtlinge, so weit wie möglich selbst für ihre Unterkunft aufzukommen. Dafür können die Behörden ihnen Bargeld und sonstige Vermögenswerte abnehmen. Behalten dürfen die Schutzsuchenden nur das, was den Wert von umgerechnet etwa 1.350 Euro nicht übersteigt oder eine persönliche Bedeutung hat.[2] Mit allen diesen Maßnahmen dürfte die Regierung auch darauf abzielen, Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Dänemark zu kommen. Denn viele Dänen fürchten, dass gerade Zuwanderung aus nicht-westlichen Ländern den Wohlfahrtsstaat gefährden könnte.[3]

Dabei ist die Furcht vor weiterer Zuwanderung längst nicht auf Asylsuchende begrenzt. Auch bei innereuropäischen Wanderungen setzt Dänemark wieder stärker auf Abschottung. So wollte das Land trotz Schengen-Verträgen schon 2011 zu Grenzkontrollen zurückkehren. Für einen Gesetzesentwurf, der vorsah, Ausländern erst nach zweijähriger Berufstätigkeit im Land das volle Kindergeld auszuzahlen, kassierte die dänische Regierung sogar eine Ermahnung der Europäischen Kommission.[4] Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Migrantenbevölkerung. Der Anteil von Zuwanderern und deren direkten Nachfahren an der Gesamtbevölkerung hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt. Lag er 1995 noch bei knapp über fünf Prozent, war er bis 2016 auf zwölf Prozent gestiegen.[5]

Glück im Wohlfahrtsstaat

Wenn Dänemark in den letzten Jahren einmal nicht wegen seiner Asylpolitik in den Schlagzeilen war, gab es regelmäßig einen anderen Grund für eine Berichterstattung aus dem kleinen Königreich: Die Dänen zählen laut World Happiness Report seit Jahren zu den glücklichsten Menschen weltweit. In der aktuellsten Ausgabe steht Dänemark an zweiter Stelle von 155 Staaten.[6] In die Berechnungen des Glücks fließen unter anderem subjektive Einschätzungen der Einwohner zu Wohlstand, sozialer Unterstützung und Gesundheit ein. Das Glück der Dänen entscheidet sich somit auch an der hohen Lebensqualität samt sozialer Standards und gut ausgebauter Sicherungssysteme.[7] Von den Einkommen, die in Dänemark erzielt werden, können die Bewohner vieler Staaten nur träumen. Mit durchschnittlich fast 28 Euro pro Stunde verdienten die Dänen im Jahr 2014 innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft am meisten.* Selbst Geringqualifizierte erzielten mit über 20 Euro pro Stunde weit mehr als Arbeitnehmer mit qualifizierten Studienabschlüssen in vielen anderen europäischen Ländern.[8]

* Die Zahlen beziehen sich auf Privatunternehmen mit mindestens zehn Angestellten.

Was aber macht den Wohlfahrtsstaat aus? Zunächst einmal hohe Abgaben. Von ihren Einkommen zahlen die Dänen so hohe Steuern wie kaum ein anderes Volk auf der Welt.[9] Die gesamten staatlichen Einnahmen aus Steuern und Abgaben betrugen 2015 fast 47 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies war der höchste Wert aller OECD-Länder.[10] Im Gegenzug kommt die Bevölkerung in den Genuss zahlreicher staatlicher Leistungen, die aus Steuergeldern finanziert werden. Ob der Besuch von Kindergarten, Schule oder Universität, ob Arztbehandlung oder Pflege im Alter, viele öffentliche Dienstleistungen stehen allen kostenfrei zur Verfügung. Gleichzeitig zahlt der Staat aus den Steuereinnahmen Kindergeld, eine Grundrente sowie die Ausgaben für aktivierende Maßnahmen für Arbeitslose.[11]

Anhaltend hohe Beschäftigung – aber nicht unter Zuwanderern

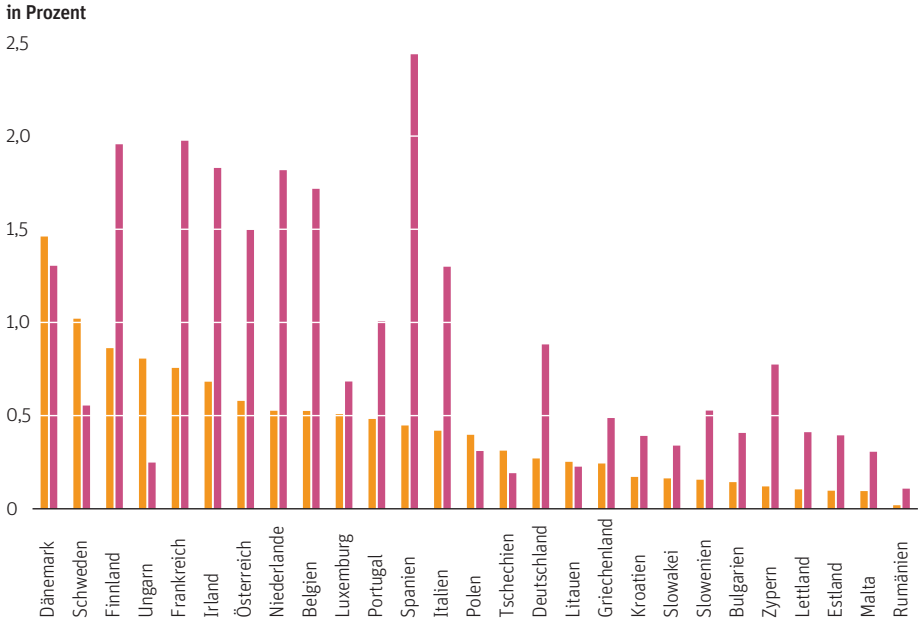
Hohe Steuereinnahmen erzielt der dänische Staat nicht nur aufgrund der hohen Steuersätze, sondern auch, weil die meisten Bewohner einer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen. Mit einer Erwerbstätigenquote von 76,5 Prozent steht Dänemark an vierter Stelle innerhalb der Europäischen Union.[12] Und auch die Arbeitslosenquote ist mit 6,2 Prozent unterdurchschnittlich – für dänische Verhältnisse jedoch recht hoch. Noch vor wenigen Jahren gab es fast Vollbeschäftigung. Bis kurz vor der Rezession 2008 erlebte die dänische Wirtschaft einen Boom, der die Arbeitslosigkeit auf 3,4 Prozent absinken ließ – damals der niedrigste Wert in der gesamten EU. Die Wirtschaftskrise traf Dänemark hart, zahlreiche Arbeitsplätze gingen verloren und in nur zwei Jahren hatte sich die Quote mehr als verdoppelt.[13] Während sich der Arbeitsmarkt in benachbarten Ländern wie Schweden und Deutschland schnell wieder erholt hat, sind die Auswirkungen in Dänemark bis heute zu spüren. Besonders hart betroffen sind Migranten. Unter den im Ausland Geborenen lag die Arbeitslosenquote 2015 mehr als doppelt so hoch wie unter den im Inland Geborenen. Nur in drei anderen Ländern der EU – in Belgien, Schweden und Österreich – ist dieses Verhältnis noch schlechter.[14]

Doch auch wenn die Arbeitslosigkeit aktuell noch höher ist als in den Jahren vor der Wirtschaftskrise, so ist sie selten von langer Dauer. Die Langzeitarbeitslosigkeit liegt weit unter dem EU-Schnitt.[15] Der Grund liegt im dänischen Sonderweg der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. „Flexicurity“ ist das Zauberwort, Flexibilität und Sicherheit. Ein geringer Kündigungsschutz ermöglicht Unternehmen, Arbeitskräfte bei sinkendem Bedarf recht problemlos zu entlassen. Ist die Auftragslage besser, wird flott wieder eingestellt. Diese Praxis trifft auf große Akzeptanz, selbst bei den Gewerkschaften. Denn bei Jobverlust greifen das gute soziale Sicherungssystem und verschiedene Tricks, um neue Jobs zu vermitteln. Dänemark nimmt für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen deutlich mehr Geld in die Hand als andere Länder – im Jahr 2015 etwa drei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes. Die Hälfte des Geldes fließt dabei

Viel Geld für Arbeit

Dänemark investiert anteilig am Bruttoinlandsprodukt besonders viel Geld in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Dabei setzt es stärker als alle anderen Länder auf aktivierende Instrumente. Diese beinhalten vor allem Weiterbildungen und Umschulungen, aber auch die konkrete Vermittlung in einen neuen Job. In den meisten anderen Ländern fließt der größte Teil der Aufwendungen in finanzielle Unterstützung von Arbeitslosen, etwa durch Arbeitslosengeld.

Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den EU-Staaten, 2015*
(Datengrundlage: Eurostat[26])



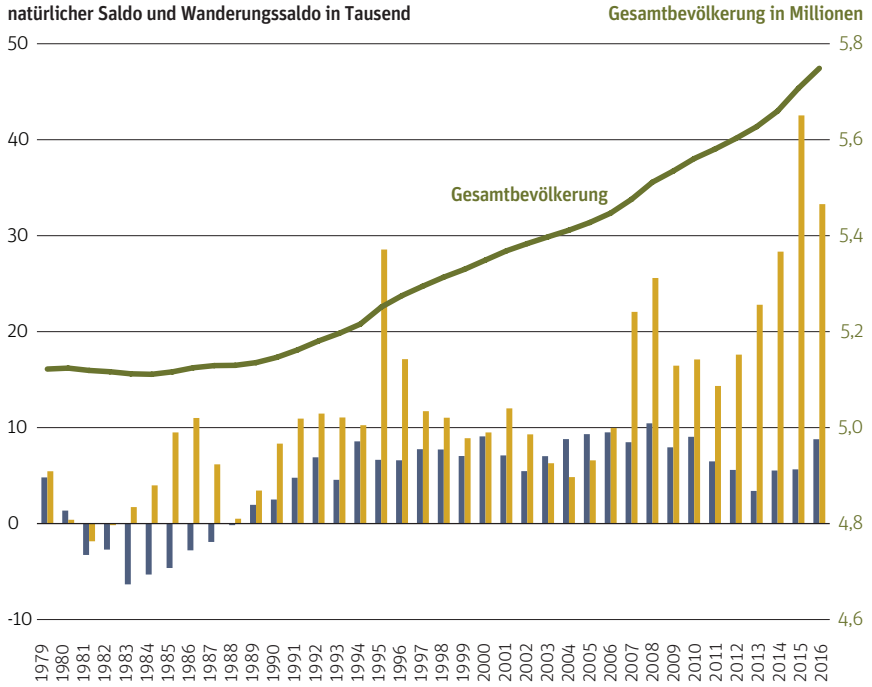
* Für das Vereinigte Königreich liegen keine Daten vor. Für Irland, Spanien, Polen, Kroatien, Estland und Malta beziehen sich die Daten auf das Jahr 2014.

Boomendes Dänemark

Die Einwohnerzahl Dänemarks ist seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich gewachsen. Zwei Faktoren sind dafür verantwortlich: einerseits die jährlichen Zuwanderungsgewinne und andererseits ein anhaltender Geburtenüberschuss. Letzterer dürfte langfristig jedoch sinken und Ende der 2030er Jahre verschwinden, weil die Bevölkerung altert. Dann werden Einwohnerzuwächse nicht mehr ohne Zuwanderung möglich sein.

Natürlicher Saldo (Geburten minus Sterbefälle), Wanderungssaldo sowie Gesamtbevölkerung in Dänemark, 1979 bis 2016
(Datengrundlage: Danmarks Statistik[27])

natürlicher Saldo
Wanderungssaldo



in sogenannte aktivierende Maßnahmen, wie Fortbildungen und Umschulungen sowie in gezielte Vermittlung, welche die Menschen schnell wieder in Beschäftigung bringen sollen.[16] Und diese Politik wirkt. Nach lediglich vier Monaten starten dänische Arbeitslose im Durchschnitt in einen neuen Job.[17]

Die Folge von alldem ist, dass Dänen vergleichsweise wenig Angst davor haben müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Ganz im Gegenteil: Es gehört zu einem normalen Arbeitsleben dazu, den Job häufig zu wechseln. Kaum länger als acht Jahre besetzt ein Däne im Durchschnitt eine Stelle. Dies ist eine der kürzesten Zeiten innerhalb der Europäischen Union. In Deutschland sind es über elf Jahre, in Griechenland, dem Spitzenreiter, gar mehr als dreizehn.[18]

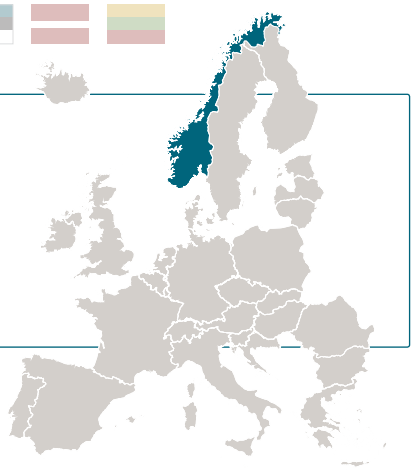
Auch Mütter arbeiten

Einen zentralen Beitrag zum Wohlstand Dänemarks leisten Frauen. In kaum einem anderen EU-Staat sind sie besser in den Arbeitsmarkt integriert. Knapp 73 Prozent aller Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sind berufstätig.[19] Vor allem die Rolle von Müttern ragt im europäischen Vergleich heraus. Drei von vier Frauen mit einem kleinen Kind unter drei Jahren gehen einer regelmäßigen Beschäftigung nach – in keinem anderen Staat ist dieser Wert höher. Und während in den meisten Ländern mit der Anzahl der eigenen Kinder die Erwerbsbeteiligung der Frauen sinkt, macht es in Dänemark kaum einen Unterschied, ob eine Frau ein, zwei oder drei Kinder hat. Fast 80 Prozent der Mütter mit drei und mehr Kindern sind weiterhin berufstätig.[20] Kein Wunder also, dass der Begriff der „Hausfrau“ bereits in den 1980er Jahren aus den dänischen Statistiken verschwand.[21]

Ermöglicht werden die hohen Beschäftigungsquoten durch eine sehr gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur für Kinder. Der Besuch eines Kindergartens gehört für dänische Kinder schon früh zum Alltag.[22] Bereits ab sechs Monaten haben Eltern einen Anspruch auf einen Krippenplatz für ihr Kind und neun von zehn Zweijährigen werden regelmäßig außerhalb ihrer Familien betreut.[23] Im europäischen Durchschnitt gilt dies nicht einmal für jedes dritte Kind unter drei Jahren.[24] All dies hilft den Dänen, sich für eine Familiengründung zu entscheiden. Mit durchschnittlich 1,71 Kindern pro Frau lag die Geburtenziffer 2015 über dem EU-Durchschnitt von 1,58. Doch auch hier hat die Wirtschaftskrise ihre Spuren hinterlassen, denn noch zum Ende der 2000er Jahre bekamen Frauen in Dänemark im Schnitt 1,88 Kinder.[25]

Aktuelle Vorausberechnungen gehen für Dänemark von einem Bevölkerungswachstum von über 18 Prozent bis 2050 aus. Dieses wird sich zunehmend aus Zuwanderung speisen, da die Geburtenzahlen weit unter dem Niveau liegen, das den Bevölkerungsstand mittelfristig halten könnte. Damit der dänische Wohlfahrtsstaat eine Zukunft hat, müssen weiterhin viele Bewohner einer Beschäftigung nachgehen und Steuern zahlen. Dies aber wird nur gelingen, wenn die Zuwanderer aus nicht-westlichen Ländern besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Sie dürften künftig einen immer größeren Anteil der dänischen Bevölkerung stellen.

NORWEGEN



Einwohnerzahl in Mio. (2016)	5,2	Medianalter (2016)	36,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	5,9	Lebenserwartung (2015)	81,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	6,6	BIP/Einwohner in Euro (2016)	56.800
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,72	BIP/Einwohner in KKS (2016)	51.300
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	7,9	Arbeitslosenquote (2016)	7,9

Wohlstand durch Öl und Gas

Den Norwegern geht es gut. Das World Economic Forum bescheinigt dem skandinavischen Königreich in seinem aktuellen Wachstums- und Entwicklungsbericht den weltweit höchsten Lebensstandard. Ein Grund findet sich darin, dass die Einkommensungleichheit nach Steuerabzug und Sozialtransfers die geringste aller weit entwickelten Länder ist.[1] Darüber hinaus machen die Ökonomen die sehr niedrige Arbeitslosigkeit – 2016 betrug sie gerade einmal 4,7 Prozent – sowie eine hohe Frauenerwerbstätigkeit dafür verantwortlich, dass die Norweger ein überdurchschnittlich gutes Leben führen können.[2] Drei von vier Frauen zwischen 20 und 64 Jahren waren 2016 in Beschäftigung. Europaweit steht das Land damit an vierter Stelle, der Durchschnitt aller EU-Staaten liegt bei 65 Prozent.[3] Ein großer Anteil der Bewohner erwirtschaftet somit den Wohlstand des Landes, der ihnen gleichzeitig in Form von großzügigen staatlichen Leistungen, wie Kinderbetreuung oder öffentlicher Gesundheitsvorsorge, auch zugutekommt. Schließlich ist auch die soziale Mobilität in Norwegen hoch. Das Einkommen und der soziale Status der Eltern spielen für die eigenen finanziellen und beruflichen Chancen eine vergleichsweise geringe Rolle.[4]

Der Wohlstand der Norweger beruht vor allem auf natürlichen Rohstoffen. Der Fund von Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee in den 1960er Jahren und der Beginn der Erdölförderung 1971 verwandelten das vormals relativ arme, von der Land- und Fischereiwirtschaft geprägte Land in eines der reichsten Länder der Welt. Heute ist Norwegen der größte Erdölproduzent Europas und der drittgrößte Gaslieferant weltweit.[5] Fast jede sechste norwegische Krone wurde 2015 in der Gas- und Ölindustrie verdient. Im gleichen Jahr machten Erdöl und Erdgas knapp 40 Prozent aller Exporte aus.[6]

Selbst verbrauchen die Norweger wenig von ihren fossilen Brennstoffvorkommen. Denn das Land ist auch reich an erneuerbaren Energiequellen. Wegen der bergigen Landschaft und der vielen Niederschläge, können fast 70 Prozent des nationalen Energiebedarfs aus klimafreundlichen, regenerativen Quellen gewonnen werden – ein Spitzenwert unter allen europäischen Ländern. Allein die in Norwegen benötigte Elektrizität stammt fast vollständig aus Wasserkraft.[7] Im Durchschnitt aller EU-Staaten decken Wind, Sonne, Wasser und Biomasse gerade einmal 17 Prozent der genutzten Energie.[8]

Der dritte Reichtum des Landes ist Fisch. Bis heute fangen norwegische Fischer pro Jahr mit über 2 Millionen Tonnen mit Abstand den meisten Fisch und sonstige Meerestiere in Europa. Auch bei der Aufzucht in Aquakulturen ist Norwegen einsamer Spitzenreiter. Das Land produziert mit über 1,3 Millionen Tonnen mehr Fischereierzeugnisse in sogenannten Aquafarmen als alle EU-Mitgliedstaaten zusammen. Auch wenn gerade einmal zwei Prozent aller Beschäftigten Norwegens noch in der Fischerei und Landwirtschaft tätig sind, spielt der Agrarsektor eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis des Landes.[9] Die Unabhängigkeit der norwegischen Fischerei und auch Landwirtschaft waren ein Grund, warum sich in zwei Referenden eine leichte Mehrheit der Norweger gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union aussprach.

Vorsorge für schlechtere Zeiten

Das Geschäft mit Öl und Gas hat die norwegische Staatskasse gut gefüllt. Auch künftige Generationen sollen von diesem Reichtum profitieren. Dafür gründete der Staat 1996 den sogenannten Staatlichen Pensionsfonds Ausland. Der größte Staatsfonds der Welt hatte im März 2017 einen Wert von umgerechnet 840 Milliarden Euro, was 160.000 Euro pro Einwohner entspricht. In den letzten zehn Jahren hat sich das zurückgelegte Vermögen des Staates, mit dem unter anderem die zukünftigen Renten gesichert werden, mehr als vervierfacht.[10]

Dass schlechte Zeiten jederzeit eintreten können, zeigte sich zuletzt 2014. Durch den rapiden Fall des Ölpreises und die sinkenden Einnahmen von Unternehmen und Staat, musste Norwegen erstmalig knapp drei Prozent seines Fondsvermögens entnehmen.[11] Damit konnten staatliche Ausgaben weiter finanziert werden und der Fonds erfüllte seinen Zweck zur Sicherung des norwegischen Wohlfahrtsstaates.

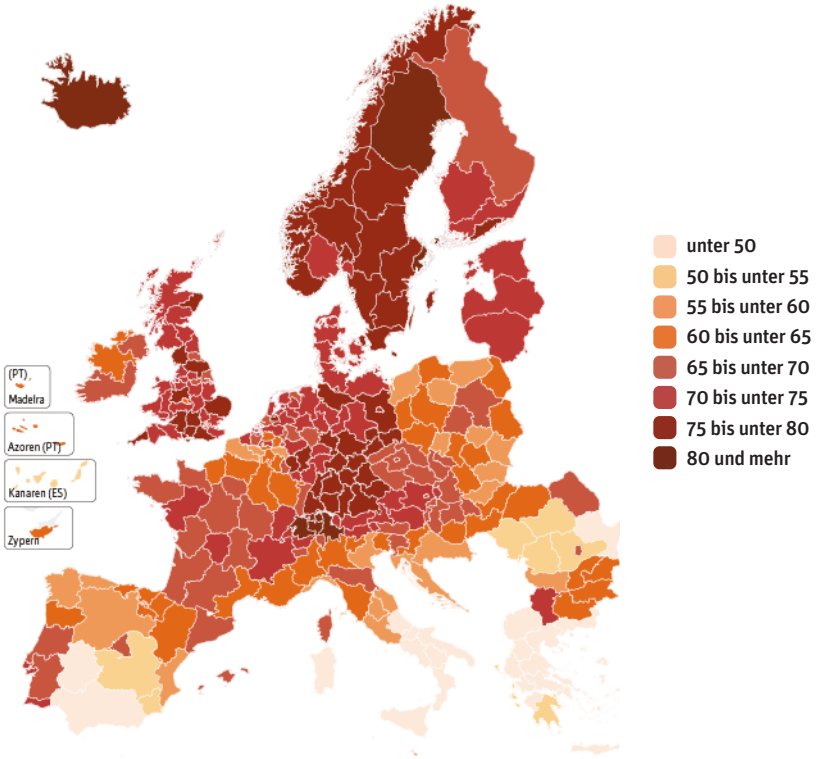
Der sogenannte Ölpreisschock hat am norwegischen Selbstverständnis vom dauerhaft guten Leben gerüttelt. Viele Jahrzehnte war es selbstverständlich gewesen, dass sich das Wachstum noch lange fortsetzt. Das Ende der Erdöl- und Erdgasvorkommen schien in weiter Ferne. Nun verloren allein zwischen 2014 und 2016 insgesamt 36.000 Menschen ihre Jobs – eine recht große Anzahl für das 5,2-Millionen-Einwohner-Land. Zuvor hatte es letztmalig Ende der 1980er Jahre einen so starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben.[12]

Doch im europäischen Vergleich war der Einbruch nicht dramatisch. Mit einer Erwerbstätigenquote von knapp 80 Prozent steht Norwegen europaweit an vierter Stelle. Nur in Island, der Schweiz und in Schweden sind noch mehr Menschen in Arbeit. Und wer erwerbstätig ist, verdient auch ausreichend, um sich das teure Leben im Land leisten zu können. Das Medianbruttoeinkommen für eine Vollzeittätigkeit von 4.800 Euro wird allein von der Schweiz übertroffen, EU-weit beträgt es 2.300 Euro.[13]

Um den Wohlstand auch für die Zukunft zu sichern, muss sich Norwegen jedoch mit den Veränderungen auf dem Rohstoffmarkt auseinandersetzen und parallel andere wirtschaftliche Standbeine ausbauen. Laut OECD ist es wichtig, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationskraft und auch die Produktivität der sogenannten Festlandsökonomie zu erhöhen.[14]

Arbeit lockt neue Bewohner

Attraktive Löhne und der hohe Lebensstandard ziehen bis heute zahlreiche Menschen von außerhalb Norwegens an. Vor allem ab Mitte der 2000er Jahre verzeichnete Norwegen jährlich wachsende Wanderungsgewinne. Betrug der Wanderungssaldo – die Differenz von Eingewanderten und Ausgewanderten – im Jahr 2004 gerade einmal 13.000 Personen, lag er 2012 bei über 47.000 Personen. Seitdem sind die Zahlen wieder etwas rückläufig, 2016 gewann Norwegen noch 26.000 Einwohner durch Migration hinzu.[15] Das letzte Jahrzehnt hat dadurch die Bevölkerungsstruktur stark verändert. Im Jahr 2006 waren gerade einmal neun Prozent der Bewohner selbst eingewandert oder hatten Eltern, die ins Land immigriert waren. Zehn Jahre später haben schon knapp 17 Prozent der 5,2 Millionen Einwohner eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte.[16] Gleichzeitig haben die hohen Wanderungsgewinne auch die Einwohnerzahl anwachsen lassen. Heute leben zwölf Prozent mehr Menschen im Land der Fjorde als vor zehn Jahren. Europaweit ist in diesem Zeitraum allein in Luxemburg und auf Zypern die Einwohnerschaft noch stärker angestiegen.[17]



Frauen im Norden häufiger erwerbstätig

Europaweit sind Frauen unterschiedlich stark in das Erwerbsleben eingebunden. Während vor allem in den nordeuropäischen Staaten wie Norwegen, Schweden oder Island, aber auch in der Schweiz, mehr als drei Viertel aller Frauen zwischen 20 und 64 Jahren eine Berufstätigkeit ausüben, sind es in den meisten Staaten im Süden und Osten des Kontinents oft nicht einmal zwei Drittel. Viele erwerbstätige Frauen sind ein Anzeichen für eine gleichberechtigte Gesellschaft. Gleichzeitig gehören die Länder mit den höchsten Anteilen berufstätiger Frauen auch zu den wirtschaftlich erfolgreichsten und wohlhabendsten. Und im europaweiten Vergleich bekommen die Frauen häufig gerade in diesen Ländern viele Kinder. Aufgrund guter Kinderbetreuung und unterstützender Angebote für Familien müssen Frauen sich nicht zwischen Beruf oder Familie entscheiden.

Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren in europäischen Nuts-2-Regionen, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[31])

Eine wichtige Rolle bei der Zuwanderung hat die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osteuropa und Südosteuropa gespielt. Zwar ist Norwegen kein Mitglied der Staatengemeinschaft, gehört jedoch zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Teil des 1994 geschlossenen EWR-Abkommens zwischen den EU-Staaten und den drei Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein ist die Bewegungsfreiheit für Arbeitnehmer zwischen den Ländern. Viele Einwohner der neuen Mitgliedstaaten haben daher die Chance genutzt, in Norwegen arbeiten zu können. Die mit Abstand größte Zuwanderungsgruppe sind Polen – um die 100.000 von ihnen leben heute im Land. Außerdem sind auch zahlreiche Litauer nach Norwegen gekommen, 41.000 insgesamt.[18]

Flüchtlinge nicht uneingeschränkt willkommen

In den letzten Jahren hat sich die Dynamik der Zuwanderung verlangsamt. Trotz wachsender Flüchtlingsströme, die auch bei den nordischen Nachbarn Schweden und Dänemark die Einwanderungszahlen stark ansteigen ließen, ist die Zuwanderung in Norwegen im Saldo rückläufig. Grund sind vor allem weniger Arbeitsmigranten. Die Zahl der Flüchtlinge nahm dagegen auch in Norwegen merklich zu. Im Jahr 2015 stellten 31.000 Personen einen Asylantrag, 20.000 mehr als noch im Jahr zuvor. Auf die Einwohnerzahl gerechnet, suchten europaweit nur in Schweden, Ungarn und Österreich mehr Menschen Schutz.[19]

Doch auch Norwegen ergriff mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen Maßnahmen zur Begrenzung des Zustroms. So führte die norwegische Regierung trotz Schengen-Mitgliedschaft bereits im Herbst 2015 wieder Grenzkontrollen ein und überprüft seitdem Einreisende, die mit Fähren oder über den Landweg kommen. Sie verabschiedete außerdem die Verschärfung von Asylgesetzen: Wer nicht nachweislich Schutz benötigt oder diesen in einem Drittstaat oder auch in einer anderen Region seines Heimatlandes ebenfalls findet, kann nun schneller abgeschoben werden. Weiterhin müssen zukünftig auch Ältere an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. Für bestimmte Flüchtlingsgruppen wurde die Wartezeit auf einen dauerhaften Aufenthalt von vier auf sechs Jahre verlängert. Und für Personen mit subsidiären Schutz wird es schwieriger, Familienangehörige nachzuholen.[20] Eine Informationskampagne und ein extra eingerichtetes Internetportal informieren potenzielle Asylbewerber schon vor ihrer Ankunft über die neuen Regularien und sollen sie gegebenenfalls davon abhalten, sich auf den Weg nach Norwegen zu machen.[21]

Wie weit der Einbruch der Flüchtlingszuwanderung 2016 allein mit dieser neuen Gesetzgebung zu tun hat, ist schwer zu sagen. In dem Jahr erreichten insgesamt deutlich weniger Flüchtlinge den Norden Europas. In Norwegen stellten nur noch 3.500 Menschen einen Antrag auf Asyl, der niedrigste Wert seit 1997.[22]

Noch jung und geburtenstark

Neben der Zuwanderung tragen auch Geburtenüberschüsse zuverlässig zum Wachstum der norwegischen Bevölkerung bei. Ein Grund dafür ist, dass die Bewohner im europäischen Vergleich noch recht jung sind. Während das Medianalter im Europäischen Wirtschaftsraum aktuell bei 42,6 Jahren liegt, beträgt es in Norwegen weniger als 40 Jahre. In Deutschland, dem europäischen Staat mit dem höchsten mittleren Alter, ist die Hälfte der Bevölkerung bereits älter als 45,8 Jahre.[23]

Gleichzeitig setzen Frauen in Norwegen mit 1,73 Kindern mehr Nachwuchs in die Welt als der europäische Durchschnitt.[24] Lange Zeit lag die norwegische Geburtenziffer auch über jener der Nachbarn Dänemark und Schweden.[25] Aktuell hat Norwegen diesen Vorsprung jedoch eingebüßt, seit 2010 werden Jahr für Jahr weniger Kinder pro Frau geboren. Genaue Erklärungen, woran das liegen könnte, gibt es bisher wenige. Auffällig ist allerdings, dass norwegische Frauen immer später im Leben ihre Kinder bekommen und es immer seltener mehr als zwei sind.[26] Möglicherweise hat die Wirtschaftskrise eine Rolle gespielt. Daher ist aktuell schwer vorhersehbar, ob die sinkende Geburtenziffer ein anhaltender Trend ist. Eigentlich sind die Rahmenbedingungen, die eine Familiengründung unterstützen, in Norwegen gut. So existieren wie in den anderen skandinavischen Staaten auch umfassende Elternzeitregelungen, die Mütter und Väter im ersten Jahr nach der Geburt finanziell großzügig unterstützen. Wählen Eltern etwa eine Auszeit von 49 Wochen, finanziert der Staat 100 Prozent ihres vorherigen Einkommens – bei einer längeren Auszeit immerhin noch 80 Prozent – bis zu einem Jahreshöchstbetrag von aktuell umgerechnet rund 60.000 Euro.[27] Norwegen war außerdem das erste nordische Land, das sogenannte Vätermonate einführte. Zehn Wochen der Elternzeit müssen vom anderen Partner – in der Regel dem Vater – genommen werden, sonst verfällt der Anspruch auf die Auszeit und auf das damit verbundene Geld.[28]

Ist die staatlich geförderte Babypause vorbei, haben Kinder das Recht auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz. Während es in den skandinavischen Nachbarländern schon lange selbstverständlich ist, dass bereits kleine Kinder außerhalb ihres zu Hauses betreut werden, ist Norwegen ein Nachzügler in dieser Hinsicht. 1990 besuchten gerade einmal elf Prozent der unter Dreijährigen einen Kindergarten. In Dänemark war es schon damals fast jedes zweite Kleinkind und in Schweden jedes dritte. Heute verbringt auch in Norwegen mehr als die Hälfte der Kinder dieser Altersgruppe ihre Tage in einem Kindergarten.[29] Damit steht das Land europaweit inzwischen an dritter Stelle – hinter Dänemark und Schweden.[30]

ISLAND – Spitzenreiter hoch im Norden

Bis vor kurzem bekamen Frauen in Island europaweit die meisten Kinder. Mit einer Geburtenziffer von 2,23 lag die Zahl der Kinder je Frau 2009 sogar über dem Niveau, das langfristig für eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung nötig ist.[1] Doch seit einigen Jahren werden immer weniger Kinder geboren. Im Jahr 2016 erreichte die Geburtenziffer mit 1,75 Kindern je Frau den niedrigsten bisher gemessenen Stand.[2] Frankreich, Irland und Schweden weisen inzwischen höhere Werte auf.[3]

Die rückläufige Geburtenziffer könnte langfristig das Bevölkerungswachstum verlangsamen. Heute bewohnen die Vulkaninsel im Atlantik mehr als doppelt so viele Menschen wie Ende der 1950er Jahre. Den Anstieg auf inzwischen über 330.000 Einwohner hat Island vor allem seinen hohen Geburtenzahlen zu verdanken. Denn Zuwanderung prägt den Inselstaat erst seit etwa einem Jahrzehnt. Lebten 2005 noch nicht einmal vier Prozent Ausländer im Land, waren es im Jahr 2016 bereits acht Prozent.[4] Die mit Abstand größte Zuwanderungsgruppe sind wie vielerorts in Europa Polen – über 12.000 wohnen inzwischen in Island.[5]

Es sind vor allem die guten Arbeitsmöglichkeiten, die Migranten auf die Insel locken. Die Zuwanderung ist dann hoch, wenn es der isländischen Wirtschaft gut geht. Und aktuell geht es ihr sehr gut. Allein 2016 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um sieben Prozent – Höchstwert unter allen europäischen Staaten.[6] Bis heute verdient Island einen Großteil seines Geldes mit seinen natürlichen Reichtümern: Wasser, Vulkane, Fisch und atemberaubende Landschaften gibt es im Überfluss. Die Säulen der Wirtschaft bilden daher erneuerbare Energien und energieintensive Industrien, wie Aluminium- und Siliziumherstellung, Fischerei und der stetig wachsende Tourismus.[7] Im Jahr 2016 besuchten fast 1,8 Millionen Ausländer das Land. In den letzten zehn Jahren haben sich die Besucherzahlen vervierfacht und das Tourismusgeschäft inzwischen zum größten Wirtschaftszweig gemacht.[8]

Island hat sich im Unterschied zu anderen europäischen Ländern vollständig vom wirtschaftlichen und finanziellen Einbruch erholt, welcher der Finanzkrise im Jahr 2008 folgte. Der Bankencrash hatte das Land hart getroffen und zahlreiche verschuldete Unternehmen und Privatpersonen zurückgelassen. In der Folge stieg die Arbeitslosigkeit von drei Prozent im Jahr 2008 um mehr als 100 Prozent auf über sieben Prozent in 2009. Doch der Trend hat sich wieder umgekehrt. In keinem europäischen Land sind heute weniger Menschen ohne Arbeit – gerade einmal drei Prozent Arbeitslose zählte Island im Jahr 2016.[9]

Island schafft es, seinen Wohlstand von breiten Schichten der Bevölkerung erwirtschaften zu lassen. Knapp 88 Prozent der 20- bis 64-Jährigen sind berufstätig, die höchste Erwerbstätigenquote in ganz Europa. Und auch die Frauen sind ganz vorn dabei und arbeiten fast genau so häufig wie Männer. Eine weibliche Erwerbstätigenquote von mehr als 84 Prozent erreicht kein anderes europäisches Land.[10]

Die gute Einbindung von Frauen ins Erwerbsleben ist ein Grund, warum Island als Vorbild in Sachen Gleichberechtigung von Frauen und Männern gilt. Im Global Gender Gap Report belegte Island 2016 den ersten Platz von insgesamt 144 Ländern.[11] Der Inselstaat wurde nicht nur als erstes Land der Welt von einer Staatspräsidentin regiert. Auch Vorstandsposten großer Unternehmen sind inzwischen fast zur Hälfte von Frauen besetzt. Kein anderes nordeuropäisches Land hat es trotz aller Fortschritte in der Gleichberechtigung bisher so weit gebracht.[12] Doch alle Ziele sind auch in Island noch nicht erreicht. Gegen die Gehaltslücke zwischen den Geschlechtern gehen die Frauen weiter regelmäßig auf die Straße. Aber auch hier könnte Island bald Vorreiter werden. Zum Frauentag im März 2017 verkündete die Regierung, dass sie demnächst ein Gesetz erlassen will, dass Unternehmer dazu verpflichtet, Frauen und Männer gleich zu bezahlen.[13]

SCHWEDEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	9,9	Medianalter (2016)	36,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	11,2	Lebenserwartung (2015)	81,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	12,7	BIP/Einwohner in Euro (2016)	56.800
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,85	BIP/Einwohner in KKS (2016)	51.300
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	6,7	Arbeitslosenquote (2016)	7,9

Die Großzügigkeit stößt an Grenzen

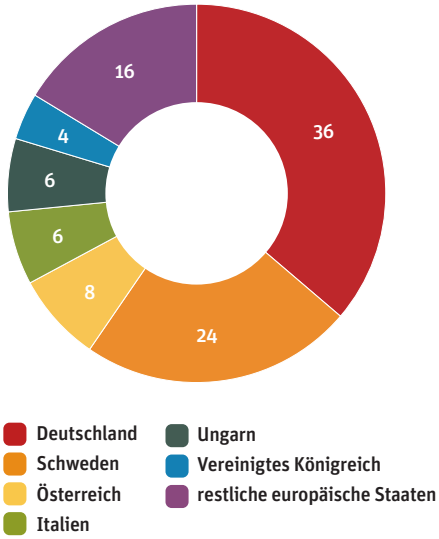
Im Jahr 2015 stellten über 160.000 Personen in Schweden einen Antrag auf Asyl. Für das lediglich knapp zehn Millionen Einwohner zählende Land entsprach dies einer Quote von mehr als 16 Geflüchteten pro 1.000 Einwohner.[1] Allein Ungarn, der erste EU-Staat am Ende der sogenannten Balkanroute, verzeichnete noch mehr Asylanträge pro Einwohner. Doch von dort versuchten viele schnell weiter zu kommen, während Schweden für die meisten das ersehnte Ziel der langen Reise war. Denn eine Aufnahme in dem skandinavischen Königreich bietet sehr viel weitreichendere Chancen und Möglichkeiten als anderswo.

Vom Musterland der Zuwanderung zu europäischen Mindeststandards

Schweden gilt weltweit als eines der Länder mit der großzügigsten Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Im Migrant Integration Policy Index von 2015 nimmt es unter 38 Staaten den ersten Rang ein. Der Index vergleicht die Integrationspolitik der EU-Staaten und ausgewählter anderer Länder unter anderem im Hinblick auf den Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildung, Chancen auf unbefristeten Aufenthalt und die Möglichkeiten zur Einbürgerung sowie Antidiskriminierung.[2]

Die jüngere Zuwanderungsgeschichte Schwedens begann in den 1950er Jahren, als angeworbene Arbeitskräfte ins Land kamen. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern ging die Politik frühzeitig davon aus, dass viele der Menschen nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft im Land bleiben würden. Die als Arbeitskräfte Zugewanderten erhielten von Anfang an einen unbefristeten Aufenthalt.[3] Auch in den folgenden Jahrzehnten zeichnete sich die schwedische Zuwanderungspolitik durch vergleichsweise großzügige Regelungen gegenüber Neuankömmlingen aus. So galten in Schweden im Zuge der EU-Erweiterungen 2004 und 2007 keinerlei Freizügigkeitsbeschränkungen für die Bewohner der neuen Mitgliedstaaten.[4] Und Arbeitsmigranten brauchen bis heute für eine Aufenthaltserlaubnis nichts weiter als einen Arbeitsvertrag mit einer schwedischen Firma.[5]

Bis vor kurzem galt auch die Asylgesetzgebung im Vergleich mit anderen Staaten als enorm attraktiv. Anerkannte Asylbewerber erhielten in der Regel eine unbefristete



Zentrales Fluchtziel der Jüngsten

Unter den Flüchtlingen, die 2015 und 2016 nach Europa kamen, waren auch zahlreiche unbegleitete Minderjährige. Von den 160.000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren landete ein knappes Viertel in Schweden. Damit trägt das Land nach Deutschland den zweitgrößten Anteil an dieser Flüchtlingsgruppe, die besondere Aufmerksamkeit und Betreuung benötigt. Denn diese jungen Menschen sind nicht nur auf sich allein gestellt, sondern oft auch von den Ereignissen in ihren Heimatländern und auf der Flucht traumatisiert.

Verteilung der Asylanträge von mutmaßlich unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in EU- und Efta-Staaten in Prozent, 2015 und 2016*
(Datengrundlage: Eurostat[35])

* Für einige Staaten sind noch keine Daten für 2016 verfügbar. Dabei handelt es sich ausschließlich um Länder in der Kategorie „restliche europäische Staaten", die bereits 2015 nur einen geringen Anteil der unbegleiteten Minderjährigen aufgenommen hatten.

Aufenthaltserlaubnis. Nach nur einem Jahr legalen Aufenthalts im Land standen allen Migranten und anerkannten Flüchtlingen die allgemeinen staatlichen Sozialleistungen zu. Und viele Asylsuchende lebten statt in großen Aufnahmeeinrichtungen in regulären Wohnungen.[6] Doch Schweden stieß mit dem immer stärker wachsenden Flüchtlingszustrom an seine Grenzen. Neuankömmlinge konnten kaum noch adäquat untergebracht werden und die Asylverfahren dauerten immer länger.

Die rot-grüne Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Stefan Löfven entschloss sich daher, die Asylregeln zu verschärfen. Im Juli 2016 trat das auf drei Jahre befristete Gesetz zur Begrenzung des Aufenthaltsrechts in Kraft. Für die nun nach Schweden kommenden Schutzsuchenden wurde etwa die Familienzusammenführung stark erschwert.[7] Außerdem führte Schweden Anfang 2016 wieder temporäre Grenzkontrollen ein. Mit der Annäherung der eigenen Flüchtlingspolitik an die Minimalstandards europäischer und internationaler Richtlinien bezweckt die schwedische Regierung eine gleichmäßigere Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union.[8] Immerhin haben Asylsuchende weiterhin von Beginn an Zugang zum Arbeitsmarkt, und selbst abgelehnte Asylbewerber haben die Chance, einen Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit zu beantragen.[9]

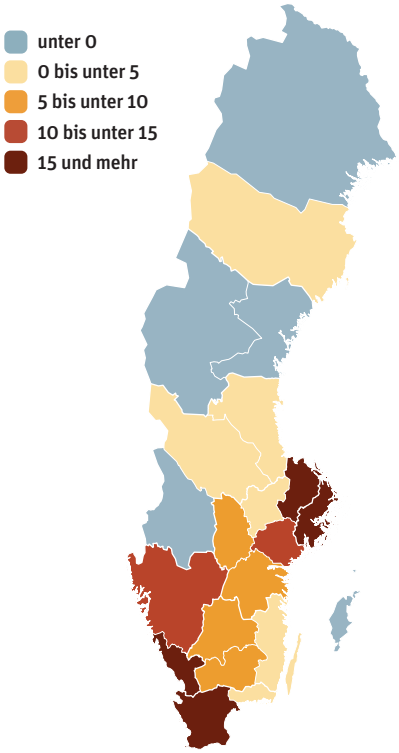
Beständiges Bevölkerungswachstum

Inwiefern die aktuellen Einschränkungen die Zuwanderung langfristig begrenzen, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum beurteilen. Sicher ist, dass die liberalen Einwanderungsgesetze der letzten Jahrzehnte die schwedische Gesellschaft nachhaltig geprägt haben. Im Jahr 2016 hatten 17 Prozent der Einwohner Schwedens das Licht der Welt im Ausland erblickt. Bezieht man noch diejenigen ein, von denen mindestens ein Elternteil außerhalb Schwedens zur Welt kam, hat fast jeder dritte Einwohner eine migrantische Familiengeschichte.[10]

Zuwanderung trägt maßgeblich zum schwedischen Bevölkerungswachstum bei. Aber auch die zweite mögliche Voraussetzung für Zuwachs ist in Schweden gegeben: Jahr für Jahr kommen mehr Kinder zur Welt als Menschen sterben.[11] Mit einer Geburtenziffer von 1,85 bringen schwedische Frauen nicht nur im europäischen Vergleich viele Kinder zur Welt. Sie überflügeln auch ihre nordischen Nachbarn.[12] Dies ist bemerkenswert, da noch zur Jahrtausendwende Schweden mit 1,55 Geburten pro Frau die mit Abstand niedrigste Geburtenziffer aller nordischen Staaten verzeichnet hatte.[13] Verantwortlich dafür war eine Rezession zu Beginn der 1990er Jahre gewesen: Während die Arbeitslosigkeit stark zunahm, kamen immer weniger Kinder zur Welt.[14]

Fast gleiche Chancen für Männer und Frauen

Auch wenn es in den 1990er Jahren einen Geburtenknick gab, so gilt die schwedische Familienpolitik im internationalen Vergleich als beispielhaft. Schon seit den 1970er Jahren verfolgt sie das generelle Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu unterstützen. Bestandteile dieser Politik sind eine individuelle Besteuerung, ein gut ausgebautes und staatlich subventioniertes Kinderbetreuungssystem sowie großzügige Elternzeitregelungen mit einem finanziellen Ausgleich von fast 80 Prozent des vorherigen Einkommens bis zu einem täglichen Höchstbetrag von umgerechnet 100 Euro.[15] Schweden war das erste Land weltweit, das es ab 1974 auch Vätern ermöglichte, bezahlte Elternzeit in Anspruch zu nehmen und damit eine gleichere Aufteilung von Familienaufgaben zwischen Männern und Frauen förderte.[16] Der Väteranteil an der gesamten gewährten Elternzeit des Jahres 2015 betrug fast 27 Prozent, ein Vorzeigewert. Im benachbarten Norwegen waren es nur 21 Prozent, in Dänemark und Finnland sogar weniger als zehn Prozent.[17]



Ungleiches Wachstum

Die Bevölkerung Schwedens wächst kontinuierlich. Im Jahr 2017 werden aller Vorrausicht nach erstmalig über zehn Millionen Menschen im Land leben. Auch die aktuellen Vorausberechnungen gehen von einer anhaltenden Zunahme der Einwohnerzahlen aus, 2040 dürften es bereits 12 Millionen Menschen sein.[37] Doch das Wachstum konzentriert sich allein auf die südlichen Regionen und dabei vor allem die drei größten Städte Stockholm, Göteborg und Malmö mit ihrem Umland. Den Großteil der Landesfläche bilden dagegen dünn besiedelte ländliche Räume, deren Einwohnerzahlen stagnieren oder gar rückläufig sind.

Entwicklung der Einwohnerzahlen in den einzelnen Regierungsbezirken (län) Schwedens in Prozent, 2000-2016
(Datengrundlage: Eurostat[36])

Dass die familienpolitischen Maßnahmen Wirkung haben, zeigt auch die hohe Erwerbsbeteiligung schwedischer Frauen. Sie bekommen im EU-Vergleich nicht nur überdurchschnittlich viele Kinder, sondern sind auch am stärksten in den Arbeitsmarkt eingebunden: Rund 79 Prozent der 20- bis 64-jährigen Frauen gingen im Jahr 2016 einer Beschäftigung nach.[18] Zudem sind in keinem anderen EU-Staat mehr Mütter mit Kindern unter 15 Jahren berufstätig.[19]

Wirtschaftlich gut aufgestellt ...

Auch die Erwerbstätigenquote der gesamten schwedischen Bevölkerung steht an erster Stelle aller EU-Staaten.[20] Ermöglicht wird dies durch eine innovative, breit aufgestellte und wettbewerbsfähige Wirtschaft, die auch die globale Finanzkrise 2008 besser als manch anderes Land gemeistert hat.[21] Im Jahr 2015 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 4,1 Prozent an, 2016 um weitere 3,3 Prozent.[22] Eine wichtige Stütze der ökonomischen Entwicklung ist die starke Binnennachfrage. Hohe Löhne helfen dabei. Mit einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von 28.500 Euro im Jahr 2015 steht den Schweden im Vergleich zu anderen Europäern besonders viel Geld auch für privaten Konsum zur Verfügung. Nur in vier anderen europäischen Ländern haben die Bewohner nach Abzug von Steuern und Abgaben noch mehr in der Tasche, darunter in den nordischen Nachbarstaaten Norwegen und Dänemark.[23]

Doch die schwedische Wirtschaft hat auch schon schwierige Zeiten hinter sich. Einige Jahre vor der weltweiten Rezession kämpfte Schweden mit seiner eigenen Finanzkrise. Ein schnelles Kreditwachstum und eine überdurchschnittliche Inflation ließen eine Immobilien- und Aktienblase entstehen. Diese platzte, als die Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre anfing zu schwächeln, und ließ strauchelnde Banken zurück, die teilweise vom Staat gerettet wurden. Schon zuvor hatten die steigenden Ausgaben des Wohlfahrtsstaates ein immer größeres Loch in den öffentlichen Haushalt gefressen.[24]

In der Folge der Krise machte sich der Staat daran, seinen Haushalt zu konsolidieren. Neben Steuererhöhungen umfasste dies im Laufe der folgenden Jahre immer wieder Kürzungen im großzügigen Sozialsystem. Dazu gehörte unter anderem, dass Lohnersatzleistungen im Krankheitsfall sanken, Renten- und Kindergeldleistungen nicht weiter anstiegen und der wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungssektor immer stärker privatisiert wurde.[25] Die grundlegendste Reform galt dem Rentensystem, das nun mehr Verantwortung für die Altersvorsorge in die Hand jedes Einzelnen legt, aber dennoch eine Grundversorgung für alle gewährleistet. Auch wann genau der „dritte" Lebensabschnitt beginnen soll, kann jeder individuell bestimmen. Wer länger arbeitet, erhält am Ende auch eine höhere Rente.[26]

... doch nicht alle profitieren gleichermaßen

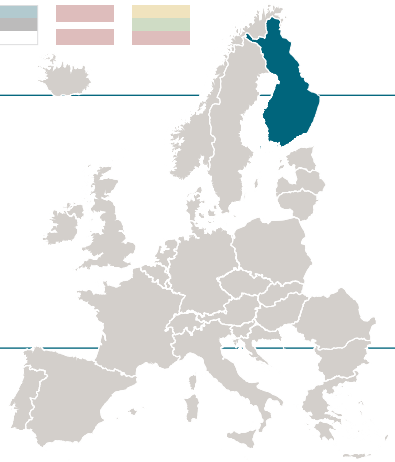
Die nun fast drei Jahrzehnte andauernde Spar- und Liberalisierungspolitik des schwedischen Staates hat einen im europäischen und weltweiten Vergleich wenig verschuldeten Haushalt zurückgelassen. Der Schuldenstand von 44 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist gerade einmal halb so groß wie im Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten.[27]

Doch diese Politik geht auch zu Lasten des allumsorgenden Wohlfahrtsstaates, als welcher der schwedische lange galt. Kritiker bringen an, dass die Ungleichheiten in den letzten Jahrzehnten gestiegen sind und unter anderem die Qualität der Bildung immer stärker vom elterlichen Einkommen abhängig ist.[28] In den letzten beiden Jahrzehnten haben die Unterschiede in der Lohntüte tatsächlich zugenommen.[29] Zeitgleich hat Schweden auch seine Rolle als Bildungsvorbild eingebüßt. In internationalen Vergleichen schulischer Leistungen, wie Pisa oder Timss, ist das Land nach der Jahrtausendwende zum Teil unter den Durchschnitt gerutscht.[30]

Im europäischen Vergleich wird ein Verschwinden des schwedischen Gleichheitsprinzips jedoch bisher kaum sichtbar. Gerade einmal 16 Prozent der Bewohner Schwedens waren 2015 von Armut bedroht, der zweitniedrigste Wert innerhalb der EU.[31] Ein Grund dafür liegt sicher darin, dass der Staat trotz aller Optimierungs- und Sparmaßnahmen noch immer fast jede dritte Krone seines Bruttoinlandsproduktes für die soziale Sicherung ausgibt.[32]

Deutlicher wird die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Während unter den in Schweden Geborenen gerade einmal vier Prozent der 20- bis 64-jährigen Erwerbspersonen 2016 ohne Beschäftigung waren, betrug der Anteil unter den im Ausland Geborenen über zehn Prozentpunkte mehr. In keinem anderen EU-Staat ist die Diskrepanz so groß.[33] Die überdurchschnittliche Aufnahme von Flüchtlingen, auch schon vor dem großen Ansturm in den 2010er Jahren, ist sicherlich ein Grund für diese Unterschiede. Viele Migranten, die aus humanitären Gründen in Schweden Zuflucht fanden, kamen mit niedrigen beruflichen Qualifikationen und haben es entsprechend schwer, eine Beschäftigung zu finden.[34]

FINNLAND



Einwohnerzahl in Mio. (2016)	5,5	Medianalter (2016)	42,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	5,7	Lebenserwartung (2015)	81,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	5,7	BIP/Einwohner in Euro (2016)	39.000
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,65	BIP/Einwohner in KKS (2016)	31.500
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	3,0	Arbeitslosenquote (2016)	8,8

Auf dem Weg zum Einwanderungsland

Not macht erfinderisch. Auch unter Flüchtlingen. Weil die Überfahrt über das Mittelmeer gefährlich ist und Länder entlang der sogenannten Balkanroute eins nach dem anderen ihre Grenzen schlossen, wählten einige Flüchtlinge Ende 2015 den Polarkreis an der russisch-finnischen und russisch-norwegischen Grenze als Eingangspforte nach Europa – auf Fahrrädern. Letzteres war nötig, da Russland das Überqueren der Grenze zu Fuß untersagt, Finnland und Norwegen aber keine Autoinsassen ohne Dokumente akzeptieren. Rund 700 Schutzsuchende gelangten über die sogenannte Eis- oder Polarroute nach Finnland, bevor das Land die ungewöhnliche Praxis verbot.[1] Insgesamt stellten 2015 rund 32.500 Menschen einen Asylantrag in dem Land der tausend Seen. Das entspricht neun- bis zehnmal so vielen Menschen wie in den Jahren zuvor oder 5,9 Asylanträgen je 1.000 Einwohner. Höhere Werte verzeichneten in der EU einzig Ungarn, Schweden und Österreich.[2]

Zuwanderung in nennenswertem Ausmaß ist ein recht neues Phänomen in Finnland. Lange Zeit verließen mehr Menschen das abgeschiedene Land im hohen Norden des Kontinents als neue von anderswo hinzukamen.[3] Noch 1990 war nur etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren.[4] Dies änderte sich mit dem Zerfall der Sowjetunion. Vor allem ethnische Finnen kamen so in das Land ihrer Vorfahren zurück. Sie bekamen – zumindest bis 2010 – automatisch eine Aufenthaltsgenehmigung.[5] Später, mit dem Beitritt vieler osteuropäischer Staaten zur EU ab dem Jahr 2004, kamen dann auch erstmals Ausländer in größerer Zahl nach Finnland. So verzeichnet Finnland seit inzwischen zehn Jahren eine Netto-Zuwanderung von mehr als 10.000 Menschen pro Jahr.[6]

Das Ergebnis von all dem ist, dass aktuell immerhin sechs Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren sind.[7] Im EU-Vergleich ist dies immer noch ein geringer Wert.[8] Und die meisten in Finnland wohnhaften Ausländer kommen aus den Nachbarstaaten Russland, Estland und Schweden.[9] Mit der steigenden Zuwanderung aus Drittstaaten, vor allem im Zuge der Konflikte im Nahen Osten, betritt Finnland daher Neuland. Integrationsfragen werden in naher Zukunft an Bedeutung gewinnen – auch, weil es Finnland bislang nicht sonderlich gut gelingt, seinen Zuwanderern Perspektiven zu eröffnen. So liegt die Arbeitslosenquote unter Migranten bei 17,5 Prozent. Damit sind im Ausland Geborene mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Einheimische – im EU-Durchschnitt ist es nur rund 1,5-mal so oft.[10]

Dabei erhält die Integrationspolitik Finnlands in internationalen Vergleichen sogar gute Noten. Verbesserungspotenzial gibt es aber weiterhin beim Zugang zur Gesundheitsversorgung und zur Bildung.[11] Die finnische Regierung hat dies erkannt und in der „Future of Migration 2020 Strategy“ Wege erarbeitet, wie sich die Integration verbessern und die Vielfalt der Gesellschaft stärken ließe. Dafür will sie etwa Sprachkurse ausbauen und Freizeitangebote für Migrantenkinder öffnen.[12]

Auch wegen der Zuwanderung kann Finnland auf eine wachsende Bevölkerung bauen. Alleinverantwortlich ist sie für das Wachstum indes nicht. Denn in Finnland werden weiterhin mehr Menschen geboren als sterben. Im Jahr 2015 lag das Plus allerdings nur noch bei knapp 3.000 Personen, nachdem es bis 2010 regelmäßig mehr als 10.000 gewesen waren. Grund für die Geburtenüberschüsse ist die im europäischen Vergleich recht hohe Geburtenziffer von 1,65 Kindern je Frau.[13] Sie wird ermöglicht von einer großzügigen Familienpolitik, die auch auf die öffentliche Betreuung schon sehr kleiner Kinder setzt. Mehr als ein Drittel der Kinder unter drei Jahren wird öffentlich betreut. Allerdings sind die Kinderzahlen gerade in den vergangenen – für Finnland wirtschaftlich schwierigen – Jahren recht deutlich gefallen: Noch 2010 lag die Geburtenziffer bei 1,87 Kindern je Frau.[14]

Dessen ungeachtet dürfte die Bevölkerung Finnlands bis 2050 von derzeit 5,5 Millionen auf 5,7 Millionen Menschen anwachsen. Der

Alterung der Gesellschaft kann sich jedoch auch Finnland nicht entziehen. Schon heute ist etwa jeder fünfte Einwohner 65 Jahre oder älter. Damit zählt Finnlands Bevölkerung zu den ältesten in der EU. Künftig dürfte sich die Alterung zwar etwas verlangsamen, doch schon 2030 dürfte trotzdem knapp jeder Vierte mindestens 65 Jahre alt sein.[15] Um die Folgen dieser Entwicklung abzumildern, sieht die Migrationsstrategie auch vor, Finnland attraktiver für neue Zuwanderer zu machen.[16] Darüber hinaus sollen Finnen in Zukunft länger arbeiten. Erst jüngst brachte die Regierung eine Rentenreform auf den Weg, die das Renteneintrittsalter daran koppeln soll, wie sich die Lebenserwartung entwickelt.[17] Steigt sie, steigt auch die Altersgrenze, sinkt sie aber, dürfen Finnen auch kürzer arbeiten.

Humankapital und Holz als wichtigste Ressourcen

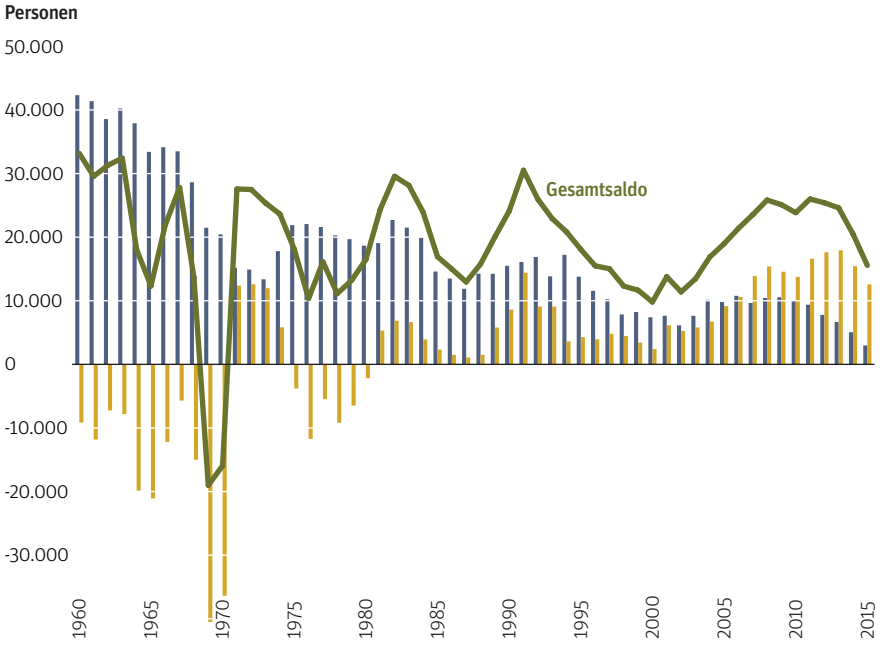
Rein vom Wohlstandsniveau betrachtet ist Finnland zweifelsohne attraktiv. Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 39.000 Euro gehört Finnland zu den reichsten Ländern der EU.[18] Darüber hinaus ist es für seine hohen Standards in den Bereichen Bildung, soziale Sicherung und Umweltschutz sowie für seine geringe Ungleichheit bekannt. Dieser hohe Lebensstandard wurde durch die starke wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten ermöglicht und von dem sehr hohen Maß an politischer Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionskontrolle begünstigt.[19] Finnland existiert als eigener Staat überhaupt erst seit 100 Jahren und hat sich in dieser Zeit ungewöhnlich schnell von einer armen Agrargesellschaft mit niedrigem Bildungsstand zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Heute arbeiten zwei von drei Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Trotzdem spielt auch die Industrie weiterhin eine große Rolle, da sie den Großteil der finnischen Exporte erwirtschaftet.[20]

Wegen seiner großen Wälder ist unter anderem die Holzindustrie bedeutend für die finnische Wirtschaft. 2011 belief sich ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt auf vier Prozent – das ist der weltweit höchste Wert eines Industrielandes.[21] Der Beitrag der Holzindustrie zur gesamten Industrieproduktion Finnlands betrug 2014 fast 19 Prozent. Damit war Holz, das eigentlich ein Rohstoff ist, das drittwichtigste Industriegut des Landes. Ganz vorne steht mit einem Anteil von 39 Prozent die Metallindustrie.[22] Was auf den ersten Blick verwundert, erklärt sich damit, dass sich unter dem Schlagwort Metallindustrie in Finnland der gesamte Elektronikbereich findet. Und gerade in der Telekommunikation hat Finnland seine größten Exporterfolge gefeiert. Die Firmen dieser Branche profitieren dabei von Finnlands sehr gut qualifizierten Arbeitskräften, die noch vor dem Holz die wichtigste Ressource der finnischen Wirtschaft darstellen.[23] So verfügen 42 Prozent der Erwachsenen über einen tertiären Bildungsabschluss. Das ist eine der höchsten Quoten weltweit und übersteigt sogar die Werte der nordischen Nachbarländer Dänemark und Schweden.[24] Als Schlüsselfaktoren für die hervorragenden Ergebnisse der finnischen Schüler bei den Schulleistungsuntersuchungen Pisa werden häufig das lange gemeinsame Lernen aller Schüler, die Kompetenz der Lehrkräfte und die Autonomie der Schulen genannt.[25] Zudem zählen die Ausgaben Finnlands für den Bildungssektor mit 6,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu den höchsten im OECD-Vergleich.[26]

Vom Abwanderungs- zum Zuwanderungsland

Bis in die 1980er Jahre war Finnland in den meisten Jahren ein Auswandererland. Doch seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 nehmen die Zuwanderungszahlen stetig zu. Seit einigen Jahren ist Zuwanderung sogar hauptverantwortlich für das Bevölkerungswachstum in Finnland. Dies liegt einerseits an der größer werdenden Zahl an EU-Zuwanderern sowie an Asylbewerbern, andererseits aber auch daran, dass die Geburtenziffer in den letzten Jahren von 1,87 auf 1,65 Kinder je Frau gesunken ist. Der natürliche Saldo, also die Differenz aus Geburten und Sterbefällen, droht daher in den nächsten Jahren ins Negative zu kippen.

Bevölkerungsentwicklung in Finnland, 1960-2015
(Datengrundlage: Eurostat[35])



In letzter Zeit legen einige Bildungsindikatoren jedoch eine leichte Verschlechterung offen.[27] Finnland hat dies zum Anlass genommen, das Schulsystem gründlich zu überholen. Gerade in der Unterrichtsgestaltung schickt sich das Land an, eine Pionierrolle für die Bildung in einer immer stärker vernetzten Welt zu übernehmen. Schulen sollen nämlich künftig neben den traditionellen Fächern wie Mathematik, Physik oder Musik fächerübergreifende Phänomene anhand von Querschnittsthemen lehren. So könnte auf dem Lehrplan statt Geschichte dann die Europäische Union stehen, die beispielsweise aus politischer, geschichtlicher und ökonomischer Sicht beleuchtet wird. „Phänomen- oder auch Problem-orientiertes Lernen" heißt diese Lehrform, die bislang vor allem an verschiedenen europäischen Universitäten mit Erfolg angewendet wird.

Wirtschaft in der Krise

In den letzten Jahren schwächelt die finnische Wirtschaft jedoch. Im Krisenjahr 2009 bracht die Wirtschaftsleistung um 8,3 Prozent ein. Danach erholte sie sich auch dank kurzfristiger Konjunkturprogramme zwar etwas, schrumpfte dann allerdings zwischen 2012 und 2014 erneut.[28] Auch die Arbeitslosigkeit stieg bis 2015 an, vor allem unter Jugendlichen. Trotz leichter Verbesserungen im Jahr 2016 waren zuletzt noch 20,1 Prozent der unter 25-Jährigen Erwerbspersonen auf Jobsuche – mehr als im EU-Mittel.[29] Weil sich auch die Staatsschulden seit 2008 nahezu verdoppelt haben (Anstieg von 33 auf 63 Prozent des Bruttoinlandsprodukts),[30] betitelte selbst der eigene Finanzminister Finnland jüngst als neuen „kranken Mann Europas".[31]

Wie aber ist dazu gekommen? Aufgrund ihrer Spezialisierung auf Investitionsgüter und ihrer Exportorientierung ist die finnische Ökonomie stark von der Weltwirtschaft abhängig. Gerade die Nachfrage ihrer größten Handelspartner – allen voran Deutschland, Russland und Schweden – entscheidet zu einem großen Teil über das Wohlergehen der Finnen. Der starke Einbruch während der Krise war vor diesem Hintergrund zu erwarten. Doch darüber hinaus haben in den letzten Jahren sowohl die Forst- und Papierindustrie als auch die Metall- und Elektroindustrie an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Nachfrage nach finnischen Papierprodukten hat sich im Zuge der Verbreitung digitaler Medien und aufgrund der gestiegenen internationalen Konkurrenz deutlich verringert. Die Elektroindustrie wiederum wurde hart davon getroffen, dass der Telekommunikationsausrüster Nokia – bekannt für seine herausragende Stellung in der finnischen Wirtschaft – die sogenannte Smartphone-Revolution weitgehend verschlafen hat.[32]

Der Erfolg der finnischen Wirtschaft wird in den kommenden Jahren davon abhängen, wie sich die Exporte entwickeln. Von der inländischen Nachfrage ist nach Meinung von Beobachtern wegen der nur geringen Einkommenszuwächse, der weit verbreiteten Unsicherheit und Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben keine Trendwende zu erwarten.[33] Für mehr Exporte müsste Finnland aber wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. In der Vergangenheit hat es dafür seine Währung abgewertet und so seine Waren im Ausland verbilligt. Dies geht nach der Einführung des Euro nicht mehr. Stattdessen versucht die Regierung, die hohen Lohnkosten in den Griff zu bekommen und so die Preise zu senken.[34]

Vorne mit dabei

In internationalen Kompetenzuntersuchungen wie Pisa belegt Finnland regelmäßig Spitzenplätze. Zwar sind die Punktezahlen in den letzten Jahren leicht gesunken, doch reicht dies immer noch für eine Top-Ten-Platzierung in Naturwissenschaften und Lesen sowie Platz 12 in Mathematik. Um künftig wieder ganz vorne zu landen, hat das Land jüngst eine Bildungsreform auf den Weg gebracht, die bestimmte Themen fächerübergreifend behandeln soll. Damit sollen die Schüler lernen, Probleme wie etwa die globale Wasserversorgung aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu analysieren, anstatt deren ökonomische, hydrologische oder auch soziale Komponenten isoliert voneinander zu betrachten.

Rangliste der OECD-Länder mit den besten Pisa-Ergebnissen, 2015*
(Datengrundlage: OECD[36])

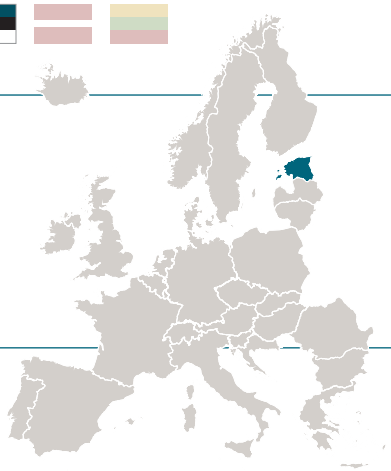
NATURWISSENSCHAFTEN		
1.	Singapur	556
2.	Japan	538
3.	Estland	534
4.	Chinesisch Taipei	532
5.	Finnland	531
6.	Macao	529
7.	Kanada	528
8.	Vietnam	525
9.	Hongkong	523
10.	China	518

LESEN		
1.	Singapur	535
2.	Kanada	527
3.	Hongkong	527
4.	Finnland	526
5.	Irland	521
6.	Estland	519
7.	Südkorea	517
8.	Japan	516
9.	Norwegen	513
10.	Deutschland, Macao, Neuseeland	509

MATHEMATIK		
1.	Singapur	564
2.	Hongkong	548
3.	Macao	544
4.	Taiwan	542
5.	Japan	532
6.	China	531
7.	Südkorea	524
8.	Schweiz	521
9.	Estland	520
10.	Kanada	516
...		
12.	Finnland	511

* China beinhaltet nur die Städte Peking und Shanghai sowie die Provinzen Jiangsu und Guangdong.

ESTLAND



Einwohnerzahl in Mio. (2016)	1,3	Medianalter (2016)	41,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	1,3	Lebenserwartung (2015)	78,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	1,3	BIP/Einwohner in Euro (2016)	15.900
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,58	BIP/Einwohner in KKS (2016)	21.500
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-1,3	Arbeitslosenquote (2016)	6,8

Moderne Dienstleistungen, veraltete Industrie

Estland zählt zu den erfolgreicheren der elf postsozialistischen EU-Länder und verzeichnet mit 15.900 Euro nach Slowenien und Tschechien das dritthöchste Pro-Kopf-Einkommen dieser Gruppe.* Zwar war in kaum einem anderen EU-Land der Einbruch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise stärker als in der Baltenrepublik, doch wie seine Nachbarländer hat sich auch Estland wieder aufgerappelt. Heute liegt die Wirtschaftsleistung in dem 1,3-Millionen-Einwohner-Staat in etwa so hoch wie vor der Krise und die Arbeitslosigkeit mit 6,8 Prozent sogar unter dem EU-weiten Mittel von 8,5 Prozent.[1]

Viele Beobachter werten diese Widerstandsfähigkeit als Ergebnis eines lang angelegten Entwicklungsplans. Bereits kurz nach der Wende investierte der damalige estnische Präsident Mart Laar in den Aufbau einer modernen Infrastruktur für Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT). Estland mauserte sich dadurch zu „E-stonia", einem Vorreiter in Sachen E-Governance und Digitalwirtschaft. Die Esten wählen ihr Parlament übers Handy, erledigen 97 Prozent aller Banktransaktionen online und signieren wichtige Verträge vorzugsweise digital mit ihrem Personalausweis.[2,3] Weltweit kann jeder, ob Este oder nicht, eine E-Residenz in der Baltenrepublik anmelden und erwirbt damit das Recht, alle elektronischen Dienstleistungen im selben Umfang wie Staatsbürger zu nutzen – wie etwa die Möglichkeit, vom anderen Ende der Welt aus ein Unternehmen in Estland zu gründen.[4] Estland gilt auch deswegen als eines der unternehmerfreundlichsten Länder weltweit.[5] Einige Zahlen unterstreichen dies: So wurden im Jahr 2014 je 1.000 Personen im Erwerbsalter in Estland 16 Firmen gegründet – der OECD-Durchschnitt lag zur gleichen Zeit bei 5, jener der EU bei 6.[6] Davon profitiert vor allem die ICT-Branche, die für die estnische Wirtschaft eine immer wichtigere Rolle einnimmt.[7] Seit 2010 hat sie mehrere tausend neue Arbeitsplätze geschaffen.[8]

Gescheite Schüler, ungelernte Berufsanfänger

Im ICT-Bereich liegen die Gehälter deutlich über dem Durchschnittslohn.[9] Und die Chancen, in diesen Genuss zu kommen, stehen gerade für die junge Generation gut. Denn die Entscheidungsträger der 1990er Jahre stärkten die Branche nicht nur durch gute infrastrukturelle Voraussetzungen. Sie sorgten auch dafür, dass ihre Bevölkerung in Sachen Humanvermögen in der Weltspitze mitspielt. Bereits 1998 waren alle Schulen mit dem Internet verbunden.[10] Programmieren ist schon lange Teil des Lehrplans in weiterführenden Schulen und hält derzeit auch Einzug ins Grundschulcurriculum.[11] Auch sonst sind die Esten, was Schulbildung betrifft, zukunftsfest. In der internationalen Vergleichsanalyse Pisa zählen sie zu den Spitzenreitern in allen drei Testfächern: In den Naturwissenschaften liegt Estland auf Platz 3 und hängt alle anderen europäischen Länder ab. Bei der Lesekompetenz sprang 2015 Platz 6 heraus und in Mathematik Platz 9.[12]

Wichtig wäre es, die gute Schulbildung auch jenseits der ICT-Branche für die Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Gerade der Industriesektor gilt weiterhin als rückständig. So mangelt es den Industrieunternehmen nach Ansicht der OECD an Innovationskraft, was sich auch darin niederschlägt, dass sie vornehmlich einfache Waren herstellen.[13] Dies hat dazu geführt, dass rund ein Fünftel aller Arbeitnehmer ein Auskommen im gering qualifizierten Bereich findet.[14] Wenn Estland allerdings auch in der Fertigung zur europäischen Spitze aufschließen will, dürfte die Zahl der Jobs für ungelernte Arbeitskräfte mittelfristig zurückgehen.[15]

*Zu den postsozialistischen EU-Staaten zählen Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien und Kroatien.

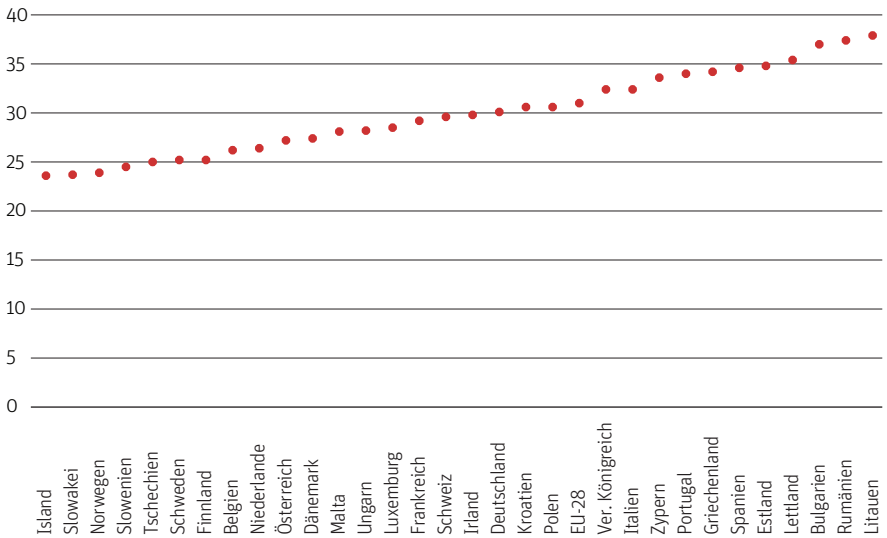
Ungleich verteilter Wohlstand und wenig Nachwuchs

Das Gefälle zwischen den Gehältern in einfachen Industriejobs und Positionen im Dienstleistungssektor führt zu einer großen Ungleichheit im Land. Dem einkommensstärksten Fünftel der Gesellschaft steht im Monat das 6,2-fache des einkommensschwächsten Fünftels zur Verfügung – im Mittel der EU-Staaten ist es das Fünffache. Die große Einkommensungleichheit lässt sich auch darauf zurückführen, dass Estland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt nur etwa halb so viel für Sozialleistungen ausgibt wie die EU-Länder im Durchschnitt.[16] Dies trägt zwar dazu bei, dass Estland die unionsweit niedrigsten Staatsschulden verzeichnet, bedeutet aber auch, dass ein Viertel der Bevölkerung von Armut bedroht ist.[17]

Trotz der Ungleichheit ist der Anteil derjenigen, die große Probleme haben, für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen und grundlegende Konsumgüter zu erwerben, geringer als in den meisten anderen EU-Ländern. Dies liegt unter anderem daran, dass vier von fünf estnische Haushalte im Besitz einer eigenen Wohnung sind und so Mietkosten sparen. Mit dem Ende des Sozialismus wurde der Wohnungsmarkt fast gänzlich privatisiert und so gelangten viele Esten sehr günstig an Eigentumswohnungen. Nur wenige Immobilien sind deshalb über Hypotheken belastet.[18]

Am oberen Ende des Einkommensspektrums gestaltet sich die Lage so gut, dass viele Hochqualifizierte trotz der Grenzöffnungen nach dem EU-Beitritt zunächst keinen Anlass gesehen haben, das Land zu verlassen. Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Ländern, die durch die Öffnung des Binnenmarkts neben tausenden Geringqualifizierten auch viele hochgebildete Nachwuchskräfte an zahlungskräftigere Nachbarländer verloren haben, sind aus Estland bislang vornehmlich sozio-ökonomisch schwächer Gestellte abgewandert.[19] Seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 hat das Land unterm Strich rund 30.000 Einwohner an das Ausland verloren.[20] Viele von ihnen sind nach Finnland gegangen, wo sie in einfachen Berufen arbeiten.[21] So hat die Migration bislang vornehmlich zu einer Entlastung des Arbeitsmarkts beigetragen. Künftig könnte sich dies jedoch ändern. Denn neuere Zahlen deuten darauf hin, dass sich in den letzten Jahren auch Hochgebildete samt ihrer Familien auf die Reise begeben.[22]

Für die Esten bedeutet dies einen schmerzhaften Verlust. Aktuellen Vorausschätzungen zufolge dürfte die Zahl der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 64 Jahren bis 2030 um 8 Prozent und bis 2050 gar um 18 Prozent abnehmen.[23] Dies liegt nicht nur an der Abwanderung, sondern auch daran, dass die Esten nur recht wenige Kinder bekommen. Bis zur Unabhängigkeit hatte die Zahl der Kinder pro Frau über Jahrzehnte hinweg bei etwa zwei gelegen und damit annähernd auf dem Niveau, das für eine stabile Bevölkerung notwendig ist. Danach brach die Geburtenziffer allerdings bis auf einen Tiefstand von unter 1,3 im Jahr 1998 ein. Inzwischen liegt sie wieder bei 1,58, ist allerdings in der jüngsten Wirtschaftskrise abermals gefallen. Bedingt durch diesen Rückgang übersteigt die Zahl der Todesfälle die der Geburten in Estland inzwischen regelmäßig. Der Anstieg der Lebenserwartung drosselt den Bevölkerungsrückgang zwar ein wenig, führt aber gemeinsam mit der Abwanderung vornehmlich junger Leute zu einer rapiden Alterung: Stehen heute 100 Personen im Erwerbsalter nur etwa 31 Ruheständler gegenüber, dürften es 2050 schon 54 sein.[24]



Ungleiche Balten

In kaum einem EU-Land sind die Einkommen so ungleich verteilt wie in Estland. Das zeigt der Gini-Koeffizient. Erreicht er einen Wert von 100, bezieht landesweit eine Person alle Einkommen, während alle anderen leer ausgehen. Bei einem Koeffizienten von 0 verdienen dagegen alle gleich. Mit der großen Einkommensungleichheit ähnelt Estland seinen baltischen Nachbarn. Immerhin zeichnet sich für den nördlichsten Baltenstaat eine leichte Verbesserung ab: Noch 2014 wies Estland das größte Einkommensgefälle der gesamten Union und einen noch höheren Gini-Koeffizienten auf.

Gini-Index der Einkommensverteilung (0=perfekte Gleichverteilung, 100=perfekte Ungleichverteilung) in europäischen Ländern, 2015
(Datengrundlage: Eurostat[25])

LETTLAND

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	2,0	Medianalter (2016)	42,9
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	1,7	Lebenserwartung (2015)	77,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	1,5	BIP/Einwohner in Euro (2016)	12.800
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,70	BIP/Einwohner in KKS (2016)	19.000
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-6,5	Arbeitslosenquote (2016)	9,6

Rückkehr nach Westen

Viele Letten empfinden es als Fehler der Weltgeschichte, dass ihr Land über ein halbes Jahrhundert Teil der Sowjetunion war. Einst im Zuge des Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts von 1939 der Einflusssphäre der Sowjetunion zugeteilt und ein Jahr später offiziell in die UdSSR eingegliedert, setzt Lettland seit seiner Unabhängigkeit 1991 auf eine rasche Annäherung an den Westen. Diese ist dem kleinsten der drei baltischen Staaten auf beeindruckende Art und Weise gelungen – mit den vorläufigen Höhepunkten der Einführung des Euro 2014 und der Aufnahme in die OECD zwei Jahre später.

Nicht nur politisch hat Lettland seit dem Fall des Eisernen Vorhangs viele seiner Ziele erreicht. Auch der Lebensstandard ist deutlich höher als noch in den 1990er Jahren. Allein seit 1995 hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner annähernd verdreifacht und lag 2016 bei 12.800 Euro.[1] Gleichzeitig ist der lettische Staat mit nur 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschuldet und erfüllt damit als einer von zwölf Staaten in der EU die Vorgabe des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der eine Höchstverschuldung von 60 Prozent vorsieht.[2]

Dass Lettland 25 Jahre nach seiner Unabhängigkeit so gut dasteht, war vor einigen Jahren nicht abzusehen: Kein anderes Land musste durch die Finanz- und Wirtschaftskrise Ende der 2000er Jahre größere Wohlstandseinbußen hinnehmen. Binnen dreier Jahre fiel die Wirtschaftsleistung um mehr als 20 Prozent und Lettland stand kurz vor dem Staatsbankrott.[3] Paradoxerweise war der rapide Aufschwung der frühen 2000er Jahre mitverantwortlich für den jähen Absturz zum Ende des Jahrzehnts. Gerade in den Jahren um den EU-Beitritt 2004 profitierte das Land von günstigen Krediten und war Ziel vieler Investoren. Diese schätzten die geringen Lohnkosten und den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Im Glauben an weitere Einkommenszuwächse konsumierten viele Letten mit geliehenem Geld über ihre Verhältnisse. Mit Einsetzen der Krise, welche die Arbeitslosigkeit schnell von fünf auf knapp 20 Prozent anschwellen ließ, konnten sie ihre Schulden dann nicht mehr bedienen.[4] Viele mussten ihre auf Pump gebauten Häuser wieder abstoßen und die Immobilienpreise brachen um rund die Hälfte ein.[5]

Mit Entbehrungen aus der Krise

Dass Lettland trotz des dramatischen Einbruchs die Zahlungsunfähigkeit abwenden und rasch wieder sein ehemaliges Wohlstandsniveau erreichen konnte, lag auch an schnellen und tiefgreifenden Anpassungsprogrammen. Diese kamen unter anderem durch den Druck internationaler Geldgeber wie der EU, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zustande, die den klammen öffentlichen Haushalten im Gegenzug mit Milliardenkrediten aushalfen. Die Reformen trafen besonders den staatlichen Verwaltungsapparat sowie das Gesundheits- und Bildungswesen. So entließ die Regierung unter dem damaligen Präsidenten Valdis Dombrovskis knapp ein Drittel aller Verwaltungsangestellten und kürzte den übrigen das Gehalt um ein Viertel. Landesweit wurden Krankenhäuser und Schulen geschlossen.[6] Zudem erhöhte die Regierung die Mehrwertsteuer und drosselte Sozialausgaben wie Arbeitslosen-, Kinder- und Krankengeld.[7] Als längerfristige Maßnahme beschloss sie außerdem, das gesetzliche Renteneintrittsalter erst auf 62 Jahre und dann schrittweise auf 65 Jahre anzuheben.[8]

Anders als beispielsweise in Griechenland, wo infolge von Sparmaßnahmen innenpolitische Krisen und Arbeitsniederlegungen das öffentliche Leben bestimmten, kam es in Lettland kaum zu Protesten. Dies ist umso erstaunlicher, als das Land immer noch zum ärmsten Viertel der EU gehört und die Einkommen darüber hinaus sehr ungleich verteilt sind.[9] So ist etwa ein Drittel der knapp zwei Millionen Einwohner von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Und

trotz drastischer Verbesserungen in den letzten Jahren haben weiterhin 16 Prozent der Bevölkerung Schwierigkeiten, sich gängige Gebrauchsgüter anzuschaffen – EU-weit sind es nur halb so viele.[10]

Doppelter Verlust

Der im Vergleich zu Westeuropa niedrige Lebensstandard ist auch der Hauptgrund dafür, dass Lettland trotz aller wirtschaftlichen Erfolge weiterhin durch Abwanderung massiv an Bevölkerung verliert. Seit der Staatsgründung 1991 hat das Land so per Saldo 424.000 Einwohner verloren. In jedem einzelnen Jahr verließen mehr Menschen das Land, als aus dem Ausland hinzuzogen.[11] Dies hatte nicht nur mit der wirtschaftlichen Lage zu tun. Gerade in den 1990er Jahren wanderten viele Angehörige der russischen Minderheit, die noch heute etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, aufgrund offener oder verdeckter Diskriminierung aus Lettland ab.[12] Ein Beispiel dieser Diskriminierung ist, dass der lettische Staat allen Russischstämmigen bis 1994 die Staatsbürgerschaft verwehrte. Viele der Betroffenen galten fortan als staatenlos beziehungsweise explizit als „Nichtbürger". Erst auf internationalen Druck und als Vorbedingung für die EU-Mitgliedschaft schaffte die Regierung die Regelung ab.[13]

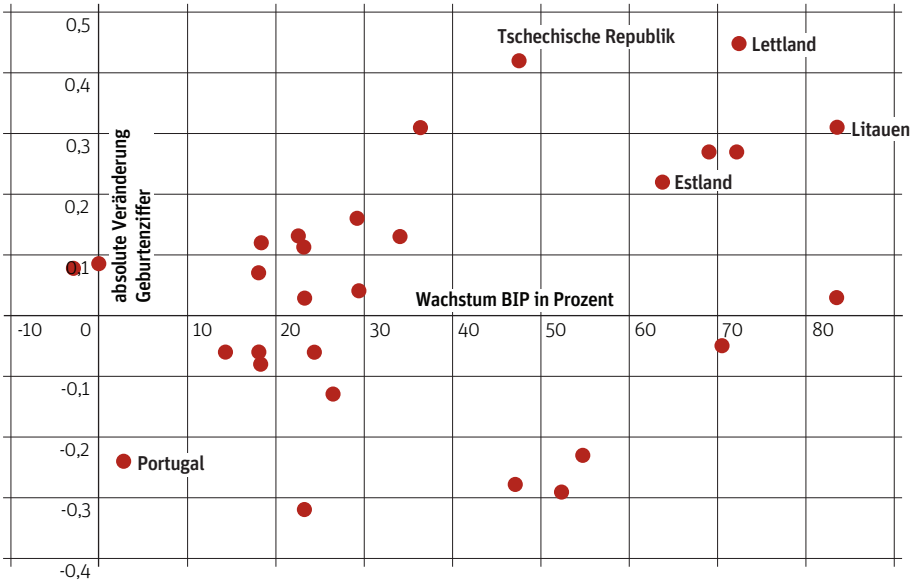
In den vergangenen Jahren stellen allerdings nicht mehr Russischstämmige, sondern Letten die Mehrheit der Auswanderer.[14] Zudem lösten im Jahr 2003 EU-Staaten die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion als beliebteste Wanderungsziele ab. Gerade die „alten" Mitgliedstaaten der EU-15 erfreuen sich steter Zuwanderung aus Lettland – sowohl von Letten als auch von Russischstämmigen.[15] Ähnlich wie unmittelbar vor der Wirtschaftskrise beläuft sich der Wanderungsverlust Lettlands aktuell auf etwa 10.000 Menschen pro Jahr.[16]

Für die Zukunft sind dies demografisch schlechte Aussichten, da selbst in wirtschaftlich guten Zeiten die Bevölkerung das Land verlässt. Hinzu kommt, dass auch Lettland in den 1990er Jahren einen Geburteneinbruch wie fast überall in Mittel- und Osteuropa erlebt hat und aus diesem Grund zusätzlich Bevölkerung verliert. Jedes Jahr sterben mehr Menschen als geboren werden – seit 2000 im Mittel knapp 10.000 Menschen. Erst in den letzten Jahren sind die Sterbeüberschüsse etwas geringer geworden, so dass die Abwanderung wieder der Hauptgrund für Bevölkerungsverluste ist. Die leicht bessere Bilanz bei Geburten und Sterbefällen hängt damit zusammen, dass Frauen im Schnitt wieder mehr Kinder bekommen – aktuell 1,70 – aber auch damit, dass es derzeit noch recht viele Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 20 und 40 Jahren gibt.[17] Letzteres dürfte sich schon bald ändern, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er und 2000er Jahre hauptverantwortlich für den Nachwuchs in Lettland sein werden.

Die Folge von all dem sind weitere Bevölkerungsverluste: Ging die Einwohnerschaft Lettlands zwischen 1991 und 2015 von 2,7 auf 2,0 Millionen Menschen zurück, dürften nach aktuellen Vorausberechnungen im Jahr 2050 nur noch 1,5 Millionen Menschen übrig bleiben. Bezogen auf die Bevölkerungszahl hat nur Litauen in der EU größere Einbußen zu erwarten.[18]

Baltischer Aufschwung

Seit der Jahrtausendwende hat Lettland es geschafft, sein Bruttoinlandsprodukt um mehr als zwei Drittel zu steigern. Gleichzeitig ist die Geburtenziffer um mehr als 0,4 Kinder je Frau gestiegen – mehr als in jedem anderen europäischen Land. Trotzdem dürfte die Bevölkerung Lettlands künftig schrumpfen, zu groß waren die Geburteneinbrüche der 1990er Jahre. Darüber hinaus verdecken die über den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2015 aggregierten Zahlen vorübergehende Einbrüche bei der Wirtschaftskraft und der durchschnittlichen Kinderzahl während der Wirtschaftskrise. Sie verdeutlichen, wie eng Wirtschaft und Demografie nicht nur in Lettland miteinander verwoben sind.



Veränderung der Geburtenziffer und prozentuales Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in europäischen Ländern, 2000-2015
(Datengrundlage: Eurostat[19])

LITAUEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	2,9	Medianalter (2016)	43,1
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	2,4	Lebenserwartung (2015)	74,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	2,0	BIP/Einwohner in Euro (2016)	13.500
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,70	BIP/Einwohner in KKS (2016)	21.900
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-7,5	Arbeitslosenquote (2016)	7,9

Keiner schrumpft schneller

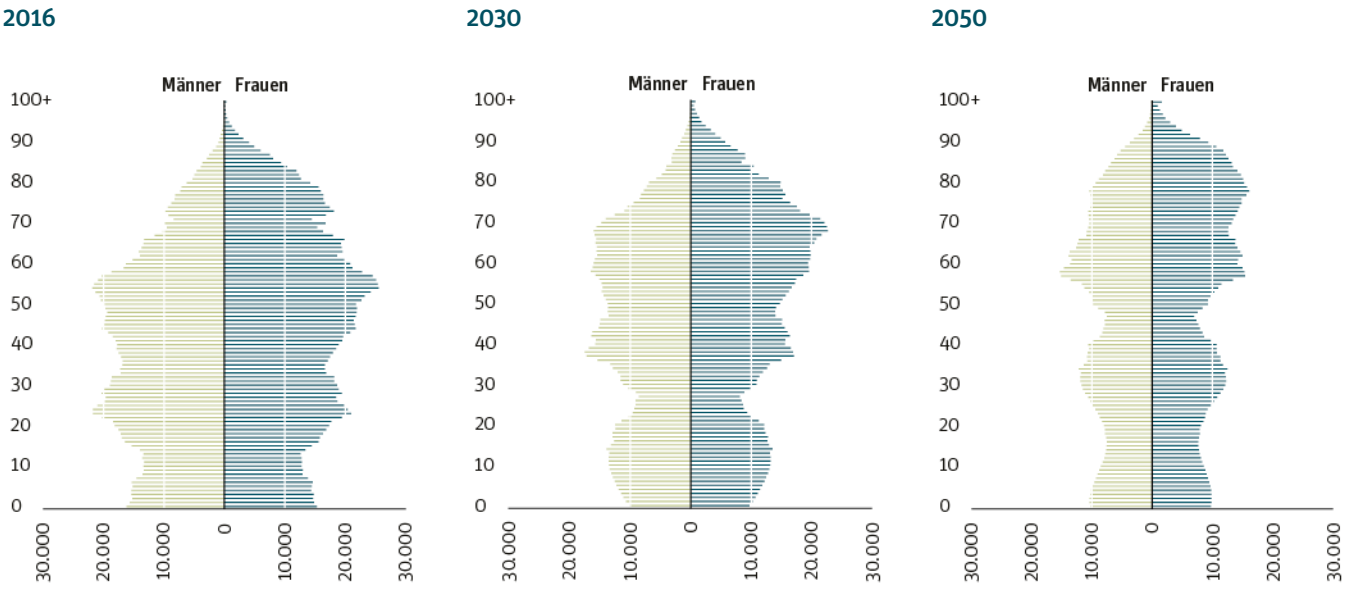
„Neues Sozialmodell" – so heißt ein umfassendes Reformprogramm, mit dessen Hilfe die litauische Regierung den Arbeitsmarkt modernisieren, die Beschäftigungsfähigkeit der Bevölkerung verbessern und das soziale Sicherungsnetz fester knöpfen will. Dazu sollen unter anderem ein flexibleres Arbeitsrecht und verbesserte Aus- und Weiterbildungsprogramme beitragen. Eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die künftige Entwicklung der Lebenserwartung soll zudem die Altersversorgung nachhaltig gestalten.[1] Von internationalen Organisationen wie der OECD oder dem IWF gab es dafür Lob schon bevor die Regierung dem Parlament das entsprechende Gesetzespaket zur Abstimmung vorlegte.[2] In der innenpolitischen Debatte ist das Projekt dagegen umstritten.

Aus demografischer Perspektive wären Reformen dringend geboten. Denn allein seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 hat Litauen mehr als eine halbe Million seiner damals 3,4 Millionen Einwohner eingebüßt.[3] Mehr als die Hälfte dieses Verlusts geht auf das Konto einer massiven Abwanderungswelle.[4] Der Rest ist das Ergebnis von Sterbeüberschüssen gegenüber Geburten, welche angesichts seit Jahren niedriger Geburtenziffern auch künftig anhalten dürften. Angetrieben durch diese Prozesse steht dem Land eine rapide Alterung bevor, die Mitte des Jahrhunderts darin gipfeln dürfte, dass die Bevölkerung Litauens eine der ältesten der EU ist. Gleichzeitig dürfte kein EU-Land anteilig mehr Einwohner verlieren als Litauen, nämlich ein Drittel der Bevölkerung oder knapp eine Million Menschen.[5]

Kaum Innovation, viele Kranke, wenige Kenntnisse

Um für die wachsende Gruppe an Rentnern ein zuverlässiges Sicherungsnetz zu schaffen, bedarf es einer starken Wirtschaft. Letztere wiederum wird künftig mehr als bislang auf Steigerungen der Produktivität angewiesen sein, da das Arbeitskräftepotenzial mit dem demografischen Wandel immer kleiner wird und somit kaum als Wachstumsmotor taugt. Gerade der Dienstleistungssektor, dessen Produkte und Organisationsstrukturen als veraltet gelten, müsste leistungsfähiger werden.[6] Bislang aber investiert die Privatwirtschaft nur wenig in die dafür notwendige Forschung und Entwicklung – auch, weil der Staat dies kaum fördert.[7] Die Ansiedelung ausländischer Unternehmen könnte ebenfalls dazu beitragen, neues Knowhow ins Land bringen. Das Umfeld dafür wäre günstig. Im Ease-of-Doing-Business-Report der Weltbank schneidet Litauen auf Platz 20 unter 189 Ländern ab und gilt damit auch EU-weit als eine der investitionsfreundlichsten Volkswirtschaften.[8] Trotzdem machten die Netto-Kapitalzuströme aus dem Ausland im Jahr 2015 gerade einmal 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Im gesamten Euro-Raum lag der Anteil zum selben Zeitpunkt doppelt so hoch.[9] Eine schlechte Infrastruktur sowie rigide Arbeitsgesetze schrecken viele Kapitalgeber ab.[10] Hinzu kommt der schlechte Ruf der litauischen Erwerbsbevölkerung.[11] Zwei Drittel aller litauischen Unternehmer beklagen Probleme bei der Suche nach qualifiziertem Personal – zwanzig Prozentpunkte mehr als im EU-Durchschnitt.[12]

Die Unzufriedenheit der litauischen Arbeitgeber gründet im Wesentlichen auf zwei Eigenschaften vieler Erwerbsfähiger im Land. Erstens verfügen litauische Beschäftigte in vielen Fällen nicht über die speziellen Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden. Und das, obwohl das Land unter den 25- bis 34-Jährigen mit 55 Prozent nach Zypern die zweithöchste Akademikerquote der EU verzeichnet.[13] Doch viele Studenten entscheiden sich für Geistes- oder Sozialwissenschaften, obwohl die Nachfrage nach Naturwissenschaftlern und Ingenieuren in der Berufswelt deutlich größer ist.[14] Betriebliche Aus- oder Weiterbildungen, die in der Regel praxisrelevante Kenntnisse vermitteln, spielen im Land zudem nur eine geringe Rolle.[15]



Die zweite Besonderheit der litauischen Erwerbsbevölkerung liegt in ihrem schlechten Gesundheitszustand. Obwohl die Lebenserwartung seit der Unabhängigkeit im Jahr 1990 um drei Jahre gestiegen ist, liegt sie mit 74,6 Jahren im europäischen Vergleich auf niedrigem Niveau.[16] Auch das Risiko, frühzeitig ernsthaft zu erkranken ist vergleichsweise hoch: Basierend auf Umfrageergebnissen dazu, wie Litauer ihre eigene Gesundheit wahrnehmen, gehen Statistiker davon aus, dass litauischen Männern im Alter von 50 Jahren gerade einmal 17,6 gesunde Lebensjahre bleiben – gemeinsam mit Kroatien EU-weit der niedrigste Wert.[17] Dies liegt unter anderem daran, dass viele Litauer einen sehr ungesunden Lebensstil pflegen. Übermäßiger Tabak- und Alkoholkonsum sind in Litauen deutlich weiter verbreitet als in den meisten anderen Industriestaaten.[18] Hinzu kommt, dass die medizinische Infrastruktur noch in weitgehend sozialistischer Tradition zwar auf eine gute Versorgung mit Krankenhäusern, nicht aber auf Hausärzte und Pflegekräfte setzt und Krankheiten dadurch häufig zu spät erkannt werden.[19] Wegen starker körperlicher Einschränkungen erhalten viele Litauer so bereits in frühen Jahren Unterstützungsleistungen oder scheiden ganz aus dem Berufsleben aus, beziehen dann eine Behindertenrente und belasten damit das ohnehin unterfinanzierte Rentensystem.[20]

Rentensystem in der Krise

Der Fortzug vieler junger Leute, die dramatischen Geburteneinbrüche der 1990er Jahre sowie die steigende Lebenserwartung beschleunigen die Alterung der litauischen Bevölkerung. Im Jahr 2050 dürften 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter nach aktuellen Vorausberechnungen 65 Menschen im Rentenalter mitversorgen müssen – aktuell sind es lediglich 31.[21] Das bedeutet, dass im traditionell umlagefinanzierten Rentensystem eine wachsende Zahl von Empfängern immer weniger Beitragszahlern gegenübersteht. Angesichts einer der höchsten Armutsquoten unter Älteren in der EU ist der Handlungsdruck in diesem Bereich indes schon heute groß.[22]

Schleuniger Wandel der Bevölkerungsstruktur

Auf den Kollaps der Sowjetunion folgte in Litauen ein drastischer Geburteneinbruch. Die Nachwendejahrgänge sind deshalb deutlich dünner besetzt als die Generationen vor ihnen. Diese macht sich im europaweit stärksten projizierten Bevölkerungsrückgang bis 2050 bemerkbar. Da überdies die Lebenserwartung angestiegen und zusätzlich viele junge Litauer ausgewandert sind, schreitet auch die Alterung der litauischen Gesellschaft schneller voran als in den meisten anderen EU-Ländern. Dies stellt das Land vor große Probleme. Es gilt unter anderem, mit weniger Beitragszahlern anteilig mehr Rentner zu versorgen.

(Projizierte) Einwohnerzahl Litauens nach Alter und Geschlecht, 2016, 2030 und 2050
(Datengrundlage: Eurostat[26])

Um die künftige Alterung sozialpolitisch abzufedern, steigt bereits seit dem Jahr 2012 das Renteneintrittsalter Schritt für Schritt an und soll im Jahr 2026 die bisher beschlossene Altersgrenze von 65 Jahren erreichen. Dies ist zwar deutlich höher als das die vormalige Grenze von 62,5 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen, im europäischen Vergleich aber immer noch gering. Auch deshalb sieht die litauische Regierung die Erhöhung nur als einen ersten Schritt an, dem sie mit dem Neuen Sozialmodell durch die Kopplung von Renteneintritt und Lebenserwartung weitere folgen lassen will. Positiv ist, dass Frauen in Litauen schon heute fast im gleichen Ausmaß am Wirtschaftsleben teilnehmen wie Männer. Letztere weisen eine Erwerbstätigenquote von 76,2 auf, Frauen liegen mit 74,3 Prozent nur 2,5 Prozent dahinter. Das ist der kleinste Abstand in der EU.[23]

Dass die Bevölkerung trotz der Kontroversen um das Sozialmodell grundsätzlich bereit ist, auch unbequeme Maßnahmen wie diese zuzulassen, hat der nüchterne Umgang des Landes mit der Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt. Die Litauer nahmen starke Kürzungen der staatlichen Leistungen hin und machten damit den Weg frei für eine Stabilisierung, die im Jahr 2015 im Beitritt zur Euro-Zone mündete.[24] Selbst das Kinderkriegen ließen sie sich von der Krise nicht vermiesen: Seit 2008 ist die Geburtenziffer um 0,25 Kinder je Frau auf inzwischen wieder 1,7 gestiegen – der EU-weit höchste Anstieg in diesem Zeitraum.[25]

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-Jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-Jährigen)
DÄNEMARK									
DK01	Hauptstadt	1,63	7,3	27,4	80,6	61.600	79,6	439,1	85,2
DK02	Seeland	1,82	4,1	38,6	80,2	32.900	75,7	155,7	76,9
DK03	Süddänemark	1,79	2,1	35,8	81,1	43.400	75,5	266,0	77,0
DK04	Mitteljütland	1,77	3,1	31,2	81,3	42.900	77,9	488,0	81,3
DK05	Nordjütland	1,77	2,7	35,6	80,6	39.600	75,2	199,7	77,4
NORWEGEN									
NO01	Oslo und Akershus	1,64	11,3	21,8	81,3	78.500	80,5	221,1	84,3
NO02	Hedmark und Oppland	1,65	5,1	36,4	82,0	42.500	78,2	26,6	80,0
NO03	Süd-Østlandet	1,67	8,4	31,4	82,3	43.900	75,4	110,3	79,2
NO04	Agder und Rogaland	1,85	7,7	24,8	83,0	60.900	77,8	204,4	81,5
NO05	Vestlandet	1,82	6,6	28,7	83,1	60.100	79,5	90,9	84,7
NO06	Trøndelag	1,74	7,0	28,3	83,1	52.300	80,2	275,6	85,9
NO07	Nord-Norwegen	1,74	4,0	31,0	82,3	50.300	78,0	32,0	78,8
ISLAND									
IS00	Island	1,80	1,6	23,3	82,5	45.700	87,8	115,6	78,2
SCHWEDEN									
SE11	Stockholm	1,81	10,2	26,2	82,7	64.300	83,4	699,1	87,3
SE12	Ost-Mellansverige	1,86	6,9	36,4	82,4	39.100	79,6	414,9	83,8
SE21	Småland mit Inseln	1,96	5,1	39,9	82,4	38.300	82,0	223,5	82,0
SE22	Südschweden	1,83	6,4	34,8	82,4	38.500	78,5	705,4	85,3
SE23	Westschweden	1,82	6,3	34,0	82,5	44.700	81,9	343,4	84,5
SE31	Nord-Mellansverige	1,91	4,3	42,7	81,2	36.400	80,1	225,2	83,0
SE32	Mittel-Norrland	1,94	3,0	42,5	80,9	39.000	81,4	108,5	84,5
SE33	Ober-Norrland	1,79	2,4	38,4	81,4	41.000	81,0	181,1	88,3
FINNLAND									
FI1	Westfinnland	1,72	2,1	38,6	81,8	34.200	72,3	466,9	88,5
FI1B	Helsinki-Uusimaa	1,51	7,0	26,9	81,9	50.200	77,7	746,9	88,3
FI1C	Südfinnland	1,62	1,8	41,0	81,5	33.800	71,7	347,8	87,1
FI1D	Nord- und Ostfinnland	1,81	-0,1	38,9	81,1	31.300	69,7	295,6	88,4
FI20	Ålandinseln	1,69	6,7	36,1	82,5	46.500	86,2	219,2	82,4
ESTLAND									
EE00	Estland	1,58	-1,3	31,5	78,0	15.400	76,6	25,5	89,1
LETTLAND									
LV00	Lettland	1,70	-6,5	32,3	74,8	12.300	73,2	23,8	90,7
LITAUEN									
LT00	Litauen	1,70	-7,5	31,3	74,6	12.900	75,2	17,7	94,6

FRANKREICH

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	66,8	Medianalter (2016)	41,2
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	70,5	Lebenserwartung (2015)	82,4
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	74,4	BIP/Einwohner in Euro (2016)	33.300
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,96	BIP/Einwohner in KKS (2016)	30.300
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	1,0	Arbeitslosenquote (2016)	10,1

Starker schwacher Staat

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – die drei Losungen der Französischen Revolution bestimmen noch immer das Staatsverständnis jenseits des Rheins. Diese Ziele zu erreichen, lässt sich die Regierung einiges kosten. So gibt Frankreich für die soziale Absicherung seiner Bevölkerung mehr Geld aus als alle anderen EU-Länder: Rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts fließt in Rentenzahlungen, Arbeitslosen- und Kindergeld sowie eine Vielzahl anderer Leistungen.[1] Deshalb herrscht in Frankreich eine relativ geringe Einkommensungleichheit und die Geburtenziffern zählen seit Jahrzehnten zu den höchsten des Kontinents. Im Jahr 2015 bekamen Frauen in Frankreich im Schnitt 1,96 Kinder und waren damit EU-weit Spitze.[2]

Doch das Gesellschaftsmodell eines starken, zentralistischen Staates, der sich fürsorglich und umfassend um seine Bürger kümmert, steht zunehmend auf der Kippe. Immer offensichtlicher wird, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine Lücke klafft: Die Sozialkassen sind defizitär, große Teile der Bevölkerung fühlen sich abgehängt und das Zusammenleben von Einheimischen und Migranten birgt zahlreiche Konflikte. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung entlädt sich immer wieder in Demonstrationen oder gar gewalttätigen Auseinandersetzungen, etwa in den berüchtigten Pariser Vororten, den sogenannten *banlieues*. Reformen des Sozialsystems sind dringend notwendig, scheitern aber häufig am Widerstand aus der Bevölkerung.

Zankapfel Sozialreform

Die Lebenserwartung in Frankreich ist mit 82,4 Jahren eine der höchsten in Europa. Trotzdem liegt der Anteil der mindestens 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung mit 18 Prozent nicht besonders hoch.[3] Grund hierfür ist der Kinderreichtum, der den Unterbau der Bevölkerungspyramide recht stabil bleiben lässt. Doch auch Frankreich wird sich der Alterung nicht entziehen können. Gerade in den kommenden zwei Jahrzehnten werden zahlenmäßig große Jahrgänge das Ruhestandsalter erreichen – eine Folge des starken Babybooms nach dem Zweiten Weltkrieg.[4]

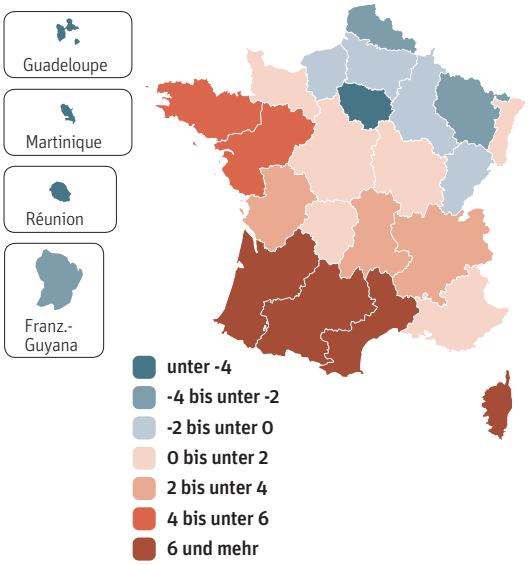
Umso besorgniserregender ist, dass die Rentenkassen Frankreichs – der mit Abstand größte Posten des Sozialsystems – schon heute im Minus sind. Ansatzpunkte für Reformen wären das Renteneintrittsalter, die Beitragshöhe sowie die Höhe der Leistungen. Gerade das gesetzliche Renteneintrittsalter liegt in Frankreich trotz jüngster Reformen noch immer sehr niedrig. Wer 41 Beitragsjahre aufweist, kann aktuell schon mit 62 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Ohne ausreichende Beitragsjahre beträgt die Altersgrenze derzeit etwas mehr als 66 Jahre und soll bis 2022 auf 67 Jahre steigen.[5] Diese Regelung unterscheidet sich kaum von den meisten anderen Industriestaaten. Doch in Frankreich gibt es darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten zum Vorruhestand. Die Folge davon ist, dass Franzosen und Französinnen früher als alle anderen OECD-Nationalitäten aus dem Erwerbsleben ausscheiden – mit durchschnittlich 59,4 Jahren.[6]

Die derzeitigen Altersgrenzen sind Produkte einer größeren Rentenreform aus dem Jahr 2010. Zuvor hatte das früheste Eintrittsalter sogar bei lediglich 60 Jahren gelegen. Und obschon Frankreich im internationalen Vergleich die Altersgrenzen erst spät anhob, löste das Reformpaket monatelange Demonstrationen und Streiks aus. Ähnliches wiederholte sich im Jahr 2016, als die vom damaligen Präsidenten François Hollande auf den Weg gebrachte Arbeitsmarktreform das Land zum Stillstand brachte. In der Reform geht es vor allem darum, Firmen mehr Möglichkeiten zuzugestehen, Regelungen zu Überstunden und Bezahlung direkt mit ihren Angestellten und unabhängig von sektoralen Tarifverträgen auszuarbeiten. Darüber hinaus wird es durch die Reform einfacher, in schlechten Zeiten Mitarbeiter zu entlassen.[7]

Von Nordost nach Südwest

Seit Jahren verlieren die Industrieregionen Nordfrankreichs durch Abwanderung an Bevölkerung. Die hohe Arbeitslosigkeit treibt viele in die wirtschaftlich aufstrebenden Regionen Südfrankreichs am Atlantik und am Mittelmeer. Selbst ländliche Regionen können hier profitieren. Interessanterweise gehört auch Paris zu den Wanderungsverlierern. Die Hauptstadt verlassen per Saldo sogar mehr Menschen als alle anderen Landesteile. Dies hat auch mit dem knappen Wohnraum und den entsprechend hohen Miet- und Kaufpreisen zu tun.

Jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner in französischen Nuts-2-Regionen, Durchschnitt 2011-2015
(Datengrundlage: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Eurostat[32])



Hintergrund der Arbeitsmarktreform ist die hohe Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2016 lag die Quote der Jobsuchenden bei mehr als zehn Prozent, unter den bis 25-Jährigen war sogar jeder vierte auf dem Arbeitsmarkt Aktive arbeitslos.[8] Seit Jahrzehnten kämpft Frankreich mit diesem Problem, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Auch die jüngste Reform macht einen Bogen um die wirklich schwierigen Themen: Wie lässt sich die eklatante Zweiteilung bekämpfen, zwischen jenen, die eine Festanstellung haben und jenen, die von Zeitvertrag zu Zeitvertrag springen? Und wie lassen sich Einstiegshürden für junge Leute beseitigen? Ein Hindernis sind die hohen Lohnnebenkosten, die es für Arbeitgeber wenig attraktiv machen, neue Kräfte einzustellen – vor allem unbefristet. Fast 50 Prozent der Gesamtkosten für einen Arbeitnehmer gehen in Frankreich über Steuern und Sozialbeiträge direkt an den Staat – im Schnitt aller OECD-Staaten sind es lediglich 36 Prozent.[9]

Dreh- und Angelpunkt Paris

Viele Franzosen stellen die Sinnhaftigkeit einschneidender Reformen auch deshalb in Frage, weil es ihnen nicht wirklich schlecht geht. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag 2016 bei 33.400 Euro und damit in etwa so hoch wie im Schnitt aller „alten" EU-Mitgliedstaaten. Das Wachstum ist zwar schwach, aber vorhanden.[10]

Rückgrat der französischen Wirtschaft sind zahlreiche Großunternehmen, die in vielen Fällen vom Staat strategisch gefördert werden. Konzerne wie der Versicherer Axa, der Finanzdienstleister BNP Paribas oder die Einzelhandelskette Carrefour spielen weltweit im Konzert der Großen mit. Einen breiten Mittelstand, wie es ihn beispielsweise in Deutschland gibt, besitzt Frankreich dagegen nicht.[11] Die Firmensitze der genannten Großfirmen befinden sich allesamt in Paris oder zumindest in der nahen Umgebung der Hauptstadt. Dies ist kein Zufall. Denn in Frankreich konzentriert sich seit jeher vieles auf das ökonomische, politische und kulturelle Zentrum Paris. Auf der Île de France, welche die Hauptstadt und die sie umgebenden Départements umfasst, erwirtschaften die Einwohner pro Jahr im Schnitt 54.600 Euro. In allen anderen Regionen des Landes bewegt sich die Wirtschaftskraft zwischen 24.000 und 33.000 Euro.[12, *]

Doch die Vormachtstellung von Paris bröckelt. Auch andere Groß- und Mittelstädte werden für die Franzosen zunehmend attraktiv. Gerade Lyon und Marseille locken zahlreiche Menschen mit ihren aufstrebenden Dienstleistungs- und Industrieunternehmen gen Süden.[13] Und auch der ländliche Raum Südfrankreichs profitiert, beispielsweise durch die Erschließung neuer Technologiestandorte sowie als Ruhestandsziel von Franzosen oder auch Briten und Niederländern.[14] All dies hat Folgen für die innerfranzösischen Wanderungen. Seit einigen Jahren sind es vor allem die südlichen Regionen an der Atlantik- und Mittelmeerküste, die durch Zuwanderung an Bevölkerung gewinnen. Spitzenreiter ist in den vergangenen Jahren die Insel Korsika gewesen, deren Bevölkerungszahl allein durch Zuwanderung jedes Jahr um etwa ein Prozent zulegt. Anders sieht es im Norden des Landes aus. Zu den Wanderungsverlierern zählen altindustrielle Regionen wie Lothringen und die Picardie.[15, **] Hier konnte der Niedergang der Montanindustrie – also der Ausbeutung und Weiterverarbeitung natürlicher Rohstoffe wie Kohle und Eisenerz – sowie des Textilsektors bislang nicht durch neu entstehende Wirtschaftszweige ausgeglichen werden.

Die ungleiche Entwicklung schlägt sich auch in der Bevölkerungsentwicklung nieder. So dürften Lothringen, das Burgund, die Champagne und auch die Normandie entgegen dem landesweiten Wachstumstrend schon in naher Zukunft auf Bevölkerungsverluste zusteuern. Zu den demografischen Boomregionen zählen hingegen Aquitanien mit der Hauptstadt Bordeaux, die Region Rhône-Alpes mit der Metropolregion Lyon sowie Midi-Pyrénées um Toulouse. Sie dürften bis Mitte des Jahrhunderts teils deutlich mehr als 20 Prozent an Einwohnern hinzugewinnen.[16]

* Die französischen Überseegebiete werden hierbei nicht betrachtet. In ihnen liegt die Wirtschaftskraft teilweise niedriger.

** Einige der französischen Regionen sind im Zuge einer Verwaltungsreform Anfang 2016 zusammengelegt worden. In dieser Studie nutzen wir den Verwaltungsstand von 2015.

Bröckelndes Vorbild in Sachen Familie

Frankreich als Ganzes dürfte bis 2050 rund acht Millionen Bewohner gewinnen und damit auf 74,4 Millionen Einwohner wachsen.[17] Hauptgrund für das französische Wachstum ist, dass dort jedes Jahr mehr Menschen geboren werden als sterben. In der jüngsten Vergangenheit lag die Differenz bei mehr als 200.000 Menschen.[18]

Seit Jahren versuchen verschiedene Länder den demografischen Erfolg der Franzosen zu kopieren. Doch worauf genau lassen sich die hohen Kinderzahlen zurückführen? Ein Hauptgrund ist die Familienpolitik.[19] Der französische Staat verfolgt schon seit Jahrzehnten das Ziel, seine Bevölkerung zur Gründung von Familien zu animieren beziehungsweise dazu, zusätzliche Kinder in die Welt zu setzen. Aus historischer Perspektive geschah dies vor allem aus Angst vor dem großen Nachbarn Deutschland, wo in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch deutlich mehr Kinder geboren wurden als in Frankreich.[20]

Kern der französischen Familienpolitik ist einerseits die finanzielle Unterstützung junger Familien, andererseits aber auch die öffentliche Betreuung bereits sehr kleiner Kinder. Letzteres geschieht entweder in einer der zahlreichen Krippen (crèches) oder über Tagesmütter, die in Frankreich staatlich ausgebildet werden. Ab dem Alter von drei Jahren besuchen dann so gut wie alle Kinder die sogenannten écoles maternelles, kostenlose Ganztagseinrichtungen, die der deutschen Vorschule ähneln.[21] Frankreichs Familienpolitik lässt sich damit nicht einfach in das häufig bemühte Schema von entweder finanziellen Anreizen oder Investitionen in öffentliche Kinderbetreuung pressen. Das Geheimnis ihres Erfolgs sehen viele Beobachter daher auch darin, dass sich junge Familien grundsätzlich darauf verlassen können, dass der Staat sie auf die eine oder andere Weise unterstützt.[22]

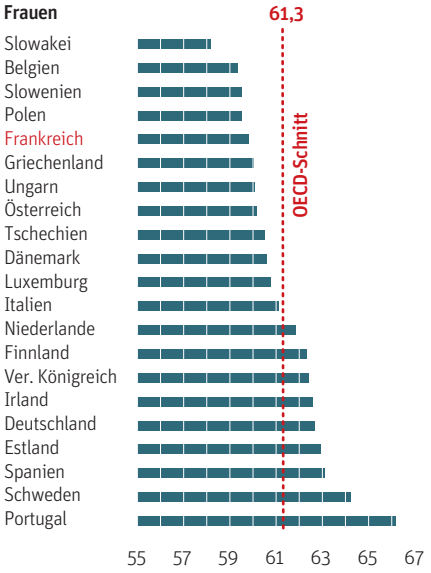
Dennoch waren es gerade die umfassenden Betreuungseinrichtungen, die Frankreich lange Zeit als erfolgreichen Pionier auf familienpolitischem Gebiet dastehen ließen; vor allem, weil das Land so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderte und Frauen eine aktive Rolle im Wirtschaftsleben erlaubte.

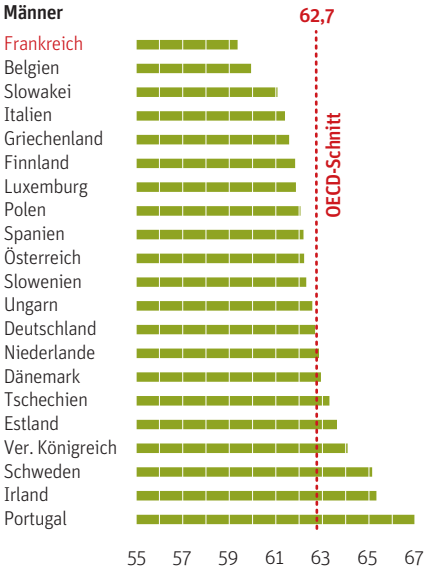
Dies war zunächst allerdings gar nicht Ziel der Politik. Gerade die écoles maternelles hatten den Ansatz, soziale Ungleichheiten unter Kindern zu bekämpfen, und nicht Frauen in Jobs zu bringen. Auch wegen dieses Fokus stehen einer tatsächlichen Vereinbarkeit von Familie und Job weiterhin praktische Hürden im Weg. Vor allem ist es bislang kaum gelungen, Väter in nennenswertem Umfang in die Kinderbetreuung im Haushalt einzubinden.[23] Frauen sind so einer Doppelbelastung ausgesetzt, die umso schlimmer ist, da es nur wenige Arbeitsplätze in Teilzeit gibt.[24] Häufig muss in der Praxis daher doch ein Elternteil die Erwerbstätigkeit unterbrechen – in der Regel die Mutter. Letzteres kommt oft auch deswegen zustande, weil das Elterngeld in Frankreich als vom Einkommen unabhängiger Festbetrag ausgezahlt wird und der Einkommensverlust für Paare geringer ist, wenn die meist immer noch schlechter verdienenden Frauen zuhause bleiben.[25] Um all dem entgegenzuwirken, hat Frankreich jüngst einen Anreiz für Väter gesetzt, sich zuhause um die Familie zu kümmern. So können junge Paare das Elterngeld nun sechs Monate länger beziehen, wenn auch Väter ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen.[26]

Frühe Rente

Franzosen gehen früher in Rente als Menschen in allen anderen OECD-Ländern. Sowohl Frauen als auch Männer beenden ihr Erwerbsleben im Schnitt noch vor ihrem 60. Geburtstag. Dies liegt einerseits an dem recht geringen gesetzlichen Renteneintrittsalter, andererseits aber auch an den zahlreichen Regelungen zum Vorruhestand. Erst in den letzten Jahren findet ein Umdenken in der Politik statt, da auch Frankreich trotz hoher Kinderzahlen demografisch altern wird. Schon heute sind die Rentenkassen defizitär.

Durchschnittliches Alter beim Renteneintritt in europäischen Ländern nach Geschlecht, 2014*
(Datengrundlage: OECD[33])



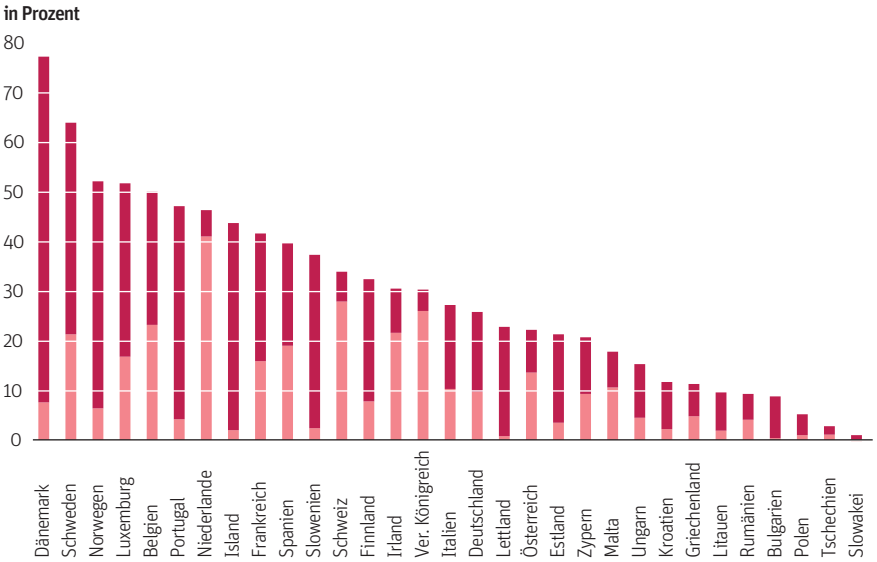


* Die Daten beruhen auf dem Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2014.

Nicht länger Vorreiter

Frankreich galt lange als Vorreiter in Sachen Familienpolitik. Inzwischen haben allerdings gerade die skandinavischen Länder das einstige Vorbild überholt – zumindest was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angeht. So werden in Frankreich lediglich 42 Prozent der unter Dreijährigen öffentlich betreut – in Dänemark sind es annähernd 80 Prozent. Dies hat auch damit zu tun, dass sich viele die Betreuung nicht leisten können und gerade in ländlichen Gegenden das Betreuungsnetz schlecht ausgebaut ist.

Betreuungsquoten von unter Dreijährigen in EU-Ländern nach wöchentlicher Betreuungszeit, 2015*
(Datengrundlage: Eurostat[34])



* Die Daten für die Schweiz beziehen sich auf das Jahr 2014.

Es gibt jedoch noch weitere Faktoren, die einer öffentlichen Kinderbetreuung für viele im Wege stehen. So ist die Betreuung von unter Zweijährigen häufig sehr teuer, weswegen sie fast ausschließlich Gutverdiener in Anspruch nehmen.[27] Darüber hinaus ist das Angebot an Betreuungsplätzen regional höchst ungleich verteilt. Gerade in ländlichen Regionen ist das Versorgungsnetz dünn. Dies hat auch damit zu tun, dass der Beruf der Tagesmutter in den letzten Jahren deutlich an Prestige verloren hat und sich nur wenige Frauen hierzu ausbilden lassen – Tagesväter gibt es ohnehin kaum.[28] Die Folge davon ist, dass Frankreich seinen Status als familienpolitischer Vorreiter verloren hat: Zwar liegt die Betreuungsquote der unter Dreijährigen mit 42 Prozent immer noch über dem EU-weiten Schnitt von 30 Prozent. Doch Länder wie Dänemark, Schweden und die Niederlande weisen zum Teil deutlich höhere Werte auf.[29]

Schwieriges Verhältnis zum Islam

Obwohl andere Länder Frankreich beim Thema Familienpolitik eingeholt und überholt haben, bleiben die Kinderzahlen vorerst hoch – sowohl unter in Frankreich geborenen Frauen als auch unter Zuwanderinnen. Letztere bekommen mit durchschnittlich etwa 2,6 Kindern mehr Nachwuchs als Französinnen. Da sie allerdings einen verhältnismäßig kleinen Anteil an allen Frauen im Familiengründungsalter stellen, läge die Geburtenziffer in Frankreich ohne sie nur geringfügig niedriger – um etwa 0,1 Kinder je Frau.[30]

Bei anhaltender Zuwanderung könnten Migrantinnen in Zukunft allerdings wichtiger für den Nachwuchs werden. Viele Franzosen stehen dem mit gemischten Gefühlen gegenüber. Denn gerade das Verhältnis zu und das Zusammenleben mit Muslimen gestaltet sich in dem laizistischen Frankreich so schwierig wie in kaum einem anderen europäischen Land. Ängste vor Überfremdung haben nicht erst seit den Terrorattacken der Jahre 2015 bis 2017 in weiten Teilen der französischen Bevölkerung Fuß gefasst. Der beste Beweis hierfür ist der anhaltende politische Erfolg des Front National, der es mit einwanderungskritischen Positionen unter der Führung von Marine Le Pen 2017 abermals in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen schaffte.

Die Unzufriedenheit aller Seiten ist Folge einer verpassten Integrationspolitik, die in den *banlieues* zu Parallelgesellschaften mit hoher Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, geringen Bildungserfolgen und Gewalt geführt haben. Kern des Problems ist, dass sich Zuwanderer nach Möglichkeit der Lebensweise der Franzosen anpassen, sich assimilieren, sollen. Gleichzeitig verlangt das Postulat der Gleichheit, dass die Politik weitgehend auf „positive Diskriminierung" von Migranten verzichtet, um deren Benachteiligungen zu bekämpfen. Erst in jüngster Vergangenheit deutet sich an, dass die Integration mit einer Vielzahl gesetzlicher Initiativen verbessert werden soll. So soll das „Gesetz für die Chancengleichheit" Diskriminierung bekämpfen und Programme zur Bildungs- und Arbeitsmarktförderung stärken. Darüber hinaus schließt Frankreich mit allen Neuzuwanderern einen sogenannten Integrationsvertrag ab. In ihm wird festgelegt, welche Leistungen den Neuankömmlingen zustehen, aber auch, an welchen Kursen und Schulungen sie dafür teilnehmen müssen.[31] All dies mag vereinzelte Erfolge zeitigen und gerade neuen Zuwanderern helfen. Um die Spannungen zwischen Einheimischen und Migranten abzubauen, wird es allerdings mehr brauchen als einzelne Gesetze – vor allem Zeit, angemessene Jobs und politisches Fingerspitzengefühl. Eine große Aufgabe für den neuen, jungen Präsidenten Emmanuel Macron.

NIEDERLANDE

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	17	Medianalter (2016)	42,4
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	18,4	Lebenserwartung (2015)	81,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	19,2	BIP/Einwohner in Euro (2016)	41.300
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,66	BIP/Einwohner in KKS (2016)	37.500
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	1,8	Arbeitslosenquote (2016)	6,0

Gespaltenes Land

Die Niederlande sind die sechstgrößte Volkswirtschaft und der einwohnermäßig siebtgrößte Staat der EU – und sie sind eines der am stärksten gespaltenen Länder, wenn es um Zuwanderung geht. Auf der einen Seite gelten die Niederlande als traditionell liberales, weltoffenes Land mit einer tiefen Verwurzelung unterschiedlicher Lebensstile und Kulturen. Auf der anderen Seite haben rechtspopulistische Politiker hier besonderen Erfolg – auch und vor allem, weil die Integration von Zuwanderern schlechter gelingt als anderswo.

Die Versäumnisse der Integration zeigen sich vor allem in den weit auseinanderklaffenden Arbeitsmarkterfolgen von Einheimischen und Zuwanderern. So lag die Arbeitslosenquote der im Ausland geborenen Bevölkerung 2016 in etwa doppelt so hoch wie jene der im Inland Geborenen. Und die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-jährigen Zuwanderer lag zur gleichen Zeit lediglich bei 62,9 Prozent, während die der Einheimischen 79,5 Prozent betrug. Damit waren Zuwanderer weniger häufig beschäftigt als im EU-Durchschnitt, Einheimische dagegen verzeichneten den unionsweit dritthöchsten Wert nach Schweden und Deutschland.[1]

Auf der Suche nach einer besseren Integration

Lange Zeit verfügten die Niederlande wie viele andere europäische Länder über keine nennenswerte Integrationspolitik. Da Politik und Gesellschaft davon ausgingen, dass die sogenannten Gastarbeiter, die während des Wirtschaftsbooms der 1950er und -60er Jahre angeworben worden waren, langfristig wieder in ihre Heimat zurückkehren würden, blendeten sie kulturelle und religiöse Unterschiede zur Mehrheitsbevölkerung einfach aus. Die Nicht-Integration sollte den Migranten die Rückkehr in die Heimat erleichtern.[2] Da viele der Gastarbeiter aber blieben und nach und nach ihre Familien nachholten, trieben die Welten von Einheimischen und Migranten immer weiter auseinander. Hierunter litten nicht nur die Zuwanderer, sondern vor allem deren Kinder, die in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt deutlich hinter Einheimischen zurückblieben.[3]

Erst in den 1990er Jahren erfolgte der Wechsel hin zu einer aktiven Integrationspolitik, die vor allem die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verbessern sollte. Gleichzeitig begann die Politik, staatsbürgerliche Pflichten der Zuwanderer einzufordern, etwa das Erlernen der niederländischen Sprache.[4] Trotzdem nahmen ausländerfeindliche Töne und fremdenfeindliche Übergriffe gerade nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu.[5] Der islamkritische Politiker Pim Fortuyn fand großen Zuspruch in der Bevölkerung, da viele Menschen mit der Situation der sogenannten Allochthonen – der Menschen mit Migrationshintergrund – unzufrieden waren.[6] Die Rolle Fortuyns verdeutlicht die Spaltung der niederländischen Gesellschaft exemplarisch: Umfragen zufolge halten ihn manche Niederländer bis heute für einen der bedeutendsten Landsleute, während weite Teile der Bevölkerung stärker als in anderen Ländern gleiche Rechte für Migranten und Einheimische in allen Lebensbereichen befürworten.[7]

Infolge der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung setzten die Niederlande zu Beginn der 2000er Jahre härtere Zuwanderungs- und Asylkriterien an.[8] Dies führte schnell zu weniger Neuankömmlingen. In den Jahren 2004 bis 2007 verließen per Saldo sogar mehr Menschen die Niederlande als neu zuwanderten.[9,*] Nach einem kurzen Zwischenhoch führte die Wirtschaftskrise

[*] Der negative Saldo lässt sich in Teilen auch damit erklären, dass durch eine Bereinigung der Melderegister in der Statistik zusätzliche „Auswanderer“ auftauchten.

Ende der 2000er Jahre abermals zu geringen Zuwanderungszahlen.[10] Auf Druck der politischen Rechten rückt das Land seit 2010 obendrein immer weiter von seiner aktivierenden und unterstützenden Integrationspolitik ab. Zwar wird erwartet, dass Migranten sich Sprache sowie staatsbürgerliche Normen aneignen und nach Arbeit suchen, die Hilfestellung der Politik fällt dabei aber immer geringer aus.[11] Gerade im Vergleich zu Deutschland, das seine Integrationsangebote in den letzten Jahren deutlich ausgebaut hat, beschreitet die Niederlande hier einen – bislang wenig erfolgreichen – Sonderweg.

Gute Aussichten trotz Wirtschaftskrise

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von durchschnittlich 40.900 Euro je Einwohner sind die Niederländer die viertreichsten EU-Bürger. Doch in Folge der Wirtschaftskrise 2008/09 sind sowohl die staatlichen als auch die privaten Schulden deutlich gestiegen. Dabei liegt der Schuldenstand der Niederlande mit 62 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im europäischen Vergleich immer noch recht niedrig. Anders sieht es bei den Privathaushalten aus: Sie waren im Jahr 2015 mit 219 Prozent ihrer Bruttoeinkommen verschuldet – das ist mehr als doppelt so viel wie im Durchschnitt der Länder des Euroraums.[12]

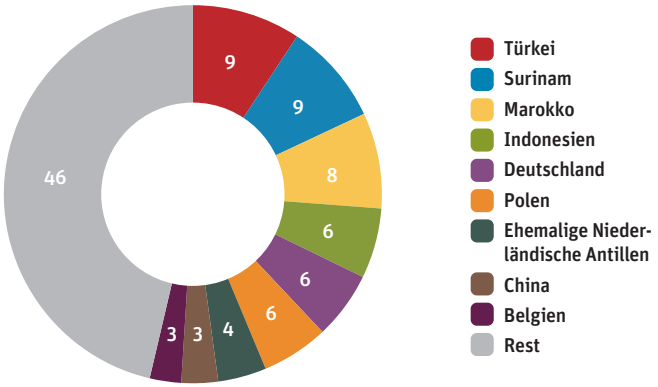
Der Hauptgrund hierfür ist, dass viele Niederländer schon in jungen Jahren Wohneigentum erwerben. In den zwei Jahrzehnten vor der Krise war dies besonders attraktiv, da die Immobilienpreise stetig stiegen. Doch bald folgte ein schlagartiger Preisverfall, der zu großen Vermögensverlusten führte und den Anfang der Krise in den Niederlanden markierte. Die sinkende Nachfrage nach Immobilien übertrug sich schnell auf den Bausektor und Schritt für Schritt auf die gesamte Wirtschaft.[13] Letztere wurde zusätzlich davon getroffen, dass die Auslandsnachfrage zurückging. So brach die Menge aller produzierten Waren und Dienstleistungen im Hauptjahr der Krise 2009 um 3,8 Prozent ein. Das war zwar gut einen halben Prozentpunkt weniger als in der gesamten EU und fast zwei Prozentpunkte weniger als in Deutschland. Jedoch schrumpfte die niederländische Wirtschaft wie viele andere in der EU nach zwei Jahren positiven Wachstums in den Jahren 2012 und 2013 erneut.[14]

Erst seit 2014 geht es wirtschaftlich wieder aufwärts in dem Land, das den größten Hafen Europas besitzt und zu den stärksten Exportnationen der Welt gehört. War der Exportsektor lange Zeit die wichtigste Stütze der niederländischen Wirtschaft, lässt sich das jüngste Wachstum vor allem auf die gestiegene Inlandsnachfrage sowie die Erholung auf dem Immobilienmarkt zurückführen.[15] Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Verschuldung der privaten Haushalte gehen langsam zurück.[16] Im aktuellen *Global Competitiveness Index*, der die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten weltweit vergleicht, konnte das dichtbesiedelte Land an der Nordsee den Nachbarn Deutschland vom vierten Platz verdrängen und verbucht damit EU-weit die besten langfristigen Wohlstandsaussichten – weltweit nur übertroffen von der Schweiz, Singapur und den USA.[17] Besonders offensichtlich ist die Produktivität des Landes in der Landwirtschaft. Zwar trägt der Sektor nur zwei Prozent zum niederländischen Bruttoinlandsprodukt bei. Doch seine Exporte machen die Niederlande nach den USA, deren Landfläche um ein Vielfaches größer ist, zum weltweit zweitgrößten Exporteur von Agrarprodukten.[18]

Multikulti unter den Migranten

Zuwanderer in den Niederlanden kommen aus den unterschiedlichsten Ländern. Darin spiegelt sich die abwechslungsreiche Zuwanderungsgeschichte des Landes. So kam etwa der Großteil der Migranten aus der Türkei und Marokko über bilaterale Anwerbeabkommen. Viele Surinamer siedelten nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonie im Jahr 1975 über, da sie Angst vor einem sinkenden Lebensstandard und politischer Instabilität hatten. Die Zuwanderung aus Indonesien setzte bereits nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1945 ein.[23]

Wichtigste Herkunftsländer der im Ausland geborenen Bevölkerung der Niederlande, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[22])



Teilzeit stärkt Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Eine Besonderheit des niederländischen Arbeitsmarkts ist der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Ursprünglich als Maßnahme gegen einen massiven Arbeitsplatzabbau während der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre gedacht, hat sich die geringere Wochenarbeitszeit inzwischen zu einem Modell entwickelt, das viele Niederländer anspricht. Im Jahr 2016 machten in Teilzeit tätige Personen etwa 47 Prozent aller Beschäftigten aus – der mit großem Abstand höchste Wert in der EU. Dabei ist ein klares Geschlechtergefälle erkennbar: Während drei von vier Frauen in Teilzeit arbeiten, ist es unter Männern etwas weniger als jeder vierte.* Nach Schätzungen der OECD verzichten etwa 90 Prozent der Teilzeitkräfte in den Niederlanden aus freien Stücken auf zusätzliche Arbeit und damit ein besseres Einkommen.[19]

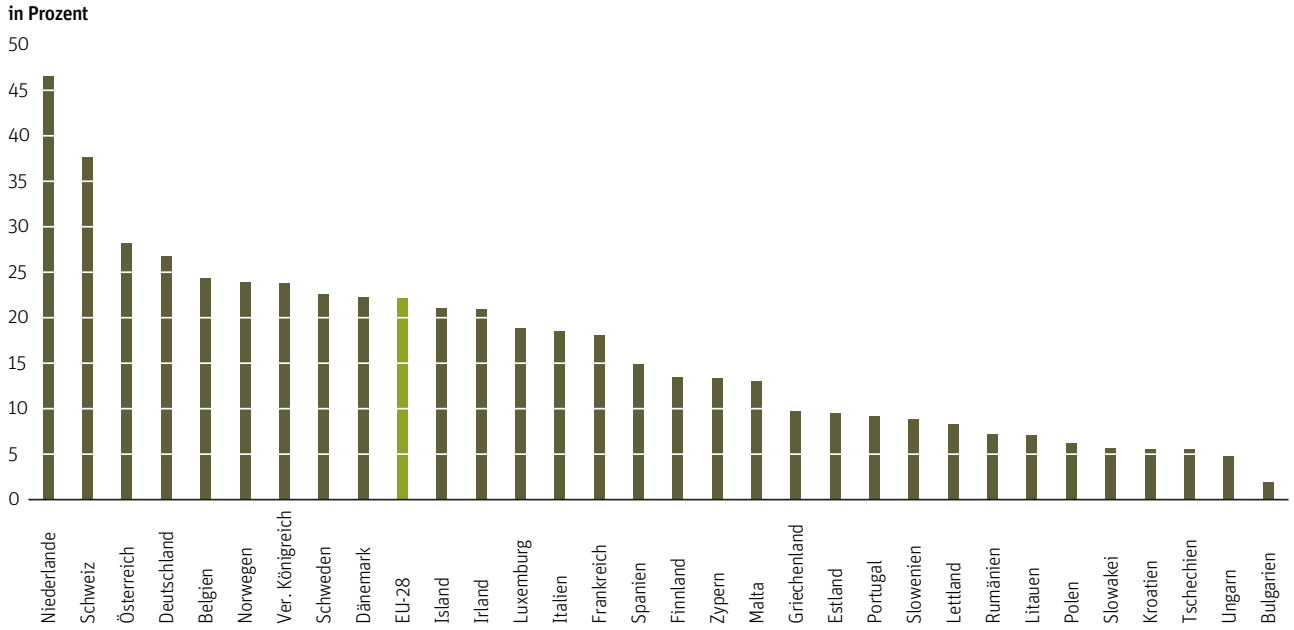
Unabhängig davon, ob in einer Familie der Vater oder die Mutter ihre Erwerbstätigkeit einschränken, erleichtert die Teilzeit-Kultur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Letztere profitiert in den Niederlanden auch davon, dass es viele öffentliche Angebote zur Kinderbetreuung gibt.[20] Die Betreuungsquote der unter Dreijährigen liegt bei 46 Prozent, EU-weit ist sie nur in Dänemark, Schweden, Luxemburg, Belgien und Portugal höher. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch die niederländische Geburtenziffer im EU-Vergleich mit 1,66 Kindern je Frau leicht überdurchschnittlich ist. Und das, obwohl die Niederländerinnen bei der Geburt ihres ersten Kindes mit durchschnittlich 29,7 Jahren verhältnismäßig alt sind. Dank der recht hohen Kinderzahlen – vor allem aber dank absehbar anhaltender Zuwanderung – können die Niederlande auch in Zukunft auf eine wachsende Bevölkerung bauen. Bis Mitte des Jahrhunderts dürfte die Einwohnerzahl von heute 17,0 Millionen auf dann 19,2 Millionen Menschen zulegen – ein Anstieg um 13 Prozent.[21]

* Ob eine Person in Teilzeit oder Vollzeit arbeitet, wird grundsätzlich nach deren Selbstauskunft erhoben. In den Niederlanden gilt jedoch eine Schwelle von 35 Wochenstunden. Wer sie unterschreitet, gilt als in Teilzeit beschäftigt.

Nase vorn bei der Teilzeit

In keinem anderen europäischen Land stellen Teilzeitkräfte einen so hohen Anteil an den Beschäftigten wie in den Niederlanden. Dabei wählen 90 Prozent der Teilzeitkräfte dieses Beschäftigungsmodell freiwillig und nicht weil es keine Vollzeitstellen gäbe. Wie in anderen EU-Ländern sind es vor allem Frauen, die in Teilzeit arbeiten. Trotz einer immer besseren Gleichstellung verrichten sie weiterhin die Hauptarbeit im Haushalt und bei der Kindererziehung.

Prozentualer Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der gesamten Beschäftigung in europäischen Ländern, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[24])



BELGIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	11,3	Medianalter (2016)	41,4
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	12,3	Lebenserwartung (2015)	81,1
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	13,3	BIP/Einwohner in Euro (2016)	37.400
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,70	BIP/Einwohner in KKS (2016)	34.200
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	4,3	Arbeitslosenquote (2016)	7,8

Wachsendes Herz Europas

Belgien ist einer der am schnellsten wachsenden Staaten Europas. Zwischen 2006 und 2016 legte die Einwohnerschaft des Landes an der Nordseeküste um insgesamt 7,4 Prozent zu. Und bis 2050 erwarten Statistiker weitere Zuwächse von etwa 18 Prozent. In der EU haben nur die Kleinstaaten Luxemburg und Malta sowie Irland, Schweden, das Vereinigte Königreich und Österreich höhere Wachstumsaussichten.[1]

Knapp drei Viertel des Wachstums der letzten zehn Jahre lassen sich auf Zuwanderung zurückführen. Das restliche Viertel hängt damit zusammen, dass in Belgien weiterhin mehr Menschen geboren werden als sterben.[2] Die hohen Zuwanderungszahlen und die vergleichsweise hohe Fertilität sind auch dafür verantwortlich, dass die Alterung der Gesellschaft hier bislang wenig zu spüren ist und sich auch künftig eher langsam vollziehen dürfte. Im Jahr 2050 dürften auf 100 Menschen im Erwerbsalter nur knapp 46 Ruheständler kommen – EU-weit dürfte das Verhältnis gleichzeitig bereits bei 100 zu 55 liegen.[3] Eine größere Herausforderung als die Alterung stellt für Belgien die Integration der zahlreichen Neuankömmlinge dar. Obwohl gerade Brüssel mit seinen EU-Institutionen viele Hochqualifizierte anzieht, schneiden Migranten auf dem Arbeitsmarkt insgesamt vergleichsweise schlecht ab.[4]

Zuwanderungsmagnet mit Problemen

Zuwanderung hat in Belgien eine lange Geschichte. Ob aus den ehemaligen Kolonien – allen voran aus dem Kongo –, aus anderen europäischen Ländern oder aus Nordafrika, die Bevölkerung des Landes ist bunt gemischt. Inzwischen ist etwa jeder sechste Einwohner nicht innerhalb der Landesgrenzen geboren. Unter den EU-Mitgliedern rangiert Belgien damit im vorderen Drittel.[5]

Dass es Belgien nicht schafft, seine Zuwanderer erfolgreicher zu integrieren, überrascht auf den ersten Blick. Immerhin kommen aus anderen Ländern der EU vor allem Franzosen, Niederländer, Italiener und Deutsche ins Land; seltener sind Rumänen, Polen oder Bulgarien, die häufig nur über geringe Qualifikationen verfügen und anderswo Widerstände gegen die EU-Freizügigkeit hervorrufen.[6] Tatsächlich schneiden EU-Migranten auf dem belgischen Arbeitsmarkt relativ gut ab. Anders verhält es sich mit Zuwanderern aus Nicht-EU-Ländern: Sie sind hauptverantwortlich dafür, dass die Erwerbstätigenquote der im Ausland Geborenen knapp 14 Prozentpunkte unter jener der im Inland Geborenen liegt.[7] Wenn sie eine Arbeit finden, sind diese Migrantengruppen tendenziell in schlechteren und gering entlohnten Jobs beschäftigt. Ihre soziale Benachteiligung zeigt sich auch an den vergleichsweise schlechten Schulleistungen ihrer Kinder.[8]

Zu den wichtigsten Herkunftsländern von Zuwanderern von außerhalb der EU zählen Marokko und die Türkei – beides Staaten, mit denen Belgien 1964 Arbeitskräfte-Anwerbeabkommen schloss.[9] Ähnlich wie in Deutschland ist die Benachteiligung von Migranten auch eine Folge vergangener Migrationspolitik, die vorwiegend auf gering Qualifizierte abzielte, diesen Personen aber wenig geeignete Integrationsmöglichkeiten anbot. Letzteres hat sich inzwischen geändert, was hoffen lässt, dass die Integration in Zukunft reibungsloser ablaufen wird. Gerade die Integration in den Arbeitsmarkt erfährt seit einigen Jahren immer größere Aufmerksamkeit – etwa über zusätzliche Sprachkurse. Auch im Bereich Anti-Diskriminierung sowie beim Zugang zum permanenten Bleiberecht gilt Belgiens Gesetzgebung inzwischen international als vorbildlich. In einer Untersuchung zur Qualität der Integrationspolitik belegte Belgien 2014 den siebten Rang unter 38 Staaten – eingerahmt von traditionellen Einwanderungsländern wie Kanada und Australien.[10]

Dass Integration künftig besser gelingt, ist auch deshalb wichtig, weil ein immer größerer Teil des Nachwuchses in Belgien von Ausländerinnen zur Welt gebracht wird. Im Jahr 2015 entfielen auf 100 im Ausland geborene Frauen vier Kinder – mehr als doppelt so viele wie unter in Belgien geborenen Frauen.[11] Der Unterschied lässt sich in Teilen damit erklären, dass Ausländerinnen jünger sind und damit häufiger im Familiengründungsalter von 20 bis 45 Jahren. Er hat aber auch damit zu tun, dass sie im Schnitt mehr Kinder bekommen.[12] Alles in allem kommt Belgien auf die im europäischen Vergleich recht hohe Geburtenziffer von 1,70 Kindern je Frau – trotz deutlicher Einbußen in den vergangenen fünf Jahren.[13] Als zentrale Erklärung für die vergleichsweise hohen Kinderzahlen führen Beobachter häufig die belgische Familienpolitik an.[14] Diese sticht insbesondere aufgrund ihres guten Angebots an öffentlicher Kinderbetreuung hervor, die von der breiten Bevölkerung auch in Form der Ganztagsbetreuung von sehr kleinen Kindern akzeptiert wird.[15] Ein weiterer Faktor könnte sein, dass Männer in Belgien einen relativ großen Anteil an der Kinderbetreuung übernehmen.[16]

Führt Sparen oder Investieren zu mehr Jobs?

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 37.400 Euro je Einwohner zählt Belgien zu den zehn reichsten Staaten der EU. Das Wachstum ist in den vergangenen fünf Jahren jedoch unterdurchschnittlich gewesen.[17] Auch deswegen bezeichnet die OECD die Zukunftsaussichten der belgischen Wirtschaft als „fragil“.[18] Ein Grund für das Urteil ist die steigende Staatsverschuldung, die seit 2011 bei mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt. Nur die südeuropäischen Krisenstaaten Griechenland, Italien und Portugal sowie Zypern stehen EU-weit noch schlechter da.[19]
Um ökonomisch von einer wachsenden und bunter werdenden Bevölkerung zu profitieren, müsste Belgien nach Ansicht der OECD vor allem das Bildungssystem sowie den Arbeitsmarkt modernisieren. In der Vergangenheit sind Arbeitsplätze auch deswegen nicht entstanden, weil sich die Löhne im Vergleich zur Produktivität zu schnell

Regionale Ungleichheit

Auf regionaler Ebene hat Belgien drei sehr unterschiedliche Gesichter: Die Flämische Region im Norden zeichnet sich durch eine höhere Einwohnerzahl, eine höhere Lebenserwartung und mehr Zuwanderung als die Wallonische Region im Süden aus. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt im Norden signifikant über, die Arbeitslosenquote deutlich unter dem entsprechenden Wert im Süden. Die kleine Hauptstadtregion Brüssel wiederum hebt sich stark von beiden Flächenregionen ab: Hier werden im Schnitt etwas mehr Kinder geboren und die Wirtschaftskraft je Einwohner ist etwa doppelt so hoch wie im Rest des Landes – allerdings liegt auch die Arbeitslosenquote höher.

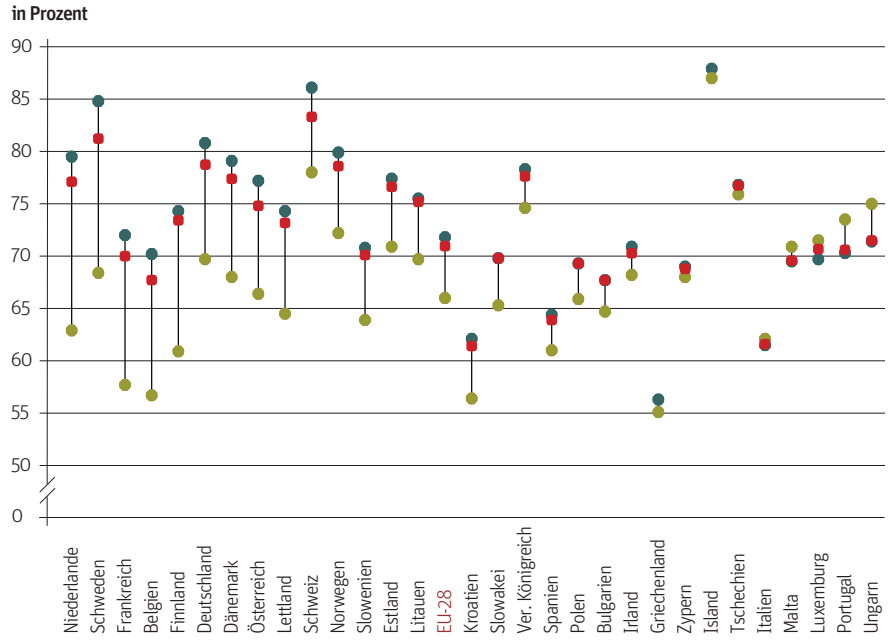
Zentrale Kennzahlen der Nuts-1-Regionen Belgiens
(Datengrundlage: Eurostat[27])

	Region Brüssel-Hauptstadt	Flämische Region	Wallonische Region
Einwohner (2016)	1,2 Mio.	6,5 Mio.	3,6 Mio.
Geburtenziffer (2015)	1,87	1,67	1,69
Lebenserwartung (2015)	80,9	82,1	79,4
Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2015)	6,9	5,5	5,1
BIP pro Kopf (2015)	63.300	37.300	26.400
Arbeitslosenquote (2016)	16,8	4,7	10,4

Migranten ohne Job

Nur etwas mehr als jeder zweite Bewohner Belgiens mit ausländischer Herkunft geht einer bezahlten Arbeit nach – niedriger liegt die Erwerbstätigenquote dieser Gruppe EU-weit einzig in Kroatien und Griechenland. Auch der Unterschied gegenüber in Belgien geborenen Personen ist besorgniserregend. Er liegt bei knapp 14 Prozentpunkten. Nur in den Niederlanden und Schweden schneiden Migranten auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu Einheimischen noch schlechter ab. Dass ein derartiges Zurückbleiben von Zuwanderern kein Naturgesetz ist, zeigen Länder wie Island, Italien, Luxemburg oder auch Portugal, in denen Zuwanderer teilweise sogar häufiger erwerbstätig sind als Einheimische.

Erwerbstätigenquoten der Gesamtbevölkerung sowie von im In- und Ausland Geborenen im Alter von 20 bis 64 Jahren in verschiedenen europäischen Ländern in Prozent, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[28])



Inland
Ausland
Gesamt

entwickelt haben.[20] Eine Lohnzurückhaltung könnte neue Jobs schaffen und auch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken, was sich wiederum positiv auf die Exporte auswirken dürfte. Um die Wirtschaft auf Vordermann zu bringen, hat Premierminister Charles Michel zudem trotz der bereits hohen Staatsverschuldung einen mehrere Milliarden Euro schweren nationalen Investitionspakt vorgeschlagen. In Kooperation mit der Privatwirtschaft sollen Projekte in den Bereichen Mobilität, erneuerbare Energien, Sicherheit und digitale Wirtschaft finanziell unterstützt werden, um das Land zu modernisieren.[21]

Ein Land, drei Gesichter

Belgien lässt sich kaum als großes Ganzes behandeln, sondern hat zumindest zwei, wenn nicht gar drei verschiedene Gesichter. Große Unterschiede bestehen vor allem zwischen Flandern im Norden und dem französisch geprägten Wallonien im Süden des Landes – und zwar nicht nur bei der Sprache. Vielmehr haben unterschiedliche Entwicklungen in der Vergangenheit dazu geführt, dass die beiden Regionen auch wirtschaftlich und politisch stark voneinander abweichen. Einst bekannt für seine Schwerindustrie, tut sich Wallonien bis heute schwer beim Strukturwandel hin zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, während Flandern dank seiner guten Infrastruktur als wichtiges Logistikzentrum fungiert. Antwerpen ist aktuell der zweitgrößte Hafen Europas.[22] Die Folge der ungleichen Entwicklung: Während das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Region Flandern mit 37.300 Euro im europäischen Vergleich recht hoch liegt, beträgt es in der Region Wallonien nur 26.400 Euro. Gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote in Wallonien mehr als doppelt so hoch wie in Flandern.[23]

Neben dem Unterschied zwischen Flandern und Wallonien ist Belgien geprägt vom Gefälle zwischen der Hauptstadtregion Brüssel und dem Rest des Landes. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 63.300 Euro ist Brüssel mit Abstand Spitze in Sachen Wohlstand.[24] Darüber hinaus werden in Brüssel mehr Kinder geboren als anderswo in Belgien. Allerdings liegt auch die Arbeitslosenquote höher als im Rest des Landes – ein Zeichen der Spaltung selbst innerhalb der Hauptstadt.[25] Gerade junge Menschen und Zuwanderer finden hier – wie auch in anderen belgischen Städten wie Antwerpen oder Gent – nur schwer einen Job. Ein Grund hierfür ist die räumliche Trennung von „guten“ und „schlechten“ Wohnbezirken, welche bestehende Ungleichheiten nicht nur zementieren, sondern zusätzlich verstärken.[26] Der Stadtteil Molenbeek ist vor diesem Hintergrund europaweit zum Symbol einer gescheiterten Integrationspolitik geworden.

LUXEMBURG

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	0,6	Medianalter (2016)	39,3
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	0,8	Lebenserwartung (2015)	82,4
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	0,9	BIP/Einwohner in Euro (2016)	92.900
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,47	BIP/Einwohner in KKS (2016)	77.400
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	20,0	Arbeitslosenquote (2016)	6,3

Zuwanderer- und Pendlermagnet

Mit seinen rund 576.000 Einwohnern ist das Großherzogtum Luxemburg nach Malta das zweitkleinste Land der EU und etwa so groß wie Bremen oder Leipzig. Gleichzeitig ist es das am schnellsten wachsende Land der Union. Zwischen 2006 und 2016 legte die Bevölkerung um mehr als ein Fünftel zu. Bis 2030 rechnen Statistiker mit einem weiteren Wachstum von 34 Prozent, bis 2050 sogar mit einem Zuwachs von 67 Prozent.[1]

Etwa 80 Prozent seines Bevölkerungswachstums verdankt Luxemburg der Zuwanderung. Seit 2006 wächst die Bevölkerung so jährlich im Schnitt um 1,7 Prozent – einsame Spitze in der EU. Und da viele Neuankömmlinge im besten Alter für Familiengründungen sind, profitiert das Land demografisch gleich doppelt. Frauen in Luxemburg bekommen zwar im Schnitt nicht mehr Kinder als andere EU-Einwohnerinnen. Da aber viele von ihnen zwischen 20 und 45 Jahre alt sind, werden trotzdem jedes Jahr deutlich mehr Kinder geboren als Menschen sterben.[2]

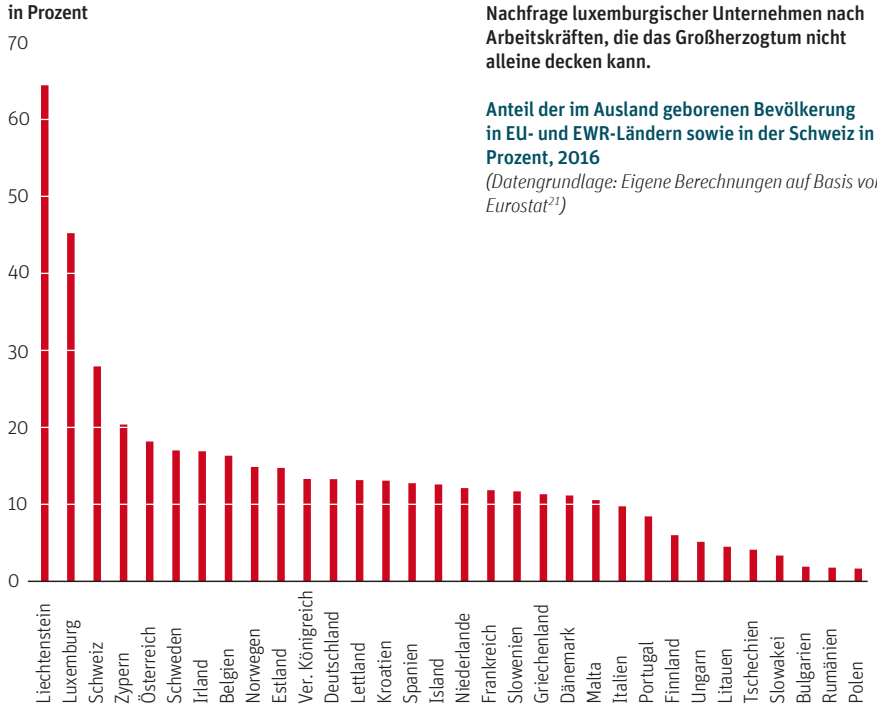
Wirtschaft zieht Arbeitskräfte an

Die Zuwanderung nach Luxemburg stand in der Vergangenheit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rief die neu entstandene Eisen- und Stahlindustrie eine Einwanderungswelle hervor. Später, nach dem Zweiten Weltkrieg, schloss die Regierung Anwerbeabkommen mit Italien, Portugal und Jugoslawien.[3] Insbesondere Portugiesen ließen sich mit ihren Familien im Großherzogtum nieder; heute stellen sie ein Drittel aller Ausländer.[4]

Internationales Luxemburg

In keinem anderen Land der EU ist ein größerer Teil der Bevölkerung im Ausland geboren als in Luxemburg. Europaweit übertrifft einzig das winzige Fürstentum Liechtenstein die Luxemburger. Und die Schere zwischen Luxemburg und dem Rest der EU geht immer weiter auf: Seit 2010 ist der Ausländeranteil in Luxemburg um 13 Prozentpunkte gestiegen; in den anderen EU-Ländern lagen die Zuwächse bei höchstens drei Prozentpunkten. Der Grund hierfür ist die weiterhin hohe Nachfrage luxemburgischer Unternehmen nach Arbeitskräften, die das Großherzogtum nicht alleine decken kann.

Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in EU- und EWR-Ländern sowie in der Schweiz in Prozent, 2016
(Datengrundlage: Eigene Berechnungen auf Basis von Eurostat[21])



Seit Ende der 1980er Jahre kommen immer mehr Hochqualifizierte ins Land. Denn Luxemburg hat sich zu einem bedeutenden Finanzplatz entwickelt und dabei auch von der Ansiedlung wichtiger EU-Institutionen profitiert, etwa des Europäischen Gerichtshofs oder der Europäischen Investitionsbank.[5]

Infolge der Zuwanderungsgeschichte leben in Luxemburg anteilmäßig mehr im Ausland Geborene als in allen anderen EU-Ländern, nämlich 45 Prozent der Gesamtbevölkerung.[6] Dabei spiegelt die Zuwanderung allein das Ausmaß der Internationalität Luxemburgs nicht einmal adäquat wider. Das Großherzogtum strahlt auch in die Umgebung aus und viele Menschen fahren jeden Tag aus Deutschland, Frankreich oder Belgien zur Arbeit über die Grenze. Im Jahr 2015 belief sich die Zahl der Pendler auf etwa 171.000. Sie stellten damit annähernd die Hälfte aller Beschäftigten.[7] Die Pendler profitieren von den attraktiven luxemburgischen Löhnen, vermeiden aber die schnell steigenden Miet- und Immobilienpreise des Landes.

Finanzwesen und Handel begründen Wohlstand

Heute ist Luxemburg mit einem Bruttoinlandsprodukt von 92.900 Euro je Einwohner das wohlhabendste Land Europas.[8] Zum Teil liegt dies an der hohen Zahl an Pendlern, die zwar zum Wohlstand Luxemburgs beitragen, aber nicht als Einwohner zählen. Doch selbst wenn sie alle in Luxemburg wohnen würden, wäre das Land noch immer auf einem ähnlichen Wohlstandsniveau wie die Schweiz.[9]

Einen großen Anteil an der Wertschöpfung haben mit 27 Prozent Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.[10] In jüngerer Vergangenheit ist dieser Wirtschaftszweig jedoch in die Kritik geraten, da er ausländischen Unternehmen Möglichkeiten bietet, Steuern zu vermeiden. Höhepunkt dieser Entwicklung waren die sogenannten Luxemburg-Leaks Ende 2014, die das Ausmaß der internationalen Steuervermeidung offenlegten. Um das Image der Steueroase zumindest teilweise loszuwerden, hat Luxemburg Anfang 2015 das Bankgeheimnis abgeschafft.

Weil Luxemburg so klein ist, spielt auch der Außenhandel seit jeher eine wichtige Rolle. Jahr für Jahr erzielen luxemburgische Unternehmen EU-weit die größten Exportüberschüsse. Im Jahr 2016 machte allein die Differenz aus Ein- und Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts aus.[11] Allerdings verdeckt dieser Wert interessante Unterschiede. Denn Luxemburg importiert in etwa gleich viele Waren wie es exportiert. Die riesigen Überschüsse gehen daher quasi komplett auf das Konto von internationalen Dienstleistungen und Kapitalflüssen.[12]

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
FRANKREICH									
FR10	Île de France	2,01	-4,5	24,0	84,0	54.600	72,8	411,8	80,2
FR21	Champagne-Ardenne	1,88	-1,3	35,3	81,4	27.600	64,9	145,4	69,5
FR22	Picardie	2,01	-1,7	30,9	80,7	24.500	66,3	120,1	69,9
FR23	Obernormandie	1,97	-1,2	32,4	81,2	28.300	67,4	199,3	73,4
FR24	Zentralregion	1,93	0,7	38,5	82,4	27.000	69,6	185,5	78,1
FR25	Niedernormandie	1,88	0,0	40,0	82,1	26.100	70,9	83,3	74,0
FR26	Burgund	1,88	0,2	41,9	82,0	27.600	70,0	141,8	76,5
FR30	Nord-Pas-de-Calais	2,00	-2,4	28,7	80,3	26.700	63,0	89,3	75,1
FR41	Lothringen	1,75	-3,0	33,5	81,6	25.000	66,5	129,6	77,6
FR42	Elsass	1,79	0,1	30,1	82,4	30.400	71,0	286,9	81,4
FR43	Freigrafschaft Burgund	1,92	-1,6	35,4	82,3	25.300	73,5	227,3	78,4
FR51	Länder der Loire	1,96	4,3	35,1	82,8	29.300	74,1	132,2	81,9
FR52	Bretagne	1,86	4,7	38,2	82,0	27.800	72,5	259,7	83,8
FR53	Poitou-Charentes	1,79	3,8	43,1	82,6	27.000	70,0	81,4	78,1
FR61	Aquitanien	1,73	8,2	38,3	82,9	28.500	70,8	118,3	80,6
FR62	Midi-Pyrénées	1,77	6,7	37,0	83,4	29.300	71,7	210,6	82,8
FR63	Limousin	1,77	0,8	46,2	81,8	24.800	75,1	112,2	81,1
FR71	Rhone-Alpen	1,97	3,7	31,8	83,6	32.700	73,8	465,5	82,1
FR72	Auvergne	1,80	3,4	41,5	82,1	26.800	72,5	223,8	79,7
FR81	Languedoc-Roussillon	1,88	9,1	40,1	82,5	24.500	64,9	113,2	72,5
FR82	Provence-Alpes-Côte d'Azur	2,03	1,4	39,5	82,8	30.500	68,2	214,1	77,1
FR83	Korsika	1,42	9,6	38,3	83,2	26.300	68,6	30,2	79,4
FRA1	Guadeloupe	2,20	-7,7	30,6		21.200	53,4		57,7
FRA2	Martinique	1,98	-11,9	33,0	82,7	24.000	59,8	3,0	63,7
FRA3	Guyane	3,54	-3,5	9,4		16.400	51,0		45,5
FRA4	La Réunion	2,46	-7,6	18,1	80,9	21.900	53,8	5,8	55,7

Wer aber profitiert von dem ganzen Wohlstand? Scheinbar ziemlich viele. Die Arbeitslosenquote lag 2016 mit 6,3 Prozent sehr niedrig. Zur gleichen Zeit waren deutlich weniger Menschen als im europaweiten Schnitt von Armut gefährdet. Und nur zwei Prozent der Bevölkerung sind nicht imstande, sich viele für eine angemessene Lebensführung notwendige oder zumindest wünschenswerte Ausgaben leisten zu können. Einen niedrigeren Wert bei der sogenannten Rate erheblicher materieller Deprivation verzeichnet in der EU lediglich Schweden.[13]

Wirtschaftskrise schnell überwunden

Als wichtiger Finanzplatz wurde allerdings auch Luxemburg von der jüngsten Wirtschaftskrise merklich getroffen. Im Jahr 2009 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr und die Zuwanderung brach deutlich ein.[14] Doch nach kurzer Unterbrechung im Jahr 2012 wächst die luxemburgische Wirtschaft seither wieder – zuletzt um etwa vier Prozent jährlich. Dies entspricht nach Irland, Malta und Rumänien dem viertgrößten Wachstum in der EU.[15]

Die schnelle wirtschaftliche Erholung hat auch dazu geführt, dass bereits 2010 unterm Strich wieder so viele Menschen einwanderten wie noch 2008. Seit 2011 verzeichnet Luxemburg Jahr für Jahr gar Wanderungsüberschüsse von etwa 11.000 Personen – die höchsten Werte der letzten 50 Jahre.[16] Dabei sind es weiterhin überwiegend Franzosen, Portugiesen, Italiener, Belgier, Spanier und Deutsche, die nach Luxemburg kommen, und nicht Osteuropäer wie in vielen anderen westeuropäischen Ländern.[17] Neben der krisenbedingt hohen (Jugend-)Arbeitslosigkeit in einigen Herkunftsländern dürften die vergleichsweise gute Lage auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt sowie Kontakte zu in Luxemburg wohnenden Landsleuten diesen Wanderungsanstieg erklären.[18] Darüber hinaus ist das Einkommensniveau so hoch, dass Luxemburg auch für viele gut ausgebildete Westeuropäer attraktiv ist.

Wie sich Luxemburg in Zukunft wirtschaftlich entwickeln wird, hängt in erster Linie vom Finanzsektor ab. Dessen hoher Stellenwert bedeutet Chance und Risiko zugleich. Denn wegen der vielfältigen Handels- und Finanzbeziehungen ins Ausland ist Luxemburg immer auch abhängig von europaweiten und globalen Trends. Aus diesem Grund dürfte der „Brexit“ Luxemburg nach Einschätzung von Experten härter treffen als viele andere Länder.[19] Die OECD rät dem Land daher, seine Wirtschaft stärker zu diversifizieren.[20] Ein Ende der Erfolgsgeschichte ist dennoch nicht in Sicht, da selbst der schwache Euro der Wirtschaft des Landes aktuell nichts anhaben kann.

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
NIEDERLANDE									
NL11	Groningen	1,52	1,4	30,4	80,7	44.800	71,5	72,5	77,1
NL12	Friesland	1,78	-1,1	35,0	81,5	28.200	77,2	73,0	75,5
NL13	Drenthe	1,73	-0,2	38,4	81,3	28.200	75,9	86,9	75,2
NL21	Overijssel	1,79	-0,6	31,3	81,5	32.600	77,1	195,8	77,0
NL22	Gelderland	1,73	1,7	32,4	81,7	33.400	77,1	183,8	75,8
NL23	Flevoland	1,82	-0,7	20,3	81,9	30.600	76,9	119,0	75,3
NL31	Utrecht	1,70	2,7	26,4	82,1	46.800	80,2	189,5	81,7
NL32	Nordholland	1,57	4,0	28,0	81,6	51.100	79,3	149,6	80,2
NL33	Südholland	1,67	2,2	28,8	81,8	40.000	75,1	230,9	76,8
NL34	Seeland	1,87	0,1	39,5	82,3	31.100	79,2	110,4	73,7
NL41	Nord-Brabant	1,64	2,2	32,0	81,5	41.000	78,7	927,7	75,3
NL42	Limburg	1,49	0,7	36,9	81,0	33.700	74,2	350,7	74,2
BELGIEN									
BE10	Region Brüssel-Hauptstadt	1,85	5,1	21,1	80,9	63.300	59,8	216,1	70,9
BE21	Prov. Antwerpen	1,73	4,2	31,7	82,0	43.200	69,2	331,4	76,1
BE22	Prov. Limburg	1,58	3,1	31,1	82,5	30.600	69,7	155,5	74,9
BE23	Provinz Ostflandern	1,65	4,6	32,4	81,5	33.700	74,0	277,9	76,8
BE24	Provinz Flämisch-Brabant	1,66	5,0	32,1	82,5	39.800	73,9	503,4	83,3
BE25	Provinz Westflandern	1,65	3,9	39,0	82,0	35.500	74,0	210,8	76,6
BE31	Provinz Wallonisch-Brabant	1,71	6,1	30,8	81,7	40.000	69,3	514,1	83,7
BE32	Provinz Hennegau	1,71	3,6	30,3	78,6	23.600	60,0	94,6	68,8
BE33	Provinz Lüttich	1,68	3,9	30,4	79,4	26.400	61,1	207,1	69,9
BE34	Provinz Luxemburg	1,79	5,2	27,5	80,1	23.300	68,2	253,0	75,1
BE35	Provinz Namur	1,66	5,0	29,7	79,3	25.100	64,2	99,0	76,6
LUXEMBURG									
LU00	Luxemburg	1,47	20,0	22,4	82,4	89.900	70,7	232,4	78,4

DEUTSCHLAND

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	82,2	Medianalter (2016)	45,8
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	84,6	Lebenserwartung (2015)	80,7
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	82,7	BIP/Einwohner in Euro (2016)	38.000
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,50	BIP/Einwohner in KKS (2016)	35.700
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	7,2	Arbeitslosenquote (2016)	4,1

Wende zum Besseren

Deutsche haben sich lange schwer damit getan, anzuerkennen, in einem Einwanderungsland zu leben. Spätestens mit Beginn der 2010er Jahre dürfte diese Erkenntnis jedoch bei den meisten angekommen sein. Allein in den vergangenen vier Jahren haben 1,5 Millionen Flüchtlinge in dem bevölkerungsreichsten Land Europas Schutz gesucht.[1] Dies hängt unmittelbar damit zusammen, dass Deutschland Mitte 2015 das Dublin-System ausgesetzt hat, nach dem Flüchtlinge ihren Asylantrag in dem EU-Land stellen müssen, das sie zuerst betreten, und seine Grenzen für Schutzsuchende geöffnet hat.

Mittelbar gibt es jedoch andere Gründe: Die deutsche Wirtschaft brummt, was das Land nicht nur für Schutzsuchende attraktiv macht, sondern auch für zahlreiche andere Migranten. So kamen in den vergangenen Jahren hunderttausende Menschen aus anderen EU-Staaten und weitere Hunderttausende aus sogenannten Drittstaaten, die in Deutschland eine Beschäftigung oder ein Studium aufgenommen haben oder Familienangehörigen hinterhergezogen sind.[2] Viele von ihnen sehen ihre langfristige Zukunft in jenem Land, das 2016 mit lediglich 4,1 Prozent nach der Tschechischen Republik die zweitniedrigste Arbeitslosenquote der EU aufwies.[3]

Derlei Zahlen schienen um die Jahrtausendwende noch in unerreichbarer Ferne. Das Wachstum der Wirtschaft lahmte, in Ostdeutschland war jeder Fünfte arbeitslos und die Kosten der Wiedervereinigung beliefen sich auf knapp zwei Billionen Euro.[4] Nach Ansicht der englischen Wochenzeitung *The Economist* war Deutschland der „kranke Mann Europas".[5] Dies hatte Folgen: Viele Menschen, Einheimische wie Ausländer, zogen wegen der schlechten Konjunktur aus Deutschland fort. Noch 2009 verzeichnete das Land einen negativen Wanderungssaldo.[6,*]

Dafür dass Deutschland so nachhaltig die Wende zum Besseren geschafft hat, gibt es unterschiedliche Gründe. Einer von ihnen sind die sogenannten Hartz-Reformen der Jahre 2002 und 2003, welche den Arbeitsmarkt liberalisiert und effizienter gestaltet haben. Andere Gründe liegen in externen Faktoren, etwa dem schwachen Euro, welcher den Export deutscher Waren verbilligt.[7] Und schließlich werden Lohnverhandlungen in Deutschland sehr dezentral geführt, das heißt zwischen Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeitnehmer, auf Firmenebene oder durch Tarifpartner. So war eine schnelle Reaktion auf die fehlende Wettbewerbsfähigkeit möglich.[8]

Doch die neu gewonnene Attraktivität für Zuwanderer birgt auch Risiken: Gelingt es nicht, die Mehrzahl der Neuankömmlinge in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren, sind Unzufriedenheit und Spannungen programmiert. Schon heute erscheint die deutsche Gesellschaft in dieser Frage deutlich gespaltener als noch in den 2000er Jahren. Das Aufkommen der rechtspopulistischen Partei „Alternative für Deutschland" ist hiervon nur das sichtbarste Symptom.

Eine zügige Integration der Neuankömmlinge in den Arbeitsmarkt wäre von Vorteil für alle: Zuwanderer erlangen über ihr eigenes Einkommen Teilhabe an der Gesellschaft und Deutschland gewinnt zusätzliche Arbeitskräfte. Auf Letztere ist das Land wegen der seit über vier Jahrzehnten niedrigen Kinderzahlen angewiesen. Durch den Nachwuchsmangel verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Ruheständlern stetig: Stehen aktuell noch drei Menschen im Erwerbsalter einem über 64-Jährigen gegenüber, dürfte sich das Verhältnis bis 2050 auf etwa zwei zu eins verringern. Gleichzeitig könnte die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter um rund acht Millionen zurückgehen.[9] Diese Entwicklungen machen es schwieriger, Leistungen der Sozialversi-

* Der negative Saldo lässt sich auch auf Registerbereinigungen zurückführen, im Zuge derer einige Einwohner gelöscht wurden, die nur auf dem Papier existierten. Doch auch sie wäre keine nennenswerte Zuwanderung zu verzeichnen gewesen

cherungen zu finanzieren. Sie können auch für Firmen negative Folgen haben, etwa wenn sie Stellen nicht neu besetzen oder Projekte wegen Personalmangels nicht realisieren können.

Integrationsrecht gut, Praxis schwierig

Ihren vorläufigen Höhepunkt hat die Zuwanderung von Schutzsuchenden in Deutschland im Jahr 2015 erreicht. Knapp 900.000 von ihnen haben entweder über die sogenannte Balkanroute oder über das Mittelmeer und die Alpen die Grenzen der Bundesrepublik erreicht.[10] Auf die Gesamtbevölkerung gerechnet, registrierte das 82-Millionen-Einwohner-Land europaweit nach Ungarn, Schweden, Österreich, Norwegen und Finnland die sechstmeisten Asylanträge. Dies spiegelt jedoch nicht das tatsächliche Ausmaß der Zuwanderung wider, da viele Flüchtlinge ihren Antrag erst 2016 einreichen konnten. Folglich wies Deutschland 2016 europaweit die mit Abstand höchste Rate an Asylanträgen auf.[11]

Nicht alle Flüchtlinge werden langfristig in Deutschland bleiben. Im Jahr 2016 erhielten knapp zwei Drittel einen positiven Bescheid auf Anerkennung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.[12] Doch für die Integrationspolitik ist dies zunächst irrelevant. Denn sie setzt in Deutschland schon vor Abschluss des Asylverfahrens an. Dies liegt daran, dass die Verfahren mitunter noch immer lange dauern und wertvolle Zeit verloren gehen könnte. So beginnen die Integrationskurse, welche die deutsche Sprache und Kultur vermitteln sollen, häufig schon kurz nach Ankunft in Deutschland. Dies gilt allerdings nur für Menschen mit einer „guten Bleibeperspektive". Letztere wird für all jene angenommen, die aus einem Land kommen, aus dem mehr als die Hälfte der Antragsteller einen positiven Bescheid erhalten. Aktuell sind dies Syrien, Irak, Iran, Eritrea und Somalia.[13] Zugang zum Arbeitsmarkt haben dagegen inzwischen alle Asylbewerber nach drei Monaten im Land – unabhängig von ihrem Herkunftsland und dem Stand ihres Verfahrens.

In der Praxis gestaltet sich die Integration trotz der rechtlichen Erleichterungen schwierig. So waren Ende 2016 nur etwa 60.000 Menschen aus Kriegs- und Krisenländern mehr beschäftigt als im Vorjahr, während die Größe dieser Personengruppe um mehr als 600.000 angestiegen war.[14] In diesen Zahlen spiegelt sich eine zentrale Herausforderung der deutschen Integrationspolitik: Flüchtlinge bringen häufig nicht die Fähigkeiten und Kenntnisse mit, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Dies beginnt bei Sprachkenntnissen, führt über die schulische Bildung bis hin zu auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Abschlüssen.[15] Der Weg in eine Beschäftigung ist für viele daher ein langer. Auf diesem begleiten die Flüchtlinge einerseits der Staat mit seiner immer umfassenderen Integrationspolitik, aber auch zahlreiche ehrenamtliche Helfer, die in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen haben, den Druck auf die Behörden abzufangen.[16]

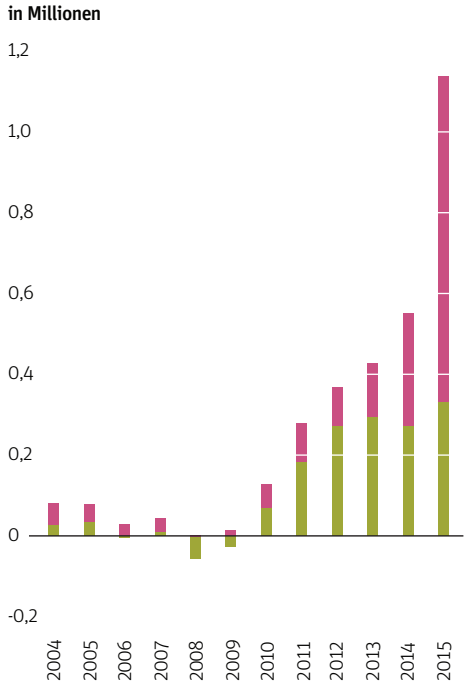
Mit seiner umfassenden Integrationspolitik scheint Deutschland aus den Versäumnissen der Vergangenheit gelernt zu haben. Während der sogenannten Gastarbeiter-Zuwanderung der 1950er bis 1970er Jahre verzichtete das Land noch darauf, Integration staatlich zu fördern, da die Migranten nach Ablauf ihrer Verträge wieder in die Heimat zurückkehren sollten. Dies geschah aber nicht. Vielmehr holten sie ihre Familien nach Deutschland und verfestigten so ihren Aufenthalt.[17] Die Folge ist, dass in Deutschland inzwischen 10,7 Millionen Menschen leben, die anderswo geboren wurden. Unter den Industriestaaten verzeichnen einzig die USA einen höheren Wert.[18, *]

* Für Russland liegen keine aktuellen Daten vor. Im Jahr 2010 lebten dort 11,2 Millionen nicht in Russland geborene Personen.

Immer mehr Zuwanderung – von nah und fern

Seit einigen Jahren steigen die Zuwanderungszahlen in Deutschland rapide an. Wanderten im Jahr 2009 noch mehr Menschen aus Deutschland ab als neu hinzuzogen, verzeichneten die Statistiker 2015 einen Überschuss von mehr als einer Million Menschen. Während der Zuwachs zu Beginn der 2010er Jahre überwiegend auf einer steigenden Zuwanderung von EU-Bürgern – vor allem aus den neuen Mitgliedstaaten Polen, Rumänien und Bulgarien sowie Südeuropa – fußte, haben in den letzten Jahren Schutzsuchende aus dem Nahen Osten die größten Zuwanderergruppen gestellt. Für das Jahr 2016 liegen noch keine Zahlen vor. Sie werden jedoch deutlich niedriger liegen als noch 2015.

Wanderungssaldo Deutschlands nach Staatsangehörigkeit der Zuwanderer, 2004-2015
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt[37])



Land der Ingenieure

Für Flüchtlinge ist es auch deshalb schwer, eine Anstellung in Deutschland zu finden, weil Firmen vor allem auf qualifizierte Fachkräfte setzen, also entweder Akademiker oder Absolventen einer dualen Ausbildung. Nur etwa zehn Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland verfügen über weder Ausbildung noch Abitur oder Hochschulabschluss – im Schnitt aller EU-Länder sind es 17 Prozent.[19] Trotz der weiter großen Bedeutung der betrieblichen Ausbildung, ist im vergangenen Jahrzehnt vor allem die Zahl der Hochschulabsolventen deutlich angestiegen – um etwa 50 Prozent auf 314.000 Personen im Jahr 2014. Mehr als ein Drittel von ihnen haben eines der sogenannten Mint-Fächer studiert, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das ist weltweit einer der höchsten Werte.[20]

Die Wahl der Studienfächer bildet ab, welche Fähigkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefragt sind. Mit einem Anteil von rund 23 Prozent an der gesamten Wirtschaftsleistung ist der industrielle Sektor hier so bedeutsam wie in kaum einem anderen EU-Staat. Eine besondere Stärke ist seit jeher der Fahrzeugbau mit den drei Giganten Volkswagen, BMW und Daimler. Dieser Sektor produziert jedes Jahr Waren im Wert von weit über 100 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Hälfte aller in der EU hergestellten Fahrzeuge und Fahrzeugteile. Ähnlich prominent ist der deutsche Maschinenbau.[21]

Dabei sind es nicht nur Großunternehmen, welche die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ausmachen. Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über einen stark ausgeprägten Mittelstand von häufig familiengeführten Firmen. Sie erwirtschaften einen erheblichen Anteil des deutschen Wohlstands und sind vielfach weltweit führend in bestimmten Nischenmärkten – sogenannte Hidden Champions. Die starke Industrie gepaart mit einer globalen Ausrichtung mittelständischer Unternehmen hat dazu geführt, dass Deutschland auch 2016 wieder das Land mit dem größten Exportüberschuss der Welt gewesen ist: Unterm Strich stand ein Plus von Waren und Dienstleistungen im Wert von 297 Milliarden US-Dollar oder 8,6 Prozent der Wirtschaftsleistung zu Buche.[22]

Süden und Metropolen stark

Kernregionen der deutschen Industrie sind die beiden südlichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg. Allein 12 der insgesamt 30 Dax-Unternehmen haben hier ihren Hauptsitz. Diese Wirtschaftsknotenpunkte wirken auch als Wanderungsmagnete. Von den zehn Regionen Deutschlands, die im Zeitraum von 2011 bis 2015 bezogen auf die Bevölkerungszahl die höchsten Wanderungssalden aufgewiesen haben, liegen fünf im Süden des Landes. Auch unter den zehn reichsten Regionen Deutschlands finden sich fünf bayerische oder baden-württembergische.[23]

Ganz vorne bei der Zuwanderung liegt allerdings keine süddeutsche Region, sondern die Hauptstadt Berlin und die sächsische Metropole Leipzig.[24] Berlin punktet seit Jahren mit seiner dynamischen Gründerszene, drei großen Universitäten sowie immer noch günstigen Lebenshaltungskosten.[25] In Leipzig üben die Messe, die Universität, der Flughafen und nicht zuletzt die industrielle Fertigung, etwa im Automobilbau, eine überregionale Strahlkraft aus. Der Erfolg Leipzigs steht sinnbildlich für das Ende der massenhaften Abwanderung aus Ost- nach Westdeutschland: Noch in den ersten 25 Jahren nach dem Mauerfall hatten unterm Strich etwa 1,8 Millionen Menschen die ehemalige DDR verlassen. Erst im Jahr 2013 war der Saldo der beiden Landesteile wieder ausgeglichen.[26; *]

Wenig überraschend sind jene Gebiete, die ob ihrer wirtschaftlichen Stärke stetig Zuwanderer anziehen, auch Deutschlands demografische Wachstumsregionen. Ganz vorne liegt Berlin mit einem erwarteten Plus von knapp einem Drittel bis 2050. Dahinter folgen die München umschließende Region Oberbayern, Hamburg, Darmstadt mit der Finanzmetropole Frankfurt am Main, Mittelfranken, Stuttgart und Leipzig.[27]

Zarter Geburtenaufschwung

Bevölkerungsvorausberechnungen sind gerade im Fall von Deutschland wegen der stark schwankenden Zuwanderung häufig recht unpräzise. So rechnete Eurostat im Jahr 2013 noch mit einem Verlust von zweieinhalb Millionen Menschen bis 2030 und gar siebeneinhalb Millionen bis 2050. Die aktuellen Vorausberechnungen sehen bis 2030 sogar ein leichtes Wachstum voraus, ehe die Bevölkerung leicht zu schrumpfen beginnen dürfte. Mitte des Jahrhunderts dürften demnach ähnlich viele Menschen in Deutschland leben wie aktuell, nämlich knapp 83 Millionen.[28] Etwas skeptischer ist das Statistische Bundesamt, das bis 2050 mit einem Verlust von drei Millionen Menschen rechnet.[29]

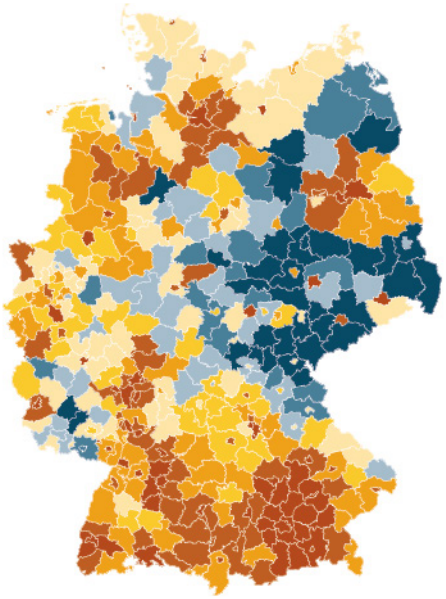
Sicher ist, dass die deutsche Bevölkerung weiter altern wird. Anfang der 1970er Jahre war Deutschland eines der ersten Länder, in dem die Geburtenziffer dauerhaft unter zwei Kinder je Frau fiel. In den folgenden viereinhalb Jahrzehnten pendelte sie meist zwischen 1,3 und 1,5 Kindern. Dadurch ist die Alterung in Deutschland bereits weit fortgeschritten: Rund 21 Prozent der Menschen in Deutschland sind über 64 Jahre alt – mehr sind es europaweit nur in Italien und Griechenland.[30] Und weil die Alterung fortschreitet, dürfte sich die Differenz aus Geburten und Sterbefällen, der natürliche Bevölkerungssaldo, selbst bei ansteigenden Kinderzahlen weiter vergrößern. Derzeit liegt das Minus bei knapp

[*] Das ehemals geteilte Berlin wird hier Ostdeutschland zugerechnet.

200.000 Menschen pro Jahr; im Jahr 2050 könnte es nach aktuellen Vorausberechnungen schon bei annähernd 400.000 liegen.[31]

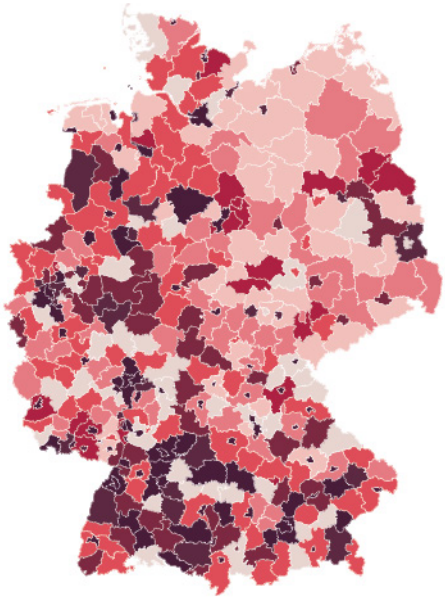
Langfristig wäre es für Deutschland vorteilhaft, wenn die Geburtenzahlen wieder steigen würden. Und in den letzten Jahren gibt es leichte Anzeichen dafür, dass dies tatsächlich geschehen könnte. So bekamen Frauen in Deutschland 2015 erstmals seit 33 Jahren im Schnitt wieder 1,50 Kinder – sechs Jahre vorher waren es lediglich 1,36 Kinder gewesen.[32] In absoluten Zahlen ausgedrückt: Statt 665.000 Babys wie 2009 brachten Paare in Deutschland 2015 knapp 738.000 Kinder zur Welt.[33] Viele Beobachter schreiben diesen Aufschwung einer Wende in der deutschen Familienpolitik zu, die seit Mitte der 2000er Jahre verstärkt darauf setzt, es Eltern zu ermöglichen, Beruf und Familienleben zu kombinieren. Ein Beispiel hierfür ist der 2013 eingeführte Rechtsanspruch auf einen öffentlichen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr, ein weiteres das Elterngeld. Mit Letzterem erhalten Eltern für bis zu 14 Monate vom Staat zwei Drittel ihres Nettogehalts, wenn sie für die Betreuung ihrer Kinder beruflich kürzertreten. Im Vergleich zur alten Regelung mit einem (recht geringen) Festbetrag soll das Elterngeld es auch für beruflich Erfolgreiche attraktiver machen, Kinder zu bekommen.

Inwiefern die neue Familienpolitik tatsächlich die Ursache für die höheren Kinderzahlen ist, bleibt unter Wissenschaftlern umstritten. Empirische Studien, die sich mit dem Thema befassen, kommen nicht zu eindeutigen Ergebnissen.[34] So könnte auch eine Rolle spielen, dass junge Paare die Familiengründung weniger stark als früher ins höhere Alter verschieben. Ob sie deshalb im Endeffekt mehr Kinder oder diese nur früher bekommen, wird sich erst herausstellen. Außerdem trägt die hohe Zuwanderung zum „Kinderaufschwung“ bei. Denn Ausländerinnen bekommen in Deutschland deutlich mehr Kinder als einheimische Frauen – 1,95 gegenüber 1,43 Kinder.[35] Was Studien jedoch zweifelsfrei belegen, ist, dass Frauen nach der Geburt ihrer Kinder schneller wieder in ihren Beruf zurückkehren.[36] Mit Letzterem erreicht das Elterngeld eines seiner Hauptziele und trägt dazu bei, den Rückgang des Arbeitskräftepotenzials in Deutschland abzufedern.



Prozentuale Bevölkerungsentwicklung in Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland, 2011-2015

- unter -2
- -2 bis unter -1
- -1 bis unter 0
- 0 bis unter 1
- 1 bis unter 2
- 2 bis unter 3
- 3 bis unter 4
- 4 und mehr



Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2014

- unter 20.000
- 20.000 bis unter 23.000
- 23.000 bis unter 26.000
- 26.000 bis unter 29.000
- 29.000 bis unter 32.000
- 32.000 bis unter 35.000
- 35.000 bis unter 38.000
- 38.000 und mehr

Bevölkerungsentwicklung spiegelt Wohlstandsgefälle

Die Bevölkerung Deutschlands entwickelt sich regional sehr unterschiedlich. Während Süddeutschland fast flächendeckend Einwohner hinzugewinnt, verlieren gerade ländliche ostdeutsche Gebiete weiter an Bevölkerung. In Ostdeutschland können sich lediglich Großstädte wie Berlin, Dresden, Leipzig oder Erfurt sowie das jeweilige Umland stabilisieren. Die Bevölkerungsentwicklung ist vielerorts ein Spiegelbild der Wirtschaftskraft. Die Menschen ziehen dorthin, wo es Arbeitsplätze und gute Verdienstmöglichkeiten gibt. Damit verstärken sie das regionale Gefälle zusätzlich, da hauptsächlich Ältere in den wirtschaftlich schwächeren Regionen zurückbleiben – mit der Folge, dass dort immer weniger Kinder geboren werden.

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder[38])

SCHWEIZ

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	8,3	Medianalter (2016)	42,3
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	9,5	Lebenserwartung (2015)	83,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	11,0	BIP/Einwohner in Euro (2016)	73.000
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,54	BIP/Einwohner in KKS (2015)	46.700
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	9,0	Arbeitslosenquote (2016)	3,3

Europas internationalstes Land

Rund ein Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung besitzt einen ausländischen Pass.[1] Europaweit weisen nur die Kleinstaaten Luxemburg und Liechtenstein einen noch höheren Anteil ausländischer Staatsbürger auf.[2] Über ein Drittel der in der Schweiz lebenden Personen ab 15 Jahren hat einen Migrationshintergrund, ist also selbst zugewandert oder stammt von mindestens einem zugewanderten Elternteil ab.[3] Zum Vergleich: In Deutschland trifft dies zurzeit auf gut ein Fünftel der Bevölkerung zu.[4] Allein von 2005 bis 2015 kamen im Durchschnitt jährlich rund 65.000 Personen mehr in die Schweiz als aus dem Land auswanderten. Nur die bevölkerungsreichen Länder Italien, Spanien, Großbritannien und Deutschland verzeichneten in diesem Zeitraum einen in absoluten Zahlen höheren Wanderungssaldo.[5]

Von der massiven Zuwanderung hat die Schweiz bis jetzt überwiegend profitiert – demografisch und ökonomisch. Doch in jüngster Zeit ergeben sich daraus auch Probleme: Ein Unbehagen macht sich breit, das sich in Begriffen wie „Dichtestress“ oder „Überfremdung“ äußert und zum Erstarken von Rechtspopulisten geführt hat. Eine nationalistische Politik würde jedoch die wirtschaftliche Prosperität des Landes aufs Spiel setzen, das nicht nur als internationaler Finanzplatz von großer Bedeutung ist, sondern auch als Heimat global agierender Unternehmen – vom weltgrößten Lebensmittelkonzern über Pharma- und Chemiefirmen bis hin zum Hersteller von Präzisionsinstrumenten.

Vom Auswanderungsland zum Migrationsmagneten

Fast drei Jahrhunderte lang hatten Bevölkerungsdruck, Armut und Mangel an Beschäftigung bewirkt, dass das Gebiet der heutigen Schweiz stets eine negative Wanderungsbilanz aufwies. Erst 1890 wendete sich das. Im Zuge der Industrialisierung und des Eisenbahnbaus warb die Schweiz Arbeitskräfte vor allem aus Italien an.[6] Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sie erneut auf „Fremdarbeiter“ und „Saisonniers“ aus dem südlichen Nachbarland, später auch aus anderen süd- und südosteuropäischen Ländern. Das Prinzip, Arbeitsmigranten nur vorübergehend aufzunehmen, ließ sich indessen nicht lange durchhalten. Insbesondere durch Familiennachzug stieg der Ausländeranteil seit den 1960er Jahren fast durchgängig.[7] Von den 1990er Jahren an kamen verstärkt Flüchtlinge ins Land. Als Reaktion darauf wurden die Ausländer- und Asylgesetze verschärft. Von der restriktiven Migrationspolitik ausgenommen sind EU-Bürger. Sie können seit 2002 dank des Personenfreizügigkeitsabkommens auch in dem Nicht-EU-Staat Schweiz Aufenthalt und Arbeitsplatz frei wählen.[8]

-

Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung der Schweiz schrumpfen, da die durchschnittliche Kinderzahl je Frau seit den 1970er Jahren zwischen 1,4 und 1,6 fluktuiert. Im Jahr 2015 lag sie bei 1,54. Damit ähnelt die Schweiz ihren deutschsprachigen Nachbarn Deutschland und Österreich.[9] Dank der Zuwanderung aber wächst die Bevölkerungszahl seit 2007 im Durchschnitt pro Jahr um etwa ein Prozent.[10] Seit 1985 ist sie um 1,8 Millionen auf heute 8,3 Millionen angestiegen. Die ausländische Bevölkerung hat in dieser Zeitspanne um gut eine Million zugenommen.[11]

Seine Anziehungskraft auf Wanderungswillige verdankt das Land im Herzen Europas vor allem dem Lohnniveau, das europaweit einsam an der Spitze liegt, und der exzellenten Lebensqualität.[12] Die Wirtschaftslage ist stabil, obwohl verschiedene Krisen die Nation erschüttert haben: 1992 die Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum, der eine Phase der Stagnation folgte,

dann die Pleite der nationalen Fluggesellschaft Swissair, der Beinahe-Untergang der Großbank UBS und die durch internationalen Druck erzwungene Aufhebung des Bankgeheimnisses.[13] Und seit Anfang 2015 macht die Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro der exportorientierten Industrie und dem Tourismus zu schaffen. Dennoch: Mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet 73.000 Euro rangiert die Schweiz innerhalb Europas auf Platz 2 hinter dem Bankenplatz Luxemburg.[14] Beim weltweiten Index der Wettbewerbsfähigkeit hält sie sogar den Spitzenplatz.[15]

Diese Stärke verdankt die Schweiz der Innovationskraft ihrer Unternehmen, dem flexiblen Arbeitsmarkt – und der Zuwanderung. Die Nachfrage nach Facharbeitern, Technikern und Managern war seit Ende der 1990er Jahre stark gestiegen, weil sich viele Firmen, anstatt Arbeitsplätze für Geringqualifizierte ins Ausland zu verlagern, auf wissensintensive Tätigkeiten mit hoher Wertschöpfung konzentriert hatten.[16] Mit dem Freizügigkeitsabkommen von 2002 wurde es für Schweizer Unternehmen leichter, Fachkräfte aus dem EU- und Efta-Raum zu rekrutieren. Binnen zehn Jahren stieg der Anteil von Migranten aus diesen Staaten von nahe null auf fast zwei Drittel aller jeweils neu Zugewanderten. Das Verhältnis von hoch zu niedrig qualifizierten Zuwanderern hat sich seit den 1980er Jahren praktisch umgedreht. Heute bringt über die Hälfte der Neuzuwanderer einen Universitätsabschluss mit, etwa ein weiteres Viertel hat eine Sekundarausbildung.[17] Die medizinische Versorgung des Landes wäre der Fachgesellschaft der Schweizer Ärzte zufolge ohne Migration nicht mehr zu gewährleisten: Rund ein Drittel der berufstätigen Ärzte in der Schweiz sind Ausländer. Davon stellen Deutsche allein die Hälfte.[18] Die Krankenhäuser konnten das Pflegepersonal nur dank ausländischer Fachkräfte aufstocken.[19]

Auch das Freizügigkeitsabkommen hat nichts daran geändert, dass die Arbeitslosigkeit seit den 1990er Jahren konstant niedrig ist. Die starke Zuwanderung hat kaum alteingesessene Arbeitskräfte verdrängt.[20] Im Gegenteil: In der Schweiz entstehen stetig neue Jobs. Allein seit der Jahrtausendwende ist die Zahl der Erwerbstätigen von vier auf fünf Millionen Menschen gestiegen.[21] Dies ist von Vorteil, um mit den Folgen der Alterung umzugehen – vor allem der wachsenden Zahl der Rentner. Denn die Zuwanderung vermag die demografische Alterung der Schweiz etwas hinauszuzögern: Mit einem Bevölkerungsanteil über 64-Jähriger von rund 18 Prozent liegt das Land zwar heute noch etwas unter dem Durchschnitt der EU-28, aber mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 83,0 Jahren sind die Schweizer zusammen mit den Spaniern die langlebigsten Europäer.[22]

Es wird eng im Mittelland, leer in den Bergen

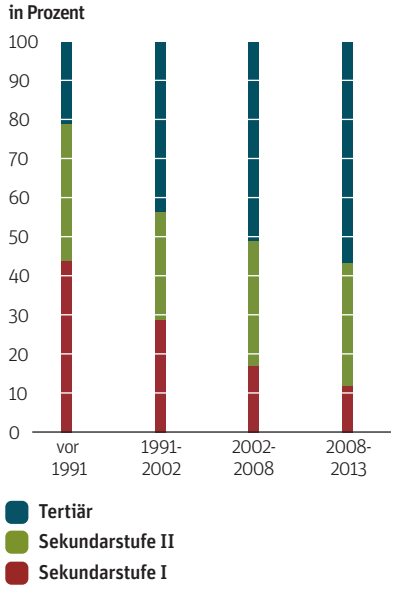
Allerdings rücken zunehmend auch unangenehme Folgen des Bevölkerungswachstums ins Blickfeld: Schon heute konzentrieren sich mehr als zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung auf knapp einem Drittel der gesamten Landesfläche, im so genannten Mittelland zwischen dem Höhenzug des Jura und der Gebirgskette der Alpen, das die Wirtschaftszentren Genf, Basel und Zürich einschließt. Dorthin zog es die Bewohner der Bergtäler seit der Industrialisierung, und dorthin zieht es auch das Gros der Zuwanderer. In den Zentren des Mittellandes ist Wohnraum knapp und teuer. Daher pendeln viele Arbeitnehmer aus den ländlicheren Gebieten und den Nachbarregionen jenseits der Grenze ein, was Straßen und Schienenverkehr an die Grenzen der Belastung bringt. Überfüllte Züge und Staus mehren sich. Durch die anhaltende Nachfrage nach Wohnraum wird das Mittelland zusehends zersiedelt, Natur- und Erholungsräume schwinden.

Gleichzeitig verlieren die schon immer dünner besiedelten Gebiete in den höheren Lagen Arbeitsplätze und Einwohner. Der harte Franken und die milden Winter lassen den Tourismus einbrechen, für viele Bergregionen der wichtigste Wirtschaftszweig. Auch das Baugewerbe erlebt Einbußen, weil die Nachfrage nach Ferienimmobilien nachlässt,

Mehr Fachkräfte dank Freizügigkeit

Die Unternehmen und das Gesundheitswesen in der Schweiz benötigen dringend Fachkräfte. Das helvetische Bildungs- und Ausbildungssystem ist zwar gut, aus demografischen Gründen vermag das Land den Bedarf aber nicht aus eigener Kraft zu decken. Seit 2002, als die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und dem Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft trat, ist es einfacher geworden, qualifizierte Mitarbeiter aus der EU und der Efta anzuwerben. Diese folgen dem Ruf ins Hochlohnland Schweiz in wachsender Zahl – und mit einem deutlich steigenden Anteil Hochqualifizierter. Das Ausbildungsniveau dieser Bevölkerungsgruppe liegt über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.[31]

Bildungsstand der erwerbstätigen ausländischen Bevölkerung aus EU27- und Efta-Staaten in der Schweiz nach Zuwanderungszeitraum in Prozent*
(Datengrundlage: Staatssekretariat für Wirtschaft[30])

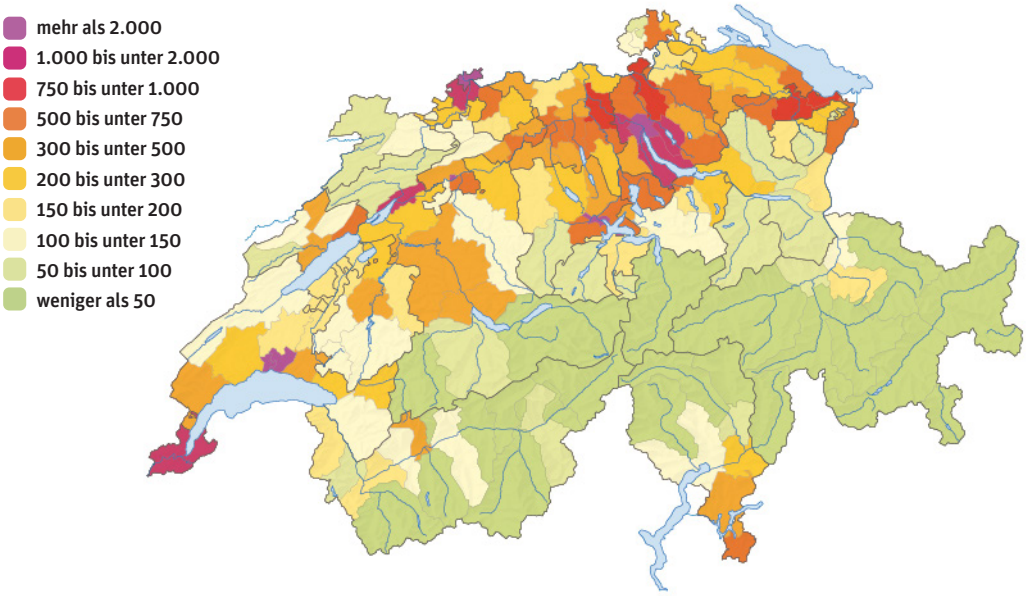


* Die Zahlen beziehen sich jeweils auf den Zeitraum von Juni bis Mai.

Dicht besiedeltes Mittelland

Die Schweiz ist weniger dicht besiedelt als etwa die Niederlande, Belgien, Großbritannien oder Deutschland. Doch mehr als zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung konzentrieren sich im Mittelland, das sich als schmales Band vom Bodensee im Nordosten bis zum Genfersee im Südwesten hinzieht und etwa 30 Prozent der Schweizer Landesfläche beansprucht. Die Alpen nehmen 60 Prozent der Landesfläche ein, auf denen jedoch nur 11 Prozent der Bevölkerung leben.[33]

Einwohner pro Quadratkilometer nach Bezirken in der Schweiz, 2015
(Datengrundlage: BFS/ThemaKart[32])



und die Wasserkraft verliert infolge der Energiewende und niedriger Strompreise an Bedeutung.[23] Vor allem Menschen im erwerbsfähigen Alter wandern aus den Bergregionen ab.

Beispiel Calancatal: In dem tief eingeschnittenen Tal im Süden des Kantons Graubünden leben noch knapp 800 Menschen.[24] Der einzige größere Arbeitgeber im Tal ist ein Steinbruch, ansonsten bieten hier nur noch Holzwirtschaft und Tourismus Beschäftigung. Weitere Arbeitsplätze für Talbewohner gibt es nur außerhalb des Tals, etwa im nahe gelegenen Tessin. Auf 100 Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren kommen hier 50 über 64-Jährige, der Altenquotient ist also gut eineinhalb Mal so hoch wie im Schweizer Durchschnitt.[25] In den 1980er Jahren und erneut 2015 gab es Gemeindefusionen, um die Verwaltung der Talschaft effizienter zu gestalten.[26] Im Rahmen der „Neuen Regionalpolitik", die 2008 in Kraft getreten ist, versucht die Eidgenossenschaft gemeinsam mit den betreffenden Kantonen, die Entleerung in den Berggebieten aufzuhalten und den Strukturwandel von Wirtschaft und Tourismus zu befördern. So flossen Fördermittel zeitweilig auch in die Region um das Calancatal, hier für die „Pflege der Kulturlandschaft" und die Planung eines Nationalparks, der allerdings nicht zustande kam.[27]

Wie Zuwanderung einschränken ohne Verlust?

Die Wohnbevölkerung der Schweiz könnte bei anhaltender Zuwanderung von derzeit 8,3 Millionen bis 2030 auf 9,5 Millionen, bis 2045 sogar auf 11,0 Millionen Menschen anschwellen.[28] Schon jetzt regt sich Unmut gegen dieses Wachstum. Manche Alteingesessene sorgen sich auch um den vermuteten Verlust von Traditionen und fürchten sich vor „Überfremdung". Rechtspopulisten, allen voran die Schweizerische Volkspartei (SVP), die seit 2003 die stärkste Fraktion in der großen Kammer des Parlaments stellt, schüren solche Ängste zusätzlich.

Dabei hat die Schweiz mit einem neuen Ausländergesetz bereits 2006 den Aufenthalt und den Zugang zum Arbeitsmarkt für Ausländer beschränkt, die nicht unter das Freizügigkeitsabkommen fallen. Aufgrund einer Volksinitiative wurde gleichzeitig auch das einst als besonders liberal geltende Asylrecht verschärft. Seither gehen die Behörden etwa auf Asylgesuche von Bewerbern ohne gültige Papiere grundsätzlich nicht mehr ein.[29]

2014 nahm eine knappe Mehrheit von 50,3 Prozent der Stimmberechtigten die von der SVP lancierte Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung" an. Sie verlangt von der Politik, die Zuwanderung durch jährliche Höchstwerte und Kontingente zu begrenzen, die sich nach der wirtschaftlichen Lage der Schweiz richten. Die Regierung steht nun vor dem Balanceakt, die Zuwanderung aus der EU einzuschränken, ohne das Freizügigkeitsabkommen zu verletzen. Denn dieses ist an die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU gekoppelt. Ohne diese würde es für die Schweizer Exportwirtschaft schwieriger, den Handel mit ihrem wichtigsten Absatzmarkt aufrechtzuerhalten. Fürs Erste scheint das Parlament dies verstanden zu haben und stimmte einem moderaten Gesetz ohne explizite Kontingente zu.

ÖSTERREICH

Einwohnerzahl in Mio., 2016	8,7	Medianalter (2016)	43,0
Projizierte Einwohnerzahl in Mio., 2030	9,7	Lebenserwartung (2015)	81,3
Projizierte Einwohnerzahl in Mio., 2050	10,2	BIP/Einwohner in Euro (2016)	40.000
Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	1,49	BIP/Einwohner in KKS (2016)	36.700
Mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	7,3	Arbeitslosenquote (2016)	6,0

Zuwanderungsskeptiker

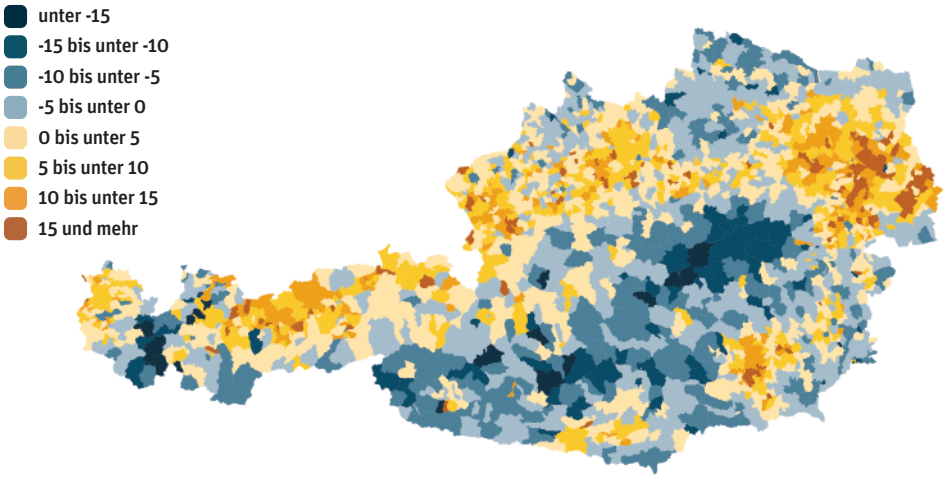
Österreich ist vielen Menschen vor allem als Reiseziel bekannt. Doch immer mehr Menschen machen sich nicht aus Feriengründen in den Alpenstaat auf, sondern um dort zu leben und zu arbeiten. Im Jahr 2015 wanderten etwa 113.000 Personen mehr nach Österreich ein als das Land verließen. Damit kamen im Saldo pro 1.000 Einwohner 13 Menschen hinzu.[1] Im europäischen Vergleich wiesen einzig Luxemburg und Deutschland höhere Zuwanderungsraten auf. Die Attraktivität Österreichs gründet vor allem auf dem vergleichsweise hohen Lebensstandard sowie der weiter recht niedrigen Arbeitslosigkeit. Doch auch Österreichs geografische Lage an der sogenannten Balkanroute dürfte 2015 zu dem drastischen Anstieg der Zuwanderer beigetragen haben. Denn ein Großteil der Zuwanderer sind in der jüngeren Vergangenheit Flüchtlinge gewesen. Als Reaktion auf den Zustrom Schutzsuchender griff Österreichs Regierung als eine der ersten in Europa zu restriktiven Maßnahmen, um den Zuzug zu begrenzen.

Wachstumsmotor Ostöffnung

Österreich ist eines der wohlhabendsten Länder Europas. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt mit 40.000 Euro höher als beim nördlichen Nachbarn Deutschland.[2] Dies ist umso erstaunlicher, als dass es in den 1960er Jahren noch bei lediglich rund vier Fünftel des deutschen Wertes gelegen hatte.[3] Auch beim Thema Arbeit steht Österreich gut da: Mit 6,0 Prozent ist die Arbeitslosenquote eine der geringsten in der EU.[4] Bei seinem Aufschwung hat Österreich auch von den geopolitischen Umwälzungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs profitiert. Als „Bindeglied“ zwischen Ost- und Westeuropa kam Österreich nach dem Ende des Sozialismus und dem eigenen EU-Beitritt 1995 vor allem die EU-Osterweiterung 2004 entgegen. Studien zufolge fiel das Wirtschaftswachstum jährlich um bis zu ein Prozent höher aus,

Stadtregionen als Wachstumspole

Die Bevölkerung Österreichs ist zwischen 2006 und 2016 um rund 400.000 Menschen gewachsen. Dies verdankt das Land fast ausschließlich der Zuwanderung. Das Wachstum konzentriert sich dementsprechend stark auf die Städte und deren Umland – traditionell die Hauptanziehungspunkte für Migranten. Am stärksten ist die Metropolregion Wien gewachsen. Das Zentrum des Alpenstaates verliert dagegen an Bevölkerung, allen voran der vom Bergbau geprägte Norden der Steiermark. Aber auch in einigen Tourismusregionen der österreichischen Alpen schrumpft die Bevölkerung, am stärksten in der Gemeinde der Skihochburg Ischgl.



Veränderung der Bevölkerungszahl in österreichischen Gemeinden in Prozent, 2006-2016
(Datengrundlage: ÖROK[33])

als es ohne diese politischen Veränderungen ausgefallen wäre.[5] Ein Großteil des zusätzlichen Gewinns lässt sich mit Handelsbeziehungen erklären. Die Exporte nach Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei und Polen haben sich seit 1995 mehr als vervierfacht.[6] Insgesamt gingen 2016 mehr als 20 Prozent der österreichischen Warenausfuhren in osteuropäische Länder.[7] Außerdem sind österreichische Banken und Unternehmen heute wichtige Investoren in mittel- und osteuropäischen Ländern. In Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Serbien ist der Alpenstaat Direktinvestor Nummer eins.[8]

Obwohl Österreich verhältnismäßig gut durch die Jahre nach der globalen Finanzkrise gekommen ist, hat die wirtschaftliche Entwicklung seither an Schwung verloren. In puncto Wirtschaftswachstum fällt der Alpenstaat seit 2013 zunehmend hinter seine europäischen Nachbarn zurück und auch die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren entgegen dem allgemeinen europäischen Trend weiter angestiegen.[9] Laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung liegt das vor allem an der hohen Zahl an Migranten, die auf dem österreichischen Arbeitsmarkt nach einer Beschäftigung suchen.[10]

Magnet für EU-Binnenmigranten

Hohe Zuwanderungszahlen sind in Österreich nichts Neues. Auch wenn Politik und Medien lange daran festhielten, Österreich nicht als „Einwanderungsland" zu definieren, blickt der Staat – und ganz besonders Wien – auf eine lange Zuwanderungstradition zurück. Seit den 1960er Jahren, als die ersten sogenannten Gastarbeiter für hohe Zuwanderungszahlen sorgten, ist der Wanderungssaldo in Österreich meist positiv gewesen. Heute sind etwa 18 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren. Damit liegt Österreich im EU-Vergleich hinter Spitzenreiter Luxemburg und Zypern auf Platz drei.[11]

Ein bedeutsamer Teil der Wanderungsgewinne der letzten Jahre lässt sich mit dem Zuzug von EU-Bürgern erklären. Seit den Osterweiterungen der EU sind vor allem Rumänen und Ungarn nach Österreich eingewandert.[12] Für sie und andere Migranten aus Osteuropa bietet der Alpenstaat vor allem höhere Löhne und einen größeren Wohlstand als die Heimat. Besonders als Saisonarbeiter im Tourismus finden viele von ihnen eine Beschäftigung.[13] Neben Arbeitskräften kommen aber auch immer mehr Studierende nach Österreich. Im Wintersemester 2014/2015 studierten über 88.700 Personen aus dem Ausland hier. Besonders bei deutschen Studenten ist der Alpenstaat ein beliebtes Ziel: 2014/2015 waren rund 40 Prozent der ausländischen Studierenden deutsche Staatsbürger.[14] Generell konzentriert sich die Zuwanderung sehr stark auf die Hauptstadt Wien – viel stärker als es etwa in Deutschland und Berlin der Fall ist. So zogen 2015 rund sieben Mal mehr Menschen aus dem Ausland nach Wien als in die nächstkleineren Städte Graz, Linz und Salzburg.[15]

„Obergrenze" und ausbaufähige Integrationspolitik

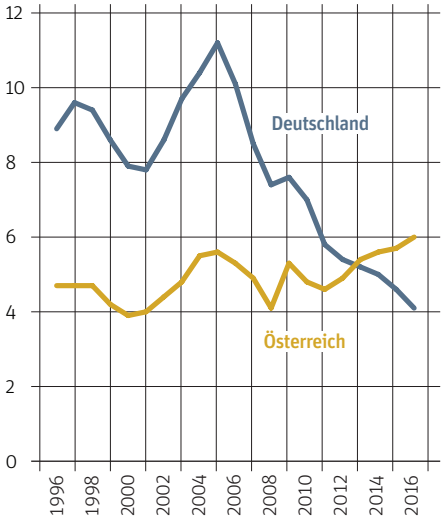
Mit den Konflikten im Nahen Osten hat auch die Zuwanderung von Schutzsuchenden in Österreich stark zugenommen. Die Zahl der Asylanträge stieg 2015 auf über 88.000. Diese lag weitaus höher als zu früheren Zeiten starker Fluchtbewegungen nach Österreich, wie während der Kriege in Jugoslawien und dem Kosovo.[16] Insgesamt hat sich die Zahl der in Österreich gestellten Asylanträge zwischen 2013 und 2015 beinahe verfünffacht. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl wurden 2015 EU-weit nur in Schweden und Ungarn mehr Anträge gestellt.[17] Bei der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge stieß Österreich im Sommer 2015 jedoch an seine Grenzen. Viele Notunterkünfte waren hoffnungslos überbelegt und bei der Verteilung der Menschen auf andere Quartiere zeigten Bundesländer und Kommunen meist wenig Unterstützung.[18]

Vom großen Nachbarn eingeholt

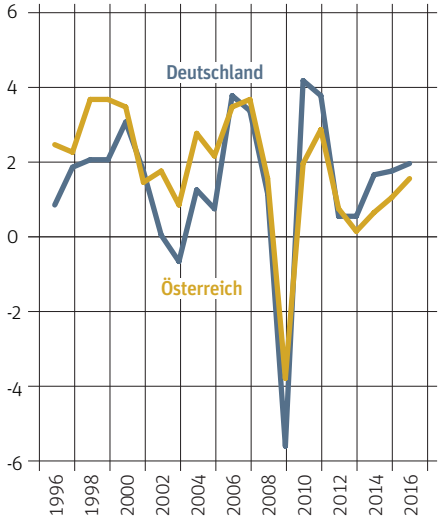
Nach dem EU-Beitritt erlebte die österreichische Wirtschaft eine Boom-Phase und stand bis vor Kurzem in vielerlei Hinsicht besser da als die deutsche. Doch dem Gipfelstürmer scheint die Puste auszugehen: 2013 lag die Arbeitslosenquote in Österreich erstmals seit Langem wieder über der deutschen und ist seitdem weiter gestiegen. Auch beim Wirtschaftswachstum hat Deutschland den Alpenstaat überholt.

Arbeitslosenquote und Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in Prozent, 1996-2016
(Datengrundlage: Eurostat[34])

Arbeitslosigkeit



Wirtschaftswachstum



Die Regierung reagierte mit restriktiven Maßnahmen. Zunächst verstärkte Österreich im Jahr 2015 die Grenzkontrollen und errichtete am Grenzübergang nach Slowenien einen Zaun. Im Januar 2016 führte Österreich dann als erstes europäisches Land einen Referenzpunkt für die Zahl der Asylanträge ein. Laut dieser umstrittenen „Obergrenze“ sollen jährlich nur noch maximal 37.500 Anträge angenommen werden – tatsächlich waren es im Jahr 2016 lediglich 42.000.[19] Im April 2016 beschloss die Regierung schließlich eine Verschärfung des Asylgesetzes. Sie reduzierte die Schutzdauer für Asylberechtigte von fünf auf drei Jahre und erschwerte den Familiennachzug.[20] Die strengeren Regelungen betreffen vor allem subsidiär Schutzberechtigte. Sie dürfen ihre Familien künftig erst nach drei Jahren statt nach einem Jahr zu sich holen.[21]

Schon vor den Gesetzesänderungen der vergangenen Jahre zählten einige Zuwanderungsregelungen Österreichs zu den restriktivsten in Europa. Vor allem die Tatsache, dass Asylsuchende de facto erst arbeiten dürfen, wenn sie einen positiven Bescheid erhalten, verzögert die Integration vielfach um Monate, wenn nicht Jahre. Bislang können sie lediglich darauf hoffen, eine der begrenzt verfügbaren Arbeitsgenehmigungen zu erhalten um früher auf dem österreichischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.[22] Und während Zuwanderer in Schweden, Frankreich oder den Niederlanden für gewöhnlich nach einem fünfjährigen permanenten Aufenthalt eine Einbürgerung beantragen können, müssen sie in Österreich etwa doppelt so lange warten.[23] Nicht zuletzt deshalb wies Österreich 2014 nach der Slowakei und Lettland eine der niedrigsten Einbürgerungsraten in der EU auf.[24] Das beeinträchtigt die politische Mitbestimmung von Migranten: So dürfen rund ein Viertel der Wienerinnen und Wiener im wahlfähigen Alter nicht wählen, da sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.[25]

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
DEUTSCHLAND									
DE11	Stuttgart	1,53	8,4	32,3	81,9	48.400	82,1	841,4	85,6
DE12	Karlsruhe	1,46	8,7	32,6	81,4	41.600	80,4	716,7	85,4
DE13	Freiburg	1,51	8,7	33,1	81,9	36.000	82,3	695,1	86,5
DE14	Tübingen	1,53	7,5	31,9	82,0	40.100	82,9	690,5	87,0
DE21	Oberbayern	1,49	11,6	31,3	82,1	53.200	83,1	862,8	90,1
DE22	Niederbayern	1,49	9,2	32,2	80,4	36.400	81,7	300,7	88,2
DE23	Oberpfalz	1,46	6,4	31,6	80,5	38.600	79,9	783,9	86,5
DE24	Oberfranken	1,41	3,4	36,1	80,1	34.200	80,6	399,1	88,0
DE25	Mittelfranken	1,48	8,8	33,0	80,6	40.500	80,3	887,0	86,1
DE26	Unterfranken	1,47	3,2	34,2	81,3	37.200	81,1	617,4	87,3
DE27	Schwaben	1,54	9,0	33,5	81,6	36.900	82,3	514,2	86,7
DE30	Berlin	1,46	13,4	30,5	80,5	35.600	75,3	328,3	86,3
DE40	Brandenburg	1,53	6,2	38,6	80,3	26.500	80,4	168,2	93,6
DE50	Bremen	1,51	8,7	34,9	79,8	47.500	74,8	175,5	81,6
DE60	Hamburg	1,45	8,7	29,6	80,9	61.700	78,9	396,4	86,2
DE71	Darmstadt	1,51	10,4	32,1	81,3	48.800	78,4	475,5	84,2
DE72	Gießen	1,42	5,3	33,3	80,6	31.400	77,7	387,3	86,5
DE73	Kassel	1,52	5,0	37,5	80,4	34.300	79,7	304,5	88,3
DE80	Mecklenburg-Vorpommern	1,54	3,8	37,9	79,9	24.900	75,6	77,0	92,5
DE91	Braunschweig	1,48	6,5	37,2	80,2	39.100	75,3	362,9	85,9
DE92	Hannover	1,48	7,2	36,9	80,3	35.100	76,5	402,2	84,6
DE93	Lüneburg	1,59	7,0	37,5	80,7	25.300	80,2	249,4	86,7
DE94	Weser-Ems	1,55	7,0	33,4	80,4	32.200	79,2	219,2	84,9
DEA1	Düsseldorf	1,51	6,8	35,4	80,1	39.800	74,7	461,7	81,1
DEA2	Köln	1,48	7,7	32,2	80,8	39.300	76,9	423,9	82,8
DEA3	Münster	1,55	5,9	32,6	80,6	31.300	76,3	305,2	84,2
DEA4	Detmold	1,60	4,6	33,9	81,1	35.200	78,7	547,3	83,3
DEA5	Arnsberg	1,50	4,8	35,4	79,7	32.600	74,4	386,6	80,7
DEB1	Koblenz	1,54	4,4	36,6	80,6	31.400	79,5	261,7	83,1
DEB2	Trier	1,46	8,3	32,4	80,8	28.500	80,4	165,8	86,4
DEB3	Rheinhessen-Pfalz	1,51	6,7	33,8	80,9	34.900	77,4	574,8	82,4
DEC0	Saarland	1,38	4,3	37,7	79,7	35.400	75,7		84,3
DED2	Dresden	1,61	4,1	42,6	81,0	27.900	80,5	234,1	95,4
DED4	Chemnitz	1,66	1,1	47,6	80,4	25.900	79,9	152,3	96,0
DED5	Leipzig	1,51	12,7	37,2	80,5	30.100	78,5	145,2	95,0
DEE0	Sachsen-Anhalt	1,54	1,6	42,4	79,2	25.100	76,9	69,9	93,2
DEF0	Schleswig-Holstein	1,52	7,7	38,5	80,5	30.200	78,5	294,6	87,7
DEG0	Thüringen	1,56	2,3	40,6	80,0	26.300	79,1	223,7	95,2

Wie in anderen europäischen Ländern hat die Debatte um Fluchtmigration auch im Alpenstaat Auswirkungen auf die bestehenden politischen Verhältnisse. Das wurde bei der Bundespräsidentenwahl 2016 deutlich, bei der es weder der Kandidat der konservativen ÖVP noch der sozialdemokratischen SPÖ in die Stichwahl schaffte. Stattdessen erreichte Norbert Hofer, der Amtsanwärter der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ), im ersten Wahlgang mit über 35 Prozent mehr Stimmen als die Kandidaten der beiden regierenden Parteien zusammen. Die Stichwahl konnte schließlich der grüne Kandidat Alexander van der Bellen mit knapper Mehrheit für sich entscheiden.[26]

Umlagefinanziertes Rentensystem

Die anhaltende Zuwanderung ist dafür verantwortlich, dass die Bevölkerung Österreichs künftig wachsen dürfte. Während in fast der Hälfte der EU-Staaten zur Mitte des Jahrhunderts vermutlich weniger Menschen leben werden, dürfte die Einwohnerschaft Österreichs von 8,7 auf 10,2 Millionen Menschen anwachsen. Dies ist beachtlich, da die Geburtenziffer von 1,49 Kindern je Frau in Österreich weit unter dem Niveau von 2,1 Kindern liegt, das nötig wäre, um eine Bevölkerung ohne Migration langfristig stabil zu halten.[27]

Im Jahr 2015 war etwa die Hälfte der ausländischen Zuwanderer zwischen 20 und 35 Jahre alt und damit deutlich jünger als die einheimische Bevölkerung mit durchschnittlich 42 Jahren.[28] Die Neuankömmlinge tragen so dazu bei, die Alterung der Bevölkerung zu verlangsamen. Ohne sie würde die Zahl der Erwerbsfähigen, die eine immer größere Zahl an Ruheständlern mitversorgen müssen, noch schneller sinken als sie es ohnehin tut. Das ist nicht zuletzt für die Finanzierbarkeit des österreichischen Rentensystems von Bedeutung. Denn anders als in Deutschland verlässt man sich in Österreich beinahe ausschließlich auf die umlagefinanzierte öffentliche Rentenversicherung. Private und betriebliche Vorsorge spielen kaum eine Rolle. Zudem ist die gesetzliche Rentenversicherung für beinahe alle Erwerbstätigen verpflichtend – auch für Selbstständige und Beamte. Personen mit niedrigem Renteneinkommen erhalten zusätzlich eine steuerfinanzierte „Ausgleichszulage", die vor Altersarmut schützen soll.[29] All das umgeht einige der Risiken, denen kapitalgedeckte Rentensysteme ausgesetzt sind, macht das österreichische System aber demografieanfällig und vergleichsweise kostenintensiv: 2014 lag der Anteil der Ausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt bei knapp 15 Prozent und damit EU-weit an fünfter Stelle.[30]

Dennoch sind die Aussichten für die Alterssicherung – auch wegen der Zuwanderung – nicht schlecht. Zwar werden auch in Österreich die Aufwendungen für das Rentensystem künftig steigen, laut des Ageing Reports der EU-Kommission jedoch in überschaubarem Rahmen. Ausgehend von 2013 dürften die Rentenkosten in Österreich nach den Berechnungen bis 2060 um 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen – in Deutschland dagegen um zwei bis drei Prozent.[31] Voraussetzung dafür, dass Migranten die demografischen Lasten Österreichs abfedern können, ist allerdings, dass ihre Integration auf dem Arbeitsmarkt gelingt – und zwar besser als bislang. Denn die Erwerbstätigenquote ausländischer Personen lag 2015 mit 66 Prozent rund zehn Prozentpunkte unter jener von Österreichern.[32]

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
SCHWEIZ									
CH01	Genferseeregion	1,53	10,9	27,3	83,4	62.889	78,8	491,1	84,6
CH02	Espace Mittelland	1,55	8,6	31,1	82,6	59.939	85,2	411,7	88,7
CH03	Nordwestschweiz	1,50	8,9	29,9	82,8	67.469	83,5	952,6	89,7
CH04	Zürich	1,53	9,3	26,6	83,2	80.424	85,0	641,4	90,9
CH05	Ostschweiz	1,59	7,1	29,3	82,9	57.625	84,6	509,6	88,7
CH06	Zentralschweiz	1,57	7,6	27,3	83,1	63.674	85,9	456,3	89,8
CH07	Tessin	1,44	11,0	36,5	83,7	68.723	75,8	520,0	86,2
ÖSTERREICH									
AT11	Burgenland	1,37	7,8	34,2	81,2	27.500	73,1	127,2	83,5
AT12	Niederösterreich	1,53	6,7	32,6	81,0	32.500	76,5	285,4	85,3
AT13	Wien	1,42	13,9	26,1	80,4	47.700	68,0	259,5	83,1
AT21	Kärnten	1,43	3,1	34,4	81,4	33.300	73,0	209,8	89,4
AT22	Steiermark	1,44	5,3	31,9	81,3	35.400	74,6	431,0	86,0
AT31	Oberösterreich	1,61	5,1	29,2	81,5	40.300	78,8	479,4	84,3
AT32	Salzburg	1,55	4,8	29,3	82,4	46.100	78,3	270,5	86,2
AT33	Tirol	1,52	6,7	27,9	82,4	42.000	77,8	353,0	82,1
AT34	Vorarlberg	1,64	4,7	27,5	82,4	42.300	80,1	1.124,1	80,4

UNGARN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	9,8	Medianalter (2016)	41,9
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	9,7	Lebenserwartung (2015)	75,7
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	9,3	BIP/Einwohner in Euro (2016)	11.500
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,45	BIP/Einwohner in KKS (2016)	19.500
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	1,2	Arbeitslosenquote (2016)	5,1

Unzufriedene Bürger und arme Puszta-Bewohner

Die ungarische Wirtschaft hat seit einer Haushaltskrise 2006 und der anschließenden globalen Finanzkrise schwere Zeiten durchlebt. Tiefgreifende Reformen haben jedoch dazu beigetragen, dass es wirtschaftlich langsam wieder bergauf geht. Dessen ungeachtet gehört Ungarn zu den ärmsten Ländern der EU. Im Jahr 2016 erreichte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit umgerechnet 11.500 Euro knapp 40 Prozent des Unions-Durchschnitts. Nur in Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Polen liegt die Wirtschaftskraft EU-weit niedriger.[1] Nicht zuletzt deshalb stufen die Ungarn im EU-Vergleich ihre Lebenszufriedenheit besonders gering ein. Die Zahl derer, die ihr Glück im Ausland suchen, steigt derweil. Doch es ist nicht die zunehmende Abwanderung, die den politischen Diskurs in Ungarn dominiert, sondern die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen.

Stabilisierende Investitionen

Als erstes Land in der EU beantragte Ungarn 2008 Finanzhilfen beim Internationalen Währungsfonds. Denn anders als in anderen EU-Krisenstaaten hatte sich die wirtschaftliche Situation Ungarns bereits 2006 verschlechtert. Über ein halbes Jahrzehnt lang hatte die ungarische Regierung großzügige Ausgaben getätigt, um die heimische Wirtschaft zu beleben. Das führte schließlich schon am Vorabend der globalen Finanzkrise zu einer nationalen Haushaltskrise.[2] Mit insgesamt 25 Milliarden US-Dollar griffen die EU, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank Ungarn 2008 unter die Arme.[3] Ein knappes Jahrzehnt nach Krisenbeginn scheint die ungarische Wirtschaft nun wieder auf die Beine zu kommen. Mit Wachstumsraten von zwei bis vier Prozent lag Ungarn in den vergangenen Jahren über dem EU-Durchschnitt. Öffentliche Arbeitsprogramme haben dazu beigetragen, dass auch die Arbeitslosigkeit von 11,2 Prozent im Jahr 2010 auf 5,1 Prozent 2016 gesunken ist.[4]

Das moderate Wachstum seiner Wirtschaft verdankt Ungarn maßgeblich gestiegenen Exporten, einem höheren privaten Konsum und ausländischen Direktinvestitionen. 2016 exportierte das Land Waren und Dienstleistungen im Wert von über 100 Milliarden Euro und erwirtschaftete damit einen Überschuss von 11,6 Milliarden Euro.[5] 80 Prozent der Exporte gingen zuletzt in andere EU-Länder, mehr als ein Viertel allein nach Deutschland – dem wichtigsten Handelspartner Ungarns.[6] Auch Direktinvestitionen kommen überwiegend aus Deutschland.[7] Hauptakteure sind Unternehmen der deutschen Automobilindustrie, allen voran Audi, Mercedes und Opel. Am Standort Györ, dem Zentrum der ungarischen Automobil- und Maschinenbauindustrie im Nordwesten des Landes, hat Audi seit 1993 acht Milliarden Euro investiert und über 11.400 Arbeitsplätze geschaffen.[8] Im März 2016 kündigte ThyssenKrupp an, rund 100 Millionen Euro in den Bau eines neuen Automobilzulieferwerkes 70 Kilometer östlich von Budapest zu investieren.[9] Das vergleichsweise geringe Lohnniveau macht Ungarn als Produktionsstandort für ausländische Konzerne attraktiv. Der durchschnittliche Monatsverdienst liegt mit unter 780 Euro (2014) sogar niedriger als in Polen, Tschechien und der Slowakei – allesamt ebenfalls beliebte Zielländer für internationale Investoren.[10]

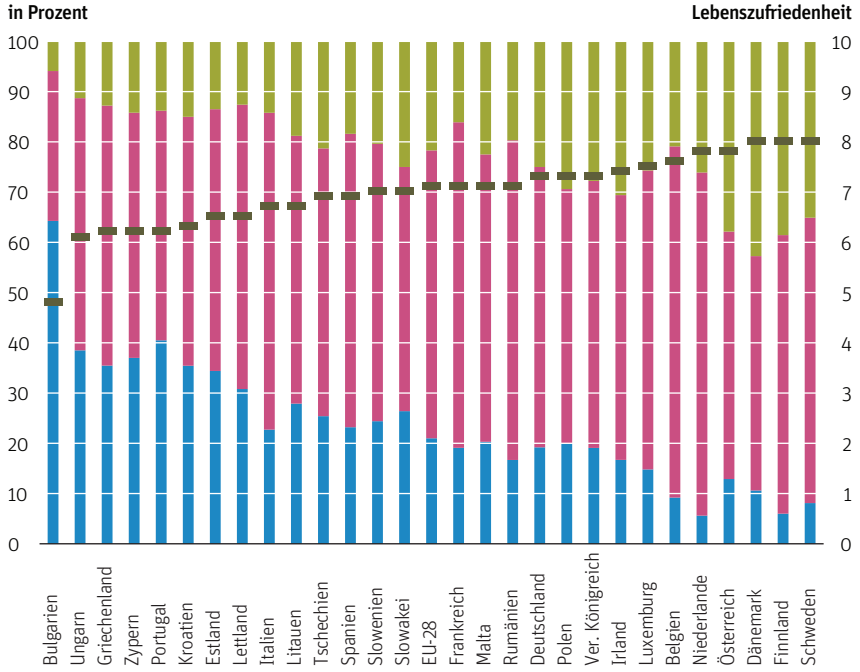
Auch Gelder der EU haben dazu beigetragen, die ungarische Wirtschaft zu stabilisieren. Denn anders als die häufig EU-kritische Rhetorik der Orbán-Regierung vermuten lässt, ist Ungarn gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach Bulgarien der größte Nettoempfänger von EU-Finanzhilfen.[11] Besonders für Infrastrukturprojekte in weniger entwickelten Regionen abseits der Hauptstadt und dem wohlhabenderen Westen, haben die EU-Strukturfonds Geld bereitgestellt. Dass dabei eine gewisse Abhängigkeit der ungarischen Wirtschaft von diesen EU-Hilfen besteht, zeigt sich an deren Einfluss auf das Wirtschaftswachstum: Wie von der OECD

Unzufriedene Krisenverlierer

Wie zufrieden die Bewohner der EU-Staaten mit ihrem Leben sind, unterscheidet sich teilweise stark. Neben Ungarn ist mit Griechenland, Zypern und Portugal die Bevölkerung vor allem in jenen Ländern eher unzufrieden, die besonders stark unter den Folgen der globalen Wirtschaftskrise zu leiden gehabt haben. In den wohlhabenderen nord- und westeuropäischen EU-Ländern bewerten die Menschen ihre Lebenszufriedenheit tendenziell besser. Am zufriedensten sind die Skandinavier: Sie stufen die Zufriedenheit mit ihrer allgemeinen Lebenssituation im Schnitt um 3,2 Punkte höher ein als die Bulgaren, die unzufriedensten Europäer

Durchschnittliche Lebenszufriedenheit (von 0 bis 10) sowie prozentualer Anteil der Menschen, die ihre Lebenszufriedenheit als hoch, mittel oder gering einstufen, 2013
(Datengrundlage: Eurostat[38])

- hoch (9-10)
- mittel (6-8)
- gering (0-5)
- durchschnittliche Bewertung



im Vorhinein erwartet, lag das Wirtschaftswachstum 2016 niedriger als in den beiden Vorjahren, da mit Ende der Förderperiode der europäischen Regionalpolitik Gelder für die Umsetzung vieler Projekte fehlten.[12]

Sinkende Wettbewerbsfähigkeit

Trotz der großen Bedeutung ausländischer Konzerne für Ungarns Wirtschaft, hat die Regierung 2010 Sondersteuern für internationale Investoren eingeführt. Damit sollen besonders Konzerne der Finanz-, Energie- und Telekommunikationsindustrie einen Beitrag dazu leisten, Ungarns Staatsschulden zu reduzieren. Gleichzeitig versucht die Regierung, das produzierende Gewerbe und den heimischen Mittelstand zu unterstützen.[13] Dazu senkte sie beispielsweise die Steuersätze für kleinere und mittlere Unternehmen.[14] Um diese weiter zu stärken und ihre Produktivität zu fördern, rief die Ungarische Nationalbank zudem 2013 ein "Funding for Growth Scheme" ins Leben, das den Zugang der Unternehmen zu günstigen Krediten erleichtern soll.[15]

Die umgesetzten Reformen und der Aufwärtstrend der Wirtschaft können jedoch nicht verbergen, dass Ungarns Wirtschaft unter schwerwiegenden strukturellen Problemen leidet. Im internationalen Vergleich ist Ungarn in puncto Wettbewerbsfähigkeit mittlerweile hinter alle anderen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten zurückgefallen. Die größten Hindernisse für Unternehmen sind laut Analysen des Weltwirtschaftsforums unsichere politische Rahmenbedingungen und Korruption.[16] Die reale Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigem, die in Ungarn bis 2009 höher lag als in Tschechien und der Slowakei, ist heute niedriger als in diesen Ländern.[17]

Geringe Lebenszufriedenheit und regionale Unterschiede

Die Ungarn gehören zu den EU-Bürgern mit der geringsten Lebenszufriedenheit. Über 38 Prozent der Bevölkerung stuften 2013 ihre Zufriedenheit mit der eigenen allgemeinen Lebenssituation als gering ein. Im EU-Vergleich waren nur die Bulgaren unzufriedener. Besonders schlecht bewerteten die Ungarn ihre finanzielle Situation.[18] Im EU-Vergleich steht den Ungarn eines der geringsten Einkommen für den privaten Konsum zur Verfügung. Rund 30 Prozent der Bevölkerung können sich wichtige Ausgaben für Wohnen und Alltagsgüter nicht leisten.[19]

Armut und Wohlstand verteilen sich in Ungarn sehr ungleich über das Land. So ist das Armutsrisiko der Bevölkerung im Norden und der großen Tiefebene, wo sich die Steppenlandschaft der ungarischen Puszta ausdehnt,

mit knapp 20 Prozent beinahe doppelt so hoch wie in der Hauptstadtregion Mittelungarn und in Transdanubien im Westen des Landes.[20] Am wohlhabendsten sind die Menschen in Budapest: Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt liegt hier eineinhalb Mal so hoch wie im Landesdurchschnitt und knapp drei Mal höher als in den ärmeren Regionen in Nordungarn und der Tiefebene. Besonders aus den wirtschaftlich schwachen Regionen Ungarns östlich der Donau, wandern Menschen deshalb zunehmend ab. Mit Ausnahme Mittelungarns und Westtransdanubiens war der Wanderungssaldo im Mittel der letzten fünf Jahre in allen Regionen negativ.[21] Viele Ungarn zieht es nach Budapest oder in andere Mitgliedsländer der EU, allen voran in das Vereinigte Königreich, nach Deutschland und nach Österreich.[22]

Nach seinem EU-Beitritt 2004 verzeichnete Ungarn nur eine geringe Zahl an Abwanderern. Sie stieg erst in den Krisenjahren ab 2007 langsam an.[23] Mit dem Ende der Übergangsbestimmungen für den Arbeitsmarktzugang in Deutschland und Österreich 2011 erhöhte sich die Zahl weiter. Vor allem junge und gut qualifizierte Menschen gehören zu den Abwandernden, die dem Land mit seiner starken Industrie langfristig fehlen könnten.[24] Per Saldo verzeichnet Ungarn dennoch weiter Zuwanderung, da vermehrt ungarische Minderheiten aus den Nachbarländern übersiedeln.[25]

Dessen ungeachtet hat lediglich Mittelungarn mit der Hauptstadt Budapest seit 2009 an Bevölkerung gewonnen. Bis Mitte des Jahrhunderts dürfte die einzige Metropole des Landes um knapp eine halbe Million Menschen wachsen, während die Gesamtbevölkerung Ungarns im selben Zeitraum um etwa die gleiche Zahl schrumpfen dürfte. Das Bevölkerungsgefälle zwischen der Hauptstadtregion, in der bereits heute ein Drittel der Gesamtbevölkerung lebt, und dem Rest des Landes, würde sich demnach weiter verstärken.[26]

Eine schrumpfende Bevölkerung ist in Ungarn nichts Neues: Zwischen 1980 und 2016 ist die Bevölkerungszahl von 10,7 auf 9,8 Millionen Menschen gesunken. Wie in den meisten ehemaligen Ostblock-Staaten ist die niedrige Geburtenziffer der Hauptgrund dafür. Während 1990 noch 1,87 Kinder pro Frau zur Welt kamen, sind es heute nur noch 1,45 Kinder. Dass seit 2007 besonders junge Männer und Frauen im gebärfähigen Alter Ungarn verlassen, dürfte sich künftig ebenfalls negativ bemerkbar machen.[27] Jüngst hat die Regierung vermehrt Anstrengungen unternommen, der „Kinderarmut“ entgegenzuwirken – etwa über das 2015 initiierte Programm „CSOK“, einer staatlichen Wohnungsbeihilfe für Familien: Jede Familie, die mindestens drei Kinder hat oder sich verpflichtet diese zu bekommen, erhält beim Bau oder Erwerb eines Eigenheimes staatliche Hilfen von bis zu zehn Millionen Forint, umgerechnet etwa 32.000 Euro. Zusätzlich besteht die Option, einen Kredit über weitere zehn Millionen Forint in Anspruch zu nehmen. Ein netter Nebeneffekt: Von dem Programm profitieren nicht nur Ungarns Familien, sondern auch die heimische Bauwirtschaft.[28]

Harte Linie gegen Flüchtlinge

Dass sich das Schrumpfen der ungarischen Bevölkerung künftig wie beispielsweise in Österreich durch Zuwanderung abfedern lässt, ist unwahrscheinlich. Denn anders als der Nachbar im Westen hat Ungarn wenig Erfahrung mit Zuwanderung. Der Ausländeranteil liegt mit gerade einmal fünf Prozent an der Gesamtbevölkerung ähnlich niedrig wie in allen anderen osteuropäischen Ländern und weit unter dem EU-Durchschnitt von elf Prozent.[29] Allerdings wurde das Land 2015 eines der Hauptziele von Flüchtlingen, die über die Balkanroute versuchten, in andere EU-Staaten zu gelangen. Die Zahl der Asylanträge stieg 2015 auf 177.000 – viermal so viele wie noch 2014. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl wurden 2015 in keinem Land der EU mehr Anträge gestellt als in Ungarn.[30]

Die Regierung um Ministerpräsident Victor Orbán hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese „irreguläre“ Zuwanderung zu unterbinden und geht dabei mit harten Maßnahmen vor. Entlang der Grenzen zu Serbien und Kroatien errichtete Ungarn bereits 2015 einen Grenzzaun. Laut Amnesty International gab die ungarische Regierung dafür dreimal so viel aus, wie für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge.[31] Zur weiteren Abschottung gegenüber den Migranten beschloss die Regierung im Herbst 2015 eine Änderung des Asylgesetzes. Darin erklärte sie unter anderem irreguläre Grenzübertritte und die Beschädigung des Grenzzauns zu Straftaten.[32] Im Januar 2017 kündigte die Regierung dann an, Asylsuchende aufgrund der gestiegenen Terrorgefahr in Zukunft generell in „Schutzhaft“ nehmen zu wollen. Sie dürften sich dann bis zum Abschluss des Asylverfahrens nicht mehr frei im Land bewegen und die Transitzonen an der Grenze nicht verlassen.[33] Im März wurde das Asylgesetz dementsprechend verschärft und damit begonnen, Asylsuchende in Containerdörfern an der Grenze zu Serbien unterzubringen. Zuletzt schaltete sich dabei der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein: Mit einer einstweiligen Verfügung verhinderte er die Verlegung von acht Jugendlichen und einer schwangeren Frau in ein solches Lager.[34]

Auch die EU übt immer wieder Kritik an der harten Flüchtlingspolitik Ungarns. Von der ungarischen Bevölkerung, die Fremden eher misstrauisch gegenübersteht, bekam die Regierung bis zuletzt jedoch viel Zustimmung.[35] Allerdings ist nicht alles so eindeutig, wie es auf den ersten Blick scheint: Bei einem Referendum über die EU-Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen stimmten zwar 95 Prozent der Wähler gegen die Umverteilungspläne, das Ergebnis musste jedoch wegen zu geringer Wahlbeteiligung für ungültig erklärt werden.[36]

POLEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	38,0	Medianalter (2016)	39,9
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	37,2	Lebenserwartung (2015)	77,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	34,4	BIP/Einwohner in Euro (2016)	11.000
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,32	BIP/Einwohner in KKS (2016)	20.100
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-0,3	Arbeitslosenquote (2016)	6,2

500 Zloty für mehr Kinder

Im Jahr 2015 machte die national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit" Demografie zu einem ihrer zentralen Themen im polnischen Parlamentswahlkampf. Angesichts geringer Kinderzahlen und der anhaltend hohen Abwanderung vor allem junger Leute ging sie mit dem Versprechen ins Rennen, ab dem zweiten Kind jede Familie mit monatlich 500 Zloty pro Nachkömmling zu unterstützen – umgerechnet knapp 120 Euro.[1] Bei der Bevölkerung kam das gut an: Sowohl im Sejm als auch im Senat, also in beiden Kammern der Nationalversammlung, erzielte Recht und Gerechtigkeit die absolute Mehrheit und begab sich gleich an die Umsetzung der Pläne. Nur wenige Monate nach der Wahl flossen erstmals Gelder im Rahmen des Programms 500+.

Manchen Experten gilt das Programm als eine der umfassendsten Reformen des polnischen Sozialsystems seit dem Ende des Sozialismus.[2] Immerhin dürften sich die Kosten auf insgesamt rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts belaufen.[3] Die Regierung will dies durch Veräußerungen von Mobilfunkfrequenzen sowie Steuerreformen im Finanzsektor und Einzelhandel gegenfinanzieren.[4] Trotzdem mahnen kritische Stimmen, dass 500+ den Staatshaushalt langfristig über die Maßen belasten und dazu beitragen könne, dass Polen die EU-Stabilitätskriterien verfehlt.[5] Für polnische Familien aber dürfte sich das zusätzliche Geld als große finanzielle Erleichterung erweisen: Schätzungen zufolge könnte die Unterstützung das verfügbare Einkommen von Mittelschicht-Familien um rund ein Zehntel anheben, das der ärmsten sogar um etwa ein Drittel.[6]

Kein Land für Familien

Eine Trendwende in Sachen Kinderzahlen wäre in Polen dringend notwendig. Seit dem Ende des Sozialismus hat Polen einen dramatischen Einbruch der Nachwuchszahlen erlebt: Verzeichnete das Land zu Beginn der 1990er Jahre mit etwa 2,1 Kindern pro Frau noch eine der höchsten Geburtenziffern Europas, bringen Frauen in Polen heute mit durchschnittlich 1,32 Kindern so wenig Nachwuchs zur Welt wie in kaum einem anderen Land des Kontinents.[7] Ob die zusätzliche finanzielle Unterstützung junger Familien ausreicht, um diese Entwicklung zumindest teilweise wieder umzukehren, erscheint jedoch fraglich.[8] Denn finanzielle Anreize bergen immer die Gefahr von sogenannten Mitnahmeeffekten, also der Tatsache, dass junge Paare das ohnehin geplante Kinderkriegen schlicht vorziehen, um in den Genuss der Prämien zu gelangen.

Um aus dem Tal niedriger Kinderzahlen herauszukommen, sind erfahrungsgemäß umfassendere Programme nötig, die auch andere Lebensbereiche berücksichtigen, etwa die Möglichkeit, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.[9] Doch gerade bei dieser Frage schneidet Polen schlecht ab. Im Jahr 2015 besuchte nicht einmal die Hälfte der Drei- bis Sechsjährigen eine öffentliche Betreuungseinrichtung – im Vergleich zu mehr als vier Fünfteln im Durchschnitt der EU-28-Länder. Mit gerade einmal fünf Prozent liegt auch der Anteil bei den unter Dreijährigen deutlich unter dem EU-weiten Mittel von 30 Prozent.[10]

Von einem Mangel an außerfamiliären Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sind in dem konservativen, katholisch geprägten Land vor allem Frauen betroffen. Da die Versorgung des Nachwuchses traditionell in ihren Aufgabenbereich fällt, bedeutet die Familiengründung häufig das Ende des beruflichen Werdegangs. Auf dem Arbeitsmarkt gelten Mütter wegen ihrer familiären Verpflichtungen als wenig flexibel und werden deshalb häufig diskriminiert.[11] Insgesamt liegt die Arbeitsmarktbeteiligung 20- bis 64-jähriger Frauen fünf Prozentpunkte unterhalb des EU-Durchschnitts von 71 Prozent.[12] Besonders niedrig ist sie bei Frauen ab 55, doch auch in jüngeren Altersgruppen befinden sich

Polinnen vergleichsweise selten in einem Arbeitsverhältnis oder auf der Suche nach Arbeit.[13]

Auf Wanderschaft

Bis 2050 dürfte Polen etwa 3,6 Millionen seiner 38 Millionen Einwohner verlieren.[14] Dies liegt nicht nur an dem Mangel an Nachwuchs, sondern auch daran, dass dem Land jährlich tausende Einwohner den Rücken kehren. Unterm Strich haben zwischen dem EU-Beitrittsjahr 2004 und 2015 etwa eine halbe Million Menschen das Land verlassen.[15,*] Die Hauptursache hierfür ist das große Wohlstandsgefälle zwischen dem postsozialistischen Land und den „alten" EU-Staaten. Polen verzeichnet das unionsweit viertniedrigste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und erreicht mit umgerechnet 11.000 Euro weniger als ein Drittel des Durchschnittswerts jener 15 Länder, die vor der ersten Osterweiterung 2004 die EU gebildet haben.[16]

Auch innerhalb des Landes sind die Unterschiede groß. So zählen 9 der 16 polnischen Woiwodschaften zu den 35 europaweit ärmsten Regionen. Während sich die Hauptstadtregion Masowien mit vielen deutschen Regionen messen kann, bleiben vor allem die Gebiete entlang der Grenzen zu Belarus und zur Ukraine abgehängt.[17] In Warschau arbeiten anteilig etwa so viele Erwerbstätige im Hochtechnologiesektor wie in der europäischen Start-up-Metropole Berlin.[18] In den meisten ostpolnischen Regionen ist dagegen beinahe ein Viertel in der wenig produktiven Landwirtschaft tätig.[19] Die dortige Infrastruktur ist schlecht, es gibt kaum Autobahnen und nur ein dünnes Schienennetz.[20]

Gerade aus Ostpolen ist die Abwanderung stark.[21] Die Suche nach dem Glück im Ausland war für Polen lange Zeit nicht einfach, da die Länder der 2004er-EU-Erweiterungsrunde in den ersten Jahren ihrer Mitgliedschaft nicht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit genossen. Einzig Schweden, das Vereinigte Königreich und Irland öffneten ihre Ar-

*Die Eurostat-Zahlen zu Wanderungen sind nicht eindeutig. Der hier zitierte Wert ist die per Hand berechnete Differenz aus Einwanderung und Auswanderung. Der Indikator „Wanderungssaldo einschließlich statistischer Anpassungen" weist einen deutlich niedrigeren Wert aus, der aber aufgrund der Zuwanderungszahlen von polnischen Staatsangehörigen in anderen Ländern weniger realistisch erscheint.

Im Osten nichts Neues

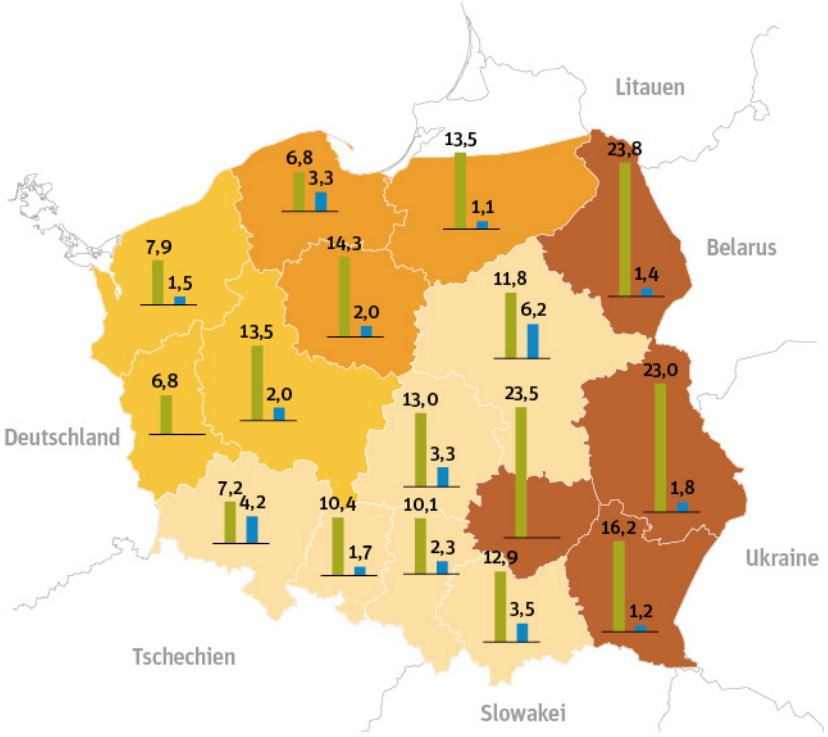
Die Landwirtschaft spielt in vielen Regionen Polens noch eine große Rolle – vor allem im Osten des Landes, wo sie beinahe ein Viertel der Arbeitsplätze stellt. Jobs in wissensintensiven und Hochtechnologie-Bereichen gibt es dort kaum. Vom Wohlstandsniveau Zentral- und Westpolens sind die östlichen Woiwodschaften weit entfernt. Entsprechend hoch ist dort das Risiko, in die Armut abzugleiten.

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen und Armutsrisiko in Prozent in den polnischen Nuts-2-Regionen, 2015*
(Datengrundlage: Eurostat[35])

- **Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft**
- **Anteil der Erwerbstätigen im Hochtechnologie- und wissensintensiven Bereich**

Armutsrisiko

- **unter 22**
- **22 bis unter 24**
- **24 bis unter 26**
- **26 und mehr**



* Für die Regionen Heiligkreuz und Lebus liegen keine Daten zur Beschäftigung im Hochtechnologiebereich vor.

beitsmärkte unmittelbar. Die anderen alten Mitgliedsländer schotteten sich aus Sorge vor einer Überlastung durch billige Arbeitskräfte zunächst ab – die meisten von ihnen bis 2009, Deutschland und Österreich sogar bis 2011. Zwar machten sich bereits nach dem EU-Beitritt viele Polen auf den Weg nach Großbritannien, die großen Abwanderungswellen begannen aber erst später. Unterm Strich verliert Polen seit 2009 jährlich zwischen 40.000 und 60.000 Menschen ans Ausland, im Jahr 2011 waren es sogar knapp 110.000.[22]

Kurzfristig hat die Abwanderung den polnischen Arbeitsmarkt entlastet. Auch deshalb liegt die Arbeitslosenquote mit 6,2 Prozent niedriger als im EU-Durchschnitt.[23] Darüber hinaus bedeuten die Rücküberweisungen an Verwandte in der Heimat für viele Familien eine wichtige Einkommensquelle. Doch die Migration hat auch eine Kehrseite: Sie beschleunigt den demografischen Wandel. Die meisten Auswanderer sind verhältnismäßig jung und ihr Verlust hebt das Durchschnittsalter der polnischen Gesellschaft an. Mit ihrem Arbeitsplatz verlegen sie oft auch die Familiengründung ins Ausland. Die Zahl potenzieller Eltern in Polen nimmt dadurch ab und stellt das Land neben den ohnehin geringen Kinderzahlen vor ein weiteres demografisches Problem.

Aufschwung ohne Sicherheit

Der EU-Beitritt hat in Polen allerdings nicht nur zu einem Bevölkerungsverlust geführt, sondern auch neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet: Unter allen postsozialistischen Staaten hat kein Land seit 2004 mehr ausländische Investitionen an Land gezogen als Polen. Nur hier gelang es EU-weit das Bruttoinlandsprodukt auch im Wirtschaftskrisenjahr 2008 weiter zu steigern. Das alles hat Arbeit geschaffen: Polen zählt heute 2,2 Millionen Erwerbstätige mehr als noch 2004.[24] Bei über der Hälfte der neu entstandenen Jobs handelt es sich jedoch um temporäre Arbeitsverhältnisse. Mit einem Anteil von 27 Prozent an allen Beschäftigungsverhältnissen sind zeitlich befristete Tätigkeiten in Polen so weit verbreitet wie nirgendwo sonst in der EU.[25] Überdurchschnittlich häufig werden Frauen und junge Leute vorübergehend engagiert.[26] In diesen Jobs verdienen sie nicht nur weniger Geld, sie sind außerdem kaum abgesichert.[27] Bis vor kurzem erforderte beinahe die Hälfte aller Zeitarbeitsverhältnisse keinerlei Sozialabgaben und teilweise nicht einmal den Beitritt zu einer Krankenversicherung.[28]

Die Regierung ist bemüht, dies zu ändern. Seit Beginn des Jahres 2016 fallen auch Zeitarbeitsverträge unter das Mindestlohngesetz und die Beiträge zum Sozialsystem wurden erhöht.[29] Eine solche Reform war seit Langem überfällig, um die Arbeitnehmer vor den Folgen von Krankheit und Arbeitslosigkeit zu schützen und sie langfristig vor Altersarmut zu bewahren. Außerdem gilt es, möglichst viele Personen an dem umlagefinanzierten Rentensystem zu beteiligen, um es langfristig funktionsfähig zu halten. Dies ist vor allem wegen der Alterung der Gesellschaft geboten: Während aktuell nur 15 Prozent der polnischen Bevölkerung 65 Jahre oder älter sind und damit deutlich weniger als im Durchschnitt der EU-Länder, wird sich dieser Anteil wegen der früher vergleichsweise hohen, heute aber niedrigen Kinderzahlen rasch ändern: Im Jahr 2030 dürften schon 23, zur Mitte des Jahrhunderts sogar 31 Prozent mindestens 65 Jahre alt sein. Damit würde Polen zu den zehn ältesten EU-Staaten zählen.[30]

Um den Druck auf die Systeme zur Altersvorsorge abzufedern, hatte die Vorgängerregierung im Jahr 2013 eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für beide Geschlechter beschlossen. Für Männer sollte dieses Ziel bis 2020 erreicht werden, für Frauen bis 2040.[31] Die aktuelle Regierung hat diese Reform jedoch schnell kassiert.[32] Nun gilt wieder: Frauen erhalten ab 60 Jahren Rentenbezüge, Männer ab 65.[33] Experten warnen, das Rentenniveau könne dadurch binnen kurzer Zeit von knapp über 50 Prozent des Lohns auf rund 25 Prozent fallen und somit das Risiko von Altersarmut erheblich erhöhen.[34]

Noch ist die Regierung überzeugt, den demografischen Wandel durch ihre geburtenfördernde Politik langfristig bremsen zu können. Doch selbst wenn sie erfolgreich wäre, würden erst in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten wieder mehr Menschen ins Erwerbsalter aufrücken. Es müsste also zusätzlich gelingen, polnische Auswanderer zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen. Der Brexit könnte hierzu beitragen, da weiterhin viele Polen in Großbritannien wohnen. Es besteht allerdings die Gefahr, dass sie anstatt nach Hause zu kommen in andere EU-Länder weiterziehen. Denn das Wohlstandsgefälle zu Westeuropa wird sich kurzfristig trotz guter Konjunkturlage nicht beseitigen lassen.

SLOWAKEI

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	5,4	Medianalter (2016)	39,4
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	5,5	Lebenserwartung (2015)	76,7
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	5,3	BIP/Einwohner in Euro (2016)	14.900
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,40	BIP/Einwohner in KKS (2016)	22.400
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	0,5	Arbeitslosenquote (2016)	9,6

Express-Alterung

Die Slowakei ist nach Irland und Luxemburg das drittjüngste Land der EU – zumindest gemessen am Anteil der über 64-Jährigen. Letztere stellten hier im Jahr 2016 lediglich 14,4 Prozent der Bevölkerung und damit weniger als jeden siebten Einwohner. Zum Vergleich: In Italien, dem EU-weiten Spitzenreiter in Sachen Alterung, sind bereits 22,0 Prozent der Bevölkerung mindestens 65 Jahre alt.[1]

Dennoch ist auch in der Slowakei die Alterung der Gesellschaft programmiert. Sie dürfte sich hier sogar schneller vollziehen als in allen anderen EU-Ländern. Schuld daran sind die lange Zeit vergleichsweise hohen, seit Jahren aber sehr niedrigen Geburtenzahlen sowie die geringe Zuwanderung. Hinzu kommt, dass die Lebenserwartung, die in der Slowakei wie in vielen osteuropäischen Ländern noch recht niedrig liegt, künftig steigen könnte. Damit altert die Bevölkerung gleich in doppelter Hinsicht: von „unten“ aufgrund des fehlenden Nachwuchses und von „oben“ aufgrund einer längeren Lebenszeit für jeden Einzelnen. Die Folge: Bis 2050 dürfte der Anteil der über 64-Jährigen auf knapp 30 Prozent ansteigen, womit die Slowakei dann zu den älteren EU-Staaten zählen dürfte.[2]

Hauptverantwortlich für die drohende demografische Schieflage bleiben die niedrigen Kinderzahlen. Im Jahr 2015 bekamen slowakische Frauen im Schnitt 1,40 Kinder, das bedeutete den siebtletzten Platz innerhalb der EU. Doch das war nicht immer so: Noch 1990 lag die slowakische Geburtenziffer bei knapp 2,1 Kindern je Frau und damit höher als in den meisten anderen heutigen EU-Staaten. Nach dem Zerfall der ehemaligen Tschechoslowakei brachen die Geburtenziffern jedoch stark ein und 2002 erreichte der slowakische Wert mit 1,19 seinen historischen Tiefpunkt. Seit 2005 bekommen slowakische Frauen im Schnitt weniger Kinder als tschechische, über Jahrzehnte war das umgekehrt.[3] Sollte sich daran in naher Zukunft nichts Dramatisches ändern, dürfte die derzeit 5,4 Millionen Einwohner zählende Slowakei in den kommenden Jahrzehnten nicht nur altern, sondern auch schrumpfen. Vorausberechnungen zufolge könnte die Bevölkerungszahl des Landes nach 2050 unter die Fünf-Millionen-Marke sinken.[4]

Zuwanderung noch keine Lösung

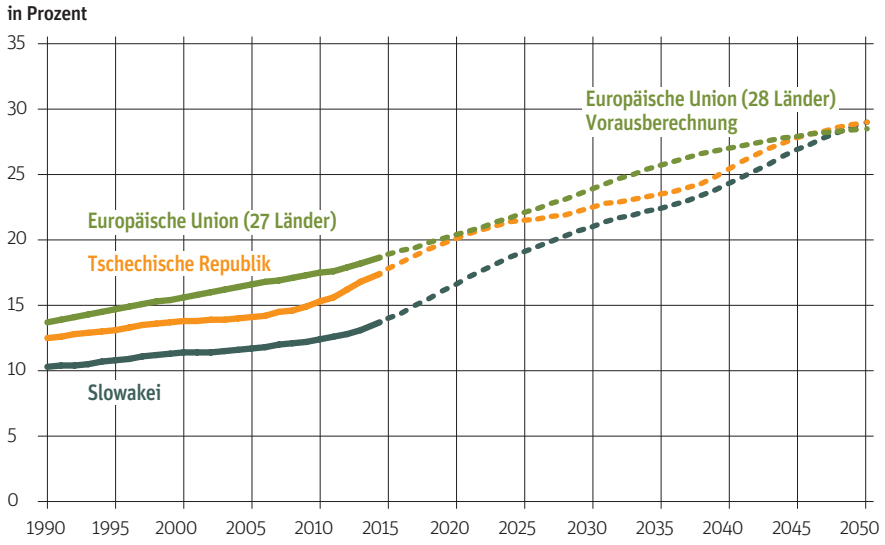
Neben mehr Nachwuchs könnte auch der Zuzug von Menschen aus dem Ausland die anstehenden demografischen Veränderungen abmildern. Doch wie im Nachbarstaat Tschechien stehen auch in der Slowakei sowohl die Regierung als auch große Teile der Bevölkerung Neuankömmlingen aus Nicht-EU-Ländern ablehnend gegenüber, was sich auch in der Zuwanderungspolitik niederschlägt. So hat die Slowakei beim Europäischen Gerichtshof ebenso wie Ungarn Klage eingereicht gegen das geplante Quotensystem zur EU-weiten Verteilung von Flüchtlingen und stellt generell kaum Aufenthaltstitel an Personen von außerhalb der EU aus.[5] Noch 2014 verzeichneten einzig Luxemburg, Kroatien und Estland weniger reguläre Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten als die Slowakei. Im Jahr 2015 stieg die Zahl der vergebenen Aufenthaltstitel immerhin um zwei Drittel auf rund 9.000 an. Mit der Flüchtlingszuwanderung hatte dies indes wenig zu tun: Lediglich 475 Asylanträge gingen 2015 und 2016 zusammen in der Slowakei ein.[6]

Dass die Slowakei Zuwanderung so negativ gegenüber steht, lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass das Land kaum Erfahrung mit Wanderungen besitzt und der Migrantenanteil in der Bevölkerung entsprechend gering ist. Lediglich drei Prozent der Bevölkerung sind im Ausland geboren; weniger sind es in der EU einzig in Bulgarien, Polen und Rumänien. Und diejenigen, die als Ausländer in der Slowakei wohnen, kommen meist aus ähnlichen Kulturkreisen: Allein die Hälfte von ihnen stammt aus der Tschechischen Republik und weitere zehn Prozent aus Ungarn.[7]

Rasante Alterung

Bis heute liegt der Anteil der Personen im Alter von mindestens 65 Jahren an der slowakischen Bevölkerung zwei bis drei Prozentpunkte unterhalb des entsprechenden Anteils im Nachbarstaat Tschechien. Vorausberechnungen zufolge dürfte sich dieses Verhältnis bis zum Jahr 2050 herum jedoch angleichen, obwohl auch Tschechien auf eine schnelle Alterung seiner Bevölkerung zusteuert. Mitte des Jahrhunderts dürften beide Staaten dann älter sein als der EU-Schnitt.

Prozentualer Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in der Slowakei, Tschechien und der EU, 1990-2050
(Datengrundlage: Eurostat[24])



Wirtschaftsaufschwung nach Startschwierigkeiten

Dass die Slowakei trotz aller Vorbehalte gegenüber Zuwanderern seit 2007 fast jedes Jahr leichte Wanderungsüberschüsse verzeichnet, ist Abbild einer sich verbessernden wirtschaftlichen Lage. Das ökonomische Potenzial spricht sogar für mehr Migration. Dies war lange Zeit nicht abzusehen. Noch zu Beginn des Jahrtausends lag das Wohlstandsniveau etwa 30 Prozent niedriger als im Nachbarstaat Tschechien.[8] Der Grund hierfür war, dass die Slowakei stärker als Tschechien unter der Umstellung auf die freie Marktwirtschaft litt. Vor allem fehlte es in der noch stark landwirtschaftlich geprägten Wirtschaft an Industrieerzeugnissen, die auch internationalen Absatz fanden. Besserung brachte erst der wirtschaftsliberale Reformkurs von Premierminister Mikuláš Dzurinda, durch den die Slowakei nach der Jahrtausendwende hohe Wachstumsraten verzeichnete und als „Tiger an der Tatra“ bekannt wurde. Die slowakische Wirtschaft wuchs dabei schneller als die ebenfalls erfolgreiche tschechische, so dass sich das Wohlstandsgefälle der beiden Nachbarn inzwischen auf weniger als zehn Prozent reduziert hat. Allein im Jahr 2007 legte die Wirtschaft der Slowakei um mehr als zehn Prozent zu.[9]

Wie aber kam es zu dieser Erfolgsgeschichte? Ähnlich wie Tschechien ist es der Slowakei gelungen, Investoren aus dem Ausland anziehen. Eine Rolle dürfte dabei gespielt haben, dass das Land zwischen 2004 und 2013 mit einem attraktiven Einheitssteuersatz von 19 Prozent lockte. Auch die Einführung des Euro im Jahr 2009 stärkte die Attraktivität der Slowakei.[10] Unter den Investoren befanden sich zahlreiche Automobilhersteller, so dass heute neben den Konzernen PSA Peugeot/Citroën und Hyundai/Kia auch der Volkswagenkonzern mit seinen Marken VW, Audi, Porsche und Skoda in der Slowakei produziert.[11] Im Jahr 2015 entsprach der Wert aller ausländischen Direktinvestitionen 54 Prozent der slowakischen Wirtschaftsleistung. Das war zwar weniger als im Nachbarland Tschechien, immerhin aber der achthöchste Wert in der OECD.[12]

Mit dem Wirtschaftsaufschwung hat sich die Industrie zum wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes gemausert. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrug 2016 knapp 26 Prozent. EU-weit nimmt die Industrie einzig in Tschechien und Irland einen bedeutsameren Platz ein.[13] Zuletzt fertigten Autobauer in der Slowakei jährlich über eine Million neuer Automobile, womit das Land die weltweit höchste KFZ-Produktion pro Kopf aufweist. Auch die Bereiche Elektronik, Metallverarbeitung und Maschinenbau spielen wichtige Rollen.[14]

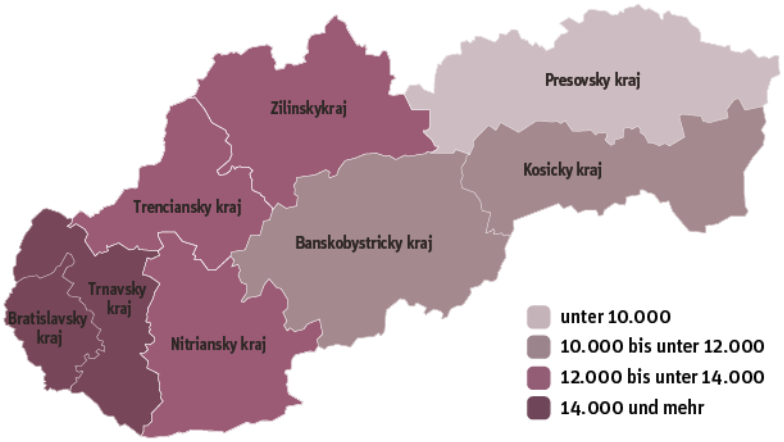
Die Konzentration auf vergleichsweise wenige Sektoren birgt jedoch auch Risiken. Denn Schwankungen in der Nachfrage aus dem Ausland können schnell verheerende Auswirkungen haben.[15] Diese Erfahrung machte die Slowakei im Zuge der Wirtschaftskrise Ende der 2000er Jahre: Binnen eines Jahres brach der Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen um 5,5 Prozent ein und die Staatsverschuldung verdoppelte sich zwischen 2008 und 2013.[16] Dennoch kam die Slowakei recht glimpflich durch die Krise, da sie sich schneller als andere Länder wieder

von dem Nachfrageschock erholen konnte.[17] Inzwischen ist der wachsende Wohlstand bei der Bevölkerung angekommen, so dass die Wirtschaft 2015 und 2016 auch wegen steigender Konsumausgaben um jeweils mehr als drei Prozent wachsen konnte. Ein Ende dieses Trends ist bislang nicht absehbar.[18]

Arbeitslosigkeit und regionale Ungleichheit

Die positive Entwicklung überdeckt, dass die Wirtschaftskraft sehr ungleich über das Land verteilt ist und sich viele Produktionsstätten und damit auch Jobs um die Hauptstadtregion Bratislava konzentrieren. Die regionale wirtschaftliche Ungleichheit in der Slowakei ist eine der höchsten in der OECD und sie hat im Zeitraum von 1995 bis 2010 deutlich zugenommen.[19] Während das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Hauptstadtregion im Westen des Landes 2015 bei 35.400 Euro lag, betrug es im äußersten Nordosten des Landes weniger als 10.000 Euro.[20] Vor allem die unzureichende Infrastruktur behindert dort die Entwicklung. Der Mangel an Wohnraum in der Region Bratislava wiederum erschwert den Umzug von Arbeitskräften in den florierenden Wirtschaftsraum. Gerade geringqualifizierte Jobsuchende kommen so häufig nicht dorthin, wo sie gebraucht werden. Die Folge davon ist, dass die Slowakei in der OECD die geringste Binnenmigration aufweist, obwohl die Arbeitslosigkeit mit 9,7 Prozent weiterhin recht hoch ist und von Region zu Region stark variiert.[21]

Die trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs hohe Zahl an Arbeitslosen unterscheidet die Slowakei von ihrem westlichen Nachbarn Tschechien. Vor allem unter 25-Jährigen gelingt es häufig nicht, eine Beschäftigung zu finden. Und wer einmal arbeitslos ist, bleibt dies in aller Regel auch für eine Weile: Etwa 60 Prozent aller Arbeitslosen waren 2016 seit mehr als einem Jahr auf der Suche nach einem Job – nur in Griechenland lag der Anteil EU-weit noch höher.[22] Anders als in Griechenland oder auch in Spanien ist Langzeitarbeitslosigkeit in der Slowakei allerdings kein neues Phänomen, sondern hat sich über die Jahre verfestigt.[23] Umso schwerer dürfte es sein, sie einzudämmen. Dies müsste aber gelingen, damit das in Zukunft immer größere Ungleichgewicht zwischen arbeitender Bevölkerung und Ruheständlern zumindest teilweise aufgefangen werden kann.



Im Westen reich, im Osten arm

Die Wirtschaftskraft der Slowakei ist sehr ungleich über das Land verteilt. Die an Österreich grenzende Hauptstadtregion Bratislava weist mit 35.400 Euro die mit Abstand höchste Wirtschaftsleistung je Einwohner auf. In allen anderen Regionen liegen die Werte zwischen 15.600 Euro (Trnava-Region östlich der Hauptstadtregion) und 8.600 Euro (Presov-Region im äußersten Nordosten des Landes). Insgesamt gibt es ein starkes West-Ost-Gefälle: Je weiter östlich – und damit je weiter entfernt von Bratislava – eine Region liegt, desto ärmer ist sie.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in slowakischen Nuts-3-Regionen in Euro, 2015
(Datengrundlage: Eurostat[25])

TSCHECHIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	10,6	Medianalter (2016)	41,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	10,7	Lebenserwartung (2015)	78,7
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	10,5	BIP/Einwohner in Euro (2016)	16.500
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,57	BIP/Einwohner in KKS (2016)	25.400
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	1,2	Arbeitslosenquote (2016)	4,0

Vorbildstaat mit demografischen Problemen

Die Tschechische Republik ist neben der Slowakei der am kürzesten existierende EU-Staat – und einer der sozio-ökonomisch erfolgreicheren. Am 1. Januar 1993 aus der Teilung der ehemaligen Tschechoslowakei hervorgegangen, ist Tschechien heute Vorbild für viele andere ehemalige Ostblockstaaten. Das Bruttoinlandsprodukt liegt mit umgerechnet 16.500 Euro je Einwohner höher als in allen anderen postsozialistischen Ländern und sowohl die Arbeitslosigkeit als auch das Armutsrisiko sind niedriger als in allen anderen Ländern der EU.[1]

Gerade in der Industrie hat sich Tschechien einen Namen gemacht. Internationale Automobilhersteller und Elektronikfirmen produzieren von hier für den Weltmarkt. Seit Jahren bringt die steigende Auslandsnachfrage dem Land Jobs und Wirtschaftskraft.[2] Auch die Wirtschaftskrise überstand Tschechien mit geringeren Wohlstandseinbußen als die meisten anderen Länder Zentral- und Osteuropas.[3]

Dass sich die Wirtschaft in den vergangenen Jahren so positiv entwickelt hat, hat einerseits mit vorteilhaften Rahmenbedingungen zu tun – etwa niedrigen Rohstoffpreisen sowie EU-Geldern, welche die Regierung in den Ausbau der Infrastruktur investiert hat.[4]

Andererseits hängt der Erfolg Tschechiens auch eng mit seiner Attraktivität für internationale Investoren zusammen. Der Wert aller ausländischen Direktinvestitionen lag 2016 bei etwa 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit höher als in allen anderen postsozialistischen OECD-Staaten mit Ausnahme von Ungarn und Estland.[5] Investoren suchen sich Tschechien vor allem deswegen aus, weil das Land über eine hervorragend ausgebildete Erwerbsbevölkerung verfügt – und trotzdem noch immer mit einem recht geringen Lohnniveau punkten kann.[6] So verfügen fast alle Erwerbspersonen über eine Ausbildung, ein Abitur oder einen Hochschulabschluss – Geringqualifizierte gibt es kaum.[7] Dies ist eine Folge davon, dass Berufsausbildungen in Tschechien traditionell einen hohen Stellenwert im Bildungssystem innehaben und mit ihrer Kombination aus Schule und Arbeitspraxis für hohe Qualität stehen.[8]

Infolge des wachsenden Wohlstands ist auch die Arbeitslosigkeit wieder auf die sehr niedrigen Werte von vor der Krise gefallen. Im Jahr 2016 lag sie mit 4,0 Prozent gar niedriger als in allen anderen EU-Staaten; europaweit schnitten einzig Island und die Schweiz noch etwas besser ab. Die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen lag 2016 bei knapp 77 Prozent – mehr als fünf Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt und der sechsthöchste Wert in der EU. Auch Frauen, Migranten sowie ältere Menschen sind im EU-Vergleich überproportional gut auf dem Arbeitsmarkt vertreten. Sie bleiben jedoch auch in Tschechien weit hinter den typischerweise am meisten beschäftigten Bevölkerungsgruppen zurück – den einheimischen Männern mittleren Alters.[9] Entsprechend weist die Europäische Kommission darauf hin, dass gerade bei Frauen mit kleinen Kindern, Geringqualifizierten und auch Roma weiter Förderbedarf besteht.[10]

Geburteneinbruch in den 1990er Jahren

Das Potenzial dieser Gruppen besser zu nutzen, ist nötig, weil die Bevölkerung Tschechiens altert und Arbeitgeber schon heute von Arbeitskräfteengpässen berichten.[11] Mit einem Anteil von 18,3 Prozent über 64-Jähriger an der Gesamtbevölkerung gehört Tschechien zwar derzeit noch zu den jüngeren EU-Ländern. Vorausberechnungen zufolge dürfte dieser Anteil bis 2030 jedoch auf 22,5 Prozent und bis 2050 auf 29,0 Prozent ansteigen und Tschechien zu den älteren EU-Staaten zählen.[12]

Der Grund für die rapide Alterung liegt in den kinderarmen 1990er Jahren: Nachdem die Geburtenziffer noch bis 1991 – damals

noch innerhalb der Tschechoslowakei – bei etwa zwei Kindern je Frau gelegen hatte, brach sie in den Folgejahren ein und erreichte 1999 mit lediglich 1,13 einen historischen Tiefpunkt. Dieser Abstieg vollzog sich parallel zur Öffnung des Landes zum Westen und zum Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus. Entsprechend gibt es auch nicht einen einzelnen Grund, der die Entwicklung erklären kann: Die schweren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit der neu aufkommenden Arbeitslosigkeit haben dabei ebenso eine Rolle gespielt wie neue Freiheiten und eine wachsende Akzeptanz für alternative Lebens- und Familienkonzepte. Beides hatte zur Folge, dass junge Paare die Familiengründung zunächst verschoben und später zwar in vielen, nicht aber in allen, Fällen nachholten.[13]

Inzwischen liegt die Geburtenziffer in Tschechien wieder bei 1,57 Kindern je Frau und entspricht damit in etwa dem EU-weiten Mittelwert. Das Echo der kinderarmen 1990er Jahre hallt dennoch weiter nach. So starben 2013 erstmals mehr Menschen als geboren wurden. Weitere Verluste durch Sterbeüberschüsse sind programmiert. Für Stabilität oder gar Wachstum kann dann nur noch Zuwanderung sorgen. Immerhin ist Tschechien in jüngster Vergangenheit äußerst attraktiv für Migranten gewesen. Seit 2007 gewinnt das Land je 1.000 Einwohner im Mittel jedes Jahr 2,4 Personen durch Zuwanderung. Tschechien ist damit gemeinsam mit dem Nachbarn Slowakei sowie Slowenien das einzige ehemals sozialistisch regierte Land, das regelmäßig durch Migration Einwohner gewinnt.[14]

Woher aber bezieht Tschechien seine Neuankömmlinge? In den 1990er Jahren profitierte das Land von dem Strom zahlreicher Osteuropäer nach Westeuropa. Viele von ihnen nutzten Tschechien als Transitland und einige blieben schlussendlich dort. So führte der Fall des Eisernen Vorhangs in Tschechien per Saldo nicht zu einer massiven Abwanderung nach Westeuropa, wie sie andernorts zu beobachten war.[15] Im Jahr 2003, als Tschechien unmittelbar vor dem Beitritt zur EU stand, erhöhten sich die Wanderungsgewinne dann deutlich und erreichten in den Jahren 2007 und 2008 Spitzenwerte von rund 84.000 respektive 57.000 Personen.[16]

Viele der Neuankömmlinge kamen aus der Slowakei, doch auch für Menschen aus weiter östlich gelegenen Ländern wie der Ukraine, Russland und sogar Vietnam ist die Tschechische Republik seit Mitte der 2000er Jahre ein beliebtes Wanderungsziel.[17]

Trotzdem ist Zuwanderung weiterhin ein relativ junges Phänomen für Tschechien, dessen Landstriche in der Vergangenheit zu den bedeutendsten Auswanderungsregionen Europas zählten.[18] So waren von den 10,6 Millionen Einwohnern, die das Land Anfang 2016 zählte, nur vier Prozent im Ausland geboren. Dies ist der fünftgeringste Wert in der EU – lediglich Bulgarien, Polen, Rumänien und die Slowakei verzeichnen noch geringere Anteile.[19]

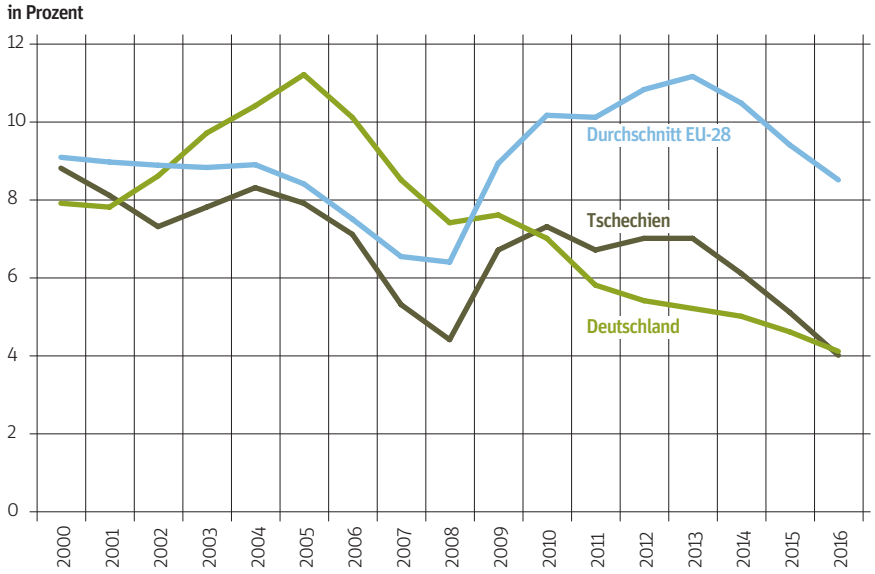
Skepsis gegenüber Zuwanderern

Mit Ausnahme von Ungarn registrierte kein ehemaliger Ostblockstaat während der massiven Flüchtlingszuwanderung nach Europa eine nennenswerte Zahl an Asylanträgen. In Tschechien gingen 2015 und 2016 zusammen lediglich 2.990 Anträge bei den

Viele Jobs in Tschechien

Tschechien ist das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit der EU. Selbst Deutschland verzeichnete 2016 eine minimal höhere Quote an Jobsuchenden. Ein Grund für den starken Arbeitsmarkt ist die starke Industrie des Landes, die auf ein Reservoir gut ausgebildeter Fachkräfte zurückgreifen kann. Anders als in Deutschland führte die Wirtschaftskrise Ende der 2000er Jahre in Tschechien zwar zu zahlreichen Jobverlusten. Doch diese konnten im weiteren Verlauf recht schnell wieder aufgefangen werden.

Arbeitslosenquote in Tschechien, Deutschland sowie im EU-weiten Mittel, 2000-2016
(Datengrundlage: Eurostat[24])



zuständigen Behörden ein.[20] Die niedrige Zahl liegt einerseits am Dublin-Verfahren, das Tschechien gewissermaßen vor humanitärer Zuwanderung „schützt“, da das Land keine EU-Außengrenze besitzt. Andererseits bleibt Tschechien trotz der guten Wirtschaftslage im Vergleich zu vielen reicheren westeuropäischen Ländern wenig attraktiv für Flüchtlinge. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die tschechische Regierung der Aufnahme von Flüchtlingen sehr ablehnend gegenüber steht. Diese Haltung, welche die anderen sogenannten Visegrad-Länder Slowakei, Polen und Ungarn teilen, trat besonders deutlich zutage, als die Europäische Kommission 2015 vorschlug, alle Mitgliedsstaaten dazu zu verpflichten, Flüchtlinge innerhalb der Union umzuverteilen und die Lasten von Aufnahme und Integration zu teilen. Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Rumänien stimmten gegen den Plan, mussten sich aber der Mehrheit der anderen Mitglieder beugen.[21]

Dass die Regierung sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wehrt, ist vor allem Abbild der vorherrschenden öffentlichen Meinung. Diese richtet sich nicht nur gegen Schutzsuchende; große Teile der Bevölkerung sind auch gegenüber anderen Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten sowie – in geringerem Maße – auch aus EU-Mitgliedstaaten skeptisch eingestellt.[22] Diese Auffassung könnte angesichts absehbarer demografischer Entwicklungen zu einem Problem werden. Die geringe Geburtenziffer gepaart mit der Alterung der Bevölkerung auf der einen und die annähernde Vollbeschäftigung auf der anderen Seite könnten Unternehmen dazu veranlassen, sich künftig vermehrt im Ausland nach Arbeitskräften umzuschauen. Die Regierung lehnt Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zwar nicht grundsätzlich ab, sie tut sich aber schwer damit, deren Vorteile öffentlich zu diskutieren.[23] Dies aber wäre notwendig, um soziale Spannungen abzumildern, die ein Mehr an ausländischen Arbeitskräften in Tschechien mit sich bringen dürfte.

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
UNGARN									
HU10	Mittelungarn	1,30	7,0	29,2	77,0	17.200	75,5	83,3	89,9
HU21	Mitteltransdanubien	1,46	-0,3	28,7	75,2	10.400	73,3	19,6	82,6
HU22	Westtransdanubien	1,33	4,3	29,1	76,5	12.100	73,7	17,1	85,2
HU23	Südtransdanubien	1,46	-2,7	31,4	75,2	7.300	66,9	14,9	78,7
HU31	Nordungarn	1,66	-5,2	30,3	74,5	7.300	67,2	7,6	78,8
HU32	Nördliche Große Tiefebene	1,60	-1,7	26,9	75,0	7.000	67,5	14,3	75,9
HU33	Südliche Große Tiefebene	1,42	-0,9	31,7	75,4	7.800	70,7	37,7	82,9
POLEN									
PL11	Lodzkie	1,27	-0,8	28,0	75,9	10.500	71,3	35,7	90,6
PL12	Masowien	1,42	2,6	25,8	78,1	17.800	73,9	44,1	92,8
PL21	Kleinpolen	1,35	0,8	24,4	78,8	10.100	69,9	42,2	92,5
PL22	Schlesien	1,28	-1,6	26,1	76,7	11.600	66,9	17,4	93,9
PL31	Lublin	1,28	-2,5	26,1	77,8	7.700	67,2	6,1	90,3
PL32	Karpatenvorland	1,25	-0,9	23,7	78,7	7.900	66,6	13,1	92,8
PL33	Heiligkreuz	1,21	-1,8	27,3	77,4	8.100	66,9	7,5	89,8
PL34	Podlachien	1,28	-1,9	25,8	78,2	7.900	70,3	2,4	89,2
PL41	Großpolen	1,40	0,0	23,0	77,4	12.200	71,5	19,4	91,7
PL42	Westpommern	1,25	-0,9	24,1	77,4	9.500	64,8	21,4	87,7
PL43	Lebus	1,28	-1,2	23,1	76,9	9.300	68,7	36,5	90,3
PL51	Niederschlesien	1,24	0,3	25,3	77,2	12.500	70,0	26,5	91,3
PL52	Oppeln	1,21	-2,6	26,3	77,5	9.000	69,1	20,8	91,7
PL61	Kujawien-Pommern	1,27	-1,2	24,2	77,6	9.100	66,7	14,0	90,1
PL62	Ermland-Masuren	1,27	-2,3	22,0	77,1	7.900	63,4	5,6	84,0
PL63	Pommern	1,44	0,8	23,4	78,0	10.700	70,6	19,0	91,1
SLOWAKEI									
SK01	Bratislavský kraj	1,52	7,9	23,7	78,5	35.400	78,7	17,1	95,7
SK02	Westliche Slowakei	1,23	0,4	23,5	76,9	13.400	71,9	13,7	93,5
SK03	Zentrale Slowakei	1,33	-0,8	22,1	76,3	11.600	68,9	3,8	90,8
SK04	Östliche Slowakei	1,54	-1,1	20,3	76,3	10.100	64,5	8,8	89,1
TSCHECHISCHE REPUBLIK									
CZ01	Prag	1,47	3,7	29,2	80,3	32.300	80,1	56,7	97,2
CZ02	Mittelböhmen	1,64	8,2	27,8	78,8	14.600	78,0	26,5	94,3
CZ03	Südwesten	1,58	1,6	30,1	78,5	14.000	77,6	13,0	93,4
CZ04	Nordwesten	1,56	-1,1	28,7	76,9	11.800	74,2	14,5	87,0
CZ05	Nordosten	1,60	-0,1	30,8	79,1	13.000	77,2	55,1	92,8
CZ06	Südosten	1,59	0,5	30,1	79,5	14.800	76,8	55,2	95,4
CZ07	Mittelmähren	1,55	-0,8	30,3	78,6	13.200	75,4	21,9	93,9
CZ08	Mährisch-Schlesien	1,50	-2,3	28,9	77,5	13.100	73,8	13,7	91,8

SLOWENIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	2,1	Medianalter (2016)	43,2
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	2,1	Lebenserwartung (2015)	80,9
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	2,0	BIP/Einwohner in Euro (2016)	19.300
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,57	BIP/Einwohner in KKS (2016)	24.100
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	0,3	Arbeitslosenquote (2016)	8,0

Vorreiter auf dem Weg in die Marktwirtschaft

Im Jahr 1991 erklärte Slowenien als erster Staat seine Unabhängigkeit vom ehemaligen Jugoslawien und entwickelte sich schnell zum postsozialistischen Musterland. Seine gut aufgestellte Wirtschaft, die historischen Beziehungen zu Westeuropa und eine stabile Demokratie haben dem Land dabei geholfen, den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zu meistern. Bis heute ist Slowenien das reichste postsozialistische Land.[1] Die Bevölkerung ist gut gebildet und die Infrastruktur gilt als ausgezeichnet. 2004 gelang es Slowenien als erstem Transformationsstaat, bei der Weltbank vom Nehmer- zum Geberland zu werden.[2] Und von den acht mittel- und osteuropäischen Ländern, die gemeinsam mit Slowenien 2004 der EU beitraten, führte es 2007 als erstes den Euro ein.

Grundlage von all dem war ein Wirtschaftsaufschwung, der vor allem zwischen 2000 und 2008 hohe Wachstumsraten von durchschnittlich vier Prozent pro Jahr mit sich brachte. Die Arbeitslosenquote betrug während dieser Zeit weniger als sechs Prozent und damit weniger als im EU-weiten Mittel.[3] Doch der Aufschwung hatte auch Schattenseiten. Wie in vielen anderen Staaten entstand in Slowenien eine Immobilien- und Kreditblase. Entsprechend anfällig waren Unternehmen und Banken, als die Finanzkrise einsetzte.[4] Im Jahr 2008 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum zunächst; im Jahr darauf schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um fast acht Prozent – einen größeren Einbruch erlebten nur die baltischen Staaten und Finnland sowie mit etwas Verzögerung Griechenland.[5] Nach einer kurzen Erholung schlug die Rezession dann 2012 abermals zu, wodurch mehrere Banken – unter ihnen die große staatseigene Nova Ljubljanska banka – an den Rand der Pleite getrieben wurden. Bei manchen galt das Land bereits als nächster Rettungskandidat, der die Hilfe der anderen Euro-Länder benötigen würde.[6] Es kam jedoch anders. Mit einer großen Anstrengung, die sich auf mehr als drei Milliarden Euro beziffern lässt, gelang es Slowenien, seine Banken aus eigener Kraft zu retten.[7] Viele Beobachter kritisierten, dass die Regierung auch Anteilseigner und Gläubiger an der Bankenrettung beteiligte, der Europäische Gerichtshof erklärte die Praxis jedoch drei Jahre später für rechtens.[8]

Seit 2014 geht es wieder aufwärts in dem Zwei-Millionen-Einwohner-Land. Die Wirtschaft wächst um mehr als zwei Prozent pro Jahr und die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich gebessert.[9] Vor allem die starken Exporte, etwa von Maschinen, Chemikalien und Nahrungsmitteln, haben zur Erholung beigetragen. Doch auch der private Konsum steigt langsam wieder an. Hierbei kommt dem Land entgegen, dass die Energiepreise niedrig sind und slowenische Haushalte eine der geringsten Schuldenquoten in der EU aufweisen.[10]

Alterung erhöht Druck auf Staatsfinanzen

Die Staatsverschuldung Sloweniens ist bis 2015 indes kontinuierlich angestiegen. Aktuell liegt sie bei 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was im europäischen Vergleich noch moderat wirkt. Doch die Schulden haben sich seit 2010 mehr als verdoppelt und künftig dürfte es schwerer werden, nachhaltig zu haushalten. Dies liegt daran, dass die Bevölkerung des Landes schneller altert als in anderen EU-Ländern: Kommen derzeit auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren noch etwa 30 Personen, die 65 Jahre oder älter sind (EU: 32 Personen), dürften es 2050 schon knapp 61 sein (EU: 55 Personen).[11] Infolge dieser Entwicklung dürften die altersbezogenen Staatsausgaben kräftig steigen.

Um den Kostenanstieg zu begrenzen, beschloss die slowenische Regierung im Jahr 2013 eine Rentenreform, die das gesetzliche Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2020 auf 65 Jahre ansteigen lassen wird. Vielen reicht dieser Schritt jedoch nicht. So rät die OECD, die Altersgrenze weiter zu erhöhen und an die künftige Entwicklung der Lebenserwartung zu koppeln. Auch soll die Rentenhöhe noch stärker an der eigenen Beitragsleistung ausgerichtet werden. Bislang werden in Slowenien zur Berechnung des Alterseinkommens lediglich die 24 besten Einkommensjahre zu Rate gezogen, nicht der Mittelwert aller Jahreseinkommen.[12]

Die Bevölkerung Sloweniens wird jedoch künftig nicht nur altern, sondern auch schrumpfen. Damit folgt das Land seinen Nachbarn Ungarn und Kroatien, die schon heute Bevölkerungsrückgänge verzeichnen. Slowenische Frauen bekommen im Schnitt 1,57 Kinder, was bei Weitem nicht ausreicht, um die Bevölkerung langfristig stabil zu halten.[13] Dabei ist das Land gemessen an seiner Familienpolitik recht kinderfreundlich. Schon 1986 führte Slowenien eine einjährige Elternzeit mit großzügigem Lohnersatz ein. Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind vorhanden und werden vom Staat stark subventioniert.[14]

Das Hauptproblem bei der Nachwuchsfrage scheint zu sein, dass slowenische Frauen immer später ihr erstes Kind bekommen und dadurch insgesamt weniger Kinder geboren werden. Damit sich Familien und insbesondere Frauen, für die Kinder derzeit meist eine Doppelbelastung darstellen, wieder für mehr Kinder entscheiden, bedarf es vor allem eines Normenwandels in der Gesellschaft – angefangen bei der partnerschaftlichen Aufgabenverteilung im Haushalt.[15]

Ausländer kommen, Slowenen gehen

Dass die Bevölkerung zuletzt noch gewachsen ist, liegt überwiegend daran, dass vorerst noch mehr Menschen geboren werden als sterben.[16] Der Wanderungssaldo des Landes bewegt sich dagegen seit Beginn der Wirtschaftskrise bei annähernd null. Vergangen sind die frühen Jahre des 21. Jahrhunderts, als das boomende Land an der Adria gerade für Staatsangehörige anderer Balkanstaaten – allen voran Bosnien-Herzegowina – ein attraktives Zuwanderungsziel war.[17] Zwar ziehen noch immer jedes Jahr mehr Ausländer nach Slowenien als von dort weg, doch wird dieser Gewinn durch die Abwanderung von Slowenen zunichte gemacht.[18] Selbst gut qualifizierte Slowenen mit einer Beschäftigung zieht es oftmals ins Ausland, weil sie sich dort einen besseren Job erhoffen.[19] Der Regierung ist dies ein Dorn im Auge und sie strebt gemäß ihrer Migrationsstrategie neben der Zuwanderung Hochqualifizierter auch einen engeren Kontakt mit slowenischen Emigranten an.[20]

Von der Asylzuwanderung nach Europa war Slowenien als Balkanstaat zwar direkt betroffen, zu nennenswerten Zuwanderungszahlen führte sie jedoch nicht. Denn die Schutzsuchenden sahen Slowenien vor allem als Transitland auf dem Weg nach Westeuropa an. So registrierten die Behörden 2015 lediglich 275 Asylanträge, obwohl alleine im Winter 2015/2016 nach der Grenzschließung Ungarns rund 480.000 Geflüchtete ins Land kamen.[21] Im Jahr 2016 lag die Zahl der Asylanträge immerhin bei 1.310.[22] Dessen ungeachtet hat auch die slowenische Regierung die Einreiseregeln für Schutzsuchende kontinuierlich verschärft. Aktuell dürfen nur noch jene einreisen, die im Land Asyl beantragen wollen oder für die besondere humanitäre Gründe vorliegen.[23] Außerdem beschloss die Regierung Anfang 2017 ein Gesetz, das eine komplette Grenzschließung im Fall einer erneuten massenhaften Flüchtlingszuwanderung ermöglicht.[24]

Das wohlhabendste postsozialistische Land

Slowenien ist das reichste Land unter den postsozialistischen Staaten. Dies war zum EU-Beitritt 2004 so und daran hat sich bis heute nichts geändert. Mit knapp 20.000 Euro lag das jährliche Pro-Kopf-Einkommen 2016 dennoch bei weniger als zwei Dritteln des Wertes der „alten" Mitgliedstaaten (EU-15). Im Vergleich zu 2004 haben vor allem die drei baltischen Staaten zugelegt: Sie konnten ihr Bruttoinlandsprodukt je Einwohner allesamt mehr als verdoppeln.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, zentral- und osteuropäische EU-Länder sowie EU-15 (alte Mitgliedstaaten), 2004 und 2016
(Datengrundlage: Eurostat[25])

2004
2016

KROATIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	4,2	Medianalter (2016)	43,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	4,0	Lebenserwartung (2015)	77,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	3,7	BIP/Einwohner in Euro (2016)	11.000
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,40	BIP/Einwohner in KKS (2016)	17.300
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-1,9	Arbeitslosenquote (2016)	13,3

Der vorerst letzte EU-Neuzugang

Kroatien ist das jüngste Mitglied der Europäischen Union. Erst 2013 trat der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangene Staat der Union bei. Die Hoffnungen auf ein besseres Leben, die viele Kroaten mit diesem Schritt verbanden, sind allerdings noch nicht erfüllt worden. Der Balkanstaat ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet 11.000 Euro je Einwohner nach Bulgarien und Rumänien das drittärmste Land der EU. Die Wirtschaftsleistung lag 2016 knapp zehn Prozent niedriger als zu Beginn der Wirtschaftskrise 2008. Einzig Griechenland und Italien haben EU-weit nachhaltiger unter der Krise gelitten.[1]

Enttäuscht von der Wirtschaftsentwicklung in der Heimat und auf der Suche nach einem besseren Leben im Westen, nutzen inzwischen viele Kroaten die mit dem EU-Beitritt gewonnene Freizügigkeit und verlassen ihr Land. Sie verschärfen damit die demografischen Herausforderungen Kroatiens, das mit 1,40 Kindern je Frau eine im EU-Vergleich unterdurchschnittliche Geburtenziffer aufweist und Jahr für Jahr an Bevölkerung einbüßt. Bis 2030 dürfte Kroatien etwa 270.000 seiner derzeit 4,2 Millionen Einwohner verlieren, bis 2050 mehr als eine halbe Million.[2] Auch die Alterung der Gesellschaft nimmt so Fahrt auf, da vor allem junge und gut gebildete Menschen ins Ausland gehen.[3]

Mit der Abwanderung seines Nachwuchses steht Kroatien in einer Reihe mit zahlreichen Ländern der näheren Umgebung, allen voran Rumänien und Bulgarien. Und auch in anderer Hinsicht hat Kroatien viel mit diesen und anderen postsozialistischen Staaten gemein. Neben den geringen Kinderzahlen ist dies vor allem die Tatsache, dass Frauen ihre Kinder noch immer in einem recht jungen Alter bekommen. Kroatinnen sind bei der Geburt ihres ersten Kindes im Schnitt rund 28 Jahre alt. Damit sind sie etwa zweieinhalb Jahre jünger als Frauen in anderen katholischen Mittelmeerländern wie Spanien oder Italien, aber in etwa gleich alt wie ungarische oder tschechische Frauen. Im Gegensatz zu Letzteren spielt bei Kroatinnen jedoch die Ehe weiterhin eine bedeutsame Rolle. Nur 18 Prozent der Kinder werden außerhalb der Ehe geboren. Das ist niedriger als in allen anderen EU-Staaten mit Ausnahme von Griechenland. Zum Vergleich: In Spanien oder Italien bekommen Paare etwa die Hälfte ihrer Kinder, ohne vorher geheiratet zu haben.[4]

Das frühe Heiraten ist ein Zeichen dafür, dass konservative Familienbilder in Kroatien weiterhin sehr verbreitet sind. Eine Rolle spielt hierbei auch der große Einfluss der katholischen Kirche, der sich etwa beim Thema Abtreibung zeigt. Zu Zeiten Jugoslawiens war der vorzeitige Abbruch einer Schwangerschaft wie in fast allen sozialistischen Ländern noch ein gängiges Mittel der Geburtenkontrolle. Noch im Jahr 1985 ließen Frauen insgesamt 52.000 Schwangerschaftsabbrüche vornehmen und verhinderten damit fast jede zweite potenzielle Geburt.[5] Doch seitdem fallen die Zahlen rapide: Im Jahr 2015 zählten die Statistiker nur noch 3.002 Schwangerschaftsabbrüche.[6] Dieser Rückgang lässt sich einerseits darauf zurückführen, dass moderne Verhütungsmittel leichter zugänglich sind, andererseits aber auch darauf, dass immer mehr Ärzte von dem ihnen zugesicherten Recht Gebrauch machen, Schwangerschaftsabbrüche aus persönlicher Überzeugung nicht durchzuführen. In manchen Gegenden ist es inzwischen schwierig geworden, überhaupt eine Schwangerschaft vorzeitig zu beenden, was einige Frauen dazu veranlasst, Abtreibungen illegal durchzuführen.[7] Immer wieder fordern Interessengruppen sogar ein komplettes Verbot der Abtreibung.

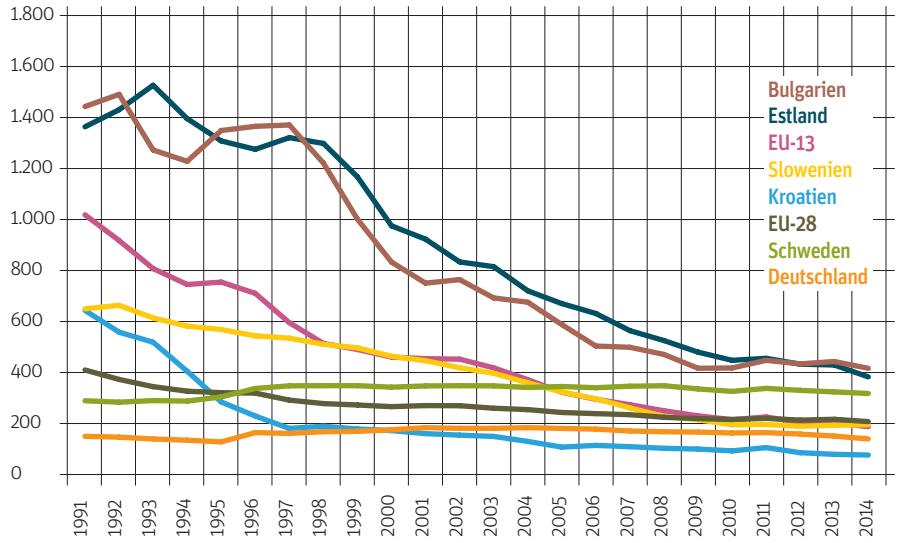
Ethnisch immer homogener

Im Laufe seiner Geschichte hat das heutige Staatsgebiet Kroatiens zu verschiedenen Ländern gehört. Lange Zeit war die Bevölkerung daher ethnisch eher gemischt. Kroaten teilten sich ihr Land unter anderem mit Serben, Bosniaken und Slowenen. Mit dem Zerfall Ju-

Immer weniger Abtreibungen

Zur Unabhängigkeit im Jahr 1991 beendeten kroatische Frauen etwa jede dritte Schwangerschaft vorzeitig – in den 1980er Jahren waren es sogar noch mehr gewesen. Denn wie in vielen anderen sozialistischen Staaten diente Abtreibung auch im ehemaligen Jugoslawien als Mittel zur Geburtenkontrolle. Seit der Staatsgründung hat sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Kroatien nicht nur dem EU-Mittel angepasst, sondern dieses deutlich unterschritten. Dies liegt neben der besseren Verfügbarkeit von modernen Methoden der Empfängnisverhütung auch am Erstarken konservativ-religiöser Wertevorstellungen.

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche je 1.000 Lebendgeburten in ausgewählten Ländern, 1991-2014*
(Datengrundlage: WHO[24])



* Zur EU-13 zählen alle „neuen" Mitgliedstaaten seit 2004. Für Schweden liegen für 2013 keine Daten vor. Die Linie wurde daher entsprechend geglättet.

goslawiens und den Kriegen der 1990er Jahre änderte sich dies jedoch und die Staaten des westlichen Balkans wurden ethnisch immer homogener. Im Fall von Kroatien lag dies vor allem daran, dass Serben und andere Minderheiten aus den östlichen Gebieten Krajina und Ostslawonien vertrieben wurden.[8] Zur Jahrtausendwende gaben fast 90 Prozent der Einwohner Kroatiens an, ethnische Kroaten zu sein. Zehn Jahre zuvor, als Kroatien im Jahr 1991 seine Unabhängigkeit erlangt hatte, waren es lediglich 78 Prozent gewesen. Und obwohl in der Folge einige vertriebene Serben von ihrem Recht Gebrauch machten, nach Kroatien zurückzukehren, stieg der Anteil der ethnischen Kroaten weiter an.[9] Eine Erklärung hierfür liefert die Tatsache, dass auch viele Kroaten in ihre Heimat zurückkehrten. Und zwar nicht ausschließlich Kriegsflüchtlinge, sondern auch Personen, die in den 1960er und 1970er Jahren als „Gastarbeiter" in andere Länder gegangen waren und nun ihren Ruhestand wieder in Kroatien verbringen wollten.[10] Infolge dieser Rückkehr-Migration verzeichnete Kroatien während der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und während des Großteils der 2000er Jahre Wanderungsüberschüsse.[11]

Diese Zuwanderung wurde von der Regierung aktiv gefördert. Migrationspolitik in Kroatien richtet sich bis heute vorrangig an die kroatische Diaspora.[12] Kroatien soll so Einwohner gewinnen, ohne eine Vielzahl von Migranten integrieren zu müssen. Wie in vielen anderen postsozialistischen Staaten sind auch weite Teile der Bevölkerung Kroatiens gegenüber Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen eher skeptisch eingestellt.[13] Dies dürfte auch damit zu tun haben, dass es abgesehen von den Serben, die großteils die kroatische Staatsbürgerschaft besitzen, kaum Minderheiten in Kroatien gibt. Laut Zensus 2011 besitzen 99,4 Prozent der Einwohner des Landes die kroatische Staatsbürgerschaft.[14]

Arbeitslosigkeit und Schulden

Ins Negative kippte der Wanderungssaldo Kroatiens erst 2009. Seitdem verlassen jedes Jahr mehr Menschen das Land als neue hinzukommen – Tendenz steigend. Der Grund hierfür ist die schlechte wirtschaftliche Lage. Im Jahr 2016 hatten etwa 13 Prozent der Erwerbspersonen keine Beschäftigung – mehr als die Hälfte von ihnen war seit mehr als einem Jahr auf Jobsuche. Nach Griechenland und Spanien weist Kroatien damit die dritthöchste Arbeitslosenquote der EU auf. Und wie in vielen Ländern, die besonders unter der Wirtschaftskrise Ende der 2000er und Anfang der 2010er Jahre gelitten haben, sind auch in Kroatien besonders junge Menschen betroffen. Bei den unter 25-Jährigen lag die Arbeitslosigkeit 2016 trotz der massenhaften Abwanderung noch immer bei knapp 31 Prozent.[15] Ob sich die Abwanderung stoppen lässt, erscheint jedoch selbst bei einer wirtschaftlichen Erholung fraglich. Denn durch den EU-Beitritt können Kroaten ohne rechtliche Hürden in den deutlich reicheren Staaten Westeuropas nach Arbeit suchen.[16]

Mit der anhaltenden Wirtschaftskrise sind auch die Staatsfinanzen Kroatiens in Schieflage geraten. Dies macht es schwieriger, Wachstumsimpulse zu setzen und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit abzumildern. Zwischen 2009 und 2014 lag die Neuverschuldung in jedem Jahr bei mehr als fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit deutlich über dem in Maastricht festgelegten EU-Konvergenzkriterium von drei Prozent.

Erst in den letzten Jahren ist sie etwas gesunken.[17] Seit 2013 befindet sich der kroatische Haushalt unter konstanter EU-Überwachung im Rahmen des sogenannten korrektiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Im Zuge dessen fordert der Rat der EU von der kroatischen Regierung, die öffentliche Verwaltung effizienter zu gestalten, die Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung zu bekämpfen sowie Frühverrentungsprogramme zurückzufahren.[18]

Geringe Wettbewerbsfähigkeit

Die Wirtschaft Kroatiens basiert zu mehr als 70 Prozent auf Dienstleistungen.[19] Ein wichtiger Grund hierfür ist der Tourismus, der sich im Westen des Landes an der Adriaküste konzentriert. Im Jahr 2015 buchten alleine Ausländer mehr als 65 Millionen Übernachtungen in Hotels und Ferienunterkünften sowie auf Campingplätzen.[20]

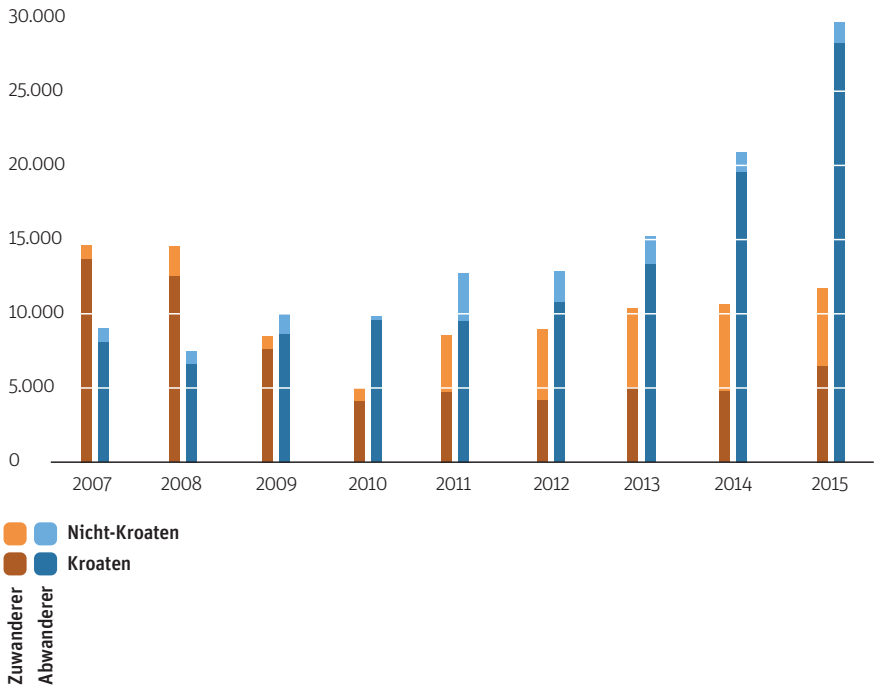
Die Industrie des Landes, deren Rückgrat die Nahrungsmittelproduktion sowie der Schiffbau ist, gilt dagegen im internationalen Vergleich als unproduktiv und teuer. Darunter leiden die Exportchancen.[21] Um international wettbewerbsfähiger zu werden und Auslandsinvestitionen anzuziehen, wird Kroatien nach Ansicht vieler Experten nicht darum herumkommen, entweder seine Währung, die Kuna, abzuwerten oder zu versuchen, über eine restriktive Fiskalpolitik Preise und Löhne im Land zu senken.[22]

Beide Maßnahmen sind jedoch unpopulär und bekämpfen außerdem eher die Symptome der Strukturschwäche als an deren Wurzel anzusetzen. Mittelfristig muss es dem Land gelingen, die Produktivität seiner Wirtschaft zu erhöhen, also die durchschnittliche Arbeitsleistung jedes Einzelnen. Dies kann allerdings nur schrittweise erreicht werden. Ein Mittel wäre es, das Bildungssystem effizienter zu gestalten und stärker am Bedarf der Wirtschaft auszurichten. In der Vergangenheit ist es Kroatien kaum gelungen, seinen Berufseinsteigern jene fachlichen Qualifikationen und Kenntnisse mitzugeben, mit denen sie für Unternehmen einen Gewinn darstellen. So gibt es unter Hochschulabsolventen nur wenige, die eines der sogenannten Mint-Fächer studiert haben. Berufliche Ausbildungen im Industrie- und Handelsbereich wiederum gelten als praxisfern und münden in mehr als der Hälfte der Fälle nicht in einer Anstellung im erlernten Beruf. Dies liegt auch daran, dass es kaum betriebliche Ausbildungsstätten gibt, die Lehre also fast ausschließlich in Schulen stattfindet. All dies führt dazu, dass junge Menschen Ausbildungsberufe als extrem unattraktiv einstufen. Lediglich in Italien genießt die betriebliche Lehre EU-weit weniger Ansehen.[23]

Kroaten dominieren Migration

Die Migrationspolitik Kroatiens ist vor allem darauf ausgerichtet, ethnische Kroaten zurück in die Heimat zu bringen. Mitte der 2000er Jahre stellten Kroaten mehr als 90 Prozent aller Zuwanderer, heute sind es immerhin noch 55 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland stellen Deutsche lediglich zehn Prozent der Zuwanderer.* Mit dem Beitritt Kroatiens zur EU ist jedoch auch die Abwanderung sprunghaft angestiegen. Im Jahr 2015 verlor Kroatien durch Wanderungen knapp 18.000 Menschen. Insgesamt ging die Bevölkerung Kroatiens seitdem um etwa 35.000 Personen zurück, da seit Jahren auch deutlich mehr Menschen sterben als geboren werden.

Zahl der Zuwanderer und Abwanderer in Kroatien nach Nationalität, 2007-2015
(Datengrundlage: Croatian Bureau of Statistics[25])



* Dieser Wert bezieht sich auf die Zeit vor der starken Zuwanderung von Asylbewerbern des Jahres 2015. Durch das deutlich gestiegene Wanderungsvolumen liegt der Anteil der Deutschen an den Zuwanderern aktuell sogar noch deutlich niedriger.

RUMÄNIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	19,8	Medianalter (2016)	41,4
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	18,0	Lebenserwartung (2015)	75,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	16,3	BIP/Einwohner in Euro (2016)	8.600
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,58	BIP/Einwohner in KKS (2016)	17.200
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-1,5	Arbeitslosenquote (2016)	5,9

Zwischen Techniknation und Subsistenzwirtschaft

Mit knapp 1,9 Millionen Einwohnern wurde Bukarest am 1. Januar 2007 zur sechstgrößten Stadt der Europäischen Union.[1] Viel mehr als eine große Einwohnerzahl hatte die rumänische Hauptstadt mit anderen europäischen Millionenmetropolen wie London, Berlin oder Paris jedoch nicht gemein. Der Altbaubestand im historischen Zentrum war in einem kümmerlichen Zustand und die zahlreichen, unter der sozialistischen Ceausescu-Herrschaft aus dem Boden gestampften Neubauten bedurften einer Generalüberholung. Zusätzlich zu den maroden Gebäuden dominierte der stehende Verkehr im hoffnungslos überlasteten Straßennetz das Stadtbild. Tausende Dacia 1300 – eine Art Trabbi Rumäniens, der zwischen 1969 und 2004 knapp zwei Millionen Mal vom Band gelaufen war – verpesteten die Luft und trugen mit ihrem Motorenlärm zu einem Grundrauschen bei, welches nur durch das ständige Hupen ungeduldiger Berufspendler übertönt wurde.

Gut zehn Jahre später steht Bukarest sinnbildlich für ein modernes, aufstrebendes Rumänien – ein Land, dessen Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner zwischen 2007 und 2016 trotz Krise um durchschnittlich 4,1 Prozent pro Jahr gewachsen ist – nach Malta (5,4 Prozent), Bulgarien (4,9) und Litauen (4,6) die europaweit größte Steigerung.[2] Der Altstadtkern der rumänischen Hauptstadt ist fast vollkommen saniert und wird seinem einstigen Ruf als Paris des Ostens einigermaßen gerecht. Zwar halten viele dem heimischen Autoproduzenten Dacia weiterhin die Treue, doch die meisten sind inzwischen auf dessen kostengünstige neue Modelle umgestiegen. Viele junge Leute sind inzwischen auf dem wachsenden Radwegenetz unterwegs.[3]

Städte auf der Datenautobahn

Knapp jeder zehnte Bukarester arbeitet inzwischen in der Kreativ- und IT-Branche.[4] Wie in den anderen rumänischen Großstädten Timisoara, Cluj-Napoca oder Constantza hat sich auch in Bukarest eine lebendige Start-up-Szene mit Inkubatoren und Co-Working-Spaces entwickelt.[5] Im Jahr 2015 waren mit sechs Prozent so viele Studierende in Informatik eingeschrieben wie in kaum einem anderen EU-Land. Nur in Estland und Finnland lagen die Werte mit acht respektive neun Prozent noch höher.[6] Die Chancen stehen gut, dass die künftigen Absolventen auf die Ansprüche der Arbeitsmärkte gut vorbereitet sein werden. Im *Global Competitiveness Index* (GCI) des Weltwirtschaftsforums erreicht Rumänien mit Blick auf die Ausbildungsqualität in Mathematik und Naturwissenschaften Platz 32 unter 138 Ländern weltweit – punktgleich mit den Techniknationen USA, Israel und Südkorea.[7] Zudem ist die rumänische Regierung darum bemüht, das IT-Personal im Land zu halten und lockt in diesem Bereich mit Steueranreizen für Investoren und Unternehmer.[8]

Die IT-Branche ist zu einem Erfolgssektor geworden, in einem Land, das transformations- und krisenbedingt in den vergangenen Jahren viele Arbeitsplätze eingebüßt hat. Zwischen 2008 und 2016 ist die Zahl der Erwerbstätigen über 15 Jahre in der IT-Industrie um knapp 50.000 gestiegen, während im selben Zeitraum insgesamt 920.000 Arbeitsplätze verlorengingen.[9] Inzwischen erwirtschaftet die IT-Industrie 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – nach Irland (7,5 Prozent), Luxemburg (6,5), Malta (6) und dem Vereinigten Königreich (6) der fünfthöchste Anteil in der Europäischen Union.[10] Den Aufschwung der Branche ermöglicht nicht nur das gut geschulte Personal, sondern auch eine gute Infrastruktur. Als Rumänien in Sachen Internet aufrüstete, investierte das Land gleich in den neuesten Stand der Technik. Die Durchschnittsgeschwindigkeit des Internets zählte in den letzten Jahren zu den höchsten europaweit.[11]

Dörfer ohne Straßenanbindung

Doch ein Besuch in einer aufstrebenden rumänischen Großstadt mit einer technikaffinen Mittelschicht erzählt nur die halbe Wahrheit über die wirtschaftliche und soziale Situation Rumäniens. Denn mit elf Millionen Menschen lebt etwa die Hälfte der rumänischen Bevölkerung auf dem Land – in vielen Fällen komplett ohne Zugang zum Internet.[12] Statt der IT-Branche dominiert hier die Landwirtschaft. Mit Ausnahme der Region Bukarest-Ilfov arbeitet in allen Regionen des Landes mindestens ein Fünftel, teilweise sogar ein Drittel der Beschäftigten in diesem Sektor.[13] Insgesamt ist ein knappes Viertel der rumänischen Erwerbstätigen über 15 Jahren in der Landwirtschaft tätig – etwa 20 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der 28-EU-Staaten.[14] Rumänien stellt ein Drittel aller Betriebe in der Europäischen Union, insgesamt 3,6 Millionen.[15] Zur europaweiten Wertschöpfung in diesem Sektor tragen sie aber gerade einmal 3,4 Prozent bei.[16] Bei vielen Betrieben handelt es sich um Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Hektar Land.[17] Neun von zehn arbeiten auf Subsistenzniveau.[18] Von den knapp zwei Millionen Erwerbstätigen im landwirtschaftlichen Bereich arbeiten knapp 45 Prozent unbezahlt im Familienbetrieb mit.[19] Im Ergebnis sorgt die rumänische Landwirtschaft zwar für Beschäftigung, nicht aber für ausreichend bezahlte Arbeit. Um die Kaufkraft bereinigt, erreicht das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den ländlichen Regionen nicht einmal ein Drittel des städtischen Niveaus. In Deutschland bringen es die Einwohner der ländlichen Regionen auf zwei Drittel der städtischen Kaufkraft, in Italien sogar auf beinahe 90 Prozent.[20]

Entsprechend schlecht ist die Lebenssituation der rumänischen Landbevölkerung. Im dünn besiedelten Nordosten hat etwa ein Viertel der Menschen große Probleme, die nötigsten Ausgaben zu decken.[21] Viele Landbewohner leben in beengten, oft baufälligen Unterkünften.[22] Während in der Hauptstadtregion Bukarest-Ilfov neun von zehn Haushalten über einen Internetzugang verfügen, sind viele Dörfer nicht an das Wassernetz angeschlossen.[23] Die Wege in den Dörfern sind nicht asphaltiert, viele Ortschaften sind nicht einmal durch eine Straße erreichbar.[24] Seit dem EU-Beitritt hat Rumänien zwar stark in den Ausbau der Infrastruktur investiert. Trotzdem erfährt die Qualität der rumänischen Straßen im GCI dieselbe schlechte Bewertung wie die von Tschad und Nigeria.[25]

Nur wenn der physische Anschluss der rumänischen Dörfer an den Rest des Landes gelingt, bestehen Chancen darauf, dass die Dörfer ihre ökonomische Existenz langfristig sichern können. Dafür wäre es außerdem notwendig, die Betriebe so umzustrukturieren, dass sie landwirtschaftliche Produkte anstatt für den Eigenbedarf mit dem Ziel anbauen, sie gewinnbringend zu vermarkten. Die Regierung hat inzwischen staatliche Beratungs- und Weiterbildungsprogramme für landwirtschaftliche Unternehmer eingerichtet.[26] Zudem will sie die Modernisierung der Betriebe unterstützen und jungen Existenzgründern beim Aufbau ihrer Unternehmen unter die Arme greifen.[27] Auch außerhalb des Agrarsektors sollen, vor allem durch große Infrastrukturprojekte, 27.000 Arbeitsplätze auf dem Land entstehen.[28]

Neben der wirtschaftlichen Stärkung des ländlichen Raums gilt es, die Startbedingungen der jungen Landbevölkerung zu verbessern. Bislang schneiden Schüler auf dem Land in Vergleichstests nicht nur schlechter ab als solche, die an städtischen Schulen lernen.[29] Sondern sie verlassen häufig auch frühzeitig das Bildungssystem. Während in den dünn besiedelten Regionen Zentral-, Nord- und Südostrumäniens rund ein Viertel der 18- bis 24-Jährigen maximal einen Abschluss der unteren Sekundarstufe vorweisen kann, gilt das rund um das wirtschaftsstarke Timisoara und in der Hauptstadtregion Bukarest-Ilfov nur für ein Zehntel dieser Altersgruppe.[30]

Künftig will die Regierung Kinder aus einkommensschwachen Familien durch die Bereitstellung von Schulmaterialien, Finanzspritzen beim Computerkauf oder Stipendienprogramme unterstützen, um so zu verhindern, dass ihre Eltern sie frühzeitig von der Schule nehmen.[31] Auf den oft langen Schulwegen setzt die Verwaltung Busse ein oder erstattet den Familien die Fahrtkosten.[32] In einem Pilotprojekt wurden kürzlich Teams aus Sozial- und Gesundheitsassistenten, Mediatoren und Bildungsberatern in 100 benachteiligte Gemeinden entsandt.[33] Sie sollen dazu beitragen, die Arbeitsmarktergebnisse der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Zeigt das Projekt Erfolge, soll es auf 500 Gemeinden erweitert werden.[34]

EU-Beitritt sorgt für Auswanderungswelle

Trotz aller Bemühungen dürften sich viele Landbewohner angesichts der schwierigen Lebensbedingungen dazu entscheiden, ihre Heimatorte zu verlassen. Sie folgen damit einem seit Jahren anhaltenden Trend. Heute leben in den ländlichen Gebieten Rumäniens 1,2 Millionen Menschen weniger als noch 2007. Nur knapp 250.000 davon gehen auf Verluste aufgrund von Sterbeüberschüssen zurück.[35] Insgesamt ist die Bevölkerung Rumäniens in den ersten zehn Jahren der EU-Mitgliedschaft von 21,5 auf 19,9 Millionen Einwohner geschrumpft.[36] Zwei Drittel davon waren migrationsbedingt.[37] Nach Lettland und Litauen hat zwischen 2007 und 2015 kein EU-Land anteilmäßig mehr Menschen verloren als Rumänien.[38]

Die Abwanderung senkt nicht nur die Einwohnerzahl, sie beschleunigt auch den demografischen Wandel. Denn unter den Migranten finden sich vor allem Menschen im jungen Erwerbsalter.[39] Durch ihren Weggang steigern sie einerseits den Altersdurchschnitt der verbleibenden Bevölkerung, andererseits fehlen sie als potenzielle künftige Eltern. Gemessen am Medianalter dürfte Rumänien im Jahr 2040 zu den EU-weit ältesten Gesellschaften zählen.[40]

Junge Auswanderer

Im Jahr 2014 kehrten 184.000 Rumänen ihrer Heimat mindestens für ein Jahr den Rücken. Unter ihnen finden sich anteilig etwa doppelt so viele Menschen zwischen 15 und 34 Jahren wie in der Gesamtbevölkerung. Sie fehlen der Wirtschaft und dem Staat als potenzielle Arbeitskräfte, als Steuer- und Rentenbeitragszahler und ihren Eltern als Stütze im Alter. Zudem gehen dem Land auf diesem Weg potenzielle Eltern verloren. Gemeinsam mit den ohnehin niedrigen Geburtenziffern dürfte dieser Umstand einen rasanten demografischen Wandel erzeugen.

Prozentuale Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung und der ausgewanderten Bevölkerung nach Altersgruppen, 2014
(Datengrundlage: Institutul National de Statistica[50])

Noch gehört Rumänien aber zu den jüngsten EU-Mitgliedstaaten. Derzeit profitiert das Land noch von den Folgen der rigiden Bevölkerungspolitik des Ceausescu-Regimes. Diese verbot Abtreibungen und schränkte den Zugang zu Verhütungsmitteln stark ein.[41] Im Revolutionsjahr 1989 lag die Geburtenziffer bei 2,2 Kindern pro Frau und damit höher als in den meisten anderen sozialistischen Ländern Europas.[42] Die Kindergeneration der 1980er Jahre war entsprechend groß. Nur wenige Wochen nach dem blutigen Ende der Ära Ceausescu kippte die neue Regierung das Abtreibungsgesetz und in den Folgejahren verbesserte sich der Zugang zu Mitteln der Familienplanung zusehends.[43] Der Bedarf war auf jeden Fall groß. Auch ausgelöst durch die großen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten der Nachwendezeit fiel die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau innerhalb der ersten zwölf Monate nach dem Regimewechsel auf 1,8.[44] Dieser Trend setzte sich, wenn auch in gemäßigtem Tempo, über Jahre hinweg fort. Den bisherigen Tiefstand erreichte die Geburtenziffer im Jahr 2002 auf einem Niveau von 1,2 Kindern pro Frau.[45] Seither ist sie wieder gestiegen, auch wenn sie mit knapp 1,6 weit von dem Niveau entfernt liegt, das nötig wäre, um die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung aufrecht zu erhalten.[46]

Ländliche Regionen als Pioniere des demografischen Wandels

Was der Fertilitätsrückgang in Kombination mit der starken Abwanderung für Rumänien bedeutet, zeigt sich bereits heute in den ländlichen Regionen. Auf 100 Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren kommen dort 30 Personen über 65 Jahre, in den Städten liegt das Verhältnis bei 100 zu 23.[47] Bis vor Kurzem galt auf dem rumänischen Land: Wenn die Eltern alt werden, werden sie von ihren Kindern versorgt. Heute leben Eltern und Kinder häufig weit voneinander entfernt. Eine flächendeckend funktionstüchtige, staatlich bereitgestellte Alternative zum traditionellen innerfamiliären Versorgungsmodell gibt es nicht. Rumänienweit gilt das Gesundheits- und Pflegesystem als dürftig – auf dem Land sind die Strukturen noch einmal deutlich schlechter.[48] In den Städten ist der demografische Wandel bislang noch kaum angekommen und dürfte sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Derzeit lebt in den urbanen Zentren Rumäniens noch eine breite Schicht junger Menschen zwischen 25 und 39 Jahren.

Bei diesen Menschen handelt es sich um die erste Generation, die von der Ceausescu-Herrschaft nur wenige Jahre erlebt hat und von ihren demokratischen Rechten selbstverständlich Gebrauch macht. In den vergangenen Jahren hat Rumänien gleich mehrere Protestbewegungen erlebt. Zuletzt im Winter 2016/2017 als der damalige Ministerpräsident Sorin Grindeanu den Versuch unternahm, die Korruptionsgesetzgebung per Dekret zu lockern – ein Schritt, der einige seiner politischen Weggefährten rechtlich bevorteilt hätte. Kommentatoren zufolge gingen gegen das Dekret so viele Menschen auf die Straßen wie zuletzt während der rumänischen Revolution im Dezember 1989.[49] Auch die jüngsten Proteste zeigten Erfolg: Nach einigen Tagen zog die Regierung das Gesetzesvorhaben zurück. Die junge urbane Mittelschicht scheint in der Mitte der EU angekommen zu sein und bereit, sich aktiv für die Verteidigung von Rechtsstaat und Demokratie einzusetzen. Nun gilt es, die Landbevölkerung am eingeschlagenen Erfolgskurs zu beteiligen.

BULGARIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	7,2	Medianalter (2016)	43,6
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	6,4	Lebenserwartung (2015)	74,7
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	5,6	BIP/Einwohner in Euro (2016)	6.600
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,53	BIP/Einwohner in KKS (2016)	13.900
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-0,4	Arbeitslosenquote (2016)	7,6

Das Schlusslicht der EU

Als Bulgarien im Jahr 2007 der Europäischen Union beitrat, verzeichnete das Land das niedrigste Wohlstandsniveau der damals 27 Mitgliedstaaten. Gerade einmal umgerechnet 4.300 Euro jährlich standen Bulgaren im Schnitt zur Verfügung. Der Durchschnittswert der Union lag mehr als sechsmal so hoch.[1] Trotzdem blickten viele Bulgaren optimistisch in die Zukunft, da die vorangegangenen Jahre deutliche Verbesserungen mit sich gebracht hatten. Seit der Jahrtausendwende war das Bruttoinlandsprodukt um die Hälfte seines Ursprungswerts gewachsen.[2] Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse hatte um beinahe eine halbe Million zugenommen und die Arbeitslosenquote war von knapp 20 Prozent (2001) auf etwa 7 Prozent gefallen.[3] Das Wohlstandsversprechen der politischen Wende der 1990er Jahre schien sich einzulösen, und der Beitritt zur europäischen Staatengemeinschaft zollte diesem Erfolg Anerkennung.

Doch mit dem Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise erlitt Bulgarien einen herben Rückschlag. Von 2008 auf 2009 brach das Bruttoinlandsprodukt um beinahe vier Prozent ein.[4] Vor allem in den vormaligen Erfolgssektoren Bauwesen, Handel, Textilien und Tourismus gingen tausende Arbeitsplätze verloren. Heute zählt Bulgarien 330.000 Beschäftigte weniger als 2008 und mit gut 40 Prozent sind große Teile der Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Bulgarien ist weiterhin das ärmste Land der EU.[5]

Demografischer Wandel verbaut Chancen auf Wohlstand

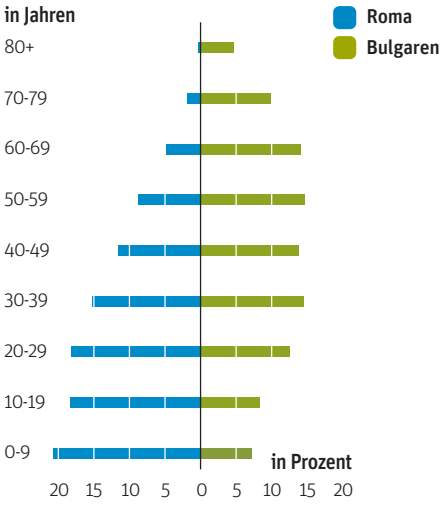
Die demografische Entwicklung des Landes macht es gleichzeitig schwieriger und drängender, das große Wohlstandsgefälle zur restlichen EU aufzuholen. Denn Bulgarien durchläuft einen ungewöhnlich rasanten Bevölkerungswandel. Nicht nur bekommen bulgarische Frauen wie fast überall in Europa wenige Kinder. Das Gesundheitssystem ist zudem so marode, dass Bulgarien nach Litauen die europaweit zweitgeringste Lebenserwartung verzeichnet. Im Schnitt währt ein Leben hier lediglich 74,7 Jahre.[6] Innerhalb der ersten zehn Jahre der EU-Mitgliedschaft hat Bulgarien 4,4 Prozent seiner Bevölkerung durch Sterbeüberschüsse eingebüßt – so viel wie kein anderes Land der EU-28.[7]

Zudem wandern jährlich tausende Menschen auf der Suche nach besseren Perspektiven ins Ausland ab – vor allem aus dem armen Norden des Landes. Da es sich bei vielen Aus-

Junge Minderheit

Da Angehörige der Roma-Minderheit mehr Kinder bekommen als die bulgarische Mehrheitsbevölkerung, weisen sie eine deutlich jüngere Altersstruktur auf. Infolgedessen nimmt auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zu. Schätzungen zufolge machen sie rund 19 Prozent der jährlichen Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt aus. Zurzeit aber leben viele Roma in Armut. Sie sind im Schnitt wesentlich schlechter gebildet als der Rest der Bevölkerung und haben deshalb auf dem Arbeitsmarkt nur geringe Chancen.

Bevölkerung Bulgariens nach ethnischer Gruppe und Altersgruppen, in Prozent der jeweiligen ethnischen Gruppe, 2011
(Datengrundlage: Nationales Statistikinstitut der Republik Bulgarien[42])



wanderern um junge Leute handelt, beschleunigt dies sowohl den Bevölkerungsrückgang als auch die Alterung der Gesellschaft.[8] Mit einem Medianalter von 43,6 Jahren sind Bulgaren schon heute die fünftälteste Nation der EU. Im Jahr 2050, so die Vorausschätzungen, dürften infolge dieser Entwicklungen nur noch 5,6 Millionen Menschen in dem Land leben – mehr als eineinhalb Millionen weniger als aktuell.[9] Auf jeden über 64-Jährigen kämen dann nur noch eineinhalb Personen im Erwerbsalter. Derzeit liegt das Verhältnis noch bei eins zu drei. Mit diesen Werten fällt die Alterung Bulgariens sogar stärker aus als in Deutschland, dem Land mit dem derzeit höchsten Medianalter der EU.[10] Doch Bulgarien dürfte dieser Wandel ohnehin härter treffen als die Bundesrepublik, wo die Menschen eine weitaus bessere soziale Absicherung im Alter erwarten können. Bulgarien verzeichnet dagegen bereits heute mit 46 Prozent das EU-weit höchste Risiko von Altersarmut.[11]

Angesichts dieser Entwicklung wäre es umso wichtiger, sich rasch dem Wohlstandsniveau anderer europäischer Staaten anzunähern. Der Schlüssel hierfür wäre die Produktivität, also die durchschnittliche Leistung jedes Beschäftigten. Schätzungen zufolge müsste sie bis 2040 um jährlich vier Prozent zulegen, damit Bulgarien zum EU-Durchschnitt in Sachen Bruttoinlandsprodukt aufschließen kann.[12] Zwischen 2010 und 2015 lag der Zuwachs allerdings nur bei jährlich 2,5 Prozent.[13] Damit die Steigerungen künftig größer ausfallen, müsste sich die bulgarische Wirtschaft modernisieren. Momentan produziert das Land überwiegend einfache Waren am unteren Ende der Wertschöpfungskette. Kaum ein anderer EU-Staat exportiert anteilig weniger Hochtechnologieprodukte als Bulgarien.[14] Um einen Strukturwandel in Gang zu setzen, wären Kapitalgeber aus dem Ausland nötig. Doch angesichts der schlechten Infrastruktur, aufwendiger Regularien bei der Unternehmensgründung sowie der weit verbreiteten Korruption gilt Bulgarien bei internationalen Investoren als wenig attraktiv.[15]

Großbaustelle Bildung

Um die Produktivität auf das gewünschte Niveau zu heben, kommt Bulgarien nicht umhin, die Bevölkerung besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes vorzubereiten. Denn Unternehmen, die es sich zum Ziel setzen, komplexe Produkte zu entwerfen und zu fertigen, sind auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen – etwa Manager, Ingenieure und Informatiker. Doch von diesen gibt es in Bulgarien zu wenige.[16] Dies ist das Resultat eines Bildungssystems, das sich schwer damit tut, Schüler auch nur mit den notwendigsten Fähigkeiten und Kenntnissen auszustatten. In der internationalen Vergleichsstudie Pisa vermochten es im Jahr 2015 jeweils 40 Prozent der getesteten 15-Jährigen nicht, einfache Texte zu lesen, simple Rechenaufgaben zu lösen oder wissenschaftliche Hintergründe nachzuvollziehen.[17]

Eine Ursache für diese Schwäche ist die besondere Struktur des bulgarischen Schulsystems. Für etwa ein Fünftel der Schüler endet der allgemeinbildende Unterricht bereits mit Abschluss der sechsten oder siebten Klasse – also lange bevor sie mit 16 Jahren ihre Schulpflicht beenden.[18] Sie wechseln dann auf eine Schule, wo sie einen einfachen Beruf erlernen.[19] Die Curricula dieser Berufsschulen orientieren sich jedoch kaum an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts.[20] Bislang arbeiten Arbeitgeber, Politiker und Bildungseinrichtungen kaum zusammen, wenn es darum geht, Ausbildungsprogramme zu entwerfen, welche die Absolventen adäquat auf die Aufgaben im Beruf vorbereiten.[21] Es mangelt an Praxisorientierung und klar definierten Standards über Ausbildungsinhalte.[22] Daran hat sich trotz einer Vielzahl von Initiativen und Reformprogrammen in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert.[23]

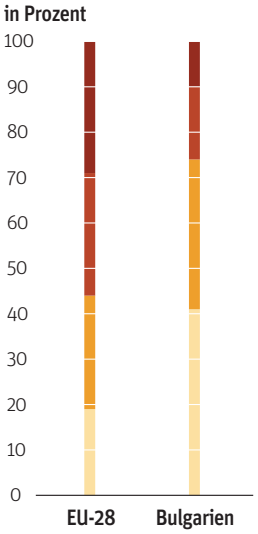
Auch der Hochschulbereich trägt bislang zu wenig dazu bei, die Wirtschaft des Landes zu modernisieren. Nicht nur ist die Qualität von Forschung und Lehre schlechter als in anderen europäischen Staaten.[24] Auch wählen viele Studierende Fächer, die selten nachgefragt werden, etwa im geisteswissenschaftlichen Bereich.[25] Ungewöhnlich viele Akademiker arbeiten deshalb später in Berufen unterhalb ihres Qualifikationsniveaus.[26] In seiner Nationalen Strategie für die Entwicklung der Hochschulbildung verfolgt Bulgarien deshalb das Ziel, mehr Studierende für zukunftsweisende Fächer – etwa Ingenieurwesen, Biotechnologie oder Informatik – zu begeistern und die Entwicklung dieser Bereiche besonders zu fördern.[27]

Weil derlei Anstrengungen notgedrungen erst in einigen Jahren positive Ergebnisse hervorbringen können, wäre es nötig, auch

Internet für viele Neuland

Zwei Drittel aller Bulgaren verfügen nur über maximal geringe Kenntnisse im Umgang mit Computern und dem Internet. Einzig in Rumänien sind diese Fähigkeiten EU-weit noch etwas schlechter. Wie viel Nachholbedarf Bulgarien auf dem Weg in eine digitale Gesellschaft noch hat, verdeutlicht die Tatsache, dass 41 Prozent der Befragten über keinerlei IT-Kenntnisse verfügten.

Digitale Fähigkeiten der Bevölkerung in Prozent, 2015
(Datengrundlage: Eurostat[43])



- mehr als Grundkenntnisse
- Grundkenntnisse
- geringe Kenntnisse
- keine Kenntnisse

die Fähigkeiten der Arbeitskräfte von heute durch Weiterbildung zu fördern. Wie groß der Bedarf ist, zeigt eine EU-Erhebung, der zu Folge mehr als zwei Drittel der Bulgaren zwischen 25 und 64 Jahren nicht anständig mit einem Computer und dem Internet umgehen können. Aktuell nehmen monatlich gerade einmal zwei Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter an Weiterbildungskursen teil. Im EU-weiten Durchschnitt sind es knapp 11 Prozent.[28]

Ein zusätzliches Potenzial, um die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen, bergen auch diejenigen, die derzeit weder arbeiten noch auf der Suche nach einem Job sind. Beinahe ein Viertel der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren zählt zu dieser sogenannten stillen Reserve.[29] Besonders häufig bleiben Frauen dem Arbeitsmarkt fern. Wie überall auf der Welt sind familiäre Verpflichtungen hierfür ein Hauptgrund. In Bulgarien besteht dabei eine Besonderheit: Mit 410 Tagen bietet das Land den längsten gesetzlichen Mutterschutz der Welt. In diesem Zeitraum erhalten Frauen 90 Prozent ihres ursprünglichen Gehalts. Danach können Mutter oder Vater eine bezahlte Elternzeit von 320 Tagen einlegen. Frauen scheiden deshalb unter Umständen über Jahre aus dem Beruf aus.[30] Angehörige der derzeitigen Großmuttergeneration dagegen beenden häufig ihr Erwerbsleben frühzeitig, um bei der Kindererziehung zu unterstützen oder um ältere Familienmitglieder zu pflegen.[31]

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-Jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-Jährigen)
SLOWENIEN									
SI03	Östliches Slowenien	1,58	-0,7	29,7	79,8	15.500	68,4		86,1
SI04	Westliches Slowenien	1,57	0,8	29,5	82,3	22.300	72,0		88,7
KROATIEN									
HR03	Adriatisches Kroatien	1,40	-0,4	34,2	78,6	10.000	59,8	3,4	87,9
HR04	Kontinentales Kroatien	1,40	-2,7	30,5	76,9	10.600	62,2	4,6	80,8
RUMÄNIEN									
RO11	Nordwestrumänien	1,54	0,0	26,1	74,6	7.100	68,9	3,3	75,5
RO12	Zentralrumänien	1,69	-0,6	27,2	75,5	7.400	63,2	4,3	76,8
RO21	Nordostrumänien	1,93	-0,7	29,4	74,3	4.900	74,9	3,1	69,3
RO22	Südostrumänien	1,68	-2,4	29,7	74,7	7.200	61,1	2,0	71,8
RO31	Südrumänien (Muntenien)	1,58	-2,1	31,9	75,1	6.700	64,7	3,6	76,2
RO32	Bukarest-Ilfov	1,24	1,5	22,6	76,7	19.300	71,3	28,4	87,0
RO41	Südwest (Oltenien)	1,48	-3,0	31,6	75,0	5.700	60,2	0,7	79,2
RO42	Westrumänien	1,43	0,3	26,5	74,5	8.100	61,4	7,6	81,2
BULGARIEN									
BG31	Nordwestbulgarien	1,71	-4,5	44,5	73,5	3.900	59,1	3,6	80,4
BG32	Nordzentralbulgarien	1,42	-2,8	38,0	74,1	4.400	65,4	8,2	79,6
BG33	Nordostbulgarien	1,47	-0,2	31,1	74,4	5.200	67,0	3,4	77,8
BG34	Südostbulgarien	1,84	-0,4	33,1	74,3	5.200	66,7	0,5	77,6
BG41	Südwestbulgarien	1,34	2,5	29,3	75,6	10.200	73,1	18,7	91,1
BG42	Südzentralbulgarien	1,63	-1,1	33,2	74,8	4.400	66,1	6,0	77,6

Auf ganzer Linie benachteiligt

Armut ist ein großes Problem in Bulgarien. Doch sie betrifft nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Ausmaß. Vor allem die fünf bis zehn Prozent Roma sind besonders gefährdet.[32] Drei Viertel von ihnen lebten 2011 in Haushalten ohne Grundausstattung wie Toilette, Küche, Dusche und Strom.[33] Gerade einmal die Hälfte verfügt über eine Krankenversicherung und ihre durchschnittliche Lebenserwartung rangiert rund zehn Jahre unterhalb jener der restlichen Bevölkerung.[34] Auch weil sie oft kaum Bildung genossen haben, sind Roma häufig arbeitslos oder finden bestenfalls einen Job im geringqualifizierten Bereich.[35] Nur zehn Prozent schließen die weiterführende Schule ab und mit einem Prozent ist ihr Akademikeranteil verschwindend gering.[36] Knapp zwei Drittel der Roma zwischen 16 und 24 Jahren sind weder in Ausbildung noch gehen sie arbeiten.[37]

Eine Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Initiativen soll helfen, die Lage der Roma zu verbessern. Bildung spielt dabei eine große Rolle. Neben informellen Projekten wie Sommerschulen oder Beratungsprogrammen für Eltern sollen Reformen im Bildungssystem dazu beitragen, die Kinder möglichst lange in der Schule zu halten. Zu diesem Zweck führte die Regierung eine verpflichtende Vorschulzeit von zwei Jahren sowie Ganztagsschulen ein.[38] Der Zugang bedürftiger Familien zu bestimmten Sozialleistungen wiederum ist an den regelmäßigen Schulbesuch ihrer Kinder gebunden.[39] Deutlich stärker als früher engagiert sich auch die Privatwirtschaft dafür, junge Roma in Mentoren-, Ausbildungs- und Praktikumsprogrammen fit für den Arbeitsmarkt zu machen.[40] Dieses Engagement erfolgt nicht ohne Kalkül. Denn Roma machen bis zu 19 Prozent der Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt aus.[41] Wie gut oder schlecht sie gesellschaftlich integriert sind, entscheidet deshalb maßgeblich über die Zukunft des Landes.

PORTUGAL

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	10,3	Medianalter (2016)	44,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	9,9	Lebenserwartung (2015)	81,3
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	9,2	BIP/Einwohner in Euro (2016)	17.900
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,31	BIP/Einwohner in KKS (2016)	22.400
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-2,6	Arbeitslosenquote (2016)	11,2

Eineinhalb verlorene Jahrzehnte

Das einst stolze Weltreich Portugal verliert seit Jahren Einwohner durch Abwanderung an die wirtschaftlich stärkeren Gebiete Zentral- und Nordeuropas. Allein seit 2011 steht unterm Strich ein Wanderungsverlust von knapp 140.000 Menschen.[1] Grund hierfür ist eine lang anhaltende Phase wirtschaftlicher Stagnation. Um wieder attraktiver für Zuwanderer zu werden, erdachte die Regierung im Jahr 2012 einen neuen Aufenthaltstitel: das „Goldene Visum". Es soll ausländische Kapitalgeber anlocken, denen Portugal im Gegenzug für Investitionen einen schnellen Zugang zur Staatsbürgerschaft bietet.[2]

In den ersten drei Jahren stellte die portugiesische Einwanderungsbehörde insgesamt 2.502 Goldene Visa aus. Portugal ist es so gelungen, rund 1,5 Milliarden Euro ins Land zu holen.[3] Diese basieren allerdings beinahe komplett auf dem Kauf von Immobilien und nicht – wie von vielen erhofft – auf der Gründung neuer Firmen. Trotzdem beurteilt die Regierung das Programm positiv und fühlt sich dadurch bestätigt, dass andere Länder wie Griechenland und Spanien inzwischen ebenfalls mit einem goldenen Aufenthaltstitel winken.[*] Kritiker des Visums behaupten dagegen, dass Portugal nur deswegen Investoren anzieht, weil es ihnen eine Eintrittskarte in die EU verkauft.[4] Völlig abwegig ist das nicht, da die Bedingungen für Interessierte nicht sonderlich hart sind: Investoren müssen nicht einmal ihren Wohnsitz nach Portugal verlagern. Sie müssen lediglich sieben Tage im Jahr vor Ort sein.

Das Grundproblem Portugals ist seine verheerende wirtschaftliche Lage. Dies verdeutlichen einige Zahlen: Zwischen 2010 und 2013 schrumpfte die Wirtschaft des iberischen Staates um durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr. Und weil auch die vorangegangene Dekade nur wenig Wachstum hervorgebracht hatte, liegt das Bruttoinlandsprodukt kaum höher als zur Jahrtausendwende.[5] Die Arbeitslosenquote stieg im Laufe der Krise auf 16,4 Prozent – unter den 15- bis 24-Jährigen lag sie sogar doppelt so hoch.[6]

Wirtschaftskrise verschärft demografische Probleme

Dass mehr Menschen die Heimat verlassen, als neu hinzukommen, ist nichts neues für das Land im äußersten Südwesten des Kontinents. Bis in die 1970er Jahre, die 1974 mit der Nelkenrevolution ein Ende der Militärdiktatur brachten, verlor Portugal vor allem an seine Kolonien und die USA konstant Bevölkerung. Auch der EU-Beitritt im Jahr 1986 führte zunächst zu einer Auswanderungswelle. Dann jedoch folgte eine längere Phase ansteigender Zuwanderung und wachsenden Wohlstands.[7] Waren Zuwanderer vormals fast ausschließlich portugiesischsprachige Menschen aus den ehemaligen Kolonien gewesen, kamen nun auch Osteuropäer – vor allem Ukrainer –, um in der Bauwirtschaft, in der Pflege oder im Einzelhandel von den steigenden Löhnen zu profitieren. Hierdurch veränderte sich die Struktur der in Portugal wohnenden Migranten: Im Jahr 2002 stellten Ukrainer mit rund 62.000 Menschen das größte Kontingent – noch vor den traditionellen Gruppen der Brasilianer und Kapverdier.[8, **]

Seit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise verlassen nicht nur viele dieser ehemaligen Zuwanderer das Land wieder, sondern auch junge Portugiesen. Auf den ersten Blick scheint

[*] In diesen Ländern sind die Konditionen zum Teil deutlich attraktiver. Dies dürfte auch ein Grund dafür gewesen sein, dass Portugal im Jahr 2015 einige Voraussetzungen gelockert hat.

[**] Nach neuesten Untersuchungen ist die Zahl der Ukrainer seitdem wieder auf etwa 44.000 gesunken. Der wirtschaftliche Einbruch Anfang des neuen Jahrtausends ließ sie in andere Länder weiterziehen. Größte Migrantengruppe sind inzwischen wieder die Brasilianer. (Fonseca, M.L., Pereira, S. & Estevez, A. (2014). Migration of Ukrainian Nationals to Portugal: Changing Flows and the Critical Role of Social Networks. Central and Eastern European Migration Review, 3, 115 – 130.)

dies dem Land zu helfen. Immerhin trägt die Abwanderung dazu bei, den Arbeitsmarkt zu entlasten, der nicht annähernd so viele Jobmöglichkeiten bietet, wie es Arbeitswillige gibt. Langfristig könnte sie allerdings gravierende Folgen haben. Denn Portugal steht vor großen demografischen Herausforderungen, welche die Abwanderung vorwiegend junger Leute zusätzlich verschlimmert. Bezogen auf die Zahl der Menschen im Erwerbsalter dürften in Portugal zur Mitte des Jahrhunderts mehr über 65-Jährige leben als in allen anderen EU-Staaten mit Ausnahme von Griechenland.[9] Grund hierfür ist der schnelle gesellschaftliche Wandel, der Portugal vor allem in den Jahren rund um dem EU-Beitritt erfasst und sich massiv auf die Geburtenziffern ausgewirkt hat. Bekamen portugiesische Frauen im Jahr 1982 im Laufe ihres Lebens durchschnittlich noch 2,07 Kinder, waren es 1995 noch 1,41. Bis 2013 fiel der Wert dann – auch bedingt durch die Wirtschaftskrise – auf lediglich 1,21 Kinder je Frau. Damit erwarb Portugal den unrühmlichen Titel des kinderärmsten Landes der EU, den es trotz eines Anstiegs auf 1,31 Kinder je Frau auch weiterhin trägt.[10]

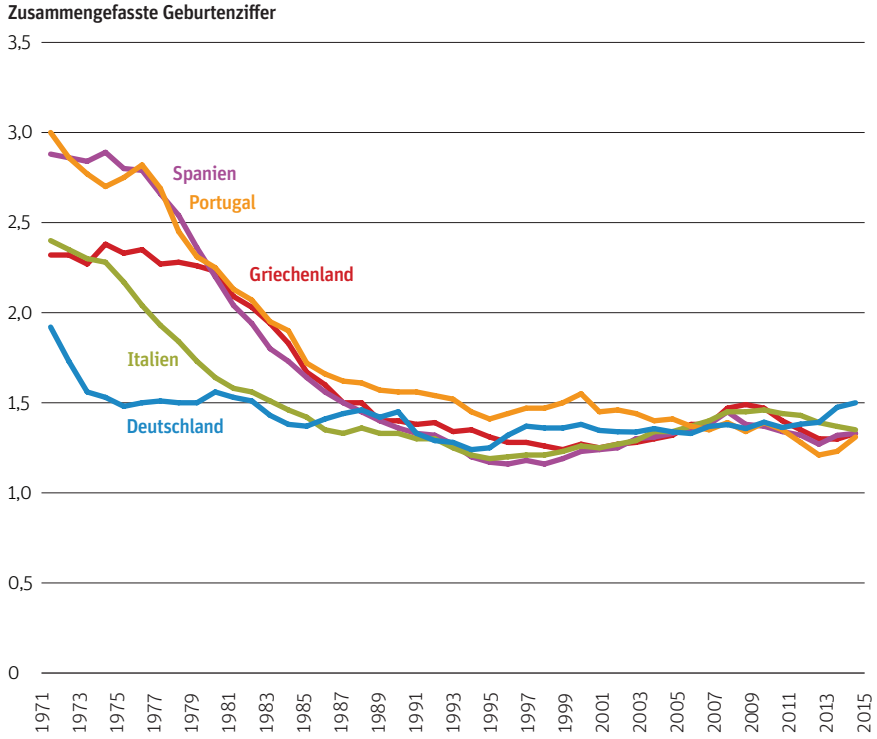
Sollte sich die wirtschaftliche Lage in absehbarer Zeit wieder verbessern, dürften zwar einige Frauen, die während der Krise auf das Kinderkriegen verzichtet haben, dies nachholen. Doch selbst ein Verschieben der Familiengründung wirkt sich negativ auf die demografische Entwicklung aus. Denn die später geborenen Kinder werden ihrerseits später ins Erwerbsleben eintreten und später Familien gründen. Ein deutlicher Rückgang der Bevölkerungszahl ist daher unumgänglich. Bis 2050 dürfte die Bevölkerung von 10,4 Millionen auf 9,1 Millionen Menschen zurückgehen – lediglich in Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien und Kroatien dürften die Verluste nach aktuellen Vorausberechnungen höher ausfallen.[11] Dabei ist unterstellt, dass die Abwanderung ab 2019 gestoppt werden kann. Künftige Zuwanderung ist gemeinsam mit Binnenwanderungen auch dafür verantwortlich, dass einige wenige Landstriche gegen den Trend wachsen dürften – vor allem die vom Tourismus profitierende Algarve und die Metropolregion Lissabon.[12]

Ob Portugal in absehbarer Zukunft die Abwanderung stoppen und attraktiver für junge Familien werden kann, hängt davon ab, wie sich die Wirtschaft des Landes entwickelt. Seit 2014 verzeichnet Portugal immerhin wieder Wachstum – zuletzt 1,4 Prozent im Jahr.[13] Langfristig wird es aber tiefgreifende Veränderungen brauchen, um nicht nur den verlorenen Boden wieder gutzumachen, sondern auch das generelle Wohlstandsgefälle zu anderen EU-Staaten aufzuholen. Immerhin liegt Portugal mit einem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von rund 17.900 Euro deutlich unter dem EU-weiten Durchschnitt von 29.000 Euro.[14]

Vom Spitzenreiter zum Schlusslicht

Noch Anfang der 1970er Jahre bekamen Frauen in Portugal im Schnitt mehr als drei Kinder. Erst mit dem Ende der Diktatur und der Annäherung an den Westen, die 1986 im EU-Beitritt gipfelte, begann Mitte der 1970er Jahre eine gesellschaftliche Modernisierung, welche die Geburtenziffer bis auf 1,5 Kinder je Frau Mitte der 1990er Jahre fallen ließ. Damit ähnelt Portugal anderen südeuropäischen Ländern, die allesamt erst vergleichsweise spät das bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern je Frau unterschritten. Während dort jedoch die Geburtenziffern zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder zu steigen begannen, bekamen portugiesische Frauen immer weniger Kinder. Heute werden nirgendwo in der EU weniger Kinder je Frau geboren.

Geburtenziffer in ausgewählten südeuropäischen Ländern sowie in Deutschland, 1971-2015*
(Datengrundlage: Eurostat; Statistisches Bundesamt[23])

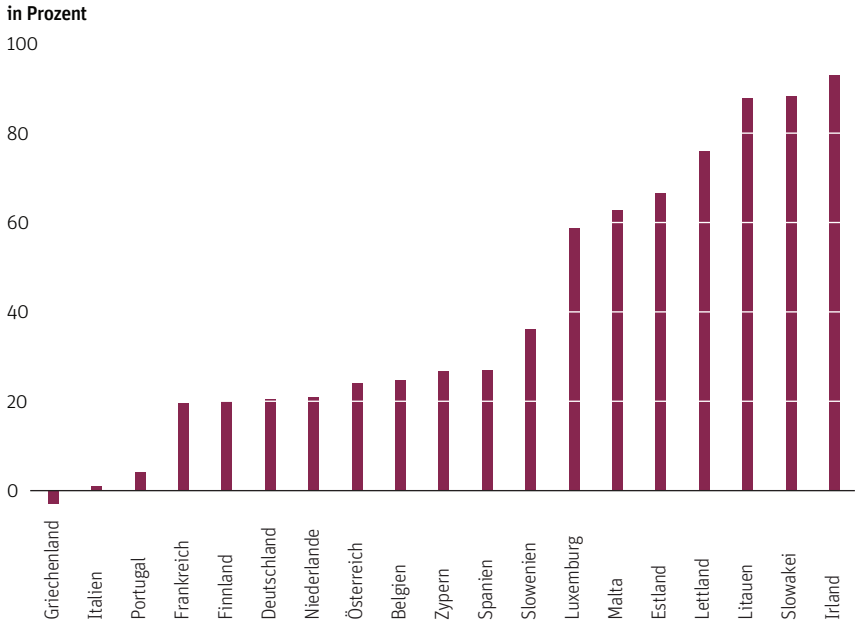


* Bis 1990 beziehen sich die Daten für Deutschland auf die ehemalige BRD.

Portugal tritt auf der Stelle

Die ersten 16 Jahre des neuen Jahrtausends haben Portugal kaum ökonomischen Fortschritt gebracht. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt befindet sich das Land beinahe exakt auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2000. Mit der nunmehr seit eineinhalb Jahrzehnten anhaltenden Stagnation unterscheidet sich Portugal von Ländern wie Griechenland oder Spanien, die erst gegen Ende der 2000er Jahre in die Krise rutschten.

Prozentuale Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Eurozone, 2000-2016
(Datengrundlage: Eurostat[24])



In der Schuldenfalle

Eine traditionelle Schwäche Portugals ist die Bildung. In Kompetenzstudien wie Pisa, Iglu oder Timss bildete Portugal lange Zeit das Schlusslicht der europäischen Länder. Erst in den letzten Jahren ist es gelungen, den Anschluss an andere Staaten herzustellen.[15] Die Versäumnisse der Vergangenheit wirken sich aber bis heute aus: Noch immer besitzen 54 Prozent der 25- bis 64-Jährigen maximal einen mittleren Schulabschluss (ISCED-2) – im EU-weiten Mittel sind es 23 Prozent.[16] Der Bildungsstand spiegelt sich in der Firmenlandschaft wider. Die Industrie war lange dominiert von Branchen, die nur geringe Qualifikationen benötigen, etwa der Textil- oder der Holz- und Korkindustrie. Nur langsam gewinnen auch andere Sektoren an Bedeutung, etwa Finanzdienstleistungen, Forschung oder die Weiterverarbeitung von Erdöl.[17]

Voraussetzung für neue Arbeitsplätze sind Investitionen. Und ausgerechnet hier ist der Handlungsspielraum am geringsten. Denn sowohl der Privatsektor als auch der Staat sind hochverschuldet. Die Staatsschulden türmen sich inzwischen auf 130 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – einzig Griechenland und Italien weisen in der EU höhere Werte auf.[18] Immerhin hat Portugal nach drei Jahren unter dem Euro-Rettungsschirm und anhaltender Sparpolitik seine neu aufgenommenen Schulden von 11,2 auf 2,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes reduzieren können und wieder Zugang zu den internationalen Kreditmärkten erlangt.[19] Der wirtschaftliche Aufwärtstrend steht dennoch auf extrem wackligen Füßen, denn jede unerwartete Krise an den Finanzmärkten würde Portugal hart treffen. Nur wenn er anhält, wird es möglich sein, die Schulden langsam abzubauen. Letzteres, so der Internationale Währungsfonds, wird wiederum nur gelingen, wenn die Regierung über Jahrzehnte einen harten Sparkurs verfolgt – was nicht einfach ist, ohne das zarte Wachstum dabei im Keim zu ersticken.[20]

Auch in der Bevölkerung findet die Sparpolitik immer weniger Zustimmung – wohl auch, weil die Bedingungen unter dem Rettungsschirm laut eines Berichts des Europäischen Rechnungshofs für Portugal deutlich härter waren als für vergleichbare Länder.[21] Wie gering der Spielraum ist, zeigt sich etwa daran, dass sich die soziale Sicherung gemessen an den Ausgaben je Einwohner schon heute auf vergleichsweise niedrigem Niveau befindet. Gleichzeitig – und teils dadurch bedingt – liegen Ungleichheit und Armutsrisiko wie in allen südeuropäischen Staaten relativ hoch.[22] Es besteht die Gefahr, dass dem die bislang so bemerkenswerte politische Stabilität Portugals zum Opfer fällt, was die langfristigen Aussichten des Landes abermals verschlechtern würde. Erste Anzeichen hierfür lieferte die Parlamentswahl im Oktober 2015, die nach langen Koalitionsverhandlungen in einer Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei mündete.

SPANIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	46,5	Medianalter (2016)	42,8
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	47,1	Lebenserwartung (2015)	83,0
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	49,3	BIP/Einwohner in Euro (2016)	24.000
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,33	BIP/Einwohner in KKS (2016)	26.500
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-1,8	Arbeitslosenquote (2016)	19,6

Warten auf den neuen Aufschwung

Spanien wurde zwar relativ spät, dafür aber umso härter von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Die mit einem Bruttoinlandsprodukt von etwas über einer Billion Euro fünftgrößte Volkswirtschaft der EU rutschte nach 2007 in schwindelerregendem Tempo in eine Rezession: von 3,8 Prozent inflationsbereinigtem Wachstum zu einem Minus von 3,6 Prozent im Jahr 2009. Dadurch gerieten die öffentlichen Haushalte so stark unter Druck, dass Spanien die EU-Defizitgrenze für nationale Haushalte mit minus elf Prozent gleich um das Dreieinhalbfache überschritt.[1]

Dabei konnten die Spanier zu Anfang des neuen Jahrtausends noch hoffnungsvoll in die Zukunft schauen. Damals wuchs die spanische Wirtschaft so stark wie kaum eine andere in Europa; Privatisierungen von Staatsunternehmen spülten Milliardeneinnahmen in die öffentlichen Kassen und über die Struktur- und Regionalfonds der EU kamen weitere Gelder ins Land.[2] Eine moderne Maschinen- und Fahrzeugindustrie, eine hoch spezialisierte und auf den Export ausgerichtete Landwirtschaft sowie eine aufblühende Textil- und Bekleidungsindustrie mit bekannten Modeketten wie Zara, Mango oder Desigual galten als tragende Säulen einer soliden industriellen Entwicklung. Die Löhne stiegen und mit ihnen die Konsumausgaben, was die Wirtschaft weiter ankurbelte. Zudem erfreute sich das sonnenverwöhnte südeuropäische Land einer zunehmenden Beliebtheit als Urlaubsziel. In den zehn Jahren vor der Krise hatte sich die Zahl der ausländischen Besucher im Land mehr als verdoppelt.[3] Die Kommunen konnten gar nicht schnell genug neues Bauland ausweisen, um dem Wunsch nach küstennahen Feriendomizilen nachzukommen. Trotz wachsender Kritik wegen ökologischer und sozialer Risiken entstanden von der Costa Brava im Nordosten Kataloniens bis zur Costa de la Luz im Südwesten Andalusiens unzählige neue Hotels und Appartementanlagen. Über 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gingen in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre allein auf den Bau- und Immobiliensektor zurück.[4]

Doch nicht nur die Tourismusbranche heizte den Bauboom an. So avancierte das Eigenheim zum beliebten Investitionsobjekt der Spanier. Der Staat schaffte Steuervorteile für den Erwerb von Wohneigentum, während die Banken Kredite für nahezu jedermann zu günstigen Konditionen anboten. Durch die rasch steigenden Immobilienpreise versprach jede Investition rasche Rendite.[5] 2008 lebten 87 Prozent der erwachsenen Spanier in ihren eigenen vier Wänden – in Deutschland waren es im selben Jahr nur 65 Prozent, im EU-weiten Durchschnitt 75 Prozent.[6]

Als die Immobilienblase im Zuge der weltweiten Finanzkrise platzte, zeigten sich allerdings strukturelle Schwächen im Aufschwung. Die spanische Wirtschaft ist geprägt von Klein- und Kleinstunternehmen. Im Jahr 2009 waren die Hälfte der gemeldeten Unternehmen Ein-Personen-Betriebe, insgesamt 95 Prozent der Firmen beschäftigten weniger als 20 Mitarbeiter.[7] Solche Minibetriebe sind aufgrund ihrer häufig geringen Produktivität besonders krisenanfällig. Zudem bieten die beiden für den Boom hauptverantwortlichen Branchen Bau und Tourismus oft nur saisonal befristete Arbeitsverträge an. Insgesamt hatte ein Drittel der Arbeitnehmer vor der Krise einen zeitlich begrenzten Vertrag.[8] Mit der einsetzenden Wirtschaftsflaute verlängerten viele Arbeitgeber die Verträge nicht mehr und die Arbeitslosigkeit stieg. Während 2007 lediglich 8,2 Prozent der Erwerbsbevölkerung keine Arbeit gehabt hatten, waren es 2009 schon mehr als doppelt so viele. 2013 erreichte die Arbeitslosigkeit mit 26,1 Prozent einen einstweiligen Spitzenwert. Nur Griechenland wies zum Höhepunkt der Krise eine höhere Arbeitslosenquote auf – der Durchschnitt der EU-Länder lag derweil bei knapp elf Prozent.[9]

Vor diesem Hintergrund und unter dem Druck der europäischen Partner entschloss sich die spanische Regierung unter dem damals regierenden Sozialdemokraten José Rodríguez Zapatero für eine Kehrtwende. Hatte sie noch Ende 2009 den Mindestlohn und die Renten erhöht, um die Folgen der Krise für die Bevölkerung abzufedern, beschloss sie im Juni 2010 weitreichende Sparpläne. Sie vertagte nicht nur geplante öffentliche Investitionen, sondern erhöhte auch die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte auf 18 Prozent, fror die Renten ein, senkte den Mindestlohn und kürzte die Besoldung der Beamten. Infolgedessen konnten viele Spanier die Kredite und Hypotheken nicht mehr bedienen, die bis vor kurzem als so lukrativ gegolten hatten. Die Banken bekamen Liquiditätsprobleme und konnten sich letztendlich nur dank des europäischen Rettungsschirms refinanzieren, während der Schuldenstand des spanischen Staats trotz aller Sparpolitik in die Höhe schoss.[10]

Kein Land für junge Leute

Vor allem junge Menschen haben unter den Folgen der spanischen Schuldenkrise zu leiden. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg von 18 Prozent im Jahr 2007 rasch auf über 50 Prozent und rutscht erst seit 2015 wieder langsam unter diese Marke.[11] Dabei stellt sich aktuell nur gut ein Drittel der 15- bis 24-jährigen Spanier überhaupt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und damit deutlich weniger als im Durchschnitt aller EU-Länder.[12] Der Rest zögert entweder den Zeitpunkt heraus und versucht, über weiterführende Bildung bessere Startchancen zu erlangen, oder gehört zu den sogenannten Neets (*not in education, employment or training*). Das sind diejenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich weder in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden noch einer Arbeit nachgehen. Mit 19,4 Prozent liegt der Anteil der Neets in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen in Spanien fünf Prozentpunkte höher als im Durchschnitt der EU-Staaten.

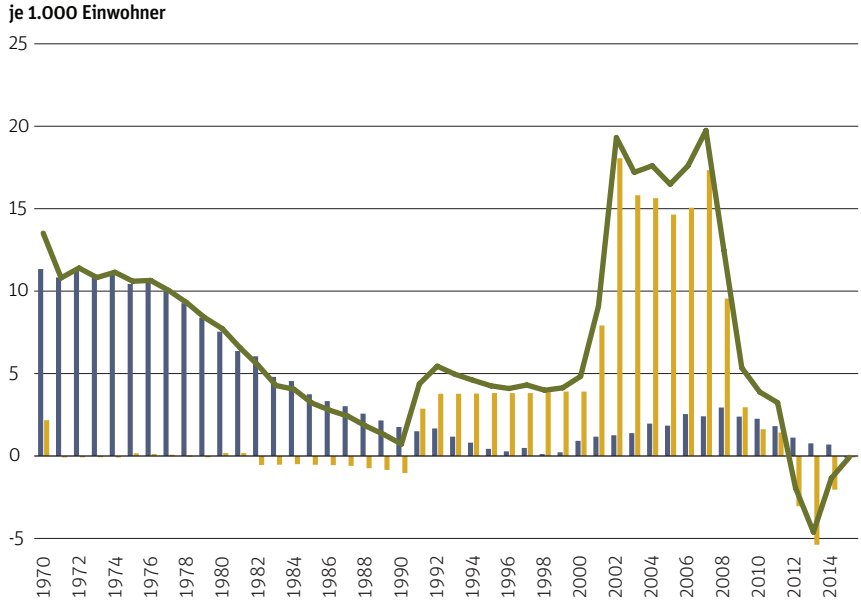
Besonders gravierend: In Spanien verfügt ein Großteil der Neets über höchstens mittlere Reife.[13] Erfahrungsgemäß haben viele dieser jungen Menschen kaum eine Chance, künftig Zugang zum regulären Arbeitsmarkt zu finden und sind damit besonders bedroht von Armut und sozialer Ausgrenzung.[14]

Doch selbst mit einer guten Ausbildung und einem Arbeitsvertrag haben junge Spanier mit zahlreichen Problemen zu kämpfen. Diese beginnen damit, dass über die Hälfte der unter 30-jährigen Arbeitnehmer für ihren aktuellen Job überqualifiziert ist. Außerdem befinden sich 55 Prozent in einem befristeten Arbeitsverhältnis – 46 Prozent von ihnen für einen Zeitraum von unter einem Jahr und weitere 36 Prozent kennen die Dauer ihres Vertrages nicht einmal. Hinzu kommt, dass die Gehälter häufig nicht für das Notwendigste ausreichen. Jeder vierte junge Erwerbstätige verdient so wenig, dass er trotz seines Einkommens unterhalb der nationalen Armutsgrenze liegt.[15]

Auf Wirtschaftskrise folgt demografischer Einbruch

Im europäischen Vergleich relativ spät, nämlich erst Anfang der 1980er Jahre, sank die Geburtenziffer in Spanien unter das bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern je Frau. Dies hat dazu geführt, dass in Spanien erst 2015 mehr Menschen starben als geboren wurden. Da auch der Wanderungssaldo nach einer längeren Netto-Zuwanderungsperiode seit einigen Jahren wieder negativ ausfällt, befindet sich die spanische Bevölkerung seit 2012 auf Schrumpfungskurs. Künftig dürfte die Differenz zwischen Sterbefällen und Geburten noch zunehmen. Die Bevölkerung Spaniens kann dann nur noch über Zuwanderung wachsen.

Natürlicher Saldo (Geburten minus Sterbefälle), Wanderungssaldo und Gesamtsaldo der Bevölkerung in Spanien je 1.000 Einwohner, 1970-2015
(Datengrundlage: Eurostat[32])



Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass es Jugendliche in Spanien besonders schwer haben, ihren Weg in ein eigenständiges Leben zu finden. Neben der traditionell engen Familienbindung können sich viele eine Abtrennung vom Elternhaus schlicht nicht leisten. Wohnraum ist teuer, daran hat auch die geplatzte Immobilienblase wenig geändert.[16] Von einem durchschnittlichen Monatsgehalt müsste ein junger Erwerbstätiger knapp 60 Prozent allein für die Miete einplanen. Ein Kredit zum Kauf von Wohneigentum ist für die meisten ohnehin in unerreichbarer Ferne. Vier von fünf 16- bis 29-Jährigen bleibt daher nichts anderes übrig, als weiterhin bei ihren Eltern Unterschlupf zu suchen. Auch wenn sie die Familie allseits als wesentliche Unterstützung in Krisenzeiten schätzen, leiden viele junge Erwachsene unter der gezwungenen Unselbstständigkeit.[17]

Demografischer Wandel auf der Überholspur

Die schlechten Aussichten junger Spanier auf ein selbstbestimmtes Leben wirken sich auf die demografische Entwicklung aus. Schon vor der Krise haben sich spanische Frauen im europäischen Vergleich auffallend spät für eine Familiengründung entschieden. Seit Anfang der 2000er Jahre hatte das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes bei knapp über 29 Jahren gelegen. Mit den wirtschaftlichen Krisenjahren verschob es sich noch einmal weiter nach hinten und lag 2015 bereits bei 30,7 Jahren. Gleichzeitig ist der Anteil der Neugeborenen von nichtverheirateten Müttern gestiegen: von 17,7 Prozent im Jahr 2000 über 30,2 Prozent im Jahr 2007 auf 44,5 Prozent im Jahr 2015.[18] Beide Entwicklungen sind Anzeichen dafür, dass traditionelle Familienstrukturen für junge Spanier immer weniger erstrebenswert erscheinen.

Auch die Umsetzung von Kinderwünschen ist seit Jahren rückläufig. Von den heute 35- bis 40-jährigen Spanierinnen wird voraussichtlich jede vierte bis dritte kinderlos bleiben. Nur ein kleiner Teil von ihnen kann aus biologischen Gründen keine Kinder bekommen oder entscheidet sich dauerhaft freiwillig für ein Leben ohne Kinder. Über 90 Prozent der kinderlosen Frauen wünschen sich zwar eigenen Nachwuchs, schieben jedoch den Zeitpunkt der Familiengründung aus persönlichen oder wirtschaftlichen Gründen so weit hinaus, dass eine Realisierung immer unwahrscheinlicher wird.[19] Infolgedessen zählt die spanische Geburtenziffer mit 1,33 Kindern je Frau zu einer der geringsten Europas. Noch bis Ende der 1970er Jahre gehörte das Land mit einer Geburtenziffer von deutlich mehr als zwei Kindern je Frau zu den kinderreichsten Staaten Europas. Erst mit dem Ende der Diktatur und der damit verbundenen gesellschaftlichen Modernisierung sanken die Nachwuchszahlen. Dass bis einschließlich 2013 dennoch jedes Jahr mehr Menschen geboren wurden als verstarben, ist auf die „kinderreiche" Vergangenheit zurückzuführen, die lange eine hohe Zahl potenzieller Familiengründer sicherstellte.

In Spanien werden jedoch nicht nur wenige Kinder geboren, die Menschen werden im Mittel auch besonders alt. Heute geborene Spanier können sich auf durchschnittlich 83,0 Jahre Lebenszeit freuen. Zusammen mit der Schweiz weist das Land damit den höchsten Wert ganz Europas auf. [20] Die Kehrseite der Medaille ist die Alterung der Bevölkerung, die aufgrund der vergleichsweise spät und rapide gefallenen Geburtenziffern rasch vonstatten geht. Schon heute sind 19 Prozent der Spanier mindestens 65 Jahre alt. Im Jahr 2050 dürften es bereits 32 Prozent sein. Damit würde Spanien zusammen mit Griechenland, Italien und Portugal zur Mitte des Jahrhunderts den deutschen Alterungsprozess überholt haben und zu den Ländern mit den ältesten Bevölkerungen weltweit zählen. Dann können nicht mehr wie heute etwa drei Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren eine Person über 64 Jahre mitversorgen, sondern nur noch rund eineinhalb.[21]

Das wachsende Ungleichgewicht zwischen arbeitsfähiger Bevölkerung und den von ihr abhängigen Personen dürfte sich nicht nur auf die Leistungsfähigkeit der spanischen Wirtschaft auswirken, sondern auch die Sozialsysteme in ihrer bisherigen Form beeinflussen. Insbesondere das vergleichsweise großzügige umlagefinanzierte Rentensystem dürfte an seine Grenzen stoßen. Vor allem Altersarmut könnte zum Problem werden. Die 2011 und 2013 auf den Weg gebrachten Anpassungen beinhalten eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, verschärfte Voraussetzungen für einen vollständigen Rentenanspruch sowie einen Nachhaltigkeitsfaktor, mit dessen Hilfe die monatlichen Auszahlungen sowohl an die steigende Lebenserwartung als auch an die Konjunktur gekoppelt werden.[22]

Den Hauptszenarien zur Bevölkerungsentwicklung liegt die Annahme zugrunde, dass bis 2050 deutlich mehr Menschen nach Spanien einwandern als auswandern.[23] Doch während das Land in den Aufschwungsjahren vor der Rezession von Wanderungsüberschüssen um die 700.000 Menschen pro Jahr profitierte, setzte ab 2010 eine Nettoabwanderung ein. Im bisherigen Rekordjahr der Abwanderung 2013 verließen unterm Strich über 250.000 Menschen den kriselnden Staat.[24] Unter ihnen sind nicht nur viele osteuropäische und nordafrikanische Arbeitskräfte, die vormals in der Gastronomie, dem Gastgewerbe und der Landwirtschaft tätig waren und mit der Flaute als erste vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden.[25] Auch junge Spanier suchten zunehmend ihr Glück außerhalb der Heimat, wie zum Beispiel in dem wirtschaftlich stabilen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich oder den USA. Im Jahr 2015 fiel der Wanderungsverlust zwar deutlich und lag nur noch bei knapp 2.000 Personen.[26] Doch diese Entwicklung beruht im Wesentlichen auf einer wieder wachsenden Zuwanderung von Ausländern, insbesondere von Menschen aus Italien, Venezuela, der Ukraine und aus Honduras. Unter den spanischen Staatsbürgern überwiegt dagegen weiterhin die Abwanderung.[27]

Zwischen leichtem Aufschwung und politischem Stillstand

Die sinkende Abwanderung geht zeitlich einher mit einer leichten Erholung der wirtschaftlichen Lage. Seit kurzem verzeichnet Spanien wieder ein Wirtschaftswachstum: jeweils 3,2 Prozent in den Jahren 2015 und 2016.[28] Zu dieser Erholung tragen auch die internationalen Touristen bei, die abgeschreckt von Terroranschlägen in der Türkei oder Tunesien ihr Urlaubsglück wieder vermehrt in europäischen Ländern suchen. Die Einnahmen aus dem Tourismus beliefen sich 2015 auf 11,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während gleichzeitig die Beschäftigungszahlen in dem Sektor stiegen.[29] Seit 2014 entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder leicht, wenn sie auch immer noch auf sehr hohem Niveau liegt. Die Arbeitslosenquote betrug 2016 „nur“ noch 19,6 Prozent.[30] Dies hat zusammen mit der niedrigen Inflationsrate dazu geführt, dass die Menschen wieder mehr Geld zur Verfügung haben und auch mehr konsumieren.[31]

Für eine nachhaltige positive Entwicklung bräuchte es allerdings eine stabile politische Führung. Die beiden etablierten Parteien des Landes – die konservative Volkspartei (PP) und die sozialdemokratische Arbeiterpartei (PSOE) – zermürben sich jedoch in immer neuen Grabenkämpfen. Die Handlungsfähigkeit des Landes wird dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen, wie das monatelange Ringen um eine Regierungsbildung im Jahr 2016 zeigte. Zudem trüben immer neue Korruptionsskandale das Vertrauen der Bevölkerung in ihre gewählten Vertreter. Dies gibt der linkspopulistischen Aufsteigerpartei Podemos zusätzlichen Auftrieb, die sich zum Ziel gemacht hat, das eingefahrene politische System herauszufordern. Ausgang ungewiss.

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
SPANIEN									
ES11	Galicien	1,10	-0,1	40,6	82,9	20.500	63,5	22,8	56,5
ES12	Fürstentum Asturien	1,01	-0,9	40,0	82,4	20.400	60,4	20,1	64,3
ES13	Kantabrien	1,15	-1,2	33,6	82,9	20.900	65,3	35,1	63,5
ES21	Baskenland	1,39	-1,5	36,3	83,5	30.800	69,6	131,5	70,5
ES22	Navarra	1,44	-1,3	32,2	84,1	29.100	69,3	122,0	67,9
ES23	La Rioja	1,34	-5,1	33,7	83,7	25.200	70,4	26,2	60,3
ES24	Aragonien	1,35	-2,4	35,2	83,0	25.500	69,6	108,1	63,7
ES30	Autonome Gemeinschaft Madrid	1,37	-2,8	27,6	84,5	31.700	70,4	71,1	71,1
ES41	Kastilien und León	1,18	-3,4	41,0	83,9	21.700	66,0	26,2	58,1
ES42	Kastilien-La Mancha	1,33	-5,1	30,3	83,1	18.000	59,9	16,7	49,1
ES43	Extremadura	1,28	-1,5	32,6	82,3	15.900	54,6	3,0	42,2
ES51	Katalonien	1,40	-3,9	30,7	83,4	27.600	70,1	109,6	60,4
ES52	Valencianische Gemeinschaft	1,32	-3,4	30,7	82,5	20.600	63,4	43,3	56,7
ES53	Balearen	1,24	5,3	23,8	82,7	24.100	71,4	16,4	57,7
ES61	Andalusien	1,40	-0,2	26,4	81,6	17.100	54,1	20,8	49,2
ES62	Region Murcia	1,57	-3,1	24,9	82,5	18.800	61,8	40,3	50,1
ES63	Autonome Stadt Ceuta	1,85	-0,2	18,5	81,2	18.800	53,9		48,1
ES64	Autonome Stadt Melilla	2,53	1,7	16,9	80,1	17.100	49,9		49,8
ES70	Kanaren	1,05	5,6	23,3	82,3	19.200	57,7	9,5	53,9
PORTUGAL									
PT11	Nord	1,17	-3,6	30,7	81,7	14.600	68,1	13,9	40,7
PT15	Algarve	1,49	-2,7	35,5	80,8	17.800	73,9	7,2	47,5
PT16	Mitte	1,19	-1,9	39,7	81,5	15.000	73,0	22,5	45,4
PT17	Stadtregion Lissabon	1,56	-1,6	35,9	81,6	23.200	72,6	17,3	59,6
PT18	Alentejo	1,34	-3,0	43,2	80,2	15.700	69,8	16,2	43,3
PT20	Autonome Region der Azoren	1,25	-1,2	21,4	77,8	15.400	66,7		32,2
PT30	Autonome Region Madeira	1,10	-6,6	24,6	78,3	16.100	66,4		37,5

ITALIEN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	60,7	Medianalter (2016)	45,5
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	60,4	Lebenserwartung (2015)	82,7
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	59,0	BIP/Einwohner in Euro (2016)	27.600
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,35	BIP/Einwohner in KKS (2016)	27.900
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	5,9	Arbeitslosenquote (2016)	11,7

Zweigeteiltes Land

Italien gehört zu jenen Ländern, die besonders stark unter der Wirtschaftskrise Ende der 2000er Jahre gelitten haben. Noch 2016 lag das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa sieben Prozent niedriger als vor der Krise 2007.[1] Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass es bis Mitte der 2020er Jahre dauern könnte, bis Italien wieder an das Wohlstandsniveau der Vorkrisenjahre herankommt. Für denselben Zeitraum prognostiziert die Organisation vielen anderen EU-Staaten ein Wachstum von 20 bis 25 Prozent über das Vorkrisenniveau.[2]

Die Probleme der immerhin viertgrößten Volkswirtschaft der EU sind zu großen Teilen hausgemacht und finden ihre Ursache schon in der Zeit vor der Krise. Jahrelang verschleppte das Land wichtige Reformen, welche die Wirtschaft wettbewerbsfähig, die Verwaltung effizient und den Haushalt stabil hätten machen können.[3] So liegt Italien im Ease-of-Doing-Business-Index der Weltbank, der die Rahmenbedingungen für Unternehmer misst, im europäischen Vergleich auf einem der letzten Plätze.[4] Korruption und Vetternwirtschaft, im Extremfall gebündelt mit organisierter Kriminalität, schwächen das Land zusätzlich. Erst vor wenigen Jahren leitete die einstige Regierung von Ministerpräsident Matteo Renzi dringend benötigte Reformen wie die Liberalisierung verschiedener Wirtschaftszweige oder die steuerliche Begünstigung von Investitionen ein.[5] Wenn diese Reformen nicht schnell Wirkung zeigen, wird es für Italien schwer – auch weil die Alterung der Bevölkerung hier bereits weiter fortgeschritten ist als in allen anderen europäischen Ländern.

Der Ausblick ist allerdings nicht für ganz Italien schlecht. Gerade im Norden verfügt das Land über einige Regionen, die zu den innovativsten des Kontinents zählen. In der Lombardei, dem Piemont, der Emilia-Romagna sowie in Venetien melden Unternehmen in Relation zur Zahl der Erwerbspersonen Jahr für Jahr mehr Patente an als beispielsweise in Hamburg, Wien oder Oslo.[6] Der Süden hinkt dagegen weit hinterher – und das schon seit Jahrhunderten. Hier liegt das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt der Regionen rund 12.000 Euro niedriger als im Norden, die Menschen wandern in Scharen ab und in der ganzen EU gibt es keine Region, in der die Erwerbstätigenquote niedriger liegt als in Kalabrien, Kampanien und Sizilien. Zu allem Überfluss finden sich auch unter den zehn EU-Regionen mit den niedrigsten Geburtenziffern vier süditalienische.[7,*]

[*] Zum Süden Italien zählen wir hier den Südteil des Landes, beginnend mit der Region Abruzzen. Die benachbarte Region Latium zählt zum Norden.

Geringe Produktivität

Italien ist nach Deutschland das zweitwichtigste Industrieland der EU.[8] Gerade im Luxussegment sind die Italiener erfolgreich; Prada, Dolce & Gabbana, Lamborghini oder Ferrari sind nur einige Beispiele italienischer Unternehmen, die weltweit für den Lebensstil der Reichen und Berühmten stehen. Doch neben diesen Giganten ist der Industriesektor stark fragmentiert und wird von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) geprägt, die in der Regel als Familienbetriebe geführt werden. Die KMU verdeutlichen ein zentrales Problem Italiens: Sie tragen zwar absolut gesehen mehr zur Wertschöpfung bei als im EU-Durchschnitt, sind gleichzeitig aber um etwa zehn Prozent weniger produktiv als KMU in anderen Ländern.[9]

In den letzten Jahren ist die Produktivität, also die Wirtschaftsleistung je Arbeitsstunde, in Italien kaum gestiegen. Lag sie Mitte der 1990er Jahre nur wenig unterhalb jener von Deutschland oder Frankreich, beträgt der Abstand inzwischen mehr als 20 Prozent.[10] Diese Stagnation ist der Hauptgrund dafür, dass Italien schon vor der Wirtschaftskrise deutlich langsamer wuchs als die meisten anderen EU-Länder.[11] Dass die Produktivität kaum noch wächst, dürfte auch mit dem relativ geringen Bildungsniveau in Italien zu tun

haben. Verglichen mit anderen europäischen Ländern schneidet das Land in internationalen Kompetenzuntersuchungen wie Pisa unterdurchschnittlich ab.[12] Und trotz jüngster Verbesserungen weist Italien nach Rumänien mit nur 18 Prozent den geringsten Anteil von Hochschulabsolventen unter den 25- bis 64-Jährigen auf. Gleichzeitig hat mit 40 Prozent ein auffallend hoher Anteil dieser Altersgruppe maximal die mittlere Reife erreicht.[13] Für die Zukunft ist nur wenig Besserung in Sicht: Die öffentlichen Bildungsausgaben lagen 2013 mit 4,3 Prozent der Wirtschaftsleistung EU-weit unterdurchschnittlich; Länder wie Finnland oder Schweden wenden mehr als sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Qualifizierung der nächsten Generation auf.[14]

Europas ältestes Land

Die schwächelnde Produktivität ist auch deshalb besorgniserregend, weil Italien vor enormen demografischen Herausforderungen steht. Schon heute liegt der Altenquotient im europäischen Vergleich mit 37 über 64-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren in Italien am höchsten. Im Jahr 2050 dürften dann 100 Personen im erwerbsfähigen Alter sogar 68 über 64-Jährige mitversorgen müssen – ein Verhältnis von weniger als eineinhalb zu eins.[15] Diese Aufgabe würde deutlich erleichtert, wenn die Produktivität und mit ihr die Einkommen künftig wieder stiegen.

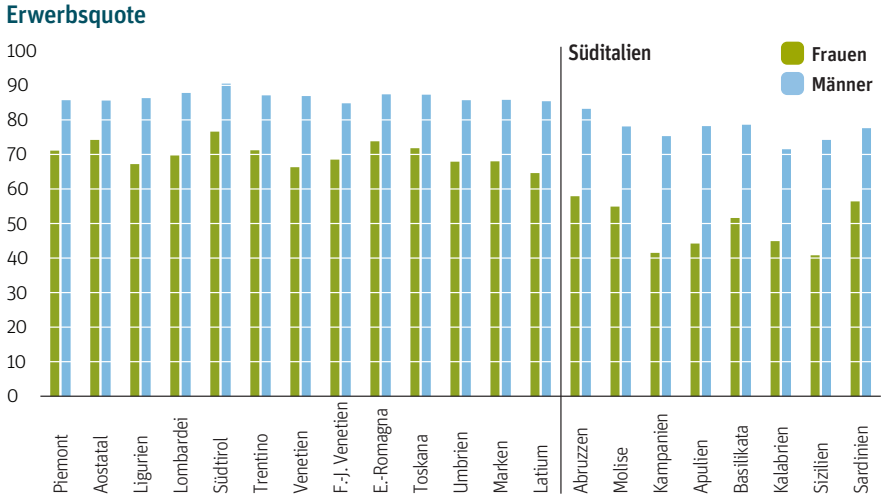
Viele Hausfrauen, keine Kinder

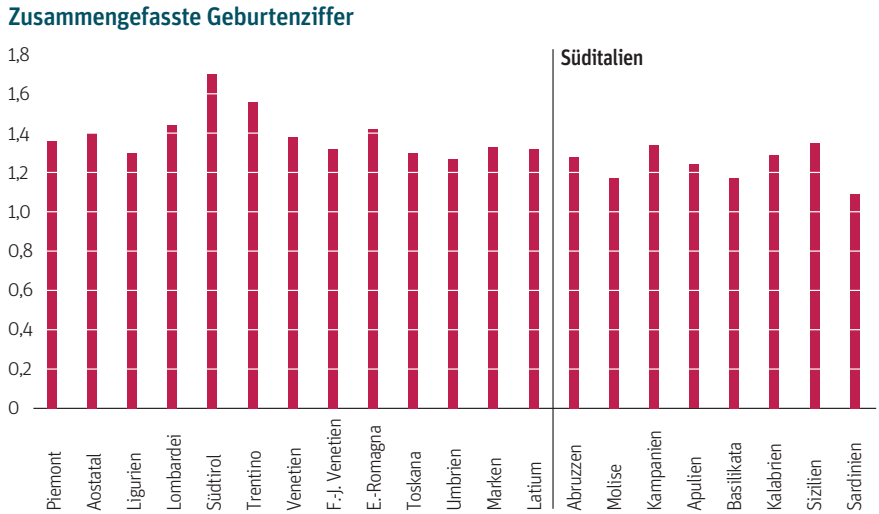
Die Erwerbsquoten in Süditalien zählen zu den niedrigsten Europas. Vor allem Frauen nehmen hier nur selten am Erwerbsleben teil. Sie bekommen allerdings nicht wie früher üblich als Hausfrauen besonders viele Kinder. Ganz im Gegenteil: In Molise, Basilikata aber auch auf Sardinien liegen die Geburtenziffern niedriger als in fast allen anderen Regionen Europas. Dies dürfte auch mit der schwierigen Wirtschaftslage zu tun haben.

Erwerbsquote der 25- bis 64-Jährigen nach Geschlecht (2016) und Zusammengefasste Geburtenziffer (2015) in den Nuts-2-Regionen Italiens
(Datengrundlage: Eurostat[39])

Hauptgrund für die weit fortgeschrittene Alterung sind die seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenziffern. Italien gehört gemeinsam mit Deutschland, Dänemark und Luxemburg zu jenen europäischen Ländern, die Mitte der 1980er Jahre als erste sehr niedrige Geburtenziffern von unter 1,5 Kindern je Frau erreichten. Anders als in den zentral- und nordeuropäischen Ländern hatten die Geburtenziffern in Italien allerdings nur zehn Jahre vorher noch relativ hoch gelegen – bei etwa 2,2 Kindern je Frau.[16] Der rapide Fall und die bis heute ausbleibende Erholung haben zu der sehr ungleichen Altersverteilung geführt, die Italien heute aufweist.

Aktuell bekommen Frauen in Italien im Schnitt 1,35 Kinder.[17] Und anders als in vielen anderen Ländern gibt es auch wenig Anzeichen für Besserung – was inzwischen die Alarmglocken bei den italienischen Regierungsverantwortlichen schrillen lässt. So versuchte die Gesundheitsministerin Beatrice Lorenzin im Spätsommer 2016 einen „Tag der Fruchtbarkeit" einzuführen. Sie begleitete die Kampagne mit Plakaten, welche die Lust am Kinderkriegen neu entfachen sollten. Die Aktion erregte tatsächlich eine hohe Aufmerksamkeit, jedoch anders als geplant. Die Menschen reagierten auf den erhobenen Zeigefinger der Regierung gereizt bis empört, denn Schuld an der Misere seien nicht die

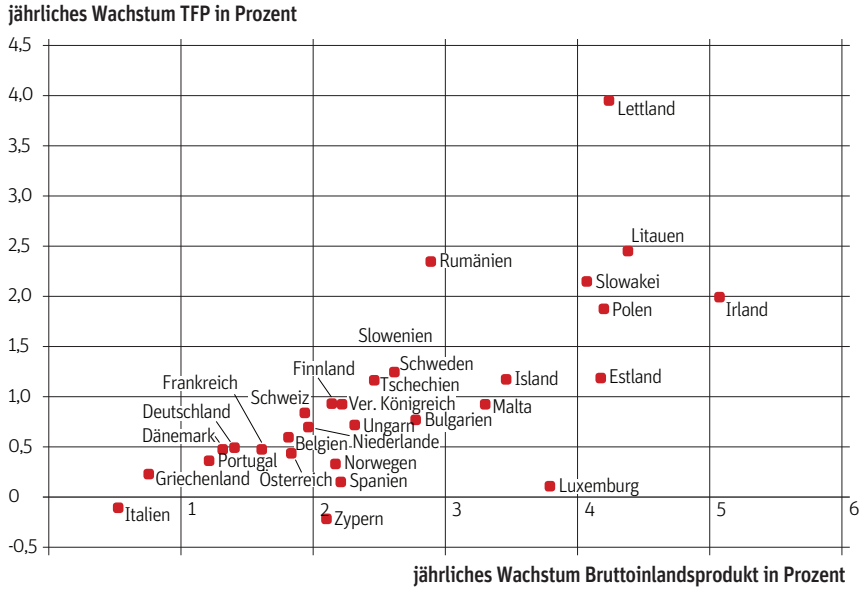




Rückschritt bei der Produktivität

Die Wirtschaftsleistung eines Landes kann entweder steigen, wenn mehr Stunden gearbeitet werden oder wenn bei gleichem Aufwand mehr hergestellt wird. Letzteres wird über die Produktivität gemessen. Sie ist in den meisten europäischen Ländern zwischen 1995 und 2016 leicht gestiegen. In Italien ist sie dagegen gefallen. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass auch die Wirtschaftsleistung des Landes seit etwa zwei Jahrzehnten stagniert. Dabei wäre eine wachsende Produktivität gerade in Italien vonnöten, um die Kosten der Alterung aufzufangen.

Jährliches prozentuales Wachstum des Bruttoinlandprodukts und der Totalen Faktorproduktivität (TFP) in europäischen Ländern, 1995-2016
(Datengrundlage: Europäische Kommission[37])



Frauen (und Männer), die keine Kinder bekommen wollten, sondern der Staat selbst, da er die Menschen zu wenig dabei unterstütze, ihre Kinderwünsche zu erfüllen.[18]

Das traditionelle Rollenmuster, nach dem Mütter ihre Erwerbstätigkeit zurückstellen und ihre Kinder zu Hause betreuen, wollen viele Italienerinnen nicht mehr leben oder können es sich aufgrund niedriger Löhne und hoher Lebenshaltungskosten auch nicht mehr leisten.[19] Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steckt in Italien noch in den Kinderschuhen. Zwar sind die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz von berufstätigen Eltern und schwangeren Frauen nach der Geburt eines Kindes im europäischen Vergleich recht weitreichend. Doch viele Unternehmen greifen zu Tricks, um diese zu umgehen. So gibt es Berichte, dass Frauen vor der Einstellung für den Fall einer Schwangerschaft eine Blanko-Kündigung unterschreiben müssen.[20] Auch sind die staatlichen Kinderbetreuungsplätze knapp und eine private Betreuung kann sich kaum jemand leisten.[21] Frauen bleibt daher oft nur die Wahl, entweder auf Kinder zu verzichten oder ihre berufliche Tätigkeit zurückzustellen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Frauenerwerbstätigkeitsquote in Italien mit 52 Prozent nach Griechenland die zweitniedrigste in der EU ist.[22] Mit den Frauen vernachlässigt Italien bislang eine Möglichkeit, die den anstehenden Rückgang des Arbeitskräftepotenzials zumindest teilweise auffangen könnte.

Problemregion Mezzogiorno

Sowohl die wirtschaftlichen als auch die demografischen Herausforderungen betreffen nicht alle Regionen Italiens. Sie sind regional extrem ungleich verteilt. Während sich nahezu sämtliche innovativen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe im Norden des Landes um die Metropolregionen Mailand, Rom oder Florenz sammeln, gilt der Mezzogiorno – der südliche Teil Italiens – als unterentwickelt. Das Nord-Süd-Gefälle besteht zwar schon seit mehr als einem Jahrhundert, hat sich jedoch im Zuge der Wirtschaftskrise weiter verschärft.[23] Während der Norden seit einigen Jahren wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum verzeichnet, stieg die Wirtschaftsleistung des Südens erst 2015 erstmals seit 2007 wieder minimal. So beträgt die Arbeitslosigkeit unter den 20- bis 64-Jährigen in der Nordhälfte des Landes im Durchschnitt der Regionen gerade einmal 8,2 Prozent, im Süden dagegen 17,4 Prozent. Auch der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen liegt in den Regionen des Mezzogiorno mehr als doppelt so hoch wie in den nördlichen Gebieten.[24]

Die wirtschaftliche Not drückt auch auf die demografische Entwicklung. Kantabrien, Basilikata und Molise zählen europaweit zu den kinderärmsten Regionen.[25] „Ein Kind ist ein Luxus, zwei Kinder Wahnsinn“, schrieb der bekannte italienische Autor Roberto Saviano 2015 in einem offenen Brief an Ministerpräsident Matteo Renzi, in dem er den Niedergang Süditaliens anprangerte. Selbst die Mafia suche mittlerweile lukrativere Wirkungsstätten und investiere nicht mehr in ihr ehemaliges Stammland.[26] Zu den niedrigen Kinderzahlen kommt, dass sich junge Italiener aufgrund der mangelnden Perspektiven auf den Weg in den Norden machen. Der Süden Italiens verliert daher doppelt an Bevölkerung. Nach aktuellen Vorausschätzungen dürfte beispielsweise die Region Basilikata bis 2050 weitere 16 Prozent ihrer Einwohner einbüßen.[27]

Herausforderung Flüchtlingskrise

Dass die Bevölkerungsverluste nicht schon heute viel höher ausfallen, liegt daran, dass viele Menschen aus dem Ausland nach Süditalien kommen – vor allem zahlreiche Schutzsuchende aus Nordafrika und dem Mittleren Osten, welche die gefährliche Überquerung des Mittelmeers auf sich nehmen. Allein 2015 und 2016 sind insgesamt knapp 300.000 Menschen an den Küsten Süditaliens gelandet, vor allem auf Lampedusa und Sizilien.[28] Gerade 2015 war der italienische Staat hiermit überfordert und schickte viele Neuankömmlinge ohne ordentliche Identifikation via Fingerabdruck weiter gen Norden – obwohl das europäische Asylsystem eigentlich vorsieht, dass Asylanträge in dem EU-Land zu stellen sind, das Flüchtlinge zuerst betreten.[29] Inzwischen haben sich zumindest die Versorgungsmöglichkeiten verbessert und Italien kann in seinen Aufnahmezentren und sogenannten Hotspots deutlich mehr als 100.000 Menschen beherbergen.[30]

Die Aufgaben der Integration sind damit allerdings lange nicht erledigt. Immer drängender wird die Frage, was nach der Erstaufnahme geschieht. Wird es eine Verteilung der Flüchtlinge über das gesamte Land geben, wie es etwa in Deutschland der Fall ist? Und wie sollen die Flüchtlinge in Lohn und Brot gebracht werden? Ersteres ist höchst umstritten und gerade die reicheren Regionen im Norden wehren sich dagegen, Geflüchtete aufzunehmen. Bei der Arbeitsmarktintegration hat Italien rein rechtlich gesehen gute Voraussetzungen: Schon nach zwei Monaten dürfen anerkannte Flüchtlinge sowie noch im Verfahren befindliche Menschen eine Beschäftigung aufnehmen.[31] Das ist einen Monat schneller als etwa in Deutschland. Allein an der praktischen Unterstützung bei der Jobsuche sowie beim Spracherwerb hapert es noch. Gerade Unternehmen und Zivilgesellschaft sind hier noch nicht hinreichend eingebunden. Und neue Herausforderungen warten bereits: Seit Beginn 2016 kommen vermehrt unbegleitete Minderjährige über das Mittelmeer nach Italien – allein in den ersten neun Monaten des Jahres circa 17.000.[32]

Bei der Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung ist Italien auf Hilfe der EU angewiesen. Diese funktioniert jedoch nur in Ansätzen. Immerhin hat die Europäische Kommission jüngst darauf verzichtet, ein Verfahren gegen Italien einzuleiten, obwohl die Staatsverschuldung bei 133 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt – nur Griechenland übertrifft in der EU diesen Wert.[33] Zur Entlastung Italiens wäre es außerdem wichtig, die bereits beschlossene Umverteilung von Flüchtlingen in andere Länder Europas konsequent umzusetzen. Doch im April 2017 hatten nur wenig mehr als 5.000 in Italien angekommene Flüchtlinge ein neues Zuhause in anderen Staaten gefunden.[34]

Es ist wenig verwunderlich, dass Italien bei der Aufnahme von Flüchtlingen auf einen europäischen Verteilungsschlüssel drängt. Mitte 2016 legte die Regierung dafür einen Vorschlag vor, nach dem auch Kooperationen mit europäischen Nachbarstaaten nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens deutlich ausgebaut werden sollen.[35]

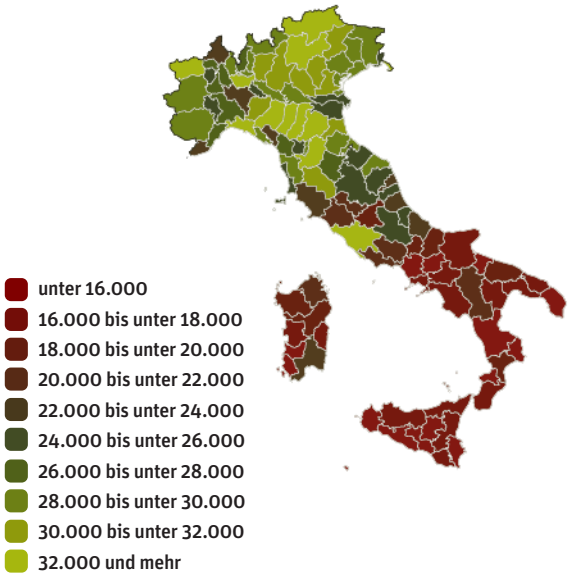
Europaskepsis

Ausgerechnet in dem Moment, in dem Italien besonders auf die Hilfe der EU angewiesen ist, bröckelt jedoch zwischen Südtirol und Sizilien das Vertrauen in das Projekt Europa und EU-skeptische Parteien wie die sogenannte 5-Sterne-Bewegung des ehemaligen Komikers „Beppe“ Grillo gewinnen an Zulauf. Hintergrund der Unzufriedenheit ist dabei nicht nur die europäische Politik, sondern neben der wirtschaftlichen Stagnation die politische Instabilität im Land. Seit 1945 konnte sich kein einziges italienisches Staatsoberhaupt bis zum Ende seiner regulären fünfjährigen Amtszeit behaupten. So erlebte das Land seit Ende des Zweiten Weltkriegs 64 Regierungswechsel, nicht selten im Jahrestakt. Seit Beginn der Krise 2007 waren es immerhin fünf verschiedene Regierungen, auf welche die Italiener ihre Hoffnung legen mussten und immer wieder enttäuscht worden. Gerade die Zukunft des Föderalismus spaltet das Land. Die Kompetenzen zwischen Zentralstaat und Regionen sind nach dem gescheiterten Referendum Ende 2016 weiterhin nicht klar verteilt.[36]

Wirtschaftsgefälle

In Italien herrscht ein enormes Nord-Süd-Gefälle. Viele nördliche Regionen in der Lombardei, dem Piemont oder der Emilia-Romagna verfügen über eine moderne Wirtschaftsinfrastruktur und entsprechend hohe Wertschöpfung. Im Süden dagegen bleibt die Wirtschaftskraft deutlich zurück und überproportional viele Menschen sind von Armut bedroht. Die Spaltung des Landes war bereits zur Staatsgründung 1861 sichtbar, hat sich aber nicht zuletzt durch die Wirtschaftskrise jüngst weiter verstärkt.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro in den Nuts-3-Regionen Italiens, 2014
(Datengrundlage: Eurostat[38])



MALTA

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	0,4	Medianalter (2016)	41,1
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	0,5	Lebenserwartung (2015)	81,9
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	0,5	BIP/Einwohner in Euro (2016)	22.700
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,45	BIP/Einwohner in KKS (2016)	27.600
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	7,2	Arbeitslosenquote (2016)	4,7

Testlabor in der Flüchtlingskrise

Malta hat früher als andere EU-Länder erlebt, welche Herausforderungen mit einem plötzlich einsetzenden Zustrom an Asylbewerbern verbunden sind. Zwischen 2008 und 2013 wurden in keinem EU-Land auf die Bevölkerung gerechnet mehr Asylanträge gestellt als auf der kleinen Insel im Mittelmeer.[1] Malta musste daher viele der Mittel im Umgang mit Flüchtlingen zu einer Zeit erproben, als sich die Mehrheit der EU-Staaten noch nicht eingehend mit dem Thema befasste. Dabei hat der kleine Inselstaat vor allem gezeigt, welche Maßnahmen *nicht* funktionieren. Kern der gewählten Politik war es, jede Person, die den Inselstaat ohne gültiges Visum betrat, unverzüglich in einem der zwei eigens dafür hergerichteten Gefängnisse zu internieren. Selbst Schutzsuchende bekamen erst dort die Möglichkeit, ihre Asylanträge zu stellen.[2] Diese Praxis stufte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wiederholt als illegal ein.[3] Und auch im öffentlichen Umgang mit der Zuwanderung stand die Regierung sachlichen Lösungen häufig im Weg, indem sie von einem „Notstand“ und einer „nationalen Krise“ sprach.[4]

Gemessen an einer Reduzierung der Flüchtlingszahlen war die Politik indes erfolgreich. Indem sich Malta als möglichst unattraktives Ziel für Flüchtlinge darstellte, gelang es dem an Einwohnern kleinsten EU-Land, die Asylbewerberzahlen deutlich zu senken.[5] Dafür gewannen allerdings andere Routen nach Europa an Bedeutung. Auf lange Sicht ist es aber keine Lösung, das Problem von einem europäischen Land in das nächste zu verschieben. Dies hat inzwischen auch die maltesische Regierung erkannt, die Mitte des Jahres 2015 eine Wende in der Flüchtlingspolitik vollzog und die automatische Internierung von Neuankömmlingen beendete. Außerdem sagte sie zu, ihren Anteil an der geplanten Umsiedlung von 160.000 Asylbewerbern aus Griechenland und Italien zu leisten.

Auf Zuwanderung folgt Integration

Malta tat sich auch deswegen schwer mit der Aufnahme von Flüchtlingen, weil es kaum Erfahrung mit Zuwanderung hat und ethnisch weitgehend homogen ist. Entsprechend skeptisch ist die Bevölkerung. Die Hauptstadt Valletta zählt EU-weit zu jenen Städten, in denen Ausländer am negativsten eingestuft werden. In einer Befragung stimmten 2012 nur 58 Prozent der Aussage zu, dass Ausländer gut für die Stadt seien – im Mittel aller EU-Hauptstädte waren es 73 Prozent.[6] Die Ablehnung mag auch damit zu tun haben, dass die nur rund 430.000 Menschen in Malta auf extrem engem Raum zusammenleben. Etwa 1.375 Menschen drängen sich hier im Mittel auf jeden Quadratkilometer.[7] Damit zählt Malta zu den weltweit am dichtesten besiedelten Flächenstaaten.[8] Zuwanderer und Einheimische treten auf der kleinen Insel quasi automatisch in unmittelbaren Kontakt und die Ankunft von einigen tausend Neuankömmlingen hat direkte Auswirkungen auf das Straßenbild.

Da viele Schutzsuchende noch immer auf der Insel leben, stellt sich für Malta immer mehr die Frage, wie sie am besten in die Gesellschaft zu integrieren wären. Die Vorzeichen hierfür stehen rein ökonomisch betrachtet gar nicht schlecht. Denn die maltesische Wirtschaft erlebt seit dem EU-Beitritt 2004 einen stetigen Aufschwung mit Wachstumsraten von durchschnittlich 3,6 Prozent. In den letzten drei Jahren lag das Wachstum sogar jeweils über fünf Prozent. Dies konnte EU-weit sonst nur Irland vorweisen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt Malta zwar weiterhin unter dem EU-Durchschnitt, ist aber der reichste der 13 neuen Mitgliedstaaten seit 2004.[9] Grundlage des Aufschwungs ist eine moderne Volkswirtschaft, die vor allem auf Tourismus, Finanzdienstleistungen, Informationstechnologie sowie pharmazeutischer Industrie beruht.[10]

Bislang gelingt es Malta sogar, dass im Ausland Geborene auf dem Arbeitsmarkt nicht hinter Einheimischen zurückbleiben.[11]

Dies ist allerdings nicht das Resultat einer besonders umfassenden Integrationspolitik, sondern hängt damit zusammen, dass in der Vergangenheit einzig Briten in nennenswerter Zahl nach Malta kamen, entweder als Arbeitskräfte oder als Rentner.[12] Staatliche Anstrengungen, Migranten zu integrieren gibt es dagegen nur sehr begrenzt und erst seit Kurzem, weswegen Malta in internationalen Integrations-Vergleichen immer wieder schlecht abschneidet.[13]

Geburteneinbruch Ende der 1990er Jahre

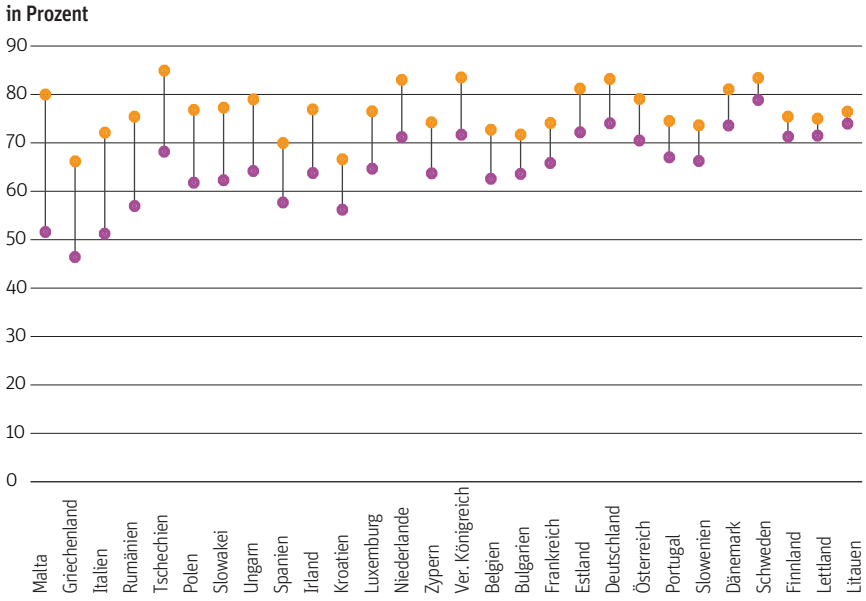
Auch aus demografischer Sicht dürfte Zuwanderung ein Thema in Malta werden. Denn das Land durchlebt derzeit eine rapide Modernisierung der Gesellschaft, die bislang vor allem zu deutlich sinkenden Kinderzahlen geführt hat. So fiel die durchschnittliche Kinderzahl je Frau zwischen 1996 und 2001 binnen sechs Jahren von 2,0 auf 1,5. Seither hat sie sich auf einem Niveau von etwa 1,4 eingependelt und liegt damit im EU-Vergleich auf den hinteren Plätzen. Auch bekommen maltesische Frauen ihre Kinder inzwischen deutlich später als noch vor einigen Jahren.[14] Dass Malta trotzdem noch immer auf eine wachsende Bevölkerung bauen kann, liegt daran, dass die Kinderzahlen erst vergleichsweise spät zu sinken begannen – einzig Zypern verzeichnete EU-weit Anfang der 1990er Jahre eine höhere Geburtenziffer.[15] So gibt es noch immer viele Menschen im Familiengründungsalter und – trotz hoher Lebenserwartung – vergleichsweise wenige Ältere. Erst Ende der 2020er Jahre dürfte die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten erstmals übersteigen.[16] Wenn dann die kleine Generation der in den späten 1990er und 2000er Jahren Geborenen ins Erwerbsalter aufsteigt, dürfte sich das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Ruheständlern rapide in Richtung Letztgenannter verschieben. Spätestens dann dürfte die Diskussion um eine gesteuerte Zuwanderungspolitik für Arbeitskräfte Fahrt aufnehmen, mit der sich das Land aktuell noch schwer tut.[17]

Ob Malta es schafft, aus eigener Kraft wieder demografisch zu wachsen, bleibt indes fraglich. Denn obwohl sich die Gesellschaft verändert, ist sie weit davon entfernt, mit einer modernen Familienpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.[18] Noch im Jahr 2000 war nur jede dritte Frau zwischen 20 und 64 Jahren erwerbstätig. Der Mittelwert der EU-28-Länder lag damals bei knapp 60 Prozent. Inzwischen liegt die Frauenerwerbstätigkeit mit 56 Prozent zwar deutlich höher, allerdings immer noch niedriger als in allen anderen EU-Staaten mit Ausnahme von Italien und Griechenland. Im Geschlechtervergleich schneiden Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Malta sogar schlechter ab als überall sonst in der EU – sage und schreibe 28 Prozentpunkte bleiben sie bei der Erwerbstätigkeit hinter Männern zurück.[19] Wie konservativ die durchweg katholische maltesische Gesellschaft noch immer geprägt ist, veranschaulicht am besten, dass Malta das einzige Land in der EU ist, in dem Abtreibung selbst bei Gefährdung des Lebens der Mutter offiziell verboten ist.[20]

Großes Geschlechtergefälle

In keinem anderen EU-Land liegen Männer und Frauen bei der Erwerbstätigkeit so weit auseinander wie in Malta. Obwohl inzwischen deutlich mehr Frauen arbeiten gehen als noch zur Jahrtausendwende liegt ihre Erwerbstätigenquote um 28 Prozentpunkte niedriger als die der Männer. Im EU-weiten Vergleich fällt auf, dass Frauen gerade in südeuropäischen Ländern selten beschäftigt sind, während sie in Skandinavien und den baltischen Staaten fast so häufig einen Job haben wie Männer.

Erwerbstätigenquote 20- bis 64-jähriger Männer und Frauen in den EU-Staaten, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[21])



GRIECHENLAND

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	10,8	Medianalter (2016)	43,9
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	9,9	Lebenserwartung (2015)	81,1
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	8,9	BIP/Einwohner in Euro (2016)	16.300
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,33	BIP/Einwohner in KKS (2016)	19.500
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-4,5	Arbeitslosenquote (2016)	23,6

Hoffnungsschimmer nach tiefer Krise

Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras wollte bedürftigen Rentnern, die monatlich weniger als 800 Euro erhalten, zu Weihnachten 2016 etwas Gutes tun. Aus den Mehreinnahmen des vergangenen Jahres plante er, rund 600 Millionen Euro an Rentner mit niedrigen Einkommen zu verteilen. Was als soziale Geste und Zeichen dafür, dass es Griechenland wieder etwas besser geht, gedeutet werden kann, erwies sich schnell als Eigentor. Die internationalen Geldgeber, mit denen das Weihnachtsgeschenk nicht abgesprochen war, kritisierten, Griechenland würde die Bedingungen des jüngsten Rettungspakets verletzen.

Die Weihnachtsposse zeigt exemplarisch, wo Griechenland knapp ein Jahrzehnt nach Ausbruch einer tiefen Wirtschaftskrise steht: Nicht mehr direkt am Abgrund, aber noch längst nicht in Sicherheit. Im Vergleich zu 2008 ist die Wirtschaftsleistung um mehr als ein Viertel geschrumpft. Mit einem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 16.300 Euro liegt Griechenland inzwischen auf ähnlichem Niveau wie die Tschechische Republik oder Estland, nachdem das Land Mitte der 2000er Jahre noch damit liebäugeln konnte, zu anderen Mittelmeeranrainern wie Spanien oder Italien aufzuschließen.[1]

Positiv ist, dass die Europäische Kommission für 2017 nach Jahren von Rezession und Stillstand erstmals von einem nennenswerten Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent ausgeht.[2] Zeitungsberichten zufolge erwartet die Regierung darüber hinaus einen höheren Haushaltsüberschuss vor Zinsen als im Jahr zuvor sowie einen Rückgang von Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit. Privatisierungen sollen etwa zwei Milliarden Euro in die Staatskasse spülen.[3] Und seit 2016 liegt auch die Inflationsrate wieder leicht im Plus; der schleichende Preisverfall, der die Jahre zuvor dominiert und den Schuldenberg noch höher hatte erscheinen lassen, könnte damit gebrochen sein.[4]

All dem stehen jedoch weiterhin riesige Herausforderungen gegenüber: Die Staatsschulden betrugen 2016 schwindelerregende 179 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Fast jede vierte Person auf dem Arbeitsmarkt suchte vergebens einen Job – unter den bis 25-Jährigen war es annähernd jede zweite. Und gut ein Drittel der Bevölkerung war 2015 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.[5]

Wachstum auf Pump

Wie aber konnte Griechenland, dessen Wirtschaft zwischen 1995 und 2007 um durchschnittlich 3,7 Prozent pro Jahr gewachsen war, in eine derart verheerende Lage geraten?[6] Einer der Hauptgründe ist, dass das Land jahrzehntelang mehr importiert als exportiert und folglich mehr Waren konsumiert als produziert hat. Diese negative Handelsbilanz finanzierte Griechenland zu großen Teilen mit Krediten aus dem Ausland. Durch den Beitritt zur Eurozone im Jahr 2001 wurden diese nur noch zinsgünstiger und damit erschwinglicher.[7] Doch auch jenseits des Konsums mit geliehenem Geld hatte die griechische Wirtschaft schon länger strukturelle Probleme, die den Nährboden für die spätere Krise bildeten. So gab und gibt es kaum innovative Industrien, die mit Exportprodukten Geld ins Land bringen können. Dies hängt auch damit zusammen, dass das Unternehmertum unter Korruption, Vetternwirtschaft, einer ausgedehnten Bürokratie sowie einem ineffizienten Staatsapparat leidet. All dies schreckt auch ausländische Investoren ab. Die Tatsache, dass es zwar zahlreiche Kleinbetriebe, aber kaum Großbetriebe gibt, sowie die Bedeutung der Schattenwirtschaft haben ihr Übriges beigetragen.[8]

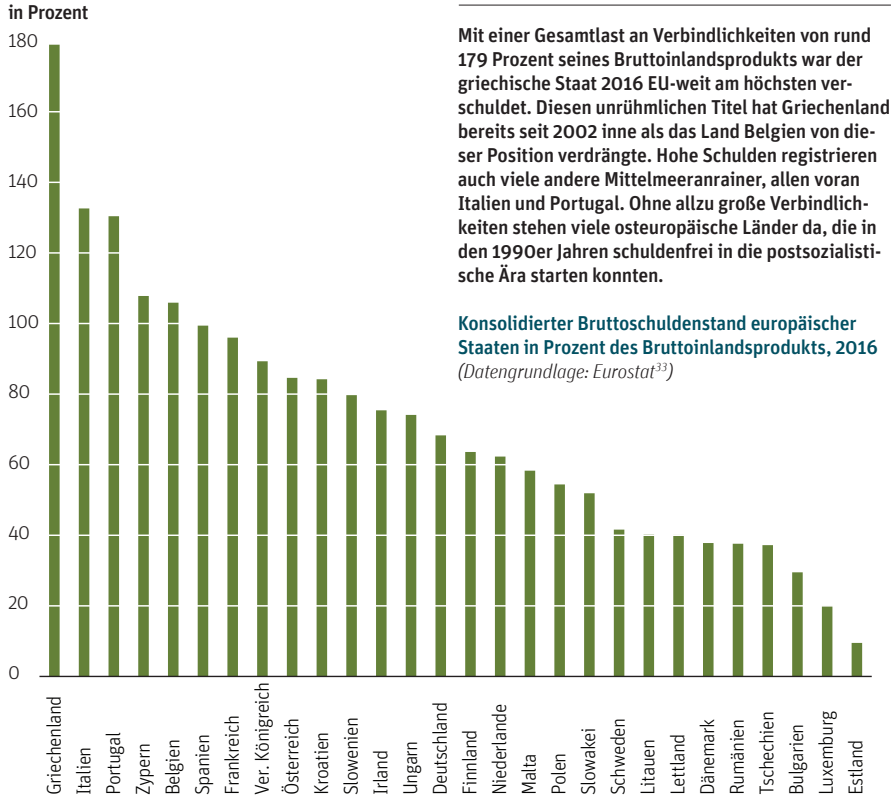
Mit der Finanzkrise ab 2008 blieb das ausländische Kapital mehr und mehr aus und die Konjunktur brach ein. Dies ließ die Staatsverschuldung genauso in die Höhe schnellen wie die Zinsen auf griechische Staatsanleihen.[9] Im Frühjahr 2010 gab das Land zu, unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit zu stehen. In der Folge sprangen die Mitglieder der Euro-

zone und der Internationale Währungsfonds mit drei milliardenschweren Rettungspaketen ein und forderten im Gegenzug weitreichende Reformen. Daraufhin begann die griechische Regierung, das Renten- und Steuersystem sowie die Arbeitsmarktpolitik zu reformieren. Sie privatisierte Staatsbetriebe und fuhr die Ausgaben zurück. Außerdem widmete sie sich dem Bürokratieabbau und versuchte, das Geschäftsklima zu verbessern.[10] Da diese Maßnahmen mit weitreichenden Kürzungen von Löhnen, Gehältern und Pensionen einhergingen, brachen die Privateinkommen und damit der Konsum weiter ein und es kam zu zahlreichen Demonstrationen und Unruhen. Das angespannte gesellschaftliche Klima wiederum wirkte sich negativ auf den Tourismus aus.[11] Die ersten Anzeichen einer Wende zum Besseren gab es erst Jahre später. Gerade im Tourismus entstanden wieder neue Jobs.[12] Inwiefern diese jedoch eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen zur Folge haben werden, bleibt abzuwarten.

Hoher Schuldenberg

Mit einer Gesamtlast an Verbindlichkeiten von rund 179 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts war der griechische Staat 2016 EU-weit am höchsten verschuldet. Diesen unrühmlichen Titel hat Griechenland bereits seit 2002 inne als das Land Belgien von dieser Position verdrängte. Hohe Schulden registrieren auch viele andere Mittelmeeranrainer, allen voran Italien und Portugal. Ohne allzu große Verbindlichkeiten stehen viele osteuropäische Länder da, die in den 1990er Jahren schuldenfrei in die postsozialistische Ära starten konnten.

Konsolidierter Bruttoschuldenstand europäischer Staaten in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2016
(Datengrundlage: Eurostat[33])



Flüchtlingsansturm zeigt Schwächen des Asylsystems

Neben seinen wirtschaftlichen Problemen hat Griechenland seit einigen Jahren mit einer weiteren großen Herausforderung zu kämpfen – der Ankunft hunderttausender Schutzsuchender aus dem Nahen Osten. Allein im Jahr 2015 landeten rund 850.000 von ihnen auf den griechischen Inseln an.[13] Der griechische Staat war von dieser Zahl heillos überfordert – auch weil das Asylsystem gravierende Schwächen aufwies. Besonders in der Kritik stand, dass Griechenland Asylsuchende teilweise unter unmenschlichen Bedingungen internierte. Zu den Missständen zählte auch, dass Flüchtlinge kaum Informationen über Asylbelange erhielten und die Verfahren von nicht ausgebildeten Personen durchgeführt wurden.[14] Einige EU-Staaten schickten wegen dieser Defizite bis vor kurzem keine Flüchtlinge mehr nach Griechenland zurück, auch wenn sie im Rahmen des Dublin-Systems eigentlich dort ihren Asylantrag hätten stellen müssen. Die prekären Verhältnisse, unter denen Flüchtlinge in Griechenland leben und die Wirtschaftskrise haben dazu geführt, dass die meisten Schutzsuchenden das Land ohnehin nur als Durchgangsstation betrachten.[15] Dies erklärt, weshalb in Griechenland 2015 lediglich ein Prozent aller Asylanträge in der EU gestellt wurden.[16]

Seit einigen Jahren versucht die griechische Regierung, das Asylsystem europäischen Standards anzunähern.[17] Hilfe kommt hier von der EU. Wie in Italien errichtet die Union auch in Griechenland seit 2015 zentrale Registrierzentren, sogenannte Hotspots. Diese sollen die Ersterfassung der Flüchtlinge effizienter machen. Da sie jedoch lediglich 7.450 Plätze bieten, können sie die anstehenden Probleme nicht lösen. Offiziellen Zahlen zufolge waren sie Ende 2016 mit 11.500 Personen zu mehr als 50 Prozent überbelegt – obwohl sich die Flüchtlingszahlen 2016 deutlich reduziert hatten.[18] Insgesamt gab es im September 2016 auf den ägäischen Inseln fast doppelt so viele Flüchtlinge wie Schlafplätze.[19]

Dass zumindest die Zahl der Neuankünfte nach Griechenland zurückgegangen ist, dürfte auch am sogenannten EU-Türkei-Abkommen liegen. Im März 2016 geschlossen, soll es die irreguläre Migration in die EU vor allem dadurch unterbinden, dass Griechenland irreguläre Migranten in die Türkei zurückführt und die EU im Gegenzug für jeden zurückgeführten Flüchtling einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufnimmt.[20] In der Praxis werden allerdings nur sehr wenige Flüchtlinge zwischen der Türkei und Griechenland „ausgetauscht".[21] Seine eigentliche Wirkung entfaltet das Abkommen dadurch, dass es

Flüchtlinge von der Überfahrt nach Griechenland abschreckt – genau wie die inzwischen zahlreichen Grenzkontrollen und –zäune innerhalb Europas.

Wirtschaftskrise verstärkt demografischen Druck

Nicht nur Flüchtlinge wollen Griechenland möglichst schnell Richtung Nordwesten verlassen. Auch griechische Staatsangehörige zieht es wegen der andauernden Misere auf dem Arbeitsmarkt verstärkt ins europäische Ausland. Dies hatte zur Folge, dass der Wanderungssaldo des Landes 2010 nach 35 Jahren erstmals wieder negativ war.[22] Zwar gehörte Griechenland nach Ende des Zweiten Weltkriegs bis Mitte der 1970er Jahre zu den europäischen Auswanderungsländern. Doch danach sorgten Rückkehrer und – teilweise griechischstämmige – Migranten aus Nachbarstaaten wie Albanien, Bulgarien und der ehemaligen Sowjetunion für regelmäßige Wanderungsgewinne.[23]

Mit der erneuten Auswanderungswelle verliert Griechenland nicht nur Einwohner, sondern auch Wissen und Fähigkeiten. Denn anders als zur Zeit der „Gastarbeiter“ zieht es inzwischen vor allem hochqualifizierte junge Leute gen Westen.[24] Und anders als in den 1970er Jahren ist Griechenland heute nicht mehr in der Lage, den Verlust durch hohe Geburtenzahlen wettzumachen. Die Geburtenziffer liegt mit 1,33 Kindern je Frau niedriger als in fast allen anderen Staaten der Union. Den leichten Aufwärtstrend der 2000er Jahre beendete die Wirtschaftskrise abrupt. Durch die Kombination von niedrigen Geburtenraten und Abwanderung verliert Griechenland Jahr für Jahr Einwohner: Zwischen 2011 und 2016 betrug das Minus knapp drei Prozent; bis 2050 könnte die Bevölkerung Vorausschätzungen zufolge um weitere 18 Prozent von aktuell 10,9 Millionen auf 8,9 Millionen Menschen zurückgehen.[25]

Großbaustelle Rentensystem

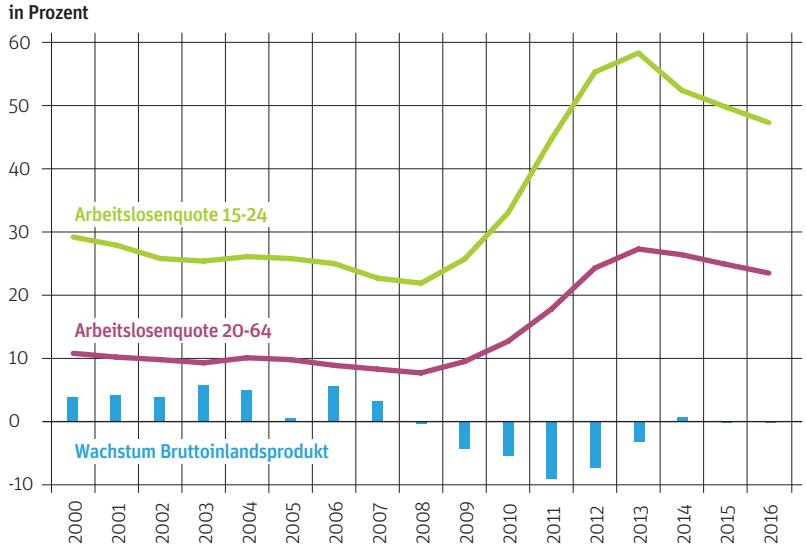
Auch weil es an Nachwuchs mangelt, zählt Griechenland schon heute zu den ältesten Ländern des Kontinents. Mehr als 21 Prozent der Einwohner sind mindestens 65 Jahre alt. Einzig Italien weist europaweit einen höheren Wert auf. Im Jahr 2050 dürfte Griechenland gar über das schlechteste Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen und Ruheständlern aller europäischen Staaten verfügen.[26] Auch deshalb steht das Thema Rente immer wieder im Zentrum der Diskussionen zwischen Griechenland und internationalen Geldgebern. Hinzu kommt, dass das griechische Rentensystem zu den teuersten der Welt zählt.[27] Jahr für Jahr wendet Griechenland rund 17 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Zahlungen an Ruheständler, Invalide und Hinterbliebene auf – mehr als jedes andere EU-Land.[28]

Zwar hat die Regierung seit 2010 diverse Reformen in Gang gebracht, die das Arbeitsleben verlängern und die Rentenzahlungen reduzieren und an die Preisentwicklung koppeln sollen.[29] Doch gesundet ist das System noch nicht. Noch immer muss der Staat dem eigentlich aus Versicherungsbeiträgen finanzierten System große Summen aus Steuermitteln zuschießen, was dadurch erschwert wird, dass Steuerflucht in Griechenland seit Jahrzehnten ein Problem ist.[30] Ob es dem Rentensystem künftig gelingt, ein wirksames Netz gegen Altersarmut zu spannen, steht und fällt mit der Frage, wie viele Menschen in Lohn und Brot gebracht und als Beitragszahler gewonnen werden können.[31]

Jung und ohne Job

Von 1995 bis 2007 wuchs das griechische Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 3,7 Prozent pro Jahr. In den Folgejahren setzte ein Abwärtstrend ein, der 2011 mit einem Minus von 9,1 Prozent seinen Tiefpunkt erreichte. Ab 2009 begann auch die Arbeitslosigkeit zu steigen und kletterte bis 2013 auf gut 27 Prozent. Damit war mehr als jede vierte Erwerbsperson zwischen 20 und 64 Jahren ohne Job – 2008 war es nur jede dreizehnte gewesen. Noch dramatischer entwickelte sich die Erwerbssituation der jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Erst seit 2014 gibt es Anzeichen einer leichten Erholung.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sowie Arbeitslosenquoten der 20- bis 64-Jährigen und 15- bis 24-Jährigen in Griechenland in Prozent, 2000-2016
(Datengrundlage: Eurostat[32])



ZYPERN

Einwohnerzahl in Mio. (2016)	0,8	Medianalter (2016)	37,2
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2030)	0,9	Lebenserwartung (2015)	81,8
projizierte Einwohnerzahl in Mio. (2050)	1,0	BIP/Einwohner in Euro (2016)	21.000
Zusammengefasste Geburtenziffer (2015)	1,32	BIP/Einwohner in KKS (2016)	23.600
mittlerer Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (2011-2015)	-2,7	Arbeitslosenquote (2016)	13,1

Wachstum trotz geringer Kinderzahlen

Die Mittelmeerinsel Zypern ist seit der türkischen Invasion im Jahr 1974 sowohl gebietsmäßig als auch politisch zweigeteilt. Der nördliche Teil ist türkisch geprägt, der südliche griechisch. Die Republik Zypern, die 2004 Mitglied der EU wurde, erstreckt sich zwar theoretisch über die ganze Insel, faktisch umschließt sie aber nur den südlichen Teil.[1] Der von der Türkei militärisch besetzte Norden erkennt die Regierung des Landes nicht an. Dessen ungeachtet befindet sich im Süden der Insel einer der europaweit am schnellsten wachsenden Staaten. Im Jahr 2016 lebten 848.000 Menschen in der Republik Zypern, das sind 14 Prozent mehr als noch 2006.[2] Bis 2050 könnte die Bevölkerungszahl auf knapp eine Million ansteigen.[3]

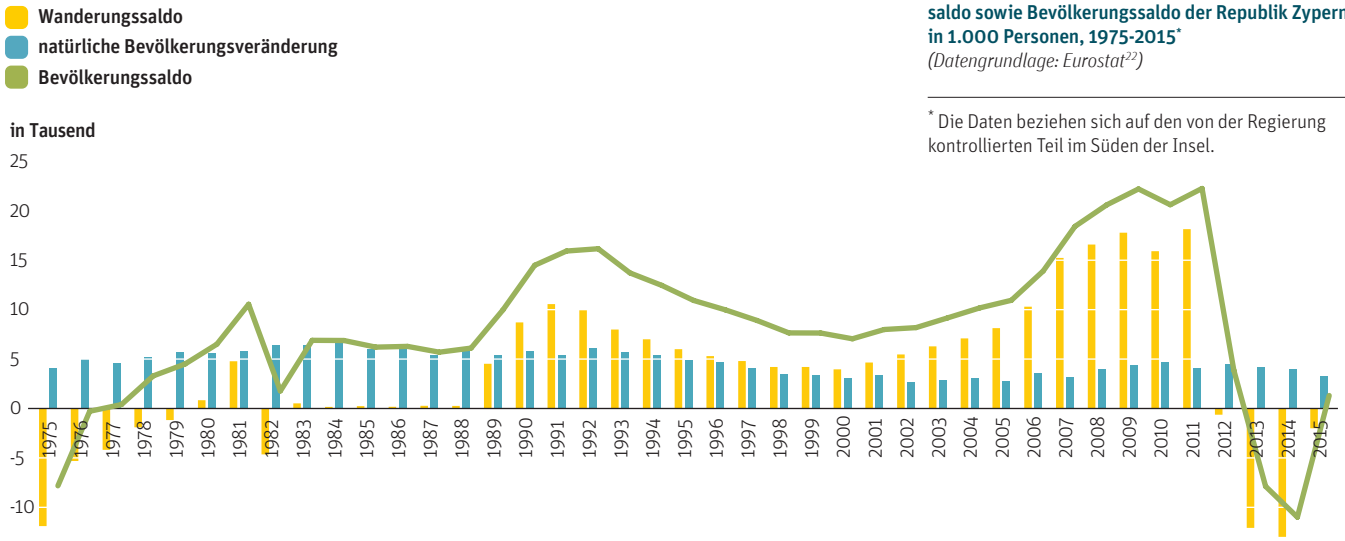
Dass die Bevölkerungszahl so rapide ansteigt, liegt sowohl an Wanderungsüberschüssen als auch der Tatsache, dass jedes Jahr mehr Menschen geboren werden als sterben. Gemessen an der Gesamtbevölkerung weist die Republik Zypern nach Irland EU-weit Jahr für Jahr die höchsten Geburtenüberschüsse auf. Dies verwundert auf den ersten Blick, da die Geburtenziffer mit 1,32 Kindern je Frau nach Portugal die zweitniedrigste der EU

Zwei Jahrzehnte Zuwanderungsland

Mit Ausbruch des Zypern-Konflikts Mitte der 1970er Jahre kam es zu großen Abwanderungsströmen aus dem Südteil der Insel. Dies änderte sich mit Beginn der 1990er Jahre, als das Land seinen Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitskräfte öffnete. Bereits vor dem EU-Beitritt im Jahr 2004 begann der Wanderungssaldo zu steigen und erhielt durch die EU-Beitritte Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007 weiteren Auftrieb. Erst die Wirtschaftskrise setzte diesem Trend 2012 ein jähes Ende. Die weitere Entwicklung der Zuwanderung wird darüber entscheiden, ob Zypern sein Bevölkerungswachstum langfristig aufrechterhalten kann. Denn ab Mitte der 2030er Jahre dürfte die Zahl der Sterbefälle jene der Geburten übersteigen – Schuld sind die niedrigen Kinderzahlen.[23]

Natürliche Bevölkerungsveränderung, Wanderungssaldo sowie Bevölkerungssaldo der Republik Zypern in 1.000 Personen, 1975-2015*
(Datengrundlage: Eurostat[22])

* Die Daten beziehen sich auf den von der Regierung kontrollierten Teil im Süden der Insel.



ist.[4] Doch die Bevölkerung Zyperns ist sehr jung, wodurch es aktuell viele Menschen im Familiengründungsalter gibt. Der Grund hierfür ist, dass Frauen in Zypern bis vor kurzem noch recht viele Kinder bekamen: Noch 1995 lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bei mehr als zwei – der damals höchste Wert aller EU-Staaten.[5] Dass die Kinderzahlen seitdem eingebrochen sind, führen viele auf die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf zurück. Frauen sind oft erwerbstätig, aber es stehen nur wenige Krippenplätze für die Betreuung von Kleinkindern zur Verfügung. Familiäre Hilfen, etwa durch Großmütter, können dies nur teilweise kompensieren. Auch die schlechte Transportinfrastruktur und die finanzielle Belastung durch Kindergartengebühren erschweren die Familiengründung Erwerbstätiger.[6]

Ausländische Arbeitskräfte sorgen für Wirtschaftswunder

Noch wichtiger für das Bevölkerungswachstum als die hohe Zahl der Geburten ist allerdings die Zuwanderung. In den ersten elf Jahren des neuen Jahrtausends wuchs der Inselstaat um jährlich deutlich mehr als ein Prozent allein aufgrund der Tatsache, dass mehr Menschen ihren Wohnsitz nach Zypern verlegten als wegzogen.[7] Grundlage für die massenhafte Zuwanderung war ein Wirtschaftsboom, der in den 1980er Jahren begann. Dies veranlasste den vormals abgeschotteten Staat ab 1990 dazu, seinen Arbeitsmarkt vorsichtig für ausländische Arbeitskräfte zu öffnen und befristete Arbeitserlaubnisse auszugeben. Gerade der Massentourismus und das Wachstum anderer Dienstleistungen waren dafür verantwortlich, dass die zypriotische Wirtschaft in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren um durchschnittlich mehr als vier Prozent pro Jahr wuchs.[8] Dabei profitierte Zypern gleich in doppelter Hinsicht von seinen Einwanderern. Einerseits waren es vor allem libanesische Bürgerkriegsflüchtlinge, die das Kapital für die wirtschaftliche Expansion zur Verfügung stellten, andererseits ließ sich der Bedarf an Arbeitskräften nicht mit der einheimischen Bevölkerung decken.[9] Aktuell ist etwa jeder fünfte Einwohner des Landes im Ausland geboren – einen höheren Anteil weist EU-weit einzig Luxemburg auf.[10] Die meisten Migranten stammen aus dem Vereinigten Königreich, der ehemaligen Kolonialmacht der Insel. Weitere wichtige Herkunftsländer sind Rumänien und Bulgarien sowie Griechenland, Georgien und Russland.[11]

Die zwei Jahrzehnte anhaltende Zuwanderung kam erst 2012 zum Erliegen, weil auch die Republik Zypern von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden war. Der überdimensionierte und instabile Finanzsektor sowie die starke Verflechtung mit Griechenland trugen maßgeblich dazu bei, dass Zypern in Not geriet und die anderen Länder der Eurozone und den IWF um finanzielle Unterstützung bitten musste.[12] Die Wirtschaft des Landes schrumpfte zunächst um 3,2

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
ITALIEN									
ITC1	Piemont	1,36	5,2	42,7	82,5	28.900	69,0	201,3	60,9
ITC2	Aostatal	1,40	2,6	38,8	81,6	34.200	71,3	109,4	58,2
ITC3	Ligurien	1,30	6,3	50,2	82,7	30.200	67,1	133,5	63,8
ITC4	Lombardei	1,44	7,4	36,9	83,2	35.700	71,1	201,5	63,2
ITH1	Provincia Autonoma di Bolzano/Bozen	1,70	5,0	32,3	83,6	41.300	78,2	249,0	67,2
ITH2	Provincia Autonoma di Trento	1,56	5,4	35,8	84,0	34.600	71,4	118,6	69,2
ITH3	Veneto	1,38	3,5	37,0	83,3	30.800	69,5	220,2	62,4
ITH4	Friaul-Julisch Venetien	1,32	4,0	44,0	82,8	29.100	69,2	492,6	66,5
ITH5	Emilia-Romagna	1,42	7,8	40,2	83,2	33.600	73,0	279,4	66,4
ITI1	Toskana	1,30	7,6	42,9	83,1	29.400	69,9	143,3	63,7
ITI2	Umbrien	1,27	5,0	42,7	83,2	24.000	67,2	75,6	67,9
ITI3	Marken	1,33	3,0	41,1	83,3	26.200	66,7	129,1	63,6
ITI4	Latium	1,32	15,1	34,5	82,7	31.000	64,2	52,4	69,1
ITF1	Abruzzen	1,28	5,8	38,4	82,7	24.500	59,7	45,6	63,5
ITF2	Molise	1,17	2,9	39,4	82,6	19.300	55,7	7,7	59,0
ITF3	Kampanien	1,34	2,9	29,2	80,8	17.200	44,9	28,6	52,0
ITF4	Apulien	1,24	1,9	34,9	82,8	17.700	48,0	26,3	48,9
ITF5	Basilikata	1,17	1,1	36,2	82,4	19.900	54,3	27,9	60,0
ITF6	Kalabrien	1,29	2,0	33,9	82,3	16.600	42,9	26,2	53,3
ITG1	Sizilien	1,35	3,8	33,6	81,7	17.200	43,5	12,7	49,7
ITG2	Sardinien	1,09	4,2	35,8	82,8	19.600	53,6	13,5	49,7

Prozent und im Folgejahr 2013 um weitere knapp drei Prozent.[13] Einen Staatsbankrott konnte das Land nur durch einen strikten Sparkurs sowie mit Hilfe der 6,5 Milliarden Euro an Rettungsgeldern abwenden, die das Land zwischen 2013 und 2016 erhielt. Im Zuge der Rettungsmaßnahmen sanierte Zypern seine Banken durch eine Zwangsabgabe auf große Einlagen sowie durch Kapitalkontrollen, die verhindern sollten, dass größere Geldmengen ins Ausland abfließen. Nach drei Rezessionsjahren folgte so 2015 der Wendepunkt. Seither wächst die Wirtschaft Zyperns wieder und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Auch das Wanderungsdefizit, das bis 2014 auf 15.000 Menschen angestiegen war, ist wieder rückläufig.[14]

Auch wenn die Republik Zypern heute besser dasteht als der Nachbar Griechenland, gibt es immer noch vieles zu tun. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt mit 21.000 Euro noch immer deutlich unter dem 2008er-Wert von 24.200 Euro.[15] Der Dienstleistungssektor, allen voran die Bereiche Tourismus, Finanzen und Handel, sind immer noch von überragender Bedeutung für die zypriotische Volkswirtschaft. Dies macht das Land verletzlich gegenüber äußeren Einflüssen, da internationale Wirtschaftskrisen sich in diesen Branchen schnell bemerkbar machen. Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt war der Finanzsektor EU-weit nur in Luxemburg größer als in Zypern.[16] Auch das Bankensystem gilt noch nicht als endgültig geheilt und die Privathaushalte sind zum Teil hoch verschuldet.[17]

		DEMOGRAFIE				WIRTSCHAFT			
		Zusammengefasste Geburtenziffer, 2015	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner, 2011-2015	Altenquotient, 2016 (über 64-jährige / 100 Menschen von 20 bis 64)	Lebenserwartung in Jahren, 2015	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2015	Erwerbstätigkeit, 2016 (Prozentualer Anteil an den 20- bis 64-jährigen)	Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbspersonen, 2012	Bildung, 2016 (Prozentualer Anteil min. ISCED3 an den 25- bis 64-jährigen)
MALTA									
MT00	Malta	1,45	7,2	31,1	81,9	21.400	69,6	22,0	45,2
GRIECHENLAND									
EL51	Ostmakedonien und Thrakien	1,40	0,7	38,6	80,5	11.300	56,9		59,6
EL52	Zentralmakedonien	1,31	-2,8	36,6	81,0	12.500	55,4		70,8
EL53	Westmakedonien	1,32	-5,0	39,7	81,5	15.000	50,4		61,2
EL54	Epirus	1,28	-2,2	45,9	82,9	11.500	54,5		65,0
EL61	Thessalien	1,35	-2,0	41,6	81,7	12.100	54,8		67,8
EL62	Ionische Inseln	1,45	-0,1	38,1	80,8	15.100	62,0		62,1
EL63	Westgriechenland	1,33	-4,1	36,7	80,9	11.900	51,0		61,2
EL64	Mittelgriechenland	1,23	1,7	40,1	81,7	13.800	55,2		61,4
EL65	Peloponnes	1,32	1,4	41,5	81,3	13.200	60,6		65,1
EL30	Attika	1,30	-10,3	32,3	80,7	22.100	56,4	27,2	82,0
EL41	Nördliche Ägäis	1,44	-0,7	40,7	81,8	12.400	59,0		69,5
EL42	Südliche Ägäis	1,38	-1,0	29,0	81,7	18.100	62,2		63,0
EL43	Kreta	1,47	0,3	31,7	81,7	13.900	58,2	24,7	67,6
ZYPERN									
CY00	Zypern	1,32	-2,7	24,3	81,8	20.800	68,8	5,7	79,6

Restriktive Asylpolitik

Nachholbedarf hat Zypern auch beim Thema Asyl. Denn die zypriotische Migrationspolitik für Menschen von außerhalb der EU gilt als sehr restriktiv.[18] Gerade in Bezug auf Flüchtlinge macht sich dies bemerkbar. So inhaftierte die Regierung Asylsuchende in der Vergangenheit immer wieder.[19] Auch verschärfte sie die Asylgesetze dahingehend, dass Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus, wie ihn Syrer regelmäßig erhalten, ihre Familien nicht mehr nachholen dürfen.[20] Zusammen mit der Tatsache, dass die Mittelmeerinsel schwer zu erreichen und zu verlassen ist sowie nicht zum Schengen-Raum zählt, dürfte dies erklären, warum Zypern trotz seiner Nähe zum Bürgerkriegsland Syrien kein nennenswertes Transitland für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten ist. Im Jahr 2015 wurden auf Zypern nur 2,7 Asylanträge je 1.000 Einwohner gestellt – das ist in etwa so viel wie im Durchschnitt aller EU-28-Länder. Im Jahr 2008, zu einer Zeit als die Gesamtzahl der Asylanträge in der EU nur bei etwa einem Fünftel von 2015 lag, waren es noch fünf Anträge je 1.000 Einwohner gewesen.[21]

WESTBALKAN

Arm, abwandernd, alternd

Die am stärksten von Kleinstaaterei geprägte Region in Europa ist der Balkan. Im Westen der Halbinsel ist das Gebiet der vormals sozialistischen Staaten Jugoslawien und Albanien seit Beginn der 1990er Jahre schrittweise in acht unabhängige Nationalstaaten zersplittert. Seit Jahrhunderten setzt sich die Bevölkerung der Region aus einer Vielzahl ethnischer Gruppen mit unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten und Sprachen zusammen, deren Zusammenleben nicht immer konfliktlos verlaufen ist. Die Kriege im auseinanderbrechenden Vielvölkerstaat Jugoslawien sind nur das jüngste Zeugnis davon gewesen.

In Albanien und den jugoslawischen Nachfolgestaaten Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien leben heute mehr als 18 Millionen Menschen.[1] Ebenfalls Teile Jugoslawiens waren Slowenien und Kroatien, heute beide EU-Mitglieder mit insgesamt gut sechs Millionen Einwohnern.[*] Große Teile der Bevölkerung in den anderen Staaten sind von Armut betroffen, das Wohlstandsniveau ist im Vergleich zum übrigen Europa gering. In Montenegro, dem wohlhabendsten Land der Region, erreichte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2015 gerade einmal 42 Prozent des EU-Durchschnitts.[2] Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gab den sechs Volkswirtschaften einen weiteren Dämpfer: Während die Wachstumsraten zwischen 2000 und 2008 im Schnitt bei über 5 Prozent im Jahr lagen, erreichten sie nach 2008 durchschnittlich nur noch etwa 1,5 Prozent.[3] Vor diesem Hintergrund erscheint es unwahrscheinlich, dass der Westbalkan in absehbarer Zeit wirtschaftlich zu den Ländern der EU aufschließen kann.

Arbeitslosigkeit und informelle Beschäftigung sind in der Region weit verbreitet. In Serbien und Mazedonien sind etwa 20 Prozent, in Albanien sogar 63 Prozent der Erwerbstätigen im informellen Sektor ohne soziale Absicherung tätig.[4] All dies führt dazu, dass viele Menschen ihr Heil fern der Heimat suchen. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge dürften allein im Zeitraum von 2010 bis 2015 per Saldo über 200.000 Menschen dem Westbalkan den Rücken gekehrt haben.[5] Viele Migranten, zu denen besonders junge und besser qualifizierte Menschen gehören, zieht es in die EU.[6]

Abwanderung ist auf dem Westbalkan kein neues Phänomen: Schon in den 1960er Jahren verließen zahlreiche junge Arbeitskräfte über Anwerbeabkommen ihre Heimat, dann flüchteten in den 1990er Jahren Hunderttausende vor Krieg und Gewalt. Nach dem Krieg kehrten zwar viele von ihnen zurück. Doch ein Teil blieb in den Ländern, in denen sie zwischenzeitlich Zuflucht gefunden hatten. Dementsprechend groß ist der Anteil der im Ausland lebenden Bürger der Balkanstaaten: Die Diaspora der sechs Westbalkanstaaten beläuft sich auf 4,5 Millionen Menschen und damit auf ein Viertel der heutigen Gesamtbevölkerung der Region.[7]

Seit 1990 haben die sechs Länder, von denen nur Kosovo kein EU-Beitrittskandidat ist, rund ein Zehntel ihrer Bevölkerung verloren.[8] Bis 2050 könnten die Länder, nicht zuletzt aufgrund der hohen Abwanderung insbesondere junger Menschen, weitere 14 Prozent ihrer derzeitigen Bevölkerung einbüßen.[9] Die niedrigen Nachwuchszahlen von etwa 1,3 Kindern je Frau tragen dazu bei, dass die Bevölkerungen in den Westbalkanstaaten noch schneller schrumpfen. Gleichzeitig altern sie stark: Während heute etwa 15 Prozent der Menschen mindestens 65 Jahre alt sind, dürften es bis zur Mitte des Jahrhunderts bereits 26 Prozent sein.[10] Die wachsende Zahl alter Menschen adäquat zu versorgen, dürfte für die vergleichsweise armen Länder des Westbalkans künftig eine große Herausforderung darstellen.

[*] Diese beiden Länder werden in separaten Kapiteln behandelt.

ALBANIEN

Kein anderes Land des Westbalkans hat in den letzten Jahrzehnten einen so rapiden Fall seiner Geburtenziffer erlebt wie Albanien. Noch in den 1960er Jahren brachten Frauen hier im Schnitt zwischen sechs und sieben Kinder zur Welt – Spitzenwert in Europa.[11] Doch obwohl das damalige sozialistische Regime eine familienfreundliche Politik betrieb und versuchte, hohe Kinderzahlen gezielt zu fördern, halbierte sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bis 1990.[12] Im Jahr 2015 lag die Geburtenziffer mit 1,67 Kindern nur noch knapp über dem EU-Schnitt von 1,58.[13]

Die sinkenden Kinderzahlen haben dazu beigetragen, dass sich die albanische Bevölkerungsstruktur innerhalb von nur zwei Jahrzehnten grundlegend verändert hat: Zwischen 1989 und 2011 halbierte sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren annähernd, während sich die Zahl der über 64-Jährigen nahezu verdoppelte. Nach Jahrzehnten des Wachstums schrumpft die albanische Bevölkerung mittlerweile. Grund dafür ist jedoch nicht nur die geringe Kinderzahl, sondern vor allem die hohe Abwanderung.[14] Durch seine politische und wirtschaftliche Isolation, in die es von seinem langjährigen Staatsführer Enver Hoxha gebracht wurde, hatte Albanien im Gegensatz zu seinen Nachbarländern in den 1970er Jahren keine Abwanderung erlebt. Das änderte sich nach dem Sturz des Regimes 1990: Obwohl Albanien vom Krieg, der auf jugoslawischem Gebiet tobte, verschont blieb, kehrten allein zwischen 1990 und 1995 rund 450.000 Menschen dem wirtschaftlich ruinierten Land den Rücken.[15] Viele zog es nach Griechenland und Italien, wo heute noch ein Großteil der albanischen Diasporabevölkerung lebt. Der Auswanderungstrend hält bis heute an, wenn auch in geringerem Umfang.[16]

Dank des hohen Bevölkerungswachstums der Vergangenheit weist Albanien heute eine günstige Altersstruktur auf: Die Zahl der Erwerbsfähigen in der Bevölkerung ist größer als die der zu versorgenden Kinder und Älteren. Dies könnte theoretisch zu einem wirtschaftlichen Entwicklungsschub beitragen; allerdings nur, wenn es gelingt, Beschäftigungsmöglichkeiten für die erwerbsfähige Bevölkerung zu schaffen und die nachkommenden Generationen gut auszubilden.[17] Bislang spricht jedoch wenig dafür, dass Albanien in der Lage wäre, diesen demografischen Bonus zu nutzen. So ist der Arbeitsmarkt weit davon entfernt, allen Menschen im erwerbsfähigen Alter eine adäquate Beschäftigung zu bieten. Über 40 Prozent der Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig, viele von ihnen in geringqualifizierten Jobs und mit informellen Anstellungsverhältnissen.[18] Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 17 Prozent, unter Jugendlichen ist sie sogar noch höher. Fast die Hälfte aller 15- bis 24-Jährigen geht weder einer Beschäftigung nach, noch ist sie in Ausbildung.[19]

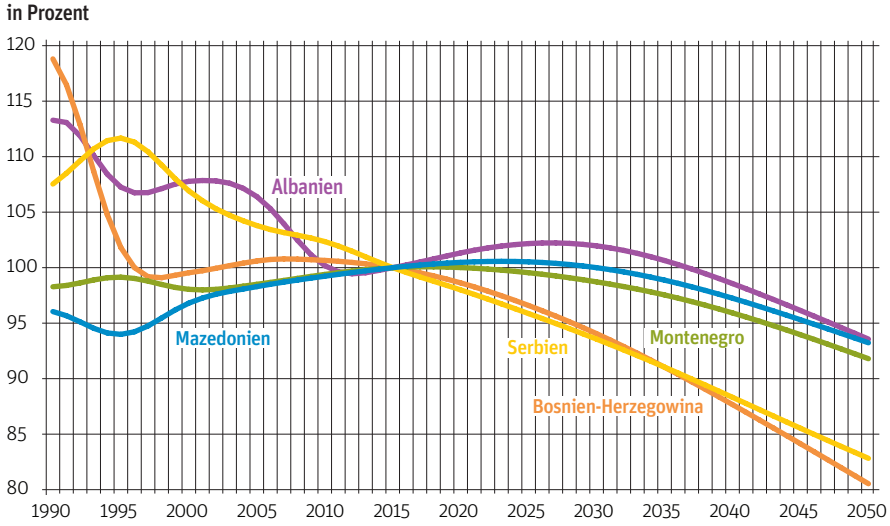
BOSNIEN-HERZEGOWINA

Wie kompliziert das Staatssystem eines Landes mit einer großen ethnischen und religiösen Vielfalt aussehen kann, zeigt sich nirgendwo in Europa so deutlich wie in Bosnien-Herzegowina. Mit rund 3,8 Millionen Menschen zählt das Land kaum mehr Einwohner als Berlin, es verfügt allerdings über drei Präsidenten und drei Sprachen.[20] Das einzige überwiegend muslimisch geprägte Land unter den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens ist zudem in unterschiedliche Einheiten aufgeteilt. Der Gesamtstaat ergibt sich aus den beiden Entitäten Republika Srpska und der Föderation Bosnien-Herzegowina sowie dem Distrikt Brko. Der komplexe Staatsaufbau ist das Ergebnis des „Dayton Abkommens“, das 1995 den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beendete. Ziel des Abkommens war es, ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Konfliktparteien langfristig sicherzustellen. Dies sollte unter anderem durch die gleichberechtigte Aufteilung der politischen Zuständigkeiten gewährleistet werden. Doch was auf den ersten Blick nach einer gerechten Lösung des

Weniger und älter

Seit 1990 ist die Bevölkerung in den meisten Westbalkanländern stark geschrumpft. Bis heute hat Bosnien-Herzegowina fast ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren. Laut Schätzungen der Vereinten Nationen dürfte das Land bis 2050 noch einmal so viele Menschen verlieren, in Serbien dürften es ähnlich viele sein. Albanien, Montenegro und Mazedonien dürften bis zur Mitte des Jahrhunderts knapp ein Zehntel ihrer Bevölkerung verlieren. Geringe Kinderzahlen und die Abwanderung vieler Menschen im erwerbsfähigen Alter führen gleichzeitig dazu, dass der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung steigt. Bis 2050 dürfte rund ein Viertel der Bevölkerung in den Westbalkanländern über 64 Jahre alt sein.

Bevölkerungsentwicklung in den Westbalkanstaaten, 1990-2050 (Index: 2015=100 Prozent, Projektionen ab 2015)*
(Datengrundlage: Vereinte Nationen[70])



* Kosovo wird in den UN-Prognosen als Teil Serbiens eingerechnet.

Konflikts zwischen muslimischen Bosniaken, orthodoxen Serben und katholischen Kroaten klingt, zeigt sich in der Praxis bis heute als Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung und eine gesellschaftliche Aussöhnung.[21]

Die umständliche politische Struktur schlägt sich unter anderem im Bildungssektor nieder. Die Föderation Bosnien-Herzegowina und die Republika Srpska organisieren das Bildungssystem jeweils auf ihre eigene Art mit unterschiedlichen Lehrplänen. In Fächern wie Geschichte oder Gemeinschaftskunde variieren die unterrichteten Inhalte häufig entsprechend der ethnischen Prägung in der Region.[22] Das trägt dazu bei, dass Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen erhalten bleiben.[23] Auch bei den Schülern scheint das uneinheitliche Bildungssystem für Frust zu sorgen: Mit über 26 Prozent weist Bosnien-Herzegowina unter den Westbalkanländern den höchsten Anteil an Jugendlichen auf, die vorzeitig die Schule abbrechen.[24]

Auf dem Arbeitsmarkt haben es junge Menschen in Bosnien-Herzegowina ebenfalls schwer. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit rund 62 Prozent höher als in jedem anderen Land der Region.[25] Neben der schlechten wirtschaftlichen Situation – 2015 lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bei nur 28 Prozent des EU-Schnitts – und dem mangelhaften Bildungssystem, ist die geringe Mobilität auf dem Arbeitsmarkt dafür mitverantwortlich.[26] Denn auch das Arbeits- und Steuerrecht unterscheidet sich in den verschiedenen Verwaltungseinheiten des Landes, was es für Arbeitssuchende schwierig macht, für eine passende Stelle in einen anderen Teil des Landes umzuziehen. So bleiben trotz hoher Arbeitslosigkeit viele Stellen unbesetzt.[27] Besonders junge und gut qualifizierte Arbeitskräfte zieht es deshalb bei der Jobsuche ins Ausland: Neun von zehn Bosniern zwischen 16 und 25 Jahren sind nach eigenen Angaben bereit, ihr Land zu verlassen, um anderswo einer Arbeit nachzugehen und die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern.[28]

KOSOVO

Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 hätte es soweit sein können. Zehn Jahre nach seiner Unabhängigkeit von Serbien hatte Kosovo erstmals die Chance, Teilnehmer des größten Fußballfestes der Welt zu sein. Und das, obwohl der junge Staat von einigen Ländern (auch innerhalb der EU) noch immer nicht als unabhängig anerkannt wird. Das erste Heimspiel der schlussendlich erfolglosen Qualifikation bestritt Kosovo im Oktober 2016 allerdings im albanischen Shkodra statt auf kosovarischem Boden.[29] Denn der jüngste und ärmste der Westbalkanstaaten verfügt über kein geeignetes Stadion.

Bereits als Teil Jugoslawiens war Kosovo die ärmste Region des Landes. Nach dem Krieg mit Serbien 1998/99, der erst durch den Eingriff der Nato beendet werden konnte, war das teilweise zerstörte Land in hohem Maße auf ausländische Hilfe angewiesen. Zwischen 1999 und 2005 flossen über drei Milliarden Euro von unterschiedlichen internationalen Akteuren wie den Vereinten Nationen und der EU nach Kosovo.[30] Während die humanitären Auslandshilfen nach dem Krieg für hohe Wachstumsraten sorgten, spielen heute andere Zahlungen eine wichtigere Rolle: die Rücküberweisungen der im Ausland lebenden Bevölkerung. 2015 lag ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt bei rund 17 Prozent – Höchstwert unter den Westbalkanländern.[31] Doch wie in den anderen Ländern auch, beflügeln die Rücküberweisungen überwiegend den privaten Konsum und fördern keine strategischen Investitionen.[32] So erreichte das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2014 nur rund ein Zehntel des EU-Schnitts.[33]

Aus demografischer Sicht unterscheidet sich Kosovo in einem Punkt grundlegend von seinen Nachbarn: Als einziges Land der Region liegt die Geburtenziffer hier noch bei mehr als zwei Kindern je Frau. Die durchschnittlich 2,2 Kinder, die kosovarische Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen, bedeuten sogar europäischen Rekord.[34] Die hohen Kinderzahlen bescherten dem Land bis zum Ausbruch des Kosovokrieges ein entsprechendes Bevölkerungswachstum. Nach dem Krieg, in dem tausende Menschen getötet und vertrieben wurden, fiel dieses Wachstum deutlich geringer aus.[35] In den Jahren 2015 und 2016 schrumpfte die Bevölkerung sogar, weil immer mehr Menschen abwanderten.[36]

Arbeitslosigkeit, Korruption und Armut sind in Kosovo, ähnlich wie auch in anderen Westbalkanländern, wichtige Gründe dafür, dass viele Menschen ihr Glück im Ausland suchen. Die meisten Kosovaren hat es in jüngster Vergangenheit nach Deutschland gezogen, wo rund zehn Prozent der kosovarischen Bevölkerung leben.[37] Anteilig an seiner Gesamtbevölkerung verlor Kosovo im Jahr 2015 durch Abwanderung so viele Einwohner wie kein anderes Land der Welt, nämlich drei Prozent.[38] Viele von ihnen gingen in die EU – und versuchten über das Asylverfahren ein Bleiberecht zu erhalten. Die Zahl der Asylanträge aus dem Kosovo stieg 2015 in der EU auf über 72.000 – fünfmal mehr als noch 2010.[39] Über die Hälfte der Anträge wurde in Deutschland gestellt. Die Chancen auf Anerkennung sind für Kosovaren, wie auch für andere Westbalkanbewohner, jedoch verschwindend gering: 2015 lag die Schutzquote für Asylsuchende aus Kosovo, Albanien und Serbien in Deutschland bei annähernd null Prozent.[40] Inzwischen gilt Kosovo wie auch Albanien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien in Deutschland als sicherer Herkunftsstaat.

MONTENEGRO

Mit gerade einmal 622.000 Einwohnern ist Montenegro in puncto Bevölkerung das kleinste der sechs Westbalkanländer. Selbst das flächenmäßig kleinere Kosovo zählt dreimal so viele Einwohner. Allerdings ist Montenegro, das erst 2006 seine Unabhängigkeit von Serbien erlangte, das wohlhabendste unter den sechs Ländern der Region. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt mit jährlich 5.400 Euro etwa 1.000 bis 2.000 Euro höher als in den anderen fünf Westbalkanstaaten. Selbst dies ist jedoch weniger als in den ärmsten EU-Ländern Rumänien und Bulgarien.[41]

Doch die Wirtschaft Montenegros wächst – im Jahr 2015 um 3,4 Prozent.[42] Gründe hierfür sind vor allem Investitionen in die Infrastruktur und den Tourismus. Letzterer spielt eine immer größere ökonomische Rolle, da der kleine Staat an der Adria besonders in den Sommermonaten als Urlaubsziel beliebt ist. 2015 verzeichnete Montenegro einen Besucherrekord von 1,7 Millionen überwiegend ausländischen Gästen.[43]

Die im Vergleich zu den anderen Westbalkanländern gute Situation dürfte auch die Ursache dafür sein, dass Montenegro im Gegensatz zu seinen Nachbarn ein Migrationsziel für ausländische Arbeitskräfte ist. Das kleine Land weist mit acht Prozent einen relativ hohen Anteil ausländischer Beschäftigter auf. In Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina liegt der Anteil bei weniger als einem halben Prozent.[44] Besonders Saisonarbeiter aus Serbien und Bosnien-Herzegowina finden in Montenegro im Tourismus, dem Baugewerbe oder der Landwirtschaft eine Beschäftigung.[45] Unterm Strich wandern jedoch mehr Menschen aus Montenegro ab als zu.[46] Die im regionalen Vergleich hohe Zuwanderung kann damit nicht verhindern, dass auch Montenegros Bevölkerung in Zukunft schrumpfen wird. Zudem liegt die Geburtenziffer mit 1,74 Kindern je Frau nur geringfügig über dem Niveau der meisten anderen Westbalkanstaaten.[47]

MAZEDONIEN

Mazedonien plagt aus demografischer Sicht das gleiche Problem wie viele andere Länder Europas: Es werden zu wenige Kinder geboren. Mit durchschnittlich 1,46 Kindern bekommen Frauen in Mazedonien deutlich weniger Nachwuchs als der Schnitt der EU.[48] Die mazedonische Regierung versucht deshalb Anreize für Paare zu schaffen, mehr Kinder zu bekommen. Seit 2008 zahlt sie Familien, wenn sie ein drittes Kind bekommen, monatlich 120 Euro für zehn Jahre.[49] Tatsächlich ist die Geburtenziffer in Montenegro – ausgehend von 1,40 Kindern je Frau in 2008 – leicht angestiegen.[50] Ob dies allerdings in Zusammenhang mit dem Regierungsprogramm steht, ist unklar. Auch ist der Anstieg regional höchst ungleich verteilt: In der Hauptstadt Skopje ist die Geburtenziffer seit Beginn des Programms von 1,6 auf 1,8 gestiegen. Im Rest des Landes, wo Frauen durchschnittlich weniger Kinder bekommen, ist sie dagegen weitgehend unverändert geblieben.[51]

Die Frage der künftigen demografischen Entwicklung und den damit verbundenen Herausforderungen, dürfte in den politischen Diskussionen in Mazedonien aktuell eher im Hintergrund stehen. Denn seit der sogenannten Abhöraffäre, durch die 2015 korrupte Machenschaften von Regierungspolitikern aufgedeckt wurden, befindet sich das Land in einer politischen Krise. Wegen Interessenskonflikten zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen, kam es erst drei Jahre nach den Parlamentswahlen 2014 zu einer Regierungsbildung.[52] Laut dem letzten Zensus von 2002 leben in dem ethnisch gespaltenen Land neben Mazedoniern (64 Prozent) und ethnischen Albanern (25 Prozent) auch Türken, Roma und andere Minderheiten (6 Prozent).[53]

Die politischen Unruhen und anhaltenden Demonstrationen sind auch für die EU problematisch, nicht zuletzt aufgrund der Bedeutung Mazedoniens als Transitland für Flüchtlinge mit dem Ziel EU. Nach Schätzungen der UN durchquerten 2015 rund 750.000 Geflüchtete das Land auf dem Weg nach Serbien.[54] Seit Mazedonien im August 2015 den Ausnahmezustand ausgerufen und im Frühjahr 2016 die Grenze zu Griechenland geschlossen hat, hat sich die Lage jedoch beruhigt. Ende Februar 2017 befanden sich offiziell nur noch 95 Flüchtlinge in Mazedonien.[55]

SERBIEN

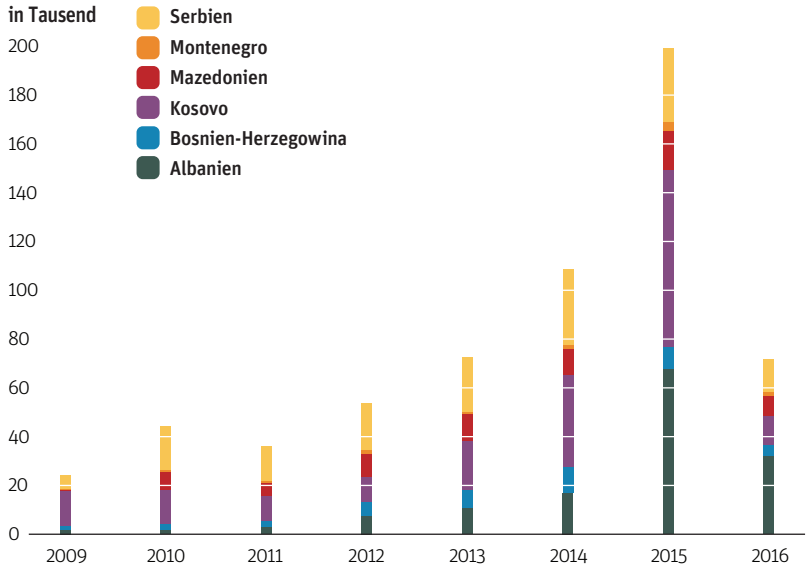
Zum Jahrtausendwechsel war Serbien ein von Krieg, Bombardierungen und Wirtschaftssanktionen gezeichnetes Land. Das Bruttoinlandsprodukt erreichte im Jahr 2000 nur noch die Hälfte des Werts von 1989.[56] Nach dem Krieg setzte in Serbien zwar ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, mit Wachstumsraten von durchschnittlich 6,5 Prozent zwischen 2000 und 2005.[57] Dieser Aufwärtstrend wurde jedoch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wieder ausgebremst. Innerhalb kurzer Zeit gingen tausende Arbeitsplätze verloren: 2012 zählte Serbien 600.000 Erwerbsverhältnisse weniger als noch 2008; auch 2015 lag das Beschäftigungsniveau noch niedriger als vor der Krise.[58]

Mit dem Ende des Sozialismus wurde in Serbien ein Strukturwandel eingeläutet, der sich im Zuge der Krise weiter fortsetzte. Vor 1990 galt die Region als Zentrum des jugoslawischen Maschinenbaus. Heute ist die einst gut ausgebaute Industrie veraltet, kaum noch wettbewerbsfähig und verliert zunehmend an Bedeutung. Stattdessen wird der Dienstleistungssektor zum Motor der Wirtschaft.[59] Seit dem Jahr 2000 stieg der Beitrag des Sektors an der Bruttowertschöpfung um 14 Prozentpunkte und lag 2015 bei über 60 Prozent.[60] Durch den Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors sind auf dem Arbeitsmarkt

Mehr Asylgesuche durch Visafreiheit

Seit 2009 gewährt die EU den Bürgern Mazedoniens, Montenegros und Serbiens eine Visafreiheit, mit der sie sich bis zu 90 Tage im Schengen-Raum bewegen können. Für Albanien und Bosnien-Herzegowina gilt diese Liberalisierung seit 2010. Da die Neuregelung die Einreise in die EU vereinfacht hat, sind auch die Asylantragszahlen aus den Westbalkanländern in den Jahren nach der Einführung gestiegen.[72] Obwohl Kosovo als einziges Land keine Visafreiheit genießt, stellten 2015 mehr Kosovaren als in den vorangegangenen Jahren einen Antrag auf Asyl in der EU. Ihnen wurde durch die Vermittlungsleistungen der EU die Einreise erleichtert: Im Rahmen des Normalisierungsprozesses zwischen Serbien und Kosovo gewährte die serbische Regierung Kosovaren eine visumsfreie Einreise, woraufhin Zehntausende über die Anfang 2015 noch ungesicherte serbisch-ungarische Grenze in die EU einreisten.[73]

Anzahl der in der EU gestellten Asylanträge nach Herkunftsland, 2009-2016
(Datengrundlage: Eurostat[71])



zunehmend andere Fachkenntnisse gefragt als zuvor.[61] Da die besser gebildete Jugend Serbien häufig verlässt, werden Fachkräfte im Land zunehmend knapp. So sind rund 15 Prozent der exportorientierten Unternehmen in Serbien der Meinung, dass der Fachkräftemangel ein Hindernis für ihren unternehmerischen Erfolg darstellt.[62]

Eine weitere Ursache der Fachkräfteknappheit ist die geringe Bildungsqualität. Formal weist Serbien unter den Westbalkanländern zwar einen vergleichsweise guten Bildungsstand auf – fast jeder vierte Jugendliche hat hier eine Hochschule und jeder zweite eine weiterführende Schule absolviert.[63] Allerdings lassen die erlernten Fähigkeiten häufig zu wünschen übrig. Sowohl Unternehmer als auch Schulabsolventen sind der Meinung, dass das serbische Bildungssystem die Schüler nicht mit den notwendigen persönlichen und sozialen Kompetenzen ausstattet, die sie auf dem Arbeitsmarkt brauchen.[64] So liegt die Arbeitslosigkeit selbst unter Hochschulabsolventen mit rund 33 Prozent vergleichsweise hoch.[65] Dabei spielt auch eine Rolle, dass viele Studenten Fächer wählen, die auf dem Arbeitsmarkt kaum nachgefragt werden, etwa Sozial-, Geistes- und Verwaltungswissenschaften. Die schlechten Perspektiven für Akademiker führen häufig dazu, dass Hochschulabsolventen Berufe unterhalb ihres Qualifikationsniveaus ausüben. In Serbien trifft das auf rund 19 Prozent der Absolventen zu.[66]

Wie im Rest Europas finden sich auch in Serbien Arbeitsplätze für höher Qualifizierte, wenn überhaupt, in den Städten. Viele zieht es dementsprechend in die urbanen Zentren des Landes, allen voran nach Belgrad. Die ländlichen Regionen im Süden und Osten verlieren dagegen rapide an Bevölkerung.[67] Gerade dort wird die Bevölkerung zudem älter, was nicht nur die Wirtschaft schwächt, sondern auch zu Versorgungsproblemen führt. Die Alterung stellt in Serbien ein größeres Problem dar als in den übrigen Ländern des Westbalkans. Denn hier leben heute schon mehr Menschen über 64 Jahre, die es zu versorgen gilt, als junge Menschen unter 15 Jahre. In allen anderen Westbalkanländern ist das Verhältnis noch umgekehrt.[68] Die Last der zu versorgenden Älteren dürfte in Zukunft noch deutlich zunehmen: Während heute in Serbien jedem potenziellen Ruheständler über 64 Jahren etwa vier Erwerbsfähige gegenüberstehen, dürften es bis 2050 nur noch zwei sein.[69]

INDIKATOREN UND METHODE

Wie stehen die Regionen Europas demografisch dar? Welche Perspektiven bieten sich ihnen für die Zukunft? Über welche wirtschaftliche Grundlage verfügen sie, um mit absehbaren demografischen Herausforderungen umzugehen?

Um diese Fragen zu beantworten, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung acht Indikatoren aus den Bereichen Demografie und Wirtschaft ausgewählt und einen Index errechnet, der sich aus zwei Teilindizes der genannten Bereiche zusammensetzt. Die Resultate verdeutlichen, wie eng demografische und ökonomische Entwicklungen in Europa verflochten sind. Sie veranschaulichen auch, welche Regionen besser dastehen als andere beziehungsweise das Potenzial haben, Herausforderungen zu meistern. Die statistische Analyse nimmt eine überwiegend ökonomische Perspektive ein, da die Auswirkungen auf Wirtschaftskraft und Sozialsysteme zu den öffentlich am meisten diskutierten Folgen demografischer Entwicklungen zählen und gut messbar sind. In den einzelnen Kapiteln der Studie widmen wir uns aber auch anderen Konsequenzen des demografischen Wandels, etwa Fragen zur Integration von Zuwanderern und deren Kindern oder auch zur Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen.

Gegenstand der Analyse sind die 290 Nuts-2-Regionen Europas, für die vergleichbare Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat vorliegen. Dies sind alle Regionen der EU, sowie Norwegens, Islands und der Schweiz.[1] Die Abkürzung Nuts steht für *Nomenclature des unités territoriales statistiques* und gliedert den Kontinent in räumliche Einheiten. Die oberste Ebene, Nuts-0, bezeichnet die verschiedenen Staaten. Nuts-1 ist die größte sub-nationale Einheit und umfasst in Deutschland die 16 Bundesländer. Die betrachtete Nuts-2-Ebene ist hierzulande lose an die sogenannten Regierungsbezirke angelehnt und umfasst in Deutschland 38 Regionen. Die Nuts-3-Ebene schließlich ist die kleinteiligste Gliederung. Sie entspricht in Deutschland der Kreisebene. Die Analyse bezieht sich auf die aktuelle Nuts-2013-Klassifikation, die seit Beginn 2015 gültig ist.

Die Auswahl der Indikatoren erfolgte auf Basis von theoretischem Wissen zu Demografie und Ökonomie. Es wurde jeweils der letzte verfügbare Wert ausgewählt. Im Bereich Demografie wurden die Zusammengefasste Geburtenziffer von 2015, die Lebenserwartung bei Geburt aus demselben Jahr, der Wanderungssaldo je 1.000 Einwohnern (um Sondereffekte wie etwa die Flüchtlingszuwanderung 2015 auszuschalten im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015) sowie der Anteil der mindestens 65-Jährigen je 100 Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren aus dem Jahr 2016 betrachtet. Die drei ersten Indikatoren sind die Hauptparameter der Demografie und die in ihnen enthaltenen Informationen Grundlage jeder Bevölkerungsvorausberechnung. Die Altersstruktur der Bevölkerung, hier der Anteil älterer Menschen, liefert zusätzliche Informationen zu vergangenen Entwicklungen, etwa besonders drastischen Geburteneinbrüchen, sowie zum Kräfteverhältnis der Altersgruppen innerhalb einer Region. Mit ihr lassen sich beispielsweise Aussagen über die Belastung von Sozialsystemen treffen.

Im Bereich Wirtschaft wurde zunächst das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner des Jahres 2015 als wichtigster Indikator zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zum Wohlstand ausgewählt. Es wird in Euro und logarithmiert gemessen. Auf eine Umrechnung in Kaufkraftstandards wurde verzichtet, da so tatsächlich bestehende Unterschiede durch unterschiedliche Preisniveaus teilweise nivelliert würden. Bei einer Untersuchung zur Lebensqualität in verschiedenen Regionen böte sich dies an, nicht aber bei einer Untersuchung zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ein zweiter Indikator im Bereich Wirtschaft ist die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen von 2016. Sie beschreibt, wie gut es den Regionen gelingt, ihre Bevölkerungen am Erwerbsleben teilhaben zu lassen beziehungsweise wie effektiv sie das ihnen zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotenzial nutzen.

Ein dritter Indikator, der Bildungsstand der Bevölkerung des Jahres 2016, beschreibt, über welche Fähigkeiten und Kenntnisse diese Arbeitskräfte verfügen. Er ist ein Abbild des Status Quo und gleichzeitig ein Zukunftsindikator, da das Ausbildungsniveau einer Bevölkerung maßgeblich darüber mitentscheidet, welche Zukunftsperspektiven sich einer Volkswirtschaft bieten. Uns ist bewusst, dass Bildung viel mehr ist, als die Summe der ökonomisch verwertbaren Qualifikationen. In der vorliegenden Analyse wird Bildung dennoch dem Bereich Wirtschaft zugeordnet, da uns dieser Aspekt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels besonders interessiert. Der Bildungsindikator beschreibt den Anteil der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren mit einem Abschluss, der mindestens einem Niveau von ISCED-3 entspricht.

Dies ist in Deutschland eine berufliche Ausbildung, das Abitur oder ein Hochschulabschluss. Schließlich wird beim Bereich Wirtschaft auch die Zahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt je einer Million Erwerbspersonen zu Rate gezogen. Sie bildet ab, wie innovativ eine Volkswirtschaft ist und ist damit ebenfalls ein Zukunftsindikator. Die letzten verfügbaren Daten zu Patentanmeldungen stammen aus dem Jahr 2012. Wir haben sie trotzdem verwendet, da sich hier in der Vergangenheit keine rapiden Schwankungen gezeigt haben.

Für einige Regionen waren bei unterschiedlichen Indikatoren Werte aus dem jeweils betrachteten Jahr noch nicht verfügbar. In diesen Fällen haben wir die neuesten verfügbaren Werte ausgewählt.

Der Index wurde wie folgt berechnet: Zunächst wurden alle Indikatoren mittels einer z-Standardisierung normalisiert. Dadurch erhielten sie eine gemeinsame Skala und unterschiedliche Gewichtungen aufgrund der verschieden starken Variation innerhalb der Indikatoren wurden vermieden. Der normalisierte Wert beschreibt, um wie viele Standardabweichungen eine Region bei dem jeweiligen Indikator über oder unter dem Schnitt aller Regionen liegt. Ein höherer Wert spiegelt dabei jeweils einen besseren Zustand wider als ein niedriger. Um diesen Zusammenhang für alle Indikatoren abzubilden, musste die Kennziffer zur Alterung mit -1 multipliziert werden. In einem zweiten Schritt wurde der Mittelwert der standardisierten Indikator-Werte berechnet – für alle Indikatoren sowie separat für die Bereiche Demografie und Wirtschaft. Anhand dieser Werte lassen sich die untersuchten Regionen in eine Rangfolge, den errechneten Index, bringen.

Der fertige Index bietet dem Leser eine Orientierung, um demografische und wirtschaftliche Entwicklungen in Europa einzuordnen und sie zueinander in Beziehung zu setzen. Er zeigt, welche Regionen vor größeren demografischen Herausforderungen stehen als andere, aber auch, welches Potenzial sie haben, um mit diesen Herausforderungen umzugehen. Er ist keinesfalls die einzige Möglichkeit, die Regionen Europas hinsichtlich ihrer demografischen Lage zu untersuchen. Andere Indikatoren hätten – genau wie methodische Abwandlungen – ein leicht verändertes Ergebnis hervorrufen können. Die auf dem Kontinent ersichtlichen Gesamttrends wären jedoch die gleichen geblieben. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es mitunter schwer ist, im Fall einer einzelnen Region zu sagen, ob sie besser oder schlechter als eine andere Region ist, haben wir bei der grafischen Darstellung der Ergebnisse Regionen-Gruppen gebildet. Dabei haben wir uns am Wert der durchschnittlichen Standardabweichung orientiert und die Gruppen in 0,25er-Schritten voneinander abgegrenzt. Die beste Gruppe umfasst alle Regionen mit einem Index-Wert von 0,75 oder besser, die schlechteste alle Regionen mit einem Wert von -0,75 oder schlechter.

Die Info-Kästen

Am Anfang aller Länderkapitel bieten Info-Kästen grundlegende Informationen zu demografischen und wirtschaftlichen Themen. Die in ihnen dargestellten Daten berufen allesamt auf Angaben der Eurostat-Datenbank. Einzige Ausnahme ist die Schweiz. Hier beruhen die Bevölkerungsvorausberechnungen sowie die Arbeitslosigkeit auf Angaben des Schweizer Bundesamts für Statistik. Die Werte sind daher nicht direkt mit jenen der anderen Länder vergleichbar.

QUELLEN

Vorwort

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.

Gesamtüberblick

[1] Slupina, M., Damm, T. & Klingholz, R. (2016). Im Osten auf Wanderschaft. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

[2] Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017). Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder. Bonn.

Bevölkerungsentwicklung

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.

[2] Vgl. Endnote 1.

[3] Vgl. Endnote 1.

[4] Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008). Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

[5] Sievert, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2012). Nach Punkten vorn – Was Deutschland von der Zuwanderungs- und Integrationspolitik Kanadas lernen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

[6] Vgl. Endnote 4.

[7] Vgl. Endnote 1.

[8] Vgl. Endnote 1.

[9] Basten, S. & Frejka, T. (2015). Fertility and Family Policies in Central and Eastern Europe. University of Oxford. Barnett Papers in Social Research. Working Paper 15-01.

[10] Vgl. Endnote 1.; Vereinte Nationen (2017). World Population Prospects, the 2015 Revision. New York.

[11] Vgl. Endnote 4.

[12] Statistisches Bundesamt (2016). Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis 2015. http://bit.ly/1xB61Fl

[13] Vgl. Endnote 1.

[14] Vgl. Endnote 1.

[15] Statistisches Bundesamt (2016). Daten per Email zur Verfügung gestellt. Wiesbaden.

[16] Vgl. Endnote 1.

[17] Vgl. Endnote 1.

[18] Vgl. Endnote 1.

[19] Destatis (2016). Online-Datenbank. Wiesbaden.; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017). Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe: Februar 2017. Nürnberg.

[20] Vgl. Endnote 1.

[21] Vgl. Endnote 1.

[22] Vgl. Endnote 1.

[23] Vgl. Endnote 1.; Daten zu Serbien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und Montenegro (nur 1990) auf Grundlage von Vereinte Nationen (2017). World Population Prospects, the 2015 Revision. New York.

Kinder und Familie

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.

[2] Vgl. Endnote 1.

[3] Hoorens, S., Clift, J., Staetsky, L., Janta, B., Diepeveen, S., Morgan Jones, M. & Grant, J. (2011). Low fertility in Europe. Is there still reason to worry? Santa Monica: RAND Europe.

[4] Vgl. Endnote 1.

[5] Hoem, J.H. (2008). The impact of public policies on European fertility. Demograhic Research, 19, 249 – 260.

[6] Statistisches Bundesamt (2013). Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland. 2012. Wiesbaden.

[7] Vgl. Endnote 1.

[8] Vgl. Endnote 1.; Vgl. Endnote 6.

[9] Lestaeghe, R. (2014). The second demographic transition: A concise overview of its development. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 111, 18,112 – 18,115.

[10] Vgl. Endnote 1.

[11] Vgl. Endnote 3.

[12] Vgl. Endnote 3.

[13] Kohler, H.-P., Billari, F.C. & Ortega, J.A. (2002). The Emergence of Lowest-Low Fertility in Europe During the 1990s. Population and Development Review, 28, 641 – 680.

[14] Vgl. Endnote 5.

[15] Vgl. Endnote 3.; Thévenon, O. & Neyer, G. (2014). Family policies and their influence in fertility and labour market outcomes. In: Thévenon, O. & Neyer, G. (Hrsg.), Family policies and diversity in Europe: The state-of-the-art regarding fertility, work, care, leave, laws and self-sufficiency, pp. 2 – 13. Families and Societies, Working Paper Series 7(2014).

[16] Vgl. Endnote 3.

[17] Basten, S. & Frejka, T. (2015). Fertility and Family Policies in Central and Eastern Europe. University of Oxford. Barnett Papers in Social Research. Working Paper 15-01.

[18] Vgl. Endnote 1.

[19] Goldstein, J.R., Kreyenfeld, M., Jasilioniene, A. & Karaman Örsal, D. (2013). Fertility reactions to the „Great Recession" in Europe: Recent evidence from order-specific data. Demographic Research, 29, 85 – 104.; Vgl. Endnote 1.

[20] Vgl. Endnote 1.

[21] Burkimsher, M. (2015). Europe-wide fertility trends since the 1990s: Turning the corner from declining first birth rates. Demographic Research, 32, 621 – 656.; Vgl. Endnote 3.

[22] Goldstein, J., Sobotka, T. & Jasilioniene, A. (2009). The End of „Lowest-Low" Fertility? Population and Development Review, 35, 663 – 699.; Vgl. Endnote 3.

[23] Sobotka, T. (2008). The rising importance of migrants for childbearing in Europe. Demographic Research, 19, 225 – 258.

[24] Vgl. Endnote 1.; Vereinte Nationen (2017). World Population Prospects, the 2015 Revision. New York.

[25] Vgl. Endnote 1.

[26] Vgl. Endnote 1.

Binnenwanderung

[1] Europäische Kommission (2012). Die Europäische Bürgerschaft. Standard-Eurobarometer 77, Frühjahr 2012. Brüssel.

[2] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.

[3] Gáková, Z., Dijkstra, L. (2008). Labour Mobility between the Regions of the EU-27 and a Comparison with the USA. European Union Regional Policy, Regional Focus No. 02/2008.; Molloy, R., Smith, C. L., Wozniak, A. (2011). Internal Migration in the United States. Journal of Economic Perspectives, 25, 173–196.

[4] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013). Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Berlin.

[5] Vgl. Endnote 6.

[6] Eurostat (2016). Statistics Explained. Statistiken zu Wanderungsströmen und Migrantenbevölkerung. Luxemburg.

[7] Migration Policy Institute (2013). How Free is Free Movement? Dynamics and Drivers of Mobility Within the European Union. http://bit.ly/VmitIH

[8] Vgl. Endnote 2.

[9] Vgl. Endnote 2.

[10] Neubecker, N., Fratzscher, M., Linckh, C. (2014). Migration in der Europäischen Union. DIW Wochenbericht Nr. 30/2014, 711 – 722.

[11] Vgl. Endnote 2.

[12] European Commission (2010). Geographical and labour market mobility. Special Eurobarometer 337. Brüssel.

[13] Sriskandarajah, D. & Drew, C. (2006). Brits abroad: mapping the scale and nature of British emigration. London: Institute for Public Policy Research.

[14] Migration Policy Institute (2011). Free Movement in Europa: Past and Present. http://bit.ly/1UlUnVe

[15] Focus Migration (2013). Bewegt die Krise? EU-Binnenmigration und wirtschaftliche Disparitäten in Europa. Kurzdossier Nr. 20.

[16] Vgl. Endnote 12.

[17] Europäische Kommission (2011). Bericht der Kommission an den Rat über die Anwendung der Übergangsregelungen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien. Brüssel.

[18] Vgl. Endnote 17.; Vgl. Endnote 19.; Eurostat (2012). Nearly two-thirds of the foreigners living in EU Member States are citizens of countries outside the EU-27. Statistics in Focus 31/2012. Luxemburg.

[19] Bertoli, S., Brücker, H., Fernández-Huertas Moraga, J. (2013). The European Crisis and Migration to Germany: Expectations and the Diversion of Migration Flows. IZA Discussion Paper No. 7170.

[20] Statistisches Bundesamt (2017). Wanderungen – Fachserie 1 Reihe 1.2 – 2010 bis 2015. Wiesbaden.

[21] Vgl. Endnote 12.

[22] Koehler, J., Laczko, F., Aghazarm, C. & Schad, J. (2010). Migration and the Economic Crisis in the European Union: Implications for Policy. Brüssel: IOM.

[23] Hurley, J. (2014). Labour Mobility Within the EU: The Real Picture. http://bit.ly/2tjOhmn

[24] Chaloff, J., Jauer, J., Liebig, T., Puhani, P. (2012). Free Labour Mobility and Economic Shocks: The Experience of the Crisis. In: OECD (Hrsg.). Free Movement of Workers and Labour Market Adjustment: Recent Experiences from OECD Countries and the European Union, Kapitel 2, S. 71-106, S. 91.

[25] Bonin, H. et al. (2008). Geographic Mobility in the European Union: Optimising its Social and Economic Benefits. Gemeinsame Expertise mit NIRAS Consultants und AMS für die Europäische Kommission. IZA Research Report No. 19, 69.

[26] Vgl. Endnote 6.

[27] Allen, W. (2016). A Decade of Immigration in the British Press. Migration Observatory Report, COMPAS, University of Oxford.

[28] Pape, U. (2013). Deutschland: Städtetag thematisiert „Armutsmigration" aus Südosteuropa. Bundeszentrale für politische Bildung. http://bit.ly/2uhcjvx

[29] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013). Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Berlin.

[30] Barslund, M., Busse, M. & Schwarzwälder, J. (2015). Labour Mobility in Europe: An Untapped Resource? CEPS Policy Brief No. 327. Brüssel.

[31] European Citizen Action Service (2014). Fiscal Impact of EU Migrants in Austria, Germany, the Netherlands and the UK. Brüssel. http://bit.ly/2uh92wj

[32] Vgl. Endnote 1.

[33] Die Bundesregierung (2016). Sozialleistungen für EU-Ausländer. http://bit.ly/2sSyLvi

[34] Vgl. Endnote 2.

[35] Vgl. Endnote 2.

[36] Vgl. Endnote 2.

Außenwanderung

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.

[2] Vgl. Endnote 1.

[3] Vgl. Endnote 1.

[4] Vgl. Endnote 1.

[5] Europäisches Parlament & Europäischer Rat (2013). Verordnung (EU) Nr. 604/2013. http://bit.ly/2tjrhng

[6] Focus Migration (2014). Länderprofil Griechenland. http://bit.ly/2tWDBrz

[7] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015). Less than Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015. Berlin.

[8] Europäische Kommission (2015). European Commission Statement following the decision at the Extraordinary Justice and Home Affairs Council to relocate 120,000 refugees. Press Release 22 September 2015. Brüssel.

[9] Europäische Kommission (2017). Relocation and Resettlement – State of Play. 12 April 2017. http://bit.ly/2sSTOOe

[10] European Asylum Support Office (2012). EASO fact finding report on intra-EU relocation activities from Malta. http://bit.ly/1Xnu88x

[11] Eigene Berechnungen auf Grundlage von ESS Round 7: European Social Survey Round 7 Data (2014). Data file edition 2.1. NSD - Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC.

[12] Europäische Kommission (2017). EU-Turkey Statement. One Year on. http://bit.ly/2nJF55v

[13] Dutch Council for Refugees (2016). The implementation of the hotspots in Italy and Greece. A study. http://bit.ly/2tx5dXa

[14] Vgl. Endnote 9.

[15] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015). Sicherer Zugang. Die humanitären Aufnahmeprogramme für syrische Flüchtlinge in Deutschland. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2015-1. Berlin.

[16] OECD (2011). Recruiting Immigrant Workers: Sweden 2011. OECD Publishing. http://bit.ly/2udLRml

[17] Der Rat der Europäischen Union (2009). Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung. http://bit.ly/2s0Zc01

[18] Vgl. Endnote 1.

[19] Vgl. Endnote 1.

[20] Vgl. Endnote 11.

Alterung & Sozialsysteme

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.

[2] Our World in Data (o.J.). Online-Datenbank. http://bit.ly/1Q4KArf

[3] Vgl. Endnote 3.
[4] Vgl. Endnote 3.
[5] Sievert, S., Sacharow, S. & Klingholz, R. (2011). Die schrumpfende Weltmacht. Die demografische Zukunft Russlands und der anderen postsowjetischen Staaten. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
[6] Vgl. Endnote 3.
[7] Vgl. Endnote 3.
[8] Vgl. Endnote 3.
[9] Vgl. Endnote 3.
[10] Europäische Kommission (2015). The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060). Brüssel.
[11] Vgl. Endnote 10.
[12] Vgl. Endnote 3.
[13] Gleiniger, F., Schwalke, J. & Stotz, S. (2012). Rentenalter in den EU-Staaten. Berlin: Europa-Kontakt Informations und Verlagsgesellschaft mbH.
[14] Europäische Kommission (2012). Weissbuch. Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten. Brüssel. http://bit.ly/2sQOdvb
[15] Lassila, J., Määttänen, N. & Valkonen, T. (2014). Linking retirement age to life expectancy – what happens to working lives and income distribution? Finnish Centre for Pensions, Reports 02/2014. http://bit.ly/2sghwao
[16] Sievert, S., Berger, U., Kröhnert, S. & Klingholz, R. (2012). Produktiv im Alter. Was Politik und Less thannehmen von anderen Ländern lernen können. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
[17] OECD (2015). Ageing and Employment Policies – Statistics on average effective age of retirement. http://bit.ly/1eOoVOE
[18] OECD (2016). OECD Pensions Outlook 2016. Paris: OECD Publishing.
[19] Vgl. Endnote 3.
[20] Vgl. Endnote 3.
[21] Vgl. Endnote 3.

Wirtschaft

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] European Commission (2017). The EU's main investment policy. http://bit.ly/2s19RIy
[5] Crespo, .J, Silgoner, M. & Ritzberger-Grünwald, D. (2008). Growth, Convergence and EU Membership, Applied Economics, 40, 643 – 656.; Badinger, H. (2005). Growth Effects of Economic Integration: Evidence from the EU Member States, Review of World Economics 141, 50 – 78.
[6] Campos, N.F., Coricelli, F. & Moretti, L. (2014). Economic Growth and Political Integration: Estimating the Benefits from Membership in the European Union Using the Synthetic CoLess thanfactual Method. IZA Discussion Paper No. 8162. Bonn.
[7] Merler, S. (2016). Income convergence during the crisis: did EU funds provide a buffer? Working Paper Issue 6. Bruegel. Brüssel.
[8] Borsi, M.T. & Metiu, N. (2013). The Evolution of Economic Convergence in the European Union. Bundesbank Discussion Paper No. 28/2013. Frankfurt/Main.
[9] Vgl. Endnote 7.
[10] Vgl. Endnote 1.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Havlik, P. (2013). Structural Change and Economic Growth in the New EU Member States. Grincoh Working Paper Series. Paper No. 1.04. http://bit.ly/2sOHbj6
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] Vgl. Endnote 1.
[15] Audi MediaCenter (2017): Der Standort Györ. http://bit.ly/2sifktX.; Germany Trade and Invest (2015). Tschechische Automobilindustrie bleibt auf Überholspur. http://bit.ly/2uhbOS5
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Darvas, Z. & Wolff, G.B. (2016). An Anatomy of Inclusive Growth in Europe. Bruegel. Blueprint Series 26. Brüssel.; Wolter, M.I., Mönning, A., Hummel, M., Schneemann, C., Weber, E., Zika, G., Helmrich, R., Maier, T. & Neuber-Pohl, C. (2015). Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. IAB-Forschungsbericht 8/2015. Nürnberg; Hirsch-Kreinsen, H. (2014). Welche Auswirkungen hat „Industrie 4.0" auf die Arbeitswelt? WISOdirekt Dezember 2014. http://bit.ly/2sgUjVw
[18] Ark, B. van (2014). Productivity and Digitalisation in Europe: Paving the Road to Faster Growth. Lisbon Council Policy Brief Vol. 8, No. 1.
[19] Aussilloux, V., Bénassy-Quéré, A, Fuest, C. & Wolff, G. (2017). Making the best of the European single market. Bruegel. Policy Contribution, 3, 2017. Brüssel.
[20] Fichtner, F., Fratzscher, M. & Gornig, M. (2014). An Investment Agenda for Europe. DIW Economic Bulletin 7/2014. Economic Impulses in Europe. Berlin.
[21] Vgl. Endnote 1.
[22] Vgl. Endnote 20.
[23] Vgl. Endnote 1.
[24] Vgl. Endnote 1.

Arbeitsmarkt

[1] Europäische Kommission (2016). Flexicurity. Europäische Beschäftigungsstrategie. Politikfeld Beschäftigung, Soziales und Integration. http://bit.ly/1LTm8UO
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[4] Vgl. Endnote 3.
[5] Nichols, A., Mitchell, J. & Lindner, S. (2013). Consequences of Long-Term Unemployment. Urban Institute. http://urbn.is/2tnu1RI.; Frey, B.S. & Frey Marti, C. (2010). Glück. Die Sicht der Ökonomie. Kompaktwissen CH, Band 13. Zürich/Chur: Ruegger Verlag.
[6] Vgl. Endnote 3.
[7] Vgl. Endnote 3.
[8] Vgl. Endnote 3.
[9] Vgl. Endnote 3.
[10] Europäische Kommission (2014). European Vacancy and Recruitment Report 2014. Brüssel.
[11] Europäische Kommission (2016). Labour Market and Wage Developments in Europe. Annual Review 2016. Brüssel.
[12] Vgl. Endnote 3.
[13] Vgl. Endnote 3.
[14] Brenke, K. (2012). Arbeitslosigkeit in Europa: Jugendliche sind viel stärker betroffen als Erwachsene. DIW Wochenbericht Nr. 30/2012, 3 – 12. Berlin.
[15] Vgl. Endnote 3.
[16] Möller, J. (2015). Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Generation ohne Perspektive? ifo Schnelldienst 17/2015.
[17] Europäische Kommission (2016). Jugendgarantie. Europäische Beschäftigungsstrategie. Politikfeld Beschäftigung, Soziales und Integration, http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de, abgerufen am 29.11.2016.
[18] Council of the European Union (2016). Draft Joint Employment Report from the Commission and the Council accompanying the Communication from the Commission on the Annual Growth Survey 2016. http://bit.ly/2sQ8qQp
[19] Europäische Kommission (2016). Kommissionsbericht: Fortschritte bei der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. Pressemitteilung IP/16/3216 vom 04.10.2016. Brüssel.
[20] Vgl. Endnote 3.
[21] Chaloff, J., Dumont, J-C., Liebig, T. (2012). The Impact of the Economic Crisis on Migration and Labour Market Outcomes of Immigrants in OECD Countries. CESifo DICE Report 1/2012, S. 39-47, S. 39f.; IAB (2015). Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Aktuelle Berichte 14/2015. Nürnberg.
[22] IAB (2015). Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Aktuelle Berichte 14/2015. Nürnberg.
[23] Vgl. Endnote 3.
[24] Vgl. Endnote 3.
[25] Vgl. Endnote 3.
[26] Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016). Sozialkompass Europa. Soziale Sicherheit im Vergleich. Begleittexte zur Datenbank. Bonn, 7. Auflage. Berlin.
[27] Fichtner, F. & Haan, P. (2014). Europäische Arbeitslosenversicherung: Konjunkturstabilisierung ohne große Umverteilung der Haushaltseinkommen. DIW Wochenbericht, 37/2014. Berlin.; Dullien, S. (2014). Eine Europäische Arbeitslosenversicherung als Stabilisator für die Euro-Zone. WISO direkt. http://bit.ly/2sQ4ZZE
[28] Europäische Kommission (2015). A descriptive analysis of the EU Labour Market Policy (LMP) Statistics. Analytical Web Note 1/2015.
[29] Vgl. Endnote 1.
[30] Vgl. Endnote 3.
[31] Vgl. Endnote 3.
[32] Horemans, J., Marx, I. & Nolan, B. (2016). Hanging in, but only just: part-time employment and in-work poverty throughout the crisis. IZA Journal of European Labor Studies, 5: 5, doi:10.1186/s40174-016-0053-6.
[33] Vgl. Endnote 3.
[34] Neumark, D. (2014). Employment effects of minimum wages. IZA World of Labor. http://wol.iza.org/uploads/articles/6/pdfs/employment-effects-of-minimum-wages.pdf, abgefragt am 03.03.2017. IMF (2016). Cross-Country Report on Minimum Wages. Selected Issues. IMF Country Report No. 16/151. Washington D.C.
[35] Die Bundesregierung (2017). Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. http://bit.ly/2sOJra6
[36] Christl, M., Köppl Turyna, M. & Kucsera, D. (2015). Employment effects of minimum wages in Europa revisited. Munich Personal RePEc Archive. Agenda Austria. http://bit.ly/2s16hOX
[37] Vgl. Endnote 3.
[38] Vgl. Endnote 3.

Bildung

[1] Klingholz, R. & Lutz, W. (2016). Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit. Frankfurt / Main: Campus Verlag GmbH.; Mielck, A. et al. (2012). Folgen unzureichender Bildung für die Gesundheit. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.; Kukartz, U., Rheingans-Heintze, A. (2006). Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement. Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 52.
[2] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[3] Vgl. Endnote 2.
[4] CEDEFOP (2015). Europas uneinheitliche Rückkehr zum Beschäftigungswachstum. Qualifikationsangebot und -nachfrage: die Prognosen bis 2025 deuten auf große Less thanschiede Less than den Mitgliedstaaten hin. Kurzbericht.
[5] Europäische Kommission (o.J.). Early childhood education and care. http://bit.ly/2sgngAI
[6] Müller, K.-U., Spiess, C.K., Tsiasioti, C., Wrohlich, K., Bügelmayer, E., Haywood, L., Peter, F., Ringmann, M. & Witzke, S. (2013). Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern. DIW Berlin, Politikberatung kompakt 73.
[7] Vgl. Endnote 2.
[8] Europäische Kommission (2013). Barcelona-Ziele. Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder in Europa mit dem Ziel eines integrativen Wachstums. http://bit.ly/2sQbOuB
[9] Vgl. Endnote 2.
[10] Müller, K.-U., Spiess, C.K., Tsiasioti, C., Wrohlich, K., Bügelmayer, E., Haywood, L., Peter, F., Ringmann, M. & Witzke, S. (2013). Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern. DIW Berlin, Politikberatung kompakt 73.; Melhuish, E. et al. (2015). A review of research on the effects of Early Childhood Education and Care (ECEC) upon child development. Publication D 4.1 des CARE-Projekts (Curriculum Quality Analysis and Impact Review of European Early Childhood Education and Care).
[11] BMFSFJ (2016). Kinderbetreuung international, Aktivitäten der Europäischen Union. http://bit.ly/2sgVxjD
[12] Vgl. Endnote 2.
[13] Vgl. Endnote 2. Für Dänemark, Griechenland und Kroatien sind keine Angaben verfügbar.
[14] Europäische Kommission/EACEA/Eurydice (2015). Compulsory education in Europe – 2015/16. Eurydice Facts and Figures. Luxembourg.
[15] Vgl. Endnote 13.
[16] Betts, J.R. (2010). The Economics of Tracking in Education. In: E.A. Hanushek, S. Machin & L. Woessmann (Hrsg.), Handbook of the Economics of Education, Volume 3. North Holland: Elsevier.
[17] Vgl. Endnote 2.
[18] Europäische Kommission. Europa-2020-Ziele. http://bit.ly/1H9US4N.; Vgl. Endnote 2.
[19] Vgl. Endnote 2.
[20] Vgl. Endnote 2.
[21] Vgl. Endnote 2.
[22] OECD (2016). Pisa 2015 - Results in Focus. http://bit.ly/2haYbNw
[23] Wößmann, L. (2006). Bildungspolitische Lehren aus den internationalen Schülertests: Wettbewerb, Autonomie und externe Leistungsüberprüfung. Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 7, 417 – 444.
[24] Hattie, J. (2009). Visible Learning. A Synthesis of Over 800 Meta-Analyses Relating to Achievement. New York: Routledge.
[25] Bietenbeck, J. (2014). Teaching practices and cognitive skills. Labour Economics, 30, 143 – 153.
[26] Vgl. Endnote 2.
[27] Hoeckel, K., Schwartz, R. (2010). Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung – Deutschland.
[28] Bundesministerium für Bildung und Forschung. Berufsbildung international. Duales Ausbildungssystem weltweit gefragt. http://bit.ly/2tjAH2h
[29] Kultusministerkonferenz (o.J.). Kopenhagen-Prozess im Bereich der beruflichen Bildung, http://bit.ly/2sQ92VQ
[30] Euler, D. (2013). Germany's dual vocational training system: a model for other countries? A study commissioned by the Bertelsmann Stiftung? http://bit.ly/2tnGq8d
[31] Vgl. Endnote 2.
[32] Vgl. Endnote 2.
[33] Vgl. Endnote 2.
[34] Europäische Union (2017). Anerkennung von Hochschulabschlüssen. http://bit.ly/2tWPihZ
[35] Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (o.J.). Internationale Hochschulangelegenheiten. Der Bologna-Prozess. http://bit.ly/2g1H3tA
[36] Europäische Kommission (2012). Erasmus – Changing lives, opening minds for 25 years. Luxemburg.
[37] Fahle, K. (2001). Das „Memorandum über

lebenslanges Lernen“ im Kontext der europäischen Bildungszusammenarbeit. BWP 4/2001.
38 Vgl. Endnote 2.
39 Vgl. Endnote 2.
40 Vgl. Endnote 2.

Irland

1 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
2 Vgl. Endnote 1.
3 Vgl. Endnote 1.
4 Coleman, D.A. (1999). Demography and Migration in Ireland, North and South. Proceedings of the British Academy, 98, 69 – 115.
5 Vgl. Endnote 1.
6 Vgl. Endnote 4.
7 Aiken A. R. A., Gomperts R., Trussell J. (2016). Experiences and characteristics of women seeking and completing at-home medical termination of pregnancy through online telemedicine in Ireland and Northern Ireland: a population-based analysis. BJOG 2016.
8 Fahey, T. (2001). Trends in Irish Fertility Rates in Comparative Perspective. The Economic and Social Review, 32, 153 – 180.
9 Focus Migration (2010). Länderprofil Irland. Nr. 19. http://bit.ly/2sT6nJA
10 Vgl. Endnote 9.
11 Vgl. Endnote 1.
12 Barry, F. (2004). Export-platform FDI: the Irish experience. In: Riess, A. (Hrsg.). The internationalisation of production in Europe: Case studies of foreign direct investment in old and new EU member states. EIB Paper 9/2, S. 8 – 37.
13 Vgl. Endnote 1.
14 Europäische Kommission (o.J.). Ireland's economic crisis: how did it happen and what is being done about it? http://ec.europa.eu/ireland/key-eu-policy-areas/economy/irelands-economic-crisis/index_en.htm
15 Vgl. Endnote 1.
16 Central Statistics Office Ireland (2016). Estimated Migration (Persons in April, Thousand) by Sex, Origin or
Destination, Country and Year. http://bit.ly/2sdHoi3, abgerufen am 14.04.2016.
17 OECD (2015). OECD Economic Surveys Ireland. Overview. Paris: OECD.
18 Larch, M., Malzubris, J. und Santacroce, S. (2016). Fiscal Consolidation in Ireland: Recent Successes and Remaining Challenges. European Economy Economic Brief Nr. 011.
19 Vgl. Endnote 1.
20 Vgl. Endnote 17.
21 Vgl. Endnote 1.
22 Krugman, P. (2016). Leprechaun economics: Ireland reports 26 percent growth! But it doesn’t make sense. Why are these in GDP? Tweet vom 12.07.2016.
23 Medtronic (2015). Medtronic Completes Acquisition of Covidien. Pressemeldung vom 26. Januar 2015. http://bit.ly/1AoUKsO; Qmed (2015). The Top 10 Cardio Device Companies: Highlights from TCT. http://bit.ly/2tMt2qQ
24 Vgl. Endnote 1.
25 Vgl. Endnote 1.
26 Auswärtiges Amt (2015). Länderinformationen, Irland, Wirtschaft. http://bit.ly/2sT7l8G, abgerufen am 06.06.2016.
27 Europäische Kommission (2016). The EU-US Transatlantic Trade and Investment Partnership. http://bit.ly/2tMfA6D
28 Vgl. Endnote 1.
29 Migrant Integration Policy Index (2015). Key Findings. Ireland, 2014. http://bit.ly/2taZzck
30 Central Statistics Office Ireland (2016). Population and Migration Estimates. CSO statistical release, 23 August 2016, 11am. http://bit.ly/2bJirEn
31 Vgl. Endnote 1.

Vereinigtes Königreich

1 HM Government (2017). The United Kingdom’s exit from and new partnership with the European Union. London.
2 Europäische Union (2010). Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. In: Amtsblatt der Europäischen Union. 53. Jahrgang. 30. März 2010.
3 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
4 Vgl. Endnote 3.; Vgl. Endnote 10.
5 Bundeszentrale für politische Bildung (2007). Vereinigtes Königreich. Länderprofil. focus Migration. Nr. 12. Dezember 2007.
6 Vgl. Endnote 5.
7 Vgl. Endnote 3.
8 Vgl. Endnote 3.
9 Somerville, W., Sriskandarajah, D., Latorre, M. (2009). United Kingdom: A Reluctant Country of Immigration. Migration Policy Institute.
10 Vgl. Endnote 3.
11 Vargas-Silva, C. & Markaki, Y. (2016). EU Migration to and from the UK. Migration Observatory Briefing, COMPAS, University of Oxford, UK.
12 Rienzo, C. & Vargas-Silva, C. (2017). Migrants in der UK: An Overview. Briefing. Migration Observatory at the University of Oxford.
13 Office for National Statistics (2015). Migration Statistics Quarterly Report: May 2015.
14 The Conservative and Unionist Party (2017). Forward, Together. Our Plan for a Stronger Britain and a Prosperous Future. Manifesto 2017. London.
15 Office for National Statistics (2016). Population of the United Kingdom by Country of Birth and Nationality, 2015.
16 Somerville, W. (2016). When the Dust Settles: Migration Policy after Brexit. Commentary, Migration Policy Institute.
17 Hansen, R. (2007). Vereinigtes Königreich. Focus Migration Länderprofil Nr. 12.
18 Blinder, S. (2017). Immigration by Category: Worker, Students, Family Members, Asylum Applicants. Briefing. Migration Observatory at the University of Oxford.
19 Vgl. Endnote 3.
20 Vgl. Endnote 3.
21 Vgl. Endnote 3.
22 Eurostat (2017). Median age ranges from 18 to 54 across EU regions. Products Eurostat News vom 15.02.2017. http://bit.ly/2tcGjvX
23 Vgl. Endnote 3.
24 National Records of Scotland (2016). Birth rate, gross and net reproduction rates and general and total fertility rates, Scotland, 1971 to 2015. Table 3.4. Vital Events Reference Tables 2015. http://bit.ly/2u7XM5b
25 Hoorens, S. et al. (2011). Case study: United Kingdom. In: Low fertility in Europe. Is there still reason to worry? RAND Europe, Kapitel 8, 61 – 70.
26 Coast, E.; Floridi, G.; Sigle-Rushton, W. (2014). Family policies: United Kingdom. In: PERFAR. Population Europe. Resource Finder & Archive. http://bit.ly/2sSDXiK
27 Vgl. Endnote 3.
28 Vgl. Endnote 3.
29 Vgl. Endnote 3.
30 Esterházy, Y. (2010). Großbritannien und die Folgen der Finanzkrise. In: Bundeszentrale für politische Bildung (2010). Großbritannien. Aus Politik und Zeitgeschichte. 49/2010. Bonn.
31 Vgl. Endnote 3.
32 Vgl. Endnote 30.
33 Vgl. Endnote 3.
34 Vgl. Endnote 30.
35 Vgl. Endnote 3.
36 Vgl. Endnote 3.
37 Vgl. Endnote 30.
38 Vgl. Endnote 3.
39 Belfield, C., Cribb, J., Hood, A. & Joyce, R. (2016). Living standards, poverty and inequality in the UK: 2016. Institute for Fiscal Studies. London.
40 Vgl. Endnote 3.
41 OECD (2016). The Economic Consequences of Brexit: A Taxing Decision. OECD Economic Policy Paper Nr. 16.
42 Fichtner, F., Große Steffen, Ch., Hachula, M. und Schlaak, T. (2016). Hohe Unsicherheit nach Brexit-Entscheidung dürfte Wachstum bereits kurzfristig dämpfen. DIW Wochenbericht Nr. 27. Berlin; OECD (2016). The Economic Consequences of Brexit: A Taxing Decision. OECD Economic Policy Paper Nr. 16.; Gern, K.-J. (2016). Brexit dämpft Konjunktur nicht nur in Großbritannien. Konjunkturschlaglicht. Wirtschaftsdienst 96(9).
43 Auswärtiges Amt (2016). Länderinformationen. Vereinigtes Königreich, Wirtschaft. Stand: Dezember 2016. http://bit.ly/2sdwYin
44 Vgl. Endnote 3.
45 Vgl. Endnote 26.
46 Vgl. Endnote 3.

Dänemark

1 Eurostat (2016). Online-Datenbank. Luxemburg
2 Retsinformationen.dk (2016). Lov om ændring af udlændingeloven. LOV nr. 102 af 03/02/2016. http://bit.ly/2tck099
3 Bigalke, Silke (2014). Dänemark: Mit Islamhass nach Europa. Bundeszentrale für politische Bildung. http://bit.ly/2sSQ1kl
4 Vgl. Endnote 3.
5 Danmarks Statistik (2016). Online Datenbank StatBank. Kopenhagen.
6 Helliwell, J., Layard, R., & Sachs, J. (2016). World Happiness Report 2016, Update (Vol. I). New York: Sustainable Development Solutions Network.
7 Vgl. Endnote 6.
8 Vgl. Endnote 1.
9 OECD (2016). Taxing Wages 2014-2015. http://bit.ly/1oW3nYW
10 OECD (2016). OECD Data. Tax revenue. Paris.
11 Lykketoft, M. (2009). Das Dänische Modell. Eine europäische Erfolgsgeschichte. Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse.
12 Vgl. Endnote 1.
13 Vgl. Endnote 1.
14 Vgl. Endnote 1.
15 Vgl. Endnote 1.
16 Vgl. Endnote 1.
17 EEAG (2016). Denmark: Too good to be true? In: The EEAG Report on the European Economy. CESifo. München.
18 Ransby, K. (2014). Labour Market Report 2013. Employment in Denmark. English Summary. Danish Employers‘ Confederation (DA).
19 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
20 OECD (2016). OECD Family Database. Less than: http://www.oecd.org/els/family/database.htm
21 Stöber, B. (2014). Von glücklichen Dänen lernen? Wohlfahrtsstaat und Zivilgesellschaft im demografischen Wandel. Herbert Quandt-Stiftung. Bad Homburg v. d. Höhe.
22 Rostgaard, T. (2014). Family policies in Scandinavia. FES Stockholm.
23 Nordic Statistics (2016). Children in day-care by reporting country, age, type and time. Online-Datenbank. http://bit.ly/2u7YteC
24 Vgl. Endnote 1.
25 Nordic Statistics (2016). Fertility rates by reporting country, time and mother’s age. Online-Datenbank. http://bit.ly/2s83eZr
26 Vgl. Endnote 1.
27 Danmarks Statistik (2016). Statistikbanken. Befolkning og valg. http://bit.ly/2s83eZr und http://bit.ly/2rT8oUL

Norwegen

1 World Economic Forum (2017). The Inclusive Growth and Development Report 2017. Genf.
2 Vgl. Endnote 3.; Vgl. Endnote 1.
3 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
4 Vgl. Endnote 1.
5 U.S. Energy Information Administration (eia) (2016). Country Analysis Brief: Norway. http://bit.ly/2sMxXtH
6 Statistics Norway (2016). Final expenditure and gross domestic product. Annual national accounts, 2014-2015. StatBank. Oslo.
7 Statistics Norway (2016). The overall renewable energy share for Norway. Annual figures. 2005-2014. StatBank. Oslo.
8 Vgl. Endnote 3.
9 Statistics Norway (2017). Labour force survey. Employed persons aged 15-74, by major industry division (LFS). http://bit.ly/2sWHPPX
10 Norges Bank (2017). Government Pension Fund Global. The fund. http://bit.ly/2udC1B8
11 Vgl. Endnote 10.
12 Statistics Norway (2017). Labour force survey. StatBank. Oslo.
13 Vgl. Endnote 3.
14 OECD (2016). OECD Economic Surveys. Norway. January 2016. Overview. http://bit.ly/2thTpIp
15 Statistics Norway (2017). Migrations. StatBank. Oslo.
16 Statistics Norway (2017). Key figures for the population. http://bit.ly/2thSXtA
17 Vgl. Endnote 3.
18 Statistics Norway (2017). Immigrants and Norwegian-born to immigrant parents. StatBank. Oslo
19 Vgl. Endnote 3.
20 Ministry of Justice and Public Security (2017). Tightening of Norway’s asylum rules. http://bit.ly/2tRc3UD
21 Ministry of Justice and Public Security (2017). Extends information campaign. http://bit.ly/2scARcm
22 Vgl. Endnote 3.; Nordic Statistics (2016). Asylum requests and granted asylum by citizenship, reporting country, type and time. http://bit.ly/2tgaeCY
23 Vgl. Endnote 3.
24 Vgl. Endnote 3.
25 Nordic Statistics (2016). Fertility rates by reporting country, age and time. http://bit.ly/2sMCyfb
26 Statistics Norway (2017). Births, 2016. http://bit.ly/2tfOoz2
27 Brandt, B. & Kvande, E. (2016). Norway country note. In: Koslowski, A.; Blum, S. und Moss, P. (Hrsg.). International Review of Leave Policies and Research 2016. http://bit.ly/2rXxsKp.; Norwegian Labour and Welfare Administration – NAV (2017). Parental benefit. http://bit.ly/2tfJaEc
28 Rostgaard, T. (2014). Family policies in Scandinavia. Friedrich Ebert Stiftung. http://bit.ly/2scVF3F
29 Nordic Statistics (2016). Children in day-care by reporting country, age, unit and time. http://bit.ly/2scEQpw
30 Vgl. Endnote 3.
31 Vgl. Endnote 3.

Island

1 Vgl. Endnote 3.
2 Statistics Iceland (2017). Fertility and reproductions rates 1853-2016. Online-Datenbank. Reykjavik.
3 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
4 Statistics Iceland (2017). Foreign citizens 1950-2016. Online-Datenbank. Reykjavik.
5 Statistics Iceland (2017). Population by country of citizenship, sex and age. 1 January 1998-2016.

Online-Datenbank. Reykjavik.
6 Vgl. Endnote 3.
7 Auswärtiges Amt (2017). Island. Wirtschaft. http://bit.ly/2s8UCSO
8 Icelandic Tourist Board (2017). Numbers of foreign visitors. Research & Statistics. http://bit.ly/2u8g6uP
9 Vgl. Endnote 3.
10 Vgl. Endnote 3.
11 World Economic Forum (2016). The Global Gender Gap Report. 2016. Genf.
12 Nordic Statistics (2017). Board members of larger publicly listed companies by reporting country, time, type of position and sex. http://bit.ly/2tdDmex
13 Rosamond Hutt (2017). Iceland will become the first country to make employers pay men and women equally. World Economic Forum. http://bit.ly/2oCJCKB

Schweden

1 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
2 Migrant Integration Policy Index (2015). Sweden. http://bit.ly/1fDVaVd
3 Schröder, L. (2009). Die schwedische Integrationspolitik. WSI Mitteilungen 1/2009.
4 Parusel, B. (2016). Länderprofil Schweden. Focus Migration. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn
5 OECD (2011). Recruiting Immigrant Workers: Sweden 2011. OECD Publishing. http://bit.ly/2udLRml
6 Gmeiner, J. (2015). Das Ende der Offenheit. Schwedens „Atempause" in der Asyl- und Migrationspolitik. In: Internationale Politik und Gesellschaft vom 21.12.2015.
7 Sveriges Riksdag (2016). Lag (2016:752) om tillfällig begränsningar av möjligheten att få uppehållstillstand i Sverige. http://bit.ly/2udGOxy
8 Etzold, J. (2016). Flüchtlingspolitik in Nordeuropa. In: SWP-Aktuell 78. Dezember 2016.
9 Migrationsverket (2017). Arbeta under tiden som asylsökande. http://bit.ly/2sWLzRq
10 Statistiska Centralbyrån (2016). Antal personer efter utländsk/svensk bakgrund och år. Statistikdatabasen. http://bit.ly/2sMQeXT
11 Statistiska Centralbyrån (2016). Folkmängd och befolkningsförändringar. Statistikdatabasen. http://bit.ly/2sMQeXT
12 Vgl. Endnote 1.
13 Nordic Co-operation (2017). Fertility rates by reporting country, age and time. Nordic statistics. http://bit.ly/2sN4M9W
14 Hoem, J.M. (2005). Why does Sweden have such high fertility? MPIDR Working Paper WP 2005-009. April 2005. Rostock.
15 Försäkringskassan (2016): Föräldrapenning. http://bit.ly/2sijtOC
16 Stanfors, M., Larsson, C. (2014). Family policies: Sweden (2014). PERFAR Population Europe Resource Finder & Archive. http://bit.ly/2tfXZpE
17 Nordic Co-operation (2017). Daily cash benefits at pregnancy, childbirth and adoption by time, days and reporting country. Nordic statistics. http://bit.ly/2shKvpo
18 Vgl. Endnote 1.
19 OECD (2016). Maternal employment rates. OECD Family Database. http://bit.ly/2tiznxz
20 Vgl. Endnote 1.
21 OECD (2017). OECD Economic Surveys. Sweden. February 2017. Overview. http://bit.ly/2tRSWJM
22 Vgl. Endnote 1.
23 Vgl. Endnote 1.
24 Ketzler, R., Schäfer, D. (2009). Nordische Bankenkrise der 90er Jahre: Gemischte Erfahrungen mit "Bad Banks". Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 5/2009. Berlin.
25 Mehrtens, P. (2016). Staatsschulden, Haushaltskonsolidierung und staatlicher Gestaltungsspielraum in Schweden. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 1-2/2016). Bonn.
26 OECD (2015). Sweden. 2015 Pension Policy Notes. http://bit.ly/2tgAIod
27 Vgl. Endnote 1.
28 Mehrtens, P. (2016). Staatsschulden, Haushaltskonsolidierung und staatlicher Gestaltungsspielraum in Schweden. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 1-2/2016). Bonn.
29 Vgl. Endnote 21.
30 OECD (2015). Improving Schools in Sweden: an OECD Perspective. http://bit.ly/1JbMaja
31 Vgl. Endnote 1.
32 Vgl. Endnote 1.
33 Vgl. Endnote 1.
34 OECD (2015). Sweden Policy Brief: Migration. March 2015. http://bit.ly/2rXMOhX
35 Vgl. Endnote 1.
36 Vgl. Endnote 1.
37 Statistisk Centralbyrån (2016). Aktuell prognos över folkmängden. Statistikdatabasen. http://bit.ly/2rXU2lS

Finnland

1 Epoch Times (15.01.2016), http://bit.ly/2tdeL9Z
2 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
3 Migration Policy Institute (2011). Finlands's Balancing Act: The Labor Market, Humanitarian Relief, and Immigrant Integration. http://bit.ly/2tamyEz
4 Eigene Berechnungen auf Grundlage von Statistics Finland (2016). Online-Datenbank. Helsinki.
5 Vgl. Endnote 3.
6 Vgl. Endnote 2.
7 Statistics Finland (2016). Online-Datenbank. Eigene Berechnungen.
8 Vgl. Endnote 2.
9 Vgl. Endnote 6.
10 OECD (2015). Indicators of Immigrant Integration 2015: Settling In, S. 18 Abbildung 1.2.
11 Migrant Integration Policy Index (2015). Key Findings. Finland, 2014. http://bit.ly/2tcqzJ7
12 Europäische Kommission (2013). Europäische Website für Integration. Finland: Future of Migration 2020 Strategy. http://bit.ly/2sIdwxT
13 Vgl. Endnote 2.
14 Vgl. Endnote 2.
15 Vgl. Endnote 2.
16 Ministry of the Interior (2013). Government Resolution on the Future of Migration 2020 Strategy. Helsinki.
17 European Commission (2016). Country Report Finland 2016. Brüssel.
18 Vgl. Endnote 2.
19 OECD (2016). OECD Economic Surveys – Finland.; Worldwide Governance Indicators, http://bit.ly/1e7qLWK
20 Deutsch-Finnische Handelskammer (o.J.). Wirtschaft. http://bit.ly/1CqVqyO
21 Lebedys, A. & Li, Y. (2014). Contribution of the Forestry Sector to National Economies, 1990-2011. Forest Finance Working Paper No. 09. Food and Agriculture Organization of the United Nations.
22 Statistics Finland (2014). Industrial output 2014. http://bit.ly/2u83TGM
23 Vgl. Endnote 20.
24 OECD (2015). Education at a Glance 2015: OECD Indicators. Finland – Country Note. Paris.
25 Välijärvi, J., Jupari, P., Linnakylä, P., Reinikainen, P., Sulunen, S., Törnross, J. & Arffman, I. (2007). The Finnish Success in Pisa – And Some Reasons Behind It. PISA 2003. http://bit.ly/2rST62x
26 Vgl. Endnote 24.
27 OECD (2016). Pisa 2015 - Results in Focus. http://bit.ly/2haYbNw
28 Statistics Finland (2016). National Accounts 2015. http://bit.ly/2sSzRqS
29 Vgl. Endnote 2.
30 Vgl. Endnote 2.
31 Walker, A. (2016). Finland: The sick man of Europe? BBC World. http://bbc.in/1TihUfg
32 European Commission (2016). Country Report Finland 2016. Brüssel.
33 OECD (2016). OECD Economic Surveys, Finland. Paris.
34 Vgl. Endnote 32.
35 Vgl. Endnote 2.
36 Vgl. Endnote 27.

Estland

1 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
2 Freedom House (2015). Freedom on the Net 2015. Privatizing Censorship, Eroding Privacy. Washington, DC.
3 Republic of Estonia Ministry of Economic Affairs and Communications and Ministry of Finance (2015). Overview of Economy 2014. Tallinn.
4 OECD (2015). OECD Economic Surveys. Estonia 2015. Paris.
5 World Bank Group (2016). Doing Business. Measuring Business Regulations. Washington, DC. http://bit.ly/K11iGM
6 The World Bank (2016). World Development Indicators Database. Washington DC.
7 Vgl. Endnote 1.
8 Vgl. Endnote 3.
9 Vgl. Endnote 3.
10 IMF (2015). Republic of Estonia. 2015 Article IV Consultation - Press Release; Staff Report; and Informational Annex (IMF Country Report, 15/336). Washington, DC.
11 Mansel (2013). How Estonia Became E-Stonia. In: BBC News. http://bbc.in/1qhVBIf
12 OECD (2016). PISA 2015. Results in Focus. http://bit.ly/2he364q
13 Vgl. Endnote 4.
14 Republic of Estonia Ministry of Economic Affairs and Communications and Ministry of Finance (2016). Overview of Economy 2015. Tallinn.
15 Vgl. Endnote 4.
16 Vgl. Endnote 1.
17 Vgl. Endnote 1.
18 Vgl. Endnote 1.
19 OECD (2014). Coping with Emigration in Baltic and East European Countries. Paris: OECD Publishing.
20 Vgl. Endnote 1.
21 Statistics Estonia (2016). Statistical Database. http://bit.ly/2s8DRX6
22 OECD (2015). Estonia: Making the Most of Human Capital (OECD Economics Department Working Papers, 1214). Paris.
23 Vgl. Endnote 1.
24 Vgl. Endnote 1.
25 Vgl. Endnote 1.

Lettland

1 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
2 Vgl. Endnote 1.
3 Konrad-Adenauer-Stiftung (2008). Lettland steht vor dem Staatsbankrott. Länderbericht der Konrad-Adenauer Stiftung. http://bit.ly/2tfiGlT; Vgl. Endnote 1.
4 Vgl. Endnote 1.; Sievert, S., Sacharow, S. & Klingholz, R. (2011). Die schrumpfende Weltmacht. Die demografische Zukunft Russlands und der anderen post-sowjetischen Staaten. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
5 Global Property Guide (2016). Latvia's house prices are rising. http://bit.ly/1pHUItw
6 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2013). Die wirtschaftliche und soziale Lage in den baltischen Staaten: Lettland. http://bit.ly/2tQLXAU
7 Friedrich Ebert Stiftung (2011). Haushaltskonsolidierung und das Europäische Sozialmodell. Auswirkungen der europäischen Sparprogramme auf die Sozialsysteme. http://bit.ly/2rX3Nkm
8 Europäische Kommission (o.A.). Beschäftigung, Soziales und Integration. Lettland-Altersrente. http://bit.ly/2tQJoyO
9 European Bank for Reconstruction and Development (2016). Strategy for Latvia. Public Document of the European Bank for Reconstruction and Development. Meeting on 10. February 2016. http://bit.ly/2teDDNo.; Swedbank (2015). The Latvian Economy. Where to look for more tax revenues? Macro research 10. November 2015. http://bit.ly/2sLKLAi
10 Vgl. Endnote 1.
11 Vgl. Endnote 1.
12 Vgl. Endnote 16.; Vgl. Endnote 5.
13 Vgl. Endnote 5.
14 Latvijas Statistika (2016). Online-Datenbank. Riga.
15 Vgl. Endnote 16.
16 Vgl. Endnote 1.
17 Vgl. Endnote 1.
18 Vgl. Endnote 1.
19 Vgl. Endnote 1.

Litauen

1 Government of the Republic of Lithuania (2015). Lithuania: The National Reform Programme of 2016. Vilnius. http://bit.ly/2thErlG
2 OECD (2016). OECD Economic Surveys: Lithuania 2016 - Economic Assessment. Paris. http://bit.ly/2scZEND.; IMF (2016). Republic of Lithuania. 2016 Article IV Consultation-Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for the Republic of Lithuania (IMF Country Report, 16/125). http://bit.ly/2rXcKtY
3 Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
4 Statistics Lithuania (2016). Official Statistics Portal. Vilnius.
5 Vgl. Endnote 4.
6 Vgl. Endnote 2.
7 Council of the European Union (2016). Recommendation for a Council Recommendation on the 2016 National Reform Programme of Lithuania and Delivering a Council Opinion on the 2016 Stability Programme of Lithuania. Brüssel. http://bit.ly/2sMj9uM
8 World Bank Group (2016). Doing Business. Economy Rankings. http://bit.ly/K11iGM
9 The World Bank (2016). World Development Indicators Database. Washington D.C.
10 European Commission (2016). Commission Staff Working Document. Country Report Lithuania 2016 (SWD(2016) 83 final). Brüssel. http://bit.ly/1RjVUKl.; Vgl. Endnote 2.
11 Vgl. Endnote 2.
12 Vgl. Endnote 4.
13 Vgl. Endnote 4.
14 IMF (2015). Republic of Lithuania. Selected Issues (IMF Country Report, 15/139). http://bit.ly/2scvNVg
15 Vgl. Endnote 2.; Bertelsmann Stiftung (2016). Lithuania Country Report (Bertelsmann Transformation Index 2016). http://bit.ly/2rWZuFW; Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
16 Vgl. Endnote 4.
17 Vgl. Endnote 4.
18 Vgl. Endnote 2.
19 Vgl. Endnote 2.
20 IMF (2015). From Expenditure Consolidation to Expenditure Efficiency: Addressing Public Expenditure Pressures in Lithuania (IMF Working Paper, WP/15/278). http://bit.ly/2teB3YO

[21] Vgl. Endnote 4.
[22] Vgl. Endnote 8.
[23] Vgl. Endnote 4.
[24] Vgl. Endnote 2.
[25] Vgl. Endnote 4.
[26] Vgl. Endnote 4.

Frankreich

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] Vgl. Endnote 1.
[5] OECD (2015). Pensions at a Glance 2015: OECD and G20 Indicators. Paris: OECD Publishing.
[6] OECD (2015). Ageing and Employment Policies – Statistics on average effective age of retirement. http://bit.ly/1eOoVOE
[7] Thillaye, R. (2016). French Labour Market Reform: Good Intentions, Poor Delivery. http://bit.ly/2taea86
[8] Vgl. Endnote 1.
[9] OECD (2016). OECD Data. Tax Wedge. http://bit.ly/2tc9RJX
[10] Vgl. Endnote 1.
[11] Gabel, M. (2013). Im Schatten der großen Less thannehmen. Chancen und Schwächen des Standorts Frankreichs. Bundeszentrale für politische Bildung. http://bit.ly/1XBkqvn
[12] Vgl. Endnote 1.
[13] Grillmayer, D. (2013). Dezentralisierung und aufstrebende Mittelstädte. Bundeszentrale für politische Bildung. http://bit.ly/2tc5Zby
[14] Guieysse, J. & Rebour, T. (2012). Territoires ruraux. Déclin ou renaissance? Population & Avenir, 710, 4 – 8.
[15] Vgl. Endnote 1.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 1.
[18] Vgl. Endnote 1.
[19] Toulemon, L., Pailhé, A. & Rossier, C. (2008). France: High and stable fertility. Demographic Research, 19, 503 – 556.
[20] Sievert, S. & Klingholz, R. (2009). Ungleiche Nachbarn. Die demografische Entwicklung in Deutschland und Frankreich verläuft gegensätzlich – mit enormen Langzeitfolgen. Discussion Paper Nr. 2. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
[21] Toulemon, L., Pailhé, A. & Rossier, C. (2008). France: High and stable fertility. Demographic Research, 19, 503 – 556.
[22] United Nations Department of Economic and Social Affairs (2015). The influence of family policies on fertility in France. Policy Brief No. 7. East-West Center. http://bit.ly/2rTpJwG
[23] Vgl. Endnote 19.
[24] Vgl. Endnote 1.
[25] Salles, A. (2009). Die französische Familienpolitik: ein Erfolgsmodell Less than Reformdruck. DGAPanalyse. http://bit.ly/2tdefZy
[26] Potter, M. (2014). Act for Real Equality between Women and Men in France. Research and Information Service Briefing Paper. Paper 86/14. Northern Ireland Assembly.
[27] Vgl. Endnote 22.
[28] Vgl. Endnote 25.
[29] Vgl. Endnote 1.
[30] Insee (2012). Immigrés et descendants d'immigrés en France – Insee Références – Édition 2012. http://bit.ly/2sSKPgj
[31] Focus Migration (2007). Länderprofil Frankreich. Nr. 2. http://bit.ly/1KsX4lA
[32] Vgl. Endnote 1.
[33] Vgl. Endnote 6.
[34] Vgl. Endnote 1.

Niederlande

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 4.; Vroom, H.M. (2010). Migrationspolitik als Lernprozess – Der Umgang der Niederlande mit den Einwanderern. KAS Auslandsinformationen 10/2010.
[3] OECD/Europäische Union (2015). Indicators of Immigrant Integration 2015: Settling In. Paris: OECD Publishing.
[4] Bundeszentrale für politische Bildung (2007). Länderprofil Niederlande. Bonn.
[5] Vgl. Endnote 2.
[6] Universität Münster (2009). Niederlande-Wissen. Ermordung von Pim Fortuyn und Theo van Gogh. http://bit.ly/2rX5QoF
[7] Vgl. Endnote 11.; De Volkskrant (2004). Even slikken: Pim Fortuyn als grootste Nederlander. http://bit.ly/2tR46yx
[8] European Migration Network (2012). The Organisation of Asylum and Migration Policies in the Netherlands.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 1.; Vgl. Endnote 11.
[11] Migrant Integration Policy Index (2015). Key Findings. Netherlands, 2014. http://bit.ly/2teGGFs
[12] Vgl. Endnote 1.
[13] Universität Münster (2009). Niederlande-Wissen. Von der Finanz- zur Wirtschaftskrise. http://bit.ly/2ti2qRV.; International Monetary Fund (2014). Kingdom of the Netherlands – Netherlands. IMF Country Report No. 14/328.
[14] Vgl. Endnote 1.
[15] Vgl. Endnote 18.; European Commission (2016). Country Report The Netherlands 2016. Commission Staff Working Paper Nr. 87.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] World Economic Forum (2016). Global Competitiveness Report 2016-2017.
[18] Auswärtiges Amt (2016). Länderinformationen, Niederlande, Wirtschaft. http://bit.ly/2ps7NIF
[19] OECD (2016). OECD Statistics. Paris.; Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[20] Fokkema, T., de Valk, H, de Beer, J., & van Duin, C. (2008). The Netherlands: Childbearing within the context of a „Poldermodel" society. Demographic Research 19, 743 – 794.
[21] Vgl. Endnote 1.
[22] Vgl. Endnote 1.
[23] Vgl. Endnote 4.
[24] Vgl. Endnote 1.

Belgien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] Vgl. Endnote 1.
[5] Vgl. Endnote 1.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Vgl. Endnote 1.
[8] Vgl. Endnote 18.; OECD (2015). Improving the Labour Market Integration of Immigrants in Belgium. Economics Department Working Papers No. 1195. Paris.
[9] Migration Policy Institute (2003). Belgium's Immigration Policy Brings Renewal and Challenges.
[10] Migrant Integration Policy Index (2015). Belgium – Key Findings. http://bit.ly/2sdqRL8
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Sobotka, T. (2008). Overview Chapter 7: The rising importance of migrants for childbearing in Europe. Demographic Research, 19, 225 – 248.
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] Klüsener, S., Neels, K. & Kreyenfeld, M. (2013). Family policies and the Western European fertility divide: Insights from a natural experiment in Belgium. Population and Development Review 39(4), 587 – 610.
[15] Europäische Kommission (2009). The provision of childcare services — A comparative review of 30 European countries. Brüssel.
[16] Doepke, M. & Kindermann, F. (2016). Bargaining over Babies: Theory, Evidence, and Policy Implications. IZA DP Nr. 9803. Bonn.
[17] Vgl. Endnote 1.
[18] OECD (2015). OECD Economic Surveys, Belgium. Paris.
[19] Vgl. Endnote 1.
[20] Vgl. Endnote 1.
[21] De Redactie (2016). PM Michel proposes "national investment pact". http://bit.ly/2tbL9cr
[22] Europäische Kommission (2016). Regional Innovation Monitor Plus, Flanders. http://bit.ly/2tLMeoG
[23] Vgl. Endnote 1.
[24] Vgl. Endnote 1.
[25] Vgl. Endnote 1.
[26] Dujardin, C., Selod, H. & Thomas, I. (2008). Residential Segregation and Unemployment: The Case of Brussels. Urban Studies, 45, 89 – 113.
[27] Vgl. Endnote 1.
[28] Vgl. Endnote 1.

Luxemburg

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Focus Migration (2015). Länderprofil Luxemburg http://bit.ly/2ucc58E
[4] STATEC Luxembourg (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[5] Vgl. Endnote 3.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Vgl. Endnote 4.
[8] Vgl. Endnote 1.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 1.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Germany Trade & Invest (2015). Wirtschaftstrends Luxemburg. Jahresmitte 2015. Bonn.
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] Vgl. Endnote 1.; Vgl. Endnote 4.
[15] Vgl. Endnote 1.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 4.
[18] Vgl. Endnote 3.
[19] Bertelsmann Stiftung (2015). Brexit – potential economic consequences if the UK exits the EU. Policy Brief #2015/05. http://bit.ly/1HKJfiA
[20] OECD (2015). OECD Economic Surveys Luxemburg. March 2015. Overview. Paris.
[21] Vgl. Endnote 1.

Deutschland

[1] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe: April 2016. Nürnberg.; Vgl. Endnote 10.
[2] Statistisches Bundesamt (2017). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen. 2015. Fachserie 1 Reihe 1.2. Wiesbaden.; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland. Bericht für das erste Halbjahr 2016. Nürnberg.; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland. Jahresbericht 2015. Nürnberg.; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.
[3] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[4] Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin.
[5] The Economist (2004). Germany on the mend. http://econ.st/2tMeEz7
[6] Vgl. Endnote 3.
[7] Deutsche Bank Research (2016). Hochburg der Stabilität: Was Deutschland so erfolgreich macht. dbStandpunkt. Deutsche Bank AG.
[8] Dustmann, C., Fitzenberger, B., Schönberg, U. & Spitz-Oener, A. (2014). From Sick Man of Europe to Economic Superstar: Germany's Resurgent Economy. Journal of Economic Perspectives, 28, 167 – 188.
[9] Statistisches Bundesamt (2015). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
[10] Bundesministerium des Innern (2017). 280.000 Asylsuchende im Jahr 2016. Pressemitteilung vom 11.01.2017. Berlin.
[11] Vgl. Endnote 3.
[12] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017). Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2016. Nürnberg.
[13] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017). FAQ: Integrationskurse für Asylbewerber. http://bit.ly/2nmBRHn
[14] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2016). Zuwanderungsmonitor. Dezember 2016. Nürnberg.
[15] Rich, A.-K. (2016). Asylantragsteller in Deutschland im Jahr 2015. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit. BAMF-Kurzanalyse 03/2016. Nürnberg.; Worbs, S. & Bund, E. (2016). Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen. BAMF-Kurzanalyse 01/2016. Nürnberg.
[16] Woellert, F., Sievert, S., Neubecker, N. & Klingholz, R. (2016). An die Arbeit. Wie lokale Initiativen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt beitragen können. Discussion Paper Nr. 19. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
[17] Sievert, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2012). Nach Punkten vorn. Was Deutschland von der Zuwanderungs- und Integrationspolitik Kanadas lernen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
[18] OECD (2016). International Migration Outlook 2016. Paris: OECD Publishing.
[19] Vgl. Endnote 3.
[20] Vgl. Endnote 7.
[21] Vgl. Endnote 3.
[22] CESifo Group Munich (2017). Deutschland 2016 Weltmeister beim Kapitalexport – USA beim Kapitalimport. Pressemitteilung vom 30.01.2017.
[23] Vgl. Endnote 3.
[24] Vgl. Endnote 3.
[25] Klingholz, R., Müller-Jentsch, D. & Maget, K. (2015). Berlin 2030. Grundzüge einer smarten Wachstumsstrategie. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
[26] Slupina, M., Damm, T. & Klingholz, R. (2016). Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
[27] Vgl. Endnote 3.
[28] Vgl. Endnote 3.
[29] Vgl. Endnote 9.
[30] Vgl. Endnote 3.
[31] Vgl. Endnote 3.
[32] Statistisches Bundesamt (2016). Geburtenziffer 2015: Erstmals seit 33 Jahren bei 1,50 Kindern je Frau. Pressemitteilung Nr. 373 vom 17.10.2016. Wiesbaden.
[33] Statisisches Bundesamt (o.J.). Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen zum jeweiligen Vorjahr. http://bit.ly/TQYpOn
[34] Hübener, M., Müller, K.-U., Spieß, C.K. & Wrohlich, K. (2016). Zehn Jahre Elterngeld: Eine wichtige familienpolitische Maßnahme. DIW Wochenbericht, 49, 1159 – 1166.
[35] Vgl. Endnote 32.

[36] Vgl. Endnote 34.
[37] Statistisches Bundesamt (2017). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen. Fachserie 1. Reihe 1.2. Gesammelte Ausgaben seit 2004. Wiesbaden.
[38] Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2017). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf.

Schweiz

[1] Staatssekretariat für Migration (2016). Statistik Zuwanderung 3. Quartal 2016. http://bit.ly/2sianRT
[2] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[3] Bundesamt für Statistik (2016). Altersaufbau der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, nach Migrationsstatus und Geschlecht, 2015. http://bit.ly/2sMLH7z
[4] Statistisches Bundesamt (2016). Pressemitteilung Nr. 327 vom 16.09.2016: Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf Rekordniveau. Wiesbaden.
[5] Vgl. Endnote 2.
[6] Historisches Lexikon der Schweiz (2010). Auswanderung. http://bit.ly/2bremc9; Migros-Genossenschafts-Bund (Hrsg.) (2014). Migration – auf zur Spurensuche! http://bit.ly/2shKMZu
[7] Historisches Lexikon der Schweiz (2016). Ausländer. http://bit.ly/2rXNcgh.; Bundeszentrale für politische Bildung (2012). Länderprofile Migration: Daten - Geschichte – Politik. Schweiz. Bonn.
[8] Schweizerische Eidgenossenschaft (2016). Personenfreizügigkeit Schweiz-EU. http://bit.ly/1gmPxaI
[9] Vgl. Endnote 2.
[10] Bundesamt für Statistik (2016). Bevölkerung. Stand und Entwicklung. http://bit.ly/2sX9P69
[11] Bundesamt für Statistik (2016). Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung 1971-2015. http://bit.ly/2sWEFM3.; Bundesamt für Statistik (o.J.). Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit 1980-2015. http://bit.ly/2tg68uj
[12] Vgl. Endnote 2.
[13] Historisches Lexikon der Schweiz (2012). Europäischer Wirtschaftsraum (EWR). http://bit.ly/2sdjVmc
[14] Vgl. Endnote 2.
[15] World Economic Forum (2016). Competitiveness Rankings. http://bit.ly/1PMIfN5.; Auswärtiges Amt (2016). Länderinformationen: Schweiz Wirtschaft. http://bit.ly/1AxApyl
[16] Avenir Suisse (2008). Die Neue Zuwanderung – die Schweiz zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst. Zürich.
[17] Indergand, R. & Beerli, A. (2015). Die Ursachen der Fachkräftemigration in die Schweiz. Die Volkswirtschaft 12/2015. http://bit.ly/2sMTUJ4.; Staatssekretariat für Wirtschaft (2013). Personenfreizügigkeit – Aufnahmefähiger Schweizer Arbeitsmarkt. Medienmitteilung vom 11.06.2013. Bonn.
[18] Hostettler, S. & Kraft, E. (2016). FMH-Ärztestatistik 2015. Zuwanderung grundlegend für Versorgungssystem. Schweizerische Ärztezeitung, 97, 448 – 453.; Spielberg, Petra (2015). Arbeitsmarkt Schweiz: Auf deutsche Ärzte angewiesen. Deutsches Ärzteblatt, 112, 61.
[19] Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2010). Ausländisches Gesundheitspersonal in der Schweiz. http://bit.ly/2sXaRix
[20] Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) (2014). 10. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU. Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Bern.
[21] Bundesamt für Statistik (2016). Wichtige Arbeitsmarktindikatoren, Entwicklung 1960-2016. http://bit.ly/2tROF9j
[22] Vgl. Endnote 2.
[23] Müller-Jentsch, D. (2017). Strukturwandel im Schweizer Berggebiet. Strategien zur Erschliessung neuer Wertschöpfungsquellen. Avenir Suisse. Zürich.
[24] Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden (2016). Durchblick 2016. Graubünden in Zahlen. http://bit.ly/2tRMNgW
[25] Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (Hrsg.) (2014). Das Schweizer Berggebiet 2014. Fakten und Zahlen. http://bit.ly/2sMM6XI.; Bundesamt für Statistik (2016). Die wichtigsten Zahlen 2015. Neuchatel.
[26] Kanton Graubünden (2014). Gemeindefusionen im Calancatal und im Less thanengadin per 2015. Pressemitteilung 01.10.2014. http://bit.ly/2tRMNgW
[27] Regiosuisse (2016). Nationalpark Adula. http://bit.ly/2sdjMiy
[28] Bundesamt für Statistik (2015). Schweiz-Szenarien. http://bit.ly/2sdjRTo
[29] Schweizerische Eidgenossenschaft (2005). Asylgesetz. Änderung vom 16. Dezember 2005. Bundesblatt. http://bit.ly/2sMO8XV
[30] Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) (2015). 11. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU. Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Bern.
[31] Vgl. Endnote 30.
[32] Bundesamt für Statistik, ThemaKart (2016). Statistischer Atlas der Schweiz. http://bit.ly/2rYOhGq
[33] Schweizerische Eidgenossenschaft (o.J.). Geografie – Fakten und Zahlen. http://bit.ly/2tizgBW

Österreich

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008). Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
[4] Vgl. Endnote 1.
[5] Breuss, F. (2012). EU-Mitgliedschaft Österreichs. Eine Evaluierung in Zeiten der Krise. WIFO, Wien.
[6] Wirtschaftskammer Österreich (2016). Österreich in der EU. Die heimische Wirtschaft im Binnenmarkt. WKO, Wien.
[7] Statistik Austria (2016). Statistiken. Wien.
[8] Vgl. Endnote 6.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2016). Mittelfristige WIFO-Prognose: Arbeitslosigkeit steigt bis 2019/20 weiter. WIFO, Wien.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Vgl. Endnote 7.
[13] Kaps, A. (2016). Refugees Welcome - und dann? : Perspektiven der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten am Beispiel der Salzburger Tourismusbranche. Masterarbeit, Paris-Lodron-Universität Salzburg.
[14] Statistik Austria (2016). Bildung in Zahlen 2014/15 Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien.
[15] Vgl. Endnote 7.
[16] Vgl. Endnote 7.
[17] Vgl. Endnote 1.
[18] Parlament der Republik Österreich (21.05.2015). Parlamentskorrespondenz Nr. 539: Mikl-Leitner mahnt Verantwortung in der Flüchtlingsversorgung ein. FPÖ-Dringliche im Nationalrat zu Less thanbringung von AsylbewerberInnen. Wien, http://bit.ly/2shupMw
[19] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[20] Biffl, G. (2016). Migration and Labour Integration in Austria. SOPEMI Report on Labour Migration Austria 2015-16. Donau Universität Krems, Krems.
[21] Österreichischer Integrationsfonds (2016). Novelliertes Asylgesetz seit 1. Juni 2016 in Kraft. http://bit.ly/2shQTwP
[22] Vgl. Endnote 13.
[23] MIPEX (2015). Migrant Integration Policy Index. Brüssel/Barcelona. http://bit.ly/1GyTun9
[24] Vgl. Endnote 1.
[25] Stadt Wien (2014). 3. Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor 2011-2013. Wien.
[26] Bundesministerium für Inneres (2016). Bundespräsidentenwahl 2016 – endgültiges Ergebnis. Wien. http://bit.ly/1U8A1Sz
[27] Vgl. Endnote 1.
[28] Vgl. Endnote 7.
[29] Blank, F. et al (2016). Österreichs Alterssicherung: Vorbild für Deutschland? In: Wirtschaftsdienst 96 (4), S. 279-286.
[30] Vgl. Endnote 1.
[31] European Commission (2015). The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060). European Union, Luxembourg.
[32] Vgl. Endnote 1.
[33] Österreichische Raumordnungskonferenz (2016). ÖROK-Atlas Online. Wien. http://bit.ly/2ud7qU9
[34] Vgl. Endnote 1.

Ungarn

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Inotai, A. (2009). Die globale Krise und Ungarn. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Aus Politik und Zeitgeschichte: Ungarn, 18-26, Bpb, Bonn.
[3] International Monetary Fund (2008). IMF Survey: IMF, EU, and World Bank Line Up $25 Billion for Hungary. IMF Survey online. http://bit.ly/2tiJ1Af
[4] Vgl. Endnote 1.; OECD (2016). OECD Economic Surveys: Hungary 2016. OECD Publishing, Paris.
[5] Vgl. Endnote 1.
[6] Hungarian Central Statistical Office (2016). STADAT Tables. Budapest.
[7] Auswärtiges Amt (2016). Länderinformation Ungarn: Wirtschaft. Berlin. http://bit.ly/2si1VST
[8] Audi MediaCenter (2017). Der Standort Györ. http://bit.ly/2sifktX
[9] German Trade and Invest (2016). Ungarns Automobilindustrie im Aufwind. http://bit.ly/2sMOKN8
[10] Vgl. Endnote 1.
[11] European Commission (2016). EU budget 2015. Financial Report. European Union, Luxembourg.
[12] OECD (2016). OECD Economic Surveys: Hungary 2016. OECD Publishing, Paris.; Vgl. Endnote 1.
[13] Lang, Kai-Olaf (2015). Ungarn: Demogratischer Staatsumbau oder Autokratie? Innere Merkmale und außenpolitische Folgen des Systems Orbán. SWP-Aktuell 6. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
[14] EEAG (2012). The EEAG Report on the European Economy. "The Hungarian Crisis". CESifo München, 115-130.
[15] Bokor, C., Fábián, G. & Pulai, G. (Hrsg.)(2016). The Funding for Growth Scheme – experience with the Magyar Nemzeti Bank's instrument to incentivise bank lending. Magyar Nemzeti Bank, Budapest.
[16] World Economic Forum (2016). The Global Competitiveness Report 2016–2017. World Economic Forum, Genf.
[17] Vgl. Endnote 1.
[18] Vgl. Endnote 1.
[19] Vgl. Endnote 1.
[20] Vgl. Endnote 1.
[21] Vgl. Endnote 1.
[22] Monostori, J., Öri, P. & Spéder, Z. (Hrsg)(2015). Demographic Portrait of Hungary 2015. HDRI, Budapest.
[23] Vgl. Endnote 23.
[24] Vgl. Endnote 7.
[25] Vgl. Endnote 23.
[26] Vgl. Endnote 1.
[27] Vgl. Endnote 1.
[28] European Commission (2016). Hungary: Family Housing Allowance. European Construction Sector Observatory, Policy Measure Fact Sheet. Brussels.
[29] Vgl. Endnote 1.
[30] Vgl. Endnote 1.
[31] Amnesty International (2015). Hungary: EU must formally warn Hungary over refugee crisis violations. http://bit.ly/2tS4mNF
[32] IOM (2016). Migration Issues in Hungary. Budapest. http://bit.ly/2rXPhc1
[33] Kahlweit, C. (13.01.2017). Orbán will "Schutzhaft" für Flüchtlinge. Süddeutsche Zeitung, http://bit.ly/2udAHOx
[34] Kahlweit, C. (28.03.2017). Gerichtshof schreitet ein. Süddeutsche Zeitung. http://bit.ly/2rXTrAT
[35] Inotai, E. (2015). Die Visegrád-Staaten und die europäische Flüchtlingspolitik: Ungarn. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Aus Politik und Zeitgeschichte: Visegrád-Staaten, 42-44, Bpb, Bonn.
[36] Hungary today (05.10.2016). A Pyrrhic Victory? Hungarian Press Reactions to Sunday's Migrant Quote Referendum. http://bit.ly/2ue2X3B
[37] Vgl. Endnote 1.

Polen

[1] Finanzen.net (2016). Währungsrechner. Polnischer Zloty - Euro (PLN in EUR). Wechselkurs vom 05. Oktober 2016, finanzen.net GmbH. http://bit.ly/2thUXlA.; Vgl. Endnote 2.
[2] Szczerbiak, A. (2016). Is the Polish government's '500 plus' child subsidy a political game changer? | The Polish Politics Blog on WordPress.com. The Polish Politics Blog. http://bit.ly/2rXCXc7
[3] IMF (2016). Republic of Poland: 2016 Article IV Consultation (IMF Country Report 16/210). Washington, D.C.: IMF. http://bit.ly/2sWt2Vn
[4] Vgl. Endnote 3.; Stur, B. (2016). EU suspends Poland's new retail tax. http://bit.ly/2tfB260
[5] Europäische Kommission (2016). Commission Staff Working Document. Country Report Poland 2016 (SWD(2016) 89 final), Brüssel. http://bit.ly/1R73yI4
[6] Vgl. Endnote 3.
[7] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[8] OECD. (2011). Doing Better for Families, OECD. http://bit.ly/2tgeouy
[9] Kiziak, T., Klingholz, R., Kreuter, V., Kröhnert, S. & Sievert, S. (2013). Anleitung zum Wenigersein. Vorschlag für eine Demografiestrategie. Discussion paper 12. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.; Hoorens, S., Clift, J., Staetsky, L., Janta, B., Diepeveen, S., Morgan Jones, M. & Grant, J. (2011). Low fertility in Europe. Is there still reason to worry? Santa Monica: RAND Europe.
[10] Vgl. Endnote 8.
[11] Weltbank (2016). Republic of Poland. Social Inclusion in Poland. Key Challenges and Opportunities for Support (Report ACS16592). Washington, D.C.: World Bank Group. http://bit.ly/2tiaWjB
[12] Vgl. Endnote 6.
[13] OECD (2016). OECD.Stat. http://bit.ly/2tpTnOp
[14] Vgl. Endnote 8.
[15] Vgl. Endnote 8.
[16] Vgl. Endnote 8.
[17] Vgl. Endnote 8.
[18] Vgl. Endnote 8.
[19] Vgl. Endnote 6.
[20] Vgl. Endnote 8.
[21] Vgl. Endnote 8.
[22] Vgl. Endnote 8.
[23] Vgl. Endnote 8.
[24] Vgl. Endnote 8.
[25] Vgl. Endnote 8.
[26] Vgl. Endnote 6.

[27] Weltbank (2014). Balancing Flexibility and Worker Protection. Understanding Labor Market Duality in Poland, Washington, D.C.
[28] Vgl. Endnote 28.
[29] Vgl. Endnote 28.; Vgl. Endnote 6.
[30] Vgl. Endnote 8.
[31] Europäische Kommission (2016). Reversing the 2013 retirement age reform in Poland. http://bit.ly/2sWD2y1
[32] Vgl. Endnote 3.
[33] Vgl. Endnote 33.
[34] Vgl. Endnote 3.
[35] Vgl. Endnote 8.

Slowakei

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] Vgl. Endnote 1.
[5] Vgl. Endnote 1.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Vgl. Endnote 1.; International Organization for Migration. Slovak Republic. Migration in Slovakia. http://bit.ly/1JsArMF
[8] Vgl. Endnote 1.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 12.; Vgl. Endnote 11.
[11] Auswärtiges Amt (2016). Länderinformationen, Slowakei. Berlin.
[12] OECD (2016). FDI stocks. http://bit.ly/2tiJTF2
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] Vgl. Endnote 11.
[15] Europäische Kommission (2016). Country Report Slovakia. Commission Staff Working Document 93, Brüssel.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 15.
[18] Vgl. Endnote 15.; Vgl. Endnote 1.
[19] OECD (2014). OECD Economic Surveys. Slovak Republic. Overview. Paris.
[20] Vgl. Endnote 1.
[21] Vgl. Endnote 19.; Vgl. Endnote 1.
[22] Vgl. Endnote 1.
[23] Bertelsmann Stiftung (2016). Long-term Unemployment in the EU: Trends and Policies. Gütersloh.
[24] Vgl. Endnote 1.
[25] Vgl. Endnote 1.

Tschechien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Auswärtiges Amt (2016). Länderinformationen, Tschechische Republik.; Vgl. Endnote 4.
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] OECD (2016). OECD Economic Surveys. Czech Republic. Overview.
[5] OECD (2016). FDI stocks (indicator), http://bit.ly/2tfZ1SK.; Vgl. Endnote 6.
[6] Germany Trade and Invest (2015). Investitionsklima und –risiken, Tschechische Republik.
[7] Vgl. Endnote 1.
[8] OECD (2014). Education at a Glance 2014. Country Note Czech Republic. Paris.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Europäische Kommission (2016). Country Report Czech Republic. Commission Staff Working Document 73. Brüssel.
[11] Ramboll (2014). Mapping and analysing bottleneck vacancies on EU Labour Markets. Bottleneck Vacancies in the Czech Republic.
[12] Vgl. Endnote 1.
[13] Sobotka, T. et al. (2008). Czech Republic: A rapid transformation of fertility and family behaviour after the collapse of state socialism. Demographic Research 19(14), 403 – 454.
[14] Vgl. Endnote 1.
[15] Arltová, M. & Langhamrová, J. (2010). Migration and Ageing of the Population of the Czech Republic and the EU Countries. Prague Economic Paper 1, 54 – 73.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Blahoutova, T. (2013). An overview of the migration policies and trends – Czech Republic. http://bit.ly/2tfWA2q
[18] Europäisches Parlament (1999). Migration and Asylum in Central and Eastern Europe. Directorate General for Research Working Paper LIBE 104 EN 2/99. Brüssel.
[19] Vgl. Endnote 1.
[20] Vgl. Endnote 1.
21 Visegrad Revue (03.05.2016). V4 turning heads in Europe's refugee crisis. http://bit.ly/1VIqNQd
[22] Ceske Noviny (22.01.2016). Most people against Czech Republic accepting migrants - poll, http://bit.ly/2sMCX1a.; Europäische Kommission (2015). Standard Eurobarometer 84. Public Opinion in the European Union. Brüssel.
[23] European Migration Network (2015). Determining labour shortages and the need for labour migration from third countries in the EU. Czech Republic.
[24] Vgl. Endnote 1.

Slowenien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] CIA (2016). The World Factbook. Slovenia. http://bit.ly/2sWH9dl
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] OECD (2015). OECD Economic Surveys – Slovenia. Paris.
[5] Vgl. Endnote 1.
[6] Zeit Online (05.04.2013). Die Euro-Krise erreicht den Osten. http://bit.ly/2tiwNre
[7] OECD (2014). Better Policies Series: Slovenia 2014. Paris.
[8] Handelsblatt (19.07.2016). Möglicher Rückschlag für Italiens Bankenrettung. http://bit.ly/2udzRkE
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Europäische Kommission (2016). Country Report Slovenia 2016. Commission Staff Working Document Nr. 92. Brüssel.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] OECD (2015). OECD Economic Surveys – Slovenia. Paris.
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] Stropnik, N. & Šircelj, M. (2008). Slovenia: Generous family policy without evidence of any fertility impact. Demographic Research 19(26), 1019 – 1058.
[15] Vgl. Endnote 14.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Statistical Office of the Republic of Slovenia (2017). International migration by country of citizenship and sex, Slovenia. Ljubljana.; Statistical Office of the Republic of Slovenia (2017). International migration by sex, Slovenia. Ljubljana.
[18] Statistical Office of the Republic of Slovenia (2015). In 2014, every week 156 Slovenian citizens and 119 foreigners emigrated from Slovenia. http://bit.ly/2sd5v5f
[19] Bélorgey, N. et al. (2012). Social Impact of Emigration and Rural-Urban Migration in Central and Eastern Europe (VT/2010/001). Executive Summary Slovenia. Köln.
[20] EMN (o.J.). Migration and Slovenia. http://bit.ly/2sWHDAb
[21] IOM (2017). Slovenia. General Information. http://bit.ly/2udOSD4
[22] Vgl. Endnote 1.
[23] Zeit Online (08.03.2016). Serbien und Slowenien schließen ihre Grenzen. http://bit.ly/1R4Bvsv
[24] Zagorc, S. & Kogovsek, N. (2017). Slovenia: Amendments to Aliens Act Enable the State to Activate Closure of the Border for Asylum Seekers. http://bit.ly/2tipz6s
[25] Vgl. Endnote 1.

Kroatien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Mlinaric, D., Bara, M., Gregurovic, S., Zuparic-Iljic, D. & Kuti, S. (2015). Croatian Migration History and the Challenges of Migration Today. Institute for Migration and Ethnic Studies, Zagreb. http://bit.ly/2sTgz4H
[4] Vgl. Endnote 1.
[5] Vgl. Endnote 1.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Center for Reproductive Rights, CESI & RODA (2015). Committee on the Elimination of Discrimination Against Women's 61st session. Periodic Review of Croatia. http://bit.ly/1ROWL7S
[8] Vgl. Endnote 3.
[9] Bundeszentrale für Politische Bildung (2013). Focus Migration. Länderprofil Kroatien. Nr. 27. http://bit.ly/2t4WcBU
[10] Vgl. Endnote 9.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Vgl. Endnote 9.
[13] Cacic-Kumpes, J., Gregurovic, S. & Kumpes, J. (2012). Migracija, integracija I stavovi prema migrantima u Hrvatskoj. Revija za sociologiju, 42, 305 – 336.
[14] Croatian Bureau of Statistics (2015). Statistical Yearbook of the Republic of Croatia – 2015. Zagreb.
[15] Vgl. Endnote 1.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 1.
[18] Council of the European Union (2016). Recommendation for a Council Recommendation on the 2016 National Reform Programme of Croatia and delivering a Council Opinion on the 2016 Convergence Programme of Croatia. Brüssel.
[19] Vgl. Endnote 14.
[20] Vgl. Endnote 1.
[21] Vgl. Endnote 14.; Wollmershäuser, T. (2016). Exchange Rate Policy in Croatia. In: CESifo. An Economic Reform Agenda for Croatia. Forum. Spring 2016. 8 – 11.
[22] Wollmershäuser, T. (2016). Exchange Rate Policy in Croatia. In: CESifo. An Economic Reform Agenda for Croatia. Forum. Spring 2016. 8 – 11.; Steinwachs, T. & Yalcin, E. (2016). Stimulating Foreign Direct Investment and International Trade to Generate Employment. In: CESifo. An Economic Reform Agenda for Croatia. Forum. Spring 2016. 17 – 21.
[23] Fabritz, N. & Falck, O. (2016). Human Capital in Croatia. In: CESifo. An Economic Reform Agenda for Croatia. Forum. Spring 2016. 39 – 42.; European Commission (2014). Education and Training Monitor 2014: Croatia, Volume II, Brüssel.
[24] WHO (2016). European Health for All Database, Update: Juli 2016. Paris.
[25] Croatian Bureau of Statistics (2016). Migration of Population of Republic of Croatia, 2015. Zagreb.; Croatian Bureau of Statistics (2016). Migration of Population of Republic of Croatia, 2010. Zagreb.

Rumänien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Metropotam (12.03.16). Pe ce trasee vor fi amenajate noile piste pentru biciclisti. http://bit.ly/2tuyXU1
[4] Institutul Naţional de Statistică, abgefragt am 2017). TEMPO-Online. Bukarest. http://bit.ly/2sMukUk
[5] European Commission (2017). Europe's Digital Progress Report (EDPR) 2016. http://bit.ly/2sMCwUQ
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] World Economic Forum (2017). Global Competitiveness Index. Geneva. http://bit.ly/2e42LOo
[8] Vgl. Endnote 5.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 1.
[11] Akamai Technologies (2017). State of the Internet Connectivity Visualizations. View Internet Connection Speeds, Broadband Adoption and More by Country or Region and Trends over Time. Cambridge, Massachusetts. http://akamai.me/2tfUC1Y
[12] Vgl. Endnote 1.
[13] Vgl. Endnote 4.
[14] Vgl. Endnote 1.
[15] Vgl. Endnote 1.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 1.
[18] International Labour Office (2014). The largest drop in income inequality in the European Union during the Great Recession: Romania's puzzling case (Conditions of Work and Employment Series Nr. 51). Geneva. http://bit.ly/2udPkBk
[19] Vgl. Endnote 4.
[20] European Commission (2017). Country Report Romania 2017. Accompanying the Document Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Central Bank and the Eurogroup. http://bit.ly/2tiIL4j
[21] Vgl. Endnote 1.
[22] Romanian Ministry of Labor, Family, Social Protecion and Elderly (2016). The Atlas of Rural Marginalized Areas and of Local Human Development in Romania. Bukarest.
[23] Vgl. Endnote 1.; Vgl. Endnote 22.
[24] Vgl. Endnote 22.
[25] Vgl. Endnote 7.
[26] Vgl. Endnote 20.
[27] Vgl. Endnote 20.
[28] European Commission (o.A.). Factsheet on 2014-2020 Rural Development Programme for Romania. http://bit.ly/2sXeiWo
[29] Vgl. Endnote 20.
[30] Vgl. Endnote 1.
[31] Government of Romania (2016). National Reform Programme 2016. Bukarest. http://bit.ly/2tgstsO
[32] Vgl. Endnote 31.
[33] Vgl. Endnote 20.
[34] Vgl. Endnote 20.
[35] Vgl. Endnote 1.
[36] Vgl. Endnote 1.
[37] Population Reference Bureau (2016). 2016 World Population Data Sheet. With a Special Focus on Human Needs and Sustainable Resources. Washington, D.C. http://bit.ly/2bl89xp
[38] Vgl. Endnote 1.
[39] Vgl. Endnote 4.
[40] Vgl. Endnote 1.
[41] University of Bergen (2006). Contraception, Abortion and State Socialism. Categories of Birth Control and Their Political Implications. http://bit.ly/2rXMIqq
[42] Vgl. Endnote 1.
[43] Horga, M., Gerdts, C. & Potts, M. (2012). The remarkable story of Romanian women's struggle to manage their fertility. Journal of Family Planning and Reproductive Health Care, 39, 2 – 4.
[44] Vgl. Endnote 1.
[45] Vgl. Endnote 1.
[46] Vgl. Endnote 1.
[47] Vgl. Endnote 1.
[48] Vgl. Endnote 20.
[49] Gotev, G. (02.02.17). Romanians stage biggest protests since the fall of communism. Euractiv. http://bit.ly/2tiw5KF
[50] Vgl. Endnote 4.

Bulgarien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Vgl. Endnote 1.
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] Vgl. Endnote 1.
[5] Vgl. Endnote 1.; The World Bank (2015). Bulgaria's Potential for Sustainable Growth and Shared Prosperity. Systematic Country Diagnostic (WB721). Washington, D.C.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Vgl. Endnote 1.
[8] IMF (2016). Emigration and Its Economic Impact on Eastern Europe (IMF Discussion Note SDN/16/07). Washington, D.C.; IMF (2016). Bulgaria: 2016 Article IV Consultation-Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Bulgaria (IMF Country Report 16/344). Washington, D.C.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 1.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] World Bank Group (2015). Productivity in Bulgaria. Trends and Opinions. Washington, D.C.
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] Vgl. Endnote 1.; The World Bank (2015). Systematic Country Diagnostic. Bulgaria's Potential for Sustainable Growth and Shared Prosperity (Nr. 99721). Washington, D.C.
[15] Transparency International (2016). Corruption Perceptions Index 2015. o.A. www.transparency.org/cpi2015/, abgefragt am 18.01.17.; The World Bank (2016). Doing Business. Economy Rankings. http://bit.ly/K11iGM.; IMF (2015). Bulgaria: 2015 Article IV Consultation--Staff Report; Press Release; and Statement by the Executive Director for Bulgaria (IMF Country Report 15/119). Washington, D.C.
[16] European Commission (2016). Country Report Bulgaria 2016. Including an In-Depth Review on the Prevention and Correction of Macroeconomic Imbalances (SWD(2016) 72 final). Brüssel.
[17] OECD (2015). PISA 2015 results. Excellence and Equity in Education. Volume I. (PISA). Paris.
[18] Republic of Bulgaria National Statistical Institute (2016). Education in the Republic of Bulgaria 2016. Sofia. http://bit.ly/2unEitr
[19] Vgl. Endnote 18.; World Bank Group (2014). Bulgaria Workforce Development. SABER Country Report. Washington, D.C.
[20] European Commission (2016). Bulgaria. Education and Training Monitor 2016. Brüssel.
[21] Vgl. Endnote 16.
[22] World Bank Group (2014). Bulgaria Workforce Development. SABER Country Report. http://bit.ly/2u7K825
[23] Vgl. Endnote 20.; The World Bank (2015). Systematic Country Diagnostic. Bulgaria's Potential for Sustainable Growth and Shared Prosperity (Nr. 99721). Washington, D.C.
[24] Vgl. Endnote 20.
[25] European Commission (2015). Macroeconomic imbalances (2015. Aufl.). Brüssel.
[26] Vgl. Endnote 16.
[27] Vgl. Endnote 16.
[28] Vgl. Endnote 1.
[29] Vgl. Endnote 1.
[30] World Bank Group (2013). Mitigating the Economic Impact of an Aging Population. Options for Bulgaria. Washington, D.C. http://bit.ly/2t9RyV6
[31] The World Bank (2015). Systematic Country Diagnostic. Bulgaria's Potential for Sustainable Growth and Shared Prosperity (Nr. 99721). Washington, D.C.; Vgl. Endnote 30.
[32] Vgl. Endnote 31.; Roma Education Fund (2015). Advancing the Education of Roma in Bulgaria. REF Country Assessment - 2015. http://bit.ly/2twJSxg.; Natsional Statistitscheski Institut Republika Blgaria (2011). 2011 Population Census. Main Results. Sofia. http://bit.ly/18UexVY
[33] FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2012). Die Situation der Roma in elf EU-Mitgliedstaaten. Umfrageergebnisse auf einen Blick. Luxembourg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. http://bit.ly/10t3FLM
[34] Decade of Roma Inclusion Secretariat Foundation (2015). Roma Inclusion Index 2015. Budapest.
[35] Vgl. Endnote 16.; The World Bank (2011). Roma Inclusion is Smart Economics. Illustrations from Bulgaria, Czech Republic, Romania and Serbia (Europe and Central Asia Knowledge Brief Nr. 39). Washington, D.C.
[36] Vgl. Endnote 34.
[37] Vgl. Endnote 16.
[38] European Commission (2014). Report on the implementation of the EU Framework for National Roma Integration Strategies (COM(2014) 209 final). Brüssel.
[39] International Labour Organization (2016). Promoting Decent Work Opportunities for Roma Youth in Central and Eastern Europe. An ILO Resource Guide. Genf.
[40] Vgl. Endnote 38.
[41] Vgl. Endnote 30.
[42] Natsional Statistitscheski Institut Republika Blgaria (2011). 2011 Population Census. Main Results. Sofia. http://bit.ly/18UexVY
[43] Vgl. Endnote 1.

Portugal

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] SEF Immigration and Borders Service (2016). Golden Residence Permit Programme. http://bit.ly/1scWXU3
[3] Governo de Portugal (2016). Golden Residence Permit Programme (ARI). Data from the 08th of October 2012 to the 30th of September 2015. http://bit.ly/2rXnKHQ
[4] Mendonca, S. (2014). The winners and losers of Portugal's golden visa scheme. BBC News. http://bbc.in/2tikD1n
[5] IMF (2015). World Economic Outlook Database, October 2015. Washington DC.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Vgl. Endnote 1.
[8] Baganha, M.I., Marques, J.C. & Góis, P. (2004). The Unforeseen Wave: Migration from Eastern Europe to Portugal. In: M.I. Baganha & M.L. Fonseca (Hrsg.), New Waves: Migraton from Eastern to Southern Europe, 23 – 40. Lissabon: Luso-American Foundation.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 1.; Goldstein, J.R., Kreyenfeld, M., Jasilioniene, A. & Örsal, D.K. (2013). Fertility reactions to the ‚Great Recession' in Europe: Recent evidence from oder-specific data. Demographic Research, 29, 85 – 104.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Vgl. Endnote 1.
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] IMF (2013). Fiscal Monitor, April 2013. Fiscal Adjustment in an Uncertain World. Washington DC.
[15] OECD (2014). PISA 2012 Results in Focus. What 15-year-olds know and what they can do with what they know. Paris: OECD Publishing.; Coutinho Pereira, M. (2011). An Analysis of Portuguese Students' Performance in the OECD Programme for International Student Assessment (PISA). Banco de Portugal. Economic Bulletin, Autumn 2011, 123 – 136.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Lopes, J.C. & Amaral, J.F. do (2013). The Structure and Evolution of Production, Employment and Human Capital in Portugal: an Input-Output Approach. WP 24/2013/DE/UECE. School of Economics and Management. Technical University of Lisbon.
[18] Vgl. Endnote 1.
[19] Vgl. Endnote 1.
[20] Vgl. Endnote 14.
[21] European Court of Auditors (2015). Financial assistance provided to countries in difficulties. Special Report No. 18. Luxemburg.
[22] Vgl. Endnote 1.
[23] Vgl. Endnote 1.; Statistisches Bundesamt (2013). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Natürliche Bevölkerungsbewegung. Fachserie 1 Reihe 1.1. Wiesbaden.
[24] Vgl. Endnote 1.

Spanien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Köhler, H.-D. (2010). Spanien in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise. Bundeszentrale für politische Bildung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 36 – 37, 7 – 13. Bonn.
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] Vgl. Endnote 1.
[5] Haubrich, W. (2010). „Besser als gestern, schlechter als morgen." Bundeszentrale für politische Bildung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 36 – 37, 3 – 6. Bonn.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Vgl. Endnote 2.
[8] Vgl. Endnote 1.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 2.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Vgl. Endnote 1.
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] OECD (2016). OECD Employment Outlook 2016. Paris.
[15] Consejo de la Juventud de España (2016). Observatorio de Emancipación. España. 2º semestre 2015. http://bit.ly/296LsJZ
[16] European Commission (2016). European Economic Forecast, Spring 2016. Brüssel.
[17] Vgl. Endnote 15.
[18] Vgl. Endnote 1.
[19] Esteve, A., Devolder, D., Domingo, A. (2016). La infecundidad en Espana: tic-tac, tic-tac, tic-tac!!! Perspectives Demogràfiques. Centre d'Estudis Demográfics, Enero 2016, No. 1. http://bit.ly/1TokVdp
[20] Vgl. Endnote 1.
[21] Vgl. Endnote 1.
[22] Talavera, Á. (2016). Pension system – Iceberg ahead. Oxford Economics Research Briefing. Spain. 20 April 2016.
[23] Vgl. Endnote 1.
[24] Vgl. Endnote 1.
[25] OECD (2016): International Migration Outlook 2016. Country Notes: Spain. Paris.
[26] Vgl. Endnote 1.
[27] Instituto Nacional de Estadística (2016). Cifras de Población a 1 de enero de 2016. Estadísticas de Migraciones 2015. Adquisiciones de Nacionalidad Española de Residentes 2015. Datos Provisionales. Notas de prensa, 30.06.2016.
[28] Vgl. Endnote 1.
[29] Instituto Nacional de Estadística (2016). Cuenta satélite del turismo en España. http://bit.ly/2sMO22q.; Vgl. Endnote 1.
[30] Vgl. Endnote 1.
[31] European Commission (2016). European Economic Forecast – Spring 2016. Institutional Paper 025. Luxemburg: Publications Office of the European Union.
[32] Vgl. Endnote 1.

Italien

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] IMF (2016). Italy. 2016 article IV consultation. Press release; staff report; and statement by the executive director for Italy. IMF Country Report No 16/222. Washington, D.C.
[3] Elmer, P. (2016). Arbeitsproduktivität der großen Euroländer driftet auseinander – Italien fällt zurück. KfW Research, Fokus Volkswirtschaft, Nr. 134. http://bit.ly/2qZgN8J
[4] Weltbank (2016). World Development Indicators Datenbank. Washington DC.
5 BDI (2015). Länderbericht Italien. http://bit.ly/2taFcfv
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Vgl. Endnote 1.
[8] Vgl. Endnote 1.
[9] European Commission (2015). 2015 SBA Fact Sheet. Italy. http://bit.ly/2tb3Sod
[10] OECD (2017). Online-Datenbank. Paris.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] OECD (2014). PISA 2012 Results in Focus. What 15-year-olds know and what they can do with what they know. http://bit.ly/1lHT2hU
[13] Vgl. Endnote 1.
[14] Vgl. Endnote 1.
[15] Vgl. Endnote 1.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 1.
[18] Bremer, J. (2016). Kleine Anregung zur Zeugung. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.09.2016. http://bit.ly/2taW85k
[19] Spalinger, A. (2016). Fertig Kindersegen. In Italien haben junge Paare aus finanziellen Gründen immer weniger Kinder. Neue Züricher Zeitung, 26.06.2016. http://bit.ly/2rTzECI; Dalla Zuanna, G. (2004). The Banquet of Aeolus. A familistic interpretation of Italy's lowest low fertility. European Studies of Population, 14, 105 – 125.
[20] ILO (2014). Maternity and paternity at work. Law and practice across the world. Genf
[21] Del Boca, D., Pronzato, C. & Sorrenti, G. (2016). When rationing plays a Role. CEPR Discussion Papers 11574.
[22] Vgl. Endnote 1.
[23] Kanter, C. & Schmitt, S. (2015). Sorgenkind Mezzogiorno. KAS-Länderbericht. Berlin.
[24] Vgl. Endnote 1.
[25] Vgl. Endnote 1.
[26] Vgl. Endnote 23.
[27] Vgl. Endnote 1.
[28] Bertelsmann Stiftung (2016). Facts on the European Dimension of Displacement and Asylum: ITALY. Factsheet. Gütersloh.
[29] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015). Less than Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015. Berlin.
[30] Vgl. Endnote 28.
[31] Vgl. Endnote 28.
[32] Vgl. Endnote 28.
[33] Vgl. Endnote 1.; Vgl. Endnote 28.
[34] Europäische Kommission (2017). Relocation and Resettlement – State of Play. 12 April 2017. http://bit.ly/2sSTOOe
[35] Governo Italiano (2016). Migration Compact. Contribution to an EU strategy for external action on migration. http://bit.ly/1UfspPV
[36] KAS (o.J.). Regionalismus und Föderalismus. Italienische Perspektive. http://bit.ly/2sTbclW
[37] Europäische Kommission (2017). Macro-economic database AMECO. http://bit.ly/1sBJkPQ
[38] Vgl. Endnote 1.
[39] Vgl. Endnote 1.

Malta

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Global Detention Project (2015). The Detention of Asylum Seekers in the Mediterranean Region. Global Detention Project Backgrounder. April 2015. http://bit.ly/1dsUNfy
[3] Global Detention Project (2016). Malta Immigration Detention Profile. http://bit.ly/2rDrvBb
[4] Vgl. Endnote 2.
[5] Vgl. Endnote 1.

[6] Europäische Kommission (2013). Quality of life in cities. Perception Survey in 79 European cities. http://bit.ly/1aNGqdj
[7] Vgl. Endnote 1.
[8] Vereinte Nationen (2015). World Population Prospects, the 2015 Revision. Online-Datenbank. New York.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Auswärtiges Amt (2016). Länderinformationen Malta. Wirtschaft. http://bit.ly/1H9zzui
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] National Statistics Office, Malta (2014). Census of Population and Housing 2011. Final Report. http://bit.ly/2thUvng
[13] Migrant Integration Policy Index (2015). Key Findings. Portugal, 2014. http://bit.ly/2teJnXI
[14] Vgl. Endnote 1.
[15] Vgl. Endnote 1.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Pensions Strategy Group (2015). Strengthening the Pension System. A Strategy for an Adequate and Sustainable Maltese Pension System. http://bit.ly/2sMdXHp
[18] Camilleri-Cassar, F. (2016). About time: gender equality in Malta's working-time regime? Social Policy and Society, 1 – 15.
[19] Vgl. Endnote 1.
[20] United Nations Department of Economic and Social Affairs (2014). Abortion Policies and Reproductive Health around the World. http://bit.ly/2sWmEgX
[21] Vgl. Endnote 1.

Griechenland

[1] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[2] Europäische Kommission (2017). Economic performance by country. http://bit.ly/1E1hRrr
[3] Vgl. Endnote 1.
[4] Vgl. Endnote 2.
[5] Vgl. Endnote 1.
[6] Vgl. Endnote 1.
[7] Brenke, K. (2012). Nötige Modernisierung der griechischen Wirtschaft: eine Herkulesaufgabe. Aus Politik und Zeitgeschichte 35-37/2012, 16-23.
[8] Kritikos, A., Dreger, C. (2015). Die griechische Wirtschaftskrise: Drei Reformpakete und kein Ende in Sicht. S. 5-17.; Stergiou, A. (2012). Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die Europäische Union. Aus Politik und Zeitgeschichte 35-37/2012, 42 – 48.; Vgl. Endnote 9.
[9] Brenke, K. (2012). Die griechische Wirtschaft braucht eine Wachstumsstrategie. DIW-Wochenbericht 5/2012, S. 3-15.
[10] Daude, C. (2016). Structural reforms to boost inclusive growth in Greece, OECD Economics. Department Working Papers Nr. 1298. Paris: OECD Publishing.
[11] Schrader, K, Bencek, D., Laaser, C-F. (2013). IfW-Krisencheck: Alles wieder gut in Griechenland? Kieler Diskussionsbeiträge, No. 522/523.
[12] Vgl. Endnote 1.
[13] UNHCR (o.J.). Online-Datenbank. http://bit.ly/1W059nR
[14] Triandafyllidou, A. (2014). Focus Migration. Länderprofil Griechenland. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
[15] Triandafyllidou, A. (2014). Migration in Greece. Recent Developments in 2014. http://bit.ly/2sduiBH
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 14.
[18] Bundesregierung (2016). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Situation von Flüchtlingen in Griechenland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/10394.
[19] Kasparek, B. (13.10.2016). Es wird weitere Ausschreitungen geben. Gastkommentar Mediendienst-Integration. http://bit.ly/2tsPnMr
[20] Europäische Kommission. Implementing the EU-Turkey Agreement – Questions and Answers. http://bit.ly/1V3SmTm
[21] Vgl. Endnote 18.
[22] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[23] Vgl. Endnote 14.
[24] Cavounidis, J. (2015). The Changing Face of Emigration. Harnessing the Potential of the New Greek Diaspora. Migration Policy Institute, Washington DC.
[25] Vgl. Endnote 1.
[26] Vgl. Endnote 1.
[27] Allianz SE (2016). 2016 Pension Sustainability Index. International Pension Papers 1/2016. München.
[28] Vgl. Endnote 1.
[29] Symeonidis, G. (2013). The Greek Pension Reform Strategy 2010-2013. Steering away from the tip or the iceberg? World Pension Summit 13-14 Nov 2013 Amsterdam. http://bit.ly/2rTnaux
[30] Vgl. Endnote 29.; Vgl. Endnote 32.
[31] The Greek Analyst (2015). Game of Ultimatums: The nonpaper of the Greek government. http://bit.ly/1IWTRgy
[32] Vgl. Endnote 1.
[33] Vgl. Endnote 1.

Zypern

[1] Bundeszentrale für politische Bildung (2014). Der Zypernkonflikt. http://bit.ly/2tRUJ1O
[2] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[3] Vgl. Endnote 2.
[4] Vgl. Endnote 2.
[5] Bertelsmann Stiftung (2016). Sustainable Governance Indicators – Cyprus. http://bit.ly/2sMRp9u
[6] Vgl. Endnote 2.
[7] Vgl. Endnote 2.
[8] Mainwaring, C. (2008). On the Edge of Exclusion: The Changing Nature of Migration in Cyprus and Malta. The Cyprus Review 20(2), S. 19-49.; Christofides, L. N., et al. (2007). The Impact of Foreign Workers on the Labour Market of Cyprus. Cyprus Economic Policy Review 1, 37-49.
[9] Vgl. Endnote 2.
[10] Statistical Service Republic of Cyprus (2014). Population – Migration Flows, 2011.
[11] Orphanides, A. (2014). What Happened in Cyprus? The Economic Consequences of the Last Communist Government in Europe. LSE Financial Markets Group Special Paper Series, 232. http://bit.ly/2udv5ns
[12] Vgl. Endnote 2.
[13] Vgl. Endnote 2.
[14] Vgl. Endnote 2.
[15] Vgl. Endnote 2.
[16] Europäische Kommission (2016). Country Report Cyprus 2016. Commission Staff Working Paper 120/2016.
[17] Migrant Integration Policy Index (2015). Cyprus. http://bit.ly/2tgDIAM.; Mainwaring, C. (2008). On the Edge of Exclusion: The Changing Nature of Migration in Cyprus and Malta. The Cyprus Review 20(2), S. 19-49.; Thomson, M. (2006). Migrants on the edge of Europe. Perspectives from Malta, Cyprus and Slovenia. Sussex Migration Working Paper Nr. 35.
[18] Officer, D. & Taki, Y. (2013). The Needs of Refugees and the Integration Process in Cyprus. Bericht von Index: Research & Dialogue im Auftrag des UNHCR Büros Zypern.
[19] Amnesty International (2015, 2016). Amnesty Reports Zypern.
[20] Europäische Kommission (2014). Country Factsheet: Cyprus 2014. European Migration Network.
[21] Vgl. Endnote 2.
[22] Vgl. Endnote 2.
[23] Vgl. Endnote 2.

Westbalkan

[1] Vereinte Nationen (2015). World Population Prospects: The 2015 Revision. New York.
[2] Eurostat (2017). Online-Datenbank. Luxemburg.
[3] World Bank (2017). World Development Indicators Datenbank. Washington D.C.
[4] ILO (2017). ILOSTAT. Geneva.
[5] Vgl. Endnote 1.
[6] Atoyan, R. et al. (2016). Emigration and Its Economic Impact on Eastern Europe. IMF Staff Discussion Note, SDN/16/07.
7 GIZ & CIM (2015). Fourth Regional Workshop on "Migration Policy in the Western Balkans". GIZ, Bonn / Eschborn.
[8] Vgl. Endnote 1.
[9] Vgl. Endnote 1.
[10] Vgl. Endnote 1.
[11] Vgl. Endnote 1.
[12] Republic of Albania Institute of Statistics (2014). Population and Population Dynamics. New Demographic Horizons? INSTAT, Tirana.
[13] Vgl. Endnote 2.
[14] Vgl. Endnote 12.
[15] Vgl. Endnote 1.
[16] Vgl. Endnote 1.
[17] Vgl. Endnote 12.
[18] European Commission (2016). Albania 2016 Report. Commission staff working document. Brussels.
[19] Vgl. Endnote 4.
[20] IOM (2016). Diaspora and Development of Bosnia and Herzegovina. http://bit.ly/2tbUBg0
[21] Gavric, S. (2011). Warum Bosnien und Herzegowina eine Verfassungsreform braucht. OWEP 4, http://bit.ly/2t96vXm
[22] Auswärtiges Amt (2016). Länderinformationen Bosnien und Herzegowina. Kultur und Bildungspolitik. Berlin. http://bit.ly/2t9487d
[23] Unesco (2016). Global Education Monitoring Report. Education for people and planet: creating sustainable futures for all. Unesco Publishing, Paris.
[24] Vgl. Endnote 2.
[25] ILO (2015). Key Indicators of the Labour Market. ILO KILM 9th Edition, Genf.
[26] Vgl. Endnote 2.
[27] Centre of Public Employment Services of Southeast European Countries (2016). Statistical Bulletin http://bit.ly/2rSLLQj
[28] Friedrich-Ebert-Stiftung (2015). Lost in democratic transition? Political challenges and perspectives for young people in South East Europe: results of representative surveys in eight countries. Sarajevo.
[29] FIFA (2017). http://bit.ly/2tM6DdB
[30] Konxheli, D. (2012). Foreign Aid and Assistance. Case Study: Kosovo. Asian Journal of Business and Management Sciences, 2, 64 – 69.
[31] Vgl. Endnote 3.
[32] Triebel, J. (2016). Kosovos Wirtschaft auch 2016 wachstumsstark. GTAI, Berlin. http://bit.ly/2sdgIhk
[33] Eurostat (2015). Basic figures on enlargement countries. Eurostat Compact guides. Luxemburg.
[34] Eurostat (2017). Enlargement countries - population statistics. Luxemburg.
[35] Vgl. Endnote 3.
[36] Vgl. Endnote 3.
[37] Henkel, F. & Hoppe, B. (2015). Flucht und Migration. Debattenbeiträge aus den Ländern des Westbalkans. FES, Berlin.
[38] PRB (2016). 2016 World Population Data Sheet. With a Special Focus on Human Needs and Sustainable Resources. Washington D.C.
[39] Vgl. Endnote 2.
[40] Bundesministerium des Innern (2016). 2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor. Im Jahr 2015 wurden beim BAMF insgesamt 476.649 formelle Asylanträge gestellt, 273.815 mehr als im Vorjahr. http://bit.ly/1OR63mF
[41] Vgl. Endnote 2.
[42] Vgl. Endnote 2.
[43] Triebel, J. (2016). Staatliche Sparsamkeit bremst Wachstum in Montenegro. Tourismus weiterhin treibende Kraft / Importe steigen um 17%. GTAI, Berlin. http://bit.ly/2tLMkge
[44] IOM (2015). Labour Mobility as a Factor of Development in South-East Europe. IOM Regional Office for South-Eastern Europe, Eastern Europe and Central Asia, Wien.
[45] Southeast Europe Transnational Cooperation Programme (o.J.). Montenegro Migration Profile Extended Version. http://bit.ly/2sdlj3g
[46] Vgl. Endnote 2.
[47] Vgl. Endnote 2.
[48] Vgl. Endnote 2.
[49] United Nations Population Fund (2011). Addressing Low Fertility in a World of 7 Billion: Macedonians Try Financial Incentives. http://bit.ly/2tbKhod
[50] Vgl. Endnote 2.
[51] Republic of Macedonia State Statistical Office (o.J.). MAKStat Database. Total fertility rate, by region, by year. http://bit.ly/2tcdOcZ
[52] Auswärtiges Amt (2017). Länderinformationen Mazedonien. Innenpolitik. http://bit.ly/2tcuiGH
[53] Republic of Macedonia State Statistical Office (o.J.). MAKStat Database. Total population according the ethnic affiliation, Census 2002. Skopje.
[54] Friedrich-Ebert-Stiftung (2016). At the Gate of Europe. A Report on Refugees on the Western Balkan Route. FES, Zagreb.
[55] IOM (2017). Mixed Migration Flows in the Mediterranean. Compilation of Available Data and Information Reporting. http://bit.ly/2sSuKq0
[56] ILO (2016). Labour market transitions of young women and men in the Republic of Serbia. Work4Youth Publication Series No. 36. ILO, Genf.
[57] Vgl. Endnote 3.
[58] Vgl. Endnote 4.
[59] Auswärtiges Amt (2016). Länderinformation Serbien. Wirtschaft. http://bit.ly/2s8ehkY
[60] Vgl. Endnote 2.
[61] Arandarenko, M. & Bartlett, W. (2012). Labour market and skills in the Western Balkans. FREN - Foundation for the Advancement of Economics, Belgrad.
[62] World Bank Group (2017). Enterprise Surveys. Washington, D.C.
[63] International Labour Organization (2016). Labour market transitions of young women and men in the Republic of Serbia. Work4Youth Publication Series No. 36. ILO, Genf.
[64] European Commission (2016). Serbia 2016 Report. Commission staff working document. Brussels.
[65] Vgl. Endnote 63.
[66] Vgl. Endnote 63.
[67] Bobic, M., Veskovic Andelkovic, M. & Kokotovic Kanazir, V. (2016). Study on External and Internal Migration of Serbia`s Citizen with particular Focus on Youth. IOM; Belgrad.
[68] Vgl. Endnote 34.
[69] Vgl. Endnote 1.
[70] Vgl. Endnote 1.
[71] Vgl. Endnote 2.
[72] BAMF (2015). Migrationsprofil Westbalkan. Ursachen, Herausforderungen und Lösungsansätze. Nürnberg.
[73] Friedrich-Ebert-Stiftung (2015). Flucht und Migration. Debattenbeiträge aus den Ländern des Westbalkans. Berlin.

Berlin-Institut
für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin

www.berlin-institut.org

gefördert vom GfK Verein

ISBN: 978-3-946332-94-7

den und Zentrum gut aufgestellt +++ regionale Ungleichheiten +++ steigende Zahl an Migranten +++ immer weniger Geringqualifizierte +++ langes Leben in Sü
erzen Europas +++ Süden weiter in der Krise +++ Zuwanderung von Flüchtlingen spaltet Europa +++ wenige Kinder in Südeuropa +++ demografische Folgen d